

Bernd Belina, Andreas Kallert,
Michael Mießner, Matthias Naumann (Hg.)

UNGLEICHE LÄNDLICHE RÄUME

Widersprüche, Konzepte und Perspektiven

[transcript] KRITISCHE
LANDFORSCHUNG

Bernd Belina, Andreas Kallert, Michael Mießner, Matthias Naumann (Hg.)
Ungleiche ländliche Räume

**Kritische Landforschung.
Umkämpfte Ressourcen, Transformationen
des Ländlichen und politische Alternativen** | Band 2

Editorial

Die Schriftenreihe **Kritische Landforschung** versammelt Beiträge aus Geographie, Soziologie, Planungs- und Politikwissenschaften, die sich mit ländlichen Räumen im Globalen Süden und Norden, deren Transformationen, Repräsentationen und Konflikten auseinandersetzen sowie alternative politische Perspektiven entwickeln. Der Fokus der Reihe liegt auf kritischen Ansätzen, die gesellschaftliche Verhältnisse aus macht- und kapitalismuskritischen, intersektionalen, (queer-)feministischen, dekolonialen, ökologischen oder transnationalen Perspektiven in Frage stellen. Insbesondere in dominanten Diskursen bislang marginalisierte Perspektiven auf das Ländliche bekommen hier ein Forum. In der Reihe werden Monographien und Sammelbände ebenso veröffentlicht wie spezifische Studien und andere Publikationsformate. Die Beiträge richten sich sowohl an Wissenschaftler*innen als auch an Aktivist*innen.

Herausgegeben wird die Reihe von Michael Mießner, Matthias Naumann, Martina Neuburger und Alexander Vorbrugg.

Bernd Belina ist Professor für Humangeographie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er forscht und publiziert zu räumlich ungleicher Entwicklung, zur neuen Wohnungsfrage sowie zu Themen der Politischen Geographie.

Andreas Kallert ist Politikwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Wirtschaftsgeographie der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Seine Arbeitsschwerpunkte sind aktuelle Krisen des Finanzsystems, Austerität und die ungleiche Entwicklung ländlicher Räume.

Michael Mießner ist Juniorprofessor für Wirtschaftsgeographie an der Universität Trier. Seine Forschungsschwerpunkte sind Kritische Geographie ländlicher und regionaler Entwicklung, Gentrifizierungs- und Wohnungsmarktforschung sowie Raumplanung.

Matthias Naumann ist Professor für Geographie und Regionalforschung an der Universität Klagenfurt. Seine Forschungsschwerpunkte sind Stadtgeographie und die Geographie ländlicher Räume, der Wandel von Infrastruktur und Politische Geographie.

Bernd Belina, Andreas Kallert, Michael Mießner, Matthias Naumann (Hg.)

Ungleiche ländliche Räume

Widersprüche, Konzepte und Perspektiven

[transcript]

Dieser Band wurde durch Mittel des Open-Access-Publikationsfonds der Universität Klagenfurt gefördert.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

(Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2022 im transcript Verlag, Bielefeld

© **Bernd Belina, Andreas Kallert, Michael Mießner, Matthias Naumann (Hg.)**

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Korrektur: Rosa Graschitz und Christina Troedsson

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-6013-5

PDF-ISBN 978-3-8394-6013-9

<https://doi.org/10.14361/9783839460139>

Buchreihen-ISSN: 2747-3805

Buchreihen-eISSN: 2747-3821

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Ungleiche Entwicklung ländlicher Räume

Zur Einleitung

Michael Mießner, Andreas Kallert, Bernd Belina und Matthias Naumann 9

I. Konzeptionelle Zugänge zu ländlicher Entwicklung

Ländliche Räume und Bauernfrage im klassischen Marxismus

Jörg Goldberg 29

Land im Westlichen Marxismus

Adorno und Lefebvre

Bernd Belina 49

Ländliche Räume beobachtet

Wie Wissenschaft und Planung Ländlichkeit erzeugen

Marc Redepenning 67

Rurale Geschlechterforschung

Räumliche und soziale Praktiken der Differenzierung und gesellschaftliche Gerechtigkeitsvorstellungen

Gesine Tuitjer 83

»Gutes Leben auf dem Land?«

Diskursfeld und Analyse-Dimensionen

Werner Nell 99

Gemeinschaftliches Gut, nationales Territorium, Finanzanlageobjekt Aktuelle Neuaushandlungen von Land <i>Sarah Ruth Sippel und Michaela Böhme</i>	117
--	-----

Regionale Bedingungen der Subjektivierung in peripherisierten Regionen beforschen Ein konzeptionell-methodologischer Vorschlag <i>Frank Meyer und Judith Miggelbrink</i>	131
---	-----

Cultural Political Economy ländlicher Räume <i>Andreas Kallert, Bernd Belina, Michael Mießner und Matthias Naumann</i>	147
--	-----

II. Regionale Entwicklung und die Neuordnung von Stadt-Land-Verhältnissen

Machtasymmetrien im Verhältnis von Stadt und Land Eine Analyse von Land-Diskursen anhand von Halls Strategien der Kolonialisierung <i>Julia van Lessen</i>	165
--	-----

Strukturwandel im Mitteldeutschen Braunkohlerevier Umkämpfte Transformation der ländlichen Naturverhältnisse <i>Hendrik Sander</i>	183
---	-----

Suffizienz und Postwachstum in ländlichen Räumen Kommunaler Klimaschutz als Katalysator einer sozial-ökologischen Transformation? <i>Marius Hübler</i>	201
--	-----

Das Recht auf Dorf Von Experimenten, Pionieren und (sozialen) Innovationen in ländlich-peripheren Biosphärenreservaten <i>Nils Unthan, Jacob Heuser und Armin Kratzer</i>	217
---	-----

III. Sozioökonomischer Wandel in ruralen Kontexten

Ungleiches Land

Eine ungleichheitssoziologische Betrachtung

Claudia Neu 237

Zweiklassengesellschaften auf dem Land

Rurale Armutsräume im Spannungsfeld von Aufwertungs- und Peripherisierungsprozessen

Tine Haubner, Mike Laufenberg und Laura Boemke 253

Geschlecht und Sicherheit auf dem Land

Daniela Klimke 271

Die nächste landwirtschaftliche Revolution?

Digitalisierung und Strukturwandel in der deutschen Landwirtschaft

Louisa Prause 289

Bauernbashing?

Aktuelle Diskurse zum landwirtschaftlichen Strukturwandel in Deutschland

Kim Marei Kusserow 305

Rurale Emanzipation muss lokal und eigenständig sein

Genossenschaften und eHealth-Dienste als Umsetzungsbeispiele

Andreas Koch 321

IV. Migration, Identitäten und Populismus in ländlichen Räumen

Neue Heimat ländlicher Raum?

Zum Umgang mit Einwanderung und »Fremdheit« in ländlichen Gemeinden in Deutschland

Birgit Glorius 339

Flucht- und zuweisungsbedingte Migration als Entwicklungsstrategie für ländliche Räume?	
<i>Anna Scheib</i>	357
»Wir, die Peripherisierten«	
Kollektive Identitäten unter Bedingungen der Peripherisierung	
<i>Nina Jasmin Zerche</i>	373
»Die Dorfgemeinschaft«	
(In)Begriff sozialer Nähe und gesellschaftlichen Zusammenhalts?	
<i>Sara Schiemann, Melanie Rühmling und Andreas Klärner</i>	389
Wer gedenkt der Partisaninnen und Partisanen?	
Erinnerungsorte in ländlichen Räumen in Kärnten	
<i>Jakob Holzer</i>	407
Autoritärer Populismus und »Heimat«	
Über <i>imaginaries</i> in der Raumordnungspolitik am Beispiel Bayerns	
<i>Anna Regener, Andreas Kallert und Simon Dudek</i>	427
Zu den Autor*innen	445

Ungleiche Entwicklung ländlicher Räume

Zur Einleitung

Michael Mießner, Andreas Kallert, Bernd Belina und Matthias Naumann

Ländliche Räume sind wieder Thema. Spätestens seitdem drei Bundesministerien das Strategiepapier »Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall« im Jahr 2019 (Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat u.a. 2019a) veröffentlicht haben, sind ländliche Regionen wieder in den Fokus der politischen und auch wissenschaftlichen Diskussion gerückt. Flankiert wurde das Strategiepapier von der Veröffentlichung des »Deutschlandatlas«, einer Online-Kartensammlung, die das Ziel verfolgt, Deutschland als »ein Land der Vielfalt« (Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat u.a. 2019b) darzustellen. Weiter heißt es im »Deutschlandatlas«:

»Nicht nur geografisch oder kulturell, sondern auch demografisch und wirtschaftlich gibt es Unterschiede zwischen den Regionen, urbanen Zentren und ländlichen Räumen.« (Ebd.)

Auffällig ist, dass es mit dem »Deutschlandatlas« offensichtlich nicht darum geht, Erklärungen für die zahlreichen Unterschiede aufzuzeigen. Vielmehr erscheint die Vielfalt als gegeben und gar als etwas Erstrebenswertes. Offen bleiben aber die Fragen, was Ursachen der Unterschiede ländlicher Räume sind, worin genau sie bestehen und welche Folgen diese Disparitäten haben, aber auch, wie (nicht erwünschten) Unterschieden begegnet werden kann. Zur Beantwortung dieser Fragen möchte der vorliegende Band einen Beitrag leisten.

In dieser Einleitung nehmen wir die konstatierten Leerstellen zum Anlass, um im folgenden Abschnitt mit »Uneven Development« einen theoretischen Zugang der Kritischen Geographie vorzustellen, der eine Erklärung für die disparate Entwicklung ländlicher Räume liefern kann, bisher jedoch in der deutschsprachigen Forschung zu ländlichen Räumen weitgehend unberück-

sichtigt blieb. Auch im vorliegenden Band wird diese Theorietradition kaum explizit referenziert. Wir glauben jedoch, dass sie mit den allermeisten Beiträgen zumindest sehr gut kompatibel, wenn nicht gar implizit angesprochen und insofern eine Art ›unsichtbares Band‹ zwischen ihnen ist. Im anschließenden Abschnitt werfen wir einige Schlaglichter auf die Messung und Kategorisierung der Ungleichheit ländlicher Räume in der Bundesrepublik, mit hin die offensichtlichen Ausprägungen von ›Uneven Development‹, die das ›sichtbare Band‹ zwischen den Beiträgen bilden. Abschließend führen wir in die Struktur des Bandes ein und stellen die einzelnen Beiträge kurz vor.

1. ›Uneven Development‹ als theoretischer Zugang zu ländlicher Entwicklung

Seit den 1980er-Jahren haben vor allem Vertreter*innen der anglo-amerikanischen »Radical Geography« den Ansatz von »Uneven Development« entwickelt (vgl. u. a. Hadjimichalis 1987; Harvey 2006 [1982]; Massey 1995 [1984]; Smith 2010 [1984]). Wir beschränken uns im Folgenden auf die Arbeiten von Harvey (2006 [1982]) und Smith (2010 [1984]), die unter Rückgriff auf Marx und Engels der Frage nachgingen, warum räumliche Entwicklung im Kapitalismus notwendig ungleich verläuft. Ein expliziter Bezug zu Fragen ländlicher Räume ist in den Arbeiten von Harvey und Smith jedoch nicht vorhanden, daher diskutieren wir in diesem Abschnitt ihre Arbeiten hinsichtlich möglicher Anschlüsse für Fragen ländlicher Entwicklung. Wir thematisieren dabei zunächst die historischen Veränderungen, die mit der Herausbildung des Kapitalismus einhergingen, und ihre Bedeutung für räumliche Entwicklung. Anschließend leiten wir ungleiche Entwicklung aus den von Marx in seiner Kritik der Politischen Ökonomie entwickelten Kategorien her. Wir führen den ›Uneven Development‹-Ansatz damit als einen Zugang für Analysen ungleicher ländlicher Entwicklung ein.

Smith betont in seinem grundlegenden Werk »Uneven Development. Nature, Capital and the Production of Space«, dass ungleiche Entwicklung auf der kapitalistischen Inwertsetzung unterschiedlicher natürlicher Bedingungen basiert (Smith 2010 [1984], 135). Mit der Durchsetzung des Kapitalismus wird Natur, vermittelt über ihre Bearbeitung, in ein Verhältnis zur Mehrwertproduktion überhaupt gesetzt, wie Smith (ebd.) unter Rekurs auf eine Passage von Marx in »Theorien über den Mehrwert« (MEW 26.1) argumentiert. Dort heißt es, dass »die Agrikultur die Arbeit ist, worin das Schaffen des Mehr-

werts materiell handgreiflich erscheint« (ebd., 18). Der Mehrwert wird unter anderem deshalb zunächst in der Agrararbeit sichtbar, weil

»die Masse der in der Manufaktur etc. beschäftigten, selbständig von der Agrikultur losgelösten Arbeiter [...] bestimmt ist, durch die Masse der Agrikulturprodukte, die die Ackerbauarbeiter über ihren eignen Konsum hinaus produzieren« (ebd.).

Aus diesem Grund ist die

»Agrikulturarbeit so Naturbasis [...] nicht nur für die Surplusarbeit in ihrer eignen Sphäre, sondern für die Verselbständigung aller andren Arbeitszweige, also auch für den in denselben geschaffenen Mehrwert« (ebd.).

Aufgrund dieses Zusammenhanges von Agrararbeit und kapitalistischer Produktion in anderen Branchen wird »die Möglichkeit der Surplusarbeit« beziehungsweise der Mehrwertproduktion »zunächst [...] in der Agrikulturarbeit« (ebd., 19) deutlich. Daher »erscheint« die Mehrwertproduktion »als *Naturgabe, Produktivkraft der Natur*« (ebd.; Herv.i.O.). Dies scheint jedoch nur so zu sein, denn der Wert einer Ware und damit des Mehrwerts wird, wie Marx herausgearbeitet hat, durch die Verausgabung von »gleicher menschlicher oder abstrakt menschlicher Arbeit« (MEW 23, 61) gebildet. Smith (2010 [1984], 135) erläutert daher, dass, unterschiedliche natürliche Bedingungen an zwei Orten vorausgesetzt, durch die Verausgabung gleicher Einheiten von Arbeitskraft an beiden Orten unterschiedlich viele Waren produziert würden. Dies bedeutet, »the possibility (but only the possibility) of surplus product in one place though not in another« (ebd.). Es ist also der kapitalistische Umgang mit den natürlichen Voraussetzungen, der diese in räumlich ungleiche Entwicklung resultieren lässt.

Im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus ändert sich gegenüber früheren Produktionsabläufen noch etwas Anderes (vgl. Krumbein 2008, 50): Das »zeitliche Nacheinander« (MEW 23, 365) im wertvermittelten Produktionsprozess einer Ware wird im Rahmen der »Zerlegung der handwerksmäßigen Tätigkeit« (ebd.) durch ein »räumliches Nebeneinander« (ebd.) in der Manufaktur ersetzt. Daher kann die »Lieferung von mehr fertiger Ware in demselben Zeitraum« (ebd.) erfolgen. Es findet aber nicht nur eine neue funktionale »Teilung der Arbeit innerhalb der Manufaktur« statt, sondern auch »innerhalb der Gesellschaft« (ebd., 371). Diese Arbeitsteilung hat eine »Beschränkung der Individuen auf besondere Berufssphären« (ebd., 372) zur Folge. Es kommt zu einer »territoriale[n] Teilung der Arbeit«, die »besondre Produktionszweige

an besondere Distrikte eines Landes bannt« (ebd., 374). Marx schlussfolgert daraus:

»Die Grundlage aller entwickelten und durch Warentausch vermittelten Teilung der Arbeit ist die Scheidung von Stadt und Land.« (Ebd., 373)

Die Trennung von Stadt und Land ist Voraussetzung des Kapitalismus, zugleich jedoch eine relative, denn die mit der Industrialisierung einhergehende Konzentration der Lohnarbeiter*innen in den großen Städten basiert einerseits auf der Mehrwertproduktion in der »Agrikulturarbeit« (MEW 26.1, 19), die die industrielle Mehrwertproduktion erst ermöglicht, und hat andererseits Auswirkungen auf die Strukturen in ländlichen Räumen (Krumbein 2008, 51). Um die Mehrwertproduktion auf dem Land zu steigern, ist eine Konzentration des Besitzes und Maschineneinsatz notwendig, der einen zunehmenden Teil der Erwerbstätigen auf dem Land überflüssig macht. Die ländliche Bevölkerung sinkt ab »auf ein beständig sinkendes Minimum und setzt ihr eine beständig wachsende, in großen Städten zusammengedrückte Industriebevölkerung entgegen« (MEW 25, 821). Wie Williams (2016, 71) betont, sind Stadt und Land im Kapitalismus stets »organically linked in a mutual necessity of profit and power«, wenn auch in unterschiedlichen historischen Phasen auf unterschiedlicher Weise.

Nach dieser historischen Herleitung der ungleichen Entwicklung von Stadt und Land wird im Folgenden ungleiche Entwicklung stärker auf die von Marx in seiner Kritik der Politischen Ökonomie entwickelten Kategorien bezogen. Smith (2010 [1984], 112f.) leitet ungleiche räumliche Entwicklung aus dem in der Ware als »Keimform« (MEW 23, 74) des Kapitalismus angelegten Widerspruch zwischen Konkretem und Abstraktem, also zwischen konkreter und abstrakter Arbeit beziehungsweise Gebrauchswert und (Tausch-)Wert ab. Er überträgt die Marxschen Analysen von Konkretem und Abstraktem auf den absoluten und den relativen Raum. Der absolute Raum ist in diesem Verständnis der Raum des konkreten Arbeitsprozesses – also der Raum des Tischlerns oder Webens et cetera. Der relative Raum dagegen ist der Raum des Austausches beziehungsweise der abstrakten Arbeit (Smith 2010 [1984], 112f.). Denn erst durch die im Tauschprozess von Waren vollzogene Abstraktion von der konkreten Arbeit als »abstrakt menschliche Arbeit« (MEW 23, 52) werden die konkreten Arbeitsprozesse, die immer an bestimmten Orten stattfinden, zueinander – eben im relativen Raum – in Beziehung gesetzt (Smith 2010 [1984], 113). Um die konkreten Orte konkreter Arbeit im relativen Raum vergleichbar – und die Arbeitsprodukte damit überhaupt erst

austauschbar – zu machen, ist ein »spatially integrated system of commodity exchange, money relations, credit facilities, even the mobility of labor« (ebd.) notwendig. Dieses räumliche System setzt wiederum ein Transport- und Kommunikationssystem voraus, das die verschiedenen Produktionsorte (bzw. absoluten Räume) miteinander verbindet (ebd.). Diese Infrastruktur ist eine Voraussetzung für den Zirkulationsprozess von Waren. Der Zirkulation der Waren ist jedoch eine physische Schranke gesetzt (Krumbein 2008, 52), weil Waren »verderben« (MEW 24, 130), also ihren Gebrauchswert und damit zugleich »die Eigenschaft, Träger des Tauschwertes zu sein« (ebd.), verlieren können. Dies gilt in besonderem Maße für verderbliche Waren wie Agrarprodukte:

»Je vergänglicher eine Ware, je unmittelbarer nach ihrer Produktion sie daher verzehrt, also auch verkauft werden muß, desto geringerer Entfernung von ihrem Produktionsort ist sie fähig, desto enger also ihre räumliche Zirkulationsphäre, desto lokalerer Natur ihr Absatzmarkt. Je vergänglicher daher eine Ware, [...] desto weniger eignet sie sich zum Gegenstand der kapitalistischen Produktion. Letzterer kann sie nur anheimfallen an volkreichen Plätzen, oder im Maß, wie die lokalen Abstände durch Entwicklung der Transportmittel zusammenrücken.« (Ebd.)

Deshalb müssen räumliche Entfernungen – insbesondere für verderbliche Güter – innerhalb einer bestimmten Zeit überwindbar sein (Krumbein 2008, 52). Aber noch aus einem anderen Grund ist ein räumlich integriertes Transportsystem notwendig: Da das (eingesetzte) Kapital »[e]rst mit dem Ablauf der Umlauf- und damit der Umschlagszeit« zum/r Kapitalist*in zurückkehrt (Wissen/Naumann 2008, 383), sind die Kapitalist*innen bestrebt, die Umschlagszeit des Kapitals zu erhöhen. Ein Mittel hierfür sind die Verbesserung und der Ausbau der Infrastruktur (ebd.). Das ist der Grund dafür, dass das Kapital »seiner Natur nach über jede räumliche Schranke hinaus« (MEW 42, 430) treibt. Damit ist dem relativen Raum zugleich eine »tendency toward the equalization of the conditions of production and of the level of development of the productive forces« (Smith 2010 [1984], 153) inhärent.

Was bedeuten diese Aussagen für ländliche Räume und ihre Anbindung an Transport- und Kommunikationsinfrastrukturen? Diese Anbindung zeigt stets einen widersprüchlichen Effekt: Einerseits vergrößert sie den Absatzmarkt sowie die Absatzgeschwindigkeit von Waren, die in ländlichen Räumen produziert werden – etwa von Agrarprodukten, aber auch allen anderen Wa-

ren. Andererseits ermöglichen Infrastrukturen einen globalen Wettbewerb, bei dem vor allem das Kapital in städtischen Zentren profitiert.

Mit Bezug auf Harvey lässt sich ein weiterer grundlegender Widerspruch räumlicher Entwicklung identifizieren. Er argumentiert, dass dem Kapitalismus eine »tension between fixity and mobility« (2006 [1982], 431) inhärent ist. Das bedeutet, dass immer mehr Kapitalien in »physisch-materiell fixierte Voraussetzungen und Mittel der Akkumulation investiert werden müssen« (Belina 2008, 79), mithin in Produktionsanlagen, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen. Auf diese Weise werden »gewaltige Summen an fixem Kapital und staatlichem Geld an bestimmte Orte gebunden« (ebd.). Allerdings ist nicht gesichert, ob »sich diese räumlichen Fixierungen lohnen« (ebd.). Denn die Umschlagszeit des fixen Kapitals, das räumlich fixiert ist, ist für gewöhnlich relativ lang. Es ist aber nicht von vorneherein klar, dass eine so langfristige erfolgreiche Akkumulation an einem Ort auch stattfindet. Dies hängt unter anderem von der Entwicklung der Akkumulationsbedingungen an anderen Orten ab. Sollte sich die Produktion an einem anderen Ort als profitabler herausstellen, so ist das Kapital bestrebt, seine Produktion dorthin zu verlegen. Für ländliche Räume bedeutet dies, dass beispielsweise die landwirtschaftliche Produktion von Weizen an einem Ort zunächst durchaus profitabel ist, durch eine bessere verkehrsinfrastrukturelle Anbindung, höhere Arbeitsintensität oder durch eine effizientere Anbautechnik an einem anderen Ort, aber im Vergleich zu diesem anderen Standort weniger profitabel und damit nicht mehr konkurrenzfähig werden kann. Dies würde dazu führen, dass der Weizenanbau in der zweiten Region konzentriert wird.

Eine solche Verlegung von Kapital ist allerdings selten umstandslos möglich, denn das in Produktionshallen, Infrastrukturen et cetera investierte Kapital ist »für einen relativ langen Zeitraum fixiert« (Harvey 2004, 186). Wenn das Kapital dennoch »abgezogen wird, hinterlässt es eine Spur der Verwüstung« (ebd.). Diese Gefahr der Entwertung »bildet die Grundlage der Konstitution regionaler und lokaler Koalitionen« zwischen verschiedenen Unternehmen, Sozialpartner*innen et cetera (Belina 2008, 83):

»Investitionen in die gebaute Umwelt bestimmen die regionalen Räume für die Zirkulation des Kapitals. Innerhalb dieser Räume hängen Produktion, Vertrieb, Austausch und Konsumtion, Angebot und Nachfrage (vor allem an Arbeitskraft), Klassenkampf, Kultur und Lebensstile innerhalb eines offenen Systems zusammen, das dennoch eine Art von ›strukturierter Kohärenz‹ zeigt.« (Harvey 2007, 108)

In jeder Region wird damit auch ein entsprechendes institutionelles und infrastrukturelles Setting geschaffen, innerhalb dessen die (lokale) Kapitalakkumulation erfolgt (Harvey 2006 [1982], 417). Diese Regionsbildung ist »totally inconsistent with the universalism towards which capitalism always strives« (ebd.). Entsprechend sind Regionen immer fragil, denn der Drang des Kapitals zur Mehrwertproduktion und damit verbundenen:

»temptation for capitalists to engage in interregional trade, to lever profits out of unequal exchange and to place surplus capitals wherever the rate of profits is highest is in the long run irresistible« (ebd.).

Allerdings sind die in einer Region gebundenen Mengen an Kapital zugleich ein »Hemmschuh« bei der Suche nach einem neuen »*spatial fix*, einer räumlichen Mobilisierung und Fixierung in einer anderen Region« (Harvey 2004, 186; Herv.i.O.). Das Kapital hinterlässt daher bei seinem Abzug eine »verwüstete« Landschaft, um an einem profitableren Ort wieder investiert zu werden. Es schafft somit »notwendigerweise eine physische Landschaft nach seinem Ebenbild, nur um sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder zerstören zu müssen« (ebd.). Die entwertete Region kann jedoch zum Beispiel aufgrund steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Löhne wieder zu einer profitablen Anlageregion werden und entsprechende Investitionen anziehen (Smith 2008 [1984], 198). Harvey nutzt für diese Entwicklung den Begriff der »Geschichte der »schöpferischen Zerstörung«« (Harvey 2004, 186), Smith spricht von einer Wippen-Bewegung des Kapitals (Smith 2008 [1984], 198).

Der Kapitalismus ist heute ein globales Phänomen. Sein Drang zur Erschließung immer neuer Akkumulationsfelder hat dazu geführt, dass nahezu alle Orte auf der Welt kapitalistisch durchdrungen sind. Aus der Perspektive von »Uneven Development« führt dies notwendig zur Scheidung zwischen Stadt und Land sowie zu – teils gewaltigen – Unterschieden zwischen ländlichen Räumen. Entsprechend sind auch ländliche Räume durch die beschriebene ungleiche Entwicklung gekennzeichnet. Diese Ungleichheiten drücken sich unter anderem in ihrer Klassifizierung als »prosperierende«, »stagnierende« oder gar »abgehängte« Regionen aus. Was über die ungleiche Entwicklung ländlicher Räume Deutschlands in der letzten Dekade bekannt ist, wird im Folgenden kurz angerissen.

2. Ungleiche ländliche Räume in der Bundesrepublik

Die ungleiche Entwicklung ländlicher Räume drückt sich in diskursiven Zuschreibungen aus. Das Land wird zugleich idealisiert und verteufelt, für die einen – siehe exemplarisch die schönfärbende Kampagne der ehemaligen Landwirtschaftsministerin Klöckner unter dem Hashtag »Dorfkinder« – als authentische Orte, für die anderen – etwa manchen Demonstrant*innen gegen Nazis auf dem flachen Land – als rückständige, ja gar regressive Flecken Erde, in denen antidemokratische Einstellungen besonders gedeihen können: »Dörfer sind scheiße, Ihr seid die Beweise« (Deycke/Isele 2018, 26). Solche (Extrem-)Positionen drücken sich um die Frage, wie ländliche Räume bestimmt werden können. Hierbei lassen sich grob zwei Ansätze unterscheiden: Solche der Abgrenzung, die ländliche Räume vor allem über Unterschiede zu städtischen Räumen bestimmen, und solche, die anhand der sozioökonomischen Lage ländliche Räume erfassen. Als ländlich gelten nach der ersten Definition alle Räume, die weder Stadt noch Ballungszentren sind, ländliche Räume werden somit mittels einer Negativdefinition bestimmt (Born/Steinführer 2018, 18). Ausgangspunkt der Bestimmung sind damit nicht die Eigenschaften ländlicher Räume, sondern das Fehlen vor allem der Merkmale Verstädterung und Zentralität. Nach dem zweiten Ansatz können ländliche Räume anhand sozioökonomischer Kriterien differenziert werden. Insbesondere die Bestimmung ländlicher Räume im Landatlas des Thünen-Instituts stellt eine elaborierte Näherung an, in der Regionen anhand eines Kontinuums von äußerst ländlich bis kaum ländlich eingeteilt werden (Küpper 2016). Die Ländlichkeit nimmt hierbei etwa mit abnehmender Siedlungsdichte, höheren Anteilen forstwirtschaftlicher Fläche und von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie steigender Entfernung zu großen Zentren zu (Küpper/Milbert 2020, 87f.).

Ausgehend von solchen Näherungen an ländliche Räume lassen sich Disparitäten zwischen städtischen und ländlichen, aber auch zwischen ländlichen Räumen analysieren. Der schon in der Einleitung angesprochene »Deutschlandatlas« (Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat u.a. 2019b) stellt die Lebenssituation der Bevölkerung mithilfe von 51 Indikatoren und noch mehr Karten dar. Der Vorteil dieser Art der Darstellung besteht darin, dass so ein sehr genauer räumlicher Überblick hinsichtlich verschiedener Indikatoren ermöglicht wird. Auch verdeutlichen die Karten die Vielfalt und oftmals gegenläufigen Tendenzen der regionalen Lebensverhältnisse anhand von Indikatoren wie Alter oder Erwerbstätigkeit. Problematisch

ist jedoch, dass die große Zahl der Indikatoren und Karten den Wald vor lauter Bäumen verschwinden lässt – respektive die allgemeinen räumlichen Entwicklungstendenzen und Disparitäten nicht kenntlich werden.

Naheliegender und übersichtlicher ist es daher, die einzelnen Indikatoren zu einem Index »Lebensverhältnisse« zu bündeln. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR 2017a) unternimmt einen solchen Versuch und stellt die Lebensverhältnisse auf Kreisebene anhand der sechs Dimensionen Demographie, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Wohlstand, Infrastruktur und Wohnungsmarkt dar. Im Ergebnis weisen 303 von 361 Kreisregionen ausgeglichene Lebensverhältnisse auf, wohingegen nur 26 als (stark) unterdurchschnittlich – allesamt in Ostdeutschland – und 32 als (stark) überdurchschnittlich klassifiziert werden – allesamt in westdeutschen Bundesländern. So beruhigend das Fazit der weit überwiegend ausgeglichenen Lebensverhältnisse in Deutschland sein könnte, so problematisch ist allerdings das Nivellieren von teils markanten Unterschieden in den Einzeldimensionen hin zu ausgeglichenen Lebensverhältnissen im Gesamtindex. So setzt sich die Wohnungsmarkt-Dimension lediglich aus dem Indikator »Angebotsmiete je m²« zusammen, der besonders in ländlichen Räumen stark positiv ausschlägt, während der Infrastrukturindex elementare Daseinsvorsorgeleistungen wie Versorgungsgrad mit Hausärzt*innen, Grundschulnetzdichte und Erreichbarkeit von Autobahnen und Fernverkehrsbahnhöfen abbildet und in peripheren Regionen stark abfällt. Ergänzen lässt sich diese Kritik auch dahingehend: Selbst bei sechs unterdurchschnittlichen Einzeldimensionen im Gesamtindex werden ausgeglichene Lebensverhältnisse indiziert (BBSR 2017b). Lediglich mehrere stark (!) unter- oder überdurchschnittliche Werte lassen überhaupt eine andere Einstufung als ausgeglichen zu.¹ In der gezeigten Herangehensweise des BBSR besteht damit die Gefahr, dass sich räumliche Unterschiede im Prozess der Index-Erstellung gegenseitig ausgleichen und damit vorhandene sozio-ökonomische Disparitäten in der Gesamtdarstellung unsichtbar werden.

1 Mittlerweile hat das BBSR (2020) eine Studie veröffentlicht, in der ein neues, zweistufiges Messkonzept zur Bewertung ungleicher Lebensverhältnisse vorgeschlagen wird. Über neun strukturgebende Kernindikatoren werden die Regionen zunächst in sieben Typen unterschiedlicher Ausgangsbedingungen eingeteilt, um anschließend weitere Themenfelder gleichwertiger Lebensverhältnisse zu erschließen.

Genau auf diese Unterschiede zielt der sozioökonomische Disparitätenbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) (Fink u.a. 2019, 8ff.): Er identifiziert ländlich geprägte Räume, die sich in einer dauerhaften Strukturkrise befinden und in denen insgesamt 8,1 Millionen Menschen in 53 Kreisen leben. Mehrheitlich befinden sich die Kreisregionen in dieser Darstellung in »Deutschlands solider Mitte« (ebd.). Für Hessen hat die FES diese Berechnungen, ergänzt um einige Indikatoren, zusätzlich auf Gemeindeebene durchgeführt: Während die ländlichen Regionen Hessens auf Kreisebene entweder als »starkes Umland« oder »solide Mitte« klassifiziert werden, befinden sich auf Gemeindeebene 138 hessische Kommunen im Cluster »Ländliche Gemeinden mit langfristigen strukturellen Herausforderungen« (Fina/Heider 2021, 11). Deutlich wird dadurch, dass auch durch die Wahl der räumlichen Maßstabsebene sozioökonomische Unterschiede nivelliert oder gar erst sichtbar gemacht werden können.

In einer weiteren Typisierung kombiniert das Thünen-Institut Ländlichkeit mit der sozioökonomischen Lage. So ist etwa Letztere für die als »sehr ländlich« eingestuft Kreise mehrheitlich »weniger gut«: 155 der 267 ländlichen Kreisregionen befinden sich demnach in einer weniger guten sozioökonomischen Lage. Diese konzentrieren sich auf Ostdeutschland, sind aber, wenn auch ungleich, über alle alten Bundesländer verteilt. Ländliche Räume mit einer guten sozioökonomischen Lage befinden sich dagegen überwiegend in Süddeutschland (Küpper/Milbert 2020, 88f.). Auf Länderebene weisen Studien etwa zu Bayern (Miosga 2015; Dudek/Kallert 2017) oder Hessen (Fina/Heider 2021; Kallert u.a. 2020) auf die tendenziell schlechtere Ausstattung mit Infrastrukturen und geringeren Wohlstand in den ländlichen Regionen insbesondere in den Randlagen (etwa Nordostbayern oder Nordosthessen) hin.

Inwiefern die Corona-Pandemie und ihre politische Bearbeitung die räumlichen Disparitäten verschärfen, ist offen. Der austeritätspolitische Kurs von Bund und Ländern ist weiterhin gültig: Auch wenn die Ausnahmeregelungen auf Bundes- und Länderebene genutzt wurden, um massive Nettokreditaufnahmen für Konjunkturlösungen zu bewerkstelligen, so bleiben die Schuldenbremsen in Kraft. Die Tilgungen dieser Neuschulden stellen eine »ins Recht gegossene Forderung nach zukünftiger Konsolidierung des Staatshaushalts« dar (Petzold 2021, 406). Die drohende räumliche Verschiebung der Konsolidierungslasten von den Ländern auf die Kommunen lässt befürchten, dass die Disparitäten zwischen prosperierenden und peripherisierten Regionen weiter beziehungsweise erneut steigen. Ähnlich wie die neoliberale, austeritätspolitische Bearbeitung der Finanz- und Wirtschafts-

krise (vgl. Hadjimichalis 2011) könnte die Corona-Pandemie die sozialen Spaltungen in Deutschland und Europa weiter befördern.

3. Ziel und Aufbau des Bandes

Im Zuge der Corona-Krise ist zuletzt die Rede von einer »Stadtflucht« (Soltau 2022) aufgekommen, ja gar von einer »Wiederkehr der ländlichen Räume« (kritisch hierzu: Naumann 2021), von der ländliche Regionen profitieren könnten. Die Wiederkehr des Ländlichen drückt sich nicht zuletzt auch in einer neuen großen Zahl von Medienberichten aus, für die die ARD-Themenwoche »Stadt.Land.Wandel – Wo ist die Zukunft zu Hause?« (ARD 2021) typisch ist. Auch in der (deutschsprachigen) Forschungslandschaft scheinen sich ländliche Themen wieder stärker zu etablieren. Exemplarisch dafür stehen drei Buchreihen: »Ländliche Räume: Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung« (LIT Verlag), »Rurale Topographien« und »Kritische Landforschung. Umkämpfte Ressourcen, Transformationen des Ländlichen und politische Alternativen« (beide beim transcript Verlag), in der auch dieses Buch erscheint. Während im deutschsprachigen Raum zu städtischen Fragen eine breite kritische Diskussion in den Sozial- und Geisteswissenschaften sowie der Geographie stattfindet, steht die Kritische Landforschung noch am Anfang (vgl. Mießner/Naumann 2019). In den vergangenen Jahren sind dennoch einige Arbeiten entstanden (u.a. Kaeß 2018; Kersten u.a. 2022; PROKLA 2021; Vorbrugg/Ouma 2020) an die dieser Band anschließen kann. Nachdem der erste Band dieser Buchreihe die englischsprachigen Diskussionen für eine Kritische Landforschung aufbereitet hat (Maschke u.a. 2021), will der vorliegende Band empirische Einblicke in verschiedene Dimensionen ungleicher Entwicklung ländlicher Räume bieten.

Ausgangspunkt des Bandes ist die relativ banale und gut dokumentierte Einsicht, dass ländliche Räume von vielfältigen Ungleichheiten gekennzeichnet sind. Wenn es mittlerweile Konsens geworden ist, dass es »den ländlichen Raum« nicht gibt, sondern nur ländliche Räume im Plural, so bleibt trotzdem die Frage offen, worin sich ländliche Räume unterscheiden, worin die Ursachen und Folgen dieser Unterschiede bestehen und wie ihnen (aber auch welchen Ungleichheiten) begegnet werden kann und sollte. Zu diesen Fragen möchte der vorliegende Band einen Beitrag leisten. Die Autor*innen kommen aus verschiedenen akademischen Disziplinen – der Humangeographie, der Soziologie, der Sozialen Arbeit, der Kriminologie, den Politik-, Literatur-

und Planungswissenschaften – und stellen Ergebnisse von Qualifizierungsarbeiten wie auch größeren Forschungsvorhaben vor.

Der Band gliedert sich in vier thematische Blöcke. Der erste Block ›Konzeptionelle Zugänge zu ländlicher Entwicklung‹ stellt verschiedene theoretische Perspektiven auf ländliche Räume vor. *Jörg Goldberg* diskutiert, wie der klassische Marxismus ländliche Räume und die Bauernfrage behandelt hat. Er zeigt Schwerpunkte, aber auch blinde Flecken bisheriger Debatten auf. Die Perspektiven des westlichen Marxismus auf das Land zeichnet *Bernd Belina* am Beispiel von Theodor W. Adorno und Henri Lefebvre nach. Die Verbindung der Arbeiten beider Theoretiker kann auch für aktuelle Auseinandersetzungen Anregungen liefern. *Marc Redepenning* verdeutlicht, wie Wissenschaft und Planung Kategorien von ›Stadt‹ und ›Land‹ überhaupt erst erschaffen. Diese Kategorisierungen und die ihnen zugrundeliegenden Perspektiven sind immer zu hinterfragen. Die Frage von Geschlechterverhältnissen in ländlichen Räumen und die Perspektiven einer ruralen Geschlechterforschung diskutiert *Gesine Tuitjer*. So weist das Beispiel der Erwerbsarbeit von Frauen vielfältige räumliche und soziale Unterschiede auf. Die Ideengeschichte und soziale Selektivität eines ›guten Lebens auf dem Land‹ rekonstruiert *Werner Nell*. Für aktuelle Debatten schlägt er die vier Sinn- und Handlungsdimensionen ›Natur-, Herrschafts-, Sozial- und Selbstverhältnis in lokalen und globalen Zusammenhängen‹ vor. *Sarah Ruth Sippel* und *Michaela Böhme* erläutern in ihrem Beitrag, wie Land als Gegenstand in den Sozialwissenschaften wieder neue Aufmerksamkeit erfährt. Für die Analyse aktueller Transformationen stellen sie die vier Dimensionen von Land als Anlage, in seiner Materialität, Gegenstand von De- und Re-Regulierung sowie von lokalen Konflikten vor. *Frank Meyer* und *Judith Miggelbrink* plädieren in ihrem Beitrag für eine Forschung zu peripherisierten Regionen, die aktuelle Ansätze der Subjektivierungsforschung aufgreift. Damit können Fragen von Abwanderungskulturen als ein zentrales Element von Peripherisierungsprozessen in den Blick genommen werden. *Andreas Kallert*, *Bernd Belina*, *Michael Mießner* und *Matthias Naumann* stellen mit dem Ansatz der Cultural Political Economy eine Weiterentwicklung marxistischer Zugänge für die Untersuchung ländlicher Räume vor, der zugleich Erkenntnisse aus dem Poststrukturalismus aufnimmt. So lassen sich für die Planung ländlicher Räume verschiedene Vorstellungswelten identifizieren, die in aktuellen Diskursen um Hegemonie ringen.

Der zweite Block ›Regionale Entwicklung und die Neuordnung von Stadt-Land-Verhältnissen‹ verbindet ländliche Entwicklung sowohl mit Fragen der Stadtentwicklung als auch mit Fragen von sozialökologischen Transformatio-

nen. *Julia van Lessen* betrachtet die Dichotomie von Stadt und Land aus einer postkolonialen Perspektive. Mit Rückgriff auf Stuart Hall zeigt sie, wie ländliche Räume in der Bundesrepublik einerseits als rückständig, andererseits als romantische Idyllen dargestellt werden. Am Beispiel des Mitteldeutschen Braunkohlereviere diskutiert *Hendrik Sander* den regionalen Strukturwandel und die Transformationen von Naturverhältnissen. Verschiedene Akteur*innen und Interessen stehen sich hinsichtlich der Perspektiven für die ehemaligen Kohleregionen gegenüber. Die Möglichkeiten und Grenzen kommunalen Klimaschutzes erörtert *Marius Hübler*. Er plädiert für Suffizienzstrategien als eine Orientierung und Rahmen für lokale Klimaschutzmaßnahmen. Dem ›Recht auf Dorf‹ als einer Utopie für die Entwicklung ländlicher Räume gehen *Nils Unthan*, *Jacob Heuser* und *Armin Kratzer* anhand von zwei UNESCO-Biosphärenreservaten nach. Sie stellen vor, wie dieses Recht durch soziale Innovationen eingefordert wird.

Die vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in ländlichen Räumen thematisiert der dritte Block »Sozioökonomischer Wandel in ruralen Kontexten«. Das erneute Interesse der Ungleichheitssoziologie an ländlichen Räumen sowie Forschungsergebnisse zu messbaren und wahrgenommenen Ungleichheiten stellt *Claudia Neu* vor. Ländliche Armut behandeln *Tine Haubner*, *Mike Laufenberg* und *Laura Boemke*. Sie analysieren das Phänomen im Kontext sozialräumlicher Peripherisierungsprozesse auf der einen und lokaler Aufwertungsstrategien auf der anderen Seite. Das Konzept der Sicherheitsmentalitäten nutzt *Daniela Klimke* für ihre Untersuchung von Vorstellungen und Wahrnehmungen von Risiken sowie Praktiken des Umgangs mit diesen von Frauen in ländlichen Räumen. Sie zeigt, dass Kriminalität keinesfalls nur ein großstädtisches Phänomen darstellt. Die Digitalisierung als ein zentrales Element des Wandels in der Landwirtschaft untersucht *Louisa Prause*. Diese Veränderungen haben nicht nur Auswirkungen auf die Beschäftigten landwirtschaftlicher Betriebe, sondern auf ländliche Räume insgesamt. Das Schlagwort ›Bauernbashing‹ illustriert die damit verbundenen Kontroversen, die *Kim Marei Kusserow* für landwirtschaftliche Betriebe in Niedersachsen untersucht. Hierfür diskutiert sie die Auswirkungen des Strukturwandels auf das Image der Landwirtschaft aus der Perspektive landwirtschaftlicher Akteur*innen. Konkrete Vorhaben für die Bereitstellung sozialer Infrastrukturen in ländlichen Räumen stellt *Andreas Koch* vor. Diese können Alternativen zum ›Urban-Centric-View‹ und einen Beitrag zu mehr lokaler Eigenständigkeit darstellen.

Aktuelle Fragen von Migration, aber auch populistischer Mobilisierungen in ländlichen Kontexten sind Gegenstand des vierten Blocks ›Migration, Identitäten und Populismus in ländlichen Räumen‹. *Birgit Glorius* nutzt den Critical Whiteness-Ansatz als konzeptionellen Zugang für die Untersuchung des Umgangs mit Zuwanderung in ländlichen Gemeinden in der Bundesrepublik, die 2015 eine neue Dynamik erfuhr. Ob die zuweisungsbedingte Zuwanderung eine Entwicklungsstrategie für ländliche Räume sein kann, diskutiert *Anna Scheib*. Aus der Perspektive der Sozialen Arbeit entwickelt sie Vorschläge für alternative Bearbeitungsmöglichkeiten von Fragen der Zuwanderung und ländlicher Entwicklung. Populistische Diskurse in ländlichen Regionen, die von Abwanderung geprägt sind, zeichnet *Nina Jasmin Zerche* für die Lausitz nach. Ihr Untersuchungsgegenstand ist ein Verein, der sich kritisch mit den Auswirkungen der Energiewende in der Region auseinandersetzt. Die Dorfgemeinschaft als soziales Konstrukt untersuchen *Sara Schiemann*, *Melanie Rühmling* und *Andreas Klärner*. Ihr Beitrag zeigt, dass diese Gemeinschaft sowohl von sozialer Nähe als auch von Exklusion gekennzeichnet ist. Ein Beispiel für Erinnerungsorte in ländlichen Räumen liefert *Jakob Holzer*. In Kärnten/Koroška war und ist das Gedenken an den antifaschistischen Widerstand der Partisan*innen immer noch Widerständen ausgesetzt. Die Wirkmächtigkeit von ›Heimat‹ für die Raumordnungspolitik ist Gegenstand des Beitrags *Anna Regener*, *Andreas Kallert* und *Simon Dudek*. Sie rekonstruieren diskursive Elemente einer autoritär-populistischen Wende in der Raumordnung.

Es versteht sich von selbst, dass dieser Band keinen Anspruch auf Vollständigkeit in der Untersuchung ungleicher Entwicklung ländlicher Räume erheben kann. Ganz im Gegenteil: Wir hoffen, dass die Lücken und blinden Flecken des Bandes zu weiteren Arbeiten anregen. Dies betrifft erstens die Fragen von ländlichen Räumen im Globalen Süden sowie die ›Provinzialisierung‹ einer zumindest in diesem Band eurozentrischen kritischen Landforschung. Zweitens bietet einerseits die kritische Stadtforschung auch für zahlreiche Fragen ländlicher Entwicklung konzeptionelle Anregungen, die künftige Forschungen aufgreifen können. Andererseits hat eine kritische Landforschung das Potential, eigene Ansätze zu entwickeln, von denen auch die Stadtforschung profitieren könnte. Drittens wäre die weiter oben als ›unsichtbares Band‹ benannte marxistische Erklärung räumlich ungleicher Entwicklung deutlicher in empirischer Forschung zu ländlichen Räumen umzusetzen. Viertens gelten methodologische Kriterien der Reflexivität, Transparenz und Partizipation auch für die empirische Arbeit in ländlichen Räumen. Die spezifischen Herausforderungen empirischer Landforschung, etwa geringere

Fallzahlen und Schwierigkeiten der Anonymität, aber auch die großstädtische Sozialisation vieler Forscher*innen wären lohnenswerte Gegenstände einer Methodendiskussion in ruralen Forschungskontexten. Daran knüpft schließlich der Anspruch an eine kritische Landforschung an, im Sinne einer Angewandten Kritischen Geographie (Kuge u. a. 2020), einen Beitrag für konkrete Veränderungen zu leisten. In diesem Sinne hoffen wir auf Fortsetzungen dieses Bandes wie auch der Buchreihe »Kritische Landforschung« insgesamt.

Danksagung

Dieser Band ist Ergebnis einer Zusammenarbeit, an der viele Menschen beteiligt waren und denen unser Dank gilt. Zunächst danken wir allen Autor*innen des Bandes für ihre Mitwirkung, Geduld und die Bereitschaft für Überarbeitungen. Rosa Graschitz und Christina Troedsson haben uns bei der Fertigstellung des Manuskriptes tatkräftig unterstützt, wofür wir uns herzlich bedanken.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- ARD (2021): »Stadt.Land.Wandel – Wo ist die Zukunft zu Hause?« fragt die 16. ARD-Themenwoche (7. bis 13. November 2021) in Radio, Fernsehen, Online und Social Media. <https://www.ard.de/die-ard/wie-sie-uns-erreichen/ard-pressemeldungen/2021/09-16-Stadt-Land-Wandel-Wo-ist-die-Zukunft-zu-Hause-fragt-die-16te-ARD-Themenwoche-100> (letzter Zugriff am 25.1.2022).
- Belina, B. (2008): Die kapitalistische Produktion des Raums: zwischen Mobilität und Fixierung. In: Krumbein, W./Frieling, H.-D. von/Kröcher, U./Sträter, D. (Hg.): Kritische Regionalwissenschaft. Gesellschaft, Politik, Raum. Münster: Westfälisches Dampfboot, 70-86.
- Born, K.-M./Steinführer, A. (2018): Ländliche Räume: Definitionsprobleme, Herausforderungen und gesellschaftlicher Wandel. In: Stein, M./Scherak, L. (Hg.): Kompendium Jugend im ländlichen Raum. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 17-44.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017a): Regionen mit stark unterdurchschnittlichen Lebensverhältnissen. Fachbeitrag 31.8.2017. <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/fachbeitraege>

- /raumentwicklung/2016-2020/abgehaengte-regionen/abgehaengte_regionen.html (letzter Zugriff am 25.1.2022).
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017b): Methodik zur Bestimmung über- und unterdurchschnittlicher regionaler Lebensverhältnisse. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/fachbeitraege/raumentwicklung/2016-2020/abgehaengte-regionen/Methodik.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (letzter Zugriff am 25.1.2022).
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hg.) (2020): Regionale Lebensverhältnisse – Ein Messkonzept zur Bewertung ungleicher Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands. (= BBSR-Online-Publikation 06/2020) Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.
- Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat/Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2019a): Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Ostbevern: MKL Druck GmbH & Co. KG.
- Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat/Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2019b): Der Deutschlandatlas. <https://www.deutschlandatlas.bund.de/> (letzter Zugriff am 21.1.2022).
- Deycke, A./Isele, S. (2018): Kein ruhiges Hinterland? Autonomer Antifaschismus in der Provinz. In: Demokratie-Dialog 3, 20-29.
- Dudek, S./Kallert, A. (2017): Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Fina, S./Heider, B. (2021): Ungleiches Hessen. Wie können gleichwertige Lebensverhältnisse erreicht werden? Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Fink, P./Hennicke, M./Tiermann, H. (2019): Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Hadjimichalis, C. (1987): Uneven Development and Regionalism. State, Territory and Class in Southern Europe. London: Croom Helm.
- Hadjimichalis, C. (2011): Uneven Geographical Development and Socio-Spatial Justice and Solidarity: European Regions after the 2009 Financial Crisis. In: European Urban and Regional Studies 3(48), 254-274.
- Harvey, D. (2004): Die Geographie des »neuen« Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Zeller, C. (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 183-215.
- Harvey, D. (2006 [1982]): The Limits to Capital. London, New York: Verso.

- Harvey, D. (2007): Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung. Hamburg: VSA.
- Kaeß, D. (2018): Globale Konstellationen. Das Phänomen land grabbing als räumliche (Re-)Dimensionierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kallert, A./Belina, B./Mießner, M./Naumann, M. (2020): Gleichwertige Lebensverhältnisse? Zur Entwicklung ländlicher Räume in Hessen. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Kersten, J./Neu, C./Vogel, B. (2022): Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Krumbein, W. (2008): Raumanalysen bei Marx: Der Raum im Kontext von Produktion, Zirkulation, Krise und Staat. In: Krumbein, W./Frieling, H.-D. von/Kröcher, U./Sträter, D. (Hg.): Kritische Regionalwissenschaft. Gesellschaft, Politik, Raum. Münster: Westfälisches Dampfboot, 42-69.
- Kuge, J./Naumann, M./Nuissl, H./Schipper, S. (2020): Angewandte und Kritische Geographie. Gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame Perspektiven? In: Standort. Zeitschrift für Angewandte Geographie 44(4), 219-225.
- Küpper, P. (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. (= Thünen Working Paper 68) Braunschweig: Thünen.
- Küpper, P./Milbert, A. (2020): Typen ländlicher Räume in Deutschland. In: Krajewski, C./Wiegandt, C.-C. (Hg.): Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 82-97.
- Maschke, L./Mießner, M./Naumann, M. (2021): Kritische Landforschung – Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. Bielefeld: transcript.
- Massey, D. (1995 [1984]): Spatial Divisions of Labour. Social Structures and the Geography of Production. London: Routledge.
- MEW 23 – Marx, K. (1962 [1867]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1. Der Produktionsprozess des Kapitals. (= Marx-Engels-Werke, Bd. 23). Berlin: Dietz.
- MEW 24 – Marx, K. (1963 [1885]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 2. Der Zirkulationsprozess des Kapitals. (= Marx-Engels-Werke, Bd. 24). Berlin: Dietz.
- MEW 25 – Marx, K. (1969 [1894]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 3. Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion. (= Marx-Engels-Werke, Bd. 25). Berlin: Dietz.

- MEW 26.1 – Marx, K. (1974 [1954]): Theorien über den Mehrwert (Vierter Band des »Kapitals«). Erster Teil. Erstes bis siebentes Kapitel und Beilagen. (= Marx-Engels-Werke, Bd. 26.1). Berlin: Dietz.
- MEW 42 – Marx, K. (1983 [1858]): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. (= Marx-Engels-Werke, Bd. 42). Berlin: Dietz.
- Mießner, M./Naumann, M. (Hg.) (2019): Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformationen und lokale Herausforderungen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Miosga, M. (2015): Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern – Nicht nur Aufgabe der Kommunen! München: Bayern-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Naumann, M. (2021): Das Ende des Ländlichen? Covid-19 als Krise ländlicher Räume: Kommentar zu Stefan Höhne und Boris Michel »Das Ende des Städtischen? Pandemie, Digitalisierung und planetarische Enturbanisierung«. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 9(1/2), 159-164.
- Petzold, T. (2021): Das Ende der Schuldenbremse? Staatsverschuldung in der Pandemie. In: Kritische Justiz 4(54), 397-412.
- PROKLA (2021): Vergessenes Land? Perspektiven auf rurale Entwicklung. PROKLA 204.
- Smith, N. (2010 [1984]): Uneven Development. Nature, Capital and the Production of Space. London, New York: Verso.
- Soltau, H. (2022): Stadtflucht in der Pandemie: Ist das Zeitalter der Metropolen vorbei? In: Der Tagesspiegel, 22.1.2022.
- Vorbrugg, A./Ouma, S. (2020): Große Transformationen des Ländlichen: Agrarwirtschaft in der Globalen Marktgesellschaft. In: Gebhardt, H./Glaser, R./Radtke, U./Reuber, P./Vött, A. (Hg.): Geographie: Physische Geographie und Humangeographie. Berlin: Springer, 905-915.
- Williams, R. (2016 [1973]): The Country and the City. London: Verso.
- Wissen, M./Naumann, M. (2008): Die Dialektik von räumlicher Angleichung und Differenzierung: Zum uneven-development-Konzept in der radical geography. In: ACME. An International E-Journal for Critical Geographies 7(3), 377-406.

I. Konzeptionelle Zugänge zu ländlicher Entwicklung

Ländliche Räume und Bauernfrage im klassischen Marxismus

Jörg Goldberg

»Die Bourgeoisie hat das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen. Sie hat enorme Städte geschaffen, sie hat die Zahl der städtischen Bevölkerung gegenüber der ländlichen in hohem Grade vermehrt und so einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dem Idiotismus des Landlebens entrissen.« (MEW 4, 466)¹

Die Formulierung aus dem Kommunistischen Manifest gilt vielfach als Beleg dafür, dass Marx und am Marxismus orientierte politische Bewegungen das ›platte Land‹ und seine Bewohner für unverbesserlich rückständig gehalten haben und erwarteten, dass der Kapitalismus selbst diese auf das vermeintlich höhere Niveau des städtischen Lebens heben würde. Im Folgenden soll gezeigt werden, dass es solche Tendenzen im klassischen Marxismus zwar gegeben hat, diese aber nicht typisch waren und sind. Es wird versucht, die facettenreichen und kontroversen Debatten zu ländlichen Räumen und zur Rolle der Bauern und Bäuerinnen bei Marx, Engels und im Marxismus des 19. und 20. Jahrhunderts zu rekonstruieren. Dabei stehen zwei Aspekte im Vordergrund, die teilweise auch heute noch relevant sind: *Erstens* vermischten sich politische Strategien mit grundsätzlichen theoretischen Klärungen; ökonomische, politische und soziale Verhältnisse in ländlichen Räumen waren aber nie und sind auch heute nicht überall dieselben, jede konkrete Situation erfordert spezifische Analysen und Schlussfolgerungen. *Zweitens* ist darauf hinzuweisen, dass Mythen wie die grundsätzliche Überlegenheit des agrarischen Großbetriebs und die vermeintlich unheilbare Eigentumsfixiertheit der

1 Zitate von Karl Marx und Friedrich Engels werden im Text mit Verweis auf Marx-Engels-Werke (MEW), Zitate von Lenin mit Verweis auf Lenin Werke (LW) angegeben.

Bäuerinnen und Bauern in der marxistischen Diskussion selbst problematisiert wurden. Dabei wird deutlich, dass die westeuropäischen Verhältnisse nicht auf andere Weltregionen übertragbar sind. Auch das Verhältnis zur Natur, zum Kolonialismus und zum globalen Süden wurde und wird in diesem Kontext kritisch diskutiert.

1. Eigenschaften des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses

Dem klassischen Marxismus und Marx selbst wird oft unterstellt, dass er von einer Angleichung zwischen industriellen und agrarischen Produktionsprozessen im Zuge der kapitalistischen Entwicklung ausgeht, das heißt erwartet, dass im Zuge der Mechanisierung der Landwirtschaft und der Herausbildung agrarischer Großbetriebe Bauern und Bäuerinnen in industrielle Lohnarbeiter*innen verwandelt werden und damit die Besonderung des ländlichen Raums beseitigt würde.² Eine solche Interpretation widerspricht der im Marxismus methodisch konstitutiven Unterscheidung zwischen (natürlichem) Arbeitsprozess und (kapitalistischem) Verwertungsprozess. Zu einer vollständigen ›Industrialisierung‹ der Landwirtschaft kann es nicht kommen, weil sich die natürlichen Bedingungen der beiden Produktionen unterscheiden. Wittfogel stellte diesbezüglich fest:

»Daß, dem organischen Charakter der Landwirtschaft entsprechend, der gesellschaftlich arbeitende Mensch diesen Teil seines Produktionsprozesses nie ganz beherrschen werde, hat Marx mit aller [...] Deutlichkeit ausgesprochen« (1929, 704).

Natürliche Faktoren wie Bodenbeschaffenheit, Wetter, und so weiter prägen den Arbeitsprozess und damit den Produktionsprozess in der Landwirtschaft, anders als in der Industrie.

Inwieweit Marx mit der Annahme, die Bauern und Bäuerinnen als selbständige Produzenten würden im Zuge der kapitalistischen Entwicklung verschwinden, nur deren Verwandlung in Lohnarbeiter*innen und/oder den Bedeutungsverlust der Agrikultur insgesamt im Auge hatte, ist unklar: Zwar hatte er am englischen Beispiel gezeigt, dass »die Expropriation und die Verjagung eines Teils des Landvolks« (MEW 23, 775) in England eine Vorbedingung

2 So bei Hertz-Eichenrode (1966, 383ff.) und Berger (2020).

für den Sieg der kapitalistischen Produktionsweise war, die Behauptung »dieses Bauernlegen im Mutterland des Kapitalismus, [...] betrachtete der Alte aus Trier [...] in naher Zukunft unbedingt als unumgänglichen Prozess auch für andere Länder« ist aber falsch (Berger 2020). Entscheidend ist die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Agrikultur und Industrie einerseits und die Nachfrage nach Produkten der Agrikultur andererseits, was von vielen Faktoren abhängt: Marx spricht von »Naturgesetzen des Feldbaus« (MEW 25, 688), die dazu führen können, dass die Produktivität der Agrikultur im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft steigt, gleich bleibt oder zurückgeht. Maschineneinsatz muss nicht notwendig zu beschleunigter Produktivitätsentwicklung führen, weil »es sich bei der Agrikultur [...] nicht nur um die gesellschaftliche, sondern auch um die naturwüchsige Produktivität der Arbeit [handelt], die von den Naturbedingungen der Arbeit abhängt« (ebd., 775), weshalb »die Zunahme der gesellschaftlichen Produktivkraft in der Agrikultur die Abnahme der Naturkraft nur kompensier[en] oder noch nicht einmal kompensier[en]« (ebd.) kann. Kernpunkt ist nicht die Marginalisierung der agrikolen Arbeit, sondern deren Verwandlung in Lohnarbeit, wobei die natürlichen Bedingungen der Agrikultur prägend bleiben. Der bäuerliche Kleinbetrieb würde unter dem Druck der kapitalistischen Konkurrenz verschwinden, allerdings »nur langsam und ungleichmäßig« (ebd., 689).

Diese Prognose war keine politische Handlungsanleitung: Schon das Kommunistische Manifest enthält eine Reihe von »reformistischen« Forderungen im Interesse der Kleinbauern und -bäuerinnen, so die »Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die *allmähliche Beseitigung* des Unterschieds von Stadt und Land« (MEW 4, 481; Herv. des Autors). Gerade weil Marx und Engels die Bauern und Bäuerinnen als Stütze der Reaktion betrachteten, befürworteten sie Forderungen, deren Interessen gegen Großgrundbesitz und Kapital zu verteidigen. In allen Konflikten ihrer Zeit empfahlen sie dem Proletariat, das Bündnis mit der »Masse der Nation, Bauern und Kleinbürger« (MEW 7, 21) zu suchen. Marx und Engels haben zwischen historischen Entwicklungstendenzen und konkreten politischen Strategien unterschieden, was oft übersehen wurde.

2. Die Agrarfrage in der Internationalen Arbeiterassoziation

Dies zeigen schon die Debatten in der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA). Marx wollte den »kunterbunt zusammengewürfelten Haufen« von an ökonomischen Verbesserungen interessierten britischen Gewerkschaften bis zu Anhänger*innen von Proudhon, die Streiks und politisches Engagement ablehnten, zu einer Organisation mit klaren Zielen formen (Musto 2014, 145f.). Auf den Kongressen 1868 und 1869, auf denen die Bodenfrage eine wichtige Rolle spielte, konnte sich Marx durchsetzen: Die IAA sprach sich dafür aus, das Land in »allgemeines gesellschaftliches Eigentum« zu überführen (ebd., 51). Dies richtete sich gegen Positionen (Proudhon, Bakunin), die den kleinen Grundbesitz »als Element der menschlichen Freiheit« erhalten wollten (Hertz-Eichenrode 1966, 396). Es ging um die Haltung zum Privateigentum an Grund und Boden, nicht um praktisch-politische Fragen der Agrarpolitik: Im »Konspekt zu Bakunins »Staatlichkeit und Anarchie« von 1875 stellt Marx klar, dass es überall, »wo der Bauer massenweise als Privateigentümer existiert [...] wie in allen Staaten des westeuropäischen Kontinents« darum geht, dessen Lage zu verbessern, um ihn für die Revolution zu gewinnen. Dabei seien Maßregeln zu ergreifen, die »im Keim den Übergang aus dem Privateigentum am Boden in Kollektiveigentum erleichtern, so daß der Bauer von selbst ökonomisch dazu kommt; es darf aber nicht den Bauer vor den Kopf stoßen, indem es zum Beispiel die Abschaffung des Erbrechts proklamiert oder die Abschaffung seines Eigentums; Letzteres nur möglich, wo der kapitalistische Pächter die Bauern verdrängt hat und der wirkliche Landbebauer ebenso gut Proletarier, Lohnarbeiter ist wie der städtische Arbeiter, also genau mit ihm dieselben Interessen *unmittelbar* hat, nicht mittelbar« (MEW 18, 633; Herv.i.O.). Ähnlich Engels, der in einem Brief an Marx die Beschlüsse des Basler Kongresses der IAA von 1869 begrüßt und dabei den »kleinen Grundbesitz« von anderen Formen unterscheidet. Der »verschuldete Kleinbauer« sei »mit der Hypothek« zu fassen, das heißt gegen das Bankkapital zu verteidigen (MEW 32, 382).

Marx und Engels waren überzeugt, dass der landwirtschaftliche Großbetrieb im kapitalistischen Konkurrenzkampf obsiegen würde. Dies war aber weder eine Aussage über die generelle Überlegenheit des agrarischen Groß-

betriebs³ noch ein Plädoyer dafür, der Vernichtung des Bauerntums tatenlos zuzusehen beziehungsweise sie zu fördern.

3. Agrarfrage und Revisionismus

Auch für die Agrardebatte in der Sozialdemokratie Ende des 19. Jahrhunderts ist die Vermischung von Grundsatzfragen und politischer Strategie bezeichnend. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 bildete die Agrarfrage einen Schwerpunkt der Programmdiskussion: Angesichts der Wahlerfolge in den Städten galt die Schwäche im ländlichen Raum als Hindernis der (parlamentarischen) Machtergreifung. Die sozialdemokratische Landagitatorik brachte nur mäßige Erfolge.⁴ Auf dem Frankfurter Parteitag 1894 wurde eine Agrarkommission eingesetzt, die Vorschläge für die Agrarpolitik ausarbeiten sollte, stattdessen aber ein ausformuliertes Agrarprogramm vorlegte, das mit dem Erfurter Parteiprogramm brach. Dominiert wurde die Kommission vom Führer der bayrischen Sozialdemokratie, Georg von Vollmar. Im Kern orientierte der Programmentwurf auf die Verteidigung des bäuerlichen Eigentums, Bauern und Bäuerinnen sollten vor den negativen Einflüssen des Kapitalismus geschützt werden. Eine »Agrarresolution« wurde mit großer Mehrheit angenommen. Sie entsprach in der Grundrichtung dem Programm von Nantes der französischen Sozialisten (Lehmann 1970, 109ff.). Die Behauptung Vollmars, dieses werde von Engels unterstützt, veranlasste diesen, sich in einem Artikel in der ›Neuen Zeit‹ mit der Agrarfrage auseinanderzusetzen (MEW 22, 483 ff).

Dort unterstrich er die Marx'sche Grundposition, dass – trotz Unterschieden zur Industrie – auch in der Landwirtschaft der Großbetrieb dem Kleinbetrieb *ökonomisch* überlegen sei, das bäuerliche Eigentum (Engels differenzierte zwischen Kleinbauern, großen und Mittelbauern sowie dem Großgrundbesitz) werde im Zuge der kapitalistischen Entwicklung verschwinden. Er wand-

3 Im Kontext des Wechsels der kapitalistischen Konjunktur und seines Einflusses auf die Nachfrage nach agrikolen Rohstoffen meint Marx: »Die Moral von der Geschichte, die man auch durch sonstige Betrachtung der Agrikultur gewinnen kann, ist die, daß das kapitalistische System einer rationellen Agrikultur widerstrebt oder die rationelle Agrikultur unverträglich ist mit dem kapitalistischen System (obgleich dies ihre technische Entwicklung befördert) und entweder der Hand des selbst arbeitenden Kleinbauern oder der Kontrolle der assoziierten Produzenten bedarf.« (MEW 25, 131)

4 Hier folge ich der Darstellung bei Hans Georg Lehmann (1970).

te sich aber gegen Vollmars Agrarprogramm und die Position der französischen Arbeiterpartei:

»Es ist die Pflicht unserer Partei, den Bauern immer und immer wieder die absolute Rettungslosigkeit ihrer Lage, solange der Kapitalismus herrscht, klarzumachen, die absolute Unmöglichkeit, ihnen ihr Parzelleneigentum als solches zu erhalten, die absolute Gewißheit, daß die kapitalistische Großproduktion über ihren machtlosen veralteten Kleinbetrieb hinweggehen wird wie ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre.« (MEW 22, 502)

»[U]nser Kleinbauer ist wie jeder Überrest einer vergangenen Produktionsweise unrettbar dem Untergang verfallen.« (Ebd., 489)

In der folgenden Diskussion, die auf dem Breslauer Parteitag 1895 in einer Verdammung des Vollmarschen Agrarprogramms gipfelte, wurde allerdings übersehen, dass Engels zugleich Forderungen im Interesse der Bauern und Bäuerinnen unterstützte. Dagegen empfahl Kautsky, nach dem Tod von Engels unumstrittene theoretische Autorität, abzuwarten, bis der Kleinbauer beziehungsweise die Kleinbäuerin mit »Naturnotwendigkeit«⁵ in eine*n Proletarier*in verwandelt sei (1894/95, 481). Engels aber hatte geschrieben:

»gegen den Kleinbauer ist in Frankreich keine dauernde Umwälzung möglich« (ebd., 498; Herv.i.O.).

Die Bauern und Bäuerinnen seien gegen »direkten Raub und Prellerei« durch Kapital und Großgrundbesitz zu verteidigen.

»Und wir stehn ja entschieden auf Seite des Kleinbauern; wir werden alles nur irgend Zulässige tun, um sein Los erträglicher zu machen, um ihm den Übergang zur Genossenschaft zu erleichtern, falls er sich dazu entschließt, ja sogar, um ihm, falls er diesen Entschluß nicht fassen kann, eine verlängerte Bedenkzeit auf seiner Parzelle zu ermöglichen.« (Ebd., 500)

Man müsse den Bauern und Bäuerinnen »den wirklichen Absturz ins Proletariat« ersparen (ebd., 501).

»Die Hauptsache bei alledem ist und bleibt die, den Bauern begreiflich zu machen, daß wir ihnen ihren Haus- und Feldbesitz nur retten, nur erhalten

5 Kautsky verweist dabei auf den ersten Satz des Erfurter Programms von 1891.

können durch Verwandlung in genossenschaftlichen Besitz und Betrieb.« (Ebd., 500)

Engels zufolge sollten »wir nicht daran denken [...], die Kleinbauern gewaltsam zu expropriieren«, die Überleitung von »Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen« könne »nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung gesellschaftlicher Hilfe« erfolgen (ebd., 499).

Als der Entwurf des Agrarprogramms Mitte 1895 veröffentlicht wurde, war die Reaktion in der Partei negativ: Kautsky hatte schon vorher gegargöhnt, hier würde ein Programm »zur Rettung des bäurischen Mittelstands« (zit. Lehmann 1970, 152) vorbereitet. In Hunderten von Parteiversammlungen wurde der Entwurf diskutiert und meist scharf abgelehnt (ebd., 175). Vollmar erlitt am Breslauer Parteitag im Oktober 1895 (Engels war im August verstorben) eine krachende Niederlage. Angenommen wurde eine von Kautsky verfasste und von Clara Zetkin unterstützte Resolution, die ihm vorwarf, dem »Eigentumsfanatismus« der Bäuerinnen und Bauern Vorschub zu leisten.

Die Agrardebatten der IAA und der SPD litten darunter, dass sie ›Stellvertreterkriege‹ waren, bei denen es weniger um konkrete Agrarpolitik als um grundsätzliche Richtungsentscheidungen ging: In Basel um die Überwindung des ›Proudhonismus‹, in Breslau um die Abwehr von Revisionismus und Reformismus. Nach dem Breslauer Parteitag kommentierte Kautsky die angenommene Resolution:

»Sie besagt nichts, als daß [...] die Sozialdemokratie es nicht für notwendig hält, ihre ›Grundbegriffe‹ einer ›Revision‹ zu unterziehen.«⁶

Das war allerdings ein Pyrrhussieg. Es obsiegte der ›Marxismus‹ in der schematischen Fassung von Kautsky: Was bei Marx eine politisch vermittelte Tendenz ist, wurde zur »Naturnotwendigkeit«, zum ehernen Entwicklungsgesetz. In der Agrarfrage hieß dies, dass man abzuwarten habe, bis Bäuerinnen und Bauern in Proletarier verwandelt sind. In seinem 1899 erschienen Werk zur »Agrarfrage« räumte Kautsky ein, dass die ökonomischen Entwicklungsgesetze in der Landwirtschaft etwas anders wirkten, gleichwohl bestünde ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen Bauern und Sozialdemokratie. Seine schematische Fassung marxistischer ›Grundprinzipien‹ musste diese früher oder später in Konflikt zur Wirklichkeit bringen und letzten Endes obsolet werden lassen. Ob die Agrarfrage »eine Geburtshelferin des Revisionismus«

6 Neue Zeit 14, 1895/96, 112, zit. in Lehmann (1970, 201).

war, wie Lehmann (1970, 267) meint, kann hier nicht entschieden werden. Sie spielte jedenfalls in den Arbeiten von Bernstein, dem ›Vater‹ des Revisionismus, eine wichtige Rolle (Gneuss 1965, 45).

4. Die Bauernfrage in Russland

Der Aufschwung revolutionärer Bewegungen in Russland und das Interesse der russischen Revolutionäre an Marx (bekanntlich erschien die erste fremdsprachige Übersetzung des ›Kapital‹ in Russland) war ein Wendepunkt in der Diskussion über die Bauernfrage im Marxismus. Dabei spielt die deutsche Agrardebatte von 1895 eine wichtige Rolle für die Entwicklung der russischen Positionen. Im Jahre 1895 hielt sich Lenin im westeuropäischen Ausland auf, im August und September, auf dem Höhepunkt der Debatte, in Berlin. Er hat offensichtlich Parteiversammlungen besucht, auf denen der Entwurf des Agrarprogramms diskutiert und abgelehnt wurde (Lehmann 1970, 243). Lenin stand dem Programm mit Blick auf die russische Situation dagegen positiv gegenüber. Er wollte Bäuerinnen und Bauern für die Revolution gewinnen, was nicht nur mit der Schwäche des russischen Proletariats zusammenhing, sondern auch mit einer anderen Bewertung ihrer Position. Während diese in Westeuropa – mit Marx – als eigentumsfixiert und reaktionär galten, sah Lenin die russischen Bauern als Gegner*innen von Feudaladel und Bourgeoisie, was mit den finanziellen Lasten zusammenhing, die die Abschaffung der Leibeigenschaft 1861 mit sich gebracht hatten. Lenin erkannte das revolutionäre Potenzial der Landbevölkerung (LW 2, 233, 245).

Die Bewertung der Bauern und Bäuerinnen durch Marx als reaktionäre Masse, weil hoffnungslos eigentumsfixiert, basiert auf der Analyse westeuropäischer Verhältnisse, wo die »Parzellenbauern« (MEW 8, 198) überwiegen.

Das individuelle Parzelleneigentum entspricht aber nicht russischen Verhältnissen: Das Privateigentum an Grund und Boden war eine in Russland, vor allem auf dem Lande, wenig verbreitete Vorstellung (Lehmann 1970, 248). In Russland hielt der auf dem römischen Recht basierende Eigentumsbegriff erst Ende des 18. Jahrhunderts Einzug, seine Anwendung auf den Boden war noch im 19. Jahrhundert umstritten. »Privates Bodeneigentum galt nicht etwa als Mittel, sondern als Haupthindernis für die Verbreitung ökonomischen Wohlstands«, meint Merl (1999, 143). Das Land gehörte dem Staat, die Dorfgemeinde vergab (nach Abschaffung der Leibeigenschaft) befristete Nutzungsrechte an die Bauernfamilien. Die Stolypinschen Agrarreformen 1906 räum-

ten Kleinbauernfamilien das Recht auf privaten Landbesitz ein, diese konnten nun aus der Dorfgemeinde austreten. Davon wurde aber kaum Gebrauch gemacht (ebd., 147). Die Eigentumsfixiertheit der westeuropäischen Bauern und Bäuerinnen war im ländlichen Raum Russlands fremd. Später hat Marx unter anderem im Kontext des Briefwechsels mit der russischen Revolutionärin Vera Sassulitsch betont, dass seine Annahme, der Kapitalismus führe zur »Expropriation der Ackerbauern« – Grundlage sozialistischer Agrarvorstellungen – »ausdrücklich auf die Länder Westeuropas beschränkt« sei (MEW 35, 166; Herv.i.O.).⁷

Lenins programmatische Arbeit von 1901 »Die Agrarfrage und die Marxkritiker« (LW 5, 97ff.) nahm die deutsche Agrardebatte auf. Lenin beschäftigte sich mit den Thesen von Kautsky, aber auch mit den Kautsky gegenüber kritischen Büchern von Friedrich Otto Hertz und Eduard David. Zwar teilt Lenin die Meinung Kautskys, was die Überlegenheit des agrarischen Großbetriebs betrifft. In »Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland« (LW 3) steht die Tendenz zur kapitalistischen Durchdringung der Landwirtschaft und zur Proletarisierung der Bauernschaft im Mittelpunkt. Dies allerdings unter den besonderen Bedingungen Russlands:

»Als Grundtendenz ist das [»der Kapitalismus erfordere den freien, landlosen Arbeiter«; J.G.] ganz richtig, aber in der Landwirtschaft dringt der Kapitalismus besonders langsam ein und findet außerordentlich mannigfaltige Formen vor.«

Besonders der Verweis auf die »Mannigfaltigkeit« ist relevant:

»Jeder von ihnen [»Typ des Landarbeiters mit Bodenanteil«] trägt die Spuren besonderer agrarischer Systeme, einer besonderen Geschichte der Agrarverhältnisse« (LW 3, 173).

Lenin ist klar, dass das Kautsky'sche »Abwarten« auf die Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft und die Verwandlung der Bauern und Bäuerinnen in Proletarier*innen in Russland nicht nur wegen der »Langsamkeit« des Prozesses keine Option ist. Mit der »Auflösung der Bauernschaft« (ebd., 176) entstünden ganz verschiedene Typen des Landproletariats, die nur ökonomisch »zu einem Typus« gehören. Lenin kommt daher zu anderen politischen Schlussfolgerungen als Kautsky. Im »Entwurf eines Programms unserer Partei« von 1899 begründet er, warum er bei aller Unterstützung der deut-

7 Zur Sassulitsch-Debatte vgl. Goldberg 2015, 63ff.

schen Position – »Wir fürchten uns nicht im geringsten zu sagen, daß wir das Erfurter Programm nachahmen wollen.« (LW 4, 229) – dafür eintritt, »daß die Arbeiterpartei die *Unterstützung* der Bauernschaft auf ihr Banner schreibt, [...] soweit diese Bauernschaft zum revolutionären Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft im allgemeinen und gegen den Absolutismus im besonderen fähig ist« (ebd., 237; Herv.i.O.). Im revolutionären Kampf gegen den Absolutismus würden die konservativ-patriarchalischen Momente des bäuerlichen Bewusstseins in den Hintergrund treten. Entscheidend ist dabei nicht die Eigentumsfrage, wie Lenins »Referat zur Agrarfrage« vom April 1917 deutlich macht. Die Nationalisierung von Grund und Boden wird dort »als gewaltiges bürgerliches Projekt« gefordert (LW 24, 276). Die Enteignung des Gutsbesitzes bedeute nicht die Sozialisierung der Landwirtschaft:

»Es darf keinerlei verschiedene Formen des Bodenbesitzes geben. Hier ist von Sozialisierung keine Spur.« (Ebd., 276)

Lenin zufolge sollte der Boden in Übereinstimmung mit den russischen Verhältnissen nationalisiert werden, was aber nicht den privaten landwirtschaftlichen Betrieb beseitigen würde. Das Eigentum an Grund und Boden spielt in Russland eine völlig andere Rolle als in Westeuropa.

Für Lenin ist die Nationalisierung des Bodens eine bürgerliche Lösung – im oben erwähnten Text zur Agrarfrage hatte er darauf hingewiesen, dass »wir uns durchaus eine rein kapitalistische Organisation der Landwirtschaft vorstellen [können], bei der das Privateigentum am Boden völlig fehlt« (LW 5, 115).

Unter dem Einfluss Lenins und der Erfahrungen Russlands vollzogen die Kommunistischen Parteien eine agrarpolitische ›Wende‹, die aber letzten Endes ähnlich schematisch war wie die Position der deutschen Sozialdemokratie: In den von Lenin entworfenen und vom 2. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Komintern) 1920 beschlossenen »Leitsätzen über die Agrarfrage« verpflichtete die Komintern die kommunistischen Parteien auf das Bündnis von Proletariat und Bauernschaft, ohne die konkreten Bedingungen der Länder in Rechnung zu stellen (Lehmann 1970, 277). Die dort entwickelte Politik ist gegenüber der Bauernschaft kompromissbereit. Die Erringung und Bewahrung der Macht sei »ohne die Sammlung der werktätigen Massen des flachen Landes« undurchführbar. Dass Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Massen auf dem Land deren »Eigentumsgeohnheiten« stärken könnten, wird erwähnt, gilt aber als politisch nebensächlich. Es werden nach Bauernklassen differenzierte Fördermaßnahmen

entwickelt, »die sofortige Aufhebung des Privateigentums [...] kommt in den meisten kapitalistischen Staaten keineswegs in Frage,« was selbst für Großbauern und -bäuerinnen gilt. Nur Großgrundbesitzer*innen, Rittergutsbesitzer*innen und Finanzmagnaten seien zu enteignen, landwirtschaftliche Großbetriebe in der Regel beizubehalten. Unter bestimmten Bedingungen könne es aber sinnvoll sein, »den Bauern einen Teil des Bodens der großen Güter zu überweisen«. Dies gelte vor allem für Russland, wo man »infolge der Rückständigkeit des Landes meist zur Aufteilung der Ländereien unter die Bauern« schreiten müsse.

»Den Übergang zum kollektiven landwirtschaftlichen Betrieb kann die proletarische Staatsmacht nur mit größter Vorsicht und allmählich, durch die Kraft des Beispiels (Hergabe von Maschinen, Einführung von technischen Verbesserungen, Elektrifizierung), ohne jede Gewalttat, in der mittleren Bauernschaft durchführen.«⁸

Die Oktoberrevolution in Russland veränderte die Bewertung der ländlichen Räume und der Bauernfrage durch die am Marxismus orientierten politischen Bewegungen grundlegend.

5. Das Dorf im antikolonialen Kampf und die Komintern

Kolonien und Halbkolonien und deren überwiegend bäuerliche Bevölkerung spielten für die kommunistische Bewegung sehr früh eine große, teilweise zentrale Rolle. Die Komintern hatte schon 1920 begonnen, die »privilegierte Rolle der europäischen Arbeiterklasse« in Frage zu stellen. »Europa ist nicht die Welt«, formulierte der indische Komintern-Funktionär M.N. Roy 1924 (Studer 2020, 108; 237).

Am klarsten wurden die Prinzipien der kommunistischen Agrar- und Bauernpolitik 1925 von Bucharin vor dem Exekutivkomitee der Komintern entwickelt und begründet. Die Bauern- und Agrarfrage sei in allen Ländern von größter Bedeutung. Zwar stünde der »Weltsieg des Proletariats« auf der Tagesordnung, dieses sei aber im Weltmaßstab eine »absolute Minderheit«, die Mehrheit seien »sozial betrachtet Bauern« (ebd., 6f.). In der »Epoche

8 <https://sites.google.com/site/sozialistischeklassiker2punkto/kommintern-1/2-weltkongress/8-leitsätze-ueber-die-agrarfrage>, letzter Zugriff am 9.8.21. Lenins Entwurf in: LW 31, 140-152

des aufsteigenden Kapitalismus« sei es darum gegangen, die Entwicklung des Kapitalismus und die Proletarisierung der Bauern und Bäuerinnen zu fördern. Die Eroberung der Macht und die Vernichtung des Kapitalismus führe aber zu einer wachsenden »Bedeutung des Dorfes im Verhältnis zur Stadt« (ebd., 29). Die »Verteilung des Grund und Bodens, das heißt die Agrarfrage in rückständigen und in zivilisierten Ländern« sei nun zentral für die Politik gegenüber der Bauernschaft. In den gleichzeitig vorgelegten »Thesen zur Bauernfrage« befürwortet er, »einen Teil der großen Güter [...] zugunsten der kleinen und zuweilen auch der mittleren Bauern aufzuteilen« (ebd., 45). Die »ökonomische Politik des proletarischen Staates (müsse) mit den privatwirtschaftlichen Antrieben der Kleinwirtschaft rechnen« und davon ausgehend »den Kleinproduzenten allmählich zum Zusammenschluss [...] der Kollektivwirtschaft« führen.

»Das Endziel [...] ist die Organisation der kollektiven landwirtschaftlichen Großproduktion, die Beseitigung der Gegensätze zwischen Stadt und Land und die Überwindung der Rückständigkeit der Landwirtschaft.« (Ebd.)

Dies kann aber nur mit den Bauern und Bäuerinnen erreicht werden, »die sozialistischen Wirtschaftselemente wachsen auf dem Wege der Evolution an, [...] die Formen der Kleinwirtschaft aber [werden] allmählich umgeformt durch das Genossenschaftswesen...« (Ebd., 49)

6. Vom Land aus die Städte einkreisen

In den Thesen Bucharins (1925) sind viele Elemente enthalten, die später bei Mao Tse-Tung auftauchen und die klassische marxistische Haltung zu den vermeintlich eigentumsfixierten und konservativen Bauern und Bäuerinnen, schon bei Lenin modifiziert, weiter veränderten. Diese Wendung reflektiert die unter dem Eindruck des Aufschwungs antikolonialer und nationaler Unabhängigkeitsbewegungen vollzogene Orientierung der Komintern auf die Kolonialfrage (Studer 2020, 100ff.). Die Bewertung der Bauern und Bäuerinnen als zu kollektiver Organisation unfähigen Klasse musste vor dem Hintergrund der Ereignisse in den Kolonien und Halbkolonien, darunter in China, abwegig erscheinen: Obwohl sich in China eine Arbeiterklasse entwickelte und es in den 1920er-Jahren proletarische Bewegungen gab, räumten selbst sowjetische Kritiker*innen des Maoismus ein:

»Historisch gesehen entwickelte sich die chinesische Revolution hauptsächlich auf dem Dorfe.« (Rumjanzew 1973, 11)

Die von Mao Tse-Tung durchgesetzte Strategie »Vom Land aus die Städte einkreisen« bezog sich allerdings auf eine konkrete Situation, den Kampf gegen den japanischen Imperialismus: »Der mächtige Imperialismus und seine reaktionären Verbündeten« beherrschen die Städte, diese kann man nur von den ländlichen »Stützpunktgebieten« aus erobern (Mao Tse-Tung 1968, Bd. II, 367f.). Die Aussage Wemheuers, »Mao Zedong war der wahrscheinlich wichtigste Theoretiker einer Revolution mit bäuerlicher Basis« (2008, 10), gilt nur für China. Mao selbst betont die Bedeutung der »nationalen Verhältnisse Chinas« (ebd., 365), es geht ihm nicht um das allgemeingültige Modell einer Bauernrevolution. Zwar feiert er die Kraft der bäuerlichen Massen Chinas und – so im Text über die Bauernbewegung in der Provinz Hunan – deren fortschrittliche Haltung (Mao Tse-Tung 1968, Bd. I, 34ff.). Trotz aller Bewunderung der revolutionären Kraft der Bauern und Bäuerinnen hält er an der traditionellen marxistischen Position fest, derzufolge »das Industrieproletariat [...] die fortschrittlichste Klasse des modernen Chinas [darstellt], die zur führenden Kraft der revolutionären Bewegung geworden ist« (ebd. 18). »Die armen Bauern und die Mittelbauern können ihre Befreiung nur unter Führung des Proletariats erlangen, [...] das chinesische Proletariat« ist »zur wesentlichen Triebkraft der chinesischen Revolution geworden,« welches unter Führung der Kommunistischen Partei stehe, schreibt er 1939 (ebd., Bd. II, 376f.). Die Agrarpolitik der »neudemokratischen Revolution« (1949-1954) setzte jedenfalls nicht auf den später beschworenen Enthusiasmus der Bauern und Bäuerinnen für die Genossenschaften (Wemheuer 2008, 10; Mao Tse-Tung 1968, Bd. V, 203ff.), sondern verfolgte eine vorsichtige und kompromissbereite Strategie, bei der »der Grund und Boden der Grundherren an die Bauern als Eigentum verteilt wird« (Mao Tse-Tung 1968 Bd. II, 380). Mao Tse-Tung war vor allem pragmatisch, das »revolutionäre Subjekt« konnte je nach Lage neu bestimmt werden (Wemheuer 2008, 12).

7. Großbetrieb und Privateigentum: Formbestimmtheit und westeuropäischer Blick

Die »traditionelle« marxistische Diskussion der Agrarfrage kreiste, wie oben dargestellt, um zwei Aspekte: Die ökonomische Überlegenheit des Großbe-

triebs über den Kleinbetrieb und die konservative Haltung der Bauern beziehungsweise Bäuerinnen, deren Grundlage der Eigentumsfetischismus und die Vereinzelung in der Produktion ist, was unfähig zu kollektivem Handeln mache. Beides wurde in späteren Diskussionen fälschlicherweise als allgemeingültig verabsolutiert.

Die von Marx und Engels konstatierte Überlegenheit des Großbetriebs bezieht sich explizit auf die kapitalistische Konkurrenz, ist nicht umstandslos auf andere Gesellschaftsformationen übertragbar. Die »Riesenfarms« in den USA (MEW 19, 295), die, wie Engels in einem Leitartikel im *Labour Standard* beschreibt, »durch regelrechte Armeen von Männern, Pferden und Geräten bearbeitet werden« (ebd., 271) und »zwanzig bis dreißig Weizenernten nacheinander ohne Düngung bringen« (ebd., 270), stellten ein »System des Raubbaus am Boden« dar, das nicht ewig weitergehen könne. Erstmal gäbe es aber »genug jungfräulichen Boden, um diesen Prozeß noch ein Jahrhundert fortzusetzen« (ebd., 272). Die ökologischen Grenzen dieser Art von Landwirtschaft waren bekannt, schienen aber in weiter Ferne zu liegen. Da Marx und Engels die »Nationalisierung des Grund und Bodens und [...] seine] genossenschaftliche Bearbeitung unter Kontrolle des Volkes« (ebd.) relativ bald als Folge einer sozialistischen Revolution erwarteten, »betrachteten [sie] die Umweltzerstörung [...] nicht als bedeutsames Element in der revolutionären Bewegung« (Foster 2000, 140). Unter kapitalistischen Bedingungen ist der Großbetrieb überlegen; ob das auch für die rationale Regelung des »Stoffwechsels mit der Natur« durch die »assoziierten Produzenten« (MEW 25, 828) gilt, ist offen.

Der zweite Aspekt, die reaktionäre »Natur« der Bauern und Bäuerinnen, basiert vor allem auf der Eigentumsillusion. Privateigentum an Grund und Boden ist aber eine (westeuropäische) Ausnahme (Goldberg 2015, 282ff.). Dies hat Marx in späteren Jahren nach Beschäftigung mit ethnologischen Themen realisiert. Sah er in seinen Berichten über Indien aus den 1850er-Jahren in der Beseitigung des indischen Dorfsystems noch einen Fortschritt, so bezeichnete er dies 1881 in den Sassulitsch-Briefentwürfen als »englischen Vandalismus«, der die Bauern und Bäuerinnen »nicht nach vorn, sondern nach rückwärts stieß« (MEW 19, 402).

Sowohl das Lob des agrarischen Großbetriebs als auch die unterstellte Eigentumsfixiertheit der Bauern und Bäuerinnen, wie sie sich bei Marx und Engels finden, waren von diesen explizit auf ganz bestimmte historische Situationen bezogen und nicht als allgemeingültige Aussagen formuliert.

8. Bauernkommunismus und Artikulation von Produktionsweisen

Eine völlig andere Bewertung der Bauernschaft findet sich in Arbeiten von außereuropäischen Marxisten beziehungsweise in Analysen, die sich mit vorkapitalistischen Produktionsweisen befassen haben.

Kleinbauerntum, Subsistenzwirtschaft und andere »Überreste [...] vergangener Produktionsweisen« (MEW 22, 502) waren im traditionellen marxistischen Verständnis Relikte, die mit Ausbreitung des Kapitalismus verschwinden. Dies ist im Zuge der Globalisierung des Kapitalismus nicht passiert, ältere Formen wurden integriert. Mit dem Begriff »Artikulation von Produktionsweisen« wiesen marxistische Ethnolog*innen darauf hin, »dass der Kapitalismus niemals unmittelbar und radikal die vorhergehenden Produktionsweisen beseitigt, vor allem nicht die Ausbeutungsbeziehungen, die diese Produktionsweisen charakterisieren« (Rey 1973, 8). Die vorkapitalistischen Formen erhalten neue Funktionen, haben aber »ihre historische Prägekraft nicht verloren, [...] [besitzen] weiterhin die Kraft, die neue Ordnung zu kontaminieren« (Harootunian 2017, 147). Im Folgenden sei auf zwei Marxisten eingegangen, die aus der Stabilität vorkapitalistischer Produktionsweisen Schlussfolgerungen für die sozialistische Agrarpolitik gezogen haben.

Der erste ist Antonio Gramsci, der die »Frage des Südens« als zentrale Frage revolutionärer Politik in Italien erkannte. Die im Norden verbreitete Geringschätzung des italienischen Südens als rückständig und »barbarisch«, als »Fessel für den sozialen Fortschritt Italiens« müsse überwunden werden (Gramsci 1926, 4). Gramsci erkannte, dass die Rückständigkeit des italienischen Südens für den italienischen Kapitalismus funktional war. Die Herrschaft des Kapitals in Italien basierte unter anderem auf der politischen Dominanz des »agrarischen Blocks des Südens« (ebd., 16), in dem der Großgrundbesitz die Masse der armen Bauern und Bäuerinnen durch Vermittlung lokaler »Intellektueller« sowie des Klerus beherrschte. Um in Italien die Macht ergreifen zu können, müsse das industrielle Proletariat des Nordens die Bauern und Bäuerinnen des Südens aus diesem Block lösen und als Bündnispartner*innen gewinnen. Im Mittelpunkt der Strategie solle nicht die Aufteilung des Landes, sondern die Verbesserung der ländlichen Produktionsbedingungen stehen:

»Was kann der arme Bauer gewinnen, wenn er unerschlossenes oder schlecht erschlossenes Land besetzt? Ohne Landmaschinen, ohne Versor-

gung am Arbeitsplatz, ohne Kredit zur Überbrückung der Zeit bis zur Ernte [...], der ihn vor dem Wucherer schützt [...]?» (Ebd., 3)

Gramscis Leistung war die Erkenntnis, dass die Bauernfrage in Italien nur durch Überwindung des Nord-Süd-Gegensatzes gelöst werden kann. Die vom »agraren Block« verursachte Rückständigkeit ist kein kapitalfeindlicher Anachronismus, sondern sichert den Kapitalismus in Italien.

Der peruanische Marxist José Carlos Mariátegui sah in der spezifischen Form des lateinamerikanischen Kapitalismus – Folge der spanischen Kolonisierung – ein zentrales Entwicklungshemmnis. Indem er das »Indianerproblem« als in der »Verteilung des Grundbesitzes« wurzelnd erkannte (Mariátegui 1986, 35), stellte er fest, dass der Großgrundbesitz mit wenigen Ausnahmen (Exportproduktion) ökonomisch ineffizient ist:

»Der Boden des Landes produziert noch nicht einmal genug für den Lebensunterhalt der Bevölkerung.« (Ebd., 87)

Alle Versuche der nachkolonialen Regierungen, den ländlichen Kleinbesitz einzuführen, scheiterten, weil sie sich nicht gegen den Großgrundbesitz richteten, sondern versuchten, die landwirtschaftlichen »comunidades« aufzulösen. Dabei handelt es sich um ländlichen Gemeinbesitz, deren Wurzeln präkolumbianische Einrichtungen waren, die von den spanischen Kolonialherren teilweise beibehalten und in das Kolonialsystem integriert worden waren. Aber »der Indio ist nach hundert Jahren republikanischer Gesetzgebung nicht zum Individualisten geworden« (ebd. 75).

»Die »comunidad« erweist sich [...] einerseits klar als entwicklungs- und wandlungsfähig und stellt andererseits ein Produktionssystem dar, das dem Indio einen moralischen Anstoß gibt, sein möglichstes zu leisten.« (Ebd., 78f.)

Die traditionellen, westeuropäische Bedingungen reflektierenden marxistischen Positionen zur Agrarfrage (Überlegenheit des Großbetriebs und Eigentumsfixiertheit) sind in Lateinamerika, speziell in Peru, nicht anwendbar. Die sozialistische Perspektive in Peru kann und muss am praktischen Kommunismus der Indios anknüpfen. Damit verbindet Mariátegui keine generelle Kritik am Marxismus. Er schließt nicht aus, dass die Einführung eines »Systems des Privatbesitzes« wie in Nordamerika eine bessere Sozialordnung gebracht hätte (ebd., 57). Die spanischen Konquistadoren aber haben eine »semifeudalistische Landwirtschaft« (ebd., 60) eingeführt, in der »der Charakter des

Grundbesitzes [...] sich als eines der größten Hindernisse für die Entwicklung des peruanischen Kapitalismus« erweist (ebd., 89). Im Kampf gegen die unproduktiven »Feudalregime« war »der Kommunismus für den Indio die einzige Verteidigungsmöglichkeit« (ebd., 75).

9. Ländlicher Raum und soziale Praxis

Die skizzierten Debatten gingen davon aus, dass der ländliche Raum in sozialer Hinsicht durch Bauernarbeit geprägt ist. Das gilt global immer noch. Der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge leben derzeit 44 % der knapp acht Milliarden Menschen im ländlichen Raum, 27 % der Erwerbstätigen arbeiten in der Landwirtschaft. Während vor allem in den Ländern Afrikas und Lateinamerikas die meisten Landbewohner*innen Bauern und Bäuerinnen sind, gilt das für Nordamerika und Westeuropa nicht: Dort arbeitet nur noch rund 1 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, während zwischen 20 und 40 % der Bevölkerung im ländlichen Raum lebt (OECD 2016, 17). Trotzdem sind die Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Räumen sozial und politisch weiterhin groß. Das »platte Land« ist politisch immer noch eher konservativ. Adorno meinte, dass »die Entbarbarisierung auf dem platten Land (wahrscheinlich) noch weniger als sonst gelungen ist« (2013, 94). Und die Wahl Trumps in den USA 2016 galt als »Sieg des ländlichen Amerika« (Graw 2017). Dies kann aber nicht mehr auf die Spezifik des bäuerlichen Lebens zurückgeführt werden. Zwar prägt auch in den hochentwickelten Ländern die Landwirtschaft weiterhin die ländlichen Räume, aber auf eine völlig neue Art: Die Agrarindustrie hat Bauern und Bäuerinnen weitgehend vertrieben. Die Finanzialisierung erfasst auch Agrarflächen, hohe Pachtpreise verdrängen lokale Landwirte und -innen zugunsten von Investoren. Erneuerbare Energien und CO₂-Senken haben großen Flächenbedarf, aus den Städten vertriebenes »Prekariat« verändert die ländliche Sozialstruktur. Damit ändert sich auch die Bestimmung ländlicher Räume. Mit der Marginalisierung bäuerlicher Arbeitsprozesse »geraten ländliche Räume [...] aus dem Fokus politischer wie auch wissenschaftlicher Aufmerksamkeit« (Maschke u. a. 2020, 5). Das ist schade, denn hier dürften sich, ausgehend von der Stadt, gegenwärtig die größten Veränderungen vollziehen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Adorno, T.W. (2013): Erziehung nach Auschwitz. In: Kadelbach, G. (Hg.): Theodor Adorno – Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Berger, A. (2020): Karl Marx. Nach der Agrarrevolution. In: OXI, 14.4.2020.
- Bucharin, N.I. (1925): Über die Bauernfrage. Rede vor der erweiterten Exekutive, April 1925. Hamburg: Verlag Carl Hoym Nachf.
- Foster, J.B. (2000): Marx's Ecology. Materialism and Nature. New York: Monthly Review Press.
- Gneuss, C. (1965): Vorbote. Eduard Bernstein. In: Labedz, L. (Hg.): Der Revisionismus. Köln, Berlin: Kiepenheuer & Witsch, 37-50.
- Goldberg, J. (2015): Die Emanzipation des Südens. Die Neuerfindung des Kapitalismus aus Tradition und Weltmarkt. Köln: PapyRossa Verlag.
- Gramsci, A. (1926): Some Aspects of the Southern Question. Selections from Political Writings (1921-1926). London: Lawrence and Wishart.
- Graw, A. (2017): Sieg des ländlichen Amerika. In: Die politische Meinung, 23.6.2017.
- Harootunian, H. (2017): Globalität, Ungleichmäßigkeit und Geschichte: Überlegungen zur Logik der Subsumtion. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 111, 135-148.
- Hertz-Eichenrode, D. (1966): Karl Marx über das Bauerntum und die Bündnisfrage. In: International Review of Social History 11(3), 382-402.
- Kautsky, K. (1894/95): Die Konkurrenzfähigkeit des Kleinbetriebs in der Landwirtschaft. In: Die Neue Zeit XIII(II), 481-491.
- Lehmann, H.G. (1970): Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der Deutschen und Internationalen Sozialdemokratie. Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus. Tübingen: J.C.B.Mohr.
- LW 2 – Lenin, W.I. (1961): Werke. 1895-1997. (= Lenin-Werke, Bd. 2) Berlin: Dietz.
- LW 3 – Lenin, W.I. (1956): Werke. Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland. (= Lenin-Werke, Bd. 3) Berlin: Dietz.
- LW 4 – Lenin, W.I. (1955): Werke. 1898 – April 1901. (= Lenin-Werke, Bd. 4) Berlin: Dietz.
- LW 5 – Lenin, W.I. (1958): Werke. Mai 1901 – Februar 1902. (= Lenin-Werke, Bd. 5). Berlin: Dietz.
- LW 24 – Lenin, W.I. (1959 [1917]): Werke. April – Juni 1917. (= Lenin-Werke, Bd. 24) Berlin: Dietz.

- Mao Tse-Tung (1968): Ausgewählte Werke, Band I bis V. Peking: Verlag für Fremdsprachige Literatur.
- Mariátegui, J.C. (1986): Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen. Berlin, Freiburg: Argument/Exodus.
- Maschke, L./Miessner, M./Naumann, M. (2020): Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Merl, S. (1999): Einstellungen zum Privateigentum in Rußland und in der Sowjetunion. In: Siegrist, H./Sugarman, D. (Hg.): Eigentum im internationalen Vergleich: 18. – 20. Jahrhundert. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 135-160.
- MEW 4 – Marx, K./Engels, F. (1990): Mai 1846 – März 1848. (= Marx-Engels-Werke, Bd. 4). Berlin: Dietz.
- MEW 7 – Marx, K./Engels, F. (1990): August 1849 – Juni 1851. (= Marx-Engels-Werke, Bd. 7). Berlin: Dietz.
- MEW 8 – Marx, K./Engels, F. (2009): August 1851 – März 1853. (= Marx-Engels-Werke, Bd. 8). Berlin: Dietz.
- MEW 18 – Marx, K./Engels, F. (1989): März 1872 – Mai 1875. (= Marx-Engels-Werke, Bd. 18). Berlin: Dietz.
- MEW 19 – Marx, K./Engels, F. (1987): März 1875 – Mai 1883. (= Marx-Engels-Werke, Bd. 19). Berlin: Dietz.
- MEW 22 – Marx, K./Engels, F. (1990): Januar 1890 – August 1895. (= Marx-Engels-Werke, Bd. 22). Berlin: Dietz.
- MEW 23 – Marx, K./Engels, F. (1962 [1867]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1. Der Produktionsprozess des Kapitals. (= Marx-Engels-Werke, Bd. 23). Berlin: Dietz.
- MEW 25 – Marx, K./Engels, F. (1969 [1894]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 3. Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion. (= Marx-Engels-Werke, Bd. 25). Berlin: Dietz.
- MEW 32 – Marx, K./Engels, F. (2009): Briefe Januar 1868 – Mitte Juli 1870. (= Marx-Engels-Werke, Bd. 32). Berlin: Dietz.
- MEW 35 – Marx, K./Engels, F. (1985): Briefe Januar 1881 – März 1883. (= Marx-Engels-Werke, Bd. 35). Berlin: Dietz.
- Musto, M. (2014): Anmerkungen zur Geschichte der Internationale. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 99, 145-162.
- OECD (2016): Die OECD in Zahlen und Fakten 2015-2016: Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft. Paris: OECD Publishing.

- Rey, P. (1973): les alliances de classe. »sur l'articulation des modes de production« suivi de »matérialisme historique et luttes de classe«. Paris: Francois Maspero.
- Rumjanzew, A.M. (1973): Quellen und Entwicklung der Ideen Mao Tse-Tungs. Berlin: Dietz.
- Studer, B. (2020): Reisende der Weltrevolution. Eine Globalgeschichte der Kommunistischen Internationale. Berlin: Suhrkamp.
- Wemheuer, F. (2008): Die Mao Zedong-Ideen als Theorie der permanenten Revolution. In: Wemheuer, F. (Hg.): Maoismus. Ideengeschichte und revolutionärer Geist. Wien: Promedia Verlag.
- Wittfogel, K.A. (1929): Geopolitik, Geographischer Materialismus und Marxismus. In: Unter dem Banner des Marxismus III. (5), 698-735.

Land im Westlichen Marxismus

Adorno und Lefebvre

Bernd Belina

In deutschsprachigen Diskussionen um ländliche Räume spielt die marxistische Tradition bislang kaum eine Rolle. Ebenso wird in aktuellen marxistischen Debatten im Globalen Norden das Land kaum thematisiert. Auch wenn bei Marx und im klassischen Marxismus der Gegensatz von Kapital und Arbeit im Zentrum stand: Das Land, Fragen von Landwirtschaft und ländlicher Politik wurden ebenfalls intensiv diskutiert – allein schon, weil bis heute in vielen Weltgegenden die agrarische Landbevölkerung rein quantitativ die große Mehrheit darstellt(e) (vgl. → Goldberg). In diesem Beitrag werden Thematisierungen des Ländlichen im Westlichen Marxismus anhand zweier zentraler Autoren diskutiert: Theodor W. Adorno und Henri Lefebvre. Gemeinsam ist beiden als *westlichen* Marxisten, dass sie dem ›Überbau‹, mithin Kultur, Ästhetik und Ideologien sowie sozialen Verhältnissen jenseits des Ökonomischen im engeren Sinne im Verhältnis zur ökonomischen ›Basis‹ eine zentrale Rolle zusprechen (Anderson 1978). In Bezug auf die sozialen Formen ländlicher Räume betonen beide, dass sich Ideologien und Bewusstseinsinhalte dort langsamer verändern als die zugrundeliegenden ökonomischen Strukturen beziehungsweise als in der Stadt. Hierin sehen beide einen wesentlichen Grund für die Idealisierungen des Landes sowohl seitens (städtischer) Konservativer als auch, und mitunter erst infolgedessen, auf dem Land selbst. Weiterhin ist beiden als westlichen *Marxisten* gemeinsam, dass sie soziale Formen in Stadt und Land gleichermaßen als Ausdruck gesellschaftlicher (Produktions-)Verhältnisse begreifen – mithin der ›Basis‹, die den ›Überbau‹ ermöglicht, aber nicht determiniert. Sie nehmen die Unterschiede der Lebensformen in der Stadt und auf dem Land ernst, ohne sie zu verdinglichen; vielmehr begreifen sie sie als unterschiedliche Ausdrücke derselben kapitalistischen Verhältnisse. Wohl um den Unterschied dieser Perspektive zur klassischen Stadt-Land-Dichotomie zu verdeutlichen, nutzen beide spezifi-

sche Terminologien (Adorno »Provinz« und Lefebvre »das Rurale«), um von den sozialen und Bewusstseinsformen zu sprechen, die *ether* auf dem Land als in der Stadt vorzufinden, nicht aber an diese Raumkategorien gebunden sind.

Ziel des Beitrages ist es, ausgehend von diesen Gemeinsamkeiten die unterschiedlichen Perspektiven von Adorno und Lefebvre miteinander produktiv zu verbinden. Denn mit Adornos Position kann gut erklärt werden, warum die sozialen Formen des Landes autoritäre Bewusstseinsformen begünstigen und Idealisierungen des Landes in der Tauschgesellschaft so erfolgreich sind. Für Adorno folgt daraus, dass die sozialen Formen des Landes zu überwinden seien. Dem entgegen sucht Lefebvre nach Anknüpfungspunkten für progressive Politik auf dem Land selbst. Diese wähnt er in den noch immer vorhandenen Spuren einer organischen Dorfgemeinschaft, die Momente des den Kapitalismus überwindenden Urbanen enthalte. Diese Dorfgemeinschaft idealisiert er dabei aber in einer Weise, die tendenziell von ihren internen Widersprüchen absieht. Im Anschluss an die Diskussion der Positionen von Adorno (Abschnitt 1) und Lefebvre (Abschnitt 2) werden diese mit aktuellen politischen Forderungen verbunden (Abschnitt 3). Im Fazit (Abschnitt 4) wird auf den eigenen »Provinzialismus« der Debatte eingegangen, die sich weitgehend auf den Globalen Norden fokussiert.

1. Adorno: »Entbarbarisierung« des Landes

Von den Äußerungen Adornos zum Land und den Menschen in der Provinz werden häufig die für jene wenig schmeichelhaften angeführt. So schreibt er von der »kulturelle[n] Ungeformtheit des Agrarischen«, in der »die Barbarei sich perpetuiert« (Adorno 1963, 46f.) und davon, »daß wahrscheinlich die Entbarbarisierung auf dem platten Land noch weniger als sonstwo gelungen ist« (Adorno 1970, 98). In weiten Teilen der Literatur werden ihm solche und ähnliche Aussagen zu Land und Provinz angekreidet. Nach Herrenknecht (1977, 134) nähert sich Adorno »dem Land mit der Arroganz eines Städters« und Belina/Michel (2007, FN 4, 9f.,) schreiben von einer »Psychologisierung des Stadt-Land-Unterschiedes«. Doch wird dabei übersehen, dass Formulierungen, wie die genannten, in denselben Schriften eingeordnet werden. So ist »[k]einem Menschen [...] vorzuhalten, daß er vom Lande stammt« (Adorno 1963, 46) und es gilt:

»Kein Mißverständnis allerdings sollte darüber aufkommen, daß die archaische Neigung zur Gewalt auch in städtischen Zentren, gerade in den großen, sich findet. Regressionstendenzen – will sagen, Menschen mit verdrückt sadistischen Zügen – werden von der gesellschaftlichen Gesamttendenz heute überall hervorgebracht.« (Adorno 1970, 99)

Die Deformationen in Land und Stadt sind gleichermaßen Resultat der kapitalistischen Totalität, sind Ausdruck des Umgangs mit den Realabstraktionen der Tauschgesellschaft und unterscheiden sich nur tendenziell, nicht grundlegend. Dies gilt auch und gerade für das »Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie« (Adorno 1963, 126; Herv.i.O.), das Adorno nach seiner Rückkehr nach Deutschland zentral beschäftigte. Im 1967 gehaltenen Vortrag »Aspekte des neuen Rechtsradikalismus« konstatiert Adorno (2019 [1967], 14), dass es sich beim Aufstieg der NPD »im Grunde um eine Angst vor den Konsequenzen gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen handelt«, die »quer durch die Gesamtbevölkerung verteilt« ist. Zugleich gilt aber, dass Individuen je nach ihrer sozialen Situation unterschiedlich wahrscheinlich in regressiv-faschistischer Weise auf diese Entwicklungen reagieren:

»Außer den Kleinbürgern spielen sicher auch eine herausragende Rolle die Bauern, die sich ja in einer permanenten Krise befinden, und ich würde denken, daß solange, wie es nicht wirklich gelingt, das Agrarproblem auf eine radikale, nämlich nicht subventionistische und künstliche und in sich wieder problematische Weise zu lösen, solange man nicht wirklich zu einer vernünftigen und rationalen Kollektivierung der Landwirtschaft gelangt, daß dieser schwelende Herd dauerhaft bestehen wird.« (Ebd., 15)

Mit dem Hinweis auf die »Kollektivierung der Landwirtschaft« schließt Adorno an Marx an, der das kleinbäuerliche Privateigentum am Produktionsmittel Land für den politischen Konservatismus auf dem Land verantwortlich machte (vgl. Belina u.a. 2021, 400ff.).

Zu dieser aufgrund der sozioökonomischen Lage tendenziell größeren Offenheit gegenüber dem Neonazismus auf dem Land kommt, so Adorno weiter, ein »sich verschärfende[r] Gegensatz der Provinz gegen die Stadt« (ebd.) *auf ideologischer Ebene*. Neonazis, so beobachtet Adorno, verdinglichen und idealisieren in einer manipulativen diskursiven Strategie das Land und positionieren es gegen die Stadt. Dass diese Strategie häufig von Erfolg gekrönt ist, hat, so Adorno an anderer Stelle, vor allem zwei Gründe. Erstens waren die Verdinglichungen des Kapitalismus in der agrarischen ländlichen

Lebensweise lange Zeit weniger klar dominierend als in der Stadt, wo, wie es Simmel (1995 [1903], 121) formuliert hat, die Blasiertheit der Städter*in den »getreue[n] subjektive[n] Reflex der völlig durchgedrungenen Geldwirtschaft« darstellt. Auf dem Land finden sich noch Erinnerungen an »einigermaßen naturwüchsige gesellschaftliche Verhältnisse [...], wo die Institutionen des Tauschs noch nicht über die Beziehungen der Menschen alle Macht haben« (Adorno 2018 [1964], 452). Die Produktion war auf früheren »geschichtlichen Stufen des Landbaus und in der einfachen Warenwirtschaft [...] näher an den Arbeitenden und Verzehrenden, und ihre Beziehungen untereinander nicht gänzlich dinghaft« (ebd., 484). Das macht einen Teil der Interaktionen auf dem Land scheinbar transparenter – und sieht dabei doch davon ab, dass die vermeintlich organischen Lebensformen vor allem durch unmittelbare Ausbeutung und Gewalt gekennzeichnet sind (vgl. Jeggle/Ilien 1978). Dies wiederum führt Adorno, zweitens, darauf zurück, dass eine mehr oder weniger erzwungene Sesshaftigkeit durch das Individuum häufig normativ positiv gewendet wird:

»Wer durch die Gestalt seiner Arbeit zum lokalen Verharren gezwungen ist, macht gern aus der Not eine Tugend und sucht sich und andere davon zu überzeugen, seine Gebundenheit sei eine in höheren Ordnungen.« (Adorno 2018 [1964], 450)

Die »Rancune des Seßhaften« (ebd., 445) gegenüber »Mobilität und [...] Bodenlosem« (ebd.) folgt aus der an die »Scholle« gebundenen Arbeit in der Landwirtschaft, mithin aus den Erfahrungen der Zwänge des alltäglichen Lebens. Doch ist diese Verbindung selbst schon Ideologie angesichts der »technische[n] Entwicklung der letzten Dezennien«, die das Leben »soziale[r] Gruppen, die man noch im neunzehnten Jahrhundert, freilich verblendet gegen ihre eigene Vorgeschichte, als einigermaßen ahistorisch ansehen durfte, zumal die Überreste der Agrargesellschaft, dynamisiert [hat]« (Adorno 1972 [1961], 221). Diese Entwicklung ist seitdem weiter fortgeschritten: Nur ein geringer Teil der Bevölkerung ländlicher Räume ist mittlerweile noch in der Landwirtschaft tätig. Auch sind ländliche Räume überall in globale Produktions-, Kommunikations- und Migrationsnetzwerke integriert. Für Adorno und bis heute plausibel wären andere objektive Voraussetzungen der genannten Rancune zu nennen: Der auf dem Land insgesamt weiter

verbreitete Grundbesitz¹ sowie der informelle Zwang zur Arbeit an Haus und Garten in der Freizeit (vgl. ausführlich Belina 2022).

Die beiden genannten Aspekte zusammen – die Erinnerung an weniger verdinglichte soziale Verhältnisse sowie die mehr oder weniger freiwillige räumliche Gebundenheit – können erklären, was, so Adorno im Anschluss an die »Darmstädter Gemeindestudien«², »[d]ie empirische Soziologie [...] gerade im Agrarsektor« vorfindet:

»[D]aß die Umwandlung des kulturellen Überbaus langsamer erfolgt als die der Bedingungen der materiellen Produktion. Fast unverbunden liegen im Bewußtsein der Landbevölkerung [...] konservative, hauswirtschaftlich-vorkapitalistische Elemente neben solchen einer durch Massenkultur, durch Sport, Radio, Kino definierten Moderne, ohne daß dazwischen die spezifisch bürgerlich-liberalen Bewußtseinsformen und die bürgerliche Bildung sich durchgesetzt hätte.« (IfS 1956, 142)

Adorno nimmt einerseits ernst, dass unterschiedliche Produktions- und Lebensverhältnisse in Land und Stadt zu unterschiedlichen sozialen Formen führen. Andererseits ist er weit davon entfernt, eine *Determinierung* des Bewusstseins durch die ökonomische ›Basis‹ zu behaupten. Vielmehr betont er, dass das gesellschaftliche Sein, die Verhältnisse zwischen Individuen und den Abstraktionen der kapitalistischen Tauschgesellschaft wesentlich sind und stets im Konkreten und vor Ort zu untersuchen sind. »Stadt, Land und die Wechselwirkung der beiden sozialen Kategorien« (Memorandum vom 8.11.1950, 2, zit.n. Arnold 2010, 194) in ihren je aktuellen Ausprägungen sind zu fokussieren. Das ist eine Absage gegen jede vereinheitlichende Verdinglichung des Landes oder gar dessen Idealisierung, die zudem ignoriert,

-
- 1 Grund und Boden verwandelt sich zwar »ökonomisch unaufhaltsam in Kapital« (IfS 1956, 142), hat inzwischen als handelbares fiktives Kapital seine »wahre kapitalistische Form« (Harvey 1982, 347; Übersetzung aller fremdsprachigen Zitate: B.B.) erreicht und zirkuliert global; Eigentum an ihm sorgt gleichwohl dafür, dass »Vorstellungen von Unabhängigkeit und Selbständigkeit bei dem größten Teil der Dorfbevölkerung noch sehr fest [sitzen] und [...] zu erheblichen Konflikten [führen]« (IfS 1956, 142).
 - 2 Adorno wurde in der Publikationsphase des breit angelegten Forschungsprojektes zu Darmstadt und vier ländlichen Umlandgemeinden als Berater hinzugezogen und hat unter anderem den Fokus auf »das Verhältnis zwischen den objektiven Bedingungen des Lebens [...] und dem subjektiven Dasein und Bewusstsein« (Memorandum vom 8.11.1950, S. 2., zit.n. Arnold 2010, 194; Herv. i. O.) sowie das Thema des Autoritarismus gelenkt (vgl. ausführlich Arnold 2010).

dass die kapitalistische Dynamik der Veränderungen das Land schon längst erfasst und verwandelt hat.

Gleichwohl hegt Adorno auch Verständnis für die Idealisierungen des Landes:

»[I]ch wäre der letzte zu leugnen, daß in dem gegenwärtigen Stadium der Industrialisierung gewissen kleinstädtische oder bäuerliche Verhältnisse gerade deshalb, weil sie zum Tode verurteilt sind, eine Art von versöhnlichem Glanz bekommen und daß Sehnsucht an sie sich heftet.« (Adorno 1990 [1973], 157)

Die Verklärung des Landlebens ist nicht einfach nur falsch, sie erfüllt die Funktion, »daß der industriellen Zivilisation das Wunschbild dieses Lebens entgegengehalten wird« (ebd.), sie fungiert als »Herzenswärmer« (ebd., 158) und »ein Stück Kulturindustrie« (ebd.), das aber »in dem Protest gegen die technische Zivilisation [...] immer auch ein Moment der Wahrheit ist« (ebd.). Wie jede*r gute Ideologiekritiker*in versucht Adorno zu verstehen, warum die Vorstellung des guten Landes im Gegensatz zur verkommenen Stadt so anschlussfähig an Alltagserfahrungen ist und deshalb von faschistischer Propaganda genutzt werden kann. Er geht sogar so weit, das Städtchen Amorbach im unterfränkischen Odenwald, Ort der Sommerfrische seiner Kindheit, zu einer Utopie zu machen – von der er doch zugleich weiß, dass sie nicht real ist (vgl. Belina 2021, 121f.).

In den zitierten und vielen weiteren Schriften geht Adorno immer wieder auf das Leben auf dem Land beziehungsweise in der Provinz ein, wenn auch kaum systematisch und stets im Kontext anderer Themen. Festzuhalten ist zunächst, dass Adorno nichts gegen das Land hatte beziehungsweise nicht mehr als gegen die Stadt und alle anderen Ausdrucksformen der kapitalistischen Totalität. Vielmehr liefert er Ansatzpunkte, um die verbleibenden Unterschiede des Lebens und der Bewusstseinsformen zwischen Stadt und Land sowie die Verdinglichung und Idealisierung des Landes mit Rekurs auf reale und imaginierte Erfahrungen zu erklären, aus denen zudem konkrete politische Forderungen folgen. Auf solche wird im Schlussabschnitt zusammen mit dem, was vom zweiten hier fokussierten Vertreter des Westlichen Marxismus zu lernen ist, eingegangen.

2. Lefebvre: Zentralität (auch) im Ruralen

Auch wenn Lefebvre vor allem für seine Schriften zu Stadt und Raum bekannt ist, hat er doch vor seiner Befassung mit diesen Themen diverse Arbeiten zur Agrarsoziologie vorgelegt³ (Lefebvre 1949; 1969 [1953]) und das Rurale in Zusammenhang mit dem Alltag (Lefebvre 1974 [1958/1945]; 1975 [1961]) thematisiert. In diesen Arbeiten nutzt er noch nicht die Perspektive und Terminologie der Urbanisierung, die mit seiner Reflexion des Aufstandes in Paris im Mai 1968 zentral wird. Erst ab diesem Zeitpunkt unterscheidet Lefebvre (1970; 2016 [1968]) die Siedlungstypen Dorf und Stadt einerseits von den Formen des Zusammenlebens andererseits, die er als »das Rurale« und »das Urbane« bezeichnet und die beide innerhalb des übergeordneten Prozesses der vollständigen Urbanisierung überall, in Stadt und Land gleichermaßen, produziert werden. In den älteren Arbeiten zur Agrarsoziologie und zum Alltagsleben setzt er städtisches und ländliches Leben noch weitgehend mit den Siedlungsformen Dorf und Stadt gleich. Im Folgenden werden die expliziten Diskussionen des Landlebens aus den Arbeiten der unmittelbaren Nachkriegszeit mit jenen zur Urbanisierung ab den späten 1960er-Jahren verbunden. Gezeigt wird, dass auch Lefebvre kein Gegner des Landes war und dass sich im Kontext seiner Vorstellung von Urbanisierung Momente der urbanen Revolution auch auf dem Land finden, die an Spuren der Dorfgemeinschaft anknüpfen können.

Als Agrarsoziologe betont Lefebvre 1953 die Eigenständigkeit der »bäuerlichen ›Welt‹« (Lefebvre 1969 [1953], 176) und zugleich, dass sie keine »isolierte ›Welt‹ bildet« (ebd.; Herv.i.O.). Vielmehr sei sie, wie jede andere Lebenswirklichkeit, durch ihre »Unterordnung unter Totalitäten (neue Strukturen; kapitalistischer [...] Weltmarkt etc.)« (ebd., 191) geprägt: »Es gibt heute keinen Bauern, selbst in Afrika oder Asien, der nicht von Weltereignissen abhinge.« (Ebd., 178) Stärker als Adorno betont Lefebvre die »außerordentliche[] Vielfalt« (ebd., 176) der bäuerlichen Welt, die er als Folge der Komplexität der übergeordneten Totalitäten begreift. Eine Folge dessen ist das »paradoxe Nebeneinander – das Archaische steht neben dem Ultramodernen – mitunter auf beschränktem Raum« (ebd., 179), das auf dem Land vorherrscht. Deshalb

3 In einem Rückblick auf die Entstehung der französischen *Sociologie Rurale* schreiben Alphandéry/Sencébé (2009, 27f.) über Lefebvre, er sei »ohne Zweifel der erste Soziologe von Rang [gewesen], der diese [ländlichen] Kollektive nicht in einen abwertenden Rahmen eingeschlossen hat«.

gilt: »In der ländlichen Welt ist [...] nichts gänzlich verschwunden.« (Ebd.) Selbst die ältesten Ausprägungen ländlichen Lebens hätten ihre Spuren hinterlassen. Dazu gehören »Überbleibsel im ideologischen Bereich (Überbleibsel von Agrarmythen, Folklore und dergleichen) sowie im strukturellen (Dorf, bäuerliche Familie usw.)« (ebd., 191f.; Herv.i.O.).

Das wohl wichtigste strukturelle Überbleibsel ist die Dorfgemeinschaft. Diese versteht Lefebvre (1949, 87; Herv.i.O.) als eine »Form der Gemeinschaft, wie die Familie, wie die Nation, die im Rahmen von Bedingungen auftaucht, sich transformiert, sich entwickelt oder verschwindet, die vom Niveau der Produktivkräfte und der Produktionsweise bestimmt werden, ohne sich dabei mit diesen Determinierungen des sozioökonomischen Prozesses zu identifizieren«. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass »ein Ensemble mit dem Boden verbundener Familien [...] einen Teil der Güter kollektiv oder gemeinschaftlich und einen anderen Teil ›privat‹ besitzt [...], durch geteilte Regeln verbunden ist und Verantwortliche für das gemeinsame Interesse bestimmt« (ebd., 93; Herv.i.O.). Es handelt sich um eine »Form der organischen Gemeinschaft« (ebd., 87; Herv.i.O.), die sich auf dem Land in allen Epochen und Weltgegenden findet und die sich im Kapitalismus auflösen muss:

»Wo der Warentausch, das Geld, die Geldwirtschaft und der Individualismus triumphieren, löst sich die Gemeinschaft auf, wird durch das reziproke Außen der Individuen und des ›freien‹ Arbeitsvertrags ersetzt.« (Ebd.)

Mit der Annahme einer solchen transhistorischen dörflichen Gemeinschaft gehen bei Lefebvre immer wieder Anklänge an eine Idealisierung ihrer Überreste und an »eine romantische Sehnsucht nach dem verlorenen Paradies, für eine vergangene Zeit, in der alles eins und ganz, handwerklich und authentisch war« (Merrifield 2006, 65) einher. Wo Adorno die Idealisierungen des Landes verständnisvoll kritisiert, neigt Lefebvre zu einem kritischen Verständnis, das tendenziell von den internen Widersprüchen dieser Vergemeinschaftungsform absieht. Obschon die dörfliche Gemeinschaft für Lefebvre (1949, 92) »bereits in Interessensgruppen und in entstehende oder bereits bestehende soziale Klassen differenziert [ist]«, die infolge unterschiedlicher »Eigentums- und Nutzungsformen des Bodens (Halbpacht, Geldpacht, kleiner oder mittlerer Besitz)« (Lefebvre 1969 [1953], 192) komplex sind, findet er in ihr Reste eines »ursprünglichen Kommunismus« (Lefebvre 1949, 93). Diesen in Bezug auf das »Problem des Ursprungs« (ebd.; Herv.i.O.) der Dorfgemeinschaft anzunehmen, stellt für ihn die »befriedigendste Hypothese« (ebd.) dar. Die Entwicklung der Form der Dorfgemeinschaft ist für Lefebvre eine des Ver-

lustes organischer Gemeinschaftlichkeit, deren Spuren sich gleichwohl noch Mitte des 20. Jahrhunderts auf dem Land finden.

Ganz in diesem Sinne beginnt Lefebvre im Kapitel »Notizen von einem Sonntag in der Campagne« aus dem ersten Band der *Kritik des Alltagslebens*, erstmals publiziert 1947, Reflektionen über das Landleben mit einem Rückblick in die Antike und auf ein »ländliches Leben, dessen Fortsetzung wir bis in unsere Tage finden können« (Lefebvre 1974 [1958/1945], 203). In dieser ursprünglichen Gemeinschaft herrschte ein allgemeines »Gleichgewicht« (ebd., 207), das auch die umgebende Natur einschloss. Dieses existiert nicht mehr. Lefebvre kritisiert vielmehr »[d]as Loblied auf die reine ›Natur‹ bei gewissen Schriftstellern«. Denn das Landleben sei nicht (mehr) zu idealisieren: Seit der Antike hätten »[i]n der Mehrzahl der Fälle [...] das Verlängern des Nomaden- und Kriegerlebens oder die Armut des Bodens oder das schlechte Klima, und vor allem die sozialen Krisen und die schnelle Herausbildung von brutal herrschenden Kasten das soziale Leben [der Dorfgemeinschaft] in die Sackgasse geführt und fast immer seinen Niedergang bewirkt« (ebd., 209) – aber eben nur »fast«, weil sich im Alltagsleben auf dem Land trotz seines »Verfall[s]« (ebd., 230) »Spuren eines ›anderen Lebens‹ in Gemeinschaft zahlreicher und feiner als anderswo ausgebildet« (ebd.) haben.

Doch selbst diese Spuren werden im Dorf der Mitte des 20. Jahrhunderts unterdrückt. Grund der »weitgehende[n] Verarmung des täglichen Lebens in unseren Landgebieten« (ebd., 211) sei allem voran »die Religion« (ebd.), die an die Stelle der organischen Gemeinschaft eine »Karikatur der Gemeinschaft« (ebd., 224), eine »[t]rügerische, abstrakte Gemeinschaft« (ebd.) gesetzt habe – und deren »Gott [...] sich immer an der Seite des Stärkeren [fand]« (ebd., 223). Ähnlich der Einsicht Gramscis (1991 [1926], 45), dass »die Bauernfrage [...] die Frage des Vatikans« aufwirft, misst Lefebvre dem Katholizismus eine zentrale Bedeutung dabei bei, wie die Zeit auf dem Land scheinbar stehen geblieben ist, wie sich hier trotz Weltmarkt, Staat und neuer Technologien überkommene Hierarchien behaupten.

Den Kapitalismus überwinden könne, so Lefebvre in zahlreichen Schriften ab den späten 1960er-Jahren, nur die »urbane Revolution«, die infolge der »vollständige Urbanisierung der Gesellschaft« (Lefebvre 1970, 17) nahe. Sie wird, so die Hoffnung, im Urbanen eine neue Gesellschaft mit neuen Menschen hervorbringen. Bereits in früheren Arbeiten argumentiert Lefebvre, dass die Überwindung der scheinbar so stabilen Verhältnisse in und durch »Momente« geschieht, in denen eruptive Kräfte die eingefahrenen Verhältnisse ins Wanken bringen (Merrifield 2006, 28). Ab dem Mai 1968 wähnt er die

Möglichkeit der Entstehung solcher Momente im Urbanen. Dieses Urbane ist für Lefebvre ein soziales Verhältnis (und kein Siedlungstyp), das durch die Raumform der Zentralität hervorgebracht wird: Der »Konzentration von *allem*, was es auf der Welt, in der Natur, im Kosmos gibt« (Lefebvre 1970, 58; Herv.i.O.), die das Aufeinandertreffen von Differenz und damit Begegnung, Politik und die Möglichkeit des Neuen schafft. Indem der Kapitalismus die Urbanisierung vorantreibt, schafft er im Urbanen das Potenzial seiner Negation – und zwar nicht nur in der Stadt, sondern an »jedem Punkt« (ebd.), an dem infolge von Zentralität Differenzen sich begegnen, aufeinanderprallen und disruptive Momente hervorbringen. Wenn Lefebvre (2016 [1968], 109) schreibt, dass sich im Prozess der Urbanisierung »[d]er Gegensatz ›Urbanität–Ruralität‹ akzentuiert [...], während sich der Gegensatz Stadt–Land abschwächt«, ist damit gemeint, dass es zunehmend in Stadt und Land gleichermaßen urbane ebenso wie rurale Formen des Zusammenlebens gibt. Das Rurale in Stadt und Land zeichnet sich durch räumliche Segregation, Abgrenzung nach Außen (die der Dorfgemeinschaft wesentlich ist, vgl. Lefebvre 1949) und Apologie des vermeintlich Eigenen aus (Förtner u.a. 2021). Doch die Veränderung zum Besseren wird dank »neuer urbaner Formen« (Lefebvre 2016, 109) *überall* möglich: Durch klar städtische Momente, wie die Pariser Kommune von 1871 und den Mai 1968 in Paris (Lefebvre 1969 [1968]), aber auch durch das traditionelle Dorffest, das »beste« am ländlichen Leben, das es gilt, als Moment des Urbanen ebendort »wieder auferstehen zu lassen« (Lefebvre 2016 [1968], 153).

Dieses Dorffest war, so Lefebvre, bereits in der Antike wesentliches Element der Dorfgemeinschaft:

»Die bäuerlichen Feste verstärkten die sozialen Bindungen und entfesselten zugleich alle durch die kollektiven Disziplinen und die Notwendigkeiten der täglichen Arbeit zurückgehaltenen Begierden. [...] Das Fest unterscheidet sich vom Alltagsleben nur durch die plötzliche Äußerung der Kräfte, die im und durch dieses Alltagsleben selbst angestaut waren.« (Lefebvre 1974 [1958/1945], 204)

Wie jedes Fest beinhaltet es zugleich die Möglichkeit, einen Moment hervorzubringen:

»Das Moment? Es ist ein individuelles Fest, in Freiheit gefeiert, ein tragisches, mithin wahrhaftiges Fest. [...] Es kommt darauf an, das Fest und das Alltagsleben zu vereinen.« (Lefebvre 1975 [1961], 184)

Das Fest ist Teil des Alltagslebens und birgt die Möglichkeit, aus dem Alltag heraus eruptive Momente entstehen zu lassen, in denen das auf Dauer Gestellte hinterfragt und herausgefordert wird. Fokussierte Lefebvre in den frühen Schriften diesen letztgenannten zeitlichen Aspekt der Disruption, bekommt der Moment und damit das Fest später auch einen Ort, der keine Siedlungsform ist, sondern eine Vergemeinschaftungsform, die durch eine Raumform bestimmt ist: das Urbane als Folge der Zentralität.

Die Schlussfolgerung aus der Theoretisierung von Stadt und Land, Urbanem und Ruralem, Fest und Moment bei Lefebvre für Analyse und Politik ungleicher ländlicher Räume kann selbstredend nicht sein, darauf zu setzen, dass der Kapitalismus allein durch Dorffeste überwunden wird.

3. Mit Adorno und Lefebvre aufs Land

Adornos und Lefebvres Thematisierungen des Landes können in Form von vier Forderungen mit aktuellen Positionen zur Analyse ungleicher ländlicher Räume und zu einer progressiven Politik ebendort verbunden werden. Dadurch werden Letztere deutlicher als in rein angewandten Beiträgen an strukturelle Aspekte kapitalistischer Vergesellschaftung rückgebunden.

Zur zitierten »Entbarbarisierung auf dem platten Land« (Adorno 1970, 98) setzte Adorno auf Bildung, die Reflexion und Mündigkeit ermöglicht und Verdünnungen zu durchschauen erlaubt, um Differenz statt Homogenisierungen und Solidarität statt Rancune zu fördern (vgl. Belina 2021). Das ist offenbar weit mehr als »Psychologisierung« (Belina/Michel 2007, FN 4, 9f.). Seit Adornos Tod 1969 erfolgte in Westdeutschland ein immenser Ausbau der Bildungsinfrastruktur auf dem Land mit der Gründung von weiterführenden Schulen und Hochschulen auch abseits der Metropolen. Doch scheint dieser Prozess in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund der veränderten Anforderungen des Kapitals zumindest deutlich verlangsamt worden zu sein. Zudem ging mit dem Ausbau der weiterführenden Bildung eine räumliche Konzentration von Primärschulen einher: Laut Henkel (2018, 210f.) wurden seit Mitte der 1960er Jahre rund 20.000 Dorfschulen geschlossen. Beiden Tendenzen ist, erstens, entgegenzuwirken, um Bildung allen überall und vor allem auf dem Land zugänglich zu machen – nur so ist nach Adorno dem Erfolg neurechter Bestrebungen entgegenzuwirken.

In Auseinandersetzung mit Adorno hat Herrenknecht (1977, 134) argumentiert:

»Man kann die Provinzialität der Provinz nicht allein durch voluntaristische Bildungsanstrengungen überwinden und schon gar nicht über Methoden, die nicht auf dem Provinzboden gewachsen sind, und mit Leuten, die dort nicht groß geworden sind und ihre Provinz nicht kennen.«

Bei aller Kritik an Adornos »Arroganz eines Städters« (ebd.) sieht auch Herrenknecht die »Pflicht zur Entprovinzialisierung der Provinz« (ebd.; Herv.i.O.) mittels Bildung, aber insbesondere im Rahmen sozialer Bewegungen auf dem Land, die selbst ländliche Charakteristika haben, wie er sie in der Anti-AKW- und der Autonome-Jugendzentren-Bewegung der 1970er-Jahre erkennt. Die Spuren der »organischen Gemeinschaft«, die Lefebvre in der Dorfgemeinschaft findet, gälte es progressiv zu wenden. Die Übersichtlichkeit des Landlebens bedeutet für Progressive zwar zunächst soziale Kontrolle und Enge (Jeggle/Ilien 1978), sie erlaubt es aber sozialen Bewegungen auch, »eine weniger radikale Praxis und moderatere politische Orientierungen mit einer lebensweltlich getragenen, größeren Beständigkeit und Verbindlichkeit [...] [zu] kombinier[en]« (Roth 1991, 61).

Damit auf dem Land das Urbane im Sinne von Lefebvre entsteht, bedarf es der Zentralität, mithin des Aufeinandertreffens von Differenz und die daraus entstehenden Konflikte. Weil es aber auf dem Land »zu Lebensqualität und Notwendigkeit zählt, dass man sich gegenseitig unterstützt und aufeinander angewiesen ist, werden Konflikte selten offen ausgetragen« (Vogel 2019, 106). Hinzu kommt regelmäßig die »große, ernstzunehmende Sorge um den Ruf der Gemeinde« (Becker 2016, 450). Zugleich ermöglicht die Übersichtlichkeit des Landes und die Tatsache, dass »jeder jeden kennt«, auch progressive Mobilisierungen aus der Zivilgesellschaft, die häufig in Form von Koalitionen und meist themenbezogen entstehen:

»Wo auch immer breite Bündnisse zwischen Verwaltungen, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Einheimischen und Zugezogenen entstanden und in konkreten Auseinandersetzungen gewachsen sind – sei es gegen rechtsradikale Konzertveranstalter oder für den Erhalt von Schulen, Geschäften, Kleinbetrieben und Kulturorten –, weicht die Friedhofsruhe leerer Dorfplätze dem lebendigen Austausch über Ortsgrenzen und Zäune hinweg.« (Präkels 2019, 15)

Zu fordern ist also, zweitens, die Unterstützung progressiver demokratischer Bewegungen aus der ländlichen Zivilgesellschaft seitens lokaler Politik und Verwaltung.

Apropos ›Dorfplätze‹: Solche Initiativen benötigen, drittens, Orte, an denen das Urbane entstehen kann: »Es braucht klar erkennbare und von den Menschen akzeptierte öffentliche Orte in den ländlichen Kommunen. Diese müssen als Zentren wirken; also Orte des Zusammenlebens der Verschiedenen sein.« (Kaiser 2014, 272) Solche ›sozialen Orte‹ können dazu beitragen, dass aus themenbezogenen Mobilisierungen dauerhafte und sich durch Dialog und Konflikt weiterentwickelnde progressive lokale kulturelle Hegemonien entstehen. Dazu »bedarf es eines öffentlichen Rahmens, rechtlicher Sicherheiten und einer gewährleistenden Verwaltung« (Arndt u.a. 2020, 29) sowie auch und insbesondere dauerhafter (statt nur projektbezogener) Förderung.

Ohne Voraussetzungen in der Sphäre der ökonomischen Basis, das heißt ohne Veränderungen in den Produktionsverhältnissen bleiben die bisherigen Ansätze beschränkt. Dies führt zu, viertens, grundlegenden Forderungen. Naheliegend und in der Forschung und Debatte zu ländlichen Räumen weit geteilt sind ebensolche nach einer auskömmlichen Ausstattung öffentlicher Haushalte und einer tauglichen technischen und sozialen Infrastruktur auf dem Land. Um diese zu finanzieren, sind Steuerreformen zulasten privater Unternehmen und reicher Individuen vonnöten (Foundational Economy Collective 2019, 219ff.). Eine solche würde im Rahmen der kapitalistischen Ökonomie tendenziell mit Machtverschiebungen vom Kapital zum Gemeinwesen einhergehen. Noch grundlegender wird es, will man die Spuren der Dorfgemeinschaft nutzen, um sie in Bezug auf die ökonomische Basis progressiv zu wenden. Zwei realistische Anknüpfungspunkte sind zu nennen, die beide den von Marx als Quelle des Konservatismus des Landes erkannten privaten Grundbesitz betreffen. Zum einen sollten, statt immer weitere – vereinzelnde und ökologisch desaströse – Einfamilienhaussiedlungen auszuweisen, Wohnungsbaugenossenschaften und gemeinschaftliches Wohnen und Arbeiten gefördert werden. Zum anderen gälte es, die zahlreichen bestehenden (oft großen) landwirtschaftlichen Genossenschaften (Notz 2021, 91ff.) zu fördern und so zu demokratisieren und zu politisieren, dass sie zu »Fenster[n] in eine andere Welt« (ebd., 251) werden. Dass sogar dezidiert antikapitalistisches gemeinschaftliches Leben und Arbeiten auf dem Land möglich ist, zeigt etwa Spanier (2021) anhand eines ländlichen Kollektivs in Frankreich.

4. Westlichen Marxismus provinzialisieren

Losurdo (2021 [2016]) polemisiert gegen die vermeintliche Blindheit des »Westlichen Marxismus« in Bezug auf Kolonialismus, Imperialismus und den Globalen Süden. Auch wenn das Buch mehr Verve als Substanz besitzt, »Westlichen Marxismus« eigenwillig bestimmt und den »Osten« in gelinde formuliert problematischer Weise verteidigt (vgl. Hanloser 2021), gilt es ernst zu nehmen, dass auch Adorno und Lefebvre sich in ihrer Thematisierung von Provinz und dem Ruralen kaum bis gar nicht mit dem Globalen Süden befasst haben. Dabei leben in diesem großen Teil des Planeten nach wie vor weite Teile der Bevölkerung auf dem Land und von der (Subsistenz-)Landwirtschaft. Vielerorts herrscht eine »absolute Verelendung« (Goonewardena 2014, 228; Herv.i.O.) und zugleich finden sich hier »die progressivsten und militantesten Bewegungen der Welt« (Moyo/Yero 2005, 2). Die Situation stellt sich dort völlig anders dar, als sie Adorno, Lefebvre und dieser Beitrag unter Bezug auf »nördliche« Eigentums- und Lebensformen diskutiert haben. Einerseits. Andererseits können Adornos und Lefebvres Ausführungen zur Provinz und dem Ruralen im Sinne von Chakrabarty (2008 [2000]) »provinzialisiert« werden, mithin an die »südliche« soziale Situation und Denktradition angepasst werden. Adorno und Lefebvre scheinen besonders geeignet, da beide ihrerseits jene Universalismen als kapitalistische Totalisierungen kritisieren, von denen Chakrabarty die westliche Denktradition befreien will. Wie das vor allem in Bezug auf Lefebvre aussehen könnte, wird aus Sicht der Stadtforschung bereits diskutiert (Meagher 2012; Sheppard u.a. 2013; Goonewardena 2014). Für die progressive Debatte um ländliche Räume im Globalen Süden wäre mit Chakrabarty (2008 [2000], 21) und weiten Teilen des Westlichen Marxismus insbesondere das vermeintlich progressive Potential des Nationalismus zu kritisieren, das etwa in Losurdos (2021 [2016]) Antiimperialismus und dem Hochhalten der »nationalen Frage« bei Moyo/Yero (2005) steckt.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Adorno, T. (1963): Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. In: Eingriffe. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 125-146.
- Adorno, T. (1970): Erziehung nach Auschwitz (1966). In: Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 92-109.

- Adorno, T. (1972 [1961]): Über Statik und Dynamik als soziologische Kategorien. In: *Gesammelte Schriften Band 8*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 217-237.
- Adorno, T. (1990 [1973]): *Philosophische Terminologie*. Band 1. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Adorno, T. (2018 [1964]): *Jargon der Eigentlichkeit*. In: *Gesammelte Schriften Band 6*. Berlin: Suhrkamp, 413-526.
- Adorno, T. (2019 [1967]): *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Alphandéry, P./Sencébé, Y. (2009): *L'émergence de la sociologie rurale en France (1945-1967)*. In: *Études rurales* 183, 23-40.
- Anderson, P. (1978): *Über den westlichen Marxismus*. Frankfurt a.M.: Syndikat.
- Arndt, M./Buschbom, K./Neu, C./Nikolic, L./Reingen, H./Simbank, M./Vogel, B./Wicklow, D. (2020): *Soziale Orte (= WISO Diskurs 05/2020)*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Arnold, A. (2010): *Reorientation durch Wissenstransfer. Eine wissenschaftsgeschichtliche Rekonstruktion der Darmstadt-Studie (1948-1954) aus soziologischer Perspektive*. Baden-Baden: Nomos.
- Becker, R. (2016): Wenn abstrakte Items auf die Wirklichkeit der Stammtische treffen. In: Frindte, W./Geschke, D./Haußecker, N./Schmidtke, N. (Hg.): *Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund«*. Wiesbaden: VS, 443-461.
- Belina, B. (2021): »Provinzialität« bei Adorno. In: *Geographische Zeitschrift* 109(2/3), 105-125.
- Belina, B. (2022): Zur Provinzialität der AfD. In: Mullis, D./Miggelbrink, J. (Hg.): *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen*. Bielefeld: transcript, 67-77.
- Belina, B./Kallert, A./Mießner, M./Naumann, M./PROKLA-Redaktion (2021): Editorial: *Vergessenes Land?* In: *PROKLA* 204, 400-414.
- Belina, B./Michel, B. (2007): *Raumproduktionen. Zu diesem Band*. In: Belina, B./Michel, B. (Hg.): *Raumproduktionen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7-34.
- Chakrabarty, D. (2008 [2000]). *Provincializing Europe*. Princeton: Princeton University Press.
- Förtner, M./Belina, B./Naumann, M. (2020): The revenge of the village? The geography of right-wing populist electoral success, anti-politics, and austerity in Germany. In: *Environment and Planning C: Politics and Space* 39(3), 574-596.

- Foundational Economy Collective (2019): *Die Ökonomie des Alltagslebens*. Berlin: Suhrkamp.
- Goonewardena, K. (2014): *The Country and the City in the Urban Revolution*. In: Brenner, N. (Hg.): *Implisions/Explosion*. Berlin: jovis, 218-231.
- Gramsci, A. (1991 [1926]): *Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens*. In: Neubert, H. (Hg.): *Antonio Gramsci – vergessener Humanist?* Berlin: Dietz, 41-68.
- Hanloser, G. (2021): *Sinisierung gegen die weiße Vorherrschaft in der Theorie?* In: *Sozial.Geschichte Online* 30, 99-113.
- Harvey, D. (1982): *The Limits to Capital*. Oxford: Blackwell.
- Henkel, G. (2018): *Rettet das Dorf!* München: dtv.
- Herrenknecht, A. (1977): *Provinzleben*. Frankfurt a.M.: Jugend und Politik.
- IfS – Institut für Sozialforschung (1956): *Gemeindestudien*. In: Institut für Sozialforschung (Hg.): *Soziologische Exkurse*. Frankfurt a.M.: EVA, 133-150.
- Jeggle, U./Ilien, A. (1978): *Die Dorfgemeinschaft als Not- und Terrorzusammenhang*. In: Wehling, H. (Hg.): *Dorfpolitik*. Opladen: Leske + Budrich, 38-53.
- Kaiser, K. (20145): *Demokratie organisieren und Zivilgesellschaft stärken*. In: Kaiser, K. (Hg.): *Lebendiger ländlicher Raum*. Schwalbach: Wochenschau, 269-277.
- Lefebvre, H. (1949): *La communauté Paysanne et ses Problèmes Historico-Sociologiques*. In: *Cahiers internationaux de sociologie* 6, 78-100.
- Lefebvre, H. (1969 [1953]): *Perspektiven der Agrarsoziologie*. In: Schmidt, A. (Hg.): *Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 176-193.
- Lefebvre, H. (1969 [1968]): *Aufstand in Frankreich*. Frankfurt a.M.: Edition Voltaire.
- Lefebvre, H. (1970): *La Révolution Urbaine*. Paris: Gallimard.
- Lefebvre, H. (1974 [1958/1945]): *Kritik des Alltagslebens*. Band 1. München: Hanser.
- Lefebvre, H. (1975 [1961]): *Kritik des Alltagslebens*. Band 3. München: Hanser.
- Lefebvre, H. (2016 [1968]): *Das Recht auf Stadt*. Hamburg: Nautilus.
- Losurdo, D. (2021 [2016]): *Der Westliche Marxismus*. Köln: PapyRossa.
- Meagher, S. (2012): *Unsettling critical urban theory*. *City* 16(4), 476-480.
- Merrifield, A. (2006): *Henri Lefebvre*. New York, London: Routledge.

- Moyo, S./Yero, P. (2005): Introduction. In: Moyo, S./Yero, P. (Hg.): *Reclaiming the Land. The Resurgence of Rural Movements in Africa, Asia and Latin America*. London, New York: Zed Books, 1-7.
- Notz, G. (2021): *Genossenschaften*. Stuttgart: Schmetterling.
- Präkels, M. (2019): »Sie fühlen es nur nicht«. In: Bundesverband Mobile Beratung (Hg.): *Was blüht dem Dorf?* Dresden: Bundesverband Mobile Beratung/Bundeszentrale für politische Bildung, 11-15.
- Roth, R. (1991): Proteste und soziale Bewegungen im Odenwald. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 4(4), 60-72.
- Sheppard, E./Leitner, H./Maringanti, A. (2013) *Provincializing Global Urbanism*. In: *Urban Geography* 34(7), 893-900.
- Simmel, G. (1995 [1903]): *Die Großstädte und das Geistesleben*. In: Georg Simmel Gesamtausgabe. Band 7. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 116-131.
- Spanier, J. (2021): *Rural Futurism: Assembling the Future in the Countryside*. In: *ACME: An International Journal for Critical Geographies* 20(1), 120-141.
- Vogel, C. (2019): *Zivilgesellschaft im Dorf stärken*. In: Bundesverband Mobile Beratung (Hg.): *Was blüht dem Dorf?* Dresden: Bundesverband Mobile Beratung/Bundeszentrale für politische Bildung, 106-111.

Ländliche Räume beobachtet

Wie Wissenschaft und Planung Ländlichkeit erzeugen

Marc Redepenning

1. Ländliche Räume als besonderes gesellschaftliches Raumverhältnis

Mit ländlichen Räumen ist es wie mit allen Raumkategorien. Sie sind ein mehr oder minder effizientes Klassifikationsinstrument zur Ordnung der gesellschaftlichen Räumlichkeit (zum Konzept: Werlen 2010). Und diese gesellschaftliche Räumlichkeit, also das Ergebnis sich über Zeiten in konkreten und je ortsspezifischen materiellen Umwelten niederschlagenden kollektiven Aktivitäten, ist komplex. Jede Gesellschaft hat ihre Orte, die bestimmte Aufgaben in der räumlichen Arbeitsteilung übernehmen. Es sind oft Aufgaben, die auf einem zeitlich beständigen Pfad aufruhend und die nicht selten an die Vorzüge und Standortfaktoren der natürlichen Umwelt angelehnt sind beziehungsweise diese in ihren Standortvorteilen für wirtschaftliche Aktivitäten nutzen – man schaue nur auf die Facetten landwirtschaftlicher Nutzung in ländlichen Räumen.

Aus diesen Aktivitäten ist das heute feststellbare Mosaik städtischer und ländlicher Räume entstanden. Beide, Stadt wie Land, weisen ihre je spezifischen lokalen Besonderheiten auf. Sie variieren in ihren räumlichen Strukturen, gesellschaftlichen Problemen und Herausforderungen wie in der jeweiligen Sichtbarkeit in den Systemen einer Gesellschaft. Dabei sind Stadt und Land eher als Idealtypen anzusehen, die ein Feld aufspannen, in denen konkrete Orte im hybriden ›Dazwischen‹ von städtischen und ländlichen Attribuierungen existieren (vgl. Sieverts 2008).

Es ist eine Binsenweisheit, dass im Umfeld einer sozial- und kulturwissenschaftlichen Raumforschung jene Verschiebung wissenschaftlicher Aufmerksamkeit gilt, von der Armin Nassehi schreibt, dass sie weniger in der Beobachtung eines *Gegenstandes* liegt, sondern in den unterschiedlichen For-

men, in denen ein Gegenstand *beobachtet* werden kann (2003, 254). Das gilt auch für die Beobachtung ländlicher Räume: Es sind immer unterschiedliche Akteur*innen, Institutionen und Diskurse an der Herstellung dessen beteiligt, was uns in politischen Programmen, planerischen Zielvorgaben und wissenschaftlichen Beiträgen oder im Alltag als die Wirklichkeit ländlicher Räume begegnet. Damit gelingt es in der Folge immer weniger, zu umfassenden und miteinander ›zu vereinbarenden‹ Beschreibungen zu gelangen.

Mit dieser Grundhaltung versucht der nachfolgende Beitrag genauer auf einzelne Beobachtungsroutinen und Beobachtungszugänge beziehungsweise Perspektiven zu ländlichen Räumen zu schauen, vor allem mit Blick auf die beiden Systeme der Wissenschaft und der Politik beziehungsweise den Fachplanungen einzelner Behörden. Dass das alles nur reduziert geschehen kann, ist unumgänglich. So werden nur drei aktuellere wissenschaftliche Perspektiven auf das Ländliche diskutiert, weil sie entsprechenden Einfluss auf die Forschung zu ländlichen Räumen haben (Abschnitt 2): die sozial-konstruktivistische Perspektive, Fragen zur Produktion von Ländlichkeit als historisches, aber eben auch aktuelles gesellschaftliches Raumverhältnis (inkl. der sog. *differentiated countryside*) sowie sogenannte Assemblerungen des Ländlichen. Auch bei den politisch-planerischen Konzeptionen wird nur eine Raumtypologie vorgestellt (Abschnitt 3): jene der sogenannten Raumtypen 2010 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR 2021), in der Ländlichkeit als Funktion zweier Variablen konzipiert ist: von Besiedlung und Lage, letztere operationalisiert als (gute oder weniger gute) Erreichbarkeit zentraler Orte.

Mit Blick auf den regionalen Fokus gehen damit schwere Einschränkungen einher, indem ich mich auf den Globalen Norden (wissenschaftliche Zugänge) und Deutschland (politisch-planerische Zugänge) konzentriere. Die Auswahl ist geleitet a) durch Aktualitätsbezug, b) durch den Versuch, bei den Perspektiven auf ländliche Räume jene in den Vordergrund zu rücken, die (auch) die Emanzipation dieses besonderen gesellschaftlichen Raumverhältnisses mitdenken sowie c) durch eine Perspektive, die die Genese und Veränderbarkeit auch von räumlichen Gegebenheiten als Resultat von Aktivitäten und Tätigkeiten auffasst; eine Perspektive, die mit Widerständigkeits im sozialen wie im natürlich-materiellen Bereich rechnen wird.

Alle Ansätze, so unterschiedlich sie im Einzelnen sein mögen, starten mit der Annahme, dass ländliche Räume komplex und heterogen sind. Insofern ist konsequent zu vermeiden, von der Einheitlichkeit *eines* ländlichen Raumes auszugehen. Mit Blick auf die Konzeption des Gesamtbandes soll ferner

eine knappe Aufmerksamkeit auf Fragen sozialer wie räumlicher Ungleichheit gelegt werden; und dies durchaus im Bewusstsein zweier Formen von Ungleichheit: einer schwachen und einer starken Form. Die *schwache* Form von Ungleichheit betont Ungleichheit als Unterschiedlichkeit und lokale Differenz, also als ein deskriptiv erfassbares Anderssein. Die *starke* Form von Ungleichheit schließt explizit an die »klassischen« Fragen der Ungleichheitsforschung an: Wenn nämlich die schwache Form der Ungleichheit *zugleich* mit strukturell benachteiligenden Zugängen zu erstrebenswerten sozialen Gütern einhergeht und damit gänzlich gravierendere Auswirkungen auf die Möglichkeit des Vollzugs des (auch guten) Lebens hat, sichtbar beispielsweise in Facetten verringerter Teilhabe an diesem Leben.

2. Wissenschaftliche Beobachtungen ländlicher Räume

Allen nachfolgend dargestellten Ansätzen ist gemeinsam, dass sie sich von sogenannten soziokulturellen Definitionen des Ländlichen absetzen. Der Ausdruck »soziokulturell« bezieht sich darauf, dass ländliche Räume unstrittig, etwa auf Grundlage ausgewählter Variablen, von urbanen Räumen abgegrenzt werden können und ihre eigene Daseinsberechtigung dadurch erhalten, dass *in* ihnen bestimmte kulturelle Attribute (wie Mentalitäten, Traditionen, Verhaltensweisen, Formen der Vergemeinschaftung etc.) vorherrschen und *daraus* eben distinkte Raumkategorien hervorgehen. In Stadt und Land gibt es zwar gleiche Attribute (naturnahes oder gar natürliches Grün, Menschen, Arbeitsplätze, Häuser und gewerbliche Bauten etc.), aber sie treten eben in divergierender Häufigkeit und unterschiedlichen Ausprägungen der Attribute auf, so dass in diesen Räumen durch die Prägekraft der je unterschiedlichen räumlichen Umwelt auch unterschiedliche Persönlichkeiten, Kulturen und Mentalitäten geformt werden – so die Argumentation in den soziokulturellen Definitionen des Ländlichen (vgl. klassisch Wirth 1938, 14).

Die Kritik an derartigen Definitionen verläuft so: Zunächst beruhen sie auf der Logik einer containerräumlichen Trennung sozialer Formen. Diese Logik geht stillschweigend davon aus, dass unterschiedliche Räume durch je unterschiedliche soziale und kulturelle Komponenten gekennzeichnet sind – und diese sind wiederum das Ergebnis der Prägung durch die räumliche Umwelt. Die jeweiligen Grenzziehungen (einmal zwischen den Räumen, dann zwischen den sozialen und kulturellen Merkmalen) sind derart strikt, dass Ausschließlichkeit vorherrscht, zugleich decken sie sich. Dies ermöglicht in

der Folge eine Gleichsetzung räumlicher Unterschiede mit sozialen und kulturellen Unterschieden, so dass sich die Differenzierung von Gesellschaften gut entlang räumlicher Trennlinien und Grenzen beschreiben lässt. Der damit erzielte ›ordnungstechnische‹ Vorteil liegt auf der Hand: Das Soziale und Kulturelle wird ›greifbar‹, wenn es innerhalb einer dann auch kartographisch gut darstellbaren Hier-Dort-Logik abgebildet wird.

Man erkennt an dieser Stelle, dass eine solche Konstruktion nur Sinn macht, wenn die jeweiligen sozialen und kulturellen Merkmale (und damit auch: Menschen als Merkmalstragende) in ›ihren‹ Räumen bleiben, also weitgehend räumlich immobile Gesellschaften und räumliche Einheiten angenommen werden. Diese Annahmen sind empirisch unter heutigen Bedingungen unhaltbar: weder vor dem Hintergrund menschlicher Mobilität und Migration noch vor dem Hintergrund der Verfügbarkeit von Informationen an fast jedem Ort der Erde. Daher lehnt bereits Pahl (1966, 299) die gerade skizzierten soziokulturellen Definitionen ab, weil sie für hochkomplexe Gesellschaften unangemessen seien: »Any attempt to tie particular patterns of social relationships to specific geographical milieux is a singularly fruitless exercise.« (Ebd., 322) Dies findet dann im Rahmen der sogenannten *locality studies* Ausdruck in der berühmten Forderung von Keith Hoggart (1990): »Let's do away with rural.« Die *locality studies* argumentieren, dass für die Entwicklungspfade von konkreten Orten weniger deren räumliche Lage oder beispielsweise Bevölkerungsdichte, also deren städtischer oder ländlicher Charakter (siehe auch unten, Abschnitt 3: Raumtypologien), wichtig seien, sondern die unterschiedlichen Allianzen, die zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft innerhalb eines kulturellen Grundverständnisses eingegangen werden.

2.1 Der sozialkonstruktivistische Blick auf ländliche Räume und Ländlichkeit

In Folge der vor allem in den *locality studies* vertretenen Position, auf Kategorien wie Stadt und Land zu verzichten, haben sich neue Freiheiten für wissenschaftliche Perspektiven auf ländliche Räume ergeben. Sie resultieren daraus, sich nicht mehr (vorrangig) um als überflüssig erachtete Abgrenzungsfragen von ländlichen oder städtischen Räumen kümmern zu müssen. Man sieht aber auch, dass Stadt und Land alles andere als obsolet sind. Sie besitzen ja gerade ein besonderes Eigenleben als Teil oftmals recht persistenter raumbezogener Selbstbeschreibungen, die die Gesellschaft zur eigenen Ordnung

und Selbstvergewisserung anfertigt – man schaue nur auf sich selbst und was man alles über Menschen zu wissen meint, wenn man deren städtische oder ländliche Herkünfte kennt. Stadt und Land können somit als kommunikative Wirklichkeit in Gesellschaften angesprochen werden.

Ins Zentrum solcher, an Diskursen interessierter sozialkonstruktivistischer Ansätze rückt demnach die Frage, was Menschen kommunizieren wollen, wenn sie gesellschaftliche Raumverhältnisse als ›ländlich‹ bezeichnen (vgl. Falk/Pinhey 1978, 551). Es geht um Bedeutungen, die raumbezogenen Konstellationen und Arrangements (also dem Wo von Objekten und ihren Beziehungen zueinander) seitens der Gesellschaft in ihren alltäglichen Vollzügen zgedacht werden (Halfacree 1993, 29). Als ein Beispiel sei auf die Analyse der Rahmungen ländlicher Orte durch Massenmedien verwiesen, wie sie etwa in den seit 2005 in Deutschland entstehenden Magazine zum idyllischen Landleben vorgenommen werden (sog. Neue Ländlichkeit; vgl. Baumann 2018). Die durch die Glorifizierungen des Neuen erzeugten Überhöhungen, die Zuzügler*innen aus Städten ihren ländlichen Umgebungen zuweisen, wären als weiteres, nun auf konkrete soziale Gruppen bezogenes Beispiel zu nennen (vgl. Dünckmann 2010).

Die Stärke des sozialkonstruktivistischen Zugangs besteht darin, auf die unterschiedlichen Semantiken hinzuweisen, die mit Räumlichkeiten, wie eben ländlichen und städtischen Orten, verbunden werden. Der Ansatz kann die Offenheit, Fluidität und Variabilität, die diesen raumbezogenen Semantiken zukommt, aufzeigen: So variieren der Gebrauch und Inhalt von raumbezogenen Ausdrücken wie ›ländlich‹ über Zeiten und gesellschaftlichen Konjunkturen als Teil des kollektiven Gedächtnisses. Für die Gesellschaft und ihre Systeme ist dieses umfassende Repertoire ein Angebot, aus dem man sich in unterschiedlichen sozialen Situationen, nicht selten auch strategisch motiviert, ›bedienen‹ kann. Dass sich dabei die einzelnen Zuschreibungen möglicherweise widersprechen oder öffentlich um die Vorherrschaft einer Zuschreibung gerungen wird, verweist auf die Mächtigkeit, die derartige Semantiken entfalten können. Solche Konstruktionen des Ländlichen, vorgenommen von Akteur*innen und Kollektiven, die mit unterschiedlichen Machtpositionen ausgestattet sind, tragen zur semantischen Heterogenisierung des Ländlichen bei und lassen zahlreiche Figuren des Ländlichen entstehen.

Aber es ist genau diese Stärke, die auch die Schwäche des Ansatzes verdeutlicht. Sein zentraler blinder Fleck liegt darin, nicht hinreichend konsequent auf die gesellschaftlichen und individuellen Konsequenzen dieser Kon-

struktionen, etwa in der Art und Weise, *wie* und *wozu* Orte dann auch materiell geordnet und strukturiert werden, hinzuweisen. Die Frage wäre, wie die Konstruktionen des Ländlichen als ›Baupläne‹ zur Gestaltung konkreter ländlicher Lebenswelten dienen – sichtbar beispielsweise in Abwehrhaltungen gegenüber neu Hinzugezogenen, weil in ihnen eine Gefahr für den gewachsenen dörflichen Zusammenhalt gesehen wird oder in kollektiv vereinbarten Gestaltungsratschlägen, wie die Vorgärten des guten (und saubereren) Dorfes auszusehen haben. Nur in diesem Fall kann man zu den starken Formen räumlicher Ungleichheit vorstoßen. Im Sinne dieser Kritik fordert etwa Halfacree (2007), eine kombinierte und ganzheitlich ausgerichtete Analyse vorzunehmen, die sich aus Elementen der oben knapp skizzierten *locality studies* mit ihrem Fokus auf sozialstrukturell wirksamen lokalen Konstellationen (inkl. der gebauten und natürlichen Umwelt) und der sozialkonstruktivistischen Perspektive speist, um so die Multiplizität des Ländlichen als vor- und dargestelltes sowie gelebtes gesellschaftliches Raumverhältnis sichtbar zu machen.

2.2 Die gesellschaftliche Produktion des Ländlichen und die *differentiated countryside*

Einen ersten Schritt, die Konflikthaftigkeit unterschiedlicher raumbezogener Semantiken beziehungsweise Zuschreibungen vor dem Hintergrund konkreter räumlicher Strukturen zu thematisieren, markieren Arbeiten zur sogenannten *differentiated countryside* (Murdoch u.a. 2003). Sie sind ein wichtiger Baustein, die Heterogenität und Komplexität ländlicher Räume theoretisch fundiert wie empirisch detailliert darzustellen. Der zentrale Vorschlag, den Verfechter*innen der *differentiated countryside* unterbreiten, ist, dass die in den letzten gut 30 Jahren beobachtbaren ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Umstrukturierungen des Ländlichen durch zwei (polare) Narrative gekennzeichnet seien: *Pastoralismus* und *Modernismus*. *Pastoralismus* markiert die Sichtweise, dass ländliche Gebiete von industriellen Nutzungen weitgehend freigehalten werden sollten. Sie repräsentiert Bilder des Ländlichen, die geleitet sind von dem Ideal, durch eine ›typisch‹ ländliche Umgebung (Ruhe, Übersichtlichkeit, Naturnähe) einen guten und gesunden Lebensstil bewahren oder erlangen zu können (ebd., 47ff.). *Modernismus* zielt darauf ab, ländliche Gebiete rational mit entsprechenden Institutionen zu verwalten und sie damit am wirtschaftlichen und technischen Fortschritt (›Entwicklung‹) teilhaben zu lassen. Sie lehnt sich an raumordnerischen Prinzipien an und über-

nimmt damit selbstverständliche Forderungen des Ausbaus der Infrastruktur, der Adaption der Regionen an ein städtisches Niveau sowie der weiteren Technisierung und Technologisierung der Landwirtschaft (ebd., 130ff.). Für Forschungen im Zuge der *differentiated countryside* sind die empirisch erhebbaren sozialräumlichen Strukturen das Resultat der lokalen Auseinandersetzung um die richtige Bestimmung des Ländlichen im Spannungsfeld der beiden Narrativen des Pastoralismus und Modernismus.

Einen konzeptionellen Vorschlag, die sozialkonstruktivistische Perspektive mit den stärker politisch-ökonomisch ausgerichteten Perspektiven der *locality studies* und der *differentiated countryside* zu verbinden, hat Keith Halfacree unter Rückgriff auf die Raumtrialektik Henri Lefebvres vor gut 15 Jahren vorgenommen (Halfacree 2007). Sein konzeptionelles Anliegen kann auch als Aufruf zu einer stärker ganzheitlichen Betrachtung von ländlichen Räumen verstanden werden. Er fordert, die Vorstellungen und Imaginationen von Räumen mit den konkreten materiellen räumlichen Strukturen vor Ort analytisch zu verbinden und zu schauen, wie aus dem Zusammenspiel beider eine konkrete ländliche Lokalität hergestellt wird.

Wenn nun auf die unterschiedlichen Produktionen von Raum geblickt wird, dann rücken gegebene soziale Formationen (vor allem die Interaktionssysteme und der Organisationen der Gesellschaft) in den Fokus, die ›ihre Räume produzieren. Bei Halfacree geschieht der Anschluss an die Vorgaben Lefebvres begrifflich eher locker, wenn er die Räumlichkeit des Ländlichen aus analytischen Gründen dreifach ›spaltet‹. So unterscheidet er a) die *konkrete ländliche Lokalität*, b) die *formalen Repräsentationen des Ländlichen* (beispielsweise als planerische und politische Entwürfe) und c) das *alltägliche Leben im Ländlichen*. Erst die Zusammenschau aller drei Räumlichkeiten erlaubt die Erfassung der Komplexität und der jeweiligen Besonderheiten ländlicher Orte.

In der *konkreten ländlichen Lokalität* ›gerinnen‹ all jene Praktiken, die für die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion des Ländlichen von Belang sind und sich als Ergebnis der Einbindung in eine übergeordnete gesellschaftliche Arbeitsteilung fassen lassen. Sie umfasst die Tätigkeiten und Aktivitäten, die Menschen in ihrer Körperlichkeit an einem ländlichen Ort ausüben, zum Beispiel: das Auspendeln zur Arbeit, die Versorgung mit Gütern niedrigerer Bedarfsreichweiten, die Ausübung von Mobilität, um Kinder in weiterführende Schulen zu bringen, die sichtbare Prägung der Landschaft durch Landwirtschaft oder das Vorhandensein lokaler und vereinzelter Versorgungsangebote. Der spezifische Charakter des Ländlichen wird durch ein

Set an sozialen Praktiken hervorgebracht, die ihren materiellen Ausdruck in baulichen Strukturen und raumbezogenen Funktionen finden.

Die *formalen Repräsentationen des Ländlichen* umfassen all jene formalisierten Konzepte und planungsorientierten Vorstellungen ländlicher Räume, sofern sie von Planer*innen, Ökonom*innen und Politiker*innen als eher technokratische Vorschläge hervorgebracht werden. Es sind Vorschläge im Sinne eines formalisierten Wissens zur ländlichen Entwicklung, oftmals kodifiziert nach den Vorgaben und Rationalitäten politischer, ökonomischer oder planerischer Organisationen. Der Ursprung dieser Vorschläge liegt nicht selten in städtischen Zentren, so dass mit ihnen auch eine externe Bestimmung dessen einhergeht, was das Ländliche markieren und ausmachen soll.

Das *alltägliche Leben im Ländlichen* bezieht sich auf alle Bilder, Images und Symbole, die die Menschen, die in einer ländlichen Lokalität leben, in und für diese erzeugt haben (in der Sprache der Regionalentwicklung: das endogene Potenzial). Aus dieser inkorporierten Lebenspraxis entsteht der spezifische *sense of place* und damit auch eine (nicht immer positiv konnotierte!) emotionale Ortsbezogenheit (allgemein Cresswell 2004 sowie mit Blick auf Lefebvre: Belina 2013, 71). In diesem Raum des alltäglichen Lebens sind auch die spezifischen lokalen Traditionen und Besonderheiten verankert, deren Dekodierung ohne die Involvierung der Menschen und ihrer jeweiligen Erinnerungskulturen vor Ort kaum angemessen möglich ist (Clifford/King 1993). Damit wird mit dieser dritten Räumlichkeit das Moment der mit Raumbezügen versehenen Produktion von Bedeutung durch die Menschen vor Ort thematisiert.

Halfacrees Interpretation der Raumtrialektik von Lefebvre beinhaltet ferner einen Bewertungsvorschlag der Räumlichkeit ländlicher Orte: Da die drei Räumlichkeiten simultan bestehen und sich gegenseitig beeinflussen, sollen Passfähigkeiten zwischen den einzelnen Räumlichkeiten wissenschaftlich erfasst werden. So können die Räumlichkeiten in einem Spektrum zwischen einem kohärenten und ausbalancierten Verhältnis und einem nicht kohärenten und wenig ausbalancierten Verhältnis verortet werden. Bei dem letzten, wenig ausbalancierten Verhältnis werden Konflikte und Blockaden wahrscheinlich. Halfacrees Ausdeutung des Verhältnisses der drei Räumlichkeiten bietet die Möglichkeit, den Ansatz vor allem für empirische und anwendungsorientierte Arbeiten offen zu halten. Er erinnert daran, die Räumlichkeit des Ländlichen nicht automatisch als harmonisch, sondern potenziell konfliktgeladen (dann als Ergebnis fehlender Kohärenz der drei Räumlichkeiten) hinsichtlich aktueller, aber eben auch zukünftiger ländlicher Entwicklungen zu betrachten. Damit ist ein Fundament gelegt, auch die politischen und sozialen Un-

gleichheiten, die sich im Zusammenspiel zwischen exogenen und endogenen Einflüssen auf ländliche Orte ergeben, zu behandeln.

2.3 Assemblierungen und ländliche Räume

Als letzte, mittlerweile recht einflussreiche Perspektive ist der Ansatz ländlicher Assemblierungen zu nennen. Unter der epistemologischen Grundhaltung des Ansatzes der Assemblierungen vereinen sich zahlreiche Studien, die auf die Beziehungen von sozialen Systemen zu ihrer Umwelt in ländlichen Settings blicken. Diese Grundhaltung betont die Kontingenz des Sozialen als Effekt zahlreicher Aushandlungsprozesse unter Einbezug von Materie, Technik und Natur (vgl. Anderson/McFarlane 2011), so dass soziomaterielle Gefüge ins Zentrum der Forschung gestellt werden. Man erkennt hier eine zunächst recht ähnliche Grundhaltung wie die Perspektive der *differentiated countryside*, zugleich sind entsprechende Ansätze jedoch in analytischer Hinsicht ›offener‹ gebaut, wenn sie die Relationalität materieller, sozialer und diskursiver Elemente hervorheben, ohne dabei auf rahmende und ordnende Vorgaben wie Narrative des Pastoralismus und Modernismus zurückzugreifen.

Der Ansatz wendet sich von statischen und strukturorientierten Betrachtungen ab, indem er besondere Aufmerksamkeit der Prozesshaftigkeit und der Emergenz sowie den Interaktionen innerhalb eines soziomateriellen Gefüges schenkt (DeLanda 2006). Für eine raumbezogene Forschung können so jene heterogenen Assoziationen und Verbindungen fokussiert werden, aus denen Orte entstehen, die somit unweigerlich und dauerhaft in einem Prozess des Werdens begriffen sind. Dies gilt auch für ländliche Räume, deren sich permanent wandelndes und komplexes gesellschaftliches Raumverhältnis als Effekt der Assemblierung eines sozio-materiell-technischen Gefüges anzusehen ist. Ferner erscheinen ländliche Regionen und Orte als ein Effekt von variierenden politischen Interventionen und von unterschiedlichen Vorstellungen, was ›ländlich‹ bedeuten soll. Sie sind beispielsweise Ausdruck der lokal sehr unterschiedlichen Auswirkungen von Investitionen oder Spekulationen an fernen Orten im Kontext von unterschiedlichen Natur- und Kulturlandschaften. Mit dem Konzept der Assemblierungen werden Prozesse der Re- und Deterritorialisierung betont sowie Orte und Regionen als kontingente Effekte von Ereignissen, die hier und dort sowie nah und fern stattfinden, beschrieben.

Das Konzept tritt mit der Motivation an, nicht die offensichtlichen und ›großen‹ Prozesse (klassisch: Wirtschaft und Politik) allein zu betrachten, son-

dern auf die transformatorischen Wirkungen auch kleinerer und auf dem ersten Blick unscheinbarer Prozesse im Bereich von Gesellschaft und Kultur hinzuweisen und damit in letzter Konsequenz auch für deren Emanzipation bei der Erklärung ländlicher Entwicklung einzutreten.

Mit derartigen Orientierungen haben Woods u.a. (2013) einen Vorschlag für die Erforschung der Geographien ländlicher Räume (mit Schwerpunkt auf Wales) unterbreitet. Am Beispiel des Verhältnisses von aktuellen Politiken für ländliche Räume sowie von sozialen Protestbewegungen, die ihren Fokus auf das Ländliche richten, zeigen sie, wie insbesondere der Prozess der Organisation von Protest ein komplexes Zusammenspiel von Diskurs, Sozialem (persönlichen Interaktionen, organisatorischen Formen) und Materie ist. Seine Erfolgchancen hängen davon ab, wie diese unterschiedlichen Elemente zusammengebunden und dann außerhalb der Organisation kommuniziert werden und wie sie in der dortigen Umwelt schließlich auf Resonanz stoßen.

Eine kulturwissenschaftliche Interpretation von Assemblierungen zur Analyse ländlicher Regionen wird von Schmidt-Lauber/Wolfmayr (2020) vorgeschlagen. Beide nutzen den Gedanken der Relationalität, um deutlich zu machen, in welchen vielfältigen Formen Stadt und Land verbunden sind und wie das eine Raumverhältnis das je andere auch ›ermöglicht‹ – man stelle sich nur vor, wie urbanes Leben (nach gängiger Vorstellung) aussehen würde, wenn dort versorgungssichere Landwirtschaft angesiedelt wäre: Flächen zum Ausleben der Kerninhalte von Urbanität, nämlich Dichte und Diversität, würden zur Mangelware. Wenn man die unterschiedlichen Verbindungen, die das Ländliche mit urbanen Räumen eingeht (so unauffällig und so verborgen sie auch sein mögen: Entlastungsfunktionen des Ländlichen für großflächige Infrastrukturen, Naherholungspotenziale etc.), betont, dann mache es Sinn, grundsätzlich von rurbanen Assemblagen statt von Stadt und Land, zu sprechen (Redepenning 2017; Schmidt-Lauber/Wolfmayr 2020).

Der kulturwissenschaftliche Fokus richtet den Blick auf die alltagsweltlichen, oftmals ja ›kleinen‹ Praktiken, in denen das Ländliche, aber auch Stadt und Land, ausgehandelt werden. Man kann dann, etwa in Aufnahme der Ideen Latours, genauer schauen, wie in Gesellschaften Reinigungs- und/oder Verbindungsarbeit zwischen Stadt und Land geleistet wird, wie die Verflechtungen zwischen Stadt und Land betont oder welche ländlichen Räume als jene *slow* oder gar *lost regions* markiert werden, die dann hinsichtlich ihrer Förderungswürdigkeit und den Standards in der Vorhaltung von Angeboten der Daseinsvorsorge zu hinterfragen sind (so der durchaus kritisch zu hin-

terfragende Vorschlag vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009).

Der Blick auf Verbindungen – sei es zwischen Räumen, sei es zwischen »materiellen Settings, sozialen Praktiken und diskursiven Zuschreibungen« (Schmidt-Lauber/Wolfmayr 2020, 30) – als ein Prinzip zur Organisation wissenschaftlichen Arbeitens lenkt die Aufmerksamkeit schließlich auf die Machtgeometrien, die zwischen Stadt und Land oder zwischen unterschiedlichen ländlichen Orten feststellbar sind: »Wie sind die rurbanen Assemblagen hierarchisiert, welche ungleichen Machtverteilungen lassen sich feststellen, welche unterschiedlichen Kapitalien, wie Ressourcen und Wissen, werden ins Spiel gebracht, wie ist der soziale Raum also in den physischen eingeschrieben?« (Ebd., 28) Damit werden Fragen sozialer und räumlicher Ungleichheit fassbar, etwa wenn sich Allianzen bilden, die eine Anpassung von Mindeststandards nach unten etwa für periphere und dünn besiedelte ländliche Regionen fordern und es ihnen dann gelingt, diese Forderung im politischen System umzusetzen.

3. Politisch-planerische Beobachtungen ländlicher Räume

Die Zentralität oder Peripherialität von Orten steht ebenso wie die Anerkennung der zunehmenden Komplexität und Heterogenität des Ländlichen seit gut 20 Jahren auch im Mittelpunkt politisch-planerischer Perspektiven auf ländliche Räume (OECD 2019). Zugleich werden verstärkt Fragen der Ungleichheit in der Entwicklung ländlicher Orte angesprochen. Die OECD sieht die Konsequenzen jüngerer sozioökonomischer Entwicklungen in einer zunehmenden Polarisierung, Peripherisierung und auch Demographisierung (also der Gleichsetzung von demographischer Struktur mit Entwicklungschancen für den gesamten Ort) von Orten; und diese zeigen sich insbesondere in den unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Entwicklung ländlicher Orte. Immer deutlicher wird dabei, dass im Allgemeinen die Entwicklungschancen ländlicher Orte stark von Stadtnähe und Stadtferne abhängen (vgl. ebd.).

Vor diesem allgemeinen Hintergrund werden in der bundesrepublikanischen Politik und Planung seit Mitte der 2000er-Jahre fluidere und komplexere Ansätze zur Typologisierung ländlicher Orte genutzt, die vor allem damit rechnen, dass sich die Entwicklung der gesellschaftlichen Räumlichkeit immer stärker a) auf Städte mit ihren starken Dienstleistungsorientierungen

konzentriert und b) durch eine erhöhte Mobilität (etwa: Arbeitspendeln) gekennzeichnet ist. Beides trägt zu einer stärkeren Verflechtung städtischer und ländlicher Räume bei, wobei die Verflechtung im Zuge der Reurbanisierung zwischen 2005 bis 2015 als Stärkung urbaner Zentren zu sehen ist.

Die mittlerweile zehn Jahre alten sogenannten Raumtypen des BBSR nehmen diesen Hintergrund auf, um ländliche Räume in ihrer Unterschiedlichkeit exakter bestimmbar zu machen und dabei das Kontinuum zwischen städtischen und ländlichen Räumen deutlicher als zuvor abzubilden. Sie bilden die Basis für eine »problemorientierte Beschreibung aktueller raumbedeutsamer Entwicklungen, Strukturen und Disparitäten mit dem Ziel der Formulierung von Handlungsstrategien für die künftige Raumentwicklungspolitik in Deutschland« (Schürt u.a. 2005, 10). Die Typologie basiert auf einer alten Logik von Dichtewerten und einer neueren Logik der Zentrenreichbarkeit. Gebildet werden diese Raumtypen über die Indikatoren der *Besiedlung* und der *Lage* (vgl. auch BBSR 2021).

Mit *Besiedlung* wird auf Basis einer sehr hohen räumlichen Auflösung (Rasterzellen) die vorhandene Siedlungsstruktur abgebildet und zwar über die beiden Komponenten der Bevölkerungsdichte sowie dem Siedlungsflächenanteil: Je geringer beides ist, desto *ländlicher* ist der Ort. Orte, deren Bevölkerungsdichte und Siedlungsflächenanteil über dem Bundesdurchschnitt liegen, markieren eine städtisch geprägte Umgebung. Unterschieden wird zwischen einer ländlichen, teilweise städtischen und überwiegend städtischen Besiedlung.

Mit *Lage* wird die innerhalb einer bestimmten Fahrzeit von einem Ort aus erreichbare Tagesbevölkerung abgebildet: Wenn, verglichen mit dem Bundesdurchschnitt, eine überdurchschnittlich große Bevölkerung bei gleicher Zeit erreicht werden kann, dann ist dieser Ort *zentral* und eine entsprechend höherwertige Versorgung mit Gütern kann erwartet werden. Umgekehrt sind Orte dann *peripher* beziehungsweise *sehr peripher*, wenn der Wert der erreichbaren Tagesbevölkerung unterdurchschnittlich beziehungsweise weit unterdurchschnittlich ist. Unterschieden wird nun zwischen sehr peripheren, peripheren, zentralen und sehr zentralen Lagetypen.

Mit den zwölf möglichen Kombinationen (aus drei Merkmalen der Besiedlung und vier Lagetypen) lässt sich ein differenziertes Bild der Räumlichkeit der Bundesrepublik erzeugen. Eine genauere Lesart zeigt dann auch, dass ländlich nicht automatisch mit »peripher« gleichgesetzt sein muss, zwischen beiden Bezeichnungen dann entsprechend zu unterscheiden ist (vgl. ebd.).

Die Typologie markiert einen Beitrag, der auf die sehr unterschiedlichen Lageverhältnisse dünner besiedelter ländlicher Räume hinweist, die eher zentral oder eher peripher sein können. Aufgrund des deskriptiv-taxonomischen Ansatzes folgen aus den Raumtypen keine direkten Konsequenzen für Fragen räumlicher Ungleichheit. Sie entstehen jedoch dann, wenn man einen dritten Indikator, den der Beschäftigtenanzahl, hinzunimmt: Dann erkennt man, dass die sehr peripheren ländlichen Räume nur gut 2 % aller Beschäftigten aufweisen (bei 17,5 % der Fläche), die sehr zentralen gelegenen städtischen Räume hingegen etwas über 50 % (ebd.). Setzt man nun eine ökonomisierte gesellschaftliche Rationalität voraus, dann wird verständlich, dass periphere Räume kaum Relevanz und Platz in einer solchen Rationalität haben – und das wiederum ist bedeutsam für die Diskussion von Fragen räumlicher Ungleichheit und den Entwicklungschancen gerade peripherer ländlicher Regionen.

4. Fazit

Die drei vorgestellten wissenschaftlichen Perspektiven sowie die politisch-planerische Raumtypologie konvergieren insgesamt darin, dass sie Ländlichkeit als ein komplexes, oft auch widersprüchliches Raumverhältnis sehen, das aus kollektiven Tätigkeiten hervorgegangen ist. Ländlichkeit kann also gesteuert und verändert werden, wenn man die jeweiligen Hervorbringungsverhältnisse beeinflusst. Und es ist auch Verdienst der skizzierten wissenschaftlichen Perspektiven, die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, dabei aber gerade deren Eingebunden-Sein in Diskurse und Materialitäten nicht aus dem Blick zu verlieren, um schließlich zu einer symmetrischen Betrachtung des Lebens in ländlichen Räumen zu gelangen.

Die drei wissenschaftlichen Perspektiven selbst setzen keinen direkten Schwerpunkt auf räumlich wirksame soziale Ungleichheiten ländlicher Entwicklungen – jenseits dessen, was ich oben als schwache Form von Ungleichheit bezeichnet habe. Allerdings bieten sie mehr oder weniger starke Offerten, Fragen aus dem Umfeld räumlicher Ungleichheit und auch raumbezogener Gerechtigkeit (hierzu Redepinning/Singer 2019) zu adressieren: Man denke nur daran, wie etwa Diskurse zum Ländlichen (insbesondere bei Gleichsetzung mit dem Peripheren) auf die Artikulations- und Repräsentationsfähigkeit der dort lebenden Menschen durchschlagen können. Man denke auch daran, dass es nach wie vor Investitionen sind (vom Staat und/oder von Pri-

vaten), die gerade in Zeiten der Digitalisierung die Teilhabechancen von Menschen in ländlichen Orten massiv bestimmen. Und man denke daran, wie viel innovatives Potenzial in ländlichen Regionen nicht abgerufen wird, weil es sich unter dem Eindruck von Peripherisierung und Demographisierung vermeintlich nicht lohnt, politisch stimulierend und emanzipierend aktiv zu werden – gemeinsam mit den Menschen vor Ort, die dort ihr Leben führen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Anderson, B./McFarlane, C. (2011): Assemblage and geography. In: *Area* 43(2), 124-127.
- Baumann, C. (2018): *Idyllische Ländlichkeit. Eine Kulturgeographie der Lust*. Bielefeld: transcript.
- Belina, B. (2013): *Raum. Zu den Grundlagen eines historisch-geographischen Materialismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009): *Demographischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder*. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Berlin: BMVBS.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2021): *Laufende Raumb Beobachtung – Raumabgrenzungen. Raumtypen 2010*. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumb Beobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/Raumtypen2010_vbg/Raumtypen2010_alt.html (letzter Zugriff am 1.10.2021).
- Clifford, S./King, A. (Hg.) (1993): *Local Distinctiveness. Place, Particularity and Identity*. London: Common Ground.
- Cresswell, T. (2004): *Place. A Short Introduction*. Malden, Oxford, Carlton: Blackwell.
- DeLanda, M. (2006): *A New Philosophy of Society. Assemblage Theory and Social Complexity*. London, New Dehli, New York, Sidney: Bloomsbury.
- Dünckmann, F. (2010): *The Village in the Mind. Applying Q-Methodology to Re-constructing Constructions of Rurality*. In: *Journal of Rural Studies* 26(3), 284-295.
- Falk, W./Pinhey, T. (1978): *Making Sense of the Concept Rural and Doing Rural Sociology: An Interpretative Perspective*. In: *Rural Sociology* 43(4), 547-558.

- Halfacree, K. (1993): Locality and Social Representation: Space, Discours and Alternative Definitions for the Rural. In: *Journal of Rural Studies* 9(1), 23-37.
- Halfacree, K. (2007): Trial by Space for a ›Radical Rural‹: Introducing Alternative Localities, Representations and Lives. In: *Journal of Rural Studies* 23(2), 125-141.
- Hoggart, K. (1990): Let's Do Away with Rural. In: *Journal of Rural Studies* 6(3), 245-257.
- Murdoch, J./Lowe, P./Ward, N./Marsden, T. (Hg.) (2003): *The Differentiated Countryside*. London, New York: Routledge.
- Nassehi, A. (2003): *Geschlossenheit und Offenheit. Studien zur Theorie der modernen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- OECD (2019): *Rural 3.0 People-centred Rural Policy*. <https://www.oecd.org/rural/rural-development-conference/documents/Rural-3.0-Policy-Highlights.pdf> (letzter Zugriff am 24.8.2021).
- Pahl, R. (1966): The Rural-urban Continuum. In: *Sociologica Ruralis* 6(3/4), 299-329.
- Redepenning, M. (2017): Rurbanität am Beispiel des urbanen Gartenbaus in Bamberg. <https://blog.soziologie.de/2017/08/rurbanitaet-am-beispiel-des-urbanen-gartenbaus-in-bamberg/> (letzter Zugriff am 30.9.2021).
- Redepenning, M./Singer, R. (2019): Raumbezogene Gerechtigkeit als zentrales Element ländlicher Entwicklung: Ein kritischer Blick auf Nancy Frasers Figurationen von Gerechtigkeit aus raumsensibler Perspektive. In: Mießner, Michael/Naumann, Matthias (Hg.): *Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformationen und lokale Herausforderungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 58-72.
- Schmidt-Lauber, B./Wolfmayr, G. (2020): Rurbane Assemblagen. Vorschlag für eine übergreifende Untersuchung von alltäglichen Aushandlungen von Stadt und Land. In: Trummer, M./Decker, A. (Hg.): *Das Ländliche als kultureller Kategorie*. Bielefeld: transcript, 23-43.
- Schürt, A./Spangenberg, M./Pütz, T. (2005): *Raumstrukturtypen. Konzepte, Ergebnisse, Anwendungsmöglichkeiten, Perspektiven*. (= BBR-Arbeitspapiere) Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.
- Sieverts, T. (2008): *Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land*. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser.
- Werlen, B. (2010): Epilog. Neue geographische Verhältnisse und die Zukunft der Gesellschaftlichkeit, in: ders.: *Gesellschaftliche Räumlichkeit*, Bd. 2:

Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeiten. Stuttgart: Steiner, 321-338.

Wirth, L. (1938): Urbanism as a Way of Life. In: *The American Journal of Sociology* 44(1), 1-24.

Woods, M./Anderson, J./Guilbert, S/Watkins, S. (2013): Rhizomic Radicalism and Arborescent Advocacy: A Deleuzo-Guattarian Reading of Rural Protest. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 31(3), 434-450.

Rurale Geschlechterforschung

Räumliche und soziale Praktiken der Differenzierung und gesellschaftliche Gerechtigkeitsvorstellungen

Gesine Tuitjer

Der vorliegende Beitrag setzt sich mit der Situation von Frauen in ländlichen Räumen der Bundesrepublik am Beispiel der Erwerbsarbeit auseinander. Beginnend mit der Darstellung der regional sehr unterschiedlichen Einbindung in das Erwerbsleben wendet sich der Text anschließend feministischen Perspektiven zu, die die Bedeutung von ›Arbeit‹ kritisch hinterfragen. Insbesondere soll der Text für zwei grundsätzliche Spannungsfelder sensibilisieren. Das Erste ist erkenntnistheoretischer Art, denn sowohl die Geschlechterforschung als auch die Forschung über ländliche Räume haben die Differenz und die damit verbundenen, potentiell ungerechten Ungleichheiten als Grundvoraussetzung ihrer Untersuchungen. Für die Geschlechterforschung hat dies beispielsweise Stefan Hirschauer (2016) dargelegt. In der Folge wird die Heterogenität innerhalb der Kategorien leicht übersehen. Dies ist beispielsweise für ländliche Räume in ihrer Vielfältigkeit ein Problem, wenn sie lediglich als ›Restkategorie‹ gegenüber einer urbanen ›Normalität‹ dargestellt werden. Zweitens besteht ein gesellschaftliches und politisches Spannungsfeld zwischen der Anerkennung von Unterschieden beziehungsweise von Praktiken der Differenzierung einerseits und der Herstellung von (Chancen-)Gleichheit und gleichwertigen Lebensbedingungen andererseits. Dies drückt sich beispielsweise in dem Ringen um regional beziehungsweise lokal unterschiedliche Standards in der Daseinsvorsorge aus (Weingarten/Steinführer 2020).

1. Gleichstellung in ländlichen Räumen – Status quo

Nach den jährlichen Berechnungen des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) erreichte Deutschland im Jahr 2020 den 12. Platz unter den 28 europäischen Ländern (inkl. Großbritannien) und ist somit innerhalb der letzten zehn Jahre um einen Ranglistenplatz zurückgefallen (EIGE 2020). Es ist wichtig festzuhalten, dass Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in Deutschland kein per se ländliches Phänomen ist. Allerdings können in ländlichen Räumen typische Muster der Ungleichheit insbesondere bei der Verteilung von marktförmig entlohnter und nichtmarktförmig entlohnter Arbeit verschärft auftreten.

Erstens erfolgt die Zuweisung von unbezahlter Fürsorgearbeit deutlich häufiger und selbstverständlicher an Frauen (Neu 2012; Franke/Schmid 2013). Schmitt u.a. (2015) gehen von weiteren spezifisch ländlichen Aspekten im Geschlechterverhältnis aus, beispielsweise sind dies größere Familien mit mehr Kindern und eine durchschnittlich geringere Beteiligung der männlichen Partner an der Hausarbeit, als in städtischen Räumen.

Ganz allgemein haben die Corona-Epidemie und damit verbunden die Schließung öffentlicher Betreuungsinfrastrukturen wie Kindergärten und Schulen die ungleiche Verteilung von reproduktiver Arbeit noch einmal in den Fokus gerückt. So wird davon ausgegangen, dass insbesondere durch die Schließung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen eine Umverteilung von Sorgearbeit zu Lasten der Frauen stattfand und ein Retraditionalisierungsprozess in Gang gesetzt wurde (Allmendinger 2020). Beispielsweise übernahmen während der Pandemie in 50 % der erfassten Haushalte mit Kindern die Frau allein die Betreuungsarbeit (Möhring u.a. 2020). Daten des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass deutschlandweit 38 % der erfassten Paarhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren ein Modell leben, bei dem der Mann vollzeit- und die Frau teilzeiterwerbstätig sind, in 28 % der Paarhaushalte mit Kindern unter 18 ist lediglich der Mann erwerbstätig (Möhring u.a. 2020, 13, zitierte Daten aus 2017). Eine Befragung (n= 3.177) auf Dorfebene in Deutschland zeigte, dass dieses Modell für fast 60 % der befragten Paarhaushalte mit Kindern unter 14 Jahren Gültigkeit hatte, in weiteren 25 % sind die Mütter gar nicht oder auf Minijobbasis erwerbstätig gewesen (Tuitjer 2016, zitierte Daten aus 2013). Diese Daten sind aufgrund unterschiedlicher Erhebungsmethoden nicht direkt vergleichbar, die darin enthaltene Tendenz einer ›traditionelleren‹ Teilung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit wird jedoch

auch in einzelnen Fallstudien bestätigt (Becker u.a. 2006; Neu 2012; Busch 2013).

Neben der Verantwortung von Frauen für Sorgearbeit ist zweitens das Arbeitsplatzangebot für Frauen häufig eingeschränkter, da die Struktur vieler regionaler Arbeitsmärkte in ländlichen Räumen ihnen weniger Möglichkeiten als Männern bietet (Schumacher/Kunz 2016). Dies liegt einmal am Branchenmix mit einer Dominanz des verarbeitenden und produzierenden Gewerbes sowie des Handwerks. Dies führt dazu, dass Frauen in diesen ›dünnen‹ Arbeitsmärkten auch weniger Möglichkeiten haben, einen bestehenden Job zu wechseln und sich tendenziell in von Arbeitgebern dominierten Märkten wiederfinden, was einen negativen Effekt auf das Einkommen hat (Hirsch u.a. 2010; Hirsch u.a. 2013). Weiterhin ist die Staatsquote, das heißt die Beschäftigung im öffentlichen Dienst, insbesondere in der Verwaltung und in Sozialberufen, geringer als in den Zentren, in denen die Verwaltung und staatliche soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen üblicherweise angesiedelt sind. Die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel sind durch flexibilisierte Öffnungs- beziehungsweise Arbeitszeiten und die Ausweitung geringfügiger Beschäftigung tendenziell unattraktiver geworden und weitere ›typische‹ Frauenarbeitsplätze wie beispielsweise im Finanz- und Telekommunikationssektor sind durch Ausdünnung des Filialnetzes von Banken (Freiberger 2020) und Post weggefallen. In ländlichen Räumen Westdeutschlands sind Minijobs gerade unter älteren Frauen weit verbreitet (bzw. weiter verbreitet als in städtischen Räumen) (Herzog-Stein 2010) und der Gender Pay Gap, die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen, ist höher als in städtischen Räumen (Busch/Holst 2008; Hirsch u.a. 2013).

Ländliche Räume in Deutschland sind sehr heterogen und mit unterschiedlichen strukturellen und wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert (Küpper/Peters 2019). Bei Weitem nicht alle ländlichen Räume sind wirtschaftlich schwach oder gar ›abgehängt‹ (ebd.). Insbesondere Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland fallen mit Blick auf Erwerbsbeteiligung von Frauen und der Ausstattung mit Care-Infrastruktur auf. In ländlichen Regionen Westdeutschlands (Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie Bayern und Baden-Württemberg) ist beispielsweise die Quote der ganztags betreuten Kindergartenkinder mit 20- 40 % der Altersgruppe sehr niedrig, während ländliche Regionen in Ostdeutschland weiterhin eine eher gute Versorgung mit, beziehungsweise Nutzung von, Kinderbetreuung vorweisen können (INKAR 2017). Mit Blick auf die Erwerbssituation muss ebenfalls zwischen ökonomisch starken und weniger starken Regionen differenziert

werden. So gibt es einerseits ländliche Regionen, die wirtschaftlich eher schwach, durch besondere naturräumliche Bedingungen und in der Folge stark durch Primärproduktion und den Tourismus geprägt sind. Dies trifft beispielsweise auf Landkreise an den Küsten, im Bayerischen Wald oder dem Thüringischen-Fränkischen Mittelgebirge zu. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist hier verhältnismäßig stark ausgeprägt. Das Einkommensniveau ist jedoch eher gering und die Beschäftigungsmöglichkeiten beispielsweise im Tourismus beziehungsweise im Gastronomiesektor durch prekäre Elemente wie arbeitgeberbestimmte Flexibilität bestimmt. Auch viele ländliche Kreise in Ostdeutschland fallen eher unter dieses Muster einer hohen weiblichen Erwerbsbeteiligung bei gleichzeitig geringeren Löhnen.

Ganz anders verhält es sich in wirtschaftlich starken ländlichen Kreisen, die durch (exportorientierte) Industrie und produzierendes Gewerbe geprägt sind. Häufig ist hier die Erwerbsbeteiligung von Frauen deutlich niedriger und die im EU-Vergleich bereits verhältnismäßig große Lohnlücke in Deutschland (Schmieder/Wrohlich 2021), noch einmal stärker ausgeprägt. Insbesondere zu den urbanen Zentren ist der Pay Gap in ländlichen Kreisen größer (Busch/Holst 2008; Hirsch u.a. 2013; Nisic 2017). Prototypisch für das hier beschriebene Muster kann der Bodenseekreis gelten, in dem der Gender Pay Gap bei 40 % liegt (Fuchs u.a. 2019). In solchen ländlichen Räumen ist beispielsweise die Erwerbsbeteiligung von Müttern durch die hohe Grenzbesteuerung des Zweiteinkommens eher unattraktiv. Typische Folgeprobleme dieses Familienmodells können Abhängigkeit und (Alters-)Armut im Scheidungsfall sein.

Gleichzeitig, und in Teilen als Reaktion auf die bestehenden Verhältnisse, wandern Frauen verstärkt aus ländlichen Räumen ab. Für ganz Europa lässt sich ein geschlechterspezifisches Wandermuster aus ländlichen Räumen in Agglomerationsräume feststellen (Wiest u.a. 2014; Wiest 2016), wonach junge Frauen überproportional häufig ländliche Räume im Zuge der Ausbildung verlassen. Viele Faktoren, neben dem Arbeitsplatz- und Ausbildungsangebot, beeinflussen die Wanderungsentscheidungen. Häufig wird auf eine männlich geprägte ländliche Öffentlichkeit beziehungsweise mitunter auf eine »macho culture« (für Schweden: Rauhut/Littke 2016) verwiesen. Demnach finden junge Frauen außerhalb von Mutterschaft kaum »Rollen« und damit verbunden öffentliche Räume vor, haben wenige beziehungsweise weniger attraktive Sport- und Freizeitangebote zur Auswahl und unterliegen teilweise auch einer stärkeren sozialen Kontrolle (Grimsrud 2011; Schmitt u.a. 2015). Zumindest temporäre Abwanderung wird in manchen ländlichen Regionen

auch als Element eines erfolgreichen Übergangs ins Erwachsenenalter verstanden (für Rumänien Horváth 2008; für Ostdeutschland: Aehnelt 2010; für Kanada: Norman/Power 2015). Auch für Frauen, die in ländlichen Räumen bleiben beziehungsweise in diese zurückkehren, stellt eine temporäre, bildungsbedingte Wanderung eine wichtige biographische Etappe dar (Tuitjer 2018). Abwanderung ist daher aus individueller Perspektive sehr nachvollziehbar. Für die Entwicklung ländlicher Räume, für die die Lebenssituation von Frauen eine entscheidende Einflussgröße ist (Friedrich 2020), wird sie jedoch als große Herausforderung thematisiert. Hier offenbart sich jedoch immer wieder ein funktionalistisches Verständnis von Gleichstellung, das diese nicht als Wert an sich sondern (lediglich) als Dimension der Regionalentwicklung sieht (Bock 2015).

2. Gleichstellung als eine Zieldimension der ländlichen Entwicklung

In Entwicklungsprozessen und -projekten für Länder des Globalen Südens spielt Gleichstellung eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit Zielen wie Nachhaltigkeit und ländliche Entwicklung (Friedrich 2020). Auf europäischer Ebene hat Geschlecht als soziale Kategorie in den Zielsetzungen ländlicher Entwicklungsprogramme hingegen eine deutlich untergeordnete Bedeutung (Oedl-Wieser 2020). Oedl-Wieser zeigt beispielsweise anhand der 77 österreichischen regionalen Entwicklungskonzepte in LEADER-Regionen (EU-Förderprogramm zur Entwicklung der ländlichen Räume), dass die spezifischen Problemlagen von Frauen in ländlichen Räumen zwar oft als solche benannt werden, konkrete Maßnahmen, Projekte oder Aktionen zum Abbau dieser Problemlagen im Rahmen von LEADER aber eher nicht umgesetzt werden. Darüber hinaus stehen diese Projekte und Maßnahmen wie das Gender Mainstreaming generell im Spannungsverhältnis zwischen Herstellung von Gleichheit und Anerkennung von Differenz. Sie haben zum Ziel, Frauen eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, hierzu werden jedoch Geschlechterdifferenzen überhaupt erst vorausgesetzt, reifiziert und normalisiert und können prinzipiell wenig zur Dekonstruktion von (Zwei-)Geschlechtlichkeit beitragen. Shortall/Bock (2015) kritisieren, dass Mainstreaming-Ansätze in der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik tendenziell eher einschränkende soziale Praktiken und Werte in die Ausgestaltung von Fördermaßnahmen einfließen lassen, als diese zu thematisieren

und in Frage zu stellen. Die Differenzierung zwischen den Geschlechtern wird dadurch, dass sie als (natürlich) gegeben vorausgesetzt wird, normalisiert. Förderprojekte verweisen Frauen beispielsweise häufig auf soziale oder kulturelle Aktivitäten oder unterstützen ihre Erwerbstätigkeit beziehungsweise Erwerbsgründungen in ›weiblichen‹ Arbeitsgebieten wie Einzelhandel oder personenbezogene Dienstleistungen (Teherani-Kröner 2004; Mölders 2010).

Für den LEADER-Programmzeitraum 2014-2020 hält Oedl-Wieser (2020) allerdings fest, dass Diversity- und Gender-Fragen einen höheren Stellenwert erhalten haben. Auch in europäischen Entwicklungsprogrammen gewinnt folglich Gleichstellung als Dimension von sozialer Nachhaltigkeit und als Triebkraft für soziale Innovationen an Bedeutung. Da klassisch wachstumsorientierte Instrumente der Regionalentwicklung immer weniger gegen wachsende Disparitäten zwischen ländlichen Räumen ausrichten können (Küpper u.a. 2018), rücken transformative Projekte in der ländlichen Entwicklung in den Fokus. »Soziale Innovationen« sind beispielsweise in der ländlichen Entwicklung zusehends mit nachhaltigen Wirtschaftspraktiken und Gleichstellungsaspekten verknüpft (Oedl-Wieser 2020), beispielsweise in Gemeinwohlökonomien wie Repair-Cafés und Upcycling-Zentren, Solidarische Landwirtschaft oder solidarische Mobilitätskonzepte, die insbesondere Frauen zugutekommen (Menking u.a. 2021). Mit Postwachstumsperspektiven ist zumindest implizit auch die höhere Wertschätzung von ›reproduktiven‹ Arbeiten verbunden, beispielsweise in Form von Repair-Cafés beziehungsweise generell in der Herstellung und Erbringung von nicht-marktförmig entlohnten Dienstleistungen. Auch neue Formen des Arbeitens wie Co-Working Spaces oder ›Maker-Spaces‹, die insbesondere Selbstständige adressieren beziehungsweise das Unternehmertum in ländlichen Räumen stärken wollen, können potentiell Chancen unter anderem auch für Frauen in ländlichen Räumen bieten, wenn sie alternative Möglichkeiten eines selbstbestimmten und existenzsichernden Arbeitens ermöglichen. Zusammenfassend betonen alternative Ansätze wie Subsistenzwirtschaft oder De-Growth-Ansätze das emanzipatorische Potenzial, das sowohl in der Überwindung von Abhängigkeitsverhältnissen zwischen Stadt und Land, als auch zwischen Mann und Frau liegt. Inwiefern die verschiedenen Projekte wie Co-Working Spaces etc. aber tatsächlich gender-spezifische Auswirkungen auf Einkommen und Lebensqualität vor Ort haben, muss noch erforscht werden (Harrison u.a. 2020).

3. Geschlechter- und Raumverhältnisse zwischen struktureller Angleichung und symbolischer Differenzierung

Die vorangegangene, überblicksartige Darstellung macht einerseits auf die ungleichen Verhältnisse insbesondere *zwischen* ländlichen Räumen aufmerksam und arbeitet sich andererseits an der Erwerbsbeteiligung als Schlüsseldimension der Geschlechtergerechtigkeit ab. Allerdings ist der Zugang zu (ländlichen) Geschlechterverhältnissen über die Dimension (marktförmig entlohnter) Arbeit für eine Diskussion der weiteren Zusammenhänge um gesellschaftliche Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellung nur begrenzt tragfähig. Daher sollen im Folgenden feministische Debatten um ›Arbeit‹ kurz skizziert werden und die Betrachtung im weiteren Verlauf für öko-feministische Zugänge geöffnet werden.

›Arbeit‹ wird in feministischen Theorien im Zusammenhang mit reproduktiver Arbeit, Verteilung von Sorge und Arbeit sowie Trennung, Bewertung und Verflechtung dieser Sphären diskutiert. Wenn über ›Arbeit‹ im alltagssprachlichen und wissenschaftlichen Kontext gesprochen wird, so wird überwiegend an Erwerbsarbeit gedacht. Andere Formen der Betätigung, wie die Fürsorge für Kinder und Hilfsbedürftige, Hausarbeit, ehrenamtliches und auch politisches Engagement sowie generell Tätigkeiten, »die zur Aufrechterhaltung der menschlichen Arbeitskraft und des menschlichen Lebens« (Notz 2010, 480) notwendig sind, werden als ›reproduktive‹ Arbeit gesehen. Diese Arten von Arbeit werden nicht über den Markt beziehungsweise gar nicht in Geldwerten entlohnt. Zentrales Argument feministischer Kritik ist hierbei die willkürliche und artifizielle Entkopplung von Produktion und Reproduktion, wodurch reproduktive Tätigkeiten, die ›produktive‹ Erwerbsarbeit immer erst ermöglichen, unsichtbar gemacht werden (Baier 2008). Die Feministische (Arbeitsmarkt-)Geographie widmet sich unter anderem der Aufdeckung dieser Mechanismen im Raum und ihrer Wirkung auf den Raum (zum Beispiel Schier 2009; von Streit 2010). Mit der Unsichtbarmachung der reproduktiven Arbeit ist die Delegation dieser Aufgaben an Frauen verbunden. Die Trennung und Hierarchisierung von ›Arbeit‹ ist damit eng verbunden mit den ungleichen Positionen von Männern und Frauen (ebd.). So ist die Aufteilung von Arbeit eine der Dimensionen, durch die ›Geschlecht‹ erst sozial konstruiert wird. ›Doing gender‹ als sozial-konstruktivistischer Zugang thematisiert die Herstellung des biologischen Geschlechts als relevante Differenzkategorie durch verschiedene gesellschaftliche Praktiken (Gildemeister 2008). Gildemeister hält dazu fest, dass:

»[...] die Vergeschlechtlichung (gendering) von Berufsarbeit auf das engste mit der differentiellen Wertung der Geschlechter verbunden ist und Benachteiligungen von Frauen zur Folge hat« (ebd., 142).

Die unterschiedliche Bewertung und das Verständnis von Arbeit knüpfen an eine weitere übergeordnete Debatte des Feminismus an: Die symbolische und materielle Anerkennung *gleichwertiger*, aber eben geschlechtlich differenzierter und damit ›anderer‹ Biographien von Frauen gegenüber der Förderung *gleicher*, und dann an der männlichen ›Normalverdienerbiographie‹ ausgerichteter Lebensverläufe, beispielsweise durch die Förderung von MINT-Absolventinnen und Frauen in Führungspositionen. Dieses in der Gleichheit-Differenz Debatte (Pimminger 2019) diskutierte Spannungsverhältnis bekommt durch die Verortung in ländlichen Räumen eine zusätzliche Dimension, in der teilweise weiblich konnotierte Aufgabenfelder als spezifisch *ländliche* Tätigkeiten verstanden werden (Tuitjer 2018). Denn, so halten Maschke u. a. (2021, 19) fest:

»Ländliche Räume sind damit nicht per se als ›ländlich‹ vorhanden, sondern werden durch die gesellschaftliche Praxis und gesellschaftliche Zuschreibungen zu ländlichen Räumen gemacht.«

Dementsprechend finden wir die Herstellung von Differenz zwischen ländlichen und städtischen Räumen auch in alltägliche Praktiken und Diskursen, die sich mit der Herstellung von Geschlecht (und vielen weiteren Statuskategorien) verbinden. In der wissenschaftlichen, wie auch in der alltäglichen, Beschäftigung mit ländlichen Räumen besteht die Herausforderung, den Gegenstand überhaupt eindeutig abzugrenzen, ohne dabei Ländlichkeit lediglich als Restkategorie und als nicht-städtisches zu begreifen (Küpper/Milbert 2020). Aufgrund der Heterogenität ländlicher Räume (Krajewski/Wiegandt 2020) einerseits, andererseits aber auch als Folge der deutlichen Nivellierung von Unterschieden in Lebensstilen und -standards zwischen ländlichen und städtischen Räumen bereits seit den 1970er-Jahren (Becker 1997; Becker/Tuitjer 2016) erfolgt die Herstellung der Differenz und der Abgrenzung häufig auf der narrativ-symbolischen Ebene. Kulturelle Überformungen wie die im Zeitschriftenregal gepriesene Landlust ebenso wie ländlichen Dystopien in der Literatur sind gleichermaßen Ausdruck von der Suche nach einer sozial konstruierten ›Ländlichkeit‹ in einer urbanisierten Gesellschaft (Baumann 2016).

Eine kritische rurale Geschlechterforschung steht daher vor der Herausforderung, sich innerhalb der Gleichheits-Differenz-Debatte sowohl der Raum- als auch der Geschlechterforschung zu verorten. Das bedeutet, einerseits auf die weiterhin bestehenden strukturellen Hindernisse beispielsweise in der Daseinsvorsorge und im ÖPNV-Angebot und auf Diskriminierungen im Arbeitsmarkt hinzuweisen, andererseits aber auch, sich vom Primat des wachstumsorientierten Wirtschaftens zu lösen, damit die Bedeutung von Arbeit neu zu thematisieren und sich gegebenenfalls auf die ›ländliche‹ Konnotation von Diskursen und Praktiken der Informat*innen einzulassen. Dies können Ansätze leisten, die dezidiert die Veränderung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems fordern. Während gleichstellungspolitische Stimmen die Integration von Frauen in das dominante System fordern, beispielsweise durch stärkere und gleichere Beteiligung im Arbeitsmarkt oder in der regionalen Politik und in Beteiligungsprozessen, formulieren Denkerinnen beispielsweise des Ökofeminismus eine diametral anders lautende Forderung, nämlich die Veränderung des Systems (Bauhardt 2018). Gerade mit Blick auf ländliche Räume eröffnen kritische Theorien wichtige Ansatzpunkte, indem sie die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus, Geschlecht und Naturverständnis in (globalen) Ausbeutungsverhältnissen aufzeigen (ebd.). Die Unterdrückung von Frauen und die Ausbeutung von Natur wird dabei auf denselben Ursprung im dualistischen, westlichen Denken seit der Aufklärung zurückgeführt. Zur Legitimierung und Erklärung der bestehenden Ungleichheiten werden in diesem dualistischen, westlichen Denken die Unterschiede zwischen Männern und Frauen ›naturalisiert‹, also als gegeben betrachtet. Insbesondere die weibliche Gebärfähigkeit wird als Ausdruck einer größeren Naturnähe gesehen. Hiermit werden auch ›typische‹ weibliche soziale Kompetenzen wie Fürsorglichkeit und Einfühlungsvermögen als natürlich gegeben betrachtet (anstatt als gesellschaftlich geformt) und Hierarchisierung durch Differenzierung gerechtfertigt (Bauhardt 2010). Empirisch leisteten Frauen tatsächlich weltweit das Gros der Fürsorgearbeit, beispielsweise die Ernährung der Familie, vom Anbau von Lebensmitteln bis zur Zubereitung von Mahlzeiten. Partiiell sind Frauen dadurch auch stärker von naturräumlichen Veränderungen, Ressourcenübernutzung und -verschmutzung betroffen. Eine Feministische Politische Ökologie bringt daher die Kritik an der Ausbeutung der Natur und der Ungleichheit der Geschlechter zusammen, wenn sie betonen, dass Nachhaltigkeit eine ökologische und eine soziale Dimension hat, zu der die Gleichstellung der Geschlechter gehört (Mölders 2010). In diesen Analysen beziehungsweise Positionen wird

auch die Abhängigkeit der Peripherien von den Zentren kritisiert; sie sind damit direkt anschlussfähig an Forderungen, ländliche Räume nicht nur als nichtstädtischer Gegenhorizont zu einem ›entwickelten‹ oder ›kultivierten‹ urbanen Raum zu denken, und können die Forschung zu ländlichen Räumen des globalen Südens und des Nordens verbinden.

4. Quo vadis rurale Geschlechterforschung?

Im folgenden Ausblick soll über drei Herausforderungen für die rurale Geschlechterforschung reflektiert werden. Dies ist erstens ihr Ursprung aus der Entwicklung(-spolitik) ländlicher Räume heraus. Rurale Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum hat also häufig einen funktionalen Blick auf Fragen unter anderem der (Fürsorge- und Erwerbs-)Arbeit, der Lebenszufriedenheit und der Chancengleichheit, während die Verortung in Diskursen der Geschlechterforschung und damit auch die Reflektion der eigenen Positionierung dahinter zurücktritt. Zweitens dominieren dementsprechend Analysen der Lebenssituation von jungen Frauen, die abwandern (möchten), sowie von Müttern die Forschungslandschaft, während andere Lebenszusammenhänge und Problemlagen wie queeres Leben auf dem Land oder vulnerable Gruppen wie Alleinerziehende und Migrant*innen aus dem Blick geraten (Oltmanns 2019). In der Folge wird der Eindruck einer verhältnismäßig homogenen ländlichen Bevölkerung perpetuiert. Zukünftige Forschung muss dementsprechend stärker intersektional das Zusammenfallen struktureller Ungleichheitskategorien wie Klasse, Alter, Nationalität und Gesundheitszustand und ihr Zusammenspiel im Raum in den Blick nehmen. Der Sammelband von Bryant/Pini (2011) beispielsweise thematisiert rurale Weiblichkeit und rurale Geschlechterverhältnisse im Zusammenspiel unter anderem auch mit Sexualität und Gesundheit und stellt hier eine wichtige Öffnung für queere Forschungsperspektiven dar. Drittens weisen Oedl-Wieser/Schmitt (2016) auf eine besondere Herausforderung ruraler Geschlechterforschung hin. Dies sei ein gewisser ›urban bias‹ feministischer Positionen, die mit dezidiert ›ländlichen‹ weiblichen Lebensentwürfen fremdeln. Entgegen der These einer weitgehenden Angleichung von ländlichen an (und nicht und!) städtische Lebensbedingungen weisen beispielsweise Schmitt u.a. dezidiert auf »spezifisch ländliche Vergesellschaftungsformen« (2015, 347) hin. Direkt verknüpft mit dem oben erwähnten Spannungsverhältnis zwischen der Forderung von Gleichheit gegenüber der Anerkennung von

Differenz ist es somit für die rurale Geschlechterforschung eine besondere Herausforderung, spezifisch ›ländliche‹ Elemente der Vergesellschaftung tatsächlich herauszuarbeiten und das ›doing‹ einer ländlich und geschlechtlich strukturierten Biographie beziehungsweise Identität und damit verbundene sozialstrukturelle Ungleichheitslagen zu rekonstruieren.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Aehnel, R. (2010): Bleiben, Weggehen, Wiederkommen – Lebenszufriedenheit und Wandermotive junger Menschen in Brandenburg. Potsdam: Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH und Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft.
- Allmendinger, J. (2020): Die Frauen verlieren ihre Würde. In: Zeit online, 12.5.2020. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-05/familie-corona-krise-frauen-rollenverteilung-rueckentwicklung> (letzter Zugriff am 21.10.2021).
- Baier, A. (2008): Subsistenzansatz: Von der Hausarbeitsdebatte zur »Bielefelder Subsistenzperspektive«. In: Becker, R./Kortendiek, B. (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS, 75-80.
- Bauhardt, C. (2010): Ökologiekritik: Das Mensch-Natur-Verhältnis aus der Geschlechterperspektive. In: Kortendiek, B./Riegraf, B. (Hg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung. 3. Auflage. Wiesbaden: Springer, 322-327.
- Bauhardt, C. (2018): Ökofeminismus und Queer Ecologies: feministische Analyse gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Kortendiek, B./Riegraf, B./Sabisch, K. (Hg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung. Wiesbaden: Springer, 1-10.
- Baumann, C. (2016): Die Lust am Ländlichen – Zur Persistenz und Variation idyllischer Ländlichkeit. In: Informationen zur Raumentwicklung (2), 249-259.
- Becker, H. (1997): Zwischen gesellschaftlicher Vielfalt und Auflösung – ländliche Lebensverhältnisse im Wandel. In: Hradil, S. (Hg.): Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften: Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996. Frankfurt a.M.: Campus, 603-617.

- Becker, H./Gombert, P./Moser, A. (2006): Perspektiven und Probleme von Frauen in ländlichen Räumen. (= Schriftenreihe des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz). Münster: Landwirtschaftsverlag.
- Becker, H./Tuitjer, G. (2016): Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66, 17-22.
- Bock, B.B. (2015): Gender Mainstreaming and Rural Development Policy; the Trivialisation of Rural Gender Issues. In: *Gender, Place & Culture* 22(5), 731-745.
- Bryant, L./Pini, B. (2011): *Gender and Rurality*. London: Routledge.
- Busch, C. (2013): Familieninterne Arbeitsteilung und Erwerbsentscheidungen in ländlichen Räumen. (= Eine Studie des deutschen LandFrauen Verbands). https://www.landfrauen.info/fileadmin/Redaktion/PDF/Publikationen/Flyer_und_Broschueren/2013_dlv_Studie_Erwerbsentscheidungen.pdf (letzter Zugriff am 21.10.2021).
- Busch, A./Holst, E. (2008): Gender Pay Gap: In Großstädten geringer als auf dem Land. In: *DIW Wochenbericht* 33/2008, 462-467.
- EIGE – Europäisches Institut für Gleichstellung (2020): Gleichstellungsindex 2020 Deutschland. https://eige.europa.eu/sites/default/files/documents/20203339_mhag20005enn_002.pdf (letzter Zugriff am 28.7.2021).
- Franke, S./Schmid, S. (Hg.) (2013): *Frauen im Ländlichen Raum*. München: Hans-Seidel-Stiftung.
- Freiberger, H. (2020): Grabesruhe in der Filiale, In: *Süddeutsche Zeitung*, 14.11.2020.
- Friedrich, C. (2020): Gleichstellung als Strategie für nachhaltige Regionalentwicklung – Erkenntnisse einer Studie zur kommunalen Gleichstellungsarbeit in ländlichen Räumen Deutschlands. In: *Austrian Journal of Agricultural Economics and Rural Studies* 29(31), 267-273.
- Fuchs, M./Rossen, A./Weyh, A./Wydra-Somaggo, G. (2019): Unterschiede in der Lohnlücke erklären sich vor allem durch die Betriebslandschaft vor Ort. (= IAB-Kurzbericht 10/2019) Bielefeld: IAB.
- Gildemeister, R. (2008): Doing Gender: Soziale Praktiken der Geschlechterunterscheidung. In: Becker, R./Kortendiek, B. (Hg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methoden, Empirie*. Wiesbaden: VS, 137-145.
- Grimsrud, G.M. (2011): Gendered Spaces on Trial: The Influence of Regional Gender Contracts on in-Migration of Women to Rural Norway. In: *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography* 93(1), 3-20.

- Harrison, R.T./Leitch, C.M./McAdam, M. (2020): Woman's Entrepreneurship as a Gendered Niche: The Implications for Regional Development Policy. In: *Journal of Economic Geography* 20(4), 1041-1067.
- Herzog-Stein, A. (2010): Minijobs: ländlich, westlich, weiblich. In: *Böckler Impuls* 19, 6-7.
- Hirsch, B./König, M./Möller, J. (2013): Is There a Gap in the Gap? Regional Differences in the Gender Pay Gap. In: *Scottish Journal of Political Economy* 60(4), 412-439.
- Hirsch, B./Schank, T./Schnabel, C. (2010): Monopsonistic Firms and the Gender Pay Gap – An Empirical Analysis Using Linked Employer-Employee Data from Germany. In: *Journal of Labor Economics* 28(2), 291-330.
- Hirschauer, S. (2016): Judith, Niklas und das Dritte der Geschlechterdifferenz: undoing gender und die Post Gender Studies. In: *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 8(3), 114-129.
- Horváth, I. (2008): The Culture of Migration of Rural Romanian Youth. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 34(5), 771-786.
- INKAR (2017): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. <https://www.inkar.de/> (letzter Zugriff am 27.10.2021).
- Krajewski, C./Wiegandt, C.-C. (2020): Land in Sicht – ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Küpper, P./Kundolf, S./Mettenberger, T./Tuitjer, G. (2018): Rural Regeneration Strategies for Declining Regions: Trade-off Between Novelty and Practicability. In: *European Planning Studies* 26(2), 229-255.
- Küpper, P./Milbert, A. (2020). Typen ländlicher Räume in Deutschland. In: Krajewski, C./Wiegandt, C.-C. (Hg.): *Land in Sicht – Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 82-97.
- Küpper, P./Peters, J.C. (2019): Entwicklung regionaler Disparitäten hinsichtlich Wirtschaftskraft, sozialer Lage sowie Daseinsvorsorge und Infrastruktur in Deutschland und seinen ländlichen Räumen. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei.
- Maschke, L./Mießner, M./Naumann, M. (2021): Kritische Landforschung – Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. Bielefeld: transcript.
- Menking, K./Kühl, A./Wotha, B. (2021): Guter Nutzen, entwicklungsfähige Nutzung – Digitalisierung in transformativen Praxisprojekten in ländli-

- chen Räumen aus Gendersicht. In: Apelt, F./Grabow, J./Suhrcrke, L. (Hg.): Buzzword Digitalisierung Relevanz von Geschlecht und Vielfalt in digitalen Gesellschaften. Opladen: Barbara Budrich, 135-146.
- Möhring, K./Naumann, E./Reifenscheid, M./Blom, A.G./Wenz, A./Rettig, T./Lehrer, R./Krieger, U./Juhl, S./Friedel, S./Fikel, M./Cornesse, C. (2020): Die Mannheimer Corona-Studie: Schwerpunktbericht zu Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung. Mannheim: Universität Mannheim.
- Mölders, T. (2010): Von der Frauen-Frage zum Vorsorgenden Wirtschaften – eine (re)produktionstheoretische Interpretation empirischer Befunde zur Gender-Dimension von Agrarpolitik. In: FEMINA POLITICA – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 19(1), 43-55.
- Neu, C. (2012): Angekommen im Wandel. Landkreis Rothenburg (Wümme). https://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/130701_Chancen_und_Herausforderungen_fuer_Frauen_und_Familien_Bsp_Rotenburg.pdf (letzter Zugriff am 21.10.2021).
- Nisic, N. (2017): Smaller Differences in Bigger Cities? Assessing the Regional Dimension of the Gender Wage Gap. In: European Sociological Review 33(2), 292-344.
- Norman, M.E./Power, N.G. (2015): Stuck Between ›the Rock‹ and a Hard Place: Rural Crisis and Re-imagining Rural Newfoundland Feminine Subjectivities. In: Gender, Place & Culture 22(1), 50-66.
- Notz, G. (2010): Arbeit. In: Becker, R./Kortendiek, B. (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Wiesbaden: VS, 480-488.
- Oedl-Wieser, T./Schmitt, M. (2016). Rurale Frauen- und Geschlechterforschung – Verortung und Entgrenzung eines Forschungsfeldes. In: Staubmann, H. (Hg.): Soziologie in Österreich – Internationale Verflechtungen. Innsbruck: Innsbruck University Press, 199-212.
- Oedl-Wieser, T. (2020): Gender und Diversity als Impetus für Soziale Innovationen in der Ländlichen Entwicklung – eine institutionensoziologische Analyse von LEADER. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 45(1), 7-27.
- Oltmanns, C. (2019): Geschlechterverhältnisse in ländlichen Räumen. In: Nell, W./Weiland, M. (Hg.): Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch. Berlin: J.B. Metzler, 152-157.
- Pimminger, I. (2019): Gleichheit – Differenz: die Debatten um Geschlechtergerechtigkeit in der Geschlechterforschung. In: Kortendiek, B./Riegraf, B./Sabisch, K. (Hg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung. Wiesbaden: Springer, 45-54.

- Rauhut, D./Littke, H. (2016): »A One Way Ticket to the City, Please!« On Young Women Leaving the Swedish Peripheral Region Västernorrland. In: *Journal of Rural Studies* 43, 301-310.
- Schier, M. (2009). Räumliche Entgrenzung von Arbeit und Familie: Die Herstellung von Familie unter Bedingungen von Multilokalität. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 1-2/2021, 55-66.
- Schmieder, J./Wrohlich, K. (2021): Gender Pay Gap im europäischen Vergleich: Positiver Zusammenhang zwischen Frauenerwerbsquote und Lohnlücke. In: *DIW Wochenbericht* 9/2021, 141-147.
- Schmitt, M./Seiser, G./Oedl-Wieser, T. (2015): Das Ländliche und die Land-Frauen. Sozialwissenschaftliche De_Re_Konstruktionen. In: *SWS-Rundschau* 55(3), 335-354.
- Schumacher, K.P./Kunz, A. (2016): Gendered Rural Labor Markets and Intent to Migrate – A Case Study in Northwestern Germany. In: Wiest, K. (Hg.): *Women and Migration in Rural Europe – Labour Markets, Representations and Policies*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 109-130.
- Shortall, S./Bock, B. (2015): Introduction: Rural Women in Europe: The Impact of Place and Culture on Gender Mainstreaming the European Rural Development Programme. In: *Gender, Place & Culture* 22(5), 662-669.
- Teherani-Kröner, P. (2004): Zur Euphorie der EU-Agrarreform und den ausgeblendeten Dimensionen. In: Neu, C./Laschweski, L. (Hg.): *Sozialer Wandel in ländlichen Räumen*. Aachen: Shaker Verlag, 185-202.
- Tuitjer, G. (2016): Ländliche Arbeitsmärkte: Chancen für Frauen – Frauen als Chance. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei.
- Tuitjer, G. (2018): A House of One's Own – The Eigenheim within Rural Women's Biographies. In: *Journal of Rural Studies* 62, 156-163.
- Von Streit, A. (2010). Geschlecht – Arbeit – Geographie. In: Bauriedl, S./Schier, M./Strüver, A. (Hg.): *Geschlechterverhältnisse, Raumstrukturen, Ortsbeziehungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 145-166.
- Weingarten, P./Steinführer, A. (2020): Daseinsvorsorge, gleichwertige Lebensverhältnisse und ländliche Räume im 21. Jahrhundert. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaften* 30, 653-665.
- Wiest, K. (Hg.) (2016): *Women and Migration in Rural Europe – Labour Markets, Representations and Policies*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Wiest, K./Leibert, T./Glöckner, R./Schaarwächter, M./Schmidt, A. (2014): *Dealing with Female Brain-Drain in Rural Europe: Results from the CENTRAL EUROPE Project WOMEN*. Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde.

»Gutes Leben auf dem Land?«

Diskursfeld und Analyse-Dimensionen

Werner Nell

Auch wenn es sich zunächst wie eine Anlehnung an das »Gute-KiTa-Gesetz« der letzten Bundesregierung anhört, so hat die Leitvorstellung eines ›guten Lebens‹ doch einen sehr viel längeren ideen- und kulturgeschichtlichen Vorlauf (vgl. Pleger 2020). Für lange Zeit blieben Ansatzpunkte zur Vorstellung oder auch zur Führung eines ›guten Lebens‹ eng an die soziale Lage und die Perspektiven besser gestellter sozialer Schichten gebunden, die über die nötige Literalität und auch über weitere Ressourcen verfügten, die es auch ermöglichten, entsprechende Modelle der Lebensführung zu entwerfen und je nach Umständen in die Tat umzusetzen. Aber auch noch bis zur Moderne erscheinen Vorstellungen eines ›guten Lebens‹ in Hinsicht auf ihre Modellfunktion und Umsetzbarkeit »für alle« nicht nur utopisch, sondern auch selektiv und sozial beschränkt. Eine kritische Forschung, die sich mit den Funktionen ländlicher Räume und dazugehöriger Bilder des Ländlichen in gesellschaftlichen Diskursen beschäftigt, um sie auf ihre Potentiale zur Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse zu prüfen oder in ihren ideologischen Besetzungen zu untersuchen, kann hier ansetzen. Denn trotz aller Beschränkung weisen ihr ideeller Kern und ihre Ausstrahlung nicht nur über die jeweiligen historischen und sozialen Grenzen hinaus, sondern nehmen aktuell an Attraktivität und Aussagekraft sogar zu, umso mehr, als deren Umsetzung vor dem Hintergrund der mit der Industriemoderne verbundenen ökonomischen, sozialen und auch individuellen Potentiale und Kapazitäten auch nachhaltiger eingefordert werden kann.

Vorstellungen eines ›guten Lebens‹ lassen sich aus der Verbindung objektiver Faktoren mit subjektiven Setzungen von zwei Seiten her bestimmen, was sicherlich zu ihrer Attraktivität als Orientierungsgröße für ein entsprechend interessiertes Publikum ebenso beiträgt wie zu ihrer Verhandelbarkeit, auch Unbestimmtheit in öffentlichen Diskursen (Regenbogen 2010). Darüber

hinaus lassen sich Vorstellungen eines ›guten Lebens‹ und die damit befassten Diskurse auch als Foren und Beiträge zur Frage verstehen, wie aktuelle Gesellschaften mit sich und anderen leben wollen. Seel spricht in diesem Zusammenhang von einem ›guten Leben‹, wenn es sich im »Modus *freier Weltbegegnung* vollzieht« (Seel 1998, 280; Herv.i.O.): »Ein gutes Leben besteht daher nicht nur [...] in einer Ansammlung positiv bewerteter Lebenssituationen, sondern darüber hinaus in einem Lebensvollzug, in dem den Subjekten dieses Lebens ein *Spielraum* der Begegnung mit den Situationen ihrer Lebenswelt gegeben ist.« (Ebd., Herv.i.O.) Zum einen bezieht sich die Vorstellung eines ›guten Lebens‹ dabei auf die jeweils eigene Lebensführung (Steinfath 1998, 14), zum anderen aber bringt sie auch die äußeren Umstände in den Blick, die ein gelingendes Leben ermöglichen können, zumindest ihm nicht im Wege stehen. Wie an einzelnen historischen Stellen zu zeigen ist (Schelkshorn 2010), geht es, wenn vom »gutem Leben« die Rede ist, sowohl um individuelles Wohlergehen und die damit verbundenen Sinnansprüche und Perspektiven (vgl. Rössel 2014, 43ff.) als auch um die Gestaltung der gesellschaftlichen Umstände. Dabei ist zu beachten, dass sich historische Rahmungen, soziale Verhältnisse und deren jeweilige Gestaltungsmöglichkeiten, nicht zuletzt die Zugangsmöglichkeiten und die Verfügbarkeit über Ressourcen immer wieder ändern und dass Entwürfe, auch Maßstäbe eines ›guten Lebens‹ in unterschiedlichen historischen Konstellationen und in entsprechend verschiedenen Perspektiven auch unterschiedlich in Erscheinung treten (können). Vor diesem Hintergrund zielt der folgende Beitrag darauf, das Konzept eines ›guten Lebens auf dem Land‹ in verschiedenen, sowohl historisch (Abschnitt 3) als auch analytisch bestimmbar Dimensionen vorzustellen (Abschnitt 4). Zuvor wird es aber auch darum gehen, die Konstitution des Ländlichen als Verhandlungsort zwischen Stadt und Land zu erläutern (Abschnitt 1) und den Standort der eigenen theoretischen Beobachtung (Abschnitt 2) anzusprechen.

1. Rahmungen eines ›guten Lebens‹ zwischen Stadt und Land

Wenn es um die Gestaltung, aber auch Bebilderung und exemplarische Darstellung von Möglichkeiten und Gefährdungen eines ›guten Lebens‹ in der Zivilisationsgeschichte geht, bieten Vorstellungen von Stadt und Land als Handlungs- und Imaginationsräume topographisch einen Rahmen; zugleich stellen sie damit jeweils Projektionsfelder für Erfahrungen und Erwartungen, Befürchtungen und Enttäuschungen bereit, die sich in unterschiedlichen

Perspektiven nutzen und ausgestalten lassen (Nell/Weiland 2021). Ähnlich einer Kippfigur bieten Bilder des Lebens in Stadt und Land immer auch Gegenentwürfe zu den jeweils vorgestellten Entwürfen und Beobachtungen an: Den Lichtern der Großstadt lassen sich die Ödnis der Lebensumstände und das Elend der Landbewohner*innen gegenüberstellen, während im anderen Fall die Idylle ländlicher Abgeschlossenheit, Sorglosigkeit und Unschuld dem Unbehagen, der Nervosität und der Verworfenheit des Städtischen gegenüber steht (vgl. Bergmann 1970). Immer wieder wird auf diese Unterscheidung auch in anderen Diskursen¹ zu Fragen der Lebensführung und Gesellschaftsgestaltung zurückgegriffen, zumal auch wenn es um historische Legitimierung, um Klassenkämpfe oder andere diskursive Setzungen geht (Williams 1973).

In Anlehnung an Koselleck (1985) lassen sich das Stadt-Land-Verhältnis und die daraus entwickelten Bilder beziehungsweise Gegenüberstellungen eines »guten Lebens« als asymmetrische Gegenbegriffe bestimmen, da sich sowohl die Differenz-Setzung als auch deren Füllung mit unterschiedlichen Wertvorstellungen immer erst einmal von Seiten der Stadt, von ihren Strukturierungen und aus den Perspektiven ihrer Bewohner*innen, ihrem Entwicklungsgrad und entsprechenden sozialen Standards herleiten lassen.² Demgegenüber tritt »das Land« erst einmal als gleichsam abstrakte Gegengröße oder »leerer Raum« in historisch entweder unterbestimmten oder organologisch-ideologisch überformten Setzungen als Modellierung eines jeweils »Anderen« aus der Sicht der Stadt in Erscheinung.

Im Besonderen gilt diese Projektion auch für die Vorstellungen eines »guten Lebens auf dem Lande«, die bis in die Gegenwart hinein weniger den ökonomischen, sozialen oder alltagsbezogenen Herausforderungen des Lebens in ländlichen Räumen Rechnung tragen oder getragen haben (vgl. Geremek 1988) als vielmehr medial und kulturell vor allem Wünschen und Projektionen

1 Ebenso idealtypisch angelegt wie einem konkreten sozialgeschichtlichen Hintergrund und soziologischem Erkenntnisinteresse verpflichtet, aber auch ideologisch überformt, findet sich diese Gegenüberstellung von Dorf/Land (»Gemeinschaft«) und Stadt (»Gesellschaft«) in der Formationsphase der modernen Soziologie bspw. bei Tönnies (1979 [1887], § 10); zur kritischen Rezeption dieser Gegenüberstellung vgl. Delitz 2019.

2 Sicherlich ist dies auch den Quellen geschuldet, die sich als Schriftzeugnisse städtischen Bildungsschichten zuordnen lassen, zumal die antike Landleben-Literatur ebenfalls von einer städtisch geprägten, dann aufs Land ausweichenden literalen Ober-schicht getragen wird. vgl. Twellmann 2019, 88ff.

städtischer Lebenszusammenhänge einen Raum (Baumann 2018, 211ff.) bieten konnten. Allerdings treten unter den Bedingungen aktueller politischer Ansprüche an eine »Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse« (vgl. Kersten u.a. 2019) inzwischen auch Potentiale, Ziele und Akteure für die Gestaltungsmöglichkeiten ländlicher Räume unter der Perspektive in Erscheinung, für diejenigen, die dort leben, die Orientierung an einer Lebensführung im Sinne eines ›guten Lebens‹ sowohl zu ermöglichen als auch einzufordern (Klie 2019).

Während über weite Strecken der Geschichte jeweils die mittleren und oberen Schichten aus höfischen oder städtischen Perspektiven in der Lage gewesen sind, sich nicht nur mit Fragen eines ›guten Lebens‹ zu beschäftigen, sondern zu deren Bebilderung auch auf die Unterscheidungsmöglichkeiten von Stadt und Land zu rekurrieren, ja diese in diesen Zusammenhängen wohl auch erst zu schaffen, bieten aktuell Vorstellungen eines ›guten Lebens‹ unter den Bedingungen einer fortgeschrittenen Moderne nicht mehr nur für Städter*innen oder Eliten eine Orientierung. Vielmehr rücken aktuelle Diskurse unter der Fragestellung eines ›guten Lebens auf dem Lande‹ auch die Lebensbedingungen in ländlich-peripheren Räumen (Krajewski/Wiegandt 2020) in den Blick, damit auch die Subjekte, deren Lebensführung und Gestaltungsmöglichkeiten. Zugleich werden damit Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und entsprechende Verantwortlichkeiten angesprochen, die aktuell nicht nur angesichts eines wachsenden Populismus, der sich zumindest partiell auch aus den Erfahrungen peripherer Räume speist (Manow 2018, 79ff.), zur Bearbeitung anstehen, sondern die Bedeutung ländlicher Lebenszusammenhänge unter den Bedingungen einer krisenhaften Modernisierung vor Augen stellen.

Hinzu kommt, dass erst die Produktivität der Industriemoderne und die mit dem späten 18. Jahrhundert einsetzenden Bestrebungen zur Herstellung bürgerlicher, also rechtlicher und dann auch sozialer Gleichheit für alle, erstmals auch die Voraussetzungen und die Ressourcen geschaffen haben, um den Vorstellungen eines ›guten Lebens‹ für alle auch eine Möglichkeit zur Realisierung zu bieten. Zu verschiedenen Zeiten und aus divergierenden Perspektiven wird dabei die Differenz von Stadt und Land zur Markierung und Wertung von Lebensentwürfen herangezogen, um aus unterschiedlichen Perspektiven und in unterschiedlichen Kontexten sowohl verschiedene Lebensverhältnisse hinsichtlich ihrer Gleichstellungsmöglichkeiten zu erörtern als auch zur Ausgestaltung und Reflexion unterschiedlicher Konzepte von Lebensführung beizutragen (vgl. Sorokin u.a. 1965 [1930], 186ff.; Bätzing 2020).

Dass sich dabei der Anspruch auf ein »gutes Leben« über die Grenzen der jeweiligen eigenen Schicht hinaus ausgeweitet hat und inzwischen auch die »auf dem Lande« Lebende/n betrifft, gehört in den Rahmen jener seit dem 18. Jahrhundert sich abzeichnenden Entwicklungen allgemeiner Gleichstellung und Emanzipation, auf die sich nach wie vor Legitimität und Selbstverständnis der Moderne gründen (vgl. Forst 1993).

2. Theoretischer Zugang

Waren die mit der Konzeption eines »guten Lebens« verbundenen Vorstellungen eines von Not und Gewalt entlasteten, in freier Selbstbestimmung zu führenden Lebens bis zur aufkommenden Industriemoderne im Europa des 19. Jahrhunderts immer nur für Menschen in privilegierten sozialen Lagen umsetzbar, so bietet, so haben es im Anschluss an Theoretiker wie de Saint-Simon Marx und Engels in berühmten Passagen des »Kommunistischen Manifests« formuliert, die aufkommende Industriemoderne erstmals die materiellen Voraussetzungen, um ein »gutes Leben« für alle zumindest als realisierbar erscheinen zu lassen. Angesichts der mit der Durchsetzung bürgerlicher Rechtsordnung und Marktorientierung seitdem aber noch immer einhergehenden Fortschreibung, ja Steigerung von Ungleichheit, im Besonderen im Blick auf ländlich-periphere Lagen und erst recht im Blick auf die Lage des größten Teils der Menschen im Globalen Süden, lässt sich die Frage nach den Umsetzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten eines guten Lebens auf dem Land nicht nur noch immer stellen, sondern führt auf zentrale Brennpunkte aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen im globalen Rahmen. Insoweit lässt sich an Horkheimers für die Kritische Theorie aufgestellten Anspruch noch immer anknüpfen, »das Interesse der wirklichen Menschen auf ungehinderte Entfaltung und glückliche Existenz« (Horkheimer 1970 [1937], 60) gegen die Fortdauer sozialen und materiellen Elends ebenso einzufordern wie dieses einer jeweiligen Lebenspraxis abgewonnene Interesse gegenüber dessen ideologischer Überformung beziehungsweise machtpolitischem Missbrauch zu verteidigen. Auch hierfür sprechen Bilder eines »guten Lebens auf dem Land« nicht nur einen je individuellen Vorstellungsvorrat an, sondern berichten von Ansprüchen auf soziale, politische, ökonomische und kulturelle Teilhabe, die in diesen Bildern vorgetragen und zu gesellschaftlichen Verhandlungen werden.

Vor dem Hintergrund aktueller Konjunkturen des Ländlichen und damit verbundener Erwartungen und Versprechen (vgl. Neu 2016) wäre danach zu fragen, in welchem Maße und mit welchen Aussichten die in den Bildern ländlichen Zusammenlebens angesprochenen Vorstellungen eines ›guten Lebens‹ sich dazu nutzen lassen, Bedürfnisse und Erwartungen von Individuen hinsichtlich ihrer eigenen Lebensumstände zur Sprache zu bringen. Dabei treten ländliche Lebenszusammenhänge dann auch als Handlungs- und Gestaltungsräume sozialer Interaktion und politischer Kooperation unter gegenwärtigen Bedingungen in den Blick, ja diese Ansprüche lassen sich so auch gegenüber ihrer erneuerten Instrumentierung zu Herrschafts- oder Ausbeutungszwecken positionieren (vgl. Barlösius 2006; Maschke u.a. 2021, 107ff.). Im Folgenden wird es deshalb darum gehen, die Konzeption eines ›guten Lebens‹ anhand einer analytisch nutzbaren Aufgliederung von Handlungs- beziehungsweise Sinndimensionen eines ›guten Lebens auf dem Land‹ nach beiden Seiten hin, zur Seite der Subjekte und zur Seite der Verhältnisse, als ein gesellschaftlich nutzbares und zu gestaltendes Handlungsfeld zu beschreiben. Es geht dabei weder um eine Fortschritts- noch um eine Verfallsgeschichte, wie sie sich etwa in modernekritischer Tönung noch im Schlussteil von Arendts (1981, 312ff.) *Vita Activa* findet. Es geht vielmehr darum, im Anschluss an das von Levitas (2005) und Cooper (2013) entwickelte Konzept der »Everyday Utopias« ein analytisches Raster vorzustellen, das sich für die Darstellung, aber auch für die Kritik des Zusammenlebens in ländlichen Räumen eignet und die dazu in Rechnung zu stellenden historischen und sozialen Kontexte zu berücksichtigen vermag.

Wenn sich in den Vorstellungen des Lebens in ländlichen Räumen Ansprüche und Strategien eines ›guten Lebens‹ formulieren, aber auch diskutieren und reflektieren lassen, so handelt es sich hier ebenso sehr um Wunschräume wie um Projektionen im Sinne eines soziologisch-praktikablen Utopieverständnisses (Levitas 2005), zugleich aber auch um die Beschreibungs- und Entwurfsmöglichkeit konkreter Projekte. Neben der historischen, räumlichen und sozialen Ausdifferenzierung von Stadt und Land muss für die Unterscheidung beider Sphären in ihrer Eignung für ein »gutes Leben« auch berücksichtigt werden, dass in den damit angesprochenen Diskursfeldern nicht lediglich unterschiedliche Handlungs- und Imaginationsräume vor Augen gestellt werden, sondern sich diese auch auf reale Räume beziehen, in denen die Setzungen der Subjekte, ihre Wünsche und Erfahrungen, Interessen und Obsessionen ebenso zum Ausdruck kommen wie diese auch gemacht und für unterschiedliche Ziele genutzt werden können.

3. Sinn- und Handlungsdimensionen eines ›guten Lebens‹

Das Leben in ländlichen Räumen umfasst Aspekte der sozialen Organisation und ökonomischen Versorgung, kulturelle Beziehungen und Transzendenzorientierungen. Mehr oder weniger ausgestaltet, kulturell kodiert und ideologisch überformt, finden sie sich in den Bildern eines ›guten Lebens auf dem Land‹ wieder und können so auch analytisch genutzt werden, wenn es darum geht, die in diesen Bildern transportierten Erfahrungen und Ansprüche zu erschließen.

3.1 ›Gutes Leben‹ als Naturverhältnis

In europäischen Traditionen galt der auf Aristoteles' Konzept der *Eudaimonia* zurückgehende Begriff des ›guten Lebens‹ (vgl. Regenbogen 2010) für lange Zeit als Inbegriff eines Lebensmodells, das Perspektiven der individuellen Lebensführung mit Fragen sozialer Organisation verbindet und zunächst seine Evidenz, auch Handhabbarkeit aus der bei Aristoteles (1967, 17ff.; Buch I, 3) zugrunde gelegten Schilderung der Hauswirtschaft bezog: »Dass nun also alle Menschen nach dem guten Dasein, das heißt nach der Glückseligkeit streben, ist klar. Jedoch haben die einen von ihnen die Möglichkeit, dieses zu erreichen, und die anderen nicht, sei es infolge eines äußeren Mißgeschicks, sei es wegen ihrer Naturanlage – denn das gute Dasein bedarf auch einer gewissen Ausstattung mit materiellen Gütern [...] und es gibt auch solche, die gleich von vornherein die Glückseligkeit am falschen Ort suchen.« (Ebd., 369) Indem er empirische Beobachtungen der Verhaltens- und Handlungsmöglichkeiten mit Annahmen über die ›Natur‹ sowohl der Menschen als auch hinsichtlich der Natur der Dinge, beide als Erscheinungsformen einer monophysisch vorgestellten Natur gesehen, zur Grundlage seiner Verhaltenslehre als auch seiner politischen Aufzeichnungen macht, werden beide Handlungsfelder auf eine gemeinsame Basis gestellt: Angemessenheit oder Devianz gegenüber den Vorgaben der jeweiligen Natur konnten damit als Folgen natürlicher Vorgaben zum einen, historischer Kontingenz oder individueller Entscheidung zum anderen bestimmt werden.

Mit der gleichen Sicherheit, mit der an anderer Stelle die Sozialität der Menschen beschrieben und ebenso wie das Streben jedes Lebewesens nach einem ihm entsprechenden Guten aus seiner jeweiligen Natur begründet wird, – »Die Natur schafft nämlich, wie wir behaupten, nichts umsonst« (ebd., 15) – entwirft Aristoteles auch die Vorstellung eines ›guten Lebens‹ als ein generell

vorhandenes wie im Konkreten nur den Besitzenden mögliches und ihnen zustehendes Lebensmodell. Es geht dabei nicht nur um Besitz an Gütern, Ländereien, Häusern und Produktionsmitteln, sondern auch um Zugehörigkeit und um die Berechtigung, innerhalb eines bestimmten Rahmens Rechte ausüben zu können, seien dies nun die Zugehörigkeit zu einer Gemeinde oder die zumal den Männern und Freien in der antiken Polis zustehenden Rechte, zu wählen und wählbar zu sein. Nicht zuletzt geht es aber auch um Freizügigkeit und Mündigkeit, etwas aus sich und seinem Leben machen zu können, wozu neben der Freistellung von unmittelbarer schwerer Arbeit dann auch Bildungsmöglichkeiten, eine entsprechende Sozialität, passende Räume und Zeitbudgets gehören. Neben der Polis, die als Handlungs- und Bewährungsraum einer ›guten Ordnung‹ ihren Bürgern (freilich nur diesen) Sicherheit und Selbstständigkeit zuzusichern suchte, kommt, zumal in der römischen Literatur, dann auch »dem Land« als Ort eines ebenso selbstbestimmten wie sinnerfüllten Lebens eine besondere Rolle zu, allerdings nur denjenigen zugänglich, die als Landbesitzer und anerkannte Glieder des Gemeinwesens unabhängig und auch vermögend genug waren, um sich der Entwicklung und Bildung ihrer geistigen Fähigkeiten zu widmen (vgl. Böhme 1996).

Aristoteles und seine Nachfolger*innen legen bis zu Beginn der Moderne ständisch und entsprechend komplementär distribuiert auseinander, was auch aktuell und analytisch als Funktionen zwar getrennt vorgestellt werden kann, im Sinne einer seit dem 18. Jahrhundert sich egalitär, partizipativ und integrativ modellierenden und legitimierenden Gesellschaft aber zusammen zu denken ist: Selbstbestimmung und Gleichheit der Menschen bedingen einander und müssen seitdem gerade in der Ausrichtung einer jedem Menschen zustehenden Vorstellung und Erfahrung ›guten Lebens‹ auch in wechselseitiger Abhängigkeit gesehen und entsprechend gestaltet werden. Zugleich werden bereits hier alle Dimensionen angesprochen, die für die Rahmung, Gestaltung und auch Ermöglichung eines guten Lebens historisch, aber auch aktuell noch immer eine Rolle spielen. Der ökologische Rahmen und die ökonomischen Bedarfe werden als Voraussetzungen und Erträge des Zusammenlebens ebenso angesprochen wie die Gestaltungsformen des Lebens mit anderen, der politischen, rechtlichen, sozialen und familiären Sphäre. Dazu gehören auch die Sicherungen und Ansprüche, Erwartungen, Befähigungen und Medien einer gelingenden individuellen Lebensführung, wobei für deren aktuelle Rezeption sicherlich in Rechnung zu stellen ist, dass sich im Zuge der Moderne nicht nur eine zunehmende Individualisierung eingestellt hat, sondern diese auch wiederum eigene Ansprüche und Herausforderungen, auch

Grenzen eines erwartbar ›guten Lebens‹ mit sich gebracht hat und bringt (vgl. Menke/Rebentisch 2010). Unter aktuellen Bedingungen ist schließlich anzumerken, dass der von Aristoteles für die abendländische Tradition gesetzte Naturbezug im Blick auf die Gestaltung eines ›guten Lebens‹ zum einen die Verbindung herstellt, insbesondere Landlebensverhältnisse im Blick auf deren Naturgegebenheit zu betrachten, zum anderen aber auch eine Bezugslinie schafft, auf der historische und aktuelle Entwürfe ›guten Lebens‹ in außereuropäischen Traditionen und aktuellen politischen Diskussionen zur Bewahrung der Natur mit den Vorstellungen eines ›guten Lebens‹ verbunden werden (vgl. Fornet-Betancour 2010).

3.2 ›Gutes Leben‹ als Herrschaftsverhältnis

Ebenfalls im Anschluss an die Antike wurden das aristotelische Ideal des ›guten Lebens‹ und die Bilder ländlicher Selbstversorgung in den Entwicklungen der frühen Neuzeit aber nicht nur zu Modellen der Lebensführung und zur Grundlage von Selbstentwürfen beispielsweise des europäischen Landadels im 17. und 18. Jahrhundert (vgl. Brunner 1949). Vielmehr fanden sie auch Eingang in die Diskussionen einer am römischen Ideal orientierten Vorstellung von Republik und ständisch begrenzter Freiheit. An Aristoteles angelehnt, wurden in diesem Rahmen das Haus (griech. *oikos*), und die zugehörige Hauswirtschaft (*oikumene*) zu zentralen Feldern und Maßstäben gesellschaftlichen wie individuellen Handelns, wobei sich zunehmend modernere, im Sinne einer bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ›rationellere‹ Vorstellungen unter die älteren, auf Differenzmarkierung und Repräsentation ausgerichteten Vorgaben und Ansprüche mischten. Sowohl das Landleben als auch die Vorstellungen eines ›guten Lebens‹ wurden in diesem Zusammenhang rationalisiert, auch moralisch aufgewertet, und verloren doch zugleich damit mehr und mehr den Anschluss an die zeitgleich einsetzenden Prozesse einer »Great Transformation«, als die Polanyi die Überformung beziehungsweise den Übergang ländlicher Gesellschaften in die durch Markt und Kapital bestimmten Produktions- und Verwertungszusammenhänge der Industriemoderne beschrieben hat (vgl. Polanyi 1978 [1944]).

Eine im 17. Jahrhundert entstehende »Hausväterliteratur« bezog für die Modellierung eines ›guten Lebens auf dem Lande‹ aber nicht nur neue Tätigkeitsfelder wie Landwirtschaft, Obstbaumzucht und Handwerk ein, sondern übertrug dieses am Landleben orientierte Lebensmodell ebenso auf Fragen der Familienführung, der Geschlechterordnung, der Erziehung und nicht

zuletzt auf Rechtsverhältnisse und Gelingensansprüche des eigenen Lebens selbst (vgl. Nell/Weiland 2021, 16ff.; 59ff.). Zum ›guten Leben‹ gehören, so stellt es sich zumindest seit den ›bürgerlichen‹ Revolutionen des 18. Jahrhunderts dar, politische Teilhabe auf der Grundlage von Rechten und Selbstbestimmung und nicht zuletzt eine materielle Ausstattung, die es erst ermöglicht, an entsprechenden Prozessen der Gestaltung des politischen Zusammenlebens in ländlichen Lebenszusammenhängen teilzunehmen.³

3.3 ›Gutes Leben‹ als Sozialverhältnis

Als eine weitere Dimension kommt hinzu, dass es neben den aus städtischen oder höfischen Perspektiven konzipierten Konstruktionen eines ›guten Lebens‹ auf dem Lande auch ein ganzes Ensemble von Lebensformen in ländlichen Räumen und agrarischen Gesellschaften gibt (vgl. Shanin 1971), das in den Zusammenhängen moderner Nationalstaatsbildung vielfach entweder verdrängt, ideologisch überformt oder entsprechend instrumentalisiert wurde beziehungsweise werden konnte (vgl. Gellner 1991, 26ff.).

In ihrer Verbindung zu einer ständisch, dann bürgerlich gefestigten Rechts- und Gesellschaftsordnung blieben die mit dem Land verbundenen Leitvorstellungen eines ›guten Lebens‹ damit auf deren Bindung an Besitz und Recht beschränkt und gerieten so angesichts der durch die Industrialisierung in Gang gesetzten Mobilitäts- und Egalisierungsprozesse sowie der damit verbundenen Partizipationsansprüche seit dem 19. Jahrhundert in Konkurrenz zu anderen Modellen gesellschaftlicher (Selbst-)Organisation, die zunehmend mehr den Bedürfnissen einer auf Egalität und individuelle Selbstständigkeit zusteuernsden Moderne entsprachen (vgl. Wagner 1995, 71ff.). Dies gilt sowohl für die mehr oder weniger sozialdemokratisch ausgerichteten Modelle einer der »organisierten Moderne« (ebd., 40ff.) Rechnung tragenden sozial gerechten, individuell orientierten Bürgergesellschaft als auch für die im Anschluss an diverse sozialistische Modelle gebildete Leitvorstellung einer klassenlosen Gesellschaft und spielt so auch noch für eine zwischen beiden Polen pendelnde Sozialkritik (Boltanski/Chiapello 2010) eine Rolle. Konzepte eines ›guten Lebens‹ blieben in diesem Rahmen ebenso wie die Idyllisierung des Landlebens (Schneider 1978) zunehmend auf ein konservativ durchgesetztes Land-, dann auch Stadtbürgertum und

3 Für die Gefährdung dieser Kompetenzen und entsprechender Aktivitäten vgl. Manow 2018; Müller 2019.

die damit verbundenen Projektionen bezogen, innerhalb dessen sie vor allem ideologische Funktionen (z.B. zur Abwehr von Egalisierungs- und Partizipationsansprüchen) wahrzunehmen hatten (vgl. Klinger 1995, 155ff.). Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass die in diesen Wechselbeziehungen entwickelte Vorstellung einer in sozialen Nahwelten sich bewegenden und selbst organisierenden Geselligkeit (vgl. Klie 2019) sich auch in den aktuellen Ansprüchen eines guten Lebens auf dem Land wiederfinden lässt (Rössel 2014, 40ff.).

3.4 »Gutes Leben« als Selbstverhältnis in lokalen und globalen Zusammenhängen

Tatsächlich erschien ein Rückbezug auf das Konzept eines »guten Lebens auf dem Land« bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in normativer Hinsicht eher als reaktionär und vor allem in anti-modernen Strömungen ideologisch nutzbar. Dies gilt auch im Blick auf die Entwicklungsansätze ländlicher Räume, die zumal in modernisierungstheoretischer Hinsicht als Residuen zu überwindender Rückständigkeit erschienen. Demgegenüber haben sowohl die seit den 1980er-Jahren in Erscheinung tretenden neuen regionalen Bewegungen (Lipp 1986) als auch die Prozesse einer zunehmenden Individualisierung unter den Bedingungen reflexiver Modernisierung zum einen Fragen individueller Lebensführung und sozialer Teilhabe wieder in den Vordergrund gerückt (Reckwitz/Rosa 2021, 239ff.). Zum anderen werden aber auch die Lebens- und Gesellschaftsverhältnisse in ländlichen Räumen in politischen und sozialen Debatten wieder stärker berücksichtigt. Verschärft durch Themen wie Klimawandel und Energiewende, aber auch demographischen Wandel, nicht zuletzt aufgrund populistischer Strömungen und neuer rechter Parteien, ist damit die Frage nach den Möglichkeiten eine »guten Lebens« sowohl aus individuellen als auch aus gesellschaftsbezogenen Perspektiven wieder aufgekommen und richtet sich – zumal unter den Bedingungen einer aktuellen Pandemie – erneut auf die Möglichkeiten einer Lebensführung unter egalitären Bedingungen (vgl. Wilkinson/Pickett 2010) »auf dem Land«.

Ein damit in Erscheinung tretender, ebenso auf kritisch-reflexive wie auf gesellschaftliche Praxis zielender Zugang lässt sich allerdings nicht nur auf die antike Philosophie und die Konjunkturen ihrer Rezeption zurückbeziehen, sondern findet aktuell auch Anknüpfungspunkte in gesellschaftskritischen Ansätzen indigenen Denkens und Handelns Süd- und Mittelamerikas,

das auch in Europa und Nordamerika beachtet wird (vgl. Acosta 2015). Deshalb soll auch der bislang angesprochene und hier an einzelnen Stationen beobachtete europäische Rahmen keineswegs als universal gültiges Modell vorgestellt werden. Es handelt sich vielmehr um exemplarische Ansätze, die beispielsweise über den Transfer mittelalterlicher christlicher Vorstellungen in die zeitgenössische lateinamerikanische postkoloniale Theorie (vgl. Dussel 1989) ihre Rezeptionsgeschichte begründen, aber auch in kulturellen Traditionen und Praktiken anderer Kontinente ihre Entsprechung beziehungsweise eigene Gestalt gewonnen haben. Was für die vielfältigen Möglichkeiten der Modernisierung im Weltmaßstab und die zu ihnen führende Pfadabhängigkeit gilt (vgl. Eisenstadt 2000), kann so auch für die Muster, Formen und Wertbesetzungen eines ›guten Lebens‹ gelten. Es lassen sich dazu Sinn- und Handlungsdimensionen benennen, die in unterschiedlichen Gewichtungen und Formen wohl überall auf der Welt anzutreffen sind und in verschiedenen Zusammensetzungen auftreten, damit aber auch zur Analyse von Vorstellungen eines ›guten Lebens auf dem Lande‹ herangezogen werden können.

4. Fazit: Analyse-Dimensionen eines ›guten Lebens‹ auf dem Land

Der Bogen der Bezüge, der sich von Aristoteles bis zu Nussbaum spannt, zielt im hier vorliegenden Rahmen vor allem auf eine praxisbezogene Operationalisierung von Lebensentwürfen und der damit verbundenen Facetten und Diskurse eines guten Lebens in ländlichen Räumen. In der Interdependenz von ruralen und urbanen Lebensformen und entsprechenden, dann natürlich auch ideologisch oder werbetechnisch nutzbaren Entwürfen wirken freilich die am Ländlichen entwickelten Modelle und Ansprüche dann auch wieder auf die Städte zurück. Mit Rückbezug auf die Erfahrungen der »Commons« (Ostrom 1990, 182ff.), auf Nussbaums (1999, 72ff.) Operationalisierung eines ›guten Lebens‹ und die von Sennett (1998, 39ff.; 2008, 321ff.) beschriebene Rolle der »Handwerklichkeit« in fortgeschrittenen modernen Lebens-, Sozial- und Arbeitsverhältnissen sowie Rosas (2019, 331ff.) »Resonanztheorie« schlägt der vorliegende Beitrag abschließend einige Ansatzpunkte für eine Konzeption ›guten Lebens auf dem Lande‹ vor, die sich in fünf Dimensionen operationalisieren lässt:

- Übersichtlichkeit/Gestaltbarkeit des Lebensumfeldes (Sozialität)
- Naturverhältnis (Ökologie)
- nachbarschaftliche Solidarität und Anerkennung (Kommunalität)
- hauswirtschaftliche (Teil-)Selbständigkeit beziehungsweise handwerklich gegründete Selbsttätigkeit (Ökonomie)
- politische (kommunale) Partizipationsperspektiven (Politik)

Lebensweltlich dürften sich die angeführten Dimensionen in unterschiedlicher Stärke und mit unterschiedlichen Hierarchien verbunden zeigen; zugleich lassen sie sich als Leitlinien und Analyseebenen für die Erforschung und Gestaltung eines ›guten Lebens auf dem Land‹ modellieren und analytisch auch zu dessen diskursiver, planerischer und praktischer Umsetzung nutzen. Die Vorstellung eines ›guten Lebens auf dem Land‹, wie es sich entlang der angesprochenen Dimensionen erheben lässt, gründet dabei auf einer gewissen, als gelingend oder ›resonant‹ erfahrbaren Kohärenz des eigenen Lebens in seinen räumlichen und zeitlichen, sozialen und biographischen Perspektiven.⁴ Zugleich vermag dieser Ansatz ebenso der Attraktivität von Vorstellungen eines guten Lebens auf dem Lande Rechnung zu tragen wie der Unverzichtbarkeit der in diesen Vorstellungen fassbaren Ansprüche und sozialen Bedarfe. Darüber hinaus bieten die Dimensionen die Möglichkeit, sie analytisch aufzuschlüsseln und sie so auch in sozialpolitische Diskurse einzubringen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Acosta, A. (2015): *Buen Vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben*. München: oekom.
- Arendt, H. (1981): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München: Piper.
- Aristoteles (1967): *Aufzeichnungen zur Staatstheorie [sog. Politik]*. Übers. Walter Siegfried. Köln: Jakob Hegner.
- Bätzing, W. (2020): *Das Landleben. Geschichte und Zukunft einer gefährdeten Lebensform*. München: Beck.
- Barlösius, E. (2006): Gleichwertig ist nicht gleich. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37, 16-23.

4 Für einen ersten Entwurf vgl. Nell/Weiland 2019, VII.

- Baumann, C. (2018): *Idyllische Ländlichkeit. Eine Kulturgeographie der Lust*. Bielefeld: transcript.
- Bergmann, K. (1970): *Agrarromantik und Großstadtfeindschaft*. Meisenheim a.G.: Anton Hain.
- Boltanski, L./Chiapello, È. (2010): *Die Arbeit der Kritik und der normative Wandel*. In: Menke, C./Rebentisch, J. (Hg.): *Kreation und Depression. Freiheit im gegenwärtigen Kapitalismus*. Berlin: Kadmos, 18-37.
- Böhme, H. (1996): *Vom Cultus zur Kulturwissenschaft. Zur historischen Semantik des Kulturbegriffs*. In: Glaser, R./Luserke, M. (Hg.): *Literaturwissenschaft – Kulturwissenschaft. Positionen, Themen, Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 48-68.
- Brunner, O. (1949): *Adeliges Landleben und Europäischer Geist. Leben und Werk Wolf Helmhards von Hohberg 1612-1688*. Salzburg: Otto Müller.
- Cooper, D. (2013): *Everyday Utopias. The Conceptual Life of Promising Spaces*. Duke University Press.
- Delitz, H. (2019): *Gemeinschaft und Gesellschaft*. In: Nell, W./Weiland, M. (Hg.): *Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Berlin: J.B. Metzler, 326-337.
- Dussel, E. (1989): *Philosophie der Befreiung. Hamburg: Das Argument*.
- Eisenstadt, S.N. (2000): *Multiple Modernities*. In: *Daedalus* 129(1), 1-29.
- Fornet-Betancour, R. (2010) (Hg.): *Gutes Leben als humanisiertes Leben. Vorstellungen vom Guten Leben in den Kulturen und ihre Bedeutung für Politik und Gesellschaft heute*. Aachen: Verlagshaus Mainz.
- Forst, R. (1993): *Kommunitarismus und Liberalismus – Stationen einer Debatte*. In: Honneth, A. (Hg.): *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*. Frankfurt a.M., New York: Campus, 181-212.
- Gellner, E. (1991): *Nationalismus und Moderne*. Berlin: Rotbuch.
- Geremek, B. (1988): *Geschichte der Armut*. München, Zürich: Artemis.
- Horkheimer, M. (1970 [1937]): *Nachtrag*. In: Horkheimer, M. (Hg.): *Traditionelle und kritische Theorie. Vier Aufsätze*. Frankfurt a.M., Hamburg: Fischer, 57-64.
- Kersten, J./Neu, C./Vogel, B. (2019): *Gleichwertige Lebensverhältnisse – Für eine Politik des Zusammenhalts*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46, 4-11.
- Klie, T. (2019): *Demokratische Integration. Strukturbedingungen von Regionen und ihr Einfluss auf Wahlbeteiligung und freiwilliges Engagement*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46, 41-48.

- Klinger, C. (1995): *Flucht Trost Revolte. Die Moderne und ihre ästhetischen Gegenwelten*. München, Wien: Hanser.
- Koselleck, R. (1985): *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Krajewski, C./Wiegandt, C.-C. (2020) (Hg.): *Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Levitas, R. (2005): *The Imaginary Reconstitution of Society or why sociologist and others should take utopia more seriously*. Inaugural Lecture University of Bristol 24. October 2005. www.bristol.ac.uk/media-library/sites/spais/migrated/documents/inaugural.pdf (letzter Zugriff am 21.5.2021).
- Lipp, W. (1986): *Heimatbewegung, Regionalismus. Pfade aus der Moderne?* In: Neidhardt, F./Lepsius, R.M./Weiss, J. (Hg.): *Kultur und Gesellschaft (= KZSS Sonderheft 27)*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 331-355.
- Manow, P. (2018): *Die Politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Maschke, L./Mießner, M./Naumann, M. (2021): *Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven*. Bielefeld: transcript.
- Menke, C./Rebentisch, J. (2010) (Hg.): *Kreation und Depression. Freiheit im gegenwärtigen Kapitalismus*. Berlin: Kadmos.
- Müller, J.-W. (2019): *Furcht und Freiheit. Für einen anderen Liberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Nell, W./Weiland, M. (2019): *Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Berlin: J.B. Metzler.
- Nell, W./Weiland, M. (2021): *Der Topos vom guten Leben auf dem Land. Geschichte und Gegenwart*. In: Nell, W./Weiland, M. (Hg.): *Gutes Leben auf dem Land? Imaginationen und Projektionen vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Bielefeld: transcript, 9-73.
- Neu, C. (2016): *Neue Ländlichkeit. Eine kritische Betrachtung*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46/47, 4-9.
- Nussbaum, M.C. (1999): *Gerechtigkeit oder Das gute Leben*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Ostrom, E. (1990): *Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action*. Cambridge: University Press.
- Pleger, W.H. (2020): *Das gute Leben. Eine Einführung in die Ethik*. Berlin: J.B. Metzler.

- Polanyi, K. (1978 [1944]): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Reckwitz, A./Rosa, H. (2021): *Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie?* Berlin: Suhrkamp.
- Regenbogen, A. (2010): *Gute, das/Güte.* In: Sandkühler, H.J. (Hg.): *Enzyklopädie Philosophie in drei Bänden.* (= Bd. 1). Hamburg: Meiner, 954-961.
- Rössel, J. (2014): *Unterwegs zum guten Leben? Raumproduktion durch Zugezogene in der Uckermark.* Bielefeld: transcript.
- Rosa, H. (2019): *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung.* Berlin: Suhrkamp.
- Schelkshorn, H. (2010): *The Question of the Good Life in European Philosophy – A historical-systematical sketch.* In: Fornet-Betancour, R. (Hg.): *Gutes Leben als humanisiertes Leben. Vorstellungen vom guten Leben in den Kulturen und ihre Bedeutung für Politik und Gesellschaft heute.* Aachen: Verlagshaus Mainz, 119-128.
- Schneider, H.J. (1978): *Die sanfte Utopie. Zu einer bürgerlichen Tradition literarischer Glücksbilder.* In: Schneider, H. J (Hg.): *Idyllen der Deutschen. Texte und Illustrationen.* Frankfurt a.M.: Insel, 353-423.
- Seel, M. (1998): *Freie Weltbegegnung.* In: Steinfath, H. (Hg.): *Was ist ein gutes Leben? Philosophische Reflexionen.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 275-296.
- Sennett, R. (1998): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus.* Berlin: Berlin Verlag.
- Sennett, R. (2008): *Handwerk.* Berlin: Berlin Verlag.
- Shanin, T. (1971) (Hg.): *Peasants and Peasant Societies. Selected Readings.* Harmondsworth: Penguin.
- Sorokin, P.A./Zimmerman, C.C./Galpin C.J. (1965 [1930]) (Hg.): *A Systematic Source Book in Rural Sociology.* (= Vol. 1.) New York: Russell & Russell.
- Steinfath, H. (1998): *Einführung: Die Thematik des guten Lebens in der gegenwärtigen philosophischen Diskussion.* In: Steinfath, H. (Hg.): *Was ist ein gutes Leben? Philosophische Reflexionen.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 7-31.
- Tönnies, F. (1979 [1887]): *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie.* Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Twellmann, M. (2019): *Dorfgeschichten. Wie die Welt zur Literatur kommt.* Göttingen: Wallstein.
- Wagner, P. (1995): *Soziologie der Moderne. Freiheit und Disziplin.* Frankfurt a.M., New York: Campus.

- Wilkinson, R./Pickett, K. (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin: Tolkemitt.
- Williams, R. (1973): The Country and the City. London: Chatto & Windus.

Gemeinschaftliches Gut, nationales Territorium, Finanzanlageobjekt¹

Aktuelle Neuaushandlungen von Land

Sarah Ruth Sippel und Michaela Böhme

Was ist Land? Kaum ein Gegenstand hat in den letzten Jahren so viel Aufmerksamkeit in den Sozialwissenschaften erhalten wie die Wiederentdeckung der »Landfrage«. Zunächst von der Nichtregierungsorganisation (NRO) GRAIN angestoßen (GRAIN 2008), wurden Schlagworte wie globale Landnahme (*land grabbing*), Ansturm auf Land (*land rush*) und großflächige Landakquisitionen (*large-scale land acquisitions*) rasch von medialer und wissenschaftlicher Seite aufgegriffen. Vor dem Hintergrund des globalen Klimawandels, einer wachsenden Weltbevölkerung und Lebensmittelpreiskrisen 2008 und 2011 wurde Agrarland zur *last frontier* im Ansturm von multinationalen Konzernen, Finanzakteuren und Staaten auf knappe und endliche Ressourcen. Der Ansturm auf Land generierte zugleich einen wahren »Literatursturm« (Scoones u.a. 2013), der diese neuen Formen der Landtransformation an den Schnittstellen zwischen Zivilgesellschaft, Entwicklungszusammenarbeit, Aktivismus und Wissenschaft diskutiert. In zahlreichen aktuellen Prozessen spielt Land eine vielschichtige und komplexe Rolle, sei es in der zunehmend globalen Ausdehnung des Finanzkapitalismus, dem (Wieder-)Aufschwung nationaler und rechtspopulistischer Ideologien oder der Formierung transregionaler antikapitalistischer Widerstandsbewegungen. Diese Dynamiken haben weitreichende Konsequenzen für die Art und Weise, wie Land in ländlichen Räumen zukünftig genutzt werden und für wen Land dabei zugänglich oder unzugänglich wird. Dieser Beitrag beginnt mit einer kurzen Skizze zur Marginalisierung von Land in den Sozialwissenschaften und seiner Wiederentdeckung

1 Dieser Beitrag ist eine leicht überarbeitete sowie gekürzte Version des Artikels »Land« (Sippel/Böhme 2021).

im Rahmen der Land Rush-Debatte seit 2008. Daran anschließend zeigen wir vier Dimensionen auf, in denen Land gegenwärtig neu ausgehandelt wird.

1. Von der Marginalisierung von Land zum Land Rush²

Der Ansturm auf Agrarland in den späten 2000er-Jahren kam als Überraschung in einer Zeit, in der ländliche Räume zumeist als »post-ländlich« und »post-produktivistisch« charakterisiert und ländliche Lebensweisen und Existenzsicherungen (einschließlich der von Landwirt*innen) zunehmend als multi-funktional, transient oder sogar »hyperreal« beschrieben wurden (Cloeke 1997). Seit den 1970er-Jahren wurde die Frage »Was ist Land?« in der sozialwissenschaftlichen Erforschung ländlicher Räume und den Agri-Food Studies kaum noch gestellt. Land als Forschungsobjekt rückte zunehmend in den Hintergrund oder wurde gänzlich ignoriert (Mormont 1990). Noch kurz vor Beginn des Land Rush³ konstatierte der Geograph Michael Woods, dass »ländliche Politik« durch eine »Politik des Ländlichen« ersetzt wurde, die statt Fragen wie Landwirtschaft oder Landmanagement vielmehr Themen wie ländliche Identität, Gemeinschaft und die Bedeutung und Regulierung von Ländlichkeit betrachtete (Woods 2006, 580). Die zunehmende Popularität von Warenkettenansätzen in der Erforschung ländlicher Räume seit den 1990er-Jahren untermauerte diesen Trend (u.a. Hughes/Reimer 2004; Fold/Pritchard 2005), ebenso wie ein verstärkter Fokus auf die Erforschung ländlicher Mobilitäten (u.a. Gertel/Sippel 2014; Corrado u.a. 2016). Je mehr globale Verflechtungen, Vernetzungen und Flüsse in den Blick genommen wurden, desto stärker rückten die Landwirtschaft und ihre Einbettung in lokale sozio-ökologische Verhältnisse in den Hintergrund.

2 Die Darstellung der Debatte in diesem Abschnitt beruht in großen Teilen auf der Einleitung zum Sonderheft »Reimagining Land. Materiality, Affect, and the uneven Trajectories of Land Transformation« der Zeitschrift *Agriculture and Human Values* (Sippel/Visser 2021).

3 Wir folgen in der Verwendung des Begriffs »Land Rush« Tania Li, die argumentiert »[...] what is distinctive about the intensified interest in global farmland since 2008 is its temporality and scope, not the mechanisms, processes or impacts of land acquisition, which have a long history. [T]he characteristic feature of a rush is a sudden, hyped interest in a resource because of its newly enhanced value, and the spectacular riches it promises to investors who get into the business early. Hence the rush« (Li 2014, 594).

Dieser Wandel weg von »ländlicher Politik« war in der Erforschung ländlicher Räume des Globalen Nordens (Europa, Nordamerika, Australien, Neuseeland) ausgeprägter als in Kontexten des Globalen Südens, wo die Existenzsicherung ländlicher Bevölkerungen nach wie vor stärker an Land und Landwirtschaft gebunden ist. Zwar wurden auch hier nicht-landwirtschaftliche Einkünfte aus Lohnarbeit und Rücküberweisungen zunehmend bedeutsam, landwirtschaftliche Tätigkeiten blieben jedoch im Vergleich zu Kontexten des Globalen Nordens von größerer Bedeutung. Entsprechend war der Rückgang der Bedeutung von Land in der Forschung zu Kleinbäuer*innen, ländlichen Bewegungen und Landreformen im Globalen Süden weniger ausgeprägt. Allerdings wurde Land hier überwiegend im Zusammenhang mit Landtransformationen und Prozessen der Akkumulation und Enteignung diskutiert. Spezifische Beziehungen mit und Verständnisse von Land wurden oftmals mehr vorausgesetzt als tatsächlich untersucht. So wurde Land in der Untersuchung von Landreformen überwiegend aus einer Eigentums- und Zugangsperspektive betrachtet. Andere Beziehungen zu Land spielten kaum eine Rolle. »Andere« und vor allem nicht-eigentumsbasierte Beziehungen zu Land wurden vor allem in ethnologischen Studien zu indigenen Bevölkerungen und im Kontext der Verflechtungen zwischen Land und kolonialer Besetzung, Enteignung und indigenen Kämpfen um Landrechte und Selbstbestimmung untersucht (Tomlinson 2002; Barrera-Bassols/Zinck 2003). Im Ergebnis, so lässt sich zusammenfassen, wurde Land also über mehrere Jahrzehnte hinweg entweder ignoriert oder aber im Zusammenhang mit den »Anderen«, wie indigenen Bevölkerungen oder Kleinbäuer*innen, diskutiert.

Auch in den Literatursträngen, die sich seit Beginn der 1990er-Jahre verstärkt mit Fragen von Landschaft (*landscape*) befasst haben, spielt Land kaum eine Rolle (u.a. Daniels/Cosgrove 1993; Schama 1995; Head 2000). Hier wurden neue Perspektiven auf die Wechselbeziehungen zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Akteur*innen entwickelt, zum Beispiel als neue Formen von »Hybridität« (Haraway 1991; Whatmore 2002) oder im Kontext der Akteur-Netzwerk-Theorie (Callon u.a. 1986; Latour 1993). In diesem neueren Feld der Mensch-Umwelt-Beziehungen entstanden zahlreiche Arbeiten zu Flora (Heuts/Mol 2013; Martin 2020), Tieren (Saltzman u.a. 2011; Holloway u.a. 2014) und sogar Pilzen (Tsing 2018) und Bakterien (Lorimer 2020). Land (und Boden) blieben jedoch weitgehend ausgespart. Auch die Literatur zu Landschaft befasste sich mehr mit *scapes* denn mit Land, wie die zahlreichen Verwendungen von *scape*-Begriffen illustrieren (Cloke 1997; Jaenke 2001; Convery u.a. 2005). Zu den wenigen Ausnahmen zählen die ethnologische

Studie von Peace (2005), die speziell Land und Landschaft betrachtet, sowie die Arbeiten von Puig de la Bellacasa (2015) und Krzywoszyńska (2019). Kurz, diese neueren Arbeiten blickten mehr auf die Diversität von *more-than-human* Akteuren und ihre Neu- und Ausgestaltung ländlicher Räume. Polit-ökonomische Dimensionen, die Land und Landschaft prägen, rückten zugunsten der Komplexität dieser Akteursbeziehungen in den Hintergrund (McCall Howard 2018).

Die Land Rush-Literatur brachte ländliche Politik machtvoll zurück – und dies nicht allein im Globalen Süden, sondern auch und besonders im Globalen Norden. Dabei kamen vorwiegend etablierte Konzepte wie Kommodifizierung, (neue) Einhegungen (*new enclosures*) und Akkumulation durch Enteignung (*accumulation by dispossession*) zur Anwendung. Die Literaturstränge zu Landschaft, *more-than-human natures* und »anderen« Beziehungen mit Land wurden nicht berücksichtigt. Insbesondere in den ersten Jahren der Land Rush-Debatte ging es vorwiegend darum, das Ausmaß globaler Landnahmen durch multinationale Konzerne, Finanzakteure und Staaten zu dokumentieren (Borras u.a. 2011; Cotula 2012). Dabei ergaben sich allerdings auch diverse konzeptionelle und methodologische Probleme, die von der Diversität und Fluidität in der Definition des Phänomens »Landnahme« bis hin zum Mangel an mit sozialwissenschaftlichen Methoden erhobenen empirischen Daten reichten, da zahlreiche Publikationen auf der Basis von Medienberichten erstellt wurden (Edelman 2013). Auch halfen die polit-ökonomischen Konzepte der Einhegung und Akkumulation durch Enteignung zwar globale Dynamiken und Mechanismen des Land Rush nachzuvollziehen, regionale Ungleichheiten und unterschiedliche ortsspezifische Entfaltungen von Landtransformationen wurden jedoch oftmals übergangen. Die »zweite Welle« der Land Rush-Forschung zielte daher darauf ab, längerfristige empirische Studien durchzuführen und verschiedene historische Kontexte einzubeziehen, um der Situiertheit und Multiplizität von Akteur*innen und ihren Beziehungen zu Land besser gerecht zu werden. In der jüngeren Vergangenheit sind einige Arbeiten entstanden, die ein differenzierteres Bild der Ungleichzeitigkeiten, Komplikationen und Widersprüchlichkeiten innerhalb aktueller Landtransformationen zeichnen (u.a. Ouma 2014; Pedersen/Buur 2016; Goldstein/Yates 2017; Sippel/Visser 2021).

2. Bedeutungsdimensionen und Neuaushandlungen von Land

Die »Wiederentdeckung« von Land im Zuge der Land Rush-Debatte hat die vielschichtigen sozialen, kulturellen, politischen, ökonomischen und materiellen Dimensionen von Land prominent in Erinnerung gerufen. Mit Land werden sowohl Gemeinschaft, Erinnerung, Erbe und Zugehörigkeit als auch Eroberung, Enteignung und Vertreibung assoziiert. Wie kaum ein anderes Objekt ist Land ein Symbol territorial gebundener Identität und nationaler Souveränität. Land ist jedoch auch physisch greifbar und umfasst neben seiner Oberfläche den Erdboden und den Zugang zu weiteren Ressourcen. Land ist in seiner Materialität produktiv, damit essenziell für das Überleben von Menschen und in eben dieser Eigenschaft zum Gegenstand neuer Wirtschafts- und Finanzinteressen geworden. Die Art und Weise, wie Land gesellschaftlich konstruiert wird – als gemeinschaftliches Gut, Nährboden menschlichen Daseins, nationales Territorium, Privateigentum oder Finanzanlageobjekt – ist dabei räumlich und zeitlich ebenso dynamisch wie umstritten. Wie nun wird Land im Zuge aktueller Transformationen neu ausgehandelt? Anhand von vier Schlaglichtern skizzieren wir nachfolgend Dimensionen aktueller Neuaushandlungen von Land.

2.1 Neu-Formatierungen von Land als Anlagegeographien

Eine erste Neuaushandlung erfolgt im Rahmen der »Finanzialisierung« von Land (u.a. Fairbairn 2020; Ouma 2020). War der Finanzsektor historisch zumeist als Finanzgeber landwirtschaftlicher Projekte aktiv, so entstand Mitte der 2000er-Jahre vor dem Hintergrund steigender Rohstoffpreise und schwächelnder »traditioneller« Anlageklassen ein neues Interesse an direkten Investitionen in Land und Landwirtschaft. Agrarland sollte als alternative Finanzanlageklasse etabliert werden. Dabei lassen sich eine Reihe finanztheoretischer Annahmen und makro-ökonomische Dynamiken identifizieren, die in den 2010er-Jahren zusammenkamen (Gertel/Sippel 2016). Eine zentrale Dynamik war die schwache Entwicklung traditioneller Anlageklassen und die damit einhergehende Suche nach »realen« Anlageklassen, die im Fall von Land durch den starken Anstieg von Rohstoffpreisen in den 2000er-Jahren befördert wurde – Land wurde zum Inbegriff einer neuen, als »Rückkehr zum Realen« beschriebenen Finanz- und Anlagelogik (Larder u.a. 2018). Finanzinvestitionen in Land wurden durch verschiedene staatliche und private Finanzakteure und Kapitalanleger*innen vorangetrieben. Diese

können unterschiedliche rechtliche Formen annehmen, von Farmland Investment, Private Equity und Hedgefonds über Real Estate Management Trusts bis hin zu Investitionen in private oder börsennotierte Unternehmen. Diese Finanzakteur*innen verfolgen entsprechend diverse Investitionsstrategien, in deren Zuge Land jeweils unterschiedlich neu verräumlicht wird. So repräsentieren Staatsfonds verhältnismäßig homogene »nationale« Kapitalsorten und verfolgen – zumindest in der Rhetorik – zumeist längerfristige Investitionsprojekte (Sippel/Böhme 2019). Investitionen von Farmland Investment oder Private Equity Fonds sind im Gegenzug ein Schmelztiegel vielfältiger nationaler, öffentlicher und privater Finanzkapitalsorten, die innerhalb spezifischer und zumeist eher kurzfristiger Zeithorizonte operieren (fünf bis sieben Jahre) und auf schnelle Wertsteigerung abzielen (Daniel 2012). Finanzakteure konstruieren darüber hinaus spezifische »Anlagegeographien«, die die »Investierbarkeit« von Land in unterschiedlichen Investitionskontexten in Abhängigkeit von ökonomischen, rechtlichen, politischen, sozialen, infrastrukturellen, landwirtschaftlichen und klimatischen Faktoren definieren. Investmentkontexte des Globalen Nordens (v.a. Nordamerika, Australien, Neuseeland) werden in der Regel als weniger »risikobehaftet« konstruiert als Kontexte des Globalen Südens (Li 2015), die vielmehr als *emerging markets* oder *frontiers* von Interesse sind. Im Zuge der Finanzialisierung werden Agrarflächen weltweit in globale Finanzanlagestrategien eingebunden und dabei je nach Anlagestrategie und -interesse unterschiedlich neu »formatiert« – es entstehen vielschichtige und heterogene Anlagegeographien. Diese Neuformatierung von Land als Finanzanlageklasse verläuft jedoch keineswegs immer glatt und unproblematisch. Sie trifft vielmehr auf diverse materielle, regulative und normativ-moralische Hürden.

2.2 Land und Materialität

»Land is not like a mat. You cannot roll it up and take it away« (Li 2014, 589). Mit diesem Bild von Land als Matte, die nicht einfach zusammengerollt und an einen anderen Ort getragen werden kann, erinnert uns die kanadische Kulturanthropologin Li an ein wesentliches Charaktermerkmal raumbezogener Neuaushandlungsprozesse von Land. Land, so die vermeintlich offensichtliche, aber dennoch häufig übersehene Erkenntnis Lis, ist materiell und physisch greifbar. Die Materialität und örtliche Fixiertheit von Land bedeutet, dass Land im Gegensatz zu anderen natürlichen Ressourcen weder »abgebaut« noch »verpflanzt« oder an anderer Stelle »verwertet« werden kann. Die

mit großflächigen Landinvestitionen einhergehenden Kommodifizierungs-, Assetisierungs- und Inwertsetzungsprozesse sind somit nach wie vor eng an die zeiträumlichen Grenzen agrarischer Produktion gebunden. Denn auch wenn Investitionen in Land maßgeblich auf Kapitalwertsteigerung abzielen, so bleiben sie doch stets an materielle Faktoren wie die Produktivität und den Output der jeweiligen Agrarflächen gebunden. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass auch Investor*innen mit einem eher kurzfristigen Anlagehorizont, wie Private Equity Fonds, ein nicht unerhebliches Maß an Arbeit und Kreativität in die Organisation und Kontrolle von materiellen Produktionsprozessen auf den von ihnen erworbenen Agrarflächen investieren, wie Ouma (2020) am Beispiel Tansanias aufzeigt. Jüngere Forschungen aus Russland und Australien zeigen weiterhin, wie die Konzentration auf bestimmte materielle Faktoren (wie Bodenqualität) zur Vernachlässigung anderer Faktoren (wie Klima) führen kann (Visser 2021) und wie die Abgeschiedenheit Tasmaniens zwar für Marketingzwecke in Wert gesetzt werden, jedoch mit infrastrukturellen und logistischen Herausforderungen verbunden sein kann (Böhme 2021). Auch wenn im Kontext des globalen Land Rushs das Verhältnis zwischen Kapital und Land(-wirtschaft) zunehmend in einer neuen sozialräumlichen Form – nämlich der der Finanzanlageklasse – gerinnt, bleibt die Analyse der Potentiale und Grenzen des Materiellen im kapitalistischen Akkumulationsprozess also essenziell für das Verständnis der gegenwärtig zu beobachtenden Transformationsprozesse von Land.

2.3 De- und Re-Regulierungen von Land

Trotz der starken Präsenz von multi-nationalen Unternehmen und privaten Finanzanlegern in der Land Rush-Literatur ist der Staat nach wie vor ein zentraler Akteur innerhalb aktueller Neu-Verräumlichungen von Land. Staaten übernehmen vielfältige Funktionen im Hinblick auf Land: Als Gesetzgeber und damit Regulierer von Landmärkten und Investitionen in Land; als Instanz, die Landkäufe registriert und Informationen über Landbesitz bereitstellt; als politischer Vermittler für Landkäufe, der Anreize für Investitionen und Landkäufe schafft; bis hin zum Staat als aktivem Investor selbst, der Land erwirbt und auf diese Weise geopolitische und finanzökonomische Ziele verfolgt (Sippel/Weldon 2021). Zu Beginn des Land Rush wurde der Staat vor allem als *Land Grabber* und Komplize von Landakquisitionen durch ausländische Akteur*innen und Finanzinvestor*innen gesehen (Wolford u.a. 2013). Nachfolgend wurde die Rolle des Staats als De- und Re-Regulierer von

Landmärkten stärker hervorgehoben. Durch die Privatisierung von Land, die Schaffung von Landmärkten und die neoliberale Deregulierung von Kapitalflüssen haben Staaten über Jahrzehnte hinweg erst die Grundlagen für die aktuellen Landakquisitionen und die Finanzialisierung von Land geschaffen (Martin/Clapp 2015; Larder u.a. 2018). Oftmals wurden bestehende rechtliche Regelungen, die der Beschränkung von Landkäufen dienten, gelockert und Landmärkte für ausländische Akteur*innen und neue Formen von Kapitalflüssen geöffnet (u.a. Kuns u.a. 2016; Magnan/Sunley 2017). Großflächige Landkäufe sind vielerorts jedoch auch auf Widerstand gestoßen. Als Reaktion darauf haben zahlreiche Regierungen – unter anderem in Brasilien und Australien – bestehende Gesetzeslagen überprüft, ausländische Landkäufe wieder eingeschränkt oder Landtransaktionen einer stärkeren Kontrolle unterzogen (u.a. Fairbairn 2020; Sippel/Weldon 2021). Aktuelle Projekte der Landverräumlichung kommen somit um den Staat als »omnipotenten« Verräumlicher und nach wie vor zentralen Akteur der Territorialisierung von Land nicht herum. Allerdings fordern die Neu-Verräumlichungen von Land im Zuge der Finanzialisierung den Staat auch heraus. Die staatlicherseits geschaffene Hypermobilisierung von Kapitalflüssen, die zunehmend auch Land miteinschließt, verweist den Staat in seinem ureigenen Territorium – der Kontrolle von Land – auf seine Grenzen. Das traditionelle Handwerkszeug staatlicher Kontrolle, das auf nationalstaatliche Containerräume ausgerichtet ist, kann diese neuen Formen der Verräumlichung von Land nur begrenzt erfassen. Stattdessen wird versucht, staatliche Souveränität und Kontrolle durch die Wiederbelebung nationaler Rhetorik zu suggerieren.

2.4 Lokale Aushandlungen und transregionale Gegenbewegungen

An der Neu-Verräumlichung von Land sind neben Akteur*innen aus Staat, Wirtschaft und Finanzindustrie auch diverse lokale Bevölkerungsgruppen beteiligt. Diese nehmen entscheidenden Einfluss darauf, wie (und ob) Investitionsprojekte vor Ort umgesetzt werden und mit welchen sozio-ökonomischen und ökologischen Konsequenzen dies erfolgt. Gegen die oftmals existenzbedrohenden Auswirkungen des globalen Ansturms auf Land für Kleinbäuer*innen, Viehhirt*innen, Fischer*innen und indigene Bevölkerungsgruppen, vor allem im Globalen Süden, formierte sich in vielen betroffenen Regionen Widerstand. Das wohl berühmteste Beispiel sind die Massenproteste gegen den 2008 geschlossenen Pachtvertrag des südkoreanischen Konzerns Daewoo über 1,3 Millionen Hektar Ackerland in Madagaskar

(etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Insel). Die Proteste führten nicht nur zur Annullierung des Vertrags, sondern gar zum Sturz des madagassischen Präsidenten (Kress 2012). Mit Hilfe von Landbesetzungskampagnen protestierten auch ägyptische Bauernvereinigungen im Zuge des Arabischen Frühlings gegen jahrzehntelange Prozesse der Landenteignung und Verdrängung (Lellis 2019). Und in Laos haben sich lokale Gemeinschaften der Landnahme durch chinesische Plantageninvestor*innen widersetzt, indem sie verwandtschaftliche, ethnische oder historische Bindungen zu verschiedenen Akteur*innen innerhalb des laotischen Staats mobilisierten (Kenney-Lazar 2018). Dies sind nur einige Beispiele für die vielfältigen Taktiken des teils subtilen, teils offenen Widerstands, mit denen lokale Bevölkerungen gegen die aktuellen Neu-Verräumlichungen von Land mobilisieren – und denen sie alternative Imaginationen und Verräumlichungsprojekte entgegensetzen. Diese beziehen sich auch auf breitere Themen wie ländliche Armut, indigene und kleinbäuerliche Rechte sowie Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit. Lokale Aushandlungen sind jedoch keineswegs allein durch Widerstand und Protest charakterisiert. Auch hier muss räumlich und akteursspezifisch differenziert werden. In ländlichen Räumen der früheren Sowjetunion (wie der Ukraine oder der Schwarzerde-Region in Zentralrussland) gab es beispielsweise keine lokalen Proteste gegen Prozesse der Landkonzentration und -kommodifizierung (u.a. Mamonova 2015; Vorbrugg 2019). Mehr noch, lokale Bevölkerungen artikulieren hier den expliziten Wunsch nach einer stärkeren Präsenz privatwirtschaftlicher und staatlicher Investor*innen in Land und Landwirtschaft, wie Vorbrugg (2019) zeigt. Beispiele eines Reisanbau- und Bewässerungsprojekts in Mali oder der Fall einer 11.000 Hektar umfassenden Zuckerrohrplantage in den nördlichen Philippinen zeigen, dass lokale Bevölkerungen auch in anderen Regionen mit der Forderung nach Inklusion auf großflächige Landinvestitionen reagiert haben (Franco u.a. 2011; Larder 2015). Der politische Streitbegriff des *Land Grabbings* ist somit weder für alle Situationen und Kontexte zwangsläufig die richtige Diagnose, noch ist die Verteidigung der »bäuerlichen Lebensweise« ein von allen Akteur*innen notwendig angestrebtes Ziel.

3. Fazit

Ausgehend von der Marginalisierung von Land in den Sozialwissenschaften und seiner Wiederentdeckung im Rahmen der Land Rush-Debatte seit

2008 hat dieser Beitrag vier Bereiche skizziert, in denen Agrarland gegenwärtig neu ausgehandelt wird. Eine erste Form der Reimagination und Neu-Verräumlichung von Land begegnete uns in der Finanzialisierung von Land. Land, so haben wir gezeigt, wird im Kontext der Finanzialisierung der Landwirtschaft deterritorialisert, indem sein produktives Potential aus der Ortsgebundenheit herausgelöst und zum Gegenstand weitverzweigter Renditeerzielung wird. Landrenditen aus unterschiedlichsten Teilen der Welt werden in Finanzportfolios eingespeist und verschränken sich zu globalen Anlagegeographien. Zweitens bleiben Neuaushandlungen von Land stets an die physisch-materiellen und biologischen Eigenschaften von Land gebunden. Kapitalistische Akkumulationsprozesse der Verwertung und Umwandlung von Land in Renditen finden in ihrer »Rückkehr zum Realen« somit nicht allein die gesuchte Stabilität und Dauerhaftigkeit von Land, sondern werden auch auf seine materiellen Unwägbarkeiten und Widerspenstigkeiten zurückgeworfen. Drittens ist auch im Rahmen aktueller Landprojekte der Staat nach wie vor ein zentraler Akteur, wie seine Rolle als De- und Re-Regulierer von Landtransaktionen zeigt. Lokale Aushandlungen von Landprojekten schließlich lassen sich keineswegs allein auf Widerstand und Protest reduzieren, vielmehr müssen lokale Praktiken der Verräumlichung ebenso räumlich und akteursspezifisch differenziert werden, wie die Verräumlichungspraktiken der anderen untersuchten Akteursgruppen. Neben Widerstand und Protest gegen Formen der Neu-Verräumlichung können sie auch von Hoffnung auf Teilhabe an eben diesen geprägt sein oder aber deren aktive Beförderung beinhalten. Landprojekte, so lässt sich resümieren, befinden sich auf vielschichtige Weise im Fokus aktueller Dynamiken, von der finanzlogischen Durchdringung der Welt über die Wiederbelebung von Nationalismen bis hin zu neuen transregionalen Solidaritäten subalternen Gruppen. Diese Dynamiken haben weitreichende Konsequenzen für die zukünftige Ausgestaltung ländlicher Räume – während sie ländliche Räume und Land zugleich auf vielschichtige Weise mit weiteren urbanen, digitalen und transregionalen Aktionsräumen verschränken.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Barrera-Bassols, N./Zinck, A. (2003): »Land Moves and Behaves«: Indigenous Discourse on Sustainable Land Management in Pichataro, Patzcuaro Basin, Mexico. In: *Geografiska Annaler: Series A, Physical Geography* 85(3/4), 229-245.
- Böhme, M. (2021): »Milk from the Purest Place on Earth«: Examining Chinese Investments in the Australian Dairy Sector. In: *Agriculture and Human Values* 38(1), 327-338.
- Borras, S.M./Hall, R./Scoones, I./White, B./Wolford, W. (2011): Towards a Better Understanding of Global Land Grabbing. An Editorial Introduction. In: *Journal of Peasant Studies* 38(2), 209-216.
- Callon, M./Law, J./Rip, A. (1986): *Mapping the Dynamics of Science and Technology. Sociology of Science in the Real World*. Basingstoke: Macmillan.
- Cloke, P. (1997): Country Backwater to Virtual Village? Rural Studies and the »Cultural Turn«. In: *Journal of Rural Studies* 13(4), 367-376.
- Convery, I./Bailey, C./Mort, M./Baxter, J. (2005): Death in the Wrong Place? Emotional Geographies of the UK 2001 Foot and Mouth Disease Epidemic. In: *Journal of Rural Studies* 21(1), 99-109.
- Corrado, A./de Castro, C./Perrotta, D. (Hg.) (2016): *Migration and Agriculture. Mobility and Change in the Mediterranean Area*. London: Routledge.
- Cotula, L. (2012): The International Political Economy of the Global Land Rush. A Critical Appraisal of Trends, Scale, Geography, and Drivers. In: *Journal of Peasant Studies* 39(3/4), 649-680.
- Daniel, S. (2012): Situating Private Equity Capital in the Land Grab Debate. In: *The Journal of Peasant Studies* 39(3/4), 703-729.
- Daniels, S./Cosgrove, D. (1993): Spectacle and Text. Landscape Metaphors in Cultural Geography. In: Duncan, J./Ley, D. (Hg.): *Place/Culture/Representation*. London: Routledge, 57-77.
- Edelman, M. (2013): Messy Hectares. Questions about the Epistemology of Land Grabbing Data. In: *Journal of Peasant Studies* 40(3), 485-501.
- Fairbairn, M. (2020): *Fields of Gold: Financing the Global Land Rush*. Ithaca, London: Cornell University Press.
- Fold, N./Pritchard, B. (Hg.) (2005): *Cross-Continental Agro-food Chains. Structures, Actors, and Dynamics in the Global Food System*. London: Routledge.
- Franco, J.C./Carranza, D./Fernandez, J. (2011): *New Biofuel Project in Isabela. Boon or Bane for Local People?* Amsterdam: Transnational Institute.

- Gertel, J./Sippel, S.R. (Hg.) (2014): *Seasonal Workers in Mediterranean Agriculture. The Social Costs of Eating Fresh*. London: Routledge.
- Gertel, J./Sippel, S.R. (2016): *The Financialisation of Agriculture and Food*. In: Shucksmith, M./Brown, D.L. (Hg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*. New York: Routledge, 215-226.
- Goldstein, J.E./Yates, J.S. (2017): *Introduction. Rendering Land Investable*. In: *Geoforum* 82, 209-211.
- GRAIN (2008): *Seized: The 2008 Land Grab for Food and Financial Security*. Barcelona: GRAIN.
- Haraway, D. (1991): *Simians, Cyborgs, and Women. The Reinvention of Nature*. New York: Routledge.
- Head, L. (2000): *Cultural Landscapes and Environmental Change*. London: Routledge.
- Heuts, F./Mol, A. (2013): *What is a Good Tomato? A Case of Valuing in Practice*. In: *Valuation Studies* 1(2), 125-146.
- Holloway, L./Bear, C./Morris, C./Wilkinson, K. (2014): *Animals, Technologies and People in Rural Spaces. Introduction to a Special Issue on Emerging Geographies of Animal-technology Co-productions*. In: *Journal of Rural Studies* 33, 95-98.
- Hughes, A./Reimer, S. (Hg.) (2004): *Geographies of Commodity Chains*. London: Routledge.
- Jaanke, K.A. (2001): *Personal Dreamscapes as Ancestral Landscape*. San Francisco: California Institute of Integral Studies, PhD dissertation.
- Kenney-Lazar, M. (2018): *Governing Dispossession. Relational Land Grabbing in Laos*. In: *Annals of the American Association of Geographers* 108(3), 679-694.
- Kress, D. (2012): *Investitionen in den Hunger? Land Grabbing und Ernährungssicherheit in Subsahara-Afrika*. Wiesbaden: VS.
- Krzywoszynska, A. (2019): *Caring for Soil Life in the Anthropocene. The Role of Attentiveness in More-than-human Ethics*. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 44(4), 661-675.
- Kuns, B./Visser, O./Wästfelt, A. (2016): *The Stock Market and the Steppe. The Challenges Faced by Stock-Market Financed, Nordic Farming Ventures in Russia and Ukraine*. In: *Journal of Rural Studies* 45, 199-217.
- Larder, N. (2015): *Space for Pluralism? Examining the Malibya Land Grab*. In: *The Journal of Peasant Studies* 42(3/4), 839-858.
- Larder, N./Sippel, S.R./Argent, N. (2018): *The Redefined Role of Finance in Australian Agriculture*. *Australian Geographer* 49(3), 397-418.

- Latour, B. (1993): *We Have Never Been Modern*. Cambridge: Harvard University Press.
- Lellis, F. de (2019): Peasants, Dispossession and Resistance in Egypt. An Analysis of Protest Movements and Organisations Before and After the 2011 Uprising. In: *Review of African Political Economy* 46(162), 582-598.
- Li, T.M. (2014): What is Land? Assembling a Resource for Global Investment. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 39(4), 589-602.
- Li, T.M. (2015): Transnational Farmland Investment. A Risky Business. In: *Journal of Agrarian Change* 15(4), 560-568.
- Lorimer, J. (2020): *The Probiotic Planet. Using Life to Manage Life*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Magnan, A./Sunley, S. (2017): Farmland Investment and Financialization in Saskatchewan, 2003-2014. An Empirical Analysis of Farmland Transactions. In: *Journal of Rural Studies* 49, 92-103.
- Mamonova, N. (2015): Resistance or Adaptation? Ukrainian Peasants' Responses to Large-Scale Land Acquisitions. In: *The Journal of Peasant Studies* 42(3/4), 607-634.
- Martin, S.J. (2020): The Political Economy of Distillers, Grains and the Frictions of Consumption. In: *Environmental Politics* 29(2), 297-316.
- Martin, S.J./Clapp, J. (2015): Finance for Agriculture or Agriculture for Finance?. In: *Journal of Agrarian Change* 15(4), 549-559.
- McCall Howard, P. (2018): The Anthropology of Human-Environment Relations. Materialism with and without Marxism. In: *Focaal* 82, 64-79.
- Mormont, M. (1990): Who is Rural? Or, How to be Rural. Towards a Sociology of the Rural. In: Marsden, T./Lowe, P./Whatmore, S. (Hg.): *Rural Restructuring. Global Processes and their Responses*. London: David Fulton Publishers, 21-44.
- Ouma, S. (2014): Situating Global Finance in the Land Rush Debate. A Critical Review. In: *Geoforum* 57, 162-166.
- Ouma, S. (2020): *Farming as Financial Asset. Global Finance and the Making of Institutional Landscapes*. Newcastle upon Tyne: Agenda Publishing.
- Peace, A. (2005): A Sense of Place, a Place of Senses. Land and Landscape in the West of Ireland. In: *Journal of Anthropological Research* 61(4), 495-512.
- Pedersen, R./Buur, L. (2016): Beyond Land Grabbing. Old Morals and New Perspectives on Contemporary Investments. In: *Geoforum* 72, 77-81.
- Puig de la Bellacasa, M. (2015): Making Time for Soil. Technoscientific Futurity and the Pace of Care. In: *Social Studies of Science* 45(5), 691-716.

- Saltzman, K./Head, L./Stenseke, M. (2011): Do Cows Belong in Nature? The Cultural Basis of Agriculture in Sweden and Australia. In: *Journal of Rural Studies* 27(1), 54-62.
- Schama, S. (1995): *Landscape and Memory*. New York: A. Knopf.
- Scoones, I./Hall, R./Borras, S./White, B./Wolford, W. (2013): The Politics of Evidence. Methodologies for Understanding the Global Land Rush. In: *The Journal of Peasant Studies* 40(3), 469-483.
- Sippel, S.R./Böhme, M. (2019): Dis/Articulating Agri-food Spaces. The Multifaceted Logics of Agro-investments. In: Middell, M./Marung, S. (Hg.): *Spatial Formats Under the Global Condition*. (= *Dialectics of the Global*, Bd. 1) Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 336-360.
- Sippel, S.R./Böhme, M. (2021): *Land* (Band 7, *Dialektik des Globalen: Kernbegriffe*). Oldenbourg: De Gruyter.
- Sippel, S.R./Visser, O. (2021): Reimagining Land. Materiality, Affect, and the Uneven Trajectories of Land Transformation. In: *Agriculture and Human Values* 38(1), 271-282.
- Sippel, S.R./Weldon, T. (2021): Redefining Land's Investability. Towards a Neoliberalization of Resources in Australia? In: *Territory, Politics, Governance* 9(2), 306-323.
- Tomlinson, M. (2002): Sacred soil in Kadavu, Fiji. In: *Oceania* 72(4), 237-257.
- Tsing, A.L. (2018): *The Mushroom at the End of the World*. Princeton/New Jersey: Princeton University Press.
- Visser, O. (2021): Persistent Farmland Imaginaries: Celebration of Fertile Soil and the Recurrent Ignorance of Climate. In: *Agriculture and Human Values* 38(1), 313-326.
- Vorbrugg, A. (2019): Not About Land, Not Quite a Grab. Dispersed Dispossession in Rural Russia. In: *Antipode* 51(3), 1011-1031.
- Whatmore, S. (2002): *Hybrid Geographies. Natures Cultures Spaces*. London: Sage.
- Wolford, W./Borras, S.M./Hall, R./Scoones, I./White, B. (2013): Governing Global Land Deals. The Role of the State in the Rush for Land. In: *Development and Change* 44(2), 189-210.
- Woods, M. (2006): Redefining the »Rural Question«. The New »Politics of the Rural« and Social Policy. In: *Social Policy and Administration* 40(6), 579-595.

Regionale Bedingungen der Subjektivierung in peripherisierten Regionen beforschen

Ein konzeptionell-methodologischer Vorschlag

Frank Meyer und Judith Miggelbrink

Abwanderung nach der schulischen Ausbildung ist für junge Menschen in vielen ländlichen Regionen Deutschlands eine Selbstverständlichkeit, die häufig als objektive Notwendigkeit angesichts mangelnder Arbeits- oder Karriere-möglichkeiten rationalisiert wird. Persistente Abwanderungsdynamiken über Generationen scheinen mitunter zu einer Art Abwanderungsnorm geführt zu haben (Meyer/Leibert 2021). Die Spezifik einer selektiven Migration junger Menschen aus peripherisierten Regionen wurde für den deutschen Kontext bereits wiederholt thematisiert (bspw. Leibert 2016). Soziale und diskursive Dynamiken, die zur Ausprägung eines Abwanderungsdispositivs und zur Etablierung der Abwanderungsnorm beitragen, sind in Grundzügen dokumentiert (bspw. Meyer 2017). Dennoch ist bislang wenig untersucht, in welcher Weise ein langanhaltendes Abwanderungsgeschehen diskursiv normalisiert und zu einem formierenden Moment subjektiver Identität wird. Diese Frage stellt sich insbesondere im Kontext der Peripherisierungsdebatte, im Rahmen derer Peripherien als strukturalistische Kennzeichnungen verstanden werden, an denen Individuen sich ausrichten (vgl. Fischer-Tahir/Naumann 2013; Meyer/Miggelbrink 2013). Dass sich Individuen zu kollektiv ausgehandelten Deutungen der sozialen Wirklichkeit in Beziehung setzen müssen (oder gesetzt werden), ist keine neue Einsicht. Dennoch ist es bisherigen Forschungen nicht ausreichend gelungen, die in dieser Perspektive enthaltene These, dass Subjekte an der Reproduktion dieser Strukturierungen teilhaben, umfassend zu konzeptualisieren und methodisch zu präzisieren (vgl. Spies 2019, 91).

Der Beitrag trägt insofern zur Kritischen Landforschung bei, als dass rurale Lebenswirklichkeiten, Praktiken, Subjektivierungen und Problematierungen durch sozioökonomische Kontexte, aber auch diskursive Rahmun-

gen ländlicher Räume geprägt werden (Maschke u.a. 2021, 42). Allerdings herrschen in ländlichen Räumen nicht ›automatisch‹ peripherisierte Bedingungen, noch sind städtische Räume ›automatisch‹ frei davon. Daher argumentiert unser Beitrag ›quer‹ zu einer kategorialen Unterscheidung von ›Land‹ und ›Stadt‹ und fokussiert wanderungsbezogene Praxen unter Bedingungen der Peripherisierung. Längere Zeit negative, geschlechts- und alterselektive Wanderungsbilanzen, von denen insbesondere ländliche Räume betroffen sind, können einen Hinweis darauf geben, dass hier eine subjektivierungsrelevante Wanderungsnorm einflussreich sein könnte.

Unser Beitrag basiert auf einer kurzen theoretisch-konzeptionellen Literaturanalyse. In Abschnitt 2 fassen wir zunächst einige Argumente aus der Peripherisierungs- wie auch aus der Migrationsforschung zusammen. Dem folgt eine Diskussion des Konzepts der Subjektivierung sowie daran anschließend methodologische Überlegungen zu einer empirischen Subjektivierungsforschung (Abschnitt 3 und 4). Diese fokussieren wir in Abschnitt 5 noch einmal auf eine regionalisierte Subjektivierungsforschung.

1. Peripherisierte Regionen und »regionale Abwanderungskulturen« – Ein Problemaufriss

Wir setzen mit unserem Beitrag an der Peripherisierungsdebatte an, die von der Beobachtung angetrieben wird, dass die »Epoche der Reduzierung räumlicher Ungleichheit zu Ende« gegangen sei, wie es Barlösius/Neu (2008, 5) formulierten. Diese Debatte zielt nicht auf innerstaatliche (und gelegentlich innereuropäische, vgl. u.a. Hudson 2015) Verhältnisse, die – entgegen der sowohl wohlfahrts- wie auch wettbewerbsstaatlich geweckten Erwartungen auf Angleichung – durch Disparitäten geprägt werden, die einerseits strukturell objektiviert sind (z.B. im Hinblick auf infrastrukturelle Ausstattung) und andererseits subjektiv als Vernachlässigungen und Abkopplungen wahrgenommen werden (bspw. Deppisch 2019; Miggelbrink 2020).

Peripherien werden – mindestens im innerstaatlichen Vergleich – als dauerhaft verfestigte Strukturdefizite verstanden, die sich in unzureichender Lebensqualität und sozialen Ungleichheiten niederschlagen. Diese wiederum können – bedingt durch selektive Abwanderungen junger Menschen, mangelnde Attraktivität für Investitionen und anderes – bestehende strukturelle Defizite verstärken, wie es etwa Modelle kumulativer Verursachung seit Langem annehmen (vgl. Beetz 2008, 11). Dies legt eine Pfadabhängigkeit

regionaler Entwicklungen nahe. Gegen eine allzu naturalistische Interpretation sich nahezu automatisch vollziehender Peripherisierung betonen jedoch Nagy u.a. (2015, 137), dass regionale Peripherisierung beziehungsweise regionale Marginalisierung ein Effekt sozialer Praktiken sei, der auf »Strategien und Beziehungen mehr oder weniger machtvoller Agenten zurückzuführen« ist (ebd.). Zunehmend wird die Rolle von Diskursen, Narrativen und Stigmatisierungen sowohl bezüglich ihrer Relevanz für die politisch-administrative Etikettierung von Regionen wie auch für die Adressierung der dort Lebenden betont (Meyer/Miggelbrink 2013). Hierzu gehören insbesondere diskursiv verfestigte, stereotype Gegenüberstellungen von Stadt und Land als Räume der Progressivität beziehungsweise Rückständigkeit, aber auch »Westdeutschland« versus »Ostdeutschland«, mittels derer heterogene und widersprüchliche soziale Verhältnisse auf einfache, aber wirkungsvolle räumliche Chiffren reduziert werden (Schlottmann 2005).

Peripherisierung ist demnach eine sozio-ökonomisch fundierte, räumliche Verdichtung ungleicher sozialer Verhältnisse, die machtdurchdrungen und diskursiv verfestigt ist. Damit scheint zugleich eine Begründung dafür gegeben, warum peripherisierte Räume zugleich Regionen sind, die nachhaltig von hoher Abwanderung betroffen sind. Genau an dieser Stelle gibt es aber eine Black Box, auf die unter anderen Keim (2006, 5) hingewiesen hat: Wie wird Peripherisierung jenseits allein struktureller Implikationen auf der individuellen Ebene wahrnehmungsprägend und in subjektiven Selbstverständnissen wirksam? Wir schlagen vor, diese Frage anhand der folgenden Punkte in den Blick zu nehmen:

- a) Wenn die Notwendigkeit der Abwanderung eine alltagspraktisch etablierte Gewissheit ist, wie wird diese Gewissheit individuell und gruppenbezogen reproduziert?
- b) Welche Relevanz haben regionalisierte Bedingungen für die Herausbildung subjektiver Selbstbeziehungen?
- c) Welche methodischen Anforderungen resultieren aus dieser Perspektive auf die Beforschung der subjektiven Verinnerlichung von Normen des Handelns und Entscheidens unter Bedingungen der Peripherisierung?

Forschungen zur Abwanderung aus ländlichen Regionen bearbeiten seit einigen Jahren mit Begriffen wie »culture of migration« (bspw. Horváth 2008) oder »emigration environment« (Carling 2002) die diskursiven Komponenten von Migration – in Carlings Untersuchung beispielsweise die

Bedeutung eines Diskurses regionaler Armut für subjektive Abwanderungsoptionen. Differenzierend unterscheidet Horváth (2008, 773ff.) hinsichtlich einer »culture of migration« erstens die Präsenz eines weithin geteilten Migrationsmusters und dessen Konsequenzen im Alltag, zweitens Normen und Ideen, die in der Aushandlung von Migration präsent sind, und drittens die symbolische Dimension von Abwanderung. Vor dem Hintergrund eines potenziell reifizierenden Charakters des Kulturbegriffs haben insbesondere Meyer/Leibert (2021) auf Basis empirischer Studien zur geschlechts- und altersselektiven Abwanderung aus ostdeutschen ländlichen Regionen den Versuch unternommen, den seit circa 15 Jahren kursierenden Begriff der »Abwanderungskultur« konzeptionell mit psychoanalytischen und systemtheoretischen Argumenten stärker zu unterfüttern. Sie argumentieren, dass Abwanderungskulturen als exemplarische migrationsbezogene epistemologische Transekte aufzufassen seien, anhand derer die komplexe Natur von Migrationsentscheidungsfindung mit Einflüssen verschiedener *scales* und *sites* des Lebensalltags nachvollzogen werden kann (ebd., 341f.). Tendenziell verdeckt der Begriff der »Abwanderungskultur« allerdings den Anspruch, individuelle Migrationsentscheidungen im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Einbettung und Bedingtheit zu rekonstruieren, indem er Abwanderung als durch kollektive verinnerlichte regionale soziale Verhältnisse (»Kultur«) rahmt.

Hinweise auf konkrete Arenen (bzw. *sites*) der Formierung von Abwanderungsentscheidungen im Kontext peripherisierter Bedingungen sind in der Literatur vereinzelt zu finden, doch wenig systematisch untersucht. Meyer (2017) konnte jedoch fallspezifisch zeigen, dass die Norm(alität) der Abwanderung insbesondere im privaten Umfeld zwischen Eltern, Großeltern und den potentiell abwandernden Kindern sowie partiell im schulischen Kontext thematisiert wird, während andere Arenen (bspw. Vereine, Freundeskreis) weniger relevant erscheinen. Im familiären Kontext ist die »Abwanderungsnorm« sogar explizites Thema, da selbst Jüngere, das heißt Kinder am Beginn des Teenageralters teils schon auf eine mögliche Abwanderung aus Regionen durch ihre Eltern vorbereitet werden (vgl. Leibert 2015, 38f.). Diese Arbeiten tragen zur Analyse der Herausbildung von Wegzugsentscheidungen empirische Ergebnisse bei. Sie vermögen es jedoch nicht nachzuzeichnen, wie diese Art von Prägung zu individuellen Migrationsakten führt, die sich kumuliert als alters- und geschlechtsselektive Abwanderung ausprägt. Dieser Aspekt ist notwendigerweise *en detail* zu adressieren, insbesondere, wenn sich regionale Verdichtungen von Wegzugsentscheidungen herausbilden. Im

Folgenden legen wir unter Rückgriff auf die jüngere Literatur zur Subjektivierungsforschung dar, wie die Formulierung einer solchen Antwort praktisch aussehen könnte.

2. Subjektivierung: Grundzüge des Konzepts

Die Subjektivierungsforschung hat in den letzten Jahren vor allem in den Sozialwissenschaften zahlreiche konzeptionelle Beiträge hervorgebracht, die sich auf ähnliche Fundamente stützen. Gemeinsam ist diesen – im Anschluss an die Arbeiten Foucaults – eine Sichtweise auf das Subjekt nicht als »vor-soziales, vorkulturelles und vorhistorisches Fundament« (Reckwitz 2017, 126) der Gesellschaft, sondern als »Form«, die »unterschiedliche Arten der Selbstbeziehungen des Subjekts« erlaubt (Stäheli 2000, 50). In dieser poststrukturalistischen Sicht ist ein Subjekt das (niemals vollendete) Resultat einer »in Institutionen stattfindende[n] Verwandlung empirischer Einzelmenschen in solche, die sich als Subjekte begreifen und als Individuen handeln« (Schrage 2012, 80). Aus der mittlerweile verzweigten Debatte sind folgende Argumente für uns von besonderem Interesse:

Erstens beziehen wir uns auf den von Althusser (2008) beschriebenen Mechanismus der Reproduktion ideologischer Staatsapparate, den er als Anrufung beschreibt. Die Bedeutung der Ideologie sehen wir darin, »dass durch sie das Subjekt konstituiert wird, indem es als Subjekt angerufen wird und dadurch handlungsfähig wird« (Miggelbrink/Meyer 2015, 206). Diese Subjektwerdung basiert auf »einer Inkorporation spezifischer Anforderungen an das, was der Mensch können muss oder sein soll« (Schnabel 2018, 93), die zudem mit einer affirmativen Ausrichtung auf Seiten des angerufenen Individuums einhergeht, »indem ein konkretes Individuum auf das diskursive Ereignis einer Anrufung reagiert« (Möllers u.a. 2014, 58). Dadurch werden sogenannte Selbsttechniken beziehungsweise -technologien etabliert, mittels derer Individuen Änderungen an sich selbst »aus eigener Kraft oder mithilfe anderer eine Reihe von Operationen an seinem Körper oder seiner Seele, seinem Denken, seinem Verhalten und seiner Existenzweise« vornehmen (Bröckling 2016, 39).

Hier lassen sich zweitens die Arbeiten von Butler (1997) zu performativen Sprechakten anschließen, die zeigen, wie »ein Individuum im Fortlauf sprachlicher Handlungen zu einem sozial anerkennungsfähigen Subjekt« wird (Buser/Ivanova-Chessex 2019, 44). Die Anrufung als eine »Praxis des

Bezeichnens« ist, nach Buser/Ivanova-Chessex (ebd.), Teil des »gesellschaftlichen Unterscheidungswissens«. Subjektivierung beruht mithin auf adressierenden und differenzierenden Akten. Das Subjekt ist weder »souveräner Handlungsträger«, noch »bloßer Effekt, dessen Handlungsmacht sich in reiner Komplizenschaft mit den vorgängigen Instrumenten der Macht erschöpft«, wie Butler (2006, 47) zeigt. Diese Perspektive auf Widerständigkeit betont, dass die Angerufenen sich diesen Adressierungen und den damit einhergehenden Normierungsansprüchen entziehen können. Die Spannung zwischen Adressierung und Akzeptanz sieht Rancière (1995) sogar als wesentliches Moment der Subjektivierung an, die er als »disidentification« (ebd., 36) bestimmt. Dieses Verständnis des Prozesses von Anrufung und der Reaktion präzisiert Velho (2014) anhand der Unterscheidung von Introjektion und Identifikation: Während Identifikation eine quasi-assimilatorische Änderung der Selbstrepräsentanz darstellt, indem beispielsweise das Subjektpositionsangebot von außen verinnerlicht würde, ist Introjektion die Übernahme fremder und adverser Positionen, deren Übernahme notwendig, aber nicht unbedingt freiwillig sei (vgl. ebd., 128f.).

Damit wird drittens die Frage aufgeworfen, welche Subjektpositionen innerhalb eines Spektrums gesellschaftlicher Identifizierungsmöglichkeiten und -zwänge konkret eingenommen werden können. Diese Subjektpositionen verstehen Davies/Harré (1990) als »konzeptuelles Repertoire und als Verortung für Personen innerhalb der Struktur der Rechte derer, die dieses Repertoire nutzen« (ebd., 46). Mit Subjektpositionen sind Metaphern, Erzählungen, Deutungsmuster und vieles mehr assoziiert (Miggelbrink/Meyer 2015, 208). Sie »stellen Optionen für Selbst- und Fremdpositionierungen zur Verfügung« (Buser/Ivanova-Chessex 2019, 44). Gleichzeitig sind diese subjekt-strukturierenden Positionen eher Blaupausen, weil sich Normen »aufgrund ihres fiktionalen oder auch phantasmatischen Charakters überhaupt nie vollständig verinnerlichen oder verkörpern lassen« (Rose 2015, 330). Dementsprechend muss Subjektivierung als unabgeschlossener und konfliktbehafteter Prozess gesehen werden; die Subjektwerdung und (vollständige) Identifikation mit einem gesellschaftlichen Positionierungsangebot bleibt zwangsläufig flüchtig. Aus dieser theoretischen Denkfigur resultieren methodische Herausforderungen, auf die wir uns im Folgenden konzentrieren.

3. Methodische Ansätze der Subjektivierungsforschung in den Sozialwissenschaften

Das Konzept der Subjektivierung ist – wie Schrage (2012, 80) betont – »spezifischer als das soziologische Konzept der Sozialisation«, »denn es zielt nicht auf die für jede Gesellschaft notwendige, sanktionsbewehrte Anpassung von Heranwachsenden an bestehende soziale Normen, sondern auf die kontrollierte Ermächtigung von Einzelnen zu eigenständigem Handeln in zunehmend komplexeren sozialen Wirklichkeiten«. Den Ausgangspunkt bildet Foucaults (2003 [1977-78]) Darstellung der »disziplinierenden Technologien der Macht«, die »kulturelle Regime des (legitimen) Mach- und Sagbaren setzen beziehungsweise ein diskursives Spannungsfeld von Idealen, Identitätsnormen und institutionalisierten Programmatiken anlegen, innerhalb dessen sich Alltagsakteur*innen zu orientieren haben beziehungsweise zu dem sie sich mehr oder auch weniger verhalten müssen« (Geimer u.a. 2019, 4). Die methodische Herausforderung besteht folglich darin, konkrete Diskurserfahrungen auf Seiten der beforschten Subjekte zu rekonstruieren, durch die normative Ordnungen in Alltagspraxis übersetzt und dadurch als konkrete affirmative oder konträre Umgangsweisen mit Normen sichtbar werden (ebd.). Die von Geimer u.a. (2019) zusammengestellten Untersuchungen machen dazu mehrere konkrete Vorschläge:

Eine erste Möglichkeit bietet die »interpretative Subjektivierungsanalyse« (vgl. Bosančić 2019), deren Ziel es ist, »die Entstehung von symbolischen Wahrheitsordnungen und den darin situierten Normalitätsfolien, deren Wirkung auf die Adressierten sowie die Rückwirkungen auf die Subjektpositionen empirisch zu untersuchen« (ebd., 49f.). Im ersten Schritt werden die an »diskursiven Kämpfen um legitime Wirklichkeitsbestimmungen beteiligten privilegierten Sprechpositionen empirisch identifiziert (und davon ausgeschlossene Akteur*innen) (ebd., 48f.). Im nächsten Schritt unterscheidet Bosančić (2019) Subjektpositionen, »die möglichen Adressaten nahelegen, wie sie ihr Selbst zu formen haben, um in bestimmten Kontexten z. B. »erfolgreich« zu sein, Anerkennung zu erhalten oder als »normal« wahrgenommen zu werden« (ebd., 49f.). In einem dritten Schritt werden Selbstpositionierungen als »kreativ-eigensinnige Ausdeutung, Aneignung oder Ablehnung der Subjektpositionen« analysiert (ebd.). Der finale Schritt führt zusammen, »wer [...] auf welche Weise in welchen Situationen an der Wahrheitsproduktion beteiligt ist und welche Effekte davon auf die Selbst-Positionierungsweisen ausgehen und welche möglichen Rückwirkungen sich auf der normativen Ebene

der Subjektpositionen rekonstruieren lassen« (ebd., 51). Die Betrachtung der Normenregime und deren Wahrnehmung durch angerufene Subjekte nennt Bosančić (2019) »empirische Doppelperspektive« (ebd., 59) und verweist damit auf die Notwendigkeit, mehrere Datentypen für die Betrachtung der Beziehung zwischen Subjekt und Normenregime einzubeziehen.

Die »Adressierungsanalyse« (Rose 2019) stellt eine zweite Option dar. Sie wird damit begründet, dass Adressierbarkeit und Adressabilität »eine grundsätzliche Struktur in und von Sozialität und Interaktion« seien und dementsprechend »die basale Operation der Subjektivierung« (ebd., 73). Der Fokus liegt folglich auf empirisch rekonstruierbaren »Anerkennungs- [beziehungsweise] [...] Subjektivierungsprozessen« mit dem Ziel, »Mikroprozesse« zu erfassen, »in denen Menschen anderen Menschen bedeuten, wer sie in ihren Augen sein können und soll[t]en«. Diese Adressierungsanalyse, die immer auch prozesshaft und performativ Re-Adressierungen mitdenkt, arbeitet mit »Mikroszenen«, anhand derer beispielhaft Anrufungen nachgezeichnet werden können (ebd., 77). Methodisch läuft Roses Vorschlag auf die Kombination von Konversations- und Diskursanalyse hinaus mit dem Ziel, für jede (Re-)Adressierung zu rekonstruieren,

- a) wie/weswegen die angesprochene Person selektiert wurde,
- b) »welche Norm[en] und normative Ordnung[en] in einer Äußerung aufgerufen und als gültig beansprucht werden« (ebd., 79),
- c) welche Positionierungen durch die adressierende Person zugeschrieben werden und in welchem Verhältnis sich die beteiligten Personen zueinander sehen, sowie
- d) wie die Beteiligten sich selbst sehen und charakterisieren (ebd.).

Beide Ansätze sind methodenkombinierend in dem Sinne, dass sie Wahrheitsregime und Normenartikulationen nicht allein diskursanalytisch befor-schen, sondern Adressierungen und Re-Adressierungen konkreter Subjekte mit subjektbezogenen Verfahren rekonstruieren. »Einerseits«, so betonen Bosančić u. a. (2019, 146), »muss eine Analyse der Wissensformen und ihrer materiellen, institutionellen und ökonomischen Bedingungen durchgeführt werden«, in der die adressierten Individuen identifiziert werden. Andererseits wird eine Rekonstruktion »der Umgangsweisen mit den diskursiven Wissensformen« gefordert (ebd.), weil nicht *per se* von einer affirmativen Übernahme von Adressierungen ausgegangen werden darf.

4. Konzeptionelle Ableitungen für die empirische Analyse regionalisierter Subjektivierungsbedingungen

Wie können diese Vorschläge für eine geographische Analyse von peripherisierten Regionen und dauerhaften Abwanderungserfahrungen fruchtbar gemacht werden? Während sozialwissenschaftliche Analysen vor allem den Einfluss sozialer Beziehungen auf Subjektivierungsprozesse fokussieren, kann ein geographischer Ansatz (die von Bosančić (2019) vorgeschlagene interpretative Subjektivierungsanalyse aufgreifend) die Relevanz regional spezifischer Subjektivierungsbedingungen herausarbeiten, benötigt dafür aber eine doppelte Perspektive: Zum einen ist es notwendig, strukturelle Verfestigungen sozio-ökonomischer Peripherisierungen als Ausdruck und Folge multipler Einbettungen konkreter lokal-regionaler Verhältnisse in weitere territoriale und skalare (nationale, europäische, globale) Kontexte zu verstehen. Dazu gehören beispielsweise politisch-ökonomische Asymmetrien zwischen West- und Ostdeutschland, die durch die Wende 1989/90 verstärkt und neu geschaffen wurden. Zum anderen ist es erforderlich, regionale Subjektivierungsbedingungen als alltagsweltlich und medial zirkulierende Artikulationen aufzufassen, die situativ Adressierungen (und Re-Adressierungen) ermöglichen, auslösen, legitimieren oder plausibilisieren. Dazu gehören beispielsweise als Gewissheiten artikulierte Äußerungen darüber, die jene stigmatisieren, die nicht fortziehen (vgl. Meyer 2017).

Wesentlich ist jedoch, die Deutungsebene nicht als Abbild einer soziostrukturellen, machtbezogenen und diskursiven Asymmetrie zu begreifen, die sich auf der subjektiven Ebene weiterverfolgen ließe, sondern vielmehr als eine eigenständige Wirkgröße in einem Geflecht vielfältiger und (häufig) widersprüchlicher sowie konfligierender Adressierungen zu begreifen. Das heißt, dass im empirischen Forschungsprozess keine bestimmte, kollektiv verbindliche Deutung vorausgesetzt werden kann, sondern zu untersuchen ist, welchen Reim sich die Betroffenen auf sprachliche und bildliche Artikulationen machen.

Subjektivierungs- und Adressierungsanalysen beleuchten den Bereich zwischen strukturellen beziehungsweise diskursiven Bedingungen auf der einen Seite und dem Individuum auf der anderen Seite. Eine geographische Perspektive kann hierbei vor allem die Dimensionen der übersubjektiven Bedingungen und die räumlichen Aspekte des In-Beziehung-Setzens von Individuum zu Adressierungsprozessen in den Blick nehmen. Das Ziel einer solchen Analyse besteht weder darin nachzuweisen, dass Individuen an einer

spezifischen – tendenziell reifizierten – regionalen ›Abwanderungskultur‹ teilhaben, noch geht es darum, Motive für Wanderungsentscheidungen zu rekonstruieren. Es geht vielmehr darum herauszuarbeiten, welche Relevanz ›Wegziehen‹ als etablierte Reaktion auf diskursiv verfestigte Deutungen regionaler sozio-ökonomischer Verhältnisse für die Formierung von Selbstbeziehungen hat. Die Frage lautet daher: Welche Selbstbeziehungen werden im Hinblick auf eine etablierte Norm der Abwanderung herausgebildet (und artikuliert), die als Erwartung an Individuen herangetragen wird?

Gerade die reaktiv-zirkuläre Komponente ist aus methodologischer Sicht jedoch besonders herausfordernd. Folgt man nämlich den oben dargelegten Vorschlägen, dann müssen zur Rekonstruktion subjektivierungsrelevanter regionaler Bedingungen der Peripherisierung

- a) die adressierenden Momente von Peripherisierungsprozessen dokumentiert,
- b) deren Wahrnehmung durch adressierte Subjekte individuell und gruppenspezifisch (zum Nachweis kollektiver Aushandlungsprozesse) nachgewiesen,
- c) daran anschließend die praxisrelevante Wirkmächtigkeit der Zuschreibungen auf die entsprechenden Subjekte zumindest fallspezifisch rekonstruiert, sowie abschließend
- d) die sozialstrukturellen Verwerfungen aggregierend damit in Zusammenhang gebracht werden.

Wie lässt sich das methodisch realisieren? Die *adressierenden Momente von Peripherisierungsprozessen* können diskursanalytisch erschlossen werden, als Beschreibungen der Situation, ›wie sie ist‹, das heißt, wie sie sich in bestimmten Arenen oder für bestimmte Akteur*innen darstellt. Einerseits kann dies durch eine Rekonstruktion öffentlicher (und ggf. mit spezifischen Legitimationen ausgestatteter) Diskurse erfolgen (z.B. Statistiken, Entwicklungsberichte, Rankings, aber auch Fernsehsendungen, Romane). Andererseits bieten sich individuelle (und gruppenbezogene) Erzählungen über ›die Region‹ an, die so angelegt sein sollten, dass sie eine vermutete Peripherisierungsproblematik nicht schlicht bestätigen und so ein Forschungsartefakt produzieren. Diese Erzählungen können gerade im Hinblick auf stereotype Aussagen darüber, wie es hier so ist, aufschlussreich sein. Die Dokumentation regionaler Peripherisierung kann auf der Basis einschlägiger Statistiken oder bestehender Analysen erfolgen, muss jedoch besonders den adressierenden Charakter

in Bezug auf die Region offenlegen. Das heißt, dass das Regionale und die Betrachtung regionalisierter Phänomene aus der Transektperspektive durchzuführen ist (vgl. Meyer/Leibert 2021).

Die anschließende Rekonstruktion der *Wahrnehmung von Adressierungen* muss vor dem Hintergrund alltäglicher Signifikanz erfolgen, das heißt, dass die Beforschten nicht durch Forschende mit Adressierungen konfrontiert, sondern bestehende wahrgenommene Adressierungen im Zuge qualitativer Rekonstruktionsprozesse offengelegt werden müssen. Hierbei sind individuelle Wahrnehmungen (bspw. im Rahmen von Interviews), kollektive Wahrnehmungsaushandlungen (bspw. im Rahmen von Gruppendiskussionen) oder verallgemeinerbare Aussagen (bspw. im Rahmen von standardisierten Befragungen) mögliche Analysefoki. Das wesentliche analytische Ziel in diesem Schritt besteht darin, zu verstehen, welche Adressierungen auf welche Weise und in welchen Arenen in Selbstbeziehungen überführt beziehungsweise von den so Adressierten als relevant für ihre Selbstbeziehungen benannt werden.

Der dritte Schritt, die fallspezifische *Rekonstruktion der praxisrelevanten Wirkmächtigkeit von Adressierungsprozessen* muss den Nachweis leisten, dass und auf welche Weise die Norm(alisierung) des ›Wegziehens‹ subjektformierend ist. Hier sind nun mehrere Interpretationsrichtungen denkbar: Ausgehend von der Differenz zwischen Identifikation und Introjektion (vgl. Velho 2014, 128f.) können Wanderungs- und Bleibeentscheidungen sowohl Momente der Assimilation an eine Wanderungsnorm beinhalten als auch introjektive Momente, in denen die Wanderungs- oder Bleibeentscheidung als struktureller Zwang präsent ist. Dies würde auf eine wanderungsbiographisch basierte *Rekonstruktion migrantischer Subjektivität* hinauslaufen. Dabei ist es wichtig zu berücksichtigen, dass sich die Differenz zwischen Identifikation und Introjektion nicht aus der Entscheidung wegzugehen oder zu bleiben ablesen lässt; vielmehr handelt es sich um ein In-Beziehung-Setzen zu einer Norm entlang der Differenz von Zwang und Freiwilligkeit. Eine zweite Möglichkeit besteht darin, gegennormative Positionen differenziert zu betrachten und gegebenenfalls typologisch zu systematisieren. Das würde bedeuten, die *Selbstbeziehungen der Dagebliebenen* anhand der von ihnen präsentierten Rationalisierungen des Bleibens herauszuarbeiten. Wenn Abwanderung hegemonial (geworden) ist, was bewegt dann zum Bleiben, wie wird das Bleiben in Bezug auf die Region gerahmt und welche Identifikationen werden dabei relevant gemacht? Diese Perspektive vermeidet die Reifizierung einer »Abwanderungskultur«, nimmt aber die alltägliche Prä-

senz eines weithin geteilten Migrationsmusters und dessen Niederschlag in »artifacts, habits, perspectives, ideas and values« (Horváth 2008, 773ff.) ernst. Eine dritte Möglichkeit, die praxisrelevante Mächtigkeit der Abwanderungsnorm herauszuarbeiten, besteht in der subjektspezifischen *Rekonstruktion der Arenen der Aushandlung*, in denen Normen und Ideen (ebd., 774) implizit präsent und/oder explizit verhandelt und damit auch (re)produziert werden. In allen drei Vorschlägen sind narrativ-biographische Interviews ein adäquates methodisches Mittel, um empirisches Material zu generieren, es würden jedoch unterschiedliche Auswertungsschritte erforderlich sein.

Inwieweit *sozialstrukturelle Verwerfungen* damit wieder in Zusammenhang gebracht werden können – sich also die Praxis der Abwanderung als Norm verselbstständigt hat, wie es der Begriff der »Abwanderungskultur« suggeriert –, lässt sich empirisch damit nicht abschließend klären. Es kann aber durchaus nachvollzogen werden, inwieweit Abwanderung als Ursache von sozialstrukturellen Verwerfungen *und* zugleich als Reaktion darauf Widerhall findet in lokalen und regionalen Medienberichten, in Statistiken, in politischen Programmen und Kampagnen, in Beauftragungen wissenschaftlicher Analysen zu demographischen Fragen und Ähnlichem. Daraus lässt sich zumindest erkennen, inwieweit eine öffentliche Problematisierung stattfindet oder stattgefunden hat, die ihrerseits versucht, auf Migrationsentscheidungen Einfluss zu nehmen und damit im oben genannten Sinne subjektivierend wirksam werden könnte. Dieser Schritt kann forschungslogisch als inhaltsanalytisch ausgerichtete Dokumentenanalyse am Beginn stehen, jedoch ist es unserer Erfahrung nach durchaus lohnend, dass auch befragte Personen im Zuge der empirischen Arbeit Auskunft darüber geben, was nach ihrer Meinung sozialstrukturelle Effekte darstellen und warum dies der Fall ist.

5. Fazit: Folgerungen für eine Forschungsperspektive mit einer Dezentrierung des Subjekts

Poststrukturalistische Theorien verstehen Subjektivierung als Prozess, der »zwischen sozialen Strukturen und individuellen Existenzen vermittelt« (Schurr/Strüver 2016, 92). Prozesse der Subjektivierung oszillieren daher immer zwischen möglichen Subjektpositionen, deren Spektrum »weiter« oder »enger« normiert sein können, und dem Annehmen, Verweigern und Verschieben durch eben diese individuelle Existenz. Damit eröffnet sich aus unserer Sicht eine konzeptionelle Perspektive, in der sowohl die sozio-

strukturellen Bedingungen, die Peripherisierung hervorbringen, wie auch die diskursiven Rahmungen in den Alltagspraxen verorteter Subjekte erfasst werden sollten. Diese kann zur Landforschung insofern beitragen, als sie insbesondere zum Verständnis kollektiv verfestigten alltäglichen Wissens über die Notwendigkeit des Weggehens beiträgt, indem sie die subjektive Relevanz struktureller Bedingungen und die strukturelle Relevanz individueller Wahrnehmungen und Entscheidungen gleichermaßen betont. Dafür, so haben wir mit den sozialwissenschaftlichen Debatten gezeigt, genügt eine Adressierungsanalyse allein nicht, denn sie würde primär das Spektrum der Positionierungsmöglichkeiten – im Sinne von Handlungserwartungen – erfassen. Demgegenüber scheint es uns notwendig, auch die perzeptive Seite sowie den akkumulativen Aspekt – Abwanderung als individuelle Entscheidung vieler – in den Blick zu nehmen, um so zu verstehen, wie Abwanderung als Normalität etabliert wird und darüber zur Norm werden kann, an der Subjekte sich ausrichten (sollen). Methodisch läuft das zwangsläufig auf eine Methodenkombination hinaus, in der diskursanalytische Verfahren mit subjektzentrierten Verfahren verbunden werden müssen. Der Gewinn eines solchen Zugangs liegt darin, dass es weder das ›Subjektive‹ gegen gesellschaftliche Strukturen ausspielt noch umgekehrt die Wirkmächtigkeit des Strukturellen negiert. Vielmehr vermag ein solcher Ansatz, die Reifikation regionalisierter Problematisierungen empirisch fundiert herauszufordern und stattdessen eine regionalisierte Analyse spezifischer Diskurs-/Praxisregime anzubieten.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Althusser, L. (2008): *On Ideology*. London: Verso.
- Barlösius, E./Neu, C. (Hg.): *Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit?* Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften.
- Beetz, S. (2008): *Peripherisierung als räumliche Organisation sozialer Ungleichheit*. In: Barlösius, E./Neu, C. (Hg.): *Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit?* Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 7-16.
- Bosančić, S. (2019): *Die Forschungsperspektive der interpretativen Subjektivierungsanalyse*. In: Geimer, A./Amling, S./Bosančić, S. (Hg.): *Empirische*

- und theoretische Perspektiven auf Subjektivierungsprozesse. Wiesbaden: Springer, 43-64.
- Bosančić, S./Pfahl, L./Traue, B. (2019): Empirische Subjektivierungsanalyse: Entwicklung des Forschungsfeldes und methodische Maximen der Subjektivierungsforschung. In: Geimer, A./Amling, S./Bosančić, S. (Hg.): Empirische und theoretische Perspektiven auf Subjektivierungsprozesse. Wiesbaden: Springer, 135-150.
- Bröckling, U. (2016): Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Buser, F./Ivanova-Chessex, O. (2019): Die (Selbst-)Optimierung der »anderen«. Mentoring als ein subjektivierender Kontext unter Bedingungen von Migration und Ökonomisierung. In: Zeitschrift für Diversitätsforschung 4(1/2), 42-53.
- Butler, J. (1997): *The Psychic Life of Power. Theories in Subjection*. Stanford: Stanford University Press.
- Butler, J. (2006): *Haß spricht. Zur Politik des Performativen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Carling, J. (2002): Migration in the Age of Involuntary Immobility. Theoretical Reflections and Cape Verdean Experiences. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 28(1), 5-42.
- Davies, B./Harré, R. (1990): Positioning. The Discursive Production of Selves. In: *Journal for the Theory of Social Behaviour* 20(1), 43-63.
- Deppisch, L. (2019): »Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen, hat der Populismus freie Bahn« – eine Analyse des populär-medialen Diskurses zu der Bedeutung von Infrastrukturverfall, Abstiegsangst und rechten (extremistischen) Werten für den Zuspruch zum Rechtspopulismus. (= Band 119: Thünen Working Paper) Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Fischer-Tahir, A./Naumann, M. (Hg.) (2013): *Peripheralization. The Making of Spatial Dependencies and Social Injustice*. Wiesbaden: VS.
- Foucault, M. (2003[1977-78]): *Security, Territory, Population. Lectures at the Collège de France 1977-78*. Houndsmill: Palgrave-Macmillan.
- Geimer, A./Amling, S./Bosančić, S. (Hg.): *Empirische und theoretische Perspektiven auf Subjektivierungsprozesse*. Wiesbaden: Springer.
- Horváth, I. (2008): The Culture of Migration of Rural Romanian Youth. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 34(5), 771-786.
- Hudson, R. (2015): Uneven Development, Socio-Spatial Polarization and Political Responses. In: Lang, T./Henn, S./Sgibnev, W./Ehrlich, K. (Hg.): Un-

- derstanding Geographies of Polarization and Peripheralization. Perspectives from Central and Eastern Europe and Beyond (= New Geographies of Europe). Basingstoke: Palgrave Macmillan, 25-39.
- Keim, K.-D. (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37, 3-7.
- Leibert, T. (2015): Abwanderung Jugendlicher aus postsozialistischen ländlichen Räumen. In: *Geographische Rundschau* 67(9), 34-41.
- Leibert, T. (2016): She Leaves, He Stays? Sex-selective Migration in Rural East Germany. In: *Journal of Rural Studies* 43, 267-279.
- Maschke, L./Mießner, M./Naumann, M. (2021): *Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven*. Bielefeld: transcript.
- Meyer, F. (2017): Navigating Aspirations and Expectations. Adolescents' Considerations of Outmigration from Rural Eastern Germany. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 44, 1032-1049.
- Meyer, F./Leibert, T. (2021): »You Have to Leave Some Day!« On the Role of Cultures of Migration in the Migration Decisions of Young People in Shrinking Regions of Central Germany. In: *Geographica Helvetica* 76(3), 335-345.
- Meyer, F./Miggelbrink, J. (2013): The Subject and the Periphery. About Discourses, Loopings and Ascriptions. In: Fischer-Tahir, A./Naumann, M. (Hg.): *Peripheralization. The Making of Spatial Dependencies and Social Injustice*. Wiesbaden: VS, 207-223.
- Miggelbrink, J. (2020): Ländliche Räume – strukturschwach, peripher, abgehängt? In: Krajewski, C./Wiegandt, C.-C. (Hg.): *Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 64-80.
- Miggelbrink, J./Meyer, F. (2015): Spuren medialer räumlicher Repräsentationen in den Wahrnehmungen von Subjekten. *Ansatzpunkte zur Analyse*. In: *Geographische Zeitschrift* 103(4), 202-216.
- Möllers, N./Hälterlein, J./Spies, T. (2014): Subjektivierung als Artikulation diskursiver Ordnungen. Zur Aneignung von Subjektpositionen im Kontext der Entwicklung automatisierter Videoüberwachung. In: *Zeitschrift für Diskursforschung* 1, 55-76.
- Nagy, E./Timár, J./Nagy, G./Velkey, G. (2015): The Everyday Practices of the Reproduction of Peripherality and Marginality in Hungary. In: Lang, T./Henn, S./Sgibnev, W./Ehrlich, K. (Hg.): *Understanding Geographies of Polarization and Peripheralization. Perspectives from Central and Eastern*

- Europe and Beyond. (= New Geographies of Europe) Basingstoke: Palgrave Macmillan, 135-155.
- Rancière, J. (1995): Disagreement. Politics and Philosophy. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Reckwitz, A. (2017): Subjektivierung. In: Gugutzer, R./Klein, G./Meuser, M. (Hg.): Handbuch Körpersoziologie. Wiesbaden: Springer, 125-130.
- Rose, N. (2015): Subjekte der Macht bei Judith Butler und Michel Foucault. Machtvolle Diskurse, Subjektivierungen und Widerstand als Ausgangspunkt für eine rassismuskritische Perspektive in der Migrationsforschung. In: Reuter, J./Mecheril, P. (Hg.): Schlüsselwerke der Migrationsforschung. Wiesbaden: Springer, 323-342.
- Rose, N. (2019): Erziehungswissenschaftliche Subjektivierungsforschung als Adressierungsanalyse. In: Geimer, A./Amling, S./Bosančić, S. (Hg.): Empirische und theoretische Perspektiven auf Subjektivierungsprozesse. Wiesbaden: Springer, 65-86.
- Schlottmann, A. (2005): 2-Raum-Deutschland – alltägliche Grenzziehung im vereinten Deutschland. Oder: Warum der Kanzler in den Osten fuhr. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 79(2/3), 179-192.
- Schnabel, M. (2018): Macht und Subjektivierung. Eine Diskursanalyse am Beispiel der Demenzdebatte. Wiesbaden: Springer.
- Schrage, D. (2012): Subjektivierung durch Normalisierung. In: Riegraf, B./Spreen, D./Mehmann, S. (Hg.): Medien – Körper – Geschlecht. Bielefeld: transcript, 73-88.
- Schurr, C./Strüver, A. (2016): »The Rest«. Geographien des Alltäglichen zwischen Affekt, Emotion und Repräsentation. In: Geographica Helvetica 71(2), 87-97.
- Spies, T. (2019): Subjekt und Subjektivierung. Perspektiven (in) der Biografieforschung. In: Geimer, A./Amling, S./Bosančić, S. (Hg.): Empirische und theoretische Perspektiven auf Subjektivierungsprozesse. Wiesbaden: Springer, 87-110.
- Stäheli, U. (2000): Poststrukturalistische Soziologien. Bielefeld: transcript.
- Velho, A. (2014): (Un-)Tiefen der Macht. Subjektivierung unter den Bedingungen von Rassismuserfahrungen in der Migrationsgesellschaft. In: Broden, A./Mecheril, P. (Hg.): Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft. Bielefeld: transcript, 113-138.

Cultural Political Economy ländlicher Räume

Andreas Kallert, Bernd Belina, Michael Mießner und Matthias Naumann

1. Einführung

Ungleiche räumliche Entwicklung und deren Folgen für ländliche Regionen werden aktuell vermehrt diskutiert (z.B. Fischer-Tahir/Naumann 2013). Allerdings setzen sich dabei aus dem Spektrum der politischen Vorschläge regelmäßig jene durch, die mit etablierten Positionen übereinstimmen. Um diese These zu untermauern, stützen wir uns auf den Ansatz der Cultural Political Economy (CPE), dessen Potential vorzustellen Ziel dieses Beitrags ist. Insbesondere ermöglicht die CPE eine Einordnung des Verlaufs der Re-Politisierung peripherisierter ländlicher Räume. Die Stärken des Ansatzes sind *erstens*, dass er sich auf die Verbindung zwischen den diskursiven und strukturellen (in der Terminologie der CPE: semiotischen und extra-semiotischen) Momenten der Re-Politisierung konzentriert; *zweitens* bietet sie eine methodische Anleitung für die Systematisierung von Diskursen zur Entwicklung ländlicher Räume, um »ökonomische Vorstellungswelten« (Sum/Jessop 2013, 166ff.) zu identifizieren. Diese Vorstellungswelten bieten Akteur*innen bei der Entscheidungsfindung und Strategiebildung eine Orientierung. *Drittens* gewährt die CPE ein überzeugendes Modell des Verlaufs der Politisierung. Der CPE zufolge steht am Anfang einer politischen Debatte eine Vielzahl von Positionen, die dann mit den bestehenden materiellen Strukturen konfrontiert und schrittweise an vorhandene hegemoniale Konstellationen angepasst werden.¹

Auf Grundlage der CPE untersuchen wir die Re-Politisierung ländlicher Räume anhand aktueller Debatten zur regionalen Strukturpolitik in Hessen. Einerseits herrscht in der politischen Debatte zu Themen wie Infrastrukturproblemen, Landflucht und Verödung des ländlichen Raums in Deutschland

1 Der Beitrag basiert auf Kallert u.a. 2020; 2021.

große Einigkeit: Der Staat muss sich wieder stärker um die peripheren ländlichen Räume kümmern. Dies zeigt sich in der gegenwärtigen Prominenz der »gleichwertigen Lebensverhältnisse« des Art. 72 (2) GG, die etwa in »Unser Plan für Deutschland« (Bundesministerium des Inneren 2019) der Bundesregierung besonders betont werden. Andererseits wird an diesem kritisiert, dass die Ergebnisse der Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse« (2018-19) kaum berücksichtigt werden, die Handlungsempfehlungen vage sind und konkrete Finanzierungsvorschläge unterbleiben (Baumgart/Priebs 2019). Diese Kritik deckt sich mit zahlreichen Analysen, die zeigen, dass die Probleme peripherer ländlicher Räume in Deutschland trotz ihrer Prominenz im politischen Diskurs nicht ausreichend von der Politik aufgegriffen werden (z.B. Fink u.a. 2019). Wir teilen diese Kritik und gehen in diesem Beitrag über sie hinaus, indem wir aufzeigen, warum dem so ist. Dazu untersuchen wir am Beispiel ländlicher Entwicklung in Hessen die Diskurse über räumliche Ungleichheit. Auf Grundlage der CPE argumentieren wir, dass angesichts der Verdichtung von Neoliberalismus und Austerität in den Staatsapparaten (Jessop 2015) davon ausgegangen werden kann, dass die Diskurse zunehmend auf einige wenige Politiken reduziert werden, die mit der bestehenden Hegemonie kompatibel sind.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut. In Abschnitt 2 stellen wir die CPE als Ansatz für eine kritische Landforschung vor und fokussieren dabei das theoretisch begründete Verhältnis von Diskurs und Politiken sowie das Modell der Politisierung. Anschließend stellen wir dar, wie wir die CPE für die Analyse ländlicher Entwicklung methodisch operationalisiert haben (Abschnitt 3), und zeigen auf, welche ökonomischen Vorstellungswelten um die »richtige« ländliche Entwicklung in Hessen konkurrieren (Abschnitt 4). Abschnitt 5 diskutiert die unvollständige Re-Politisierung der hessischen Struktur- und Regionalpolitik. Im Fazit fragen wir, welche politischen Koalitionen notwendig wären, um von der aktuellen Diskussion zu einer Politik zu gelangen, die ländliche Entwicklung progressiv verändern könnte.

2. Cultural Political Economy und die Analyse ländlicher Entwicklung

Die CPE wurde bislang nur in wenigen Studien über ländliche Entwicklung verwendet (z.B. Lysgård 2016, Dudek 2021, Dudek/Kallert 2017). In diesem Abschnitt stellen wir den Ansatz in zwei Schritten ausführlich vor. Zunächst

skizzieren wir, wie die Beziehung zwischen Diskurs und Politiken theoretisiert wird (Abschnitt 2.1). Anschließend erläutern wir das bereits erwähnte Modell von Politisierungsprozessen sowie das Konzept der ökonomischen Vorstellungswelten (Abschnitt 2.2), das für die empirischen Illustrationen in diesem Beitrag zentral ist.

2.1 Diskurs und Politik in der Cultural Political Economy

Die CPE kann einerseits als Weiterentwicklung der materialistischen Regulationstheorie und andererseits als Kritik an der strukturalistischen Perspektive dieser Theorietradition verstanden werden, die dazu neigt, kulturelle Aspekte zu vernachlässigen. Sie versteht sich als »ein neuer post-disziplinärer Ansatz, der den Beitrag des *Cultural Turn* (die Beschäftigung mit Semiose oder Sinnstiftung) zur Analyse der Artikulation zwischen dem Ökonomischen und dem Politischen und ihrer Einbettung in breitere soziale Beziehungen hervorhebt« (Jessop 2010, 336). Ausgangspunkt ist das Konzept der »Hegemonie« in der Tradition von Antonio Gramsci, mit dem der Prozess bezeichnet wird, in dem in kapitalistischen Gesellschaften strategisch Konsens hergestellt wird. Auf theoretischer Ebene erfordert dies eine Kombination von Diskurstheorien (z.B. Fairclough 2010; Jäger/Jäger 2007) mit materialistischen Staatstheorien, die sich darauf konzentrieren, wie spezifische Interessen von Klassen, Klassenfraktionen und sozialen Gruppen selektiv in den Staatsapparat eingeschrieben werden (Jessop 1999; Hirsch 2005). Methodisch verlangt dieses Verständnis von Hegemonie eine Hinwendung zum Konkreten und seinen spezifischen Historien und Geographien (Ekers u.a. 2013).

Die CPE untersucht also die Herstellung von Hegemonie in ihren diskursiven und materiellen Dimensionen. Demnach hängt die Umsetzung wirtschaftlicher, politischer und sozialer Interessen in politische Maßnahmen nicht nur von materiellen, sondern auch von diskursiven Ressourcen ab. Insbesondere die Fähigkeit, Interessen in einer bestimmten Weise zu artikulieren, ist für politische Strategien entscheidend (Sum/Jessop 2015). Dies ergibt sich aus der Notwendigkeit, Komplexität zu reduzieren. Ein erster wichtiger Mechanismus in diesem Prozess ist dabei die selektive Generierung von Bedeutung durch Semiose. Da die Welt nicht in ihrer ganzen Komplexität erfasst werden kann, müssen sich die Akteur*innen selektiv auf bestimmte Aspekte konzentrieren. Diesen wird dann eine besondere Bedeutung im System der Semiose zugewiesen. Diese selektive Wahrnehmung hängt stark von den bestehenden Bedeutungssystemen der beteiligten Akteur*innen ab

(Jessop 2010). Als zweiter Mechanismus der Komplexitätsreduktion spielt die Strukturierung eine wichtige Rolle. Darunter versteht man die Ermöglichung von Routinen und Strategien in potenziell kontingenten Settings durch die Begrenzung der zur Verfügung stehenden Optionen. Die Strukturierung muss sowohl flexibel als auch offen für Innovationen sein, um auf veränderte Umweltbedingungen reagieren zu können. Die beiden Formen der Komplexitätsreduktion zusammen verwandeln »bedeutungslose und unstrukturierte Komplexität in bedeutungsvolle und strukturierte Komplexität« (Jessop 2010, 338). Somit ist jede soziale Praxis semiotisch, sie lässt sich jedoch nicht auf Semiotik reduzieren. Bei allen Handlungen sind auch außersemiotische Eigenschaften sozialer Strukturen wie Regulationen oder Institutionen von Bedeutung (Jessop/Oosterlynck 2008).

2.2 Re-Politisierung und »ökonomische Vorstellungswelten«

Unter Bezugnahme auf evolutionäre Theorien schlägt die CPE ein Modell der Politisierung vor, das zwischen drei Phasen unterscheidet: »Kontingentes Entstehen (Variation), anschließende Privilegierung (Selektion) und fortlaufende Realisierung (Retention) spezifischer diskursiver und materieller Praktiken« (Jessop 2010, 340). Ausgangspunkt ist eine Krise hegemonialer Deutungen, die Gegenstand von Diskussionen ist. In unserem Fall ist dieser Ausgangspunkt die Krise peripherer ländlicher Räume. In der ersten Phase der »Variation« spielt die Semiose eine wichtigere Rolle als die Materialität in einer noch unstrukturierten Komplexität: Zahlreiche Ideen und Visionen zirkulieren, um die Krise zu beschreiben und zu bewältigen. Im Streit zwischen den Vertreter*innen der verschiedenen Positionen kommt es zur Politisierung. In der zweiten Phase, der »Selektion«, werden die Ideen mit den Realitäten konfrontiert, in der Form, wie sie in Strukturen wie Staatsapparate, Institutionen, Gesetze und hegemoniale Diskurse eingeschrieben sind. Nicht jede Deutung, zum Beispiel über die Ursachen und Folgen ungleicher räumlicher Entwicklung, kann gleich gut mit diesen bestehenden Strukturen in Einklang gebracht werden. Nur jene, denen dies gelingt, werden schließlich zur Grundlage geteilter gesellschaftlicher Deutungen und Institutionalisierungen. Deshalb werden im politischen Diskurs die zahlreichen Interpretationen auf einige wenige reduziert. In der dritten Phase, der »Retention«, reduziert sich der Streit auf die Frage, welche der wenigen verbleibenden Ideen und Visionen sich durchsetzen und in der Politik materialisieren werden. In dieser Phase werden die vorhandenen ma-

teriellen Gegebenheiten wie der Zugang zu Regierungsapparaten und Medien sowie zu den finanziellen, personellen und organisatorischen Ressourcen entscheidend. Nun werden die vorherrschenden Konstruktionen in neuen Technologien, Habitus, politischen Projekten, Gesetzen und Vorschriften, Planung und so weiter institutionalisiert (Jessop 2013).

Innerhalb dieser evolutionären Prozesse der Variation, Selektion und Retention spielen ökonomische Vorstellungswelten (*economic imaginaries*), das heißt allgemeine Vorstellungen über die Wirtschaft, eine wichtige Rolle. Sie bieten individuellen und kollektiven Akteur*innen bei der Entscheidungsfindung und Strategiebildung eine Orientierung (Jessop 2010; Sum/Jessop 2013). Sie liefern Definitionen dessen, was »die Wirtschaft« ausmacht. Solche konzeptionellen Vorstellungen können unterschiedliche wie auch miteinander verwobene Aspekte berühren, auch solche, die nicht zur Ökonomie im engeren Sinne gehören, wie zum Beispiel Vorstellungen von Gerechtigkeit, Fairness, dem guten Leben und so weiter. Vor allem in unstrukturierter und komplexen Situationen bieten ökonomische Vorstellungswelten Orientierung für Entscheidungen über politische Strategien (Jessop 2004). Eine CPE-inspirierte Analyse ländlicher Entwicklung muss identifizieren, welche Probleme, Problemursachen und -lösungen politische Entscheidungsträger*innen in peripheren ländlichen Gebieten sehen.

3. Methodische Operationalisierung der Cultural Political Economy für ländliche Entwicklung

Methodisch bietet die CPE »einen Werkzeugkasten« (Jessop/Scherrer 2015, 8). Um die ökonomischen Vorstellungswelten über die ländliche Entwicklung in Hessen zu identifizieren, folgen wir Kutter und Jessop (2015), die die Kritische Diskursanalyse als Ausgangspunkt für eine Analyse im Rahmen der CPE verwenden. Dementsprechend führten wir eine Kritische Diskursanalyse (Jäger/Jäger 2007) von 104 Dokumenten durch, die von den folgenden Institutionen zwischen 2018 und 2020 veröffentlicht wurden:

- Gewerkschaften: Pressemitteilungen und Arbeitspapiere von DGB, ver.di und GEW Hessen;
- Hessischer Rechnungshof: Kommunalbericht 2019 und öffentliche Präsentationen;

- Kommunale Spitzenverbände: Pressemitteilungen des Hessischen Städte- und Gemeindebundes und des Hessischen Landkreistages;
- Hessische Landesregierung: Koalitionsvertrag zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen, Pressemitteilungen, Regierungserklärungen und Richtlinien zur Haushaltskonsolidierung der »Schutzschirmkommunen« (überschuldete Kommunen);
- Bundesregierung: Leitbild für die Raumentwicklung, »Unser Plan für Deutschland. Gleichwertige Lebensverhältnisse überall«; und
- im Hessischen Landtag vertretene politische Parteien: Wahlprogramme der AfD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE, FDP und SPD für die hessische Landtagswahl 2018.

Zunächst identifizierten wir Problematisierungen (*social wrongs*; Fairclough 2010, 235), das heißt Probleme ländlicher Entwicklung, die in diesen Dokumenten genannt werden. Anschließend arbeiteten wir die Ursachen und Lösungsstrategien heraus, das heißt »Kausale Erzählungen« (*causal stories*; Stone 1989), die vorgebracht wurden, und aggregierten sie zu Themenbündeln. Diese Themenbündel umfassten mehrere Dimensionen: Bereitstellung von (öffentlichen) Dienstleistungen (Gesundheit, Bildung und technische Infrastruktur), kommunale Haushalte, gleichwertige Lebensverhältnisse, interkommunaler Wettbewerb/Kooperation und Ehrenamt. Schließlich haben wir drei ökonomische Vorstellungswelten rekonstruiert, die sowohl den Problematisierungen als auch den vorgeschlagenen Lösungen für die ländlichen Gebiete zugrunde liegen. Hierfür aggregierten wir ähnliche Positionen innerhalb der thematischen Bündel zu ökonomischen Vorstellungswelten, die »über viele Orte und Maßstäbe hinweg operieren und lokale Hegemonien zu einem umfassenderen hegemonialen Projekt verbinden« (Sum/Jessop 2015, 32). In einem letzten Schritt ordneten wir die untersuchten Akteur*innen der hessischen Regionalpolitik den drei Vorstellungswelten zu.

Darüber hinaus haben wir in der ersten Jahreshälfte 2020 neun halbstrukturierte Expert*inneninterviews mit Personen geführt, die in Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft in ländlichen Räumen Hessens aktiv sind. Wir sprachen mit Akteur*innen aus strukturschwachen ländlichen Gemeinden unter Spardruck sowie ehrenamtlich Engagierte in den Bereichen Politische Bildung, neue Ansätze in der Gesundheitsversorgung und in genossenschaftlichen Projekten. Themen waren aktuelle Herausforderungen und Probleme sowie Bewältigungsstrategien.

4. **Ökonomische Vorstellungswelten über die Entwicklung ländlicher Räume in Hessen**

Insgesamt lassen sich drei ökonomische Vorstellungswelten identifizieren: (1) die aktivierende, chancenorientierte Vorstellungswelt, (2) die austeritäre, wettbewerbszentrierte Vorstellungswelt und (3) die keynesianische, wohlfahrtsstaatsorientierte Vorstellungswelt. Diese Vorstellungswelten charakterisieren jeweils spezifische Positionen und Herangehensweisen an die Ungleichheiten ländlicher Räume. Auf der Grundlage dieser Vorstellungswelten ringen ihre jeweiligen Vertreter*innen um den regionalpolitischen Umgang mit räumlichen Disparitäten in Hessen.

4.1 **Die aktivierende, chancenorientierte ökonomische Vorstellungswelt**

Die aktivierende, chancenorientierte Vorstellungswelt umfasst die Idee eines aktivierenden Staates, der sich darauf konzentriert, Anreize (v.a. durch Subventionen) unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu setzen. Diese Vorstellungswelt zielt darauf ab, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Bürger*innen die gleichen Chancen haben, an Markt und Wettbewerb teilzunehmen. Sie wird maßgeblich von der hessischen Landesregierung aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen sowie den kommunalen Spitzenverbänden und der Bundesregierung vertreten. Charakteristisch sind die Narrative der Chancengleichheit, der Generationengerechtigkeit und der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung.

Der Staat wird als Instanz angesehen, die vor allem durch zeitlich befristete und projektbezogene Förderungen die Wettbewerbsbedingungen der Kommunen verbessert und damit die endogene Entwicklung ländlicher Räume unterstützt. Er fördert damit die Chancengleichheit für ungleiche Kommunen. Begrenzt wird dieses Handeln durch die seit 2020 geltende hessische »Schuldenbremse«, die kommunale Haushalte mittels einer »angeleitete[n] Ausgabendisziplin« (Hessisches Ministerium des Innern und für Sport 2019) sanieren und zu einer »generationengerechte[n] Haushaltsführung« (ebd.) führen soll. Auch Einnahmeerhöhungen durch Gebühren, Abgaben und Steuern auf kommunaler Ebene werden von der Landesregierung gefordert, Steuererhöhungen auf Landes- und Bundesebene jedoch aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit abgelehnt. Leistungen der Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel Krankenhäuser, sollen sich wirtschaftlich selbst tragen und werden zu-

sammen mit anderen Infrastrukturen als Standortfaktoren im Wettbewerb um Unternehmen und Einwohner*innen gesehen. Bei »Marktversagen«, zum Beispiel in dünn besiedelten ländlichen Gebieten, sieht sich der Staat jedoch in der Verantwortung, die Versorgung zu gewährleisten.

4.2 Die austeritäre wettbewerbszentrierte Vorstellungswelt

Die austeritäre wettbewerbszentrierte Vorstellungswelt wird vom Hessischen Rechnungshof, der AfD und der FDP vertreten. Sie zeichnet sich vor allem durch die neoliberale Forderung nach einem »schlanken« Staat aus, der sich auf seine »wesentlichen« Aufgaben beschränkt. Im Sinne der Sparpolitik werden die kommunalen Haushaltsprobleme vor allem auf der Ausgabenseite identifiziert, wobei klassische neoliberale Instrumente zum Einsatz kommen. So führt der Hessische Rechnungshof (2019, 117) ein detailliertes Benchmarking aller kommunalen Ausgaben durch, um auf negative Abweichungen hinzuweisen, indem er zum Beispiel die durchschnittlichen Kosten für Reinigung in öffentlichen Gebäuden auf Basis der Nettogrundfläche in allen Kommunen betrachtet. Der Haushaltsausgleich wird als »generationengerecht« ohne Rücksicht auf spezifische räumliche Gegebenheiten bezeichnet. Sonderlösungen für dünn besiedelte ländliche Räume mit zusätzlichen Infrastrukturkosten finden sich kaum. In dieser Vorstellungswelt sollen wirtschaftlich starke Kommunen auch nicht durch »leistungsfeindliche« Abgaben (FDP Hessen 2018, 39) wie die hessische Solidaritätsumlage – eine Umlage von wirtschaftsstarken hin zu wirtschaftsschwachen, oft ländlichen Kommunen – belastet werden. Wettbewerb wird als unverzichtbar angesehen, »um optimale wirtschaftliche Ergebnisse zu erzielen«, die staatliche Wirtschaftstätigkeit müsse strikt begrenzt werden (AfD Hessen 2018, 51). Einer Politik der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Sinne einer ausgleichenden Regional- und Strukturpolitik werden durch diese Vorstellungswelt sehr enge Grenzen gesetzt. Die austeritäre, wettbewerbszentrierte Vorstellungswelt fordert die hegemoniale hessische Landespolitik »von rechts« heraus, indem sie Ungleichheit als natürliches Ergebnis des Wettbewerbs rechtfertigt. Insbesondere die Fokussierung auf den Ausgleich der kommunalen Haushalte ohne (Neu-)Verschuldung findet in der hessischen Landespolitik Resonanz.

4.3 Die keynesianische sozialstaatsorientierte Vorstellungswelt

Diese Vorstellungswelt steht für einen Staat, der stärker in die Sozialpolitik eingreift. Er soll durch umverteilende Steuern und eine aktive Struktur- und Regionalpolitik Wirtschaftswachstum generieren. Im hessischen Diskurs manifestiert sich diese Vorstellungswelt vor allem bei den Gewerkschaften, der Partei DIE LINKE und zum Teil bei der SPD. Sie beinhaltet einen Ausbau des öffentlichen Sektors zur Bereitstellung der Daseinsvorsorge in allen Regionen – und damit weitgehend unabhängig von Marktrationalitäten beziehungsweise immer dort, »wo der Markt versagt« (DGB Hessen-Thüringen 2018). In diesem Zusammenhang wird auch für die Förderung ländlicher Räume argumentiert, in denen die Infrastruktur oft teurer ist als in Ballungsräumen und Marktlösungen nicht rentabel sind. Öffentliche Investitionen sollen wohnortnahe Arbeitsplätze auch in peripheren Regionen schaffen, die Abwanderung stoppen und die Chancen der dort lebenden Bevölkerung auf gesellschaftliche Teilhabe erhöhen. Die »Schuldenbremse« für öffentliche Haushalte wird – mit Ausnahme der SPD, die dem Konzept grundsätzlich zustimmt – abgelehnt, weil sie notwendige Investitionen erschwert und besonders die sozial Schwachen trifft. Gefordert wird eine Erhöhung kommunaler Einnahmen durch eine höhere Besteuerung von Vermögen und Gewinnen, um zusätzliche Ausgaben finanzieren zu können. In dieser Vorstellungswelt wird ungleiche Entwicklung als Folge des Strukturwandels diskutiert, die finanzielle Eigenverantwortung für kommunale (Haushalts-)Schwierigkeiten abgelehnt und betont, dass es im interkommunalen Wettbewerb Verlierer*innen geben muss. In vielerlei Hinsicht erinnert die keynesianische, wohlfahrtsorientierte Vorstellungswelt an frühere Phasen deutscher Raumordnungspolitik, indem sie die Förderung des ländlichen Raums zum Zwecke des Wirtschaftswachstums rechtfertigt. Nachdem diese Position in den Zeiten der Neoliberalisierung in die Defensive geraten war, fordert sie heute die hegemoniale aktivierende, chancenorientierte Vorstellungswelt »von links« heraus. Die räumlichen Disparitäten und ungleichen Lebensverhältnisse in vielen ländlichen Räumen Hessens werden als problematisch thematisiert und als Konsequenz werden mehr öffentliche Investitionen in die Infrastruktur gefordert.

5. Die unvollständige Re-Politisierung der hessischen Struktur- und Regionalpolitik

Das Ringen zwischen den ökonomischen Vorstellungswelten hinsichtlich der Politik für ländliche Räume deutet angesichts der starken Disparitäten in Hessen (Kallert u.a. 2020; 2021; Fina/Heider 2021) auf eine Re-Politisierung der Struktur- und Regionalpolitik in den letzten fünf Jahren hin.

Das Problem der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Hessen wird dabei unterschiedlich interpretiert. Während diese in der austeritären, wettbewerbszentrierten Vorstellungswelt durch Wettbewerb in möglichst vielen Lebensbereichen ohne staatliche Eingriffe erreicht werden sollen, sieht die aktivierende, chancenzentrierte Vorstellungswelt Chancengleichheit als notwendig für gleichwertige Lebensverhältnisse an, wofür Aktivierung und endogene Entwicklung die tragenden Säulen sind. Für die keynesianische, wohlfahrtsstaatsorientierte Vorstellungswelt müssen gleichwertige Lebensverhältnisse durch eine aktive Struktur- und Regionalpolitik erreicht werden, um auch in strukturschwachen, ländlichen Regionen Wirtschaftswachstum zu generieren.

In der schwarz-grünen Regierung Hessens herrscht die aktivierende, chancenzentrierte Vorstellungswelt vor. Diese wird von den beiden anderen Vorstellungswelten in Frage gestellt. »Von rechts« fordern AfD und FDP strikte Ausgabendisziplin, »von links« plädieren Kommunen, Gewerkschaften, DIE LINKE und SPD für eine aktivere Struktur- und Regionalpolitik mit höheren öffentlichen Ausgaben.

In der frühen Phase der »Variation« können sich in der Re-Politisierung der Regional- und Strukturpolitik aufgrund des geringen Einflusses materieller Faktoren noch unterschiedliche Krisenkonstruktionen positionieren, die um Deutungen und Zugänge zu den Problemen ländlicher Räume in Hessen konkurrieren. Aus dieser Phase gehen die Diskurse und Narrative gestärkt hervor, die für ein endogenes Entwicklungsmodell im Rahmen der aktivierenden, chancenzentrierten Vorstellungswelt und für kommunalen Haushaltsausgleich plädieren. Damit wird die »kausale Erzählung« gestärkt, die Schuldenabbau und Haushaltsausgleich als generationengerecht interpretiert. Diese einseitige Interpretation setzt sich gegenüber anderen Deutungen durch, wonach schuldenfinanzierte Investitionen in Infrastrukturen wie Schulen, erneuerbare Energien und Radwege gerade deshalb generationengerecht sind, weil auch künftige Generationen an der Rückzahlung beteiligt werden und von öffentlichen Dienstleistungen profitieren.

Bei der Auswahl der Krisenkonstruktionen profitiert die aktivierende, chancenzentrierte Vorstellungswelt von der großen Deutungsmacht der hessischen Landesregierung, der kommunalen Spitzenverbände und der Bundesregierung. Regierungs- und Wissensapparate sowie eine hohe mediale Sichtbarkeit stärken diese Vorstellungswelt gegenüber der Konkurrenz und »tragen zur Auswahl und Beibehaltung spezifischer Ansätze der Krisenbewältigung bei« (Kutter/Jessop 2015, 75). Diese Deutungshoheit übersetzt sich in konkrete Politiken. Gleichzeitig reagiert die hessische Landesregierung auf Kritikpunkte aus den konkurrierenden ökonomischen Vorstellungswelten und integriert diese teilweise in ihre Politik, insbesondere in Bezug auf die mangelhafte Gesundheitsversorgung und digitale Infrastruktur, die Überschuldung kommunaler Haushalte sowie die unzureichende ÖPNV-Anbindung im ländlichen Raum. Sie zeigt sich damit in der Gestaltung der Regionalpolitik flexibel und zumindest teilweise offen für innovative Reaktionen auf sich verändernde Rahmenbedingungen. Allerdings orientiert sich die Landespolitik nach wie vor an einer ökonomischen Vorstellungswelt, die sich vor allem auf die Schaffung von Chancengleichheit und Aktivierung konzentriert, ohne eine auskömmliche Grundfinanzierung der Kommunen zu sichern.

Die Vorstellungen und Interpretationen der hessischen Landesregierung zur Generationengerechtigkeit prägen die Politik der Staatsverschuldung besonders stark. Zwar wird mit der teilweisen Entschuldung finanzschwacher Kommunen in Hessen eine Forderung der keynesianischen, wohlfahrtsstaatsorientierten Vorstellungswelt aufgegriffen. Im Gegenzug für diese Finanzhilfen wird den Kommunen jedoch eine Sparpolitik zu Lasten ihrer Verwaltungen, Bürger*innen und Unternehmen abverlangt. Diese Haushaltsdisziplin schränkt den Handlungsspielraum der Kommunen für Investitionen und Leistungen der Daseinsvorsorge ein und erfordert die Inkaufnahme weiter zunehmender Disparitäten zwischen wohlhabenden Zentren und der (meist) ländlichen Peripherie. Kommunen sind auf eine gute Bonität angewiesen, um ihre Ausgaben und Investitionen zu finanzieren; Zweifel an der Rückzahlung von Kommunalkrediten verteuern dagegen die weitere Kreditaufnahme und müssen demnach vermieden werden. Angesichts der hohen Verschuldung bei gleichzeitig geringer Steuerkraft vieler hessischer Kommunen sichert der kommunale Schuldenerlass den kreditgebenden Banken die Rückzahlung ihrer Kommunalkredite zu. Diese strukturellen Zwänge begünstigen zusammen mit der einseitigen Interpretation von Generationengerechtigkeit

die »Selektion« und »Retention« einer auf Haushaltskonsolidierung und Austerität basierenden Deutung.

Dementsprechend rückt die hessische Landesregierung kaum von ihrer Sparpolitik ab und stellt den Kommunen zu wenige Mittel zur Verfügung, obwohl die öffentlichen Haushalte bis zur Corona-Pandemie durch die gute Konjunktur und das niedrige Zinsniveau an Spielraum gewonnen hatten. Zusätzliche finanzielle Hilfen der Kommunen erfolgen meist in Form von un stetigen Projektmitteln, die nicht nur quantitativ unzureichend sind, sondern die Kommunen auch mit zusätzlicher Bürokratie und Planungsunsicherheit belasten, wie Interviews mit den Bürgermeistern der Kleinstädte Alsfeld und Löhnberg ergaben. Viele Kommunen erhalten keine oder nur eine unzureichende Förderung und gehen somit als Verlierer aus dem Wettbewerb hervor, was das sozialräumliche Gefälle weiter verschärfen kann. Die Fokussierung auf eine un stetige »projektorientierte Förderpolitik der Tausend Töpfe« (Kallert u. a. 2020, 58) anstelle einer auskömmlichen Grundfinanzierung offenbart somit eine weitere Ebene des Wettbewerbs der Kommunen um Fördermittel, in der sich der aktivierende Charakter der hessischen Regionalpolitik ausdrückt.

Der hessischen Landesregierung ist es gelungen, ihre Krisenkonstruktion im ländlichen Raum zu implementieren und zu institutionalisieren, weil sie größtenteils bereits in die relevanten Strukturen eingeschrieben ist, seien es Gesetze und Verordnungen, das neoliberal strukturierte Verhältnis zwischen öffentlichem und privatem Kapital oder die hohe kommunale Verschuldung als Ergebnis jahrzehntelanger Austerität. Gleichzeitig hat die hessische Regierung Forderungen aus anderen ökonomischen Vorstellungswelten diskursiv aufgegriffen, ohne dabei ihren generellen Kurs zu ändern. Bei der »Selektion« wurden diese Forderungen so modifiziert, dass sie in die aktivierende, chancenorientierte Vorstellungswelt passen. Im Ergebnis sedimentiert der Diskurs um die Probleme ländlicher Räume in Hessen nach einer kurzen Phase der Repolitisierung bereits wieder, ohne dass die räumlichen Disparitäten entscheidend abgebaut worden wären.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die derzeitige Regionalpolitik in Hessen nicht darauf abzielt, räumliche Ungleichheiten angemessen zu reduzieren. Die bisherigen Veränderungen sind lediglich symbolischer Natur und stellen keine grundlegende Wende dar, die neoliberalen Wettbewerb und Austerität auf kommunaler Ebene überwinden würde. In diesem Zusammenhang wäre es für die Entwicklung einer alternativen Regionalpolitik wichtig, zunächst das Verständnis von Generationengerechtigkeit, das die aktivierende,

chancenzentrierte Vorstellungswelt dominiert, umzudeuten. Dies würde bedeuten, dass Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge, insbesondere in strukturschwachen ländlichen Regionen, nicht als Belastung künftiger Generationen, sondern als Beitrag zum räumlichen und sozialen Zusammenhalt verstanden werden sollten, dessen Kosten sich auf mehrere Jahrzehnte und Generationen verteilen.

6. CPE, Regionalpolitik und die Notwendigkeit für progressive Alternativen

Ziel unseres Beitrags war es, das Potential einer CPE-inspirierten Analyse am Beispiel der ungleichen Entwicklung ländlicher Räume in Hessen aufzuzeigen. Mit Hilfe der CPE lässt sich ermitteln, welche Diskurse um räumliche Ungleichheit in der Re-Politisierung ländlicher Entwicklung präsent sind und welche sich durchgesetzt haben und zur Grundlage der Regionalpolitik geworden sind. Der Beitrag hat gezeigt, wie unterschiedlich die konkurrierenden ökonomischen Vorstellungswelten Themen wie unzureichende Infrastruktur in den Diskurs einbringen können. Die hessische Landesregierung konnte sich mit Lösungen durchsetzen, die sich an der aktivierenden, chancenzentrierten Vorstellungswelt orientieren und mit der bestehenden Hegemonie von Neoliberalismus und Austerität kompatibel sind. Dabei spielen nicht nur semiotische, sondern zunehmend auch materielle Faktoren eine Rolle: Politiken, die der Re-Politisierung ländlicher Entwicklung folgen, sind durch Chancengerechtigkeit und Aktivierung, Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum vorstrukturiert. Die grundlegenden Probleme ländlicher Räume bleiben also bestehen.

Vonnöten sind Alternativen für ländliche Entwicklung, wie etwa der Ansatz des »Progressiven Ruralismus« (Pezzoli u.a. 2011), der auf zwei Schlüsselementen als Voraussetzungen für soziale und räumliche Gerechtigkeit aufbaut: auskömmliche und stabile öffentliche Haushalte sowie die Demokratisierung auf lokaler Ebene. Die Entwicklung eines »Progressiven Ruralismus« erfordert jedoch breite Bündnisse von Kommunen, Zivilgesellschaft und politischen Akteur*innen sowie konkrete Projekte, die die hegemoniale aktivierende, chancenzentrierte Vorstellungswelt in Frage stellen. Ausgangspunkt könnte die Forderung nach einem »Recht auf das Dorf« (Barraclough 2013) sein, nach dem Entscheidungen, die ländliche Räume betreffen, von deren Bewohner*innen getroffen werden sollten. Darüber hinaus sollten so-

lidarische Projekte wie Genossenschaften et cetera, die sich der Profitlogik entziehen wollen, gefördert werden. Wir halten auch das Konzept des »Municipalismus« (Bookchin 1986) für relevant, das heißt die schrittweise, aber radikale Demokratisierung der Gesellschaft, bei der alternative Institutionen auf lokaler Ebene allmählich die bestehenden staatlichen Institutionen ersetzen. Solchen Überlegungen folgend, könnte es eine zentrale Forderung sein, Gebietsreformen, die mit einem Verlust an lokaler Demokratie einhergehen, zurückzunehmen (Douglas 2016), um demokratische Entscheidungsprozesse so zu gestalten, dass die von diesen Entscheidungen direkt Betroffenen wieder stärker einbezogen werden. Diese Forderungen haben das Potential, ländliche Entwicklung dauerhaft zu politisieren und Kämpfen um gleichwertige Lebensverhältnisse eine gemeinsame Perspektive zu geben.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- AfD Hessen (2018): Hessen. Aber sicher! Wahlprogramm Landtagswahl Hessen 2018. Frankfurt a.M.: AfD Hessen.
- Barraclough, L. (2013): Is There Also a Right to the Countryside? In: *Antipode* 45(5), 1047-1049.
- Baumgart, S./Prieps, A. (2019): Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. In: *Nachrichten der ARL* 49(2), 32-34.
- Bookchin, M. (1986): *Municipalization: Community Ownership of the Economy*. <https://libcom.org/library/municipalization-murray-bookchin> (letzter Zugriff am 2.3.2022).
- Bundesministerium des Inneren (2019): *Unser Plan für Deutschland. Gleichwertige Lebensverhältnisse überall*. Berlin: Bundesministerium des Inneren.
- DGB Hessen-Thüringen (2018): *Für eine gute Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum – DGB Oberzent setzt sich für Ärztezentrum in kommunaler Trägerschaft ein*. Darmstadt: DGB Hessen-Thüringen.
- Douglas, D. (2016): *Power and Politics in the Changing Structures of Rural Local Government*. In: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*. Abingdon: Routledge, 601-614.
- Dudek, S. (2021): *Von der Landesplanung zum kommunalen Wettbewerb. Eine Cultural Political Economy-Analyse bayerischer Raumordnungspolitik zwischen 2008 und 2018*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Dudek, S./Kallert, A. (2017): Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Ekers, M./Hart, G./Kipfer, S./Loftus, A. (Hg.) (2013): Gramsci. Space, Nature, Politics. Oxford: Wiley.
- Fairclough, N. (2010): Critical Discourse Analysis. Harlow: Longman.
- FDP Hessen (2018): Das Programm der Freien Demokraten Hessen zur Landtagswahl 2018. Frankfurt a.M.: FDP Hessen.
- Fina, S./Heider, B. (2021): Ungleiches Hessen. Wie können gleichwertige Lebensverhältnisse erreicht werden? Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Fink, P./Hennicke, M./Tiemann, H. (2019): Ungleiches Deutschland. Sozio-ökonomischer Disparitätenbericht 2019. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Fischer-Tahir, A./Naumann, M. (2013): Introduction: Peripheralization as the Social Production of Spatial Dependencies and Injustice. In: Fischer-Tahir, A./Naumann, M. (Hg.): Peripheralization. The Making of Spatial Dependencies and Social Injustice. Wiesbaden: VS, 9-26.
- Hessischer Rechnungshof (2019): Kommunalbericht 2019. Wiesbaden: Hessischer Rechnungshof.
- Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (2019): Pohlheim erhält 150. Beratungsgespräch für Nicht-Schutzschirmkommunen. Wiesbaden: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport.
- Hirsch, J. (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg: VSA.
- Jäger, M./Jäger, S. (2007): Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse. Wiesbaden: VS.
- Jessop, B. (1999): The Strategic Selectivity of the State: Reflections on a Theme of Poulantzas. In: Journal of the Hellenic Diaspora 25(172), 41-77.
- Jessop, B. (2004): Critical Semiotic Analysis and Cultural Political Economy. In: Critical Discourse Studies 1(2), 159-174.
- Jessop, B. (2010): Cultural Political Economy and Critical Policy Studies. In: Critical Policy Studies 3 (3/4), 336-356.
- Jessop, B. (2013): Recovered Imaginaries, Imagined Recoveries: A Cultural Political Economy of Crisis Construals and Crisis-Management in the North Atlantic Financial Crisis. In: Benner, M. (Hg.): Before and Beyond the Global Economic crisis. Economics, Politics and Settlement. Cheltenham: Edward Elgar, 234-254.
- Jessop, B. (2015): Neoliberalism, Finance-dominated Accumulation and Enduring Austerity: A Cultural Political Economy Perspective. In:

- Farnsworth, K./Irving, Z. (Hg.): *Social Policy in Times of Austerity*. Bristol: Policy Press, 87-112.
- Jessop, B./Oosterlynck, S. (2008): *Cultural Political Economy: On Making the Cultural Turn Without Falling into Soft Economic Sociology*. In: *Geoforum* 39(3), 1155-1169.
- Jessop, B./Scherrer, C. (2015): Introduction. In: Jessop, B./Young, B./Scherrer, C. (Hg.): *Financial Cultures and Crisis Dynamics*. New York: Routledge, 1-23.
- Kallert, A./Belina, B./Mießner, M./Naumann, M. (2020): *Gleichwertige Lebensverhältnisse? Zur Entwicklung ländlicher Räume in Hessen*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Kallert, A./Belina, B./Mießner, M./Naumann, M. (2021): *The Cultural Political Economy of Rural Governance: Regional Development in Hesse (Germany)*. In: *Journal of Rural Studies* 87, 327-337.
- Kutter, A./Jessop, B. (2015): *Culture as Discursive Practice. Combining Cultural Political Economy and Discursive Political Studies in Investigations of the Financial Crisis*. In: Jessop, B./Young, B./Scherrer, C. (Hg.): *Financial Cultures and Crisis Dynamics*. New York: Routledge, 64-82.
- Lysgård, H.K. (2016): *The ›Actually Existing‹ Cultural Policy and Culture-Led Strategies of Rural Places and Small Towns*. In: *Journal of Rural Studies* 44, 1-11.
- Pezzoli, K./Williams, K./Krietch, S. (2011): *A Manifesto for Progressive Ruralism in an Urbanizing World*. In: *Progressive Planning* 186, 16-19.
- Stone, D. A. (1989): *Causal Stories and the Formation of Policy Agendas*. In: *Political Science Quarterly* 104(2), 281-300.
- Sum, N.-L./Jessop, B. (2013): *Towards a Cultural Political Economy: Putting Culture in its Place in Political Economy*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Sum, N.-L./Jessop, B. (2015): *Sense- and Meaning-Making in the Critique of Political Economy*. In: Jessop, B./Young, B./Scherrer, C. (Hg.): *Financial Cultures and Crisis Dynamics*. New York: Routledge, 27-43.

II. Regionale Entwicklung und die Neuordnung von Stadt-Land-Verhältnissen

Machtasymmetrien im Verhältnis von Stadt und Land

Eine Analyse von Land-Diskursen anhand von Halls Strategien der Kolonialisierung

Julia van Lessen

1. Die Konfliktlinie Stadt-Land

Die Gegenüberstellung von Stadt und Land stellt eine der klassischen Konfliktlinien der deutschen Gesellschaft dar. Mit dieser Linie wird sowohl die Debatte um die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen begründet als auch Wahlverhalten analysiert. Die Dichotomie von Stadt und Land scheint dabei unumstößlich und omnipräsent. Entlang dieser Linie entfalten sich Zuschreibungen wie rückständig und modern oder Kultur und Natur. Richtet man den Blick jedoch auf die Seite des Ländlichen, so fällt die sehr divergente Betrachtungsweise im gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland auf. Das Ländliche wird mit Begriffen der Rückständigkeit konnotiert und gleichzeitig wird es mit idyllisierenden und romantisierenden Momenten verbunden, beziehungsweise es werden Bilder dieser Art entworfen. Die Begeisterung für diese Repräsentationen zeigt sich auch im großen Erfolg der Landzeitschriften, die Baumann (2018) in seiner »Kulturgeographie der Landlust« im Detail analysiert. Historisch gesehen lässt sich beobachten, dass in Deutschland immer wieder Wellen auftreten, in denen die romantisierte Wahrnehmung des Ländlichen besonders stark zu Tage tritt (Neu 2016). So suchten die Dichter der Romantik die sinnliche Erfahrung in Wald und Natur, im Kontext der Industrialisierung wurde das Land als Abgrenzung zur Hässlichkeit und zur Enge der Stadt gesehen, woraus auch die Idee der Gartenstädte und Werkskolonien hervorging, und in den 1960er- und 1970er-Jahren boten ländliche Regionen den Freiraum, neue Lebensentwürfe jenseits des Establishments zu erproben. In dieser Reihe könnte die aktuelle Lust auf das Ländliche als

Abwendung von der Komplexität des hochtechnisierten und durchgetakteten Stadtlebens und auch als Fluchtpunkt aus der Enge der Städte im Kontext der Corona-Pandemie verstanden werden. Denkt man diese Wellen weiter, könnte man annehmen, dass das Ländliche in unserer Gesellschaft Fluchtort bleiben muss und deswegen notwendigerweise von der Zunahme der Komplexität und Vernetzung ausgeschlossen wird; wie sollen in dieser Logik gleichwertige Lebensverhältnisse möglich sein? Es deutet sich an, dass das Verhältnis von Stadt und Land von Machtasymmetrien geprägt ist, die in diesem Beitrag sozialwissenschaftlich aufgearbeitet werden sollen.

Mießner/Naumann (2019, 10f.) stellen zwei sehr relevante Leerstellen in der deutschsprachigen Geographie dar: Zum einen die »fehlende Beachtung ländlicher Räume in der deutschsprachigen kritisch-geographischen Forschung und [zum anderen] der geringe Bezug der deutschsprachigen Forschung zu ländlichen Räumen auf konzeptionelle Ansätze der Kritischen Geographie« (ebd., 11). Beides gilt meines Erachtens auch für die Untersuchung des Verhältnisses von Stadt und Land.

Daran möchte dieser Beitrag aus einer kritischen, theoretisch informierten Perspektive anknüpfen und der Frage nachgehen, inwieweit Machtasymmetrien im Verhältnis von Stadt und Land anhand von Beispielen auf verschiedenen Maßstabebenen bestimmt werden können. Zunächst wird eine theoretische Einordnung des Verhältnisses von Stadt und Land sowie der Entstehung von Machtasymmetrien in der Tradition des postkolonialen Denkens vorgenommen.

2. Das Verhältnis von Stadt und Land

In aktuellen humangeographischen Diskussionen herrscht weitestgehend Einigkeit darüber, dass Stadt und Land nicht als Entitäten mit feststehenden Sets aus Eigenschaften verstanden werden können, sondern als gesellschaftlich hergestellte Raumproduktionen, die – je nach Produzent*innen – mit materiellen Sets, Wissen und Bedeutungen ausgestattet werden. Und auch in diesem Verständnis ist es meines Erachtens unerlässlich, nicht nur die Produktion von Land oder Stadt separat zu betrachten, sondern das Verhältnis der beiden Pole als Raumproduktion zu sehen und in den Mittelpunkt zu stellen. Denn alltagsweltlich gesehen existieren Stadt und Land als Ordnungskategorien letztlich nur im Spiegel und in Abgrenzung vom jeweils anderen.

Dargestellt werden hier also theoretische Ansätze, die das »Schema der Zwei-Seiten-Unterscheidung« (Redepenning 2019, 322) verlassen und sich mit dem Dazwischen beschäftigen. Zwei ältere Konzepte scheinen zunächst alleine anhand ihrer Benennung interessant für diese Fragestellung zu sein – das sogenannte Stadt-Land-Kontinuum und die Zwischenstadt.

Die Idee des Stadt-Land-Kontinuums, die Dewey 1960 in Bezugnahme auf Wirth (1938) formulierte, setzt mit Blick auf die Bezeichnung das Verhältnis in den Fokus. Zumindest wird damit gefordert, die Dichotomie von Land und Stadt aufzubrechen. Interessant ist die Entkopplung des Zusammenhangs von Stadt und Urbanität beziehungsweise Land und Ruralität, also von Ort und Lebensweise. Bei näherer Betrachtung bleiben jedoch die Pole Stadt und Land bestehen, was auch eine Verräumlichung von Ruralität und Urbanität zur Folge haben kann, auch wenn eigentlich eine Entkopplung beabsichtigt war. Letztlich ist es der Versuch, quantitative Grade der Ruralität beziehungsweise der Urbanität für einen Ort in Abgrenzung vom jeweils anderen zu definieren. Kritisch ist dabei auch die quantitative Festschreibung einer urbanen beziehungsweise ruralen Lebensweise zu sehen, denn dadurch werden Sets von Eigenschaften festgelegt, die als urban oder rural bezeichnet werden. Dabei handelt es sich jedoch um Zuschreibungen, die gesellschaftlich produziert werden und damit auch dominierende Produktionsmuster spiegeln (Halfacree 1993).

In dem zweiten Konzept, dem der Zwischenstadt, die »weder Stadt noch Land ist, aber Eigenschaften von beidem besitzt« (Sieverts 2008 [1997], 14), wird nach wie vor von dem Vorhandensein ländlicher und städtischer Merkmale ausgegangen. Außerdem bleibt die Stadt der hegemoniale Ausgangspunkt der Zwischenstädte. Sieverts erläutert, dass Zwischenstädte besonders dort entstehen, »wo Städte über ihre in das Umland ausgreifende Ausdehnung zusammenwachsen zu einer Ansammlung von Stadtfeldern« (ebd., 15).

Die in diesen Ansätzen mitschwingende Machtasymmetrie zu Gunsten der Stadt zeigt sich immer wieder auch in der geographischen Forschung. In Bezug auf die deutschsprachige Kritische Geographie beschreiben Mießner/Naumann (2019, 10) ländliche Räume als »blinde[n] Fleck«. Sie erwähnen, dass deutschsprachige geographische Lehrbücher zu ländlichen Räumen eher veraltet sind und kaum Bezüge zur starken anglophonen Rural Geography aufweisen. Ein Grund dafür ist meines Erachtens, dass die deutschsprachige Geographie zumindest teilweise im kategorialen Denken über Stadt und Land verhaftet bleibt. Während in der Rural Geography schon 1990 von Hoggart (1990, 245) gefordert wurde, die Kategorie »Rural« als wissenschaftliche

Kategorie zu verwerfen, denn »rural is obfuscatory, [...] since intra-rural differences can be enormous and rural-urban similarities can be sharp«, ist der sogenannte ländliche Raum als Einheit in deutschsprachigen Fachdiskussion immer noch wirkmächtig (z.B. in aktuellen Lehrbüchern wie Henkel 2020 [1993]).

Trotz der langen Tradition der Rural Geography in der anglophonen Geographie zeigt sich auch dort die Machtasymmetrie zugunsten der Stadt. Bezeichnungen wie »Counterurbanisation« (z.B. Spencer 1997) für die Abwanderung städtischer Bevölkerung in ländliche Regionen stellen »urban« im Verhältnis zu »rural« in den Vordergrund, bei einem Prozess, der doch auf das Ländliche ausgerichtet ist. Diese Begriffswahl hebt auch Helbrecht (2014, 173) kritisch hervor. Sie sieht darin ausgedrückt, dass »das Ländliche [...] vielfach nur in Bezug zum Städtischen gedacht wird«.

Redepenning (2019, 322) schlägt als eine mögliche – und meines Erachtens sehr treffende – Lesart vor, das Verhältnis von Stadt und Land als »zwei zu synchronisierende raumbezogene Semantiken [zu verstehen] [...], [die] ihren Sinn und ihre jeweilige Bestimmung aus der Situation ihrer strategischen Funktionalisierung und Instrumentalisierung beziehen«. Die zugewiesene Bedeutung ist in diesem Verständnis also abhängig von der Strategie, die die jeweiligen Produzent*innen verfolgen, und steht damit im Kontext der jeweiligen Deutungshoheit und der Machtverhältnisse. Gerade wenn wir von einer vollständig urbanisierten Gesellschaft aus denken (Brenner/Schmid 2012), wird das alltagsweltliche Ordnungsmuster Stadt-Land zu einem Ausdruck von Machtverhältnissen, das immer wieder neu erzeugt wird (Baumann 2015, 145). Förtner u. a. (2019, 26) halten dementsprechend fest:

»Der Stadt-Land-Gegensatz ist im Prozess der Urbanisierung zugleich enthalten, negiert und auf ein höheres theoretisches Niveau gehoben.«

In Bezug auf das Verhältnis von Land und Stadt im Kontext einer urbanisierten Gesellschaft lassen sich also bis hierher zwei Punkte festhalten: Das Verhältnis von Land und Stadt beruht auf (1) zeitlich veränderbaren, gesellschaftlich hergestellten raumbezogenen Bedeutungen, deren Bestimmung (2) von Machtasymmetrien geprägt ist.

3. Herstellung von Machtasymmetrien

Es bleibt nun zunächst theoretisch zu klären, wie asymmetrische Machtverhältnisse hergestellt werden, um eine Grundlage für die folgende empirische Betrachtung zu schaffen. Hier soll in der Tradition des postkolonialen Denkens an die Überlegungen Saids und Halls angeknüpft werden, die sich mit asymmetrischen Verhältnissen in dichotomen Beziehungen im Kontext des Kolonialismus befasst haben.¹

Said (1978, 54) argumentiert in seiner berühmten Schrift »Orientalism«, dass die Wirklichkeit durch Unterscheidungen geschaffen werde. Dabei geht die Unterscheidung jedoch zunächst von einer Seite aus, die sich über die andere Seite erhebt, die aufgrund von Fremdheit abgegrenzt wird. Die Fremdheit wird in der Bedeutungszuschreibung mit einer (Ab-)Wertung verbunden. Diese Grenzziehung materialisiert und reproduziert sich in verschiedener Form (z.B. Wissen, Erzählungen, Bilder). Hall (z.B. 1992, 296ff.) greift in seinen Überlegungen Saids Denken auf und beschreibt die hegemonialen Strukturen anhand von Diskursen in Anlehnung an Foucault. Winter (2012) erläutert Halls Diskurs-Verständnis als sprachzentriert (was nicht verwundert, da Hall in Oxford Literatur studierte). Jede soziale Praktik hat eine Bedeutungsdimension, die durch Sprache und Repräsentation geschaffen wird. Allerdings haben nach Hall im Umkehrschluss Diskurse eine materielle Dimension, da sie in Netzwerken, Praktiken und Institutionen verankert sind (ebd., 132). In Diskursen drücken sich die von Said beschriebenen Unterscheidungen aus. Hall sieht damit grundsätzlich das Problem der starken Vereinfachung zu Dichotomien verknüpft (z.B. in der Formulierung »The West and the Rest«, Hall 1992), weil der Anschein erweckt wird, die beiden Pole seien an sich homogen, was sie in Halls Verständnis nie sein können. Denn Halls Denkweise beruht auf einer grundsätzlich anti-essentialistischen Haltung (Winter 2012, 132).

1 Die hier gewählten Ansätze werden herangezogen, weil sie eine ideale Basis bieten, um über asymmetrische Machtverhältnisse nachzudenken. Für die empirischen Daten, die induktiver Ausgangspunkt dieser Arbeit sind, stellt Halls Theorie eine sehr geeignete analytische Grundlage dar. Halls Perspektiven werden dabei als Inspiration und Ausgangspunkt verstanden, um innerdeutsche Verhältnisse zu reflektieren. Denn wie auch Scholz (2002) feststellt, finden sich »neue Peripherien« auf allen Maßstabsebenen. Damit soll keinesfalls die Wichtigkeit von der Betrachtung kolonialer Strukturen auf nationalstaatlicher Ebene in Frage gestellt und auch keine Vergleichbarkeit suggeriert werden.

In seinem zentralen Werk über Differenzen »The West and the Rest« unterscheidet Hall (1992) vier Strategien der Kolonialisierung: Zunächst beschreibt er die (1) Idealisierung (ebd., 299ff.) als Prozess, das Fremde zu erfassen. Entdeckte Länder werden als exotisch und schön wahrgenommen, den Einheimischen wird ein glückliches, naturverbundenes Leben unterstellt. Ein zentrales Objekt der Idealisierung ist nach Hall (ebd., 300) die »Nature itself«, die als mannigfaltig und überwältigend konstruiert wird. Diese als paradisiisch empfundenen utopischen Zustände werden in Halls Sichtweise häufig mit (2) sexuellen Phantasien (ebd., 302f.) verknüpft, die freie und ungehemmte Sexualität versprechen, weil die Vernunft nicht im westlichen Sinne ausgebildet sei. Dadurch ermöglicht die Fremde letztlich das Unmögliche und erscheint als Befreiung von den kirchlichen und bürgerlichen Normen des zeitgenössischen Europas (ebd., 302). Hier tritt auch die mit der Exotisierung einhergehende (3) Abwertung zu Tage, mit der Hall (ebd., 303ff.) sich detailliert im Kapitel »Mis-Recognizing Difference« (Verkennung der Differenz) auseinandersetzt. Er bezieht sich dabei auf Said (1985, 42), der festhält, dass »the essence of Orientalism is the ineradicable distinction between Western superiority and Oriental inferiority«. Strukturen, Systeme und Praktiken der Anderen werden systematisch unterschätzt und als weniger wertvoll begriffen. Nur der eigene Weg des Fortschritts ist der richtige (Winter 2012, 135). Die abwertenden Sichtweisen der Außenstehenden münden letztlich in einer Umkehrung der Idyllisierung durch die sogenannten (4) »Rituals of Degradation«, also Rituale der Herabwürdigung (Hall 1992, 306f.). Die einheimischen Menschen werden als kulturlos, unzivilisiert, gewalttätig oder als tierisch beschrieben; es wird das Barbarentum konstruiert (Winter 2012, 135). Im ersten Moment könnte der Eindruck entstehen, dass sich das paradisiische Bild hier negiert, das ist jedoch nicht der Fall:

»Both versions of the discourse operated simultaneously. [...] [And] [b]oth were exaggerations, founded on stereotypes, feeding off each other.« (Hall 1992, 306)

Durch diese Strategien wird das Fremde das, was der Westen nicht ist, eine »Negation dessen, wofür der Westen steht« (Winter 2012, 135): »Das Andere.« (Hall 1992, 308)

Wie zunächst das Verständnis von Kulturraumkonstruktionen kritisch diskutiert und negiert werden musste, so muss nun das Verhältnis von Land und Stadt kritisch diskutiert und dekonstruiert werden – und zwar in dem

Sinne, dass die Machtasymmetrien in diesem Verhältnis sichtbar gemacht werden.

4. Beispiele für Machtasymmetrien im Verhältnis von Stadt und Land in Deutschland

Um Machtasymmetrien im Verhältnis von Stadt und Land nachzugehen, werden Beispiele auf verschiedenen Maßstabsebenen betrachtet.

Ausgewählte Presse- und Forschungstexte werden herangezogen, um beispielhaft im Diskurs verbreitete Bilder zu analysieren. In die Interpretation dieser Beispiele der nationalen und kommunalen Ebene fließen Beobachtungen ein, die auf Veranstaltungen zu Themen der Ländlichkeit im wissenschaftlichen, kommunalpolitischen und ökonomischen Kontext sowie durch eine seit 2011 andauernde Vortragstätigkeit gemacht wurden. Dabei sollte klar sein, dass diese Daten in keiner Weise Anspruch auf Vollständigkeit, Dichte und Generalisierbarkeit erheben. Die herangezogenen Beispiele stellen lediglich Ausschnitte dar, die aus einer Beobachtung der laufenden Diskursstränge aus der Perspektive der forschenden Wissenschaftlerin hervor gehen. Sie eigenen sich meines Erachtens, um einen Perspektivwechsel im Denken über »Ländliche Räume« anzuregen.

Näher untersucht werden im zweiten Teil die alltäglichen Diskurse im Dorfleben. Datengrundlage dafür bilden 26 qualitative Interviews, die im Kontext der Arbeit »Unterwegs zum guten Leben? Raumproduktionen durch Zugezogene in der Uckermark« (Rössel 2014) erhoben wurden. In fünf Feldaufenthalten zwischen 2010 und 2012 wurden Menschen in 13 Dörfern interviewt, die aus deutschen Städten in die Uckermark gezogen sind, um dort ein gutes Leben zu finden, das auf Werten wie Gemeinschaft, Naturnähe und einer antikapitalistischen Grundhaltung beruht. In den Interviews spielt das alltagsweltliche Verhältnis von Stadt und Land eine zentrale Rolle bei der Bewertung des eigenen Lebens als gutes Leben. Dabei zeigt sich das asymmetrische Verständnis besonders deutlich in der Wahrnehmung des Verhältnisses von Alteingesessenen und Zugezogenen.

4.1 Gesellschaftliche Diskurse

Wie bereits kurz erwähnt, bewegen sich mediale, wissenschaftliche und politische Diskursstränge um das Ländliche in Deutschland zwischen den Polen

der Idyllisierung/Romantisierung und Abwertung, also eben jenen Darstellungsformen, die Hall in seinen Strategien anspricht. Diese typischen Deutungen zwischen Überhöhung und Degradierung in asymmetrischen Machtverhältnissen treten in Deutschland nicht erst in zeitgenössischen Debatten auf, sondern folgen historischen Traditionen. Der Soziologe Baum (2014) beschreibt das mittelalterliche Verhältnis von Stadt und Land als ambivalent. Er führt dazu einerseits die Stadt als Ort der »emanzipierten Bürgergesellschaft« (ebd., 120) an, wohingegen das Land im »feudalen Zustand grundherrschaftlicher Abhängigkeit verharrt« (ebd.). Andererseits konnte sich die Stadt seiner Auffassung nach nur dadurch entwickeln, weil sie vom Land mit Lebensmitteln versorgt wurde. Baulich erfolgte die klare Abgrenzung von Stadt und Land durch die Stadtmauer, die Baum (ebd., 119f.) als typisches Merkmal europäischer Städte versteht. Diesen Ausführungen ist sicherlich zu zustimmen. Allerdings bleibt zu bedenken, dass die Machtasymmetrie in diesem Verhältnis zum Nachteil der bäuerlichen Landbevölkerung ausfällt. Sie blieb in der Abhängigkeit vom Lehnsherrn, der letztlich auch über die Herstellung und Abgabe der Nahrungsmittel bestimmte. Darin lassen sich die von Hall beschriebene Verkennung der Differenz und die Degradation des Landes erkennen.

Denkt man an die Dichter der Romantik, die ihre Abkehr von Aufklärung und Vernunft auch mit einer Hinwendung zu Bildern des Landlebens ausdrückten, zeigen sich bereits die idyllische Stereotype des Landlebens. Eindrücklich ist etwa, wie Goethe (2012 [1808], 51) seinen Faust beim Osterspaziergang auf das Dorf blicken lässt, mit den Worten:

»Ich höre schon des Dorfs Getümmel, Hier ist des Volkes wahrer Himmel,
Zufrieden jauchzet Groß und Klein: Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!«

Auch die Wandervogel-Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und die spätere Reformbewegung sahen die Freiheit jenseits der Städte. Die mit dem Landleben verknüpfte Freiheit lässt sich an die von Hall beschriebene zweite Strategie anbinden. Hier geht es weniger um die Befreiung in sexueller Hinsicht, sondern um die Befreiung in Bezug auf die eigene Lebensweise im Kontext gesellschaftlicher Normen und Zwänge.

Es könnte der Eindruck entstehen, dass sich in den idyllischen Bildern des Landlebens, die sich in den Darstellungen der vielfältigen Landzeitschriften – die seit den 2000er-Jahren große Erfolge feiern – fortsetzen, zunächst eine Würdigung des Landes ausdrückt. Allerdings gilt es zu bedenken, dass diese Bilder auch von Städter*innen hervorgebracht werden. Twellmann (2020, 93)

hält dazu fest, dass »die zunehmende Entfernung vom Land, das nur mehr vermittelt wahrgenommen wird, zu Gefühlen der Entfremdung und Nostalgie« führt und sich »das RURALE [den Wunschbildern] der Stadt fügen muss«. Hier lässt sich das von Hall im Verhältnis der Strategien (1) und (4) beschriebene Spiegeln erkennen. Es geht nicht um eine positive Würdigung des Landes, sondern es werden die Bilder reproduziert, die den idyllischen Wunschbildern der Städter*innen entsprechen. Daher sollte eine kritische Geographie des Ländlichen, wie Dünckmann (2019, 40) feststellt,

»sich auch mit der politischen Dialektik der Idylle beschäftigen: Idylle ist nicht allein die Vorstellung eines Ortes, der von politischen Debatten ausgenommen ist, sondern ebenso auch Objekt und Gegenstand von politischen Debatten.«

Die hier angesprochene politische Dimension von Idylle ließ sich in der Auseinandersetzung um die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) herausgegebenen Social-Media-Kampagne #Dorfkinder beobachten. Ziel der Kampagne war es nach eigenen Aussagen »den Blick auf die Menschen [zu lenken], die Tag für Tag daran mitwirken, die Dörfer und Landgemeinden voranzubringen – mit Engagement, Ideen, Leidenschaft« (BMEL 2020). In dieser Kampagne wurde mit den klassischen Vorstellungen der ländlichen Idylle wie Naturverbundenheit, Gemeinschaft, Zusammenhalt oder Einfachheit gearbeitet. Diesen Bildern, die den Bewohner*innen von Dörfern sozusagen übergestülpt wurden, wurden auf Social-Media-Kanälen Bilder kritisch gegenübergestellt, die sich mit Alltagsthemen der Menschen in Dörfern beschäftigen, wie zum Beispiel fehlende Infrastruktur, fehlende Bildungsoptionen und fehlende Unterstützung durch politische Institutionen. In der F.A.Z. erläutert die Journalistin Witzeck (2020) dazu:

»Dass man auf den wonnig-verklärenden Blick von außen gern verzichtet hätte, der das Dorfleben in die Motive Fußballteam, freiwillige Feuerwehr und Dorfladen unterteilt (denn das ist es eben, was man so tut auf dem Land, einen Dorfladen führen und Möhren verkaufen und beim Bauern in der Scheune Feuer löschen), war ziemlich schnell klar.«

Letztlich werden Idealisierung und Reduzierung des Landlebens auf die Wunschbilder der Städter*innen auch in dieser politischen Kampagne deutlich, was im Sinne von Hall ein typisches Moment ist, das Fremde vom Eigenen abzugrenzen und schließlich auch abzuwerten. Witzeck greift in

ihrem Artikel dazu die Zuordnung von »Außen« und »Innen« auf, die auf das Andere und das Eigene referiert. Die Menschen, die in dieser vermeintlichen Idylle leben, erfahren durch solche Darstellungen, wie ihre Alltagswelt verkannt wird.

Ansätze der Abwertung finden sich ebenfalls in politischen und auch wissenschaftlichen Diskursen. Schaut man zum Beispiel in die von der Bertelsmann Stiftung geförderte Studie zum »Coworking im ländlichen Raum«, finden sich Aussagen wie diese:

»Aus unseren Interviews wissen wir, dass viele Menschen darüber nachdenken, [...] ein neues, hybrides Stadt-Land-Leben zu führen – doch eine der größten Sorgen ist es, auf dem Land allein unter Landbewohner:innen zu sein, die nicht die gleichen Werte und Kultur teilen und gleichzeitig eine wiederum scheinbar geschlossene, wenig inklusive Gemeinschaft bilden.«
(Bähr u.a. 2020, 13)

Hier zeigt sich die von Hall beschriebene Verkennung der Differenz als die Annahme, dass das Andere nie so gut sein kann wie das Eigene. Das Bild der abgeschotteten und rückständigen Dorfgemeinschaften ist das Spiegelbild der idyllischen, natürlichen Dorfgemeinschaft, die durch Nachbarschaftshilfe, geteilte Güter und ein reges Vereinsleben besticht. An den Antagonisten knüpft das verbreitete Bild vom Land als Ort der Rechtsextremen an, wie es zum Beispiel in einer Untersuchung zu den Rechtsextremen und rechtspopulistischen Vormachtstellungen in prekären ländlichen Räumen erläutert wird (Simon 2020, 163):

»Der ländliche Raum ist vielerorts von Haltungen geprägt, die Anknüpfungspunkte zum Rechtsextremismus bieten. Dies äußert sich in ausgeprägten Abschottungsbedürfnissen, die mit Fremdenfeindlichkeit einhergehen.«

Kritisch zu sehen ist hier die vermeintliche Homogenität eines »ländlichen Raumes« und daneben die Zuschreibung der Attribute »Abschottungsbedürfnis« und »Fremdenfeindlichkeit«, die nicht den Ort, sondern die Menschen, die dort leben, adressiert und als Degradierung zu verstehen ist.

Diejenigen, die sich an diese Orte »vorwagen«, erscheinen im dazu passenden Sprachgebrauch als Pionier*innen. Diese Bezeichnung ist wie auch in der bereits zitierten Studie der Bertelsmann Stiftung im medialen, politischen und zum Teil auch im wissenschaftlichen Kontext üblich. Es entsteht der Eindruck, dass sich Pionier*innen durch die Wildnis schlagen, um Neuland zu erobern sowie Kultur und Zivilisation an entlegene Orte zu bringen:

»In geführten ›Walkshops‹ erkunden die Großstädter:innen dann ihre ländlichen ›Zukunftsorte‹ – mit dem Ziel, einen harten Kern von Akteur:innen zu finden, [...] um ihren rurbanen Traumort mit neuem Leben zu füllen.« (Bähr u.a. 2020, 13)

Bei Darstellungen dieser Art werden koloniale Bilder reproduziert und es wird nicht mitgedacht, welches Bild von den Menschen, deren Alltagsleben in diesen Regionen stattfindet, erzeugt wird, die wohl kaum auf die Pionier*innen aus den Großstädten warten. Damit verbunden entsteht wieder die bereits beschriebene Verkennung der Differenz und daran anschließend eine Abwertung der Menschen, die in diesen Regionen leben.

Projekte, die Städter*innen aufs Land bringen sollen, sind aktuell durchaus häufig zu finden und auch öffentlich gefördert. So zum Beispiel die Lokalhelden Gründerwerkstatt, die Menschen dabei unterstützt, in ostdeutschen dünn besiedelten Regionen selbstständig Geschäftsideen umzusetzen, oder die in der Presse stark repräsentierten KoDörfer (Neulandia UG o.J. b), die urbanes Leben in ländliche Regionen bringen sollen, und auch die »Summer of Pioneers«, die jeweils zwanzig Digitalarbeiter*innen aus Großstädten für ein halbes Jahr zur Probe aufs Land bringen (Neulandia UG o.J. a). Neben den neuen Zuziehenden werden auch Rückkehrer*innen mit Angeboten und Agenturen besonders umworben. Allein das Fachkräfteportal Brandenburg listet aktuell 17 Initiativen auf, die sich explizit an Rückkehrer*innen und Neu-Zugezogene richten (Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH). Die Frage, die sich daran anschließt, ist jedoch, wo in diesen Angeboten alt-ingesessene Bewohner*innen Platz finden.

4.2 Alltägliche Diskurse in Dörfern der Uckermark (Brandenburg)

Die in den gesellschaftlichen Diskurssträngen beschriebenen Narrationen drücken sich ebenso auf der Ebene des Alltagslebens in Dörfern aus. Dort, wo zugezogene Städter*innen auf Alteingesessene treffen, reproduzieren sich die Machtasymmetrien der übergeordneten Maßstabsebenen. Bei der Auswertung der Interviews fiel zunächst auf, dass ein stark kolonial gefärbtes Vokabular von den Zugezogenen verwendet wird. Die Alteingesessenen werden als »Eingeborene« oder »Ureinwohner« bezeichnet, wodurch die Abgrenzung des Eigenen vom Fremden deutlich wird. In diesem Kontext stellt sich die Frage, welches Selbstverständnis dem zugrunde liegt, wobei wieder

das Bild des Pioniers beziehungsweise der Pionierin oder des Entdeckers beziehungsweise der Entdeckerin ins Spiel kommt.

Halls erste Strategie – die Exotisierung und Idealisierung des Fremden – zeigt sich deutlich in den Beschreibungen der Zugezogenen:

»Und dann geht man spazieren und sieht die Kraniche, den Storch hier ganz nah [...]. Das ist das, was ich in Afrika gesucht habe. Dieses Wilde.« (Interview IP22, 11)

Im Fokus der Beschreibungen steht hier die Tierwelt, mit der man in der Uckermark in Kontakt kommt. Daran wird eine Wildheit diagnostiziert, die mit Afrika verglichen wird, worin auch das Fremde zum Ausdruck kommt. Es deutet sich bereits an, dass die Natur wie von Hall beschrieben als mannigfaltig und überwältigend erfahren wird. Ein Interviewpartner erklärt: »[M]an denkt sich, wow, das ist schon ein Schauspiel« (Interview IP12, 27). Die Fremde wird paradiesisch dargestellt, als geheimnisvoll und märchenhaft: »[D]as ist wie so eine andere Welt. (...) [Man kann] seltene Vögel oder merkwürdige Eidechsen [sehen].« (Interview IP6, 28)

In anderen Erfahrungen schwingt ein gewisses Gefahrenpotenzial mit, durch das die Wildheit bestärkt wird:

»[D]ann haben wir auch gleich [...] Kontakt mit der Gewalt der Natur gemacht, da wären wir fast im Moor versunken, das war einigermaßen dramatisch.« (Interview IP4, 2)

Die Nähe zur Natur und die Ursprünglichkeit, die darin mitschwingt, deutet bereits den Wunsch nach Freiheit und existentiellen Erfahrungen an, den Hall in seiner zweiten Strategie beschreibt. Die Zuschreibung des glücklichen, naturverbundenen, einfachen Lebens wird wiederholt thematisiert. Die Zugezogenen fühlen sich im Einklang mit der Natur und begeben sich in deren natürlichen Rhythmus:

»[H]ier so das draußen leben, du nimmst die Jahreszeiten anders wahr als in Berlin, also man lebt elementarer, würde ich sagen.« (Interview IP1, 37)

Hinzu komme eine weitere Komponente der zweiten Strategie Halls, nämlich die Möglichkeit, gesellschaftlichen Normen zu entkommen und sich selbst zu entfalten (Interview IP5, 34). In der Uckermark empfinden die Zugezogenen die Freiheit, ihre individuelle Gabe zu finden (Interview IP22, 17) und sich auszuprobieren (Interview IP1, 37).

In Bezug auf die Alteingesessenen schlägt diese positive Darstellung jedoch in ein Unverständnis um, durch das deren Lebensweise abgewertet wird:

»Die Ureinwohner haben [...] ihre Gärten aufgegeben. Bei Aldi ist die Möhre billiger. Und dass das eine Qualität hat, die auch was anderes beinhaltet, die Sicht haben sie nicht.« (Interview IP6, 41)

Die Bewirtschaftung eines eigenen Gartens, die für die Zugezogenen im Kontext ihres Bildes vom Landleben eine sehr hohe Bedeutung hat, wird hier als Abgrenzungsmerkmal verwendet und die Entscheidung, den eigenen Garten aufzugeben, wird negativ bewertet. Den alteingesessenen Bewohner*innen wird damit ein Unverständnis für gute Qualität unterstellt. In ähnlicher Weise wird ihnen ein minderwertiges Verständnis für Kultur zugeschrieben:

»Mit meinen [kulturellen Angeboten] sind die zwar total überfordert teilweise [...] da wissen Verschiedene überhaupt nichts mit anzufangen. [...]« (Interview IP26, 21)

Auch das eigene ästhetische Empfinden wird als wertvoller und richtiger im Hinblick auf die Dorfentwicklung verstanden. So betont ein Gesprächspartner,

»dass doch gerade diese charmante dörfliche Ästhetik oder auch kleinstädtische Ästhetik von den Zugezogenen mehr gewürdigt und mehr gepflegt wird als von denen, die hier schon immer leben« (Interview IP2, 82).

Diese Beispiele aus verschiedenen Bereichen verdeutlichen, dass Strukturen und Praktiken der Alteingesessenen systematisch unterschätzt und als weniger wertvoll begriffen werden. In diesem konstruierten Bild verstehen die Zugezogenen sich als die Überbringer*innen von Fortschritt und Kultur:

»Das wirkt auch zurück. So wie wir hierherkommen, und unsere Kultur selbstverständlich leben, so haben wir auch Einfluss auf das Eingeborenenleben hier.« (Interview IP6, 58)

Darüber hinaus nehmen sie an, dass die Alteingesessenen sich darüber freuen:

»Die Eingeborenen hier, die freuen sich eigentlich über das, was wir hier so machen. Auch wenn für sie einiges fremd ist, aber inzwischen freuen sie sich.« (Interview IP23, 45)

Eine kritische Betrachtung dieser kolonialistisch anmutenden Perspektive blieb in den Interviews aus, was wiederum zeigt, dass den Interviewpartner*innen dieser Blickwinkel nicht bewusst ist. Allerdings nehmen sie wahr, dass sich in einigen Dörfern Konflikte zwischen den beiden Lagern entwickelt haben:

»Was man natürlich nicht sieht, wenn man da durchfährt [...] sind diese Grabenkämpfe [...] ich sag mal zwischen Eingeborenen und den Zugezogenen. Das sind halt echt zwei Lager da [...] und es ist total schwer, da gibts kein wirklich gutes Miteinander.« (Interview IP2, 81)

Und einige Zugezogene sehen das Verhalten ihrer eigenen Gruppe auch kritisch:

»[M]anchmal auch von Seite der Zugezogenen, da gibts auch eine Portion Intoleranz und manchmal ein unangemessenes Verhalten. Also wenn man auf so ein Dorf zieht, dann sollte man im Vorgarten die Brennnesseln nicht zwei Meter hochwachsen lassen. Das kann man ahnen, dass das nicht in die Kultur hier passt.« (Interview IP17, 6)

Die Unterscheidung zwischen den Eigenen und den Anderen bleibt dennoch bestehen und auch in dieser Aussage wird darauf Bezug genommen, dass es sich um verschiedene »Kulturen« handelt, aber die Schwierigkeiten werden zumindest nicht ausschließlich auf das Verhalten der Alteingesessenen bezogen.

5. Fazit und Denkanstöße

Dieser Beitrag hatte zum Ziel, asymmetrischen Machtverhältnissen in der Beziehung von Stadt und Land anhand von Beispielen aus wissenschaftlichen und politischen Diskursen und auf der Ebene des Alltagslebens in Dörfern nachzugehen. Auf allen Ebenen konnten Muster aufgezeigt werden, die an koloniale Strategien erinnern. Mit Hall wurden Perspektiven offengelegt, die das Land als das Fremde und Andere konstruieren – sowohl im Kontext einer Idealisierung als auch durch eine negative Bewertung der Differenz und Degradierungen. Besondere Beachtung verdient das kolonial gefärbte Vokabular, das sich auf allen Maßstabsebenen zeigt, wobei es auf der Mikroebene sicherlich besonders deutlich zu Tage tritt. Eine gewisse Unbedarftheit in der Verwendung der Begriffe auf der Ebene des Alltagslebens in den Dörfern ver-

deutlich darüber hinaus, wie tief diese Bilder in unserer Gesellschaft verankert sind. Die Annahme, dass das Land Freiheiten jenseits gesellschaftlicher Zwänge verspricht, zeigt sich ebenfalls in unterschiedlichen Dimensionen. Hervorzuheben ist jedoch, dass besonders die Menschen, die in den als Land bezeichneten Regionen leben und diese nie verlassen haben, als störend dargestellt sowie mit verkennenden und abwertenden Bildern überzogen werden. Hier muss es sich um den »Rest« handeln, um in Halls Vokabular zu bleiben.

Im Kontext der kritischen Landforschung betonen Maschke u.a. (2021, 125), dass es unter anderem »um die Stärkung von Vorstellungen und Bilder von Dörfern und Landleben jenseits ›romantisierter Idyllen‹ geht«. Hier sollte meines Erachtens noch ergänzt werden, dass es auch um ein Umdenken über die negativen Zuschreibungen gehen muss, mit denen die Menschen in als ländlich angesehenen Regionen belegt werden beziehungsweise vielleicht zunächst um ein Bewusstwerden dessen. Gerade in Texten mit politischen oder wissenschaftlichen Funktionen werden Menschen auf dem Land als einfältig oder fremdenfeindlich bezeichnet oder als gemeinschaftsliebende Vereinsmitglieder. Diese Bilder haben alle gemein, dass über die Menschen gesprochen wird und zwar in Abgrenzung vom Eigenen, also in dem beschriebenen Alltagsverhältnis von der Seite der Stadt aus. Redepenning/Singer (2019, 68f.) halten dazu fest:

»Entsprechend müsste das Treffen von politischen Entscheidungen in Städten, [...] auch zumindest durch ein Anhören, besser noch durch die Mitsprache ländlicher Regionen erweitert werden, um einem Misframing entgegenzuwirken.«

Selbiges gilt für wissenschaftliche Arbeiten. Außerdem ist zu spezifizieren, dass gerade die alteingesessene Bevölkerung von Dörfern einbezogen sein müsste, um nicht als Gegenkonstruktion verkannt zu werden und ungehört zu bleiben. Ein kritischer Blick auf die getroffenen Zuschreibungen und das Einbeziehen des »Rests« könnte dazu führen, die asymmetrische Dimension der Stadt-Land-Dichotomie zunehmend aufzulösen, damit auch das Verhältnis neu auszuloten und das immer noch verbreitete kategoriale Zuordnen von Eigenschaft und Ort aufzulösen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Baum, D. (2014): Dorf und Stadt als idealtypische Konturen und Lebensräume in Ost und West. In: Nell, W./Weiland, M. (Hg.): *Imaginäre Dörfer. Zur Wiederkehr des Dörflichen in Literatur, Film und Lebenswelt.* (= *Rurale Topografien 1*). Bielefeld: transcript, 111-135.
- Baumann, Ch. (2018): *Idyllische Ländlichkeit. Eine Kulturgeographie der Landlust.* (= *Rurale Topografien 6*). Bielefeld: transcript.
- Baumann, Cl. (2015): *Urbanität, Provinzialität und Bildung.* In: Beck, M./Coomann, C. (Hg.): *Sprachkritik als Ideologiekritik. Studien zu Adornos Jargon der Eigentlichkeit.* Würzburg: Königshausen & Neumann, 137-157.
- Bähr, U./Biemann, J./Hentschel, P./Lietzau, J. (2020): *Coworking im ländlichen Raum. Menschen, Modelle, Trends.* <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/coworking-im-laendlichen-raum-all> (letzter Zugriff am 27.7.2021).
- Brenner, N./Schmid, C. (2012): *Planetary Urbanization.* In: Gandy, M. (Hg.): *Urban Constellations.* Berlin: Jovis, 10-13.
- BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2020): *#Dorfkinder – so stärkt das BMEL das Leben auf dem Land.* <https://www.bmel.de/DE/themen/laendliche-regionen/dorfkinder.html> (letzter Zugriff am 27.7.2021).
- Dewey, R. (1974): *Das Stadt-Land-Kontinuum.* In: Atteslander, P./Hamm, B. (Hg.): *Materialien zur Siedlungssoziologie.* (= *Neue wissenschaftliche Bibliothek Soziologie 69*). Köln: Kiepenheuer & Witsch, 45-54.
- Dünckmann, F. (2019): *Politik der Idylle: Repräsentationen des Landes zwischen Sehnsucht, Entschleierung und Instrumentalisierung.* In: Mießner, M./Naumann, M. (Hg.): *Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformationen und lokale Herausforderungen.* (= *Raumproduktionen: Theorien und gesellschaftliche Praxis 33*). Münster: Westfälisches Dampfboot, 28-41.
- Förtner, M./Belina, B./Naumann, M. (2019): *Stadt, Land, AfD. Zur Produktion des Urbanen und des Ruralen im Prozess der Urbanisierung.* In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 7(1/2)*, 23-44.
- Goethe, J. W. (2012 [1808]): *Faust. Der Tragödie Erster Teil.* Stuttgart: Reclam.
- Halfacree, K. H. (1993): *Locality and Social Representation: Space, Discourse and Alternative Definitions of the Rural.* In: *Journal of Rural Studies 9(1)*, 23-37.

- Hall, S. (1992): The West and the Rest: Discourse and Power. In: Hall, S./Gieben, B. (Hg.): Formations of Modernity. Cambridge, Oxford: Polity Press, 275-332.
- Helbrecht, I. (2014): Urbanität und Ruralität. In: Lossau, J./Lippuner, R./Freytag, T. (Hg.): Schlüsselbegriffe der Kultur- und Sozialgeographie. Stuttgart: Eugen Ulmer, 167-181.
- Henkel, G. (2020 [1993]): Der Ländliche Raum: Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland. 5. Auflage. Stuttgart: Borntraeger.
- Hoggart, K. (1990): Let's Do Away with Rural. In: Journal of Rural Studies 6(3), 245-257.
- Maschke, L./Mießner, M./Naumann, M. (2021): Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. Bielefeld: transcript.
- Mießner, M./Naumann, M. (2019): Kritische Geographien ländlicher Entwicklung: Globale Transformationen und lokale Herausforderungen – Zur Einleitung. In: Mießner, M./Naumann, M. (Hg.): Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformationen und lokale Herausforderungen. (= Raumproduktionen: Theorien und gesellschaftliche Praxis 33). Münster: Westfälisches Dampfboot, 9-26.
- Neu, C. (2016): Neue Ländlichkeit. Eine kritische Betrachtung – Essay. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/236826/neue-laendlichkeit/> (letzter Zugriff am 28.10.2021).
- Neulandia UG (o.J. a): KoDörfer. Neues Leben und Arbeiten auf dem Land. <https://neulandia.de/kodoerfer/> (letzter Zugriff am 28.7.2021).
- Neulandia UG (o.J. b): Summer of Pioneers, Probewohnen und Coworking auf dem Land. <https://neulandia.de/summer-of-pioneers/> (letzter Zugriff am 28.7.2021).
- Redepenning, M. (2019): Stadt und Land. In: Nell, W./Weiland, M. (Hg.): Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch. Berlin: J.B. Metzler, 315-325.
- Redepenning, M./Singer R. (2019): Raumbezogene Gerechtigkeit als zentrales Element ländlicher Entwicklung: Ein kritischer Blick auf Nancy Frasers Figurationen von Gerechtigkeit aus raumsensibler Perspektive. In: Mießner, M./Naumann, M. (Hg.): Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformationen und lokale Herausforderungen. (= Raumproduktionen: Theorien und gesellschaftliche Praxis 33). Münster: Westfälisches Dampfboot, 58-72.

- Rössel, J. (2014): Unterwegs zum guten Leben? Raumproduktionen durch Zugewogene in der Uckermark. Bielefeld: transcript.
- Said, E. W. (1985): Orientalism: Western Concepts of the Orient. Harmondsworth: Penguin.
- Scholz, F. (2002): Die Theorie der »fragmentierenden Entwicklung«. In: Geographische Rundschau 54(10), 6-11.
- Sieverts, T. (2008 [1997]): Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. (= Bauwelt Fundamente 118). 3. Auflage. Basel, Gütersloh, Berlin: Birkhäuser.
- Simon, T. (2020): Rechtsextreme und rechtspopulistische Vormachtstellungen in prekären ländlichen Räumen. In: Berg, L./Üblacker, J. (Hg.): Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte. (= Sozial- und Kulturgeographie 36). Bielefeld: transcript, 155-176.
- Spencer, D. (1997): Counterurbanisation and Rural Depopulation Revisited: Landowners, Planners and the Rural Development Process. In: Journal of Rural Studies 13(1), 75-92.
- Twellmann, M. (2020): »Monsieur, ich hasse Sie«. Urbanormativität und Populismus. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 74(851), 91-97.
- Winter, R. (2012): Die Differenz leben – Stuart Hall »Der Westen und der Rest« und »Wann war der Postkolonialismus«. In: Reuter, J./Karentzos, A. (Hg.): Schlüsselwerke der Postkolonial Studies. Wiesbaden: VS, 131-141.
- Wirth, L. (1938): Urbanism as a Way of Life. American Journal of Sociology 44(1), 1-24.
- Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (o.J.): Fachkräfteportal Brandenburg. Rückkehren in die Brandenburger Heimat. <https://www.fachkraefteportal-brandenburg.de/rueckkehren> (letzter Zugriff am 28.7.2021).
- Witzcek, E. (2020): Wo die schlimmen Kerle wohnen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.1.2020.

Strukturwandel im Mitteldeutschen Braunkohlerevier

Umkämpfte Transformation der ländlichen Naturverhältnisse

Hendrik Sander

In Deutschland steht die Braunkohleindustrie im Fokus der Auseinandersetzungen um die Bearbeitung der Klimakrise. Während Klima-Aktivist*innen und regionale Kohlegegner*innen in den Revieren für ein schnelles Ende der Kohle streiten, wollen Beschäftigte, ihre Gewerkschaft IG BCE, viele Lokalpolitiker*innen und Kohlekonzerne wie RWE und EPH möglichst lange daran festhalten. Diese Konflikte verdichteten sich in den Verhandlungen der sogenannten Kohlekommission und dem am 3. Juli 2020 verabschiedeten Kohleausstiegsgesetz, das einen Kompromiss formulieren und den Kohlekonflikt befrieden sollte. Das Gesetz sieht vor, dass die Braunkohleindustrie noch bis 2038 weiterbetrieben werden darf, in der Zwischenzeit aber die Kraftwerksblöcke sukzessive stillgelegt werden (Deutscher Bundestag 2020a). Ebenfalls im Juli 2020 verabschiedete der Bundestag das Strukturstärkungsgesetz, das den Strukturwandel in den betroffenen Regionen hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft unterstützen soll. Dafür will die Bundesregierung von 2020 bis 2038 insgesamt 40 Milliarden Euro zur Verfügung stellen¹. An den Aus-

1 Die Mittel werden auf zwei Wegen vergeben: Erstens fließen 14 Milliarden Euro über den sogenannten Länderarm direkt an die Braunkohleländer, die die Gelder selbst vergeben können. Förderberechtigt sind in erster Linie Kommunen in den definierten Regionen. Zweitens vergibt der Bund die 26 Milliarden Euro des Bundesarms in eigener Regie. Inhaltlich richtet sich der Fokus des Gesetzes auf den Ausbau und die Ertüchtigung von verschiedenen Infrastrukturen, weswegen es bisweilen als Infrastruktur-Stärkungsgesetz beschrieben wird. Der Schwerpunkt der förderfähigen Bereiche liegt auf dem Ausbau von Straßen und Schienenwegen; digitalen und touristischen Infrastrukturen; auf Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung; sowie auf der Bereit-

einandersetzungen um Kohleausstieg und Strukturwandel in den ländlich geprägten Braunkohleregionen² in Deutschland zeigt sich, vor welchen Herausforderungen die traditionellen Bergbau- und Industrieregionen (vor allem im Osten) stehen, wie der Übergang zu einem grünen Kapitalismus konkret aussehen könnte und welche Beharrungskräfte dem Wandel gegenüberstehen. Es wird deutlich, welche Akteur*innen mittels welcher institutioneller Arrangements die Transitionsprozesse dominieren, welche Akteur*innen davon ausgeschlossen sind und welche praktischen Projekte des Strukturwandels sich dabei durchsetzen. Das soll am Beispiel der Mitteldeutschen Braunkohleregion illustriert werden, zu denen der Autor zusammen mit Kolleg*innen im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Studie erstellt hat (Sander u.a. 2021).³ Die Mitteldeutsche Braunkohleregion erstreckt sich vom Süden Sachsen-Anhalts bis in den Westen Sachsens und berührt am Rande auch Thüringen. Da sich der Fokus der Studie auf die sachsen-anhaltische Seite der Region richtete, soll auch der Schwerpunkt der folgenden Ausführungen auf dieser Teilregion liegen, die allerdings durch Hinweise zu den benachbarten Landkreisen ergänzt werden.

Für das Forschungsprojekt, auf dem die Ausführungen dieses Beitrags basieren, haben die drei Forscher*innen zahlreiche Studien und Positionspapiere rezipiert und mehrere Exkursionen in die Region durchgeführt. Vor allem haben sie insgesamt 28 leitfadengestützte Expert*inneninterviews geführt. Die Gespräche haben die Akteur*innenvielfalt in der Region abgedeckt. So kamen die Gesprächspartner*innen aus der Landes-, Regional- und Lokalpolitik, von regionalen Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Betriebsräten, aus der kulturellen und sozialen Arbeit im Revier sowie von Bürger-

stellung von Gewerbeflächen. Ferner will der Bund mehrere Bundesbehörden in den Regionen ansiedeln und sogenannte Reallabore der Energiewende entwickeln. Ergänzend können auch Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, energetische Gebäudesanierungen und Maßnahmen des Umwelt- und Lärmschutzes gefördert werden (Deutscher Bundestag 2020b).

- 2 Im Folgenden wird von »Braunkohlerevier« gesprochen, wenn von der Teilregion die Rede ist, in der sich unmittelbar Tagebaue, Kraftwerke und Anrainergemeinden konzentrieren. Der Begriff »Braunkohleregion« bezieht sich hingegen auf die weiter gefasste Region, die sowohl politisch definiert ist als auch soziale und ökonomische Austauschbeziehungen aufweist.
- 3 Für die Lausitz und das Rheinland hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung ebenfalls Studien herausgegeben. An der Letzteren war der Autor dieses Beitrags beteiligt (Rosa-Luxemburg-Stiftung 2019; Sander u.a. 2020).

initiativen, politischen Basisgruppen und NGOs. Die Interviews wurden mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Die im Folgenden präsentierten Zusammenhänge und Befunde basieren im Wesentlichen auf den Interviews und der Dokumentenanalyse, ohne dass dies im Einzelnen immer kenntlich gemacht wird.

Zunächst wird in die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse eingeführt, mit deren Hilfe die umkämpfte Transformation zu einem grünen Kapitalismus in den Braunkohleregionen verstanden werden kann (Abschnitt 2). Darauf aufbauend werden die spezifischen Naturverhältnisse in der Mitteldeutschen Region skizziert, die stark von Bergbau und chemischer Industrie geprägt sind (Abschnitt 3). Im Anschluss wird die widersprüchliche Strukturwandelpolitik vorgestellt, die die regionalen Naturverhältnisse einer ökologischen Modernisierung unterzieht (Abschnitt 4). Dafür wird zum einen die dominierende Konstellation gesellschaftlicher und staatlicher Akteur*innen beleuchtet, die neue regionale Governance-Strukturen geschaffen hat, die allerdings erhebliche Demokratiedefizite aufweisen (Abschnitt 4.1). Zum anderen werden zentrale Strukturwandelprojekte benannt und der Wandel der regionalen Leitbranchen umrissen, um die politische Ökonomie und praktische Gestalt der Transition deutlich zu machen (Abschnitt 4.2). Zusammenfassende und weiterführende Überlegungen werden im abschließenden Ausblick formuliert.

1. Theoretischer Rahmen: Gesellschaftliche Naturverhältnisse

Die Auseinandersetzungen um Kohleausstieg und Strukturwandel in den betroffenen Regionen lassen sich mit der Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse verstehen (Görg 2003). Der auf der Kritischen Theorie basierende Ansatz geht davon aus, dass die Naturaneignung, also der Stoffwechselprozess zwischen Menschen und Natur, im Kapitalismus die Form einer Naturbeherrschung annimmt, die die Umwelt vollständig gesellschaftlichen Zwecken unterwirft. Die Natur wird ausgebeutet und umgewandelt, um Profit zu generieren und Kapital zu akkumulieren. Diese Unterwerfung abstrahiert von der relativen Eigenständigkeit der Natur, deren »Nichtidentität« sich nicht zuletzt im Scheitern der Naturbeherrschung und in ökologischen Krisen zeigt.

Allerdings ist die konkrete Form der Naturaneignung im Kapitalismus umstritten beziehungsweise Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen. Ver-

schiedene Akteur*innen ringen darum, unterschiedliche Varianten der »Regulation der Naturverhältnisse« durchzusetzen. Diese Varianten entsprechen nicht nur spezifischen Interessen und Strategien einzelner Kapitalfraktionen, sondern auch den Präferenzen von Fraktionen und Milieus der lohnabhängigen Klassen. Auf der Ebene der Zivilgesellschaft manifestieren sich diese Auseinandersetzungen um die Naturverhältnisse in konkurrierenden Diskursen und Akteur*innenstrategien, die sich schließlich in staatlichen Apparaten und Politiken verdichten (ebd.).

Dabei versuchen die herrschenden Akteur*innen nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse zu dominieren, sondern auch den gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur zu kontrollieren – und andere Akteur*innen von dieser Gestaltung auszuschließen beziehungsweise den eigenen Strategien zu unterwerfen (Robbins 2012). Das Ergebnis sind grundlegende ökologische Ungerechtigkeiten, die in der Regel mit anderen Formen sozialer Ungleichheit und Diskriminierung korrespondieren (Anguelowski 2016).

Im Anschluss an die Regulationstheorie wird argumentiert, dass sich auf diese Weise in Gesellschaften und historischen Phasen jeweils hegemoniale Formen der Regulation der Naturverhältnisse herauskristallisieren. So waren die fordistischen Naturverhältnisse in den frühindustrialisierten Ländern von einer konventionellen, fossilistischen beziehungsweise »grauen« Form der Naturbeherrschung bestimmt. Im Postfordismus begannen sich ergänzend dazu, Elemente einer reflexiven beziehungsweise ökologisch modernisierten Form der Naturbeherrschung durchzusetzen. Diese Strategien eines »grünen« Kapitalismus stellen eine systemimmanente Antwort auf die zunehmenden ökologischen Krisen dar, ohne die kapitalistische Naturbeherrschung grundlegend infragezustellen. Vielmehr nutzen sie den Umbau in Richtung einer klimaneutralen Wirtschaftsweise, um neue Geschäftsfelder und Wachstumsmärkte zu erschließen. Neben einer Produktions- und Lebensweise, die auf fossilen Brennstoffen (einschließlich Uran), Schwerindustrien, industrieller Landwirtschaft und Verbrennungsmotoren basiert, gewinnen also neue Ansätze an Gewicht, die auf erneuerbare Energien, Wasserstofftechnologie, Bioökonomie und Elektroautos setzen (Sander 2016).

Die Auseinandersetzungen um die Regulation der Naturverhältnisse manifestieren sich in konkreten Räumen und nehmen in verschiedenen Regionen unterschiedliche Formen an. Die Umgestaltung und Ausbeutung der Natur und die (Re-)Konstruktion der »gebauten Umwelt« an konkreten Orten sind wesentliches Medium und zugleich Effekt der spezifischen Naturverhältnisse. Konfligierende Akteur*innne versuchen, ihre Strategien in der Gestal-

tung der Naturverhältnisse auf verschiedenen räumlichen Maßstabsebenen (Scales) durchzusetzen, und koproduzieren dabei zugleich diese Ebenen. Im Ergebnis bilden sich in einzelnen Regionen ganz spezifische regionale Naturverhältnisse heraus, die sich stark von anderen Regionen unterscheiden können (Wissen 2011).

Aus der vorgestellten theoretischen Perspektive wird verständlich, wie die physisch-materiellen und sozialen Strukturen in der Mitteldeutschen Region wesentlich durch spezifische fossilistische Naturverhältnisse geprägt wurden. Diese werden nun von außen wie von innen durch neue grün-kapitalistische Strategien des Strukturwandels herausgefordert, die allerdings an die ökonomischen Strukturen und Machtverhältnisse in der Region anknüpfen, um diese zu modernisieren. Dominierende Akteur*innen tragen wesentlich zur Entstehung einer neuen Governance-Struktur bei und können ihre Interessen in die Strukturwandel-Projekte einschreiben. Aber es zeigt sich auch, welche Widersprüche die dominante Strukturwandelpolitik erzeugt.

2. Fossilistische Naturverhältnisse in der Mitteldeutschen Region

In der Mitteldeutschen Braunkohleregion haben sich historisch spezifische Naturverhältnisse herausgebildet, die von der Ausbeutung fossiler Rohstoffe geprägt sind. Sie wurden nicht nur von den ansässigen Konzernen und von verschiedenen staatlichen Regimen (v.a. NS-Diktatur; DDR) vorangetrieben, sondern sie haben auch Klassen- und Milieustrukturen mit eigenen ökonomischen Abhängigkeiten hervorgebracht. Ferner haben sie vom Bergbau geprägte Subjektivitäten und Identitäten geschaffen, die mit speziellen (patriarchalen) Formen der Körperlichkeit, des Arbeitsethos und der Geschlechterverhältnisse verbunden sind. Nicht zuletzt haben die fossilistischen Naturverhältnisse die materiellen Landschaften und Naturräume tiefgreifend umgestaltet und zerstört. Daraus ist eine mächtige Akteur*innenkonstellation entstanden, die über die wechselnden politischen Regierungsformen hinweg erfolgreich die Vormachtstellung von energieintensiver und Braunkohleindustrie sowie ihre damit verbundenen Interessen verteidigt hat.

So ist die Region seit Beginn des 19. Jahrhunderts stark vom Bergbau geprägt. Dieser brachte den regionalen Gesellschaften einen wirtschaftlichen Aufschwung, führte aber auch zu zahlreichen Zwangsumsiedlungen und ökologischen Zerstörungen. Er hat die regionale Bevölkerung in Profiteure und Leidtragende geteilt. Oft waren die Umgesiedelten allerdings auch selbst in

der Kohleindustrie beschäftigt. Während der NS-Zeit weitete das faschistische Regime die Kohleförderung aus und gewann in enger Zusammenarbeit mit der IG Farben aus der Braunkohle Substitute für Erdöl und Kautschuk, die für seinen Vernichtungskrieg unerlässlich waren. Unter anderen politischen Vorzeichen knüpfte die DDR-Regierung daran an und machte die Kohleindustrie zu einer wesentlichen energetischen Basis ihres autoritären Sozialismus. Nach der Wende zerschlug die Treuhand jedoch die Volkseigenen Betriebe und trieb den Großteil der Industriearbeiter*innen in die Arbeitslosigkeit. Dieser Strukturbruch prägte die Region über die Wende hinaus (Hofmann 1995).

Heute befindet sich in beiden betroffenen Bundesländern noch je ein Tagebau und ein Kraftwerk. Laut Ausstiegsgesetz muss das sachsen-anhaltische Kraftwerk Schkopau bis 2034 und der sächsische Meiler Lippendorf bis 2025 abgeschaltet werden (Deutscher Bundestag 2020a, Anlage 2). Vor einigen Jahren hat der tschechische Finanzkonzern EPH begonnen, sich in die regionale Kohleindustrie einzukaufen, und kontrolliert sie inzwischen weitgehend. Der Investor hat die fossilistischen Assets vor allem erworben, um durch Abschöpfung und Verschiebung von Finanzmitteln und Rückstellungen kurzfristige Gewinne zu erzielen (Greenpeace 2016; 2018).

Die Kohleproduktion ist traditionell eng mit der ansässigen Industrie verflochten. Ihre ökonomische Bedeutung erklärt sich vor allem durch die energieintensive Industrie, die in der Region stark vertreten ist und vom preiswerten und sicheren Kohlestrom profitiert. Das industrielle Profil der Region ist von einer starken (petro-)chemischen Industrie und der Nahrungs-, Fleisch- und Futtermittelproduktion geprägt. Hinzu kommen Metall- und andere Grundstoffindustrien sowie der Maschinenbau. Auf der sächsischen Seite spielen auch die Logistik- und Autobranche eine wichtige Rolle. Allerdings sind in der Mitteldeutschen Region kaum Konzernzentralen angesiedelt, sondern nur nachgelagerte Produktionsstandorte und kleine Zulieferunternehmen. Ferner ist die Region jenseits der industriellen Zentren um das Kernrevier vom Dienstleistungssektor bestimmt (Coalexit 2019; IAB 2019).

Trotzdem erfährt die Kohlewirtschaft im Revier nach wie vor viel Unterstützung, weil dort noch mehrere tausend Bergleute arbeiten, die von guten Tariflöhnen und den Errungenschaften der Montanmitbestimmung profitieren. Ferner hat die Kohleindustrie indirekte Beschäftigungseffekte durch die Konsumausgaben der Beschäftigten und die Nachfrage der Kohleunternehmen (aus der Perspektive der Braunkohlewirtschaft: DEBRIV 2018). Nicht zuletzt erzeugt die Kohle immer noch eine positive Identität in einer regionalen

Gesellschaft, die seit der Wende von Prekarisierung und Unsicherheit betroffen ist. So sind viele Menschen nach der Wende abgewandert, die Gebliebenen haben oft düstere Zukunftserwartungen. Sowohl die AfD als auch die »klassische« Neonazi-Szene ist insbesondere auf der sachsen-anhaltischen Seite stark (Begrich 2019). Zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die für eine progressive Politik stehen, sind hingegen schwach aufgestellt und durch Einzelpersonen und wenige Projekte geprägt. Auf der sächsischen Seite ist zuletzt eine zaghafte Graswurzelvernetzung um die Frage des Strukturwandels entstanden.

Nach der Wende wurden also die »grauen« fossilistischen Naturverhältnisse in der Region durch die neoliberale Kahlschlagspolitik herausgefordert. Die vom Bergbau abhängige Bevölkerung wurde nachhaltig verunsichert und zugleich die Kohleindustrie finanzialisiert (z.B. EPH). Die vorherrschende konventionelle Form der Naturbeherrschung wurde auf diese Weise aber nur modifiziert und nicht grundlegend verändert.

3. Politik des Strukturwandels: grüne Transformation der Region

Durch die bundespolitischen Beschlüsse zum langfristigen Kohleausstieg und zum Strukturwandel ist diese ohnehin prekäre regionale Konstellation nun mit einem ernsthaften Veränderungsdruck konfrontiert. Ein modernisiertes Akteur*innennetzwerk aus etablierten Unternehmen und neuen Akteur*innen setzt auf eine grün-kapitalistische Transition der Bergbauregion, die grundlegende Machtverhältnisse fortschreibt und neue Widersprüche schafft.

3.1 Politics of Scale und neue Governance-Strukturen

Der dominierende Ansatz, nach dem die Naturverhältnisse in der Mitteldeutschen Region umgestaltet werden, zeigt sich in den politischen Strukturen und Prozessen, die den Strukturwandel steuern. Zwar hat die Bundesregierung die wesentlichen Rahmenbedingungen festgelegt. Die Ausgestaltung und Umsetzung findet jedoch auf lokaler, regionaler und Landesebene statt. Das konnte auf Basis der durchgeführten Interviews rekonstruiert werden (für die folgenden Ausführungen: Sander u.a. 2021).

So haben die einflussreichen gesellschaftlichen und staatlichen Akteur*innen (s.u.) auf den verschiedenen Ebenen Gremien und Vernetzungen

gegründet, aus denen eine komplexe Governance-Struktur entstanden ist. Dabei ringen die Akteur*innen darum, auf welchen Scales die wesentlichen Entscheidungen über Gelder und Projekte getroffen werden. Durch diese Politics of Scale zielen die zentralen Akteur*innen darauf, die Transformation der regionalen Naturverhältnisse in Richtung einer spezifischen grünkapitalistischen Wirtschaftsweise zu kontrollieren und darin ihre Interessen und Strategien zu verwirklichen.

In Sachsen und Sachsen-Anhalt bestimmt jeweils die Landesregierung, wie der Strukturwandel in »ihren« Revieren konkret gestaltet sein soll. In Sachsen-Anhalt liegt die Federführung bei der Staatskanzlei. Sie hat eine neu geschaffene Stabsstelle damit beauftragt, ihre politischen Leitlinien für den Strukturwandel umzusetzen (Landesportal Sachsen-Anhalt 2022). Mithilfe der Stabsstelle hat sie sich ein eigenes Netzwerk aus Arbeitsgruppen und Kontakten in der Region geschaffen, über das sie Einfluss auf die politische Entwicklung vor Ort nimmt.

Der vom Land gesteuerte Prozess weist allerdings starke Doppelungen mit eigenständigen regionalen Strukturen auf: So hat sich in der Mitteldeutschen Region ein regionales Akteur*innennetzwerk bereits vor Jahren eine neuartige regionale Plattform geschaffen: Die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland (Tobaben o.J.). Sie bildet eine neue intermediäre, länderübergreifende Ebene zwischen Landkreisen und Bundesländern. Der wichtigste Arm dieser Institution ist die 2016 gegründete »Innovationsregion Mitteldeutschland« (Tobaben/Wölpert o.J.). Sie kümmert sich um Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit, erstellt Leitbilder für ihre Region und vergibt eigene Fördergelder. Die Besetzung der zentralen Gremien – des »Ständigen Ausschusses« und des »Regionalen Empfehlungsgremiums« (REG) – zeigt deutlich, wer die Ausrichtung der Plattform bestimmt. Dies sind neben insgesamt neun Landkreisen und kreisfreien Städten aus den Ländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen⁴ sowie regionalen Planungsverbänden vor allem die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern aus der Region. Ferner haben die größten fossilistischen Konzerne aus dem Kohle- und Industrierevier einen eigenen Sitz im REG: EPH (über die MIBRAG), TOTAL und DOW.

Regionale Wissenschaftsakteur*innen, die zur Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft beitragen können, werden eng in

4 Burgenlandkreis, Stadt Leipzig, Stadt Halle, Saalekreis sowie die Landkreise Nordsachsen, Mansfeld-Südharz, Leipzig, Altenburger Land und Anhalt-Bitterfeld.

die Entwicklung von Leitbildern und Projekten einbezogen. So sitzt im REG beispielsweise auch die Univations GmbH (Worch o.J.), ein An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Beratungsunternehmen für Start-Ups. Zwar sind auch DGB und IG BCE formal im REG vertreten. Die Gewerkschaften haben aber nur einen geringen Einfluss in der Plattform. Umwelt- und Sozialverbände sowie Bürgerinitiativen spielen ohnehin keine Rolle in den Gremien. Entsprechend kritisch fiel die Beurteilung der Innovationsregion durch die Interviewpartner*innen von Gewerkschaften, NGOs und Graswurzelinitiativen aus. Die Zusammensetzung des skizzierten Netzwerks weist bereits darauf hin, dass es in der Region keinen harten Bruch der Macht- und Naturverhältnisse geben wird, sondern dass die bisherigen regionalen Eliten und Unternehmen wesentlich an der Modernisierung der Naturverhältnisse beteiligt sind.

Bemerkenswert ist an der Innovationsregion, dass sie sich weit über das verbliebene Kernrevier hinaus erstreckt. Die für den oben genannten Landesarm antragsberechtigten Landkreise und kreisfreien Städte decken sich weitgehend mit den Mitgliedern der Innovationsregion. So ist ihre Gründung und Abgrenzung nicht Ausdruck einer inhaltlichen Abwägung, sondern Ergebnis von konflikthafter Aushandlung um Zugehörigkeit und Ressourcen, von Politics of Scale. Um an die Strukturwandelgelder zu kommen, haben verschiedene Gebietskörperschaften das Konstrukt einer »Mitteldeutschen Braunkohleregion« geschaffen, ohne dass sich diese mit der historisch gewachsenen Bergbauregion decken würde. Diese räumlichen politischen Strategien zielen also nicht in erster Linie auf eine soziale Absicherung und praktische Umgestaltung des traditionellen Kohlereviers, sondern eher auf eine partielle ökonomische Aufwertung einer diskursiv neu konstruierten Region.

So kommt es, dass nicht das am stärksten betroffene eigentliche Kernrevier im Burgenlandkreis und im Leipziger Land in erster Linie von den Fördermitteln profitiert. Vielmehr haben personal- und ressourcenstarke Kommunen in der Region – vor allem die größeren Städte – frühzeitig Projekte entwickelt und sich Strukturwandelmittel gesichert. Die geschaffenen Governance-Strukturen bieten »Beutegemeinschaften« aus einflussreichen Akteur*innen – wie es eine Interviewpartnerin formulierte – die Möglichkeit, sich erhebliche Anteile der Strukturwandelgelder für »ihre« Projekte zu sichern. Kleinen Kommunen, gerade im Kernrevier, fehlen dagegen oft die Möglichkeiten dazu. Mehrere Kommunalpolitiker*innen aus dem Revier

kritisierten in den Interviews, dass sie in den offiziellen Prozessen kaum vorkommen.⁵

Zwar sind die in der Innovationsregion vertretenen Bürgermeister*innen und Landrät*innen durch Wahlen demokratisch legitimiert, dennoch weist das komplexe und teils intransparente Geflecht von Gremien und Netzwerkstrukturen, das den Strukturwandel gestaltet, ein deutliches Demokratiedefizit auf, zumal Entscheidungen kaum noch zurechenbar und durch die Bürger*innen nur schwer zu kontrollieren sind. Denn jenseits der formalen Legitimation gibt es fast keine Möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteur*innen (wie NGOs, Bürger*inneninitiativen, soziale und kulturelle Träger*innen u.ä.) und die nicht politisch organisierten Bürger*innen, ihre Vorstellungen in den Prozess einzubringen. So kritisierten viele Interviewpartner*innen der genannten Akteur*innen, dass sie auf die Rolle von »Zaungästen« beschränkt werden, die sich teils eigeninitiativ in Debatten und Veranstaltungen einbringen können, die aber bestenfalls peripher von den verantwortlichen Akteur*innen einbezogen werden. Für die Bürger*innen werden zwar vereinzelte Partizipationsformate angeboten. Diese simulieren jedoch eher Beteiligung und erzeugen nur ein »Stimmungsbild«, das für den realen Kurs der Strukturwandelpolitik unverbindlich bleibt.

Das demokratische Defizit zeigt sich besonders deutlich bei der Erstellung des regionalen Leitbildes für den sachsen-anhaltischen Teil der Region. Dort organisierte die Metropolregion 2019/2020 mehrere Zukunftswerkstätten (Innovationsregion Mitteldeutschland o.J.) und auch die sachsen-anhaltische Stabsstelle war inzwischen mit mehreren öffentlichen Veranstaltungen vor Ort. Doch eine Fortsetzung dieser ohnehin begrenzten Partizipationsangebote ist ungewiss. Vor allem haben die Anregungen aus der Bevölkerung kaum einen Einfluss auf die Leitbilder, die Metropolregion und sachsen-anhaltische Landesregierung jeweils Ende 2021 präsentieren wollen.

3.2 Praxis: politische Ökonomie und Projekte

Die dominante Akteur*innenkonstellation drückt sich in den politischen Programmen und Projekten – und damit der ökonomischen Praxis – des Strukturwandels in der Region aus. Dabei knüpft sie an die hergebrachten Strukturen der regionalen politischen Ökonomie an, die wesentlich noch

5 Das im Burgenlandkreis gelegene Kernrevier wird inzwischen deutlich besser von der sachsen-anhaltischen Regierung einbezogen.

von einer konventionellen kapitalistischen Naturbeherrschung geprägt sind. Diese schaffen Pfadabhängigkeiten und Interessen, die einen grundlegenden Wandel der Naturverhältnisse unwahrscheinlich machen. So gewinnt der Ansatz eines grünen Kapitalismus in der Kohleregion eine konkrete Gestalt und materialisiert sich in politischen Praxen, die die Naturverhältnisse in gesellschaftlicher wie räumlich-materieller Hinsicht umgestalten. Die Auswertung von Dokumenten und Interviews hat allerdings gezeigt, dass diese Transition widersprüchlich bleibt: Sie ist von einem Neben- und Miteinander traditioneller »grauer« und neuer »grüner« Strategien geprägt, das regional etablierte Konzerne, Forschungsinstitute sowie neue Start-Ups und Unternehmen in einem gebremsten und widerspruchsvollen Übergang zu einem grünen Kapitalismus zusammenbringt (Sander u.a. 2021).

In der Mitteldeutschen Region existieren bereits viele Projektvorhaben und -ideen. Bund, Land sowie Landkreise und kreisfreie Städte planen die Einrichtung innovativer Wissenschaftszentren, die Aufwertung beziehungsweise Neuerschließung von Gewerbe- und Industrieparks und von Innovationshubs für Forschung und Start-Ups. Ferner sollen digitale, touristische und verkehrliche Infrastrukturen ausgebaut werden – sowohl Straßen als auch öffentlicher Verkehr und Radwege (ebd.). Auf diese Weise soll der bisherige wirtschaftliche Komplex aus Kohle–Petrochemie–Auto–Fleisch fit für die Zukunft gemacht und ökologisch modernisiert werden. Konzerne, die bisher ein großes ökonomisches Gewicht in der Mitteldeutschen Region hatten, sollen dabei eine wichtige Rolle spielen. Das zeigt sich in den Strategien und Projekten in den bisherigen regionalen Leitbranchen.

So soll die Region zu einem Reallabor für ein smartes grünes Energiesystem werden, das die hergebrachten Schwerindustrien mit sicherer Energie versorgt, die ihrerseits die Produktionsprozesse energie- beziehungsweise ressourcensparender gestalten sollen. Ziel ist, die Betriebe der

»Braunkohlewirtschaft in zukunftsweisende Standorte für die Erzeugung von erneuerbaren Energien als Grundstein für eine nachhaltige Energieregion umzubauen und Möglichkeiten zur Modellierung der Sektorenkopplung von Industrie und Energiewirtschaft zu erforschen« (Deutscher Bundestag 2020b, Anlage 2).

So bestünden laut Modellrechnungen große Potenziale für Photovoltaik und Solarthermie auf ausgekohlten Tagebauflächen (IÖW u.a. 2018). Allerdings wird auch TOTAL SE weiterhin eine zentrale Rolle in der Region spielen. Der Öl- und (Petro-)Chemiekonzern deckt mit seiner Erdölraffinerie in Leuna den

Treibstoffbedarf von Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Damit gehört er zu den größten CO₂-Emittenten in Ostdeutschland.

Eng verbunden mit der Kohlewirtschaft ist eine Reihe von Chemieunternehmen, die sich in mehreren Chemieparks konzentrieren. In Leuna haben Branchengrößen wie BASF, Shell, Bilfinger oder Domo Caproleuna wichtige Produktionsstätten. Seit 1995 kontrolliert der internationale Chemiekonzern Dow Chemical (heute Teil von DuPont de Nemours) den Chemiapark Schkopau, wo auch das gleichnamige Kohlekraftwerk angesiedelt ist. In einer zentralen Anlage für Erdölverarbeitung gewinnt der Konzern aus Rohöl verschiedene chemische Produkte (Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH o.J.). Gleichzeitig experimentieren vor allem im Chemie- und Industriepark Zeitz (Infra-Zeitz Servicegesellschaft mbH 2014) mittelständische Unternehmen mit Produkten und Verfahren einer »grünen Chemie«.

Überwiegend im sächsischen Teil der Region besteht ein starkes Autocluster. Dort produzieren VW, BMW, Porsche und zahlreiche Zulieferer Automobile. Die Branche soll im Strukturwandel weiter gestärkt und die Produktionsumstellung auf Elektroautos forciert werden (Blöcker 2020). Ferner gilt die Region mit dem Frachtflughafen Leipzig/Halle, dem DHL Hub Leipzig und expandierenden Amazon-Verteilzentren als wichtiges Logistik-Drehkreuz. Mit dem stark wachsenden E-Commerce soll diese Branche ebenfalls aufgewertet werden. Löhne und Arbeitsbedingungen sind dort jedoch sehr prekär. Ver.di und Amazon kämpfen seit Jahren um einen Tarifvertrag (Boewe/Schulten 2019).

Auch die Nahrungs- und Futtermittelwirtschaft hat eine große wirtschaftliche Bedeutung in der Region. Neben der Mitteldeutschen Erfrischungsgetränke GmbH & Co. KG und der Rotkäppchen-Mumm Sektkellereien GmbH ist die Tönnies Zerlegebetrieb GmbH dort aktiv. In der Fleischfirma arbeiten vor allem – teils illegalisierte – Vertragsarbeiter*innen aus dem Ausland. Der Schlachtbetrieb belastet nicht nur lokale Umwelt und Gewässer, sondern hat bisher auch eine enge Verbindung zur Kohlewirtschaft, indem er seine Klärschlämme in regionalen Kohlekraftwerken mitverbrennen lässt. Mit dem Strukturwandel soll nun die ansässige Agrar- und Ernährungsindustrie ökologisch modernisiert werden.

Große Hoffnungen ruhen auf der Bioökonomie als einer Querschnittsstrategie, die vor allem Chemie- und Agrarindustrie verbindet. Im regionalen »BioEconomy-Cluster« (BioEconomy Cluster e.V 2022), das seinen Sitz seit 2012 in Leuna hat, arbeiten zahlreiche Großkonzerne, Mittelständler und Forschungsinstitute an neuen Verfahren und Geschäftsmodellen, um die

Ressourcenbasis der Wirtschaft auf biogene Rohstoffe umzustellen. Ferner soll im Rahmen des 2013 gegründeten Verbundprojekts HYPOS (Hydrogen Power Storage & Solutions East Germany e.V. 2022) eine konkurrenzfähige grüne Wasserstoffwirtschaft auf regionaler Ebene erprobt und entwickelt werden, die Energie-, Chemie- und Mobilitätsbranche zusammenbringt. In dieser Plattform kooperieren verschiedene Unternehmen und Forschungseinrichtungen – einschließlich TOTAL, DOW und EPH.

Trotz solcher Engagements spekuliert der Investor EPH darauf, die Braunkohlewirtschaft noch lange betreiben zu können. Ein Umstieg auf grüne Technologien ist nicht zu erkennen. Dabei setzt das Unternehmen auf eine riskante Doppelstrategie: Entweder scheitert die deutsche Energiewende noch politisch oder ökonomisch. Oder EPH transferiert seine Vermögenswerte in undurchsichtige Finanzmarktstrukturen und zieht sich kurzfristig aus dem Revier zurück, ohne dass der Investor politisch für die Folgelasten der Braunkohleindustrie ausreichend haftbar gemacht werden kann. Dann würde er eine ökologisch und finanziell stark belastete Region zurücklassen, auf deren nachhaltigem Wandel eine schwere Hypothek liegen würde (Greenpeace 2016; 2018).

4. Ausblick

In diesem Beitrag wurde gezeigt, wie um die Ausgestaltung von Kohleausstieg und Strukturwandel in einer traditionellen Bergbau- und Industrieregion wie der Mitteldeutschen Region gerungen wird. Dabei wurde deutlich, dass ein modernisiertes Akteur*innennetzwerk aus staatlichen Akteur*innen, etablierten fossilistischen Konzernen und neuen Unternehmen und Forschungseinrichtungen neuartige Governance-Strukturen mitgeschafft hat. Dieses Netzwerk setzt in den regionalen Leitbranchen und durch konkrete Strukturwandelprojekte einen widersprüchlichen Übergang von fossilistischen zu grün-kapitalistischen Naturverhältnissen in der Region durch.

Diese Transition ist deshalb widersprüchlich, weil sie erstens wesentlich von den etablierten fossilistischen Konzernen und einer teilweisen Persistenz ihrer klassischen Geschäftsmodelle bestimmt wird; weil sie zweitens demokratisch nur schwach legitimiert ist und verschiedene Akteur*innengruppen ausschließt und weil sie drittens Arbeitsplätze etwa in der automobilen Zulieferbranche zerstört, ohne dass adäquater Ersatz und neue soziale Sicherheiten geschaffen werden. Nicht zuletzt überwinden die grün-kapitalistischen

Naturverhältnisse nicht die kapitalistische Naturbeherrschung, sondern vertiefen und verfeinern sie eher. Sie basieren weiterhin auf einer hightech-, profit- und wachstumsorientierten Wirtschaftsweise. So bedürfen etwa Elektroautos und Wasserstoffproduktion enorme Mengen an Energie und Rohstoffen, die vor allem aus dem globalen Süden importiert werden sollen.

Dieser Ansatz einer grün-kapitalistischen regionalen Transformation trifft jedoch auf politischen Widerspruch. Auch wenn unabhängige und progressive zivilgesellschaftliche Kräfte im Mitteldeutschen Revier relativ schwach sind, hat sich auf der sächsischen Seite ein »Aktionskreis Strukturwandel Leipziger Land« gebildet. Dieses Graswurzelnetzwerk bemüht sich mit einem ländlichen Organizing, bisher ungehörten Ideen eine Stimme zu geben.

Diese Akteur*innen vertreten Elemente einer alternativen Regionalentwicklung, die mit dem vorherrschenden Verständnis von Strukturwandel bricht. Dieser Ansatz sozial-ökologischer Transformation orientiert sich an globaler und lokaler Gerechtigkeit und an den Vorstellungen der Menschen von einem guten Leben (Brand 2014). Er setzt auf regionale Wirtschaftskreisläufe und interregionale Kooperation; auf alternative Wirtschaftsformen und eine frei zugängliche, »konviviale« Technologieentwicklung sowie auf ein selektives Wachsen und Schrumpfen (De Angelis 2019).

Es geht darum, die gesamte Organisation von Leben und Arbeit zu verändern: Nicht mehr die männliche Industriearbeit, die Produkte schafft, sollte im Mittelpunkt stehen, sondern

»die Sorge um Menschen und Umwelt und [...] eine behutsame, nachhaltige Organisierung der Energieversorgung und Landwirtschaft, des Wohnens und der Mobilität« (Sander u.a. 2020, 27).

Die Basis einer solchen feministischen Sorge-Ökonomie sind die Tätigkeiten und Infrastrukturen, die sich um die unmittelbaren Lebensbedürfnisse der Menschen kümmern (Winker 2015).

Nicht zuletzt muss die Strukturwandelpolitik selbst demokratisiert werden. Das bedeutet, dass es substanzieller Mitspracherechte für einzelne Bürger*innen und organisierte Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft in den offiziellen Entscheidungsstrukturen bedarf. Darüber hinaus brauchen diese Akteur*innen Ressourcen, um sich eigene Räume organisieren und eigene Projekte umsetzen zu können (Troost 2019).

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Anguelovski, I. (2016): Environmental Justice. In: D'Alisa, G./Demaria, F./Kallis, G. (Hg.): Degrowth: Handbuch für eine neue Ära. München: oekom, 74-79.
- Begrich, D. (2019): AfD: Die neue Macht im Osten. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2019, 9-12.
- BioEconomy Cluster e.V (2022): BioEconomy Cluster. <https://www.bioeconomy.de/> (letzter Zugriff am 18.1.2022).
- Blöcker, A. (2020): Auf dem Sprung in die E-Mobilität? Transformationsdynamiken im Autoland Sachsen. In: Dörre, K./Holzschuh, M./Köster, J./Sittel, J. (Hg.): Abschied von Kohle und Atom? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität. (= International Labour Studies – Internationale Arbeitsstudien 26) Frankfurt a.M., New York: Campus, 181-222.
- Boewe, J./Schulten, J. (2019): Der lange Kampf der Amazon-Beschäftigten. Labor des Widerstands: Globale gewerkschaftliche Organisation im Onlinehandel. (= Analyse 57) Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Brand, U. (2014): Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt. In: Kurswechsel 2/2014, 7-18.
- Coalexit (Hg.) (2019): Das Braunkohlerevier Leipziger Land. Aktuelle Zahlen, Daten und Fakten zur Energiewende. Berlin: Coalexit.
- De Angelis, M. (2019): Omnia Sunt Communia: On the Commons and the Transformation to Postcapitalism. London: Zed Books.
- DEBRIV – Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein e.V. (2018): IW-Gutachten Folgenabschätzung Klimaschutzplan und Strukturwandel in den Braunkohleregionen. Berlin: DEBRIV.
- Deutscher Bundestag (2020a): Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz). Berlin: Bundesanzeiger.
- Deutscher Bundestag (2020b): Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen. Berlin: Bundesanzeiger.
- Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH (o.J.): Dow in Mitteldeutschland. <https://de.dow.com/de-de/standorte/mitteldeutschland> (letzter Zugriff am 13.1.2022).
- Görg, C. (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Greenpeace (2016): Schwarzbuch EPH. Wie ein windiger Investor Politik und Wirtschaft zum Narren hält. Hamburg: Greenpeace e.V.
- Greenpeace (2018): Schwarzbuch Vattenfall-Leaks. In den Händen von Zockern. Hamburg: Greenpeace e.V.
- Hofmann, M. (1995): Die Kohlearbeiter von Espenhain: Zur Enttraditionalisierung eines ostdeutschen Arbeitermilieus. In: Vester, M./Hofmann, M./Zierke, I. (Hg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung. Köln: Bund-Verlag, 91-135.
- Hydrogen Power Storage & Solutions East Germany e.V. (2022): HYPOS. <https://www.hypos-eastgermany.de/> (letzter Zugriff am 18.1.2022).
- IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2019): Kurzstudie zur Beschäftigungsstruktur im Mitteldeutschen Revier. Nürnberg: IAB.
- Infra-Zeitz Servicegesellschaft mbH (2014): Chemie- und Industriepark Zeitz. <https://www.industriepark-zeitz.de/> (letzter Zugriff am 18.1.2022).
- Innovationsregion Mitteldeutschland (o.J.): Beteiligungsprozess. <https://www.innovationsregion-mitteldeutschland.com/beteiligungsprozess> (letzter Zugriff am 13.1.2022).
- IÖW – Institut für ökologische Wirtschaftsforschung/Prognos/IFOK/Deutsche WindGuard/Solarpraxis Engineering/Becker Büttner Held GmbH (2018): Erneuerbare Energien-Vorhaben in den Tagebauregionen. Berlin: IÖW.
- Landesportal Sachsen-Anhalt (2022): Strukturwandel Sachsen-Anhalt. <https://strukturwandel.sachsen-anhalt.de/> (letzter Zugriff am 18.1.2022).
- Robbins, P. (2012): Political Ecology. A Critical Introduction. Hoboken: Wiley.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.) (2019): Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz. (= Studien 4/2019) Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Sander, H. (2016): Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima. Berlin: Bertz&Fischer.
- Sander, H./Schüler, A./Siebenmorgen, B. (2021): Strukturwandel im Mitteldeutschen Braunkohlerevier. Ansatzpunkte einer sozial-ökologischen Transformation. (= Studien 5/2021) Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Sander, H./Siebenmorgen, B./Becker, S. (2020): Kohleausstieg und Strukturwandel. Für eine sozial-ökologische Transformation im Rheinischen Revier. (= Studien 15/2020) Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Tobaben, J.-H. (o.J.): Metropolregion Mitteldeutschland. <https://www.mitteldeutschland.com/de/metropolregion-mitteldeutschland/> (letzter Zugriff am 18.1.2022).

- Tobaben, J.-H./Wölpert, R. (o.J.): Innovationsregion Mitteldeutschland. <https://www.innovationsregion-mitteldeutschland.com/> (letzter Zugriff am 18.1.2022).
- Troost, A. (2019): Kohle-Ausstieg: Beteiligt die Reviere! In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2019, 41-44.
- Winker, G. (2015): Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Wissen, M. (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Worch, D. (o.J.): Univations. <https://univations.de/> (letzter Zugriff am 18.1.2022).

Suffizienz und Postwachstum in ländlichen Räumen

Kommunaler Klimaschutz als Katalysator einer sozial-ökologischen Transformation?

Marius Hübler

Regionales Wirtschaften, solidarische Landwirtschaft (Solawi), eine Kultur der nachbarschaftlichen Hilfe, des Teilens und der kreativen Selbsthilfe auf der einen Seite; große Einfamilienhäuser, konservative Haltungen, weite Wege und Neubaugebiete trotz aussterbender Dorfkern auf der anderen Seite. So lauten einige der Potentiale und Herausforderungen für klimaverträgliche Lebens- und Wirtschaftsweisen, die kommunale Klimaschutzmanager*innen (KSM) aus Schleswig-Holstein ländlichen Lebenswelten im Rahmen meiner Promotion¹ zugeschrieben haben.

In Diskrepanz zu diesen Zuschreibungen und dem Bewusstsein für die Notwendigkeit von Suffizienz scheint dagegen das Paradigma der ökologischen Modernisierung (Huber 2011) in der kommunalen Klimaschutzpraxis vorherrschend zu sein. Sozial-ökologischer Klimaschutz, der über technologische Lösungswege hinausgeht und förderliche Strukturen für suffizienzorientierte Lebens- und Wirtschaftsweisen schafft, findet derzeit noch geringe Beachtung und wird innerhalb der untersuchten Gemeinde- und Kreisverwaltungen auf unterschiedliche Weise gehemmt. Allerdings machen die »multiple Krise« (Brand 2009) und einhergehende Herausforderungen wie die globale Erwärmung, soziale Ungleichheiten oder die Krisenimmanenz kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen eine tiefgreifende sozial-ökologische

1 In der AG Soziale Dynamiken in Küsten- und Meeresgebieten am Geographischen Institut der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel; gefördert durch ein Promotionsstipendium der Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein (EKSH).

Transformation und suffizienzorientierte Lebens- und Wirtschaftsweisen unerlässlich. Aus ökologischer Sicht meint Suffizienz einerseits die Reduktion und Vermeidung und andererseits eine Veränderung besonders klima- und umweltschädlicher Praktiken und Wirtschaftsweisen (Heyen u.a. 2013). Suffizienz bedeutet nicht nur ein Weniger in Form von zum Beispiel Flugreisen oder Konsum tierischer Produkte, sondern auch und vielmehr ein Anders, zum Beispiel in Form von solidarischem und nahräumlichem Wirtschaften, flächensparendem Wohnen, Selbst- und Gemeinschaftsversorgung, Praktiken des Teilens statt des Besitzens oder auch Reparatur von Gütern statt deren Neukauf. So geht es nicht nur um individuelle Entscheidungen, sondern auch um die kollektive (Re-)Organisation und Gestaltung von Wirtschaftsweisen und (Infra-)Strukturen, die sozial-ökologisch nachhaltige Praktiken ermöglichen und fördern – oder auch gegenteilige Praktiken reduzieren und verhindern. Wirtschaftspolitische Strategien wie der europäische *Green Deal* und zugrundeliegende Leitbilder wie grünes Wachstum und Green Economy setzen hingegen maßgeblich auf technologische Lösungsansätze und – dem Paradigma der Ökologischen Modernisierung folgend – die Vorstellung eines »grünen Umbaus« der wachstumsabhängigen Marktwirtschaft (Europäische Kommission 2019; Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. 2020). Erkenntnisse zu Rebound-Effekten (Santarius 2015) und dem Ausbleiben von Entkopplungsfortschritten der globalen Wachstumswirtschaft von negativen sozial-ökologischen Effekten legen jedoch nahe, dass Suffizienz als dringend notwendige komplementäre Nachhaltigkeitsstrategie zu technologischen Ansätzen zu betrachten ist (Georgescu-Roegen 1987; Jackson 2017; Parrique u.a. 2019). Daher wird im wissenschaftlichen und klimaaktivistischen Diskurs vermehrt die Forderung nach Suffizienzpolitik laut, die auf eine Reorganisation sowie Veränderung von Konsum- und Produktionsmustern abzielt und über Mäßigungsaufforderungen sowie Aufklärungsarbeit hinausgeht (Schneidewind/Zahrnt 2013; Christ/Lage 2020).

Ähnlich wie *ländliche Räume* oder *Ländlichkeit* sind auch *Klimaschutz* und *Suffizienz* keine starren Konzepte. Vielmehr werden deren Bedeutung und konzeptionelle Grenzen kontinuierlich in unterschiedlichen »Arenen« (z.B. in Wissenschaft, Policy-Papieren, sozialen Bewegungen oder auch auf Familienfeiern) verhandelt und unterliegen so verschiedenen Deutungsmustern und -rahmen (Framings). Was wird als das, der globalen Erwärmung zugrundeliegende, Problem betrachtet, was als Lösung? Welche Bereiche ländlicher Lebenswelten werden in Bezug auf Klimaschutz problematisiert, welche nicht?

Welche Klimaschutzmaßnahmen werden als effektiv, legitim und erstrebenswert angesehen?

Nach einer kurzen Einführung von KSM als verwaltungsseitige Klimaschutz-Akteur*innen werden nachfolgend die institutionellen Framings von Klimaschutz und Suffizienz als ein zentrales Hemmnis für die Integration von Suffizienzaspekten in den kommunalen Klimaschutz diskutiert. Die Basis hierfür bilden acht Interviews mit KSM (nachfolgend als KSM A-H anonymisiert) aus schleswig-holsteinischen Gemeinde- und Kreisverwaltungen. An- und abschließend werden KSM als transformative Akteur*innen in ländlichen Gemeinde- und Kreisverwaltungen beleuchtet. Der Beitrag soll damit einerseits die Notwendigkeit eines über technologische Lösungsansätze hinausgehenden suffizienzorientierten Klimaschutzframings skizzieren und andererseits KSM als mögliche Katalysator*innen einer sozial-ökologischen Transformation in ländlichen Räumen diskutieren.

1. Suffizienz(-Politik) im kommunalen Klimaschutz

»Solarzellen aufs Dach, Fernwärme könnte man auch noch in die Gänge kriegen. Energieeffizient Bauen, Sanieren, strombetriebene Züge, Elektroautos, das funktioniert halbwegs. [...] Die andere Geschichte, die sagt »Wir müssen auch anders Wirtschaften«, wo dann auch Gedanken von so Gemeinwohlökonomie mit reinkommen und »Ist weniger mehr?« und all das. Das Brett [Pause] das gehört ja auch mit dazu. [...] Das kriegen wir nicht nur durch Outsmarten hin.« (Interview KSM D 2020)

Die Worte von KSM D fassen nicht nur treffend zusammen, was sich durch die meisten Interviews zieht, sondern auch, was in der kommunalen Klimaschutzpraxis zu beobachten ist: einerseits ein verbreitetes Bewusstsein für die Notwendigkeit veränderter Wirtschafts- und Lebensweisen, andererseits die Dominanz technologischer Lösungsansätze im (kommunalen) Klimaschutz. So konzentrieren sich Klimaschutzmaßnahmen gegenwärtig auf Bereiche wie erneuerbare Energie- und Wärmeversorgung, E-Mobilität, Energieberatung und energetische Gebäudesanierung. In anderen Worten: auf die Einsparung von Treibhausgasemissionen durch Energieeffizienz und entsprechende technologische Lösungswege. Dies wird nicht nur durch die Interviews und die kommunalen Klimaschutzkonzepte aus Schleswig-Holstein (siehe bspw. Kreis Dithmarschen 2012; Kreis Rendsburg-Eckernförde 2012),

sondern auch die bundesweite Analyse kommunaler Klimaschutzmaßnahmen von Rioussat u. a. (2019) unterstrichen. Klimaschutzmaßnahmen, die auf eine sozial-ökologische Veränderung von Lebens- und Wirtschaftsweisen abzielen, sind bislang hauptsächlich im Bereich der Mobilität (z. B. durch radverkehrsfreundliche Verkehrsplanung oder öffentliche Nahverkehrslösungen) oder in Form von niedrigschwelligen Maßnahmen wie Bildungsangebote und Informationskampagnen zu »klimafreundlichen Alltagspraktiken« oder der Organisation von Mitmachaktionen wie Stadtradeln zu finden. Bereiche wie Flächennutzung und Wohnen, nähräumliche Ernährung und Landwirtschaft, Dinge selbst beziehungsweise gemeinschaftlich produzieren und Instand halten im Sinne der Prosumption (Brauer u. a. 2019) oder auch andere Themen der Daseinsvorsorge spielen in der kommunalen Klimaschutzarbeit gegenwärtig kaum eine Rolle.

Laut Bauer u. a. (2018) haben KSM das Potenzial, »Change Agents« innerhalb der Kommunalverwaltung zu sein. Die KSM sind für die Umsetzung und Mitgestaltung der Klimaschutzstrategien der Kreisverwaltung oder auch von Gemeinden und Gemeindeverbänden (bspw. die Klimaschutzregion Flensburg mit 34 Gemeinden im Flensburger Umland) tätig. Kommunale Klimaschutzmanagements sind maßgeblich seit 2008 aus der finanziellen Förderung der Bundesregierung im Rahmen der Kommunalrichtlinie, als Teil der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI), hervorgegangen. Durch diese wurden sowohl die Erstellung kommunaler Klimaschutzkonzepte oder Teilkonzepte (z. B. für spezifische Bereiche wie Energie- und Wärmeversorgung, eigene Liegenschaften oder Mobilität) als auch die Einstellung von KSM zur Umsetzung der in den Konzepten beschriebenen Maßnahmen und Strategien gefördert (Bauer u. a. 2018). Unabhängig von KSM bezeichnen Leuser/Brischke (2018) Kommunalverwaltungen als optimalen Akteur zur Gestaltung und Umsetzung von suffizienzpolitischen Maßnahmen. Auch nach Stieß (2018) ist die Kommunalpolitik und -verwaltung aufgrund ihrer potentiellen Bürger*innennähe als wichtige Impulsgeberin und Gestalterin zu verstehen. Kommunen können laut ihnen als Vorbild, Planungsautorität, öffentliche Auftraggeberin, Eigentümerin öffentlicher Liegenschaften und Bereitstellerin öffentlicher Daseinsvorsorge fungieren und so auf vielfältige Weise Einfluss auf (infra-)strukturelle Rahmenbedingungen und Alltagspraktiken der Bürger*innen nehmen. Zudem ist ihre Macht als Mitglied interkommunaler Netzwerke und die Möglichkeit kommunaler Öffentlichkeitsarbeit hervorzuheben (Bauer u. a. 2018). Damit haben Kommunen theoretisch einen breiten Handlungs- und Kompetenzbereich, um Rahmen-

bedingungen und Transformationsprozesse in Richtung klimaverträglicher Lebens- und Wirtschaftsweisen zu gestalten und zu ermöglichen (Deutsches Institut für Urbanistik 2018; Leuser/Brischke 2018). Als Teil einzelner Fachabteilungen haben KSM selbstverständlich nicht den gesamten Handlungs- und Kompetenzbereich von Verwaltungen zur Verfügung. Über Hemmnisse und Chancen für die Integration von Suffizienzaspekten in den kommunalen Klimaschutz wird nachfolgend diskutiert.

2. Energieeffizienz *first*, sozial-ökologische Transformation *second*?

Klimapolitik ist kein in Stein gemeißeltes Handlungsfeld. So wird das eingangs erwähnte Framing von Klimaschutz und -politik kontinuierlich neu verhandelt. Framings bieten Akteur*innen wie KSM »interpretative Schemata, die Handlungs- und Entscheidungsmuster nahe legen« (Boghrat u.a. 2014, 291). Das Framing von Klimaschutz entscheidet mitunter darüber, was die Verwaltungen als Problem und Lösung, aber auch als ihre Zuständigkeit betrachten und was nicht. Das Vorherrschen energieeffizienzorientierter Ansätze im kommunalen Klimaschutz (Espinosa u.a. 2017) deutet auf ein technologisch geprägtes Framing von Klimaschutz innerhalb der Kommunalverwaltungen hin. Hier sei angemerkt, dass das Framing nicht allein von Kommunalverwaltungen und deren Mitarbeiter*innen bestimmt wird, sondern unter anderem entscheidend von Vorgaben und Fördermittelstrukturen höherer politischer und administrativer Ebenen beeinflusst wird. Der Fokus soll an dieser Stelle hingegen auf der Erkenntnis liegen, dass das vorherrschende Klimaschutzframing als diskursives Ergebnis vielfältiger Machtverhältnisse, Prozesse und Einflussfaktoren ein großes Hindernis zur Integration von Suffizienzaspekten darstellt.

Das technologisch geprägte Klimaschutzframing wurde im Rahmen der Interviews unter anderem dadurch deutlich, indem bestimmte Aspekte ländlicher Lebenswelten problematisiert und andere nicht oder seltener problematisiert wurden. So wurden beispielsweise die mangelnde Energieeffizienz in der landwirtschaftlichen Milchkühlung, unzureichende Gebäudedämmungen von Einfamilienhäusern und öffentlichen Liegenschaften oder durch Zersiedelung entstehende Herausforderungen in der Nahwärmeversorgung thematisiert und mitunter auch durch Maßnahmen adressiert.

Im Rahmen kommunalen Klimaschutzes, sowohl in ländlichen als auch urbanen Räumen, wird die technologische Rahmung unter anderem durch das formale Kriterium der treibhausgasbezogenen Bilanzierbarkeit von Klimaschutzmaßnahmen untermauert. So spielen die mit Maßnahmen verbundenen Treibhausgasreduktionen für die von den Kommunalverwaltungen festgelegten »Klimaziele« eine entscheidende Rolle. Die Vorher-Nachher-Effekte sind, beispielsweise im Fall von energetischen Sanierungsmaßnahmen oder energieeffizienterer Wärmeversorgung, weitaus einfacher zu bemessen als im Fall von suffizienzorientierten Maßnahmen. Welche emissionsbezogenen Auswirkungen zum Beispiel der Ausbau des regionalen ÖPNV, kommunale Flächen zur Selbst- und Gemeinschaftsverorgung mit Lebensmitteln oder ein Repair Café haben würden, ist schwerer vorherzusagen als der energetische Effekt einer Gebäudesanierung.

Problematisch ist jedoch nicht zwingend die schwerfällige Bilanzierbarkeit suffizienzpolitischer Maßnahmen, sondern viel mehr das aus dem Bilanzierungskriterium entstehende Framing von Klimaschutz, das der Klimakrise inhärente soziale und wirtschaftliche Ursachen und Folgen verschleiert. Nightingale u.a. (2020) zeigen auf, dass der Fokus auf technologische Lösungsansätze zur Eindämmung der Klimakrise dazu führt, dass notwendige sozio-ökonomische und politische Veränderungen untergraben werden. Zur sozial gerechten Gestaltung solcher Prozesse identifizieren sie die Notwendigkeit eines »kritischen Zugangs zu Wissen, welcher berücksichtigt, dass jene Anliegen, die wir zu lösen versuchen, auch Produkte der Art und Weise sind, wie diese geraht wurden und welche Machtverhältnisse sie widerspiegeln« (Nightingale u.a. 2020, 344; eig. Übers.). Für die KSM könnte das beispielsweise bedeuten, sich für eine Demokratisierung von kommunalem Klimaschutz und Planungsprozessen einzusetzen oder Wachstumszwänge und -logiken in der Kommunal- und Regionalentwicklung (Schulz 2017), technozentrisches Fortschrittsdenken (Jochum 2020) wie auch verwaltungsinterne Hierarchien zu hinterfragen und zu adressieren.

Die Priorisierung technologischer Lösungswege führt dazu, dass suffizienzpolitische Maßnahmen gegenwärtig als optionale beziehungsweise nachgelagerte Aufgaben verstanden und erst dann angegangen werden, wenn energieeffizienzorientierte, investive Maßnahmen »abgearbeitet« wurden. So hebt KSM B die Notwendigkeit eines kreativen gesellschaftlichen Gestaltungsprozesses hervor, für den jedoch erst Raum sei, wenn alle technisch-investiven Maßnahmen umgesetzt wurden. Aufgrund knapper Kommunalhaushalte ist (technologisch geprägter) Klimaschutz zudem

besonders attraktiv für Entscheidungsträger*innen, von ehrenamtlichen Bürgermeister*innen ländlicher Gemeinden bis hin zu leitenden Personen in Kreisverwaltungen, wenn dieser mit Kosteneinsparungen und/oder Fördergeldern verbunden ist. Für Energieeffizienzmaßnahmen besteht nicht nur ein umfangreiches Förderangebot, diese reduzieren langfristig meist auch die Energiekosten ohne eine tiefgreifende Veränderung von Praktiken. Die Verzahnung von beispielsweise Klimaschutz und Lebensqualität im Sinne von kurzen Wegen und örtlicher Aufenthaltsqualität (Deffner/Stein 2020) oder auch ein intrinsischer Wert von Klimaschutz bleiben bei einem Fokus auf technologische Lösungswege allerdings außen vor.

»Also ich muss ganz ehrlich sagen, zumindest innerhalb der Verwaltung, wenn man hier kommt mit »Das ist Klimaschutz«, dann ist es immer erst mal so »Hmm«. Wenn ich aber sage [...] a) Es könnte zu Energieeinsparungen führen oder b) Es gibt Fördermittel [...] es ist schade, aber es ist tatsächlich so. Es sei denn, die Person, mit der ich spreche, sieht es ähnlich und findet auch, dass Klimaschutz an sich schon ein Wert ist.« (Interview KSM A, 2020)

Suffizienz und eine Veränderung von Lebensstilen werden innerhalb des dominanten Klimaschutzframings zwar häufig als Notwendigkeit betrachtet, aber eine Verbreitung suffizienter Praktiken maßgeblich als Aufgabe von »Verbraucher*innen« und nicht als Aufgabe von strukturellen Rahmenbedingungen verstanden. Dementsprechend ist auch das auf individuelle Verhaltensänderungen konzentrierte Framing von Suffizienz ein Hemmnis für die institutionelle Operationalisierung von Suffizienzpolitik. Dieses Framing betrachtet Suffizienz als Aufgabe individueller materieller Mäßigung und Entscheidungen, aber nicht als Resultat förderlicher struktureller Rahmenbedingungen. Für die kommunale Klimaschutzpraxis bedeutet das, dass Suffizienz hauptsächlich appellartig in Form von Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit adressiert wird, um Lebensstilveränderungen bei Bürger*innen zu bewirken. So rahmt KSM E suffizienzorientierte Maßnahmen beispielsweise als »Privatbürgeransprache« (Interview KSM E 2020), die ein hohes Maß an Überzeugungsarbeit erfordern und letztlich weitaus weniger »ertragreich« (hinsichtlich der Einsparung von Treibhausgasemissionen) seien als beispielsweise die Planung eines Nahwärmenetzes mit einer Gemeinde. Der »Ertragsfokus« unterstreicht zudem die angesprochene Bilanzierungsfixierung im (kommunalen) Klimaschutz.

Die Verbreitung suffizienter Praktiken wird auch von vielen wissenschaftlichen Befürworter*innen als alleinige Aufgabe eines kulturellen

Wandels »von unten« (*bottom-up*), als individuelle materielle Mäßigung und Konsumverzicht betrachtet und gerahmt (z.B. Paech 2012; Stengel 2011). Diese Perspektive verkennt jedoch die Einbettung individuellen Handelns in Rahmenbedingungen wie beispielsweise Werte und Normen, Eigentums- und Machtverhältnisse, profitorientierte Märkte, materielle Infrastrukturen oder institutionelle Rahmenbedingungen, die eine notwendige Verbreitung von Suffizienz hemmen oder gar verhindern (Heyen u.a. 2013; Schneidewind/Zahrnt 2013). Beispielhaft und vereinfacht ausgedrückt: Ohne verfügbare und bezahlbare öffentliche Verkehrsmittel, Nahversorgungsmöglichkeiten sowie fuß- und radfreundliche Infrastrukturen, keine nachhaltige Mobilität (Reh/Hilgenberg 2021); ohne gerechte Verteilung von Einkommen, Lohnarbeit und Arbeitsproduktivitätssteigerungen, wenig bis keine Zeit und Lebenssicherheit für solidarische Praktiken, Entschleunigung und Sorgetätigkeiten (Stöger u.a. 2015).

Neben Fragen des Framings und der inhärenten Wachstumslogik gibt es vielfältige andere institutionelle Hemmnisse für eine Ausweitung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen. So stellen besonders auch die großen räumlichen Zuständigkeitsbereiche sowie begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen im kommunalen Klimaschutz in ländlichen Räumen eine Herausforderung dar. Die KSM der Klimaschutzregion Flensburg sind beispielsweise für 35 Gemeinden zuständig. Wenn auch keine formelle Zuständigkeit besteht (da Klimaschutz eine freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Gemeinden ist), ist die Anzahl der potenziell zu betreuenden Gemeinden von KSM auf Kreisebene sogar noch weitaus größer. So umfasst der Kreis Rendsburg-Eckernförde beispielsweise 165 Gemeinden und der Kreis Nordfriesland 133 Gemeinden. Dies vermag Chancen hinsichtlich der Impulsgebung und Verbreitung von Gestaltungsansätzen zu bieten. Da es auf Gemeinde- und Gemeindeamtsebene hingegen meist an qualifiziertem Klimaschutzpersonal fehlt, birgt dies jedoch vor allem personelle Herausforderungen für die häufig nur mit ein bis zwei Personen ausgestatteten Klimaschutzmanagements in Kreisverwaltungen.

Die geringe personelle Ausstattung und befristete Arbeitsverträge bei gleichzeitig hohen fachlichen Ansprüchen (siehe nachfolgendes Zitat von KSM E) führen zudem zu einer hohen Fluktuation unter den KSM, was eine langfristige Klimaschutzarbeit und Kooperation zwischen Klimaschutzmanagement, der lokalen Bevölkerung und anderen Akteur*innen (inner- und außerhalb der Verwaltungsstrukturen) zusätzlich erschwert.

»Klimaschutzmanagerinnen und -manager müssen meistens die eierlegende Wollmilchsau sein. Dass sie zu allen Bereichen, sei es jetzt Bildung, sei es Ernährung, sei es Konsum, sei es Mobilität oder halt eben Wärme oder auch Gewerbe und kommunale Sachen. Überall muss man ja im Grunde als Klimaschutzmanager Einfluss nehmen. Aber jedes dieser wirklich komplexen Felder so in der Tiefe zu verstehen und sich da einzuarbeiten, kann ja keiner leisten.« (Interview KSM E, .2020)

Trotz der aufgezeigten vielfältigen Herausforderungen soll es nun um die Frage gehen, welche Rolle KSM als Verwaltungsakteur*innen in der Förderung einer sozial-ökologischen Transformation ländlicher Räume spielen und spielen könnten.

3. Vom Klimaschutzmanagement zum Transformationsmanagement?

Neben zivilgesellschaftlich geschaffenen Alternativen »in Nischen« (interstielle Transformation) und revolutionären Umbrüchen (rupturale Transformation) stellt laut Wright (2010) auch der Umbau bestehender Institutionen und Verhältnisse (symbiotische Transformation) eine mögliche Transformationsstrategie in Richtung wachstumsunabhängiger Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen dar. Auf lokaler Ebene ist ein solches symbiotisches Transformationspotenzial laut Wright besonders gegeben, wenn zivilgesellschaftliche Gruppen oder Bewegungen mit kommunalen Entscheidungsträger*innen aus Politik und Verwaltung in Problemlösungsprozessen kooperieren, um möglichst eine »Win-win-Situation« für alle Interessensgruppen zu erarbeiten. Muraca u.a. (2015) folgern, dass »wir nicht dem Umstand entkommen können, dass auch eine Degrowth-Gesellschaft aus dem gegenwärtigen kapitalistischen System entstehen muss« und eine Transformation demnach Schritte eines Reformismus enthalten muss, »der hierarchische Strukturen destabilisiert und offene Räume für radikal neue Formen gesellschaftlicher Organisation öffnet« (Muraca u.a. 2015, 187; eig. Übers.).

Hinsichtlich der Integration lokaler Klimapolitik in Kommunalverwaltungen sprechen Boghrat u.a. (2014, 291) von einer »doppelten Grenzverschiebung«. Zum einen sei die verwaltungsinterne Reorganisation mit »inneradministrativen »Grenzkonflikten« zwischen Fachbereichen verbunden. Zum anderen beobachten Boghrat u.a. »intensive Versuche der administrativen

Entgrenzung« in Form von zivilgesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten an der administrativen Ziel- und Entscheidungsfindung oder in Form dauerhafter Netzwerkstrukturen zwischen Abteilungen und Ämtern innerhalb der Verwaltung (ebd.). Diese Grenzverschiebung in Richtung zivilgesellschaftlicher Beteiligungsprozesse und einer integralen Zusammenarbeit zwischen Fachabteilungen könnte auch als das symbiotische Transformationspotenzial von KSM gewertet werden. Dennoch sei auch hier nochmals die Relevanz eines Klimaschutzframings hervorzuheben, das unter anderem Fragen der Kommunal- und Regionalentwicklung im Sinne der Daseinsvorsorge oder regionaler Wirtschaftsstrukturen beinhaltet.

Im Zuge der Interviews wurde deutlich, dass die KSM durch ihre eigene subjektive Rahmung von Klimaschutz das institutionelle Klimaschutzframing mitgestalten und dadurch zu dessen sozial-ökologisch transformativer Ausweitung beitragen können. So wurde im Rahmen der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit eines Klimaschutzmanagements beispielsweise die Besichtigung eines Solawi-Betriebes organisiert, um der lokalen Bevölkerung das Konzept näher zu bringen und die dort vorhandene Skepsis abzubauen. In einem anderen Fall sind die KSM für die Verwaltung eines Fördertopfes für regionale und/oder biologische Produkte sowie deren Vermarktung zuständig und haben so Möglichkeiten, lokale Formen der Ernährung und Landwirtschaft zu fördern.

Zudem sind es mitunter die KSM, die Anträge in politische Gremien einreichen (wodurch beispielsweise die Klimaschutzagentur Rendsburg-Eckernförde als neue Institution entstanden ist), Formate der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit mitgestalten, Fördermittel beantragen oder Bürgermeister*innen, Unternehmen und Bürger*innen zu Klimaschutzmaßnahmen beraten. Darüber hinaus initiieren sie Netzwerke innerhalb und außerhalb der Verwaltung (beispielsweise das Klimabündnis Nordfriesland), um unterschiedliche Akteur*innen – von ehrenamtlichen Bürgermeister*innen, Landwirt*innen bis hin zu zivilgesellschaftlichen Initiativen wie Fridays for Future-Ortsgruppen oder den Landfrauen – zusammenzubringen und Plattformen zum Austausch zu etablieren. Als oftmals ideell motivierte Akteur*innen können KSM für zivilgesellschaftliche Initiativen und soziale Bewegungen einen interessanten Kontakt innerhalb der Gemeinde- oder Kreisverwaltung darstellen. Auf dieser Grundlage sind besonders die Rollen der KSM als Impulsgeber*innen, Berater*innen, Vermittler*innen und Vernetzer*innen hervorzuheben.

Pauschale Aussagen über suffizienzorientierte Handlungsmöglichkeiten der KSM im ländlichen Schleswig-Holstein sind aufgrund der unterschiedlichen Beschäftigungskontexte schwer zu treffen. Welchen Einfluss die KSM nehmen können, hängt von vielfältigen Faktoren ab: Unter anderem dem fachlichen und räumlichen Zuständigkeitsbereich, deren Ansiedelung auf Gemeinde- oder Kreisebene, der Offenheit von Entscheidungsträger*innen in Schlüsselpositionen für »alternative« Ansätze, deren Fachabteilungszugehörigkeit (bspw. Regionalentwicklung, Umweltschutz, Bau- und Verkehrsplanung), der Mittel- und Personalausstattung und ihrer Integration in abteilungsübergreifende Planungs- und Entscheidungsprozesse. So werden manche KSM beispielsweise in die Ausarbeitung von Ortskern- und Amtsentwicklungskonzepten von Gemeinden einbezogen und können so Denkanstöße in Richtung alternativer Flächennutzungen und Wohnformen in den Gemeinden geben. Andere werden in die Entwicklung von regionalen Mobilitätskonzepten integriert und haben auf diese Weise Einfluss auf Angebote des ÖPNV, Radwegeinfrastrukturen oder die Schaffung von alternativen Mobilitätslösungen. In dieser Hinsicht ging aus den Interviews zudem hervor, dass der Gestaltungsspielraum von Verwaltungen weitaus größer ist, je weniger kreiseigene Verkehrsbetriebe privatisiert wurden. Ähnliches gilt für Flächen, Gebäude und andere Infrastrukturen.

Die Nutzung der potenziellen Handlungsmöglichkeiten setzt nicht nur ein ganzheitlicheres Verständnis von Klimaschutz, sondern vielmehr auch von Suffizienz voraus. In jüngeren Beiträgen zu wachstumskritischen Kommunal- und Regionalentwicklungsansätzen können spannende Anknüpfungspunkte für suffizienzorientierten Klimaschutz in ländlichen Räumen gefunden werden. Hier wird Klimaschutz nicht isoliert, sondern im untrennbaren Zusammenhang mit sozialen und wirtschaftlichen Treibern und Folgen der oben genannten multiplen Krise betrachtet sowie mit gemeinwohlorientierten Gestaltungsansätzen verknüpft. Letztere bauen unter anderem auf kooperatives Wirtschaften, eine selektive Regionalisierung von Versorgungsstrukturen, Suffizienz und Subsistenz und zielen auf eine stärkere Wachstumsunabhängigkeit von Regionen und den dort lebenden Menschen ab (Hahne 2018). Nach Raith u.a. (2017) ist der anhaltende Fokus auf Wirtschaftswachstum ländlicher Kommunal- und Regionalentwicklung – inklusive des interkommunalen Wettbewerbs um Gewerbe und Einwohner*innen, neuen Flächenversiegelungen trotz Leerstands, marktabhängigen Lebens- und Wirtschaftsweisen und eines Abbaus der Daseinsvorsorge –

keine Lösung, sondern vielmehr ein Treiber der oft beschriebenen »Abwärts-spirale« ländlicher Regionen.

Als mögliche alternative Bausteine und Leitbilder werden im Diskurs um sozial-ökologisch transformative Regionalentwicklung in ländlichen Räumen neben ökologischer Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit (König 2021) unter anderem Konzepte wie Gemeinwohlökonomie und Commons (Pütz 2020), regionale Resilienz (Raith u.a. 2017) und offener Regionalismus (Manzini 2013; Wilmsen 2019) diskutiert.

4. Fazit – Neue Wege statt weite Wege

Der vorliegende Beitrag hat das Vorherrschen eines technologisch geprägten Klimaschutzframings im kommunalen Klimaschutz von Gemeinde- und Kreisverwaltungen verdeutlicht. Die Verbreitung klimaverträglicher Lebens- und Wirtschaftsweisen im Sinne der Suffizienz wird hierbei maßgeblich dem individuellen und nicht strukturellen Verantwortungsbereich zugeschrieben. Eine umfassende sozial-ökologische Transformation muss jedoch neben ökologisch effizienten und -konsistenten Technologien besonders wachstumsunabhängigere strukturelle Rahmenbedingungen hervorbringen, die ökologisch zukunftsfähige Lebensweisen und »ein [g]utes Leben für alle« (I.L.A. Kollektiv 2019) ermöglichen.

Dies erfordert ein ganzheitliches und transformatives Klimaschutzframing, das neben der Schaffung entsprechender suffizienzorientierter (Infra-)Strukturen – zum Beispiel im Sinne von nahräumlicher und kooperativer Wirtschaftsförderung, suffizienzorientierten Wohnungs- und Verkehrsinfrastrukturen oder offenen Kultur- und Gemeinschaftsräumen – auch Transformationsprozesse innerhalb der Verwaltung und zivilgesellschaftliche Partizipationsprozesse einschließt. Die Interviews mit KSM haben auch aufgezeigt, dass verwaltungsseitiger, kommunaler Klimaschutz bereits durch die technologischen Klimaschutzmaßnahmen und die großen räumlichen Zuständigkeitsbereiche in ländlichen Räumen an ihre personellen Grenzen stoßen. Daher bedarf es – neben gezielten Weiterbildungsangeboten, der Anpassung von Fördermittelstrukturen und der Offenheit von Entscheidungsträger*innen – einer besseren Personal- und Ressourcenausstattung für kommunalen Klimaschutz. So kann Klimaschutz zu einem integralen Bestandteil von Verwaltungen werden und das Klima-

schutzframing entsprechend sozial-ökologisch transformativ ausgeweitet werden.

Als Impulsgeber*innen, Motivator*innen, Berater*innen, Vermittler*innen und Vernetzer*innen inner- und außerhalb der Verwaltung sind die KSM besonders für das Aufzeigen und die Mitgestaltung dieser Transformationsprozesse gefragt. Im gemeinsamen und kreativen Prozess mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, sozial-ökologischen »Nischenprojekten« und anderen Akteur*innen könnten sie so zu einer symbiotischen sozial-ökologischen Transformation beitragen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Bauer, H./Dingeldey, M./Hertle, H. (2018): Change Agents in Kommunalverwaltungen. In: Knoblauch, D./Rupp, J. (Hg.): Klimaschutz kommunal umsetzen. Wie Klimahandeln in Städten und Gemeinden gelingen kann. München: oekom, 199-215.
- Boghraat, J./Weber, M./Zimmermann, K./Lamping, W. (2014): Kommunalverwaltung und Klimawandel. Wissensgenerierung, Framing und die Erzeugung von Handlungsfähigkeit. In: dms – der moderne staat 7(2), 289-309.
- Brand, U. (2009): Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Brauer, J./Büttgen, A./Overath, P./Schmidt, I./Wagner, L. (2019): Handlungsempfehlungen für die Verbraucherpolitik zur Förderung eines nachhaltigen Prosumierens. Wuppertal: Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production gGmbH (CSCP)/Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (2020): European Green Deal. Mehr Fassadenbegrünung als Aufbruch in eine neue Zeit. Berlin: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland.
- Christ, M./Lage, J. (2020): Umkämpfte Räume. Suffizienzpolitik als Lösung für sozial-ökologische Probleme in der Stadt? In: Brokow-Loga, A./Eckardt, F. (Hg.): Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik. München: oekom, 184-202.
- Deffner, J./Stein, M. (2020): Daseinsvorsorge trifft Alltag. Wie Kommunen, Zivilgesellschaft und intermediäre Akteure durch Kooperation und Co-Produktion die Lebensqualität vor Ort verbessern können. In: Abt, J./

- Blecken, L./Bock, S./Diringer, J./Fahrenkrug, K. (Hg.): Kommunen innovativ – Lösungen für Städte und Regionen im demografischen Wandel. Berlin: Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme, 14-19.
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.) (2018): Klimaschutz in Kommunen. Praxisleitfaden (= Service & Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz, SK, 3. Aufl.). Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.
- Espinosa, C./Pregernig, M./Fischer, C. (2017): Narrative und Diskurse in der Umweltpolitik. Möglichkeiten und Grenzen ihrer strategischen Nutzung. (= TEXTE Nr. 86) Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Europäische Kommission (2019): Der europäische Grüne Deal. Brüssel: Europäische Kommission.
- Georgescu-Roegen, N. (1987): The entropy law and the economic process in retrospect. (= Schriftenreihe des IÖW, Bd. 5). Berlin: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung.
- Hahne, U. (2018): Die Region in der Postwachstumsdebatte. In: Knieling, J. (Hg.): Wege zur großen Transformation. Herausforderungen für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung. München: oekom, 49-64.
- Heyen, D. A./Fischer, C./Barth, R./Brunn, C./Grießhammer, R./Keimeyer, F./Wolff, F. (2013): Mehr als nur weniger. Suffizienz. Notwendigkeit und Optionen politischer Gestaltung. (= Working Paper, 3) Freiburg: Öko-Institut.
- Huber, J. (2011): Ökologische Modernisierung und Umweltinnovation. In: M. Groß (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden: VS, 279-302.
- I.L.A. Kollektiv (2019): Das gute Leben für alle. Wege in die solidarische Lebensweise. München: oekom.
- Jackson, T. (2017): Wohlstand ohne Wachstum – das Update. Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft. München: oekom.
- Jochum, G. (2020): Nachhaltigkeit zwischen Sozial- und Technikutopie. Transformationspotentiale der utopischen Diskurse der Moderne. In: Soziologie und Nachhaltigkeit-Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung 6(1), 21-48.
- König, E. (2021): Klimagerechtigkeit. Warum wir eine sozial-ökologische Revolution brauchen. Münster: Unrast.
- Kreis Dithmarschen (2012): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Dithmarschen. Heide: Kreis Dithmarschen.
- Kreis Rendsburg-Eckernförde (2012): Klimaschutzkonzept Kreis Rendsburg-Eckernförde. Rendsburg: Kreis Rendsburg-Eckernförde.
- Leuser, L./Brischke, L.-A. (2018): Suffizienz im kommunalen Klimaschutz. In: Knoblauch, D./Rupp, J. (Hg.): Klimaschutz kommunal umsetzen. Wie Kli-

- mahandeln in Städten und Gemeinden gelingen kann. München: oekom, 147-162.
- Manzini, E. (2013): Resilient Systems and Cosmopolitan Localism. The Emerging Scenario of the Small, Local, Open and Connected Space. In: Schneidewind, U./Santarius, T./Humburg, A. (Hg.): Economy of Sufficiency. Essays on Wealth in Diversity, Enjoyable Limits and Creating Commons. (= Wuppertal spezial, Bd. 13) Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, 70-81.
- Muraca, B./Petridis, P./Kallis, G. (2015): Degrowth. Between a Scientific Concept and a Slogan for a Social Movement. In: Martinez-Alier, M. (Hg.): Handbook of Ecological Economics. Cheltenham, Northampton: Edward Edgar Publishing, 176-200.
- Nightingale, A. J./Eriksen, S./Taylor, M./Forsyth, T./Pelling, M./Newsham, A./Boyd, E./Brown, K./Harvey, B./Jones, L./Bezner Kerr, R./Mehta, L./Naess, L. O./Ockwell, D./Scoones, I./Tanner, T./Whitfield, S. (2020): Beyond Technical Fixes. Climate Solutions and the Great Derangement. In: Climate and Development 12(4), 343-352.
- Paech, N. (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: oekom.
- Parrique, T./Barth, J./Briens, F./Kerschner, C./Kraus-Polk, A./Kuokkanen, A./Spangenberg, J.H. (2019): Decoupling Debunked. Evidence and Arguments against Green Growth as a Sole Strategy for Sustainability. Brüssel: European Environmental Bureau.
- Pütz, M. (2020): Über den Kirchturm hinaus. Postwachstum in Regionen. In: Politische Ökologie 160, 34-40.
- Raith, D./Deimling, D./Ungericht, B./Wenzel, E. (2017): Regionale Resilienz. Zukunftsfähig Wohlstand schaffen. Marburg: Metropolis.
- Reh, W./Hilgenberg, J. (2021): Die Zukunft der Mobilität. In: Politische Ökologie 164/165, 20-27.
- RiOUSset, P./Rubik, F./Salecki, S. (2019): Klimaneutrale Regionen als Metastrategie zur Förderung nachhaltiger Lebensstile: Konzeptionelle und empirische Grundlagen. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.
- Santarius, T. (2015): Der Rebound-Effekt. (= Wirtschaftswissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung, Bd. 18) Marburg: Metropolis.
- Schneidewind, U./Zahrnt, A. (2013): Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik. München: oekom.

- Schulz, C. (2017): Postwachstum in den Raumwissenschaften. In: Nachrichten der ARL 47(4), 11-14.
- Stengel, O. (2011): Suffizienz. (= Wuppertaler Schriften zur Forschung für eine nachhaltige Entwicklung, Bd. 1) Dissertation. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- Stieß, I. (2018): Klimafreundliche Alltagspraktiken unterstützen. Chancen und Herausforderungen für die kommunale Klimaschutzpolitik. In: Knoblauch, D./Rupp, J. (Hg.): Klimaschutz kommunal umsetzen. Wie Klimahandeln in Städten und Gemeinden gelingen kann. München: oekom, 183-198.
- Stöger, U./Böhle, F./Huchler, N./Jungtäubl, M./Kahlenberg, V./Wehrich, M. (2015): Arbeitszeitverkürzung als Voraussetzung für ein neues gesellschaftliches Produktionsmodell. Expertise. München: ISF München.
- Wilmsen, F. (2019, Juni): Abschottung vs. Open Localism. Die Verhandlung des Lokalen in der Wachstumskritik & ihre Bedeutung für die Praxis. Kassel: ARL-Kongress »Postwachstum & Transformation«.
- Wright, E. O. (2010): Envisioning Real Utopias. London: Verso.

Das Recht auf Dorf

Von Experimenten, Pionieren und (sozialen) Innovationen in ländlich-peripheren Biosphärenreservaten

Nils Unthan, Jacob Heuser und Armin Kratzer

Die Entwicklungen der Moderne basieren auf gesellschaftlichen Naturverhältnissen, die von einer Entkopplung und vor allem Entfremdung der gesellschaftlichen Entwicklung von den grundlegenden Metabolismen natürlicher Prozesse gekennzeichnet sind. Dieses Grundprinzip kapitalistischen Wirtschaftens wird durch eine »Externalisierung« (vgl. Lessenich 2016) der negativen Folgen an bewusst unbenannte Orte, die Peripherie, verdrängt und durch die imperiale Lebensweise stetig reproduziert (vgl. Brand/Wissen 2017; Wissen/Brand 2019).

Auch wenn noch nicht demokratisch legitimiert, so lässt sich trotzdem festhalten, dass ein *Weiter so* keine Alternative ist (Blühdorn 2020). Die Notwendigkeit tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen, um (1) die Anpassung an sich verändernde Bedingungen und (2) Grundlagen für das gute Leben für alle zu schaffen, ist eine dringend zu ziehende Schlussfolgerung. Neben technischen Innovationen werden diese gesellschaftlichen Veränderungen auch Erneuerungsprozesse in soziokulturellen, ökonomischen und politischen Bereichen erfordern. In diesem Sinne werden soziale Innovationen zunehmend dort als Lösung für vielfältige Herausforderungen diskutiert, wo gängige Praktiken als unzureichend oder nicht wirksam wahrgenommen werden (Elsen/Lorenz 2014, 1; Tschumi u.a. 2020, 118). Die Aufmerksamkeit, die dabei den Herausforderungen in ländlich-peripheren Regionen und auch den dort entstehenden Lösungsansätzen geschenkt wird, beschränkt sich vielfach auf zugeschriebene Imaginationen, die zwischen Prosperität und Idylle sowie Peripherie und Einöde angesiedelt sind. Dieser Perspektive wollen wir in diesem Beitrag einen empirisch fundierten Einblick

entgegenzusetzen. Durch die Auseinandersetzung mit sozialen Innovationen in ländlichen Räumen rücken die Menschen in den Fokus, inklusive ihrer bisher vernachlässigten Sichtweisen und Organisationsprinzipien (Elsen/Lorenz 2014, 2f.).

Ziel dieses Beitrags ist es also, innovationsfördernde und -hemmende Faktoren für Menschen, die an sozialen Innovationen in ländlichen Räumen beteiligt sind, darzustellen und so deren strategische Ausrichtung zu verdeutlichen. Der Artikel stützt sich dabei auf Ergebnisse des Forschungsprojektes *CReative Approaches For social-ecological Transitions* (CRAFT), in dem wir in UNESCO-Biosphärenreservaten das Entstehen von kreativen Ansätzen untersucht haben.

Zunächst wollen wir das theoretische Fundament sowie die Thematik des Beitrags in einen größeren Zusammenhang stellen. Deshalb gehen wir einleitend auf die unseres Erachtens unzureichend wahrgenommene Bedeutung ländlich-peripherer (Gebirgs-)Regionen für gesellschaftlichen Wandel ein. Nach einer kurzen Beschreibung des methodischen Vorgehens stellen wir die Forschungsergebnisse zur Diskussion. Wir zeigen dabei anhand der empirisch fundierten Ergebnisse, wie durch soziale Innovationen in den ländlichen Räumen, für die es kreative und experimentelle Herangehensweisen braucht, um mit bestehenden hegemonialen Strukturen zu brechen, ein *Recht auf Dorf* eingefordert wird: das Recht einer eigenständigen, unabhängigen Gestaltung ländlicher Gesellschaften, die mittels kreativer, (sozial) innovativer Aktivitäten der interviewten Akteur*innen als eine Forderung nach ihrem *Recht auf Dorf* interpretiert werden kann.

1. Gesellschaftliche Veränderung durch (soziale) Innovationen in ländlichen Räumen?

Sozialökologische Transformationsprozesse erfordern Innovationen, die über technische Neuerungen und einen inkrementellen Wandel hinausgehen. Wie sich jedoch in der aktuellen Debatte über konkrete Maßnahmen gegen den anthropogenen Klimawandel zeigt, nehmen vor allem technische Innovationen mit den Anreizen des freien Marktes eine prominente Rolle ein, aber bleiben den Beweis ihrer Wirksamkeit bislang schuldig (vgl. Jackson 2013; Schneidewind/Zahrnt 2014). Lösungsansätze können also nicht auf technische Innovationen beschränkt bleiben, sondern müssen durch das soziale Umfeld und die Re-Organisation gesellschaftlicher Prozesse komplementiert werden (Be-

cker u.a. 1999, 27ff.). Das Konzept sozialer Innovationen eröffnet eine Perspektive auf ländliche Räume, durch die – abseits klassischer Indikatoren sowie der Definition ländlicher Räume als Resträume alles nicht Städtischen – das Potenzial raumproduzierender sozialer Praktiken sowie sozialer Bewegungen in ländlichen Räumen für sozial-ökologische Transformationsprozesse hervorgehoben wird. Durch diese Interpretation des Konzeptes sozialer Innovationen werden ländliche Räume nicht »an sich« untersucht, sondern stattdessen die »menschliche Praxis in Bezug auf [ländliche Räume]« (Harvey 1973, 13).

Wenn wir also von sozialen Innovationen sprechen, dann beziehen wir uns auf einen eigenständigen Innovationstypus, »der als konstitutiv für transformativen Wandel betrachtet [wird], [...] sowie neue Entwicklungspfade eröffnet und neue soziale Praktiken etabliert werden« (Howaldt/Schwarz 2017, 240). Ihr innovativer Charakter muss in einer räumlichen wie zeitlichen Abhängigkeit gesehen werden. An einem anderen Ort und zu einer anderen Zeit ist die soziale Praktik im Alltag der Menschen etabliert. Andernorts jedoch nicht. Häufig sind soziale Praktiken so in hegemoniale gesellschaftliche Verhältnisse eingebettet, deren Vollzug sie entweder reproduzieren oder transformieren (Belina 2008, 75).

Zu einem gegebenen Zeitpunkt und an dem bestimmten Ort handelt es sich bei einer sozialen Innovation also um eine soziale Praktik, die mit hegemonialen Herangehensweisen bricht (vgl. Fagerberg 2006; Howaldt/Schwarz 2010). Durch ihren sozial-innovativen Charakter verläuft die Linie der Unterscheidung – zwischen Reproduktion und Transformation – entlang dem Hinterfragen gewohnter Abläufe, Werte und Normen oder hegemonialer Raumideologien (vgl. Schmid u.a. 2020, 22ff.). Auch wenn Akteur*innen, deren Aktivitäten als soziale Innovation charakterisiert wird, es selber häufig nicht so einschätzen: Wir sehen die Voraussetzungen für das Überschreiten dieser Schwelle zwischen Reproduktion und Transformation sozialer Praktiken in einer offenen und kreativen Grundhaltung, gekoppelt mit einer pragmatischen, auf akute Herausforderungen reagierende Herangehensweise. Diese bezeichnen wir als Experimentierfreudigkeit. Das Experiment beginnt damit, dass sich diese Menschen eine alternative Zukunft vorstellen können und dann beginnen »Geschichte zu machen [und] neue Kulturtechniken zu entwickeln« (Welzer 2019, 98).

Heute werden die Potenziale für tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen und (soziale) Innovationen vielfach den großen städtischen Zentren zugeschrieben (Schneidewind/Scheck 2013). Neben dem historischen Stellen-

wert und ihrer Funktion als politische Machtzentren werden Städte als Real-labore für (soziale) Innovationen gesehen (Flander u.a. 2014; Schneidewind 2014, 1ff.). Dass auch eine Auseinandersetzung mit ländlichen Räumen sinnvoll ist, zeigen jedoch bereits quantitative Kennwerte: Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) spricht davon, dass 90 % der Fläche Deutschlands und 80 % der EU als ländlicher Raum eingestuft werden können und »Europa durch seine ländlichen Räume geprägt« wird (BMEL 2020, 3).

Maschke u.a. (2021) merken an, dass Antworten auf die Frage nach der Zukunft ländlicher Räume in einer urbanisierten Welt bei der gesellschaftlichen Wahrnehmung ländlicher Räume und innerhalb der gesellschaftlichen Diskurse, in denen diese reproduziert werden beginnt:

»Durch Diskurse geben wir der Welt für uns und für andere einen Sinn. Ein Diskurs ist also keine Repräsentation der Realität, sondern er schafft Realität, indem durch Diskurse Bedeutungen und Zuschreibungen produziert werden.« (Maschke u.a. 2021, 36)

Im gesellschaftlichen Diskurs bewegen sich die Zuschreibungen ländlicher Räume – in der Regel in der Abgrenzung zur Stadt – zwischen der positiven Zuschreibung als *idyllisch-romantische heile Welt*, inklusive vermeintlich intakter Natur, oder der Negativen, als *periphere Regionen des wirtschaftlichen und kulturellen Niedergangs* (Gallent/Gkartzios 2019; Krajewski/Wiegandt 2020). Anhand einer diskursanalytischen Auseinandersetzung mit der Zeitschrift *Landlust* zeichnet beispielsweise Baumann (2018) nach, wie in dem Magazin ländliche Räume als idyllische Ländlichkeit diskursiv (re-)produziert werden.

Weder die positive noch die negative Zuschreibung erweisen sich als empirisch haltbare oder für ländliche Räume vorteilhafte Diskurse. Die Vorstellungen von ländlichen Räumen als Idylle gehen in der Regel nicht auf dort lebende Menschen zurück, sondern werden von außen – meist aus den Städten (Bell 2006, 149ff.) – verbreitet. Wie bereits beschrieben, können Diskurse eine Wirkung entfalten, die sich auf die Lebensumstände vieler Menschen – in unserem Fall Bewohner*innen ländlicher Räume – konkret auswirken. Durch Vorstellungen von ländlichen Räumen als idyllische Wohnorte mit intakter Natur oder als das Gegenteil – Orte der Umweltzerstörung und des politischen wie kulturellen Niedergangs – können die tatsächlichen sozialökologischen Herausforderungen ausgeblendet werden, sich als negativ wahrgenommene Lebensumstände verfestigen und über die Produktion des Raumes reale

Auswirkungen auf die Lebenswelten der Bewohner*innen ländlicher Räume entwickeln (Maschke u.a. 2021, 38f.).

2. Methodischer Ansatz

Der Prozess der Neukonfiguration sozialer Praktiken – und die daraus hervorgehenden sozialen Innovationen – erfordert einen Ansatz, der lokalen Lebensbedingungen und der oftmals individuell werteorientierten Einstellung der Akteur*innen gerecht wird. Mittels biographisch-narrativer Interviews (Küsters 2009, 18f.) und *fuzzy cognitive mappings* (vgl. Özesmi/Özesmi 2004) wurde versucht, diese oft vagen, komplexen Ansätze neuer sozialer Praktiken zu analysieren und Sinnzusammenhänge zu erkennen. Biographische Aspekte wie intrinsische Werte und Normen, Kapitalaspekte sowie verschiedene Lebensläufe wurden dabei ebenso berücksichtigt, wie die Rolle von Netzwerken oder die Einbindung in gesellschaftspolitische Strukturen und Prozesse. Letzteres ist von besonderer Bedeutung, da diese häufig als zentral für Innovationen und deren Diffusion angesehen werden (vgl. Kratzer/Ammering 2019; Kratzer u.a. 2020). Die Untersuchung mittels tiefer, biographisch-narrativer Gespräche und des Mappings von Handlungsmotivationen, individuellen Entscheidungsprozessen sowie von Faktoren, die dazu führen, Initiative zu ergreifen und *gewisse Dinge einfach zu machen*, ergab so ein tiefgehendes Verständnis über das Aufkommen und Entstehen experimenteller sozialer Praktiken und (sozialer) Innovationen. Es wurden sechzehn Interviews mit kreativen Akteur*innen durchgeführt, die auf Basis von acht leitfadengestützten Expert*inneninterviews ausgewählt wurden. Die Dauer der narrativen Interviews betrug zwischen 60 und 150 Minuten.

Zur Datenauswertung wurde ein qualitativer Ansatz von typenbildenden Verfahren durch Fallvergleich und Fallkontrastierung nach Kelle/Kluge (2010) verwendet. Ergänzt wurden Interviews und das *fuzzy cognitive mapping* durch die Durchführung von drei Workshops. Der erste Workshop (neun Teilnehmer*innen) nahm die Perspektive und Wahrnehmung der beteiligten UNESCO-Biosphärenreservats-Managements in den Blick. In einem zweiten, größeren Workshop wurde dann die Sicht von kreativen Akteur*innen beleuchtet (16 Teilnehmer*innen). Dieser Workshop fand grenzübergreifend mit eingeladenen Akteur*innen aus beiden Biosphärenreservaten statt. Ein dritter Workshop diente erneut der Frage nach institutionalisierten Struktu-

ren für soziale Innovation aus allgemeiner Sicht von Regionalmanager*innen, Planungswissenschaftler*innen etc. (14 Teilnehmer*innen).

Als Fallstudien dienten die beiden ländlich-peripheren Biosphärenreservate Großes Walsertal (AT) und Engiadina-Val Müstair (CH). Diese wurden ausgewählt, aufgrund ihres Selbstverständnisses »exzellente Gebiete zur Entwicklung und Demonstration [...] nachhaltiger Entwicklung auf regionaler Ebene« (UNESCO/MAB 2015, 4) zu sein. Sie bezeichnen sich selbst als Modellregionen für nachhaltige Entwicklung (Müller 2007, 131f.). UNESCO-Biosphärenreservate folgen dem Motto *schützen durch nützen*, mit Fokus auf innovationsorientierten Prozessen in den Regionen und sind darauf ausgerichtet, als regionale Plattformen aufzutreten (ebd., 132; Weixlbaumer/Coy 2009; UNESCO/MAB 2015). Im besten Fall *sammeln* sich hier regionale Initiativen, werden in einem geschützten Setting bei ihren experimentellen Ansätzen gefördert und entstehende soziale Innovationen dokumentiert. Eingebettet in ein globales Netzwerk der UNESCO, können lokale soziale Innovationen durch *Upscaling* potentiell Einfluss auf bestehende Hegemonien nehmen (vgl. Kratzer/Ammering 2019).

3. Ländliche Räume als Keimzellen sozialökologischer Transformation?!

Wir haben zu Beginn unseres Beitrags das Ziel einer Transformation anhand zweier Aspekte konkretisiert: (1) die Anpassung an sich verändernde Bedingungen und (2) Grundlagen für das gute Leben für alle. Trotzdem muss anerkannt werden, dass auf die Formulierung großer Ziele nicht unbedingt konkrete Schritte der Umsetzung folgen (Meimeth/Robertson 2012). In unseren Untersuchungen lässt sich jedoch ebenso feststellen, dass konkrete Schritte, die sich in der Analyse klar globalen Fragestellungen zuordnen lassen, nicht immer mit der Formulierung großer Ziele einhergehen müssen. Gleichwohl gibt es aber dennoch Akteur*innen, die die Umsetzung ihrer Ideen und Ideale als Beitrag zu den großen Zielen ansehen. Wie lässt sich das erklären, und auf welchen Skalenebenen entfalten deren Aktivitäten schlussendlich ihre Wirkung?

Regionale Betroffenheit ist der Treiber für lokale Beiträge zu sozialökologischen Transformationsprozessen (Bürkner/Lange 2020, 36f.). Daraus folgern wir: Der Kontext ist entscheidend. Die untersuchten Akteur*innen beteiligen sich nicht explizit an der Umsetzung genannter übergeordneter Ziele.

Ihre Aktivitäten sind vielmehr auf konkrete lokale Missstände ausgerichtet, zu denen sie persönliche Bezüge entwickelt haben, wie folgende Aussage skizziert:

»Ein Konzept machen, das man einfach weiter normal leben kann. Hier [...] natürlich! Natürlich musste es irgendetwas biologisches sein. Das war keine Frage, das ist unsere Ideologie.« (Interview A.R.)

Der regionale Kontext stellt für diese Menschen den unmittelbaren Bezugsrahmen für die Wahrnehmung ihrer eigenen Handlungsmöglichkeiten dar. Durch ihre alltäglichen Handlungen oder bewusst gesetzte Impulse entfalten deren Projekte ihre Wirkung in Bezug auf lokale Herausforderungen. Diese Erkenntnis veranlasst uns dazu, die Perspektive von dem großen Narrativ der sozialökologischen Transformation auf kleinskalige Impulse zu verengen. In Konsequenz entfalten soziale Praktiken ihre Wirkung implizit durch die Ausrichtung praxisorientierter (Re-)Produktion der lokalen (ländlichen) Räume. Der Anschluss an die Debatte über weitreichende gesellschaftliche Veränderungen lässt sich anhand einer kombinatorischen Herangehensweise schaffen, durch die sich die Aktivitäten innovativer Akteur*innen als einzelne Bausteine interpretieren lassen.

Biographisch-narrative Gespräche mit Akteur*innen aus den Untersuchungsgebieten zeigen, dass sich die Akteur*innen in einem Spannungsfeld zwischen eigenen Lebensvorstellungen sowie dem Bedürfnis nach einer intakten sozialen Gemeinschaft bewegen. Pragmatismus und Offenheit im Umgang mit Herausforderungen sind entscheidende Aspekte im Entstehen sozialer Innovation, inklusive Fragen der Radikalität bei der Umsetzung.

»Lass uns was machen! Wir können zusammen ein Konzept aufstellen, irgendetwas neues ausprobieren. Vor allem versuchen, nicht etwas mit Tourismus zu machen. Dieser Tourismus ist immer ein bisschen gefährlich [für die Region].« (Interview A.R.)

Andererseits stehen dieser sehr individuellen und mitunter konfrontativen Herangehensweise Aspekte des gemeinschaftlichen Zusammenlebens gegenüber: Das Ausmaß des gegenseitigen Vertrauens, gemeinsamer Werte und eine Begegnung auf Augenhöhe sind von hoher Bedeutung für die Gesprächspartner*innen. Ein*e weitere*r Interviewpartner*in sagt dazu:

»Ich mach einfach Impulsfestivals. Ich geb' einfach einen Impuls und wenn sie [die Talbewohner*innen] einmal etwas erleben, was neu ist, und sei es

einfach nur einmal; viel temporäre Geschichten, also dann sind sie mal angezündet und sagen, das war schön, das war gut. Dann ist der Funke schonmal übergesprungen!« (Interview D.N.)

Soziale Innovationen können dort entstehen, wo kreative Ansätze trotz des Konfrontativen genug Intimität erfahren und Vertrauen entgegengebracht wird, so dass sich aus Experimenten neue soziale Praktiken bilden können. Außerdem weisen die Erkenntnisse aus den empirischen Untersuchungen auf einen Zusammenhang zwischen der physisch-materiellen Umwelt und den kreativen Ansätzen einzelner Akteur*innen hin. Die Motivationen der Akteur*innen spannen sich auf zwischen dem Wunsch des Bewahrens regionsspezifischer Charakteristika und/oder des Landschaftsbildes sowie der Notwendigkeit der Veränderung, auch als Bedingung für das Bewahren. Dieses Spannungsfeld stellt jedoch keinen Widerspruch dar, sondern erzeugt die Energie, durch die aus Ideen konkrete Aktivitäten werden:

»Also ich finde es wahnsinnig wichtig, [dass] irgendwie, immer wieder, irgendwie probiert wird. Dieser Austausch mit der Natur. In meinen Augen ist [es] dieser Dialog mit der Natur, den wir [...] angehen müssen. Auch um als Tal zu überleben. Ich denke wir können nicht sagen, wir machen jetzt da Gondelbahnen und solche Sachen noch und nöcher und irgendwie verschandeln die Natur. Ich meine, das ist unser großes Kapital was wir hier haben und irgendwie, wenn wir das weggeben, dann weiß ich auch nicht mehr. [...] irgendwie finde ich das wahnsinnig wichtig, diese [Kunst-]Projekte zu machen; um dieses Bewusstsein in den Köpfen der Leute zu halten.« (Interview P.L.)

Die empirischen Untersuchungen haben zudem gezeigt, dass die beschriebenen Beweggründe nicht zuletzt vor einem multilokalen Background (ländliche folgen auf städtische Lebensräume) oder durch eine translokale Lebensführung (Kopräsenz an verschiedenen Lebensorten) beeinflusst sind. Der Einfluss äußert sich in den unterschiedlichen Sichtweisen, die mit den urbanen oder ruralen Kontexten einhergehen:

»Also ich bin hier geboren [...], aber hab immer gesehen, dass man hier auch rauskommt. Das war nicht so leicht. Und dann bin ich ganz nach Wien. [...] Und war dann in Linz und in Bregenz und auch schon die ersten Dinge hier. So Workshops mit Jugendlichen, Theater [...], Improvisationen und so Sachen. [...] Also hab immer so Pioniergeschichten gemacht.« (Interview D.N.)

Aus den verschiedenen Lebensabschnitten und -orten geht eine Kombinatorik aus Erfahrungen und konkreten Techniken hervor, die als *Handwerkzeug* für die kreative Arbeit dient.

Die Erkenntnisse zu den kreativen Akteur*innen in den Biosphärenreservaten können also wie folgt zusammengefasst werden: (1) Die Akteur*innen weisen eine experimentelle Grundhaltung auf, woraus soziale Innovationen entstehen können. Sie schreiben somit den ländlichen Räumen kreative Ländlichkeit zu. Die Verwirklichung persönlicher Ziele steht im Zusammenhang mit einer wahrnehmbar normativen Grundhaltung, so dass sich die kreative Arbeit an Wertevorstellungen und Normen ausrichtet. Die Grundhaltung reicht dabei von eher vagen Vorstellungen wie der Befürwortung von Suffizienz-Strategien bis zu sehr konkreten Absichten der Veränderung als Reaktion wahrgenommener lokaler Problemlagen. Damit adressieren sie lokal bis regional spürbare sozialökologische Missstände.

(2) Die Akteur*innen mit ihrer experimentellen Grundhaltung und ihrer kreativen Arbeit sind prägende Produzent*innen post-ruraler Räume. Deutlich wird das dadurch, dass keine funktionsräumlichen Trennungen zwischen verschiedenen Regionen, Stadt-Land oder Stadt-Dorf gezogen werden. Sie treten multi- oder translokal auf – die Akteur*innen *wandern zwischen den Welten*. Dies kann kreativitätsfördernd und belebend wirken, indem neue soziale Vorstellungen und Lebensweisen sowohl in ländlich-peripheren Gebirgsregionen, aber auch in die städtischen Agglomerationsräume eingebracht werden. Ob durch die Initiativen der Akteur*innen (soziale) Innovationen entstehen, ist abhängig von Kontext und Region, denn in anderen Räumen oder in anderen Zusammenhängen können die als innovativ geltenden kreativen Ansätze bereits bekannt und etabliert sein (vgl. Howaldt/Schwarz 2010, 89).

(3) Anhand etablierter Erklärungsmuster von Mobilität und Migration ließen sich diese Akteur*innen wohl am ehesten als Counter-Urbanisten bezeichnen (vgl. Heineberg 2017, 49ff.). Wir bevorzugen die Bezeichnung Post-Ruralisten. Die vorangegangenen Schlussfolgerungen zeigen, dass die Akteur*innen nicht gegen (counter) das Urbane arbeiten, sondern mit ihrer Lebens- und Arbeitsweise Urbanität in ländlichen Räumen (re-)produzieren. Der nachfolgende Abschnitt diskutiert, ob aus den Erkenntnissen Strategien für eine post-rurale Gestaltung ländlicher Räume abgeleitet werden können.

3.1 Post-rurale Raumproduktion durch kreative Akteur*innen

Empirische Erkenntnisse aus den Fallstudien in ländlich-peripheren Biosphärenreservaten weisen Bezüge zu den von Maschke u.a. (2021, 107ff.) beschriebenen Strategien (lokale Selbstorganisation, soziale Bewegungen, Aussteiger*innen, aber auch kleinbäuerliche Landwirtschaft, Gemeinschaftsgüter und maßgeblich des Rechts auf Dorf) auf. Mit ihren kreativen und experimentellen Herangehensweisen liefern die Akteur*innen Impulse für eine, von hegemonialen Planungspraktiken emanzipierte und selbstbestimmte Entwicklung in ländlichen Räumen, die sich auf endogene Potentiale und Partizipation stützt. Durch die Multi- und Translokalität bringen sie außerdem *frischen Wind* in die Regionen. Damit einhergehendes neues Selbstbewusstsein in der Region führt auch dazu, dass:

»Bewohner*innen [...] Veränderungen nicht nur passiv gegenüber [stehen]. Ländliche Regionen sind auch Orte des Widerstands und der Versuche, alternative Entwicklungen anzustoßen.« (Ebd., 108)

Die sozialen Praktiken der *Wandernden zwischen den Welten* sind zwar mehrheitlich auf Selbstorganisation ausgerichtet, trotzdem wird deutlich, dass der Versuch unternommen wird, anhand symbiotischer Herangehensweisen sozialökologische Transformationsprozesse anzustoßen, wie die Zitate in diesem Beitrag skizziert haben. Diese Charakterisierung erfolgt anhand von Zielen und Strategien der Postwachstumsdebatte (vgl. Schmid 2020, 61ff.). Die symbiotische Herangehensweise ist dadurch gekennzeichnet, dass Übergänge zu nachhaltig(er)en Verhältnissen innerhalb bestehender Hegemonien angestrebt werden. Es werden Synergien zwischen sozialökologischen Belangen in ländlich-peripheren Gebirgräumen und Zielsetzungen konventioneller, regimerverwaltender Akteur*innen gesucht und genutzt, um Einfluss auf bestehende Systeme und Institutionen zu nehmen und diese kooperativ umzuwandeln. Konkret bedeutet das, dass Akteur*innen über die Zusammenarbeit mit etablierten Akteur*innen und Institutionen sowie dem bewussten Nutzen bestehender Netzwerkstrukturen mit ihrer Arbeit Alternativen anbieten und aufzeigen, dass Suffizienzstrategien positive Impulse setzen können. Beispiele aus den empirischen Untersuchungen sind Kunstinstallationen, -festivals und -ausstellungen, aber auch die Förderung endogener Wertschöpfungsketten in der Landwirtschaft:

»Dass das Ganze zum Laufen gekommen ist, hat auch damit zu tun, dass wir eine sehr gute Konstellation von Leuten haben [...], die doch eine Passion für Nachhaltigkeit und regionale Verarbeitung haben [...] Weil die Landwirte haben dann Ideen und sehen, was gemacht werden muss und dann können sie es auch umsetzen.« (Interview J.F.)

Über die verschiedenen Kunstformate werden unter anderem lokale Herausforderungen aufgegriffen, im öffentlichen Raum thematisiert und zur Diskussion gestellt. Themen waren in der Vergangenheit zum Beispiel das Mensch-Kuh-Verhältnis vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung der Tierhaltung in der Region oder Kunstaktionen, die das Verhältnis zwischen den kulturellen Traditionen, der Natur, Fragen der Identität und die Offenheit für Neues behandelt haben oder einschneidende Infrastrukturprojekte wie Wildbachverbauungen künstlerisch aufnehmen und das sichtbar werdende Mensch-Natur-Verhältnis kritisch hinterfragen. Unsere Empirie weist allerdings auf keine offen konfrontativen Strategien hin. Jedoch sehen Maschke u.a. (2021) und Halfacree (2007) eine Form des Widerstandes gegenüber kapitalistischem Alltagsleben in Aussteiger*innen, die als kleinbäuerliche Landwirt*innen auftreten oder Subsistenzwirtschaft betreiben und dadurch soziale Bewegungen repräsentieren (Maschke u.a. 2021, 108ff.; Schmid 2020, 65f.) – Lebensweisen, die in unseren Fallstudien vielleicht durch die kreativen Akteur*innen angestoßen werden könnten. Strategien der Akteur*innen lassen sich dabei nicht immer trennscharf abgrenzen, klare Zuordnungen sind nicht immer möglich, sondern Strategien verschwimmen, ergänzen sich oder lösen sich ab.

4. Diskussion: durch Selbstorganisation zu einem »Recht auf Dorf«!

Die Ergebnisse unserer empirischen Forschung haben gezeigt, dass nur auf den ersten Blick die Bezeichnung *Wandernde zwischen den Welten* im Widerspruch zu der Auflösung der urban-ruralen Dichotomie steht. Wir sehen, in Übereinstimmung mit Maschke u.a. (2021, 120ff.), Barraclough (2013), aber auch mit Lefebvre (2016 [1968], 106ff.) selbst, die berechtigte Forderung der Akteur*innen eines *Rechts auf Stadt* eben auch für ländliche Räume. Was paradox klingt, lässt sich durch den Paradigmenwechsel hinsichtlich der Unterschiedlichkeit von *Stadt – Urban und Land – Rural* auflösen. Lefebvre schreibt

bereits 1968 von der Auflösung klassischer Stadt-Land Zuschreibungen und konkretisiert dies folgendermaßen:

»Der Gegensatz »Urbanität – Ruralität« akzentuiert sich, [...] während sich der Gegensatz Stadt – Land abschwächt. [...] Die Kritik am Urbanismus als Ideologie kann sich gegen die [...] Vorstellung von Zentralität richten (beispielsweise die Gleichsetzung des Urbanen mit Entscheidungs- und Informationszentren).« (Ebd., 109)

Was Lefebvre also mit seinem *Recht auf Stadt* formuliert, ist viel mehr als ein einfaches Recht auf das Städtische, sondern das *Recht auf Urbanität*: auf emanzipierte, partizipative und freie Teilhabe an der Gesellschaft. Zentral für Lefebvre ist immer auch die kollektive (Re-)Produktion der beschriebenen Zustände.

Das Recht auf Dorf ist also nicht einfach da, es wird gemacht! Im Zusammenspiel der sozial-innovativen Praktiken, die nach unseren Ergebnissen zu Urteilen auch emanzipatorische und partizipative Prozesse in einer heterogenen Akteur*innenlandschaft beinhalten, mit unterstützenden relationalen und politisch-territorialen Rahmenbedingungen können wirksame Alternativen zu neoklassischen und neoliberalen, wachstumsorientierten Ansätzen ländlicher Entwicklung angestoßen werden. In diesem Beitrag haben wir dargelegt, wie eine (Neu-)Aushandlung von Teilhabe und Mitgestaltung stattfindet. Durch ein hohes Maß an Selbstorganisation von Individuen und kleineren Kollektiven wird durch verschiedene kulturelle Formate oder Beiträge zur endogenen Wertschöpfung an der konkreten Utopie eines Guten Lebens gearbeitet. Fördernde und hindernde Faktoren für die kreative Arbeit der Akteur*innen können dargestellt werden. Zusammenfassend soll daher noch einmal der Dreiklang von der Notwendigkeit einer Nische, der Projektionsfläche eines lokalen Bezuges und dem Wechselverhältnis zwischen dem Wunsch nach einer glücklichen Gemeinschaft und einem Problemverständnis über lokale Herausforderungen genannt werden. Die Summe dieser Bausteine interpretieren wir als Keimzelle für sozialökologische Transformationsprozesse. Zu der Wirksamkeit über den lokalen Kontext hinaus können wir allerdings keine konkreten Aussagen treffen. Dass lokale Initiativen, aus der Nische heraus, hegemoniale soziale Praktiken beeinflussen und verändern, bleibt in unserem Fall eine theoretische Annahme. Damit bleiben wir im regionalen Kontext, wobei wir jedoch festhalten, dass die untersuchten Akteur*innen durch ihre kreativen, experimentellen Initiativen *ihr Recht auf Dorf* einfordern (vgl. Halfacree 2006; Barraclough 2013; Lefebvre 2016 [1968])

und neue ländlich-periphere Gebirgsregionen (re-)produzieren: als von gesellschaftlichen Zuschreibungen emanzipierte und von politischen Pfadabhängigkeiten sich lösenden ländlichen Gemeinschaften.

5. Schlussfolgerungen

Die lokalen Bezüge der interviewten Akteur*innen spannen sich auf zwischen dem Bedürfnis, Dinge zu bewahren, und der Einsicht, dass es (dafür) eine Notwendigkeit für Veränderungen gibt, und passen damit zum Leitgedanken der Biosphärenreservate. Außerdem können die Biosphärenreservate Plattformen darstellen, über die Forschungsergebnisse zu lokalen Herausforderungen normativ problematisiert, politisiert und in lokale Diskurse einbracht werden können, um so lokales Engagement zu stimulieren (vgl. Scheurer 2016, 242ff.). Diese beiden Aspekte betonen die Bedeutung der Territorialität der UNESCO-Biosphärenreservate – als Produkte sozialer Praxis – für Transformationsprozesse, deren Konsequenzen eine »Realität« schaffen, die ebenso fördernd wie hindernd wirken kann.

Aus den in diesem Beitrag dargelegten Zusammenhängen zwischen biographischen Aspekten, multi- und translokalen Dynamiken, der lokalen Einbettung sowie der Auseinandersetzung mit der unmittelbaren Natur- und Kulturlandschaft sehen wir das Potenzial einer vielversprechenden Perspektive für ländliche Entwicklung hervorgehen. Post-ruraler Raum ist so als ein Ermöglichungsraum zu begreifen, in dem eine Mischung aus Variation und gezielter Abstimmung der vielen Initiativen als Hebel zur emanzipatorischen nachhaltigen Entwicklung gesehen werden kann.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Barraclough, L. (2013): Is There Also a Right to the Countryside?. In: *Antipode* 45(5), 1047-1049.
- Baumann, C. (2018): *Idyllische Ländlichkeit – Eine Kulturgeographie der Landlust*. (= *Rurale Topographien*, Bd. 1) Bielefeld: transcript.
- Becker, E./Jahn, T./Schramm, E. (1999): *Sozial-ökologische Forschung. Rahmenkonzept für einen neuen Förderschwerpunkt*. Gutachten im Auftrag des BMBF. Frankfurt a.M.: Institut für sozial-ökologische Forschung.

- Belina, B. (2008): Die kapitalistische Produktion des Raumes: zwischen Mobilität und Fixierung. In: Krumbein, W./Kröcher, U./Sträter, D. (Hg.): Kritische Regionalwissenschaft. Gesellschaft, Politik, Raum, Münster: Westfälisches Dampfboot, 70-86.
- Bell, D. (2006): Variations of the Rural Idyll. In: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. H. (Hg.): Handbook of Rural Studies. London: Sage, 149-160.
- Blühdorn, I. (Hg.) (2020): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet. (= X-Texte zu Kultur und Gesellschaft) Bielefeld: transcript.
- BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2020): Hätten Sie's gewusst? 5 Fakten zum ländlichen Raum in der EU. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/europa-fakten-laendliche-raeume.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (letzter Zugriff am 27.7.2021).
- Brand, U./Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.
- Bürkner, H.-J./Lange, B. (2020): Situierete Raumkonzepte zur Erklärung von Arbeitsprozessen im Kontext von Postwachstumsökonomien. In: Lange, B./Hülz, M./Schmid, B./Schulz, C. (Hg.): Postwachstumsgeographien. Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien. Bielefeld: transcript, 35-57.
- Elsen, S./Lorenz, W. (Hg.) (2014): Social Innovation, Participation and the Development of Society. Soziale Innovation, Partizipation und die Entwicklung der Gesellschaft. (= Brixener Studien zu Sozialpolitik und Sozialwissenschaft, Bd. 2) Bozen: Bolzano University Press.
- Fagerberg, J. (2006): Innovation: A Guide to Literature. In: Fagerberg, J./Mowery, D. C./Nelson, R. R. (Hg.): The Oxford Handbook of Innovation. Oxford u.a: Oxford University Press, 1-26.
- Flander, K. de/Hahne, U./Kegler, H./Lang, D./Lucas, R./Schneidewind, U./Simon, K.-H./Singer-Brodowski, M./Wanner, M./Wiek, A. (2014): Resilience and Real-life Laboratories as Key Concepts for Urban Transition Research. Resilienz und Reallabore als Schlüsselkonzepte urbaner Transformationsforschung. Zwölf Thesen. In: GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society 23(3), 284-286.
- Gallent, N./Gkartzios, M. (2019): Defining Rurality and the Scope of Rural Planning. In: Scott, M./Gallent, N./Gkartzios, M. (Hg.): The Routledge Companion to Rural Planning. A Handbook for Practice. London: Routledge, 17-27.

- Halfacree, K. (2006): Rural Space: Constructing a Three-fold Architecture. In: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. H. (Hg.): *Handbook of Rural Studies*. London: Sage, 44-62.
- Halfacree, K. (2007): Trial by Space for a ›Radical Rural‹. Introducing Alternative Localities, Representations and Lives. In: *Journal of Rural Studies* 23(2), 125-141.
- Harvey, D. (1973): *Social Justice and the City*. London: Cambridge University Press.
- Heineberg, H. (2017): *Stadtgeographie*. (= Grundriss Allgemeine Geographie, Bd. 2166) Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Howaldt, J./Schwarz, M. (2010): Soziale Innovation – Konzepte, Forschungsfelder und -perspektiven. In: Howaldt, J./Jacobsen, H. (Hg.): *Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma*. Wiesbaden: VS, 87-108.
- Howaldt, J./Schwarz, M. (2017): Die Mechanismen transformativen Wandels erfassen: Plädoyer für ein praxistheoretisches Konzept sozialer Innovationen. In: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society* 26(3), 239-244.
- Jackson, T. (2013): *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und wirtschaften in einer endlichen Welt*. (= Lizenzausgabe) Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kelle, U./Kluge, S. (2010): *Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*. (= *Qualitative Sozialforschung*, Bd. 15) Wiesbaden: VS.
- Krajewski, C./Wiegandt, C. H. (Hg.) (2020): *Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung*. (= *Schriftenreihe/Bundeszentrale für politische Bildung*, Bd. 10362) Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kratzer, A./Ammering, U. (2019): Rural Innovations in Biosphere Reserves – A Social Network Approach. In: *Journal of Rural Studies* 71, 144-155.
- Kratzer, A./Unthan, N./Coy, M. (2020): Linking Actors to Promote Sustainable Development in Rural Areas: Grosses Walsertal. In: *Dach von, S./Ruiz Peyré, F. (Hg.): Vibrant Mountain Communities. Regional Development in Mountains: Realizing Potentials, Tackling Disparities*. Bern: University of Bern, 34-35.
- Küsters, I. (2009): *Narrative Interviews. Grundlagen und Anwendungen*. (= *Lehrbuch*) Wiesbaden: VS.

- Lefebvre, H. (2016 [1968]): Das Recht auf Stadt. (= Nautilus Flugschrift) Hamburg: Edition Nautilus.
- Lessenich, S. (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. München: Carl Hanser Verlag München.
- Maschke, L./Mießner, M./Naumann, M. (2021): Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven (= Kritische Landforschung. Umkämpfte Ressourcen, Transformationen des Ländlichen und politische Alternativen, Bd. 1). Bielefeld: transcript.
- Meimeth, M./Robertson, J. D. (Hg.) (2012): Sustainable Development – How to bridge the Knowledge-Action Gap? Baden-Baden: Nomos.
- Müller, U. (2007): Die Kraft der Bilder in der nachhaltigen Entwicklung. Die Fallbeispiele UNESCO Biosphäre-Entlebuch und UNESCO Weltnaturerbe Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn. (= NFP 48, Landschaften und Lebensräume der Alpen) Zürich: vdf.
- Özesmi, U./Özesmi, S. L. (2004): Ecological Models Based on People's Knowledge: A Multi-step Fuzzy Cognitive Mapping Approach. In: Ecological Modelling 176(1/2), 43-64.
- Scheurer, T. (2016): The Role of Science Governing and Managing the Parks of the Future. In: Hammer, T./Mose, I./Siegrist, D./Weixlbaumer, N. (Hg.): Parks of the Future. Protected Areas in Europe Challenging Regional and Global Change. München: oekom, 241-246.
- Schmid, B./Schulz, C./Weck, S. (2020): Keimzellen für die Transformation. Postwachstum und Raumentwicklung. In: oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation (Hg.): Möglichkeitsräume. Raumplanung im Zeichen des Postwachstums. München: oekom, 19-27.
- Schmid, B. (2020): Räumliche Strategien für eine Postwachstumstransformation. In: Lange, B./Hülz, M./Schmid, B./Schulz, C. (Hg.): Postwachstumsgeographien. Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien (= Sozial- und Kulturgeographie, Bd. 38). Bielefeld: transcript, 59-83.
- Schneidewind, U. (2014): Urbane Reallabore – ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt. In: pnd online – ein Magazin mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region. https://epub.wupperrinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/5706/file/5706_Schneidewind.pdf (letzter Zugriff am 26.7.2021).
- Schneidewind, U./Scheck, H. (2013): Die Stadt als »Reallabor« für Systeminnovationen. In: Rückert-John, J. (Hg.): Soziale Innovation und Nachhaltigkeit. Wiesbaden: Springer, 229-248.

- Schneidewind, U./Zahrnt, A. (2014): *The Politics of Sufficiency. Making It Easier to Live the Good Life*, München: oekom.
- Tschumi, P./Winiger, A./Wirth, S./Mayer, H./Seidl, I. (2020): Wachstumsunabhängigkeit durch soziale Innovationen? Eine Analyse potenzieller Wachstumswirkungen sozialer Innovationen im Schweizer Berggebiet. In: Lange, B./Hülz, M./Schmid, B./Schulz, C. (Hg.): *Postwachstumsgeographien. Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien* (= Sozial- und Kulturgeographie, Bd. 38). Bielefeld: transcript, 117-138.
- UNESCO/MAB (2015): *MAB Strategy 2015-2025*, www.unesco.org/new/fileadmin/MULTIMEDIA/HQ/SC/pdf/MAB_Strategy_2015-2025_final_text.pdf (letzter Zugriff am 26.7.2021).
- Weixlbaumer, N./Coy, M. (2009): Selbst- und Fremdbild in der Gebietschutzpolitik. Das Beispiel des Biosphärenparks Großes Walsertal/Vorarlberg. In: Mose, I. (Hg.): *Wahrnehmung und Akzeptanz von Großschutzgebieten*. Oldenburg: Bis-Verlag, 37-57.
- Welzer, H. (2019): *Alles könnte anders sein. Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Wissen, M./Brand, U. (2019): Working-class environmentalism und sozial-ökologische Transformation. Widersprüche der imperialen Lebensweise. In: *WSI-Mitteilungen* 72(1), 39-47.

III. Sozioökonomischer Wandel in ruralen Kontexten

Ungleiches Land

Eine ungleichheitssoziologische Betrachtung

Claudia Neu

Die Ungleichheitssoziologie fremdelt nach wie vor ein wenig mit dem Land. Das mag einerseits daran liegen, dass die Anfänge, und bis heute auch das Selbstverständnis, der Soziologie eng mit der Urbanisierung und Industrialisierung sowie dem Entstehen moderner, funktional differenzierter Gesellschaften verbunden sind. Andererseits erweist sich die Raumkategorie als etwas sperrig, denn sie steht »quer« zu anderen (vertikalen) Ungleichheitsdimensionen wie Einkommen, Bildung oder Prestige. Es lässt sich theoretisch nicht leicht ausmachen, wie die unterschiedlichen Dimensionen sozialer und territorialer Ungleichheit miteinander interagieren oder wie »Raum« auf Lebenschancen wirkt. Ist Armut in einer reichen Stadt schlechter zu ertragen als in einem abgelegenen Dorf? Oder macht gerade die vermeintliche Anonymität der Großstadt ein Leben in Armut erträglicher als unter den stets wachsamen Augen der dörflichen Nachbarschaft? Angesichts einer unablässigen und weltweiten Urbanisierung und Digitalisierung drängt sich ohnehin die Frage auf: Welchen (sozialstruktur-)analytischen Gehalt hat die Kategorie ›Land‹ überhaupt (noch)? Diese Frage schien sich in der Tat viele Jahrzehnte erledigt zu haben – jedenfalls für die Ungleichheitssoziologie. Bildungsexpansion, Massenkonsum und Vollmotorisierung hatten ihren Siegeszug bis in die entlegensten westdeutschen Räume angetreten. Nicht mehr Klassen-, sondern Lebensstilunterschiede prägten die (west-)deutsche Sozialstruktur(analyse) in den 1980er- und 1990er-Jahren. Stadt-Land-Unterschiede schienen vernachlässigbar, es ging eher um Wohnungsdesign und Freizeitgestaltung als um Abwanderung und Apathie (Neu 2006). Begriffe wie Zwischenstadt (Sieverts 1997), »Siedlungsbrei« oder (Post-)Suburbanisierung beschrieben nun die zunehmende Verflechtung und Verwischung zwischen verschiedenen Siedlungstypen (Spellerberg 2014, 205; Adam 2019). Im ausgehenden Jahrtausend verhießen die Globalisierung und die schnell voranschrei-

tende Digitalisierung zudem alle noch bestehenden regionalen Disparitäten und kulturellen Differenzierungen durch weltumspannende Kommunikation, Waren- und Informationsströme einzuebnen. Die Wissenschaft war sich einig: Die Zukunft ist städtisch! Mittlerweile zeigt diese städtische Zukunftseuphorie kleinere und größere Risse, der niederländische Urbanist Koolhaas (2020) vermutet nun gar die Zukunft der Welt auf dem Land: Denn das Land ist zu einem Ort beschleunigter gesellschaftlicher Transformation geworden, wo einerseits gesellschaftliche Konflikte um Landwirtschaft, Klima und Boden ausgehandelt werden, andererseits kreative Freiräume und alternative Zukunftsentwürfe entstehen (ebd.).

Im Folgenden zeigt der Beitrag, dass ländliche Räume eine neue Aufmerksamkeit erfuhren (Abschnitt 1), ebenso wie soziale und territoriale Ungleichheiten (Abschnitt 2) in Deutschland insbesondere durch die ökonomischen, sozialen und demographischen Folgen der Wiedervereinigung, die sich auch in räumlichen Disparitäten und ungleichwertigen Lebensverhältnissen (Abschnitt 3) niederschlugen. Trotz großer Zufriedenheit mit den lokalen Lebensverhältnissen werden zunehmend Einbußen bei den sozialen Infrastrukturen bemängelt und ein Zurückfallen peripherer ländlicher Räume wahrgenommen (Abschnitt 4), was wiederum (infrastrukturelle) Verlustnarrative speist (Abschnitt 5). Gegen diese Rhetorik des Verlustes stemmen sich eine Vielzahl von Engagierten und Kreativen, die aktiv Potentiale ländlicher Räume nutzen (Abschnitt 6). Auch wenn »das Land« in den vergangenen Jahren ein gutes Stück weiter in den wissenschaftlichen wie politischen Fokus gerückt ist, bleibt gerade für die landsoziologische Ungleichheitsforschung noch einiges zu tun (Abschnitt 7).

1. Neue Aufmerksamkeit für ländliche Räume

Der euphorische Zukunftsblick auf eine vernetzte, digitale und sozial gleiche Welt wurde nicht zuletzt von der Erkenntnis abgebremst, dass zeitgleich zu Prozessen der Enträumlichung neue Prozesse der Verräumlichung auftraten, die soziale und territoriale Ungleichheiten hervorriefen: Rascher Strukturwandel, Untergang des Ostblocks und demographischer Wandel, verschärft durch Klimakrise und Ressourcenübernutzung, schufen neue Peripherien, nicht nur in den Ländern des globalen Südens, sondern auch in den postindustriellen Ländern wie den USA, Japan und Europa. *Shrinking Cities* und *rural deserts* entwickelten sich zu ökonomischen und demographischen »Pro-

blemzonen«, die bis heute unter Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Verwahrlosung des öffentlichen Raums leiden. Mit dem Blick auf die (zunehmende) räumliche Polarisierung kamen nach der Jahrtausendwende vermehrt Fragen nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, territorialer Ungleichheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt auf – also nach der Strukturierungskraft räumlicher Ungleichheiten für die Lebensbedingungen der Menschen.

Mittlerweile hat sich die Erforschung regionaler Disparitäten sowohl in der Ökonomie, der Geographie und (Stadt-, Land- und Regional-)Soziologie einen eigenen Platz erobert. Die Betrachtung interregionaler Disparitäten, also den Unterschieden in den Arbeits- und Lebensbedingungen *zwischen* Regionen oder Räumen, Stadt und Land, spielt hierbei aktuell eine herausgehobene Rolle (exemplarisch Fina u.a. 2019; Sixtus u.a. 2019; Neu u.a. 2020). Neben der Analyse ökonomischer und demographischer Größen hat in diesem Zusammenhang vor allem die Verfügbarkeit und Erreichbarkeit von daseinsvorsorgenden Infrastrukturen als gestaltende Kraft für Zugangs- und Teilhabechancen wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren – neuerlich auch im Hinblick auf Armut (Berger u.a. 2015; Neu u.a. 2020; Bernard u.a. 2021), Populismus (Naumann 2021) und Einsamkeit (Bücker u.a. 2020; Neu/Müller 2020). Unterschiede im Wohnumfeld werden klassischerweise von der Stadtsoziologie bearbeitet. Zuletzt wies die Arbeit von Helbig/Jähnen (2018) auf neue Muster der städtischen Segregation in Deutschland hin: Die ethnische Segregation sinkt, die demographische und die soziale Segregation hingegen nehmen zu. Soziale Milieus bleiben demnach zunehmend unter sich. Diese Prozesse dürften sich in den kommenden Jahren noch verstärken, denn die steigenden Miet- und Bodenpreise in attraktiven Großstädten führen zu einem Verdrängungswettbewerb, der zu Lasten der weniger gut Betuchten geht. In der Corona-Pandemie ist allerdings die Attraktivität ländlicher Räume deutlich gewachsen, was sich auch gleich in den gestiegenen Immobilienpreisen und Wanderungsgewinnen vor allem in Stadt-Umland-Gemeinden niederschlägt. Inwieweit diese Aufwertung (agglomerationsnaher) ländlicher Gemeinden Prozesse der *rural gentrification*, also sozialräumlicher Verdrängung nach sich zieht, wird zu untersuchen sein (Mießner/Naumann 2021). Forschung, die sich mit sozialen Lagen, Milieus oder Lebensstilunterschieden *innerhalb* von ländlichen Räumen beschäftigt, bleibt weiterhin selten (etwa Spellerberg 2014). Erfreulicherweise mehren sich die Anläufe aus verschiedenen Richtungen, soziale und räumliche Ungleichheiten in ländlichen Räumen in den Blick zu nehmen. Sei es die Frauen- und Geschlechterforschung, die in den vergangenen Jahren wieder einen bescheidenen, wenngleich hoff-

nungsvollen Aufschwung erfährt (Contzen/Forney 2017; Pieper 2021) oder die Geographie, die zunehmend Fragen der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, räumlichen Gerechtigkeit und Hybridisierung von Lebens- und Arbeitsformen kritisch aufnimmt (exemplarisch Mießner/Naumann 2019). Das »gute Leben auf dem Land«, die Idyllisierung des Ländlichen sowie Imaginationen und Projektionen von Land hinterfragt seit einigen Jahren auch die germanistische Forschung (Nell/Weiland 2014; 2021).

Das Land hat in den vergangenen Jahren sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik neue Popularität erfahren, so sehr, dass sich wohl durchaus von einer Repolitisierung des Räumlichen sprechen lässt. Konstatieren Keller und Kollegen in ihrem einleitenden Beitrag zum Tagungsband »Urbane Ungleichheiten« noch 2014 (Keller u.a. 2014, 11): »Sozial-räumliche Ungleichheiten stoßen bei den auf Wachstumspole fixierten politisch Zuständigen auf stupendes Desinteresse«, so stellt sich das heute bei politisch Verantwortlichen schon ein wenig anders dar. Denn spätestens seit dem Erstarken rechts-populistischer Parteien, die überdurchschnittlich häufig in ländlichen Räumen ihr Klientel finden, zeigt die Bundespolitik ein deutlicheres Interesse an Fragen der Gleichwertigkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Was sich nicht zuletzt in der Einsetzung der Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse« (BMI 2019b) und der Gründung eines Forschungsinstituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt (FGZ, mit Sitz an elf Standorten) widerspiegelt.

2. Die strukturierende Kraft von Infrastrukturen

Üblicherweise konzentriert sich die Ungleichheitssoziologie darauf, »den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen« (Rousseau 1998 [1754]) aufzudecken und zu beschreiben. Ungleichheitstheorien wollen zudem die Formen und Dimensionen sozialer Ungleichheit sowie die Folgen ungleicher Lebensbedingungen und Lebenschancen in (modernen) Gesellschaften herausarbeiten (Berger/Neu 2007). Nach Kreckel (1992, 17) liegt immer dann *soziale* Ungleichheit vor, wenn der Zugang zu erstrebenswerten Gütern und sozialen Positionen an die unterschiedlichen Ressourcen, Macht und Interaktionsmöglichkeiten gekoppelt sind, erschwert (oder begünstigt) ist, so dass sich daraus dauerhaft ungleiche Lebenschancen und Handlungsspielräume für Individuen oder Gruppen ergeben. Soziale Ungleichheit bezieht sich also nicht nur auf die, häufig vertikal angeordneten,

Unterschiede in der Ressourcenausstattung (Einkommen, Bildung) und die Erreichbarkeit sozialer Positionen (Arbeitslose oder Vorstandsvorsitzender), sondern auch auf den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen (etwa zu Krankenhäusern, Bibliotheken oder Schwimmbädern). Wird soziale Ungleichheit um eine räumliche Komponente ergänzt, sprechen wir von *territorialer Ungleichheit*. Territorial markiert hierbei, dass sich räumliche Ungleichheiten stets auf einen bestimmten Raum beziehungsweise ein Territorium wie Städte, Regionen oder Nationen beziehen (Neu 2006; Barlösius/Neu 2008).

An dieser Stelle kommen nun die besonderen sozialen und räumlichen Eigenschaften von Infrastrukturen ins Spiel: Daseinsvorsorgende Infrastrukturen stellen nicht nur Versorgungs- und Vorsorgeleistungen für Wirtschaft und Gesellschaft bereit und codieren Räume, prägen also Raum- und Landschaftsbilder beispielsweise durch Wassertürme, Brücken oder ICE-Trassen, sondern entscheidender ist, dass sie durch ihre öffentliche Bereitstellung Gelegenheits- und Ermöglichungsstrukturen schaffen, die gesellschaftliche Teilhabe und soziale Integration gewährleisten. Daseinsvorsorgende Infrastrukturen wirken daher ungleichheitsdämpfend – in sozialer wie in territorialer Hinsicht. Denn sie verbinden nicht nur Menschen, sondern auch Räume miteinander und schaffen so einen sozialen wie räumlichen Ausgleich. Sind aber die Zugänge, zumeist verstanden als Erreichbarkeiten und Verfügbarkeiten, zu diesen öffentlichen Gütern und Dienstleistungen eingeschränkt oder nicht vorhanden, dann ergeben sich mit gewisser Wahrscheinlichkeit daraus soziale Benachteiligungen. Wie schwer die fehlenden infrastrukturellen und institutionellen Gelegenheitsstrukturen (Knabe u.a. 2021) wiegen, wenn Lebenslagen sich als prekär erweisen, belegen etliche Studien: Nicht nur, dass Menschen, die in Armut leben, längere Wege zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge zurücklegen müssen (Neu u.a. 2020), sondern sie sind häufig auf institutionelle Unterstützungsleistungen durch Arbeitsämter, Quartiersläden oder Wohlfahrts- und Sozialverbände angewiesen, die für in Armut lebende Haushalte nicht selten die einzigen Kontaktpersonen außerhalb ihres unmittelbaren Familienkreises darstellen (Berger u.a. 2015, 46ff.). Vorhandene, oder eben nicht vorhandene, daseinsvorsorgende Infrastrukturen und Institutionen strukturieren Zugänge, sie legen Handlungskorridore aus, aber sie determinieren Handeln nicht. Eine Vergleichsstudie zur »[s]ozialen Benachteiligung in ländlichen Peripherien in Ostdeutschland und Tschechien« verweist auf die Fähigkeit der Betroffenen (hier, alleinerziehende Frauen), einen

»kreativen und selbstbestimmten Umgang mit den räumlichen Einschränkungen zu entwickeln, so dass in den Erzählungen über Einschränkungen gern auch immer ein ›aber‹ kommt. *Das stört mich, ABER ich handhabe es auf diese oder jene Weise.*« (Bernard u.a. 2021, 8; Herv. i. O.).

Wenn Räume also Lebenschancen strukturieren, dann liegt es nahe, nach dem Ausmaß der regionalen Disparitäten beziehungsweise der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu fragen, um einen Blick auf die dauerhafte Bevorzugung oder Benachteiligung von Menschen(gruppen) und Räumen zu haben.

3. Gleichwertigkeit und Disparität

Zur Schaffung eines sozialen und territorialen Ausgleichs zwischen den einzelnen Teilräumen und Regionen verfolgt die Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg, in unterschiedlicher Ausformung und Intensität, den politischen Leitgedanken der Herstellung einheitlicher (bis 1994) beziehungsweise gleichwertiger Lebensverhältnisse. Seit geraumer Zeit steht die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse allerdings stark unter Druck: Demographische Verschiebungen, De-Industrialisierung und De-Infrastrukturalisierung ganzer Regionen und Städte auf der einen, Wanderungsgewinne und Mietpreisexlosionen in prosperierenden Großstädten auf der anderen Seite, erzeugen räumliche Disparitäten (Kersten u.a. 2012a, b). Die Diskussion, besser der Kampf um die Hoheit über die Benennung und Repräsentation (Barlösius 2004; 2005) räumlicher Disparitäten um Fragen wie ›Haben wir es überhaupt mit regionalen Disparitäten zu tun?‹ ›Wie entwickeln sie sich?‹ ›Welches Maß an territorialer Ungleichheit ist zu tolerieren?‹ ›Welche Auswirkung haben räumliche Spaltung und Peripherisierung auf die Gesellschaft?‹ ›Was ist zu tun?‹ wurde in den vergangenen zwanzig Jahren durchaus mit harten Bandagen ausgefochten. Ging es doch um nichts weniger als um den sozialen und territorialen Zusammenhalt Deutschlands.

Was wissen wir empirisch über das Ausmaß regionaler Disparitäten? Je nach Betrachtungsweise und herangezogenem Indikatorenset fällt die Bewertung des Ausmaßes regionaler Disparitäten unterschiedlich aus. Zwei verschiedene Herangehensweisen sind hier zu beachten: a) es werden lediglich einzelne Indikatoren wie Arbeitsplatzdichte oder die Ausstattung mit ausgewählten daseinsvorsorgenden Infrastrukturen wie Apotheken, Gymnasien

oder KiTa-Plätzen herangezogen oder b) es werden unterschiedliche Indikatoren kumuliert, so dass sich eine räumliche Disparitätenkarte ergibt. Der Thünen-Landatlas (BMEL 2021a) oder der Deutschlandatlas (BMI 2019a) verfolgen den ersten Weg, es werden lediglich (PKW-)Erreichbarkeiten einzelner Dimensionen gemessen und dazu jeweils Karten erstellt. Bei diesem Vorgehen lässt sich kein einheitliches Bild regionaler Unterschiede darlegen. Denn Arbeitsplätze sowie grundversorgende Güter und Dienstleistungen sind regional nicht gleich verteilt und ihre Ausstattung verändert sich über die Zeit. Brauchen die Bewohner*innen in bevorzugten Wohnlagen weniger als 3,5 Minuten mit dem PKW zum nächsten Lebensmittelladen, so können es in peripheren Räumen schnell einmal mehr als zehn oder zwanzig Minuten werden. Auch der Weg zum Kinderarzt oder nächstgelegenen Krankenhaus ist um ein Vielfaches weiter, muss man aus dem peripheren Raum anreisen. Innerhalb von Stadtgebieten sind Nahversorger, (Fach-)Ärzte oder Schulen zu meist fußläufig zu erreichen oder werden durch den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bedient. In ländlichen Räumen hingegen zeichnet sich ein ganz anderes Bild ab. Fußläufige Erreichbarkeiten ergeben sich lediglich in Grund-, Mittel- und Oberzentren. Ländlichere oder sogar periphere Regionen weisen in der Regel eine hohe Anforderung an die Individualmobilität auf (BMEL 2021a; Neu u.a. 2020, 134ff.). Dieser Ansatz, sozialräumliche Disparitäten über einzelne Indikatoren abzubilden, erlaubt einerseits einen sehr differenzierten Blick auf die Verteilung und Erreichbarkeit daseinsvorsorgender Infrastrukturen, andererseits verhindert er jedoch die Erstellung eines einheitlichen Bildes über den Zustand und die Entwicklung regionaler Lebensverhältnisse.

Daher sind in den vergangenen Jahren etliche Studien vorgelegt worden, die unterschiedliche kumulierte Indikatorensets verwenden, um ein aggregiertes Bild regionaler Disparitäten in Deutschland zu erstellen. Zwar unterscheiden sich die Studien in ihrer Herangehensweise, doch die Ergebnisse sind recht eindeutig: Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist nicht in allen Teilräumen der Bundesrepublik gegeben! Die Raumordnungsberichte 2011 und 2017 (BBSR 2012; 2017) beobachten ebenso wie die Disparitätenberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung (Albrech u.a. 2016; Fina u.a. 2019), der Teilhabeatlas des Berlin-Instituts (Sixtus u.a. 2019) oder die ZEW-Auswertung zum 6. Armuts- und Reichtumsbericht (Neu u.a. 2020) eine deutliche Clustering der regionalen Lebensverhältnisse: Während wir in den kreisfreien Städten wie Berlin, Hamburg oder Stuttgart, aber beispielsweise auch Göttingen, Oldenburg und ihrem Umland sowie in Süddeutschland weit überwiegend

auf ein weitgefächertes Arbeitsplatzangebot und sehr gute Lebensbedingungen treffen, haben sich im Ruhrgebiet, im Saarland, in der Pfalz sowie im Nordosten der Bundesrepublik zusammenhängende Gebiete gebildet, in denen sich unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse verfestigt haben. Doch auch in den prosperierenden Regionen und Großstädten wächst die Gefahr von Segregation, Verdrängungswettbewerb und Exklusion durch steigende Miet- und Lebenshaltungskosten. Der immer wieder gern bemühte Stadt-Land-Unterschied trägt also nur noch sehr begrenzt zur Erklärung territorialer Ungleichheiten und ungleichwertiger Lebensverhältnisse bei. Vielmehr bestimmt die (herausragende) Wirtschaftskraft einer Region maßgeblich die Lebensbedingungen vor Ort: Ländliche, auch sehr ländliche Räume mit guter wirtschaftlicher Lage, bieten Arbeitsplätze, Natur und Freizeitvergnügen. Sehr ländliche Räume mit dauerhaften Strukturproblemen drohen noch weiter zurückzufallen.

Bisher ist politisch nicht entschieden, wie das Ausmaß der räumlichen Polarisierung zu bewerten und wie letztlich damit umzugehen ist. Die Vorschläge reichen von der Aufgabe ganzer Dörfer und Regionen, über eine nahezu unüberschaubare Zahl an Modellprojekten zur Revitalisierung ländlicher Räume bis hin zur Einrichtung regionaler Sonderwirtschaftszonen (Siedentop/Stroms 2021, 17ff.). Immer wieder wird sowohl von wissenschaftlicher wie politischer Warte aus, die Rolle der Bürger*innen bei der Erbringung da-seinsvorsorgender Leistungen und damit auch bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse diskutiert (exemplarisch Steinführer 2014; Kersten u. a. 2012b). Aktuell erfährt die fortwährende politische Adressierung von bürgerlicher Selbstverantwortung, Kreativität und Engagementbereitschaft, die entstandenen Infrastrukturlücken doch bitte selbst zu füllen und am wackligen Zusammenhalt zu arbeiten, mit dem Vorwurf des *Community-Kapitalismus* harsche Kritik (Dyk/Haubner 2021).

4. Wahrnehmung der Lebensverhältnisse

Wie aber nehmen die Bürger*innen nun ihre Lebensverhältnisse selbst wahr? Um der Zufriedenheit mit den (ländlichen) Lebensverhältnissen auf die Spur zu kommen, ließ das Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (BMEL 2021b) eine repräsentative Analyse mit 2.600 Bundesbürger*innen durchführen. Die Auswertung zeigt, dass drei Viertel (74 %) der Deutschen ihr Wohnumfeld (im Umkreis von 5 km um das eigene Zuhause) als gut

beziehungsweise sehr gut einschätzen, dies gilt insbesondere für ländliche Wohngegenden mit guter ökonomischer Lage (sehr ländlich: 77 %, eher ländlich: 80 %). 22 % der Befragten finden ihr Wohnumfeld weder gut noch schlecht, 4 % sind allerdings (sehr) unzufrieden mit ihrer Wohngegend. Die Neuen Bundesländer (NBL) liegen in ihrer Gesamtwertung um ganze fünf Prozentpunkte unter dem Durchschnitt (69 %) (BMEL 2021b, 14f.).

Wie bereits im vorhergehenden Abschnitt erwähnt, ist die Ausstattung und Erreichbarkeit daseinsvorsorgender Leistungen in Deutschland regional nicht gleichverteilt, was sich auch auf die positive beziehungsweise negative Bewertung dieser Einrichtungen niederschlägt. Die weitüberwiegende Mehrheit (87 %) der in Stadt und Land repräsentativ Befragten finden das Angebot an Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf (im Umkreis von 10 km) gut bis sehr gut. Auch die positiven Werte für ärztliche Versorgung, Kindergärten, Krippen, Sportangebote, Banken und Verwaltung liegen zwischen 72 bis 79 %. Deutlich geringer werden die positiven Einschätzungen (45-65 % (sehr) gut) jedoch im Bereich der höheren Bildung und der sozialen und kulturellen Infrastruktur. Mehr als die Hälfte der Menschen scheint einen Treffpunkt vor Ort zu vermissen: zufrieden mit den Begegnungsmöglichkeiten sind lediglich 45 %, unzufrieden gar 13 %. Auch hier gilt, dass die Befragten aus ländlichen Räumen mit guter ökonomischer Ausstattung alle Bereiche der Grundversorgung positiver bewerten als die Befragten aus den übrigen ländlichen Räumen (BMEL 2021b, 18). Insgesamt liegen die positiven Einschätzungen der Grundversorgung in den Neuen Bundesländern in allen Bereichen unter den Werten der Alten Bundesländer (ABL). Oder anders herum: Die Unzufriedenheit mit den Angeboten der Grundversorgung liegt im Osten höher (BMEL 2021b, 19, 23).

Mit Blick auf die Angebotsausstattung im Bereich der Grundversorgung sieht rund die Hälfte der vom BMEL Befragten keine Veränderung in den vergangenen drei Jahren, eine (deutliche) Verbesserung nehmen fast ein Drittel (27 %) der Befragten (im Durchschnitt über alle abgefragten Angebote hinweg) wahr, eine Verschlechterung der Situation sehen 18 % (5 % schlechter, 13 % eher schlechter). Besonders Befragte aus ländlichen Räumen mit weniger guter ökonomischer Lage sehen deutliche infrastrukturelle Einbußen (19 % sehr ländlich, 20 % eher ländlich), wohingegen die Bewohner*innen aus eher ländlichen Räumen mit guter ökonomischer Lage besonders viele positive Veränderungen wahrgenommen haben (35 %). Ost und West unterscheiden sich hier einmal nicht weiter (negative Entwicklung beide 18 %, positive Entwicklung NBL: 26 %, ABL: 28 %) (BMEL 2021b, 31).

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die weitgehende Mehrheit der Bevölkerung zeigt sich mit dem Angebot an Grundversorgung durchweg zufrieden, allerdings beurteilen 4 % der Befragten in der BMEL-Umfrage ihr Wohnumfeld als (sehr) schlecht. Daran schließen sich verschiedene Fragen an, wie zum Beispiel ›Ist dies eine zu tolerierende Größe?‹, ›Ab welcher Prozentzahl Unzufriedener besteht Handlungsbedarf?‹. Auffällig bleibt insgesamt, dass insbesondere das Angebot an Restaurants, Kneipen und Kultur sowie Treffpunkten bei nahezu der Hälfte der Befragten Unzufriedenheit auslöst. Die Bewohner*innen ländlicher Räume mit schwacher ökonomischer Basis (von denen viele in Ostdeutschland liegen) sind zudem eher unzufrieden mit der wohnortnahen Grundversorgung und registrieren (deutliche) Verschlechterungen im Angebot. Die Bewohner*innen ländlicher Räume mit guter wirtschaftlicher Lage nehmen hingegen besonders deutlich positive Veränderungen in den vergangenen Jahren wahr. Dass die Situation und Entwicklung der Lebensverhältnisse zwischen unterschiedlichen Räumen deutlich auseinanderfällt, spiegelt sich auch in der kritischen *Wahrnehmung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse* wider: Lediglich 59 % der Deutschen sehen sie aktuell gewährleistet. Besonders skeptisch sind die Menschen in Ostdeutschland. Im Vergleich zu Westdeutschland (62 %) glauben nur 41 %, dass gleichwertige Lebensverhältnisse realisiert wären. Gerade die ländlichen Räume fallen hier in ihrer Bewertung sehr deutlich auseinander: Die Bewohner*innen ökonomisch gut aufgestellter ländlicher Räume bewerten die Gleichwertigkeit deutlich besser als der Durchschnitt (sehr ländlich: 70 %, eher ländlich: 69 %) und sehr viel besser als Bewohner*innen der ländlichen Räume mit weniger guter wirtschaftlicher Lage (sehr ländlich: 50 %, eher ländlich 54 %) (BMEL 2021b, 73).

5. Verlustnarrative verfestigen sich

Trotz der durchweg guten Bewertung des eigenen Lebens- und Wohnumfeldes sehen die Deutschen den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwinden (exemplarisch Krause/Gagné 2019), dafür ist auch die (schlechte) Bewertung der gleichwertigen Lebensverhältnisse ein deutliches Zeichen. Mehr noch: Ein nicht unerheblicher Teil von Menschen fühlt sich nicht nur als Bürger*in zweiter Klasse, sondern glaubt, in einer *abgehängten Region* zu leben. Im Durchschnitt haben, nach Angaben der bereits zitierten BMEL-Umfrage (2021b, 71), 17 % der Deutschen das Gefühl, in einer benachteiligten Region zu

leben. In den Neuen Bundesländern sehen das ein knappes Fünftel (19 %) so, in den Alten Bundesländern sind es 16 %. In sehr ländlichen Regionen glauben dies gar 26 %, kommt noch Strukturschwäche hinzu, dann trifft dies auf 30 % der Bewohner*innen in ländlichen Räumen mit weniger guter ökonomischer Lage zu. Immerhin verspüren das Gefühl des Abgehängtseins auch zwölf Prozent der Nicht-Landbewohner*innen, dies ist vergleichbar mit den Werten von Bewohner*innen aus eher ländlichen Regionen mit guter ökonomischer Lage. Die Wahrnehmung des territorialen Abgehängtseins verbindet sich mit infrastrukturellen und politischen Verlustnarrativen, die keineswegs nur die Deklassierten und Armen erzählen, sondern das Misstrauen in die Demokratie und den Wohlfahrtsstaat reicht bis weit in alle sozialen Schichten hinein und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt (Kersten u.a. 2022; Deppisch 2020; Hillje 2018).

6. (Infrastrukturelle) Nutzungsbrachen

Diese infrastrukturellen Lücken und Brachen wissen auch die weniger demokratisch gesinnten Kräfte zu nutzen. Insbesondere die neuen populistischen Bewegungen und Rechtsextremen bespielen die infrastrukturellen Verlustnarrative, boykottieren gleichzeitig aber Klimaschutzmaßnahmen wie Windräder und Solarparks, um mit eigenen »heimatorientierten« Angeboten wie Jugendfreizeiten und Singkreisen aufzuwarten (Naumann 2021). Damit kein falscher Eindruck bleibt: Auf lokaler Ebene entstehen seit vielen Jahren, neben einem nach wie vor regen Vereinsleben, kreative (Gegen-)Bewegungen, die sich um eine Neu- oder Wiederbelebung ländlicher Räume bemühen. Eine Vielzahl an Initiativen sind hier unterwegs, die von Bürger*innen allein oder in Zusammenarbeit mit Kommunen und Unternehmen getragen werden: Raumpioniere (Faber/Oswalt 2013), Neulandgewinner (Frech u.a. 2017), Soziale Orte (Kersten u.a. 2022). Wengleich sich auch regionale Pfadabhängigkeiten, Motivlage, Zielrichtung und Akteursgruppen unterscheiden mögen, so ist ihnen doch gemeinsam, die Potentiale des ländlichen Raums, wie Brachen, Freiflächen, Natur, Engagement zu nutzen, um Lösungen für die Herausforderungen vor Ort zu finden. Allerdings weist neuere Forschung darauf hin, dass diese kreativen Kräfte im ländlichen Raum eher nicht die traditionellen Vereine und Akteur*innengruppen sind, sondern neue Akteur*innenkonstellationen aus Zivilgesellschaft, Kommunen und Unternehmen (Kersten u.a. 2022; Neu 2022) und vor allem auch Zugezogene und

Zurückgekommene, die über ein gewisses *urban mindset* verfügen (Schubert 2021). Unabhängig davon bilden lokale Akteur*innengruppen ebenso wie Vereine wichtige intermediäre Strukturen aus, die als Brücke zwischen Nahraum und Gesellschaft fungieren. Denn sie bieten ihrerseits Gelegenheitsstrukturen an, bleiben aber zumeist selbst auf vorhandene öffentliche und demokratische Infrastrukturen angewiesen.

7. Was zu tun bleibt – Forschungsdesiderata

Um wieder auf die anfänglichen Fragen zurückzukommen: Wie steht es nun mit dem sozialstrukturellen Analysegehalt der Kategorie ›Land‹? Brauchen wir das ›Land‹ als Raumkategorie noch? Ja, ich denke schon, denn ›Land‹ dient einerseits der Selbst- und Fremdwahrnehmung, nicht nur der Landbewohner*innen, sondern als Diskursfeld und Imaginationsraum des ›besseren Lebens‹ und gesellschaftlicher Zukünfte (Redepenning 2021; Mießner/Naumann 2019; Nell/Weiland 2021). Andererseits verbergen sich hinter den Kategorisierungen (etwa der Thünen-Typologie), den Karten und Schaubildern (wie im Land- oder Deutschlandatlas) von ländlichen Räumen wirksame Machtstrukturen, die gegenwärtige und vergangene (symbolische) Auseinandersetzungen und Deutungskämpfe um soziale und territoriale Ungleichheit widerspiegeln und so zugleich auch die Pfade zukünftigen politischen und gesellschaftlichen Umgangs mit ländlichen Räumen vorzeichnen (Barlösius 2021, 65f.). Hier könnte es lohend sein, zukünftig näher hinzuschauen. Die Ungleichheitsdimension ›Land‹ bleibt aber für die Sozialstrukturanalyse eher sperrig, denn es ist nicht das Land per se, das soziale Bevorzugung oder Benachteiligung auslöst, sondern ökonomische Bedingungen, geographische und demographische Lage, mentale Pfadabhängigkeiten sowie infrastrukturelle Ausstattung, die Lebenschancen in ländlichen Räumen strukturieren. Die Wahrnehmung vergangener, aktueller und zukünftiger Chancen einer Region beziehungsweise der Lebenschancen in einer Region wiederum beeinflussen Erzählungen und Einschätzungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratie. Neuere sozialstrukturell inspirierte Forschung beschäftigt sich zunehmend mit eben diesen Interdependenzen zwischen Raumkategorien und -ausstattung, Wahlverhalten und Extremismus, Armut und Deklassierung, Einsamkeit und Wut. Intensiver noch könnte der Blick auf das Zusammenspiel von Gender, Alter, Ethnizität, soziale Mobilität und Raum sein. So lohnt sich auch zukünftig der ungleichheitssoziologische Blick auf ländli-

che Entwicklung, denn die Produktion von ›Land‹ (durch alltägliches Leben, Infrastrukturen, Bilder, Erzählungen, Politik, Diskurse) bleibt auch weiterhin Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Adam, B. (2019): Vom Siedlungsbrei zum Städtischen? Eine mehrdimensionale Bestandsaufnahme der Suburbanisierung, Raumforschung und Raumordnung. In: *Spatial Research and Planning*, Warschau: Sciendo 77(1), 35-55.
- Albrecht, J./Fink, P./Tiemann, H. (2016): *Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Barlösius, E. (2004): *Kämpfe um soziale Ungleichheit*. Wiesbaden: VS.
- Barlösius, E. (2005): *Die Macht der Repräsentation*. Wiesbaden: VS.
- Barlösius, E. (2021): Benennungs- und Repräsentationsmacht mit Beteiligung der Soziologie. In: Hoffmann, R./Knabe, A./Schmitt, C. (Hg.): *Ungleichheit, Individualisierung, Lebenslauf*. Wiesbaden: VS, 63-84.
- Barlösius, E./Neu, C. (2008): *Territoriale Ungleichheit: Eine spezifische Ausprägung räumlicher Ungleichheit*. In: Barlösius, E./Neu, C. (Hg.): *Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit?* Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 17-23.
- Berger, P.A./Klärner, A./Knabe, A./Carnein, M./Fischer, H./Prochatzki, K./Land, R./Willisch, A. (2015): *Aspekte der Armut in Mecklenburg-Vorpommern. Forschungsbericht im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Vorpommern*. Schwerin: Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Vorpommern.
- Berger, P.A./Neu, C. (2007): *Klassenstruktur und soziale Schichtung*. In: Jöas, H. (Hg.): *Lehrbuch der Soziologie*. 3. Aufl., Frankfurt a.M., New York: Campus, 241-266.
- Bernard, J./Keim-Klärner, S./Klärner, A./Steinführer, A. (2021): *Soziale Benachteiligung in ländlichen Peripherien in Ostdeutschland und Tschechien*. Vortragsmanuskript, 91. Sitzung der ARGE ländliche Sozialforschung am 17.11.2021. Wien: Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen.
- Bücker, S./Ebert, T./Götz, F.M./Entringer, T./Luhmann, M. (2020): *In a Lonely Place: Investigating Regional Differences in Loneliness*. In: *Social Psychological and Personality Science* 12(2), 147-155.

- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2012): Raumordnungsbericht 2011. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017): Raumordnungsbericht 2017. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.
- BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019b): Unser Plan für Deutschland. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2019/07/20190710-kom-gleichw-LV-DEU-atlas.html> (letzter Zugriff am 23.2.2022).
- BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019a): Deutschlandatlas. <https://www.deutschlandatlas.bund.de/> (letzter Zugriff am 23.2.2022).
- BMEL – Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (2021a): Landatlas. www.landatlas.de (letzter Zugriff am 23.2.2022).
- BMEL – Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (2021b): Leben in ländlichen Regionen. Berlin: BMEL.
- Contzen, S./Forney, J. (2017): Family Farming and Gendered Division of Labour on the Move: A Typology of Farming-Family Configurations. In: *Agriculture and Human Values* 34(1), 27-40.
- Deppisch, L. (2020): »Gefühle des Abgehängtseins« – ein Angstdiskurs. In: Martin, S./Linpinsel, T. (Hg.): *Angst in Kultur und Politik der Gegenwart. Kulturelle Figurationen: Artefakte, Praktiken, Fiktionen*. Wiesbaden: VS, 179-203.
- Dyk, S. van/Haubner, T. (2021): *Community-Kapitalismus*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Faber, K./Oswalt, P. (Hg.) (2013): *Raumpioniere in ländlichen Regionen*. Leipzig: Spector Books.
- Fina, S./Osterhage, F./Rönsch, J./Rusche, K./Siedentop, S./Zimmer-Hege-
mann, R./Danielczyk, R. (2019): *Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019. Hintergründe zu Trends, Indikatoren, Analysen*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Frech, S./Scurell, B./Willisch, A. (Hg.) (2017): *Neuland gewinnen. Die Zukunft in Ostdeutschland gestalten*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Helbig, M./Jähnen, S. (2018): *Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten.* (= WZB-Discussion Paper) Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin.

- Hillje, J. (2018): Rückkehr zu den politisch Verlassenen: Gespräche in rechts-populistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich. Berlin: Das Progressive Zentrum.
- Keller, C./Klärner, A./Neef, R. (2014): Urbane Ungleichheiten – zur gesellschaftlichen Produktion und Gestalt räumlicher Ungleichheitsstrukturen, In: Berger, P.A./Keller, K./Klärner, A./Neef, R. (Hg.): Urbane Ungleichheiten, Wiesbaden: VS, 7-22.
- Kersten, J./Neu, C./Vogel, B. (2012a): Demografie und Demokratie. Zur Politisierung des Wohlfahrtsstaates. Hamburg: Hamburger Edition.
- Kersten, J./Neu, C./Vogel, B. (2012b): Demographische De-Infrastrukturalisierung. In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 60(1), 39-55.
- Kersten, J./Neu, C./Vogel, B. (2022): Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Knabe, A./Keim-Klärner, S./Klärner, A./Neu, C. (2021): Lebenschancen in ländlichen Räumen: Gelegenheitsstrukturen als Dimension sozialer Ungleichheit. In: Hoffmann, R./Knabe, A./Schmitt, C. (Hg.): Ungleichheit, Individualisierung, Lebenslauf. Wiesbaden: VS, 141-163.
- Koolhaas, R. (2020): Countryside. A Report. Köln: Taschen.
- Krause, L.-K./Gagné, J. (2019): Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Berlin: More in Common.
- Kreckel, R. (1992): Politische Soziologie der Sozialen Ungleichheit, Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Mießner, M./Naumann, M. (2021): Ländliche Gentrifizierung. Aufwertung und Verdrängung jenseits der Großstädte – Vorschlag für ein Forschungsprogramm. In: Geographica Helvetica 76(2), 193-204.
- Mießner, M./Naumann, M. (Hg.) (2019): Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Naumann, M. (2021): Infrastruktureller Populismus. In: Geographische Zeitschrift 109(4), 208-226.
- Nell, W./Weiland, M. (Hg.) (2014): Imaginäre Dörfer. Bielefeld: transcript.
- Nell, W./Weiland, M. (Hg.) (2021): Gutes Leben auf dem Land? Imaginationen und Projektionen vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Bielefeld: transcript.
- Neu, C. (2006): Territoriale Ungleichheit – eine Erkundung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37, 8-15.
- Neu, C. (2022): Engagementkonstellationen in ländlichen Räumen (ENKOR). www.uni-goettingen.de/ENKOR (letzter Zugriff am 15.2.2022).

- Neu, C./Müller, F. (2020): *Einsamkeit*. Berlin: Sozialverband Deutschland.
- Neu, C./Riedel, L./Stichnoth, H. (2020): *Gesellschaftliche und regionale Bedeutung von Daseinsvorsorge sowie der Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastruktur. Begleitforschung im Rahmen des 6. Armuts- und Reichtumsberichts*. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Pieper, J. L. (2021): *Frauen in der Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Klimakrise und Existenzangst. Narrative der Abwehr*. In: Blättel-Mink, B. (Hg.) (2021): *Gesellschaft unter Spannung. Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020*. https://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2020/article/view/1451 (letzter Zugriff 15.2.2022).
- Redepenning, M. (2021): *Das gute Leben auf dem Land – oder in der Stadt*. In: Nell, W./Weiland, M. (Hg.): *Gutes Leben auf dem Land? Imaginationen und Projektionen vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Bielefeld: transcript, 575-592.
- Rousseau, J.-J. (1998 [1754]): *Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen*. Stuttgart: Reclam.
- Schubert, C. (2021): *Lokalpolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in schrumpfenden ländlichen Gemeinden*. Halle: Universität Halle-Wittenberg.
- Siedentop, S./Stroms, P. (2021): *Stadt und Land: Gleichwertig, polarisiert, vielfältig*. Hamburg: Zeit-Stiftung.
- Sieverts, T. (1997): *Zwischenstadt: zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land*. Basel: Birkhäuser.
- Sixtus, F./Slupina, M./Sütterlin, S./Amberger, J./Klingholz, R. (2019): *Teilhabeatlas Deutschland*. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Spellerberg, A. (2014): *Was unterscheidet städtische und ländliche Lebensstile*. In: Berger, P.A./Keller, K./Klärner, A./Neef, R. (Hg.): *Urbane Ungleichheiten*, Wiesbaden: VS, 199-232.
- Steinführer, A. (2014): *Bürger in der Verantwortung. Veränderte Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge*. In: *Raumforschung und Raumordnung* 73(1), 5-16.

Zweiklassengesellschaften auf dem Land

Rurale Armutsräume im Spannungsfeld von Aufwertungs- und Peripherisierungsprozessen

Tine Haubner, Mike Laufenberg und Laura Boemke

Strukturschwache ländliche Räume erhalten seit einigen Jahren wachsende Aufmerksamkeit aus Wissenschaft, Politik und Medien, die zugleich einen hartnäckigen blinden Fleck aufweist: Das Phänomen ländlicher Armut findet weder in der Landsoziologie noch in der Armutsforschung oder Politik bisher hinreichend Resonanz (vgl. Klärner 2017) und das, obwohl Bewohner*innen ländlicher Gebiete im Durchschnitt sogar häufiger von Armut betroffen sind als städtische Populationen (Maschke u.a. 2021, 60). Ländliche Armut scheint in der deutschsprachigen Forschungslandschaft noch immer ein »Tabu-Thema« zu sein (Franke 2015) und bleibt durch einen mittelschicht-affinen Forschungsfokus auf Phänomene wie »Raumpioniere«, kreative Alternativmilieus (vgl. Faber/Oswalt 2013; Frech u.a. 2017) sowie eine »neue Lust aufs Land« bei urbanen Mittelschichten (Lembke 2020) unterbelichtet. Der Forschungsstand zu ländlicher Armut zeichnet sich neben wenigen auch konzeptuell ausgerichteten Arbeiten zum Thema (Klärner/Knabe 2019; Maschke u.a. 2021) durch einzelne kleinere empirische Regionalstudien aus (vgl. Winkler 2010; Franke 2015). An übergreifenden, theoretisch stärker fundierten und in den internationalen Forschungsstand eingebetteten Analysen fehlt es weitestgehend (Ausnahmen sind hier u.a.: Kaeß 2018 sowie Mießner/Naumann 2019).

Der Beitrag widmet sich dem Phänomen ländlicher Armut im Kontext sozialräumlicher Peripherisierungsprozesse und dem darin eingelassenen Spannungsfeld aus ökonomisch, politisch, sozial und demografisch bedingten Abwertungsprozessen auf der einen, und lokalen Aufwertungsstrategien auf der anderen Seite. Den Rahmen bildet ein Anfang 2020 angelaufenes Forschungsprojekt, in dem wir das teilhabefördernde Potenzial informel-

ler Ökonomien und gemeinschaftsförmiger Reproduktionsstrategien von Armutsbetroffenen in vier ländlichen Armutsräumen der neuen und alten Bundesländer qualitativ untersuchen.¹ Die Grundlage des Beitrags bilden 20 qualitative Expert*inneninterviews in zwei als strukturschwach geltenden Landkreisen in den neuen und alten Bundesländern, die auf eine Rekonstruktion der subjektiven Deutungsweisen zu Armut abzielen und Hinweise auf damit in Verbindung stehende institutionelle Praktiken der lokalen Armutsbewältigung geben (vgl. Bogner u.a. 2005, 43). Der Text ist wie folgt gegliedert: Der nachfolgende Beitrag stellt in drei Abschnitten erste empirische Befunde aus unseren Expert*innen-Befragungen vor. Dabei zeigen wir *erstens* auf, dass aktuell dominante *differenzielle Aufwertungsstrategien* entgegen ihrer eigentlichen Intention nicht nur zu räumlichen Peripherisierungsprozessen beitragen, sondern überdies Prozesse einer sozialen *Binnenperipherisierung*, verschärfte soziale Spaltungslinien und Ungleichheiten in den Untersuchungsregionen verstärken. Diese Prozesse werden *zweitens* von widersprüchlichen institutionellen Logiken und der Wirkungslosigkeit lokaler Sozial- und Arbeitspolitiken in Bezug auf lokale Armutsbewältigung angetrieben. *Drittens* zeugen die subjektiven Deutungsweisen der befragten Expert*innen von widersprüchlichen Armutsbildern, die wenig Hoffnung auf eine armutssensible Kommunalpolitik machen: Armut wird nicht nur tabuisiert und individualisiert, sondern auch unter Rekurs auf *rurale Mythen* von dörflicher Hilfsbereitschaft in ihren Wirkungen relativiert. Der Schlussabschnitt unternimmt ausblickhaft eine theoretische und thesenhaft zugespitzte Kontextualisierung der Befunde im Licht künftiger kritischer Landforschung.

1. Widersprüche der Peripherisierung – periphere Widersprüche?

Ländliche Armutsräume verstehen wir als Räume, die durch eine rurale Struktur (geringe Siedlungsdichte, relative Distanz zu größeren Städten und Mittelstädten), eine im Bundes- und Landesdurchschnitt hohe Arbeitslosig-

1 »Gesellschaft selber machen? Informelle Ökonomien und soziale Teilhabe in ländlichen Armutsräumen« (Laufzeit 2020-2023, gefördert durch das BMBF). Mehr Informationen zum Projekt unter: <https://www.sozioogie.uni-jena.de/arbeitsbereiche/politische-soziologie/forschung>.

keit², geringe Einkommen, erhöhte private und kommunale Verschuldung, eine prekäre Versorgungslage, demographische Schrumpfungsprozesse und defizitäre Infrastruktur gekennzeichnet sind. Neben solchen eher statischen Einordnungen entlang von Raumordnungsindikatoren hat vor allem der Begriff der Peripherisierung aus unserer Sicht den Vorteil, machtsensibel und mit theoretischem Erklärungsanspruch auf die dynamische Interdependenz räumlicher Zentralisierungs- und Peripherisierungsprozesse hinzuweisen. Peripherisierung, als »voranschreitende[r] Funktions- und Machtverlust«, bezeichnet sozialräumliche Machtferne, die durch Prozesse der Zentralisierung und räumlichen Machtkonzentration entsteht und eingeschränkte soziale Teilhabe- und politische Partizipationschancen für die lokale Bevölkerung zur Folge hat (Neu 2010, 247f.). Ländliche Armut verstehen wir in diesem Zusammenhang als ein Resultat von Peripherisierungsprozessen, die durch einseitige lokalpolitische Aufwertungsstrategien verstärkt werden und einen auffälligen Klassencharakter tragen. Ländliche Armutsräume werden demnach auch (lokal-)politisch erzeugt und sind durch sozialstrukturelle Spaltungsprozesse gekennzeichnet, die zur Verfestigung sozialer Ungleichheiten beitragen.

Bei den beiden von uns untersuchten Landkreisen handelt es sich um sehr dünn besiedelte Regionen in einem ost- und einem westdeutschen Bundesland mit großer Distanz zu Großstadtzentren und einem defizitären Personennahverkehr. Durch den globalen Strukturwandel von Produktionsweisen und Wertschöpfungsprozessen waren beide Landkreise seit den 1990er-Jahren von einem ökonomischen Niedergang gezeichnet, der eine Kette von Folgeproblemen in Gang setzte und damit einen »mehrdimensionale[n] Peripherisierungsprozess« (Dükel u.a. 2019, 112) vorantrieb, bei dem sich ökonomische, soziale und demographische Entwicklungen wechselseitig negativ verstärkten: massive Abwanderung von jungen und qualifizierten Arbeitskräften und eine hohe Erwerbslosen- und Armutsquote unter den Zurückbleibenden; unterdurchschnittliche Haushaltseinkommen und eine entsprechend geringe Kaufkraft; wenig Zuwanderung und ein hoher Altersdurchschnitt, der einen entsprechend hohen Bedarf an sozialen Dienstleistungen und Infrastrukturen mit sich bringt; Rück- und

2 So liegt die Arbeitslosigkeit in der westdeutschen Untersuchungsregion 2020 bei rund 8 % und in der ostdeutschen Untersuchungsregion bei knapp 11 % und damit jeweils über dem Bundesdurchschnitt von 5,9 % (die Angaben wurden aus Anonymisierungsgründen leicht aufgerundet).

Abbau öffentlicher Infrastrukturen wie Gemeindehäuser, Schulen, Arztpraxen, Kleinhandel und Gaststätten. Letzteres verschärfte insbesondere in den Dörfern Abkopplungsprozesse und ging mit einem Zerfall des lokalen Gemeinschaftslebens und einer Erosion sozialer Inklusions- und Teilhabeerfahrungen einher. Ein starker Rückgang von Steuereinnahmen durch Deindustrialisierung, Deagrarisierung und Abwanderung trieb kommunale Verschuldungsspiralen weiter an, wodurch der sozial- und arbeitsmarktpolitische Handlungsspielraum weiter schrumpfte und – als ein weiterer Effekt der Peripherisierung – die politische und ökonomische Abhängigkeit der Kommunen von externen Fördermitteln stark anstieg. In beiden Landkreisen artikulieren sich so verschiedene strukturelle Widersprüche der Peripherisierung, die in den folgenden drei Abschnitten auf Grundlage erster Befunde analysiert werden. *Erstens* manifestiert sich in den sozialstrukturellen Effekten kommunaler Förder-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ein Widerspruch zwischen Peripherisierung und neuer Aufwertung der Landkreise (2.1). *Zweitens* weicht der Anspruch einer effektiven Bekämpfung ländlicher Armut einer prekären arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Verwaltung der Armen, die selbst zur Armutsgefährdung und -verfestigung beiträgt (2.2). *Drittens* lassen unsere Interviews auf widersprüchliche Armutsdeutungen lokaler Expert*innen schließen, die die Zahnlosigkeit der lokalen Armutsbewältigung perspektivisch verstärken (2.3).

1.1 Sozialstrukturelle Effekte kommunaler Förder-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Um den negativen Folgen der Peripherisierung entgegenzuwirken, setzen kommunale Akteur*innen in unseren Untersuchungsregionen auf die Versprechen von Tourismusförderung und Internetausbau als effektive Strategien der Aufwertung. Die Kommodifizierung durch Tourismus und die Digitalisierung des ländlichen Raums rücken als zentrale Regionalentwicklungsstrategien zunehmend an die Stelle einer perspektivisch wenig erfolgsverheißenden Landwirtschafts- und Industrieförderpolitik (zur Kommodifizierung des Ländlichen vgl. Perkins 2006). Die von punktueller Wirtschaftsförderung und der Vergabe von Bundes- und EU-Fördergeldern flankierte Kommodifizierung der Regionen begünstigt in beiden Landkreisen Geschäftsmodelle, die mit dem jeweiligen Regionalbranding der Landkreise konform gehen. Dieses setzt auf handwerkliche Produkte mit Lokalkolorit und auf die Vermarktung der Regionen als idyllisch-naturbe-

lassene Naherholungsräume für stadtmüde Tourist*innen und Zugezogene aus den urbanen Zentren. Eine Kommunalpolitikerin aus dem ostdeutschen Landkreis kommentiert ironisch den lokalen LEADER-Prozess³, der im Wesentlichen die Förderung von Seifenmanufakturen und Ferienwohnungen betreibe. Sie kritisiert, dass die lokalen Dorfgemeinschaften wenig von den Förderprogrammen profitieren, die besonders private Ferienwohnungsanbieter*innen mit öffentlichen EU-Geldern subventionieren: »Das hat einfach nichts mit niemandem hier zu tun«. Mehr noch, das florierende Geschäft mit den Ferien- und Wochenendwohnungen treibe die lokalen Miet- und Immobilienpreisspiegel in die Höhe und führe dazu, dass außerhalb der Saison Dörfer halb leer stünden.

Viele der von uns befragten Expert*innen argumentieren, dass die Stärkung der Tourismusinfrastruktur sowie das Anwerben von großstädtischen bürgerlichen Milieus Arbeitsplätze schaffen würden. Die lokalen Digitalisierungsstrategien zielten vorrangig darauf ab, den ländlichen Raum für diese Milieus attraktiver zu machen. Den dabei erwarteten Mitnahmeeffekten steht jedoch entgegen, dass der Zuzug und die Kommodifizierung des Ländlichen vor allem prekäre Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich mit sich bringen. Mit Blick auf »schlecht bezahlte Handwerker-Jobs auf ihren Höfen«, auf »prekäre Minijobs« für »Putzfrauen für die Ferienwohnung« und auf alleingesessene Hilfsarbeiter*innen, die einer »geldstarken Klientel« gegen Vergütung »den Schnee fegen«, spricht die schon erwähnte Kommunalpolitikerin gar von einer entstehenden Form »von neu-moderner Gutsherrenschaft«. Auch im westdeutschen Landkreis berichten mehrere Expert*innen von einer zunehmenden Polarisierung der Sozialstruktur. So spricht eine Jobcenter-Fallmanagerin von einer »Zwei-Klassen-Gesellschaft«, in der »eine gute Mittelschicht am Start [ist] und dann kommt ganz lange nichts und dann kommt Hartz IV.«

Tatsächlich weisen beide Landkreise einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Langzeiterwerbslosen auf⁴, wobei der undynamische Arbeitsmarkt

3 LEADER ist ein Förderprogramm der Europäischen Union für den ländlichen Raum. In der Förderperiode zwischen 2014 und 2020, die bis Ende 2022 verlängert worden ist, werden in Deutschland derzeit 321 Regionen aus kommunalen Mitteln und Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds gefördert. Mehr Informationen zum Programm unter: <https://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/dorf-region/leader/leader-kurz-erklart/>.

4 Obwohl die Arbeitslosigkeit in beiden Regionen seit 2008 mit dem bundesweiten Trend zurückgegangen ist, ist sie in der ostdeutschen Region noch immer doppelt so

hier in näherer Zukunft keine Trendwende erwarten lässt. Mittelständische Unternehmen existieren nur wenige, während kleine Betriebe mit wenigen Angestellten überwiegen. Die wichtigsten Arbeitgeber befinden sich im Bereich der öffentlichen und sozialen Dienstleistungen, das heißt in der Verwaltung, dem (starken Privatisierungsdruck ausgesetzten) Gesundheitssektor sowie im Wohlfahrts- und Erziehungssektor. Während es für diese Bereiche an Fachkräften mangelt, fehlt es, mit Ausnahme »prekärer Minijobs« in Privathaushalten, für geringqualifizierte oder nur eingeschränkt arbeitsfähige Personen weitgehend an Beschäftigungsmöglichkeiten. Wo die Landwirtschaft einst auch für Nicht-Fach- und Hilfsarbeiter*innen Erwerbsmöglichkeiten bot, konnte deren Abbau im Zuge der Technologisierung des Agrarsektors bisher nicht kompensiert werden. Eine leitende Kreisverwaltungsangestellte aus der westdeutschen Untersuchungsregion beklagt diesbezüglich, dass in ihrem Landkreis aufgrund von Sparauflagen ein zweiter Arbeitsmarkt de facto inexistent und das Budget für die freiwilligen Ausgaben zu gering sei, um eine angemessene – auch Armut vorbeugende – Förderung von besonders unterstützungs- und betreuungsintensiven Personen zu leisten.

Hier zeigt sich ein zentraler struktureller Widerspruch in der gegenwärtigen, durch die makropolitisch forcierte Implementierung von Wettbewerbs- und Austeritätsmechanismen charakterisierten Governance des ländlichen Raums: Der Staat forciert eine »Responsibilisierung der Kommunen« (Dudek 2021, 423), die den ländlichen Strukturwandel weitgehend eigenständig bewerkstelligen sollen, hierfür aufgrund der Folgen von Peripherisierung aber nicht die Mittel zur Verfügung haben. Statt flächendeckender Maßnahmen setzt man auch in der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Ausgestaltung ländlicher Entwicklung auf kleinteilige, projektaufzeitgebundene Förderinstrumente, die den strukturellen Problemen wenig entgegensetzen. Unsere Befunde zeigen darüber hinaus, dass hierdurch sogar Dynamiken der *Binnen-differenzierung* innerhalb der Landkreise vorangetrieben werden. Demnach profitieren nur ein kleiner Teil der Bevölkerung und nur wenige Orte in den Landkreisen von den Aufwertungsstrategien; das Spannungsfeld von Peripherisierungs- und neuen Aufwertungsprozessen stabilisiert sich somit in Form *differentieller Aufwertung*. In den Landkreisen manifestieren sich

hoch wie der Bundesdurchschnitt. In der westdeutschen Untersuchungsregion sind rund 40 % und in der ostdeutschen Region rund 60 % der Arbeitslosen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Damit liegen beide Regionen mit etwa 10 % über dem jeweiligen Landesdurchschnitt bei der Langzeitarbeitslosenquote.

ungleiche Entwicklungen dabei nicht nur zwischen peripheren Dorfregionen und mittelstädtischen Zentren, sondern zunehmend auch innerhalb von Gemeinden und zwischen Dörfern, insofern sich einige wenige Dörfer zu neuen infrastrukturellen und sozio-kulturellen Subzentren entwickeln und andere nicht. Diese *Binnenzentralisierungsdynamiken* gehen nach unseren ersten Befunden wesentlich auf die Selbstinitiative neu zugezogener urbaner Mittelschichtsmilieus zurück, die sich in bestimmten Orten der Region konzentrieren. Während diese Orte überregional als attraktive Leuchttürme ländlicher Entwicklung gelten, geraten andere Dörfer mit hoher Armutskonzentration weiter ins Hintertreffen: »Da ist nichts mehr«, weiß uns die Leiterin eines Mehrgenerationenhauses im westdeutschen Landkreis über ein räumlich und infrastrukturell abgekoppeltes Dorf zu berichten, das von vielen der von uns befragten Expert*innen einhellig als »das Ende der Welt« bezeichnet wird.

1.2 Die prekäre Verwaltung ländlicher Armut

In beiden Untersuchungsregionen hat der sozio-ökonomische Strukturwandel der letzten vier Jahrzehnte zur Herausbildung verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit und damit verbundenen Armutslagen geführt. Allerdings erweisen sich die Instrumente der lokalen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nicht nur als zahnlos, wenn es um die Gewährung sozialer Teilhaberechte für die lokale Armutsbevölkerung geht. Sie tragen überdies zur Verfestigung von Armut bei, was wir als weiteren Widerspruch der Peripherisierung fassen. Wenn die Aufnahmekapazitäten des lokalen Arbeitsmarktes schrumpfen, Mobilität und Weiterbildungsangebote durch defizitäre Infrastrukturen eingeschränkt sind und die kommunale Arbeitsmarktförderung aufgrund knapper Haushaltsbudgets den Bedarfen hinterherhinkt, weist Arbeitslosigkeit den Charakter einer Einbahnstraße auf. Über Jahrzehnte verfestigte Perspektivlosigkeit schlägt sich, wie die Vorsitzende eines Arbeitslosenverbandes im ostdeutschen Landkreis konstatiert, in gesteigerten arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen nieder. Der Tatsache, dass 72 % der lokalen Arbeitslosen als »arbeitsmarktfern« einzustufen wären, stehe eine »kleinteilige Arbeitsmarktpolitik« hilflos gegenüber.

Die Langzeitarbeitslosigkeit weist nicht nur auf die begrenzten Integrationskapazitäten lokaler Arbeitsmärkte hin. Sie gerät zudem mit den Paradigmen aktivierender Arbeitsmarktpolitik, die auf Eigenverantwortung der Subjekte und eine möglichst zügige (Wieder-)Herstellung arbeitsmarktbe-

zogener ›Employability‹ abzielen, in ein strukturelles Spannungsverhältnis. Flexible und kurzzyklische Aktivierungspolitiken treffen hier auf langjährig verfestigte Armutshabitus, die in der Regel nicht den geförderten und geforderten Zielprofilen proaktiver, nutzenmaximierender »Arbeitskraftunternehmer« (Voß/Pongratz 1998) entsprechen, sondern langfristige Betreuung benötigen. Obgleich die Arbeitsmarktpolitik mit dem 2019 in Kraft getretenen Teilhabechancengesetz und der beiden Instrumente von Eingliederungs- (Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz 2003, §16d SGB II) und Teilhabemaßnahmen (ebd.) verstärkt auf die längerfristige Integration einer »arbeitsmarktfernen« Klientel (in Form staatlich subventionierter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt) abzielt, werden beide Instrumente aus Kostengründen in sinkendem Umfang in den Regionen eingesetzt.⁵ Stattdessen bieten sogenannte »Ein-Euro-Jobs« (nach ebd.) mit ihrer begrenzten Dauer von maximal zweieinhalb Jahren eine kostengünstigere Zwischenlösung. Um den Betroffenen aber auch danach, unabhängig von den Jobcentern, eine Form der sozialen Stabilisierung und arbeitsbezogenen Integration anzubieten, hat sich ein lokaler Wohlfahrtsverband in der westdeutschen Region in Zusammenarbeit mit dem Landkreis entschlossen, über kommunal finanzierte »Wiedereingliederungshilfen« zu mindest halbjährige, mehrmals verlängerbare Weiterbeschäftigungen zu ermöglichen. Mit diesem Flickenteppich versucht die kommunale Politik, unter den Bedingungen knapper Haushaltsbudgets, das institutionelle Versagen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik notdürftig zu kompensieren.

Kürzungen bei arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen und kommunale Sparpolitiken geben sich so ein Stelldichein. Die Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Eingliederungsmaßnahmen sind in den letzten Jahren gesunken⁶ und für Personalmittel in der Sozialen Arbeit gibt es wenig Spielraum. Die Sparpolitik trifft dabei insbesondere Fördermaßnahmen für Lang-

5 Bei beiden Regelinstrumenten werden Lohnkostenzuschüsse und Kosten für Weiterbildungen in temporär unterschiedlich gestaffelten Anteilen von den Jobcentern bzw. Kommunen und lokalen Arbeitgeber*innen (private und kommunale Unternehmen sowie Träger) übernommen. Statistischen Angaben der Bundesagentur für Arbeit zufolge, sanken im ostdeutschen Landkreis die Teilnehmer*innenzahlen bei den Eingliederungsmaßnahmen von 86 (2019) auf 43 (2020). Im westdeutschen Landkreis wurden 2019 demgegenüber nur 15 und 2020 sogar lediglich fünf Teilnehmer*innen in Eingliederungsmaßnahmen nach §16i SGB II registriert.

6 So sind laut Angaben des lokalen Jobcenters in der ostdeutschen Untersuchungsregion die Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen für Arbeitslose (sog. Ein-

zeitarbeitslose, die aufgrund des hohen sozialen Betreuungsbedarfes kosten- und personalintensiver als andere Maßnahmen sind. Daneben tritt eine verwaltungspolitisch bedingte Prekarität der Finanzierung im Sozialsektor in Gestalt wettbewerbsförmiger Steuerung, der Umstellung auf Budgetierung und aufwendiger Akquise projektbezogener Fördermittel. Der Geschäftsführer einer Tafel im ostdeutschen Landkreis bringt das Spannungsverhältnis aus kommunaler Armutsverwaltung und ökonomisierter Steuerung drastisch auf den Punkt:

»Wir müssen uns zum Beispiel, auch wieder bürokratisch, zertifizieren lassen, weil, das Jobcenter gibt keine MAE-Kräfte [Ein-Euro-Jobs] mehr frei, wenn man nicht ein Qualitätsmanagement hat. Dann soll man sich immer Jahr für Jahr neue Ziele setzen. Und ich sage mir, ja, was denn für Ziele? Es geht hier ums Überleben. Es geht darum, dass die Arbeit weitergeht.«

Als Folge der zahnlosen wie überforderten Armutsbekämpfung beobachten wir, dass Arme sich selbst auf niedrigen, staatlich subventionierten Reproduktionsniveaus überantwortet werden. Dabei lässt sich auf der einen Seite eine institutionelle Substitutionslogik in Form eines »bürokratisch-sozialpolitische[n] Verschiebebahnhof[s]« (Funk u.a. 1984, 235) beobachten, wenn in Ermangelung regulärer und geringbezahlter Arbeitsplätze arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen an die Stelle des ersten Arbeitsmarktes und Formen monetarisierten freiwilligen Engagements schließlich an die Stelle mangelhafter arbeitsmarktpolitischer Förderung treten. In der ostdeutschen Untersuchungsregion stellt bürgerschaftliches Engagement gegen eine kleine Aufwandsentschädigung in der kommunalen Grünanlagenpflege ein gebräuchliches Substitut für Arbeit des ersten und zweiten Arbeitsmarktes dar, dessen Zuverdienste nicht auf den Bezug sozialstaatlicher Transferleistungen angerechnet werden. Viele entscheiden sich für das Engagement, da die Aufwandsentschädigung in Kombination mit dem Arbeitslosengeld II (ALG II) ein höheres Einkommen generiert, als einer nur geringfügig über dem ALG-II-Satz liegenden Arbeit im Niedriglohnsektor nachzugehen. In einer ländlich-peripheren »Arbeitsgesellschaft ohne Arbeit« (Land/Willisch 2006, 76) treten Dritter Sektor und Freiwilligenarbeit so mitunter an die Stelle arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Die soziale Integration findet so zunehmend im Rahmen einer lokalen »Mitleidsökonomie« (Kessl u.a. 2021) statt,

gliederungsbudgets) um 5 Mio., von rund 19 Mio. Euro (2011) auf 14 Mio. Euro (2019/20) gekürzt worden.

wenn Armutsbetroffene auf Basis eines kommunal geförderten freiwilligen Engagements in Tafeln, Kleiderkammern oder bei der Verrichtung freiwilliger kommunaler Aufgaben eingesetzt werden.

1.3 Ländliche Armut als Tabu und rurale Mythenbildungen

Der Perspektivlosigkeit der »Überflüssigen« (Bude/Willisch 2008) stehen widersprüchliche Armutsdeutungen lokaler Expert*innen gegenüber, die wenig Hoffnung auf eine erfolgreiche Armutsbewältigung geben. Ländliche Armut gleicht in den meisten der bisher von uns geführten Expert*inneninterviews einem *elephant in the room*, dessen Existenz im Kontext defizitärer Infrastrukturen, hoher Anteile an Grundsicherungsempfänger*innen und wenig gut bezahlten Arbeitsplätzen zwar omnipräsent ist, aber häufig relativiert oder gar gelehnet wird. Ein Mitglied des Gemeinderates in der westdeutschen Untersuchungsregion ist empört darüber, dass Lokalpolitik und Verwaltung dem Thema steigender Altersarmut seit Jahren aus dem Weg gehen. Sie »wollen ihre heile Welt erhalten«, erklärt er uns, und »[h]eile Welt bedeutet, nein, ich will nichts von Altersarmut hören.« Die lokale Abwehr lässt sich dabei auch im Zusammenhang mit den beschriebenen Aufwertungsstrategien deuten, gilt doch die Zuschreibung »Armuterraum« als wenig imageförderlich für die Ankurbelung des lokalen Tourismus.

Dass Armut seit der Nachkriegsära an Standards sozialer Teilhaberechte und nicht mehr am physischen Existenzminimum bemessen wird, stellt eine Folge oder Errungenschaft wohlfahrtsstaatlicher Expansion dar (Kronauer 2010: 80ff.). Das Armutsbild von vielen der von uns befragten Expert*innen weicht davon jedoch stark ab: Armut wird beinahe anachronistisch an physisches Überleben rückgebunden und mit Unterernährung oder Obdachlosigkeit in Verbindung gebracht. Dieses Armutsverständnis wird zudem paradoxerweise mit wohlfahrtsstaatlichen Standards abgeglichen und existierende Armut infolge faktisch negiert. Im Rahmen der Sozialgesetzgebung, so äußert sich beispielsweise der Leiter einer regionalen Agentur für Arbeitsförderung im ostdeutschen Landkreis, »muss in der Bundesrepublik keiner verhungern. Da ist gesorgt für.« Die Relativierung und Negierung von Armut verdankt sich so einer subjektiven Entkopplung von Armutsverständnis und Wohlfahrtsentwicklung. Dass eine hohe Armutskonzentration in ländlich-peripheren Räumen in Spannung zu den normativen, sozialen und kulturellen Teilhabestandards moderner Wohlfahrtsstaaten steht, gerät durch diese relativierende Leugnung konkreter Armutslagen aus dem Blick.

Neben der Relativierung von Armut gleichen die sozialen Lagen Armutsbetroffener in den Expert*inneninterviews einer »black box«, über die wenig bekannt ist, aber dennoch geurteilt wird. Die Vorsitzende eines lokalen Arbeitsförderungsvereins in der ostdeutschen Untersuchungsregion ist der Ansicht:

»Ich sage ja nicht, dass es gar keine Armen gibt oder so, ne? Aber man merkt das eigentlich nicht so. Das ist nicht so das Thema, sage ich mal. Also dass man hier drüber spricht.«

Zugleich ist sie überzeugt, dass alle, die Arbeit suchen, auch Arbeit finden, und dass Arbeitslose gegenüber Arbeitenden in Bezug auf leistungslose Transferbezüge ungerechtfertigt bevorteilt würden. Das Spannungsverhältnis aus der Relativierung von Armut und normativer Abwertung Armutsbetroffener zeigt sich vor allem in einer Passage, in der sie Unkenntnis über die statistischen Armutsquoten des Landkreises äußert und ein Urteil über Arbeitslose fällt:

»Ah, also dass das so eine hohe Quote [Armutsquote] ist, weiß ich nicht, merkt man nicht. Auch Arbeitslose, wenn die überall ihre Gelder abschöpfen. Ich finde, die haben mehr Geld als manch anderer, der verdient. Kriegen ja auch Unterstützung, auch Schule, Klassenfahrten und solche Sachen. Und wenn die nicht arbeiten gehen wollen, dann haben sie noch immer ausreichend auch.«

Durch Arbeitslosigkeit erzeugte Armut erscheint hier sowohl als marginales Phänomen wie als individuelles, gar selbstgewähltes Schicksal. Strukturelle Armutsursachen werden hingegen ausgeblendet. Andere Expert*innen hingegen erkennen strukturelle Ursachen für Armut zwar an. Das Verbleiben in Armut deuten aber auch sie in der Regel letztlich als individuelles Versagen, bei dem Armutsbetroffene durch ein Sich-Arrangieren mit der Armut und vermeintlicher Bequemlichkeit an der Verfestigung ihrer Lage mitwirkten.

Schließlich wird in vielen Interviews die Brisanz des Themas durch Vorstellungen von einer unterstellten Resilienz ländlicher Lebensweisen abgemildert. Viele der befragten Expert*innen sind, trotz eingeschränkter Kenntnis der lokalen Armutslagen, der Überzeugung, dass ländliche Armut durch den sozialen Zusammenhalt und Gemeinschaftssinn auf den Dörfern weniger dramatisch sei. Diese Deutungen stehen in Kontrast zu den Befunden Andreas Klärners (2017), der dafür argumentiert, ländliche Armut demgegenüber als verschärfte und besonders stigmatisierende Form der Armut anzuerken-

nen, weil die erhöhte soziale Kontrolle in dörflichen Lebenskontexten soziale Ausgrenzung durch Armut befördere. Und tatsächlich sprechen einige der von uns befragten Expert*innen die verbreitete *Schamangst* ländlicher Armutsbetroffener an, persönliche oder institutionelle Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Dass diese Scham zur für ländliche Räume typischen »verdeckten Armut« (vgl. ebd.) wesentlich beiträgt und dass diese zugleich Ursache eines mangelnden Problembewusstseins seitens der lokalen Politik und Verwaltung sein könnte, wird von den befragten Expert*innen nicht reflektiert.

2. Ländliche Armut im Kontext kapitalistischer Akkumulationsdynamiken

Unsere Befunde weisen darauf hin, dass Armutsräume als »gesellschaftliche Produkte« (vgl. Vogelpohl u.a. 2018, 7) und als Resultate politischer Regulierungsweisen zu betrachten sind – und damit auch politisch erzeugt werden. Die kommunalen Verwaltungen und lokalpolitischen Akteur*innen bilden das institutionelle Gefüge einer »rural governance« (Little 2001), die die Rahmenbedingungen für kapitalistische Akkumulationsweisen schaffen und zugleich deren soziale Folgen, im Rahmen strukturell beschränkter Handlungsfreiheiten, regulieren, moderieren und einhegen (vgl. Goodwin 2006). Ihre differenziellen Aufwertungsstrategien befördern im Zusammenspiel mit ländlicher Gentrifizierung und Counter-Urbanisierung, sozialstaatlichem Strukturwandel und Austeritätspolitik (etwa im Bereich arbeitsmarktpolitischer Fördermaßnahmen), infrastrukturellen Versorgungsgaps und einer defizitären Armutsprävention einen Prozess der Binnenperipherisierung, der unseren Untersuchungsregionen zunehmend den Charakter von Zweiklassengesellschaften verleiht. Zugleich wirkt das Deutungswissen der befragten Expert*innen an den »formalen Repräsentationen« ländlicher Armutsräume mit (vgl. Maschke u.a. 2021, 40), bei denen die Tabuisierung, Relativierung und Individualisierung lokaler Armut mit normativen Zuschreibungen dörflichen Zusammenhalts zu einer sozialpolitischen Vernachlässigung armutspräventiver Handlungsstrategien beitragen. Die lokale Sozial- und Arbeitsmarktpolitik erweist sich zudem angesichts der verheerenden sozialen Folgen von defizitären Infrastrukturen, Arbeitsplatzabbau und -mangel als zahnlos, wenn ihre neoliberalen Regulierungsinstrumente angesichts intergenerationell verfestigter Armutslagen an institutionelle und subjektive Grenzen stoßen.

Zum Abschluss möchten wir theoretische Annahmen formulieren, die es im Rahmen künftiger kritischer Landforschung aus unserer Sicht weiter zu verfolgen gilt. In der skizzierten Regierung und Verwaltung eines im ökonomischen, politischen und sozialen Strukturwandel entstandenen, armutsbetroffenen ländlichen »Subproletariats«, zeigen sich unseres Erachtens Charakteristika eines neuen Regimes der »rural governance« in peripherisierten Regionen. Die hier dargestellten Probleme der Binnenperipherisierung sind strukturell – hier folgen wir einer zentralen Prämisse der marxistischen Geographie – durch ungleiche räumliche Entwicklungen verursacht, die als notwendige Bedingung und als Effekt kapitalistischer Ökonomien zu betrachten sind (vgl. Harvey 2006). Ländliche Armutsräume sind dabei auf verschiedene Weise in die kapitalistische Akkumulationsdynamik eingebunden: Die von uns untersuchten Regionen sind nicht nur als »Reservate der Abgehängten« (Matzig 2018), in denen ländliche Arme und »Überflüssige« von einer sowohl hilflosen als auch teilweise ignoranten Lokalverwaltung und -politik im Stich gelassen werden. Sie stellen auch ein Reservoir »marginal subsummierter« Arbeitskräfte dar (Bennholdt-Thomsen 1981, 43), die aufgrund unzureichender sozialstaatlicher Absicherung einen Teil ihrer Reproduktionsbedürfnisse informell (über Subsistenzstrategien, mitleidsökonomische Angebote oder solidarische Unterstützungsstrukturen) befriedigen müssen. Damit sind sie zugleich kostengünstige Arbeitskräfte für den lokalen Niedriglohnsektor, in dem Unternehmen (wie Befragte uns berichteten) nicht selten die soziale Verwundbarkeit der ländlichen Armutsbevölkerung ausnutzen und Mindestlohnregelungen unterlaufen.

Die Bedeutung informeller Reproduktionsstrategien für die Kapitalakkumulation in ländlichen Räumen weist schließlich auf die Notwendigkeit hin, Ansätze kritischer Landforschung stärker als bisher mit marxistisch-feministischen Theorien sozialer Reproduktion (SRT) zu verbinden (vgl. Bhattacharya 2017). Eine Prämisse von SRT-Perspektiven ist, dass kapitalistische Akkumulationsregime und soziale Reproduktionsweisen als wechselseitig konstitutiv und abhängig voneinander zu theoretisieren sind. So bedarf die Entstehung und Durchsetzung neuer Produktions- und Akkumulationsweisen in peripherisierten ländlichen Räumen einer kontinuierlichen gesellschaftlichen Arbeit, die die soziale Reproduktion des Ländlichen (d.h. der Menschen, der sozialen Beziehungen, der Natur etc.) gewährleisten. Umgekehrt formen bestimmte Produktions- und Akkumulationsweisen die jeweiligen sozialen Reproduktionsverhältnisse immer mit: Der Strukturwandel der Wirtschaft führte in den von uns untersuchten Regionen (insbesondere im Osten) zu einer Ero-

sion sozialer Gemeinschaften, die für die alltägliche soziale Reproduktion in peripherisierten ländlichen Räumen eine zentrale Bedeutung haben. Theorien sozialer Reproduktion adressieren ein Spektrum verschiedener Arbeitstätigkeiten (darunter Subsistenzarbeit, unbezahlte Haus- und Sorgearbeit) und können so Aufschluss über die Reproduktionsstrategien ländlicher Armutsbetroffener im Zusammenhang mit kapitalistischen Produktionsweisen geben. Zugleich werden sie von zwei Befunden herausgefordert: *Erstens* gibt es in unseren Untersuchungsregionen einen stabilen Kern Armutsbetroffener, deren Arbeitskraft für den primären Verwertungsprozess als entbehrlich gilt. Folglich zielen arbeitsmarkt- und sozialpolitische Instrumente nicht mehr auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt ab. Damit wird zugleich ein Leitmotiv der fordistischen Arbeitsgesellschaft, aber auch vieler marxistischer Ansätze aufgegeben, nämlich der Lohn als die zentrale Grundlage der Reproduktion (und die der anderen Haushaltsmitglieder). *Zweitens* werden die Betroffenen nicht nur sich selbst überlassen, sondern in den Dritten Sektor und »sekundäre Warenkreisläufe« einer lokalen »Mitleidsökonomie« eingespeist. Es handelt sich hierbei um staatlich subventionierte soziale Reproduktion auf niedrigem Niveau, bei der Arme ohne Aussicht auf »primäre Integration« in den Arbeitsmarkt, auf der Basis freiwilliger Arbeit, Bedarfe anderer Armutsbetroffener befriedigen und zugleich kostengünstig Lücken in der kommunalen Daseinsvorsorge (etwa Infrastruktur und Grünanlagenpflege) schließen. Diese Form einer »indirekten Ausbeutung« im Kontext staatlicher Sparpolitiken (Haubner 2020) fordern Theorien Sozialer Reproduktion insofern heraus, als sie Ausbeutung von direkter Profiterzeugung entkoppeln und soziale Reproduktion in Kontexten (wie dem Dritten Sektor und bürgerschaftlichen Engagement) ins Zentrum stellen, die innerhalb marxistischer Ansätze bislang vernachlässigt werden. Indem kritische Landforschung aufzeigt, dass gegenwärtige Entwicklungspfade ländlicher Räume die prekären Lebens- und Reproduktionsbedingungen marginalisierter Gruppen nicht nur nicht verbessern, sondern weiter zu verschärfen drohen, offenbart sie die ungeschönte Kehrseite der »neue[n] Lust aufs Land« (Lembke 2020).

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Bennholdt-Thomsen, V. (1981): Subsistenzproduktion und erweiterte Reproduktion. Ein Beitrag zur Produktionsweisendiskussion. In: Backhaus, H. G./Brandt, G./Dill, G. (Hg.): Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 14. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 30-51.
- Bhattacharya, T. (Hg.) (2017): Social Reproduction Theory. London: Pluto Press.
- Bogner, A./Littig, B./Menz, W. (Hg.) (2005): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage. Wiesbaden: VS.
- Bude, H./Willisch, A. (2008): Exklusion. Die Debatte über die »Überflüssigen«. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz (2003): Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003, BGBl. I S. 2954) § 16d Arbeitsgelegenheiten. https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_2/_16d.html (letzter Zugriff am 5.11.2021).
- Dudek, S. (2021): Die schleichende Krise strukturschwacher Kommunen: Zur Situation der Grundversorgung in ländlichen Räumen. In: PROKLA 204, 417-433.
- Dünkel, F./Ewert, S./Geng, B./Harrendorf, S. (2019): Peripherisierung ländlicher Räume. In: Klimke, D./Oelkers, N./Schweer, M. (Hg.): Sicherheitsmentalitäten im ländlichen Raum. Wiesbaden: VS, 107-140.
- Faber, K./Oswalt, P. (Hg.) (2013): Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Leipzig: Spector Books.
- Franke, S. (Hg.) (2015): Armut im ländlichen Raum? Analysen und Initiativen zu einem Tabu-Thema. München: Hans-Seidel-Stiftung.
- Frech, S./Scurrall, B./Willisch, A. (Hg.) (2017): Neuland Gewinnen. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Funk, A./Haupt, H. G./Narr, W. D./Werkentin, F. (1984): Verrechtlichung und Verdrängung. Die Bürokratie und ihre Klientel. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Goodwin, M. (2006): Regulating Rurality? Rural Studies and the Regulation Approach. In: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hg.): Handbook of Rural Studies. London: Sage, 304-316.
- Harvey, D. (2006): Spaces of Global Capitalism. A Theory of Uneven Geographical Development. London: Verso.

- Haubner, T. (2020): The Exploitation of Caring Communities: The Elder Care Crisis in Germany. In: *Global Labour Journal* 11(2), 89-102.
- Kaeß, D. (2018): Globale Konstellationen. Das Phänomen land grabbing als räumliche (Re-)Dimensionierung gesellschaftlicher Natururverhältnisse. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kessl, F./Oechler, M./Schoneville, H. (2021): Mitleidsökonomie und soziale Ausschließung. In: Anhorn, R./Stehr, J. (Hg.): *Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit*. Wiesbaden: VS, 739-754.
- Klärner, A. (2017): Armut auf dem Lande: ein Thema für Forschung und Politik auch in Deutschland? In: *SozBlog*, <http://blog.sociologie.de/author/aklaerner/> (letzter Zugriff am 20.7.2021).
- Klärner, A./Knabe, A. (2019): Social Networks and Coping with Poverty in Rural Areas. In: *Sociologia Ruralis* 59(3), 447-473.
- Kronauer, M. (2010). *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage*. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Land, R./Willisch, A. (2006): Die Probleme mit der Integration. Das Konzept des ›sekundären Integrationsmodus‹. In: Bude, H./Willisch, A. (Hg.): *Das Problem der Exklusion*. Hamburg: Hamburger Edition, 70-93.
- Lembke, J. (2020): Raus aufs Land!. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wohnen/immobilienmarkt-in-der-corona-krise-die-neue-lust-aufs-land-16813842.html> (letzter Zugriff am 16.7.2021).
- Little, J. (2001): New Rural Governance?. In: *Progress in Human Geography* 25(1), 97-102.
- Maschke, L./Mießner, M./Naumann, M. (2021): *Kritische Landforschung. Konzeptuelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven*. Bielefeld: transcript.
- Matzig, G. (2018): Samstagsessay: Raus aufs Land. In: *Süddeutsche Zeitung*, 3./4.11.2018.
- Mießner, M./Naumann, M. (Hg.) (2019): *Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformation und lokale Herausforderungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Neu, C. (2010): Land- und Agrarsoziologie. In: Kneer, G./Schroer, M. (Hg.): *Handbuch spezielle Soziologien*. Wiesbaden: VS, 243-261.
- Perkins, H. C. (2006): Commodification: Re-Resourcing Rural Areas. In: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hg.): *The Handbook of Rural Studies*. London: Sage, 243-257.

- Vogelpohl, A./Michel, B./Lebuhn, H./Hoerning, J./Belina, B. (2018): Raumproduktionen II. Theoretische Kontroversen und politische Auseinandersetzungen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Voß, G. G./Pongratz, H. J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In: *KölnerZeitschriftfürSoziologieund Sozialpsychologie* 50(1), 131-158.
- Winkler, M. (2010): *Nähe, die beschämt. Armut auf dem Land*. Münster: LIT.

Geschlecht und Sicherheit auf dem Land

Daniela Klimke

Der ländliche Raum ist durch eine unterschiedlich starke kulturelle Annäherung an den städtischen geprägt, wodurch nicht nur Ländlichkeiten selbst zu differenzieren sind, sondern darüber hinaus auch die Grenzen zwischen Stadt und Land weniger als harter Kontrast denn als fließender Übergang bestehen. Stadt und Land bilden eine »hybride Relation« (Cloke 2003, 2). Gleichwohl scheinen zwei Faktoren entscheidend für die Herausbildung einer ländlichen Kultur. Der eine liegt auf einer materiellen Ebene des Raums selbst, aus dem die Menge persönlicher Kontakte zwischen den Landbewohner*innen resultiert. Aus der engen Verbindung zwischen den Menschen entstehe ein »Sinn gemeinschaftlicher Identität und Zugehörigkeit zu einer Gruppe« (Weisheit/Wells 1996, 383). Hieraus folgten eine verstärkte Wachsamkeit gegenüber Kriminalität und ein Misstrauen gegenüber Fremden. Im »doing rurality« erhält das Land als materieller Raum einen sozialen Überbau, der sich im Sinne einer relationalen Raumdefinition zur Stadt abgrenzt (Löw 2001, 15; 263). Hier wird das Landleben noch immer als ruhig, naturverbunden und mit intensiven Sozialkontakten sowie gemeinsam geteilten Werten und Normen und als traditionale Gemeinschaft verstanden. Trotz tatsächlicher Verwischung der starken Kontraste zwischen Stadt und Land, besteht weiterhin eine »gedachte Opposition zwischen der *sozialen* Signifikanz des Städtischen und des Ruralen [...], die sowohl Ideen und Bedeutungen über das Ländliche als auch die Einstellungen und Praktiken bestimmen«¹ (Cloke 2006, 382; Herv.i.O.).

Die Natur erscheint als »Puffer gegen die Furcht, als Schutz ländlicher Räume und Gemeinschaften und als Gegenmacht zu den teuflischen Einflüssen des Fortschritts, der Modernität und des Urbanen« (Little 2008, 90). Die Stadt wird im Wesentlichen als Auflösung dieser Eigentlichkeit dagegen

1 Für den leichteren Lesefluss habe ich alle fremdsprachigen Zitate übersetzt.

gehalten und in Begriffen von Unordnung, Kriminalität, Auflösung sozialer Bande, Entfremdung der Menschen voneinander und von der Naturerfahrung verstanden, kurz: In den negativ besetzten Erscheinungen sozialer *Diversität*, *Distanz* und *Devianz* der Bewohner*innen.

Sowohl die materiellen Raumbedingungen auf dem Land als auch die kulturellen Ruralitätsvorstellungen wirken auf das *doing gender* (West/Zimmerman 1987). Weiblichkeit scheint noch deutlich stärker als im städtischen Raum durch traditionelle Orientierungen an Vulnerabilität und Wehrlosigkeit geprägt. Die häufig zurückzulegenden weiten Distanzen in der ländlichen Einsamkeit verstärken das Gefühl der Schutzlosigkeit. Dagegen gerät »ländliche Männlichkeit zum Wesen der Männlichkeit, der rohen Kraft und Körperlichkeit« (Carrington/Scott 2008, 661).

Vorgestellt werden hier die Ergebnisse des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung von 2011 bis 2014 geförderten Forschungsprojekts »Sicherheitsmentalitäten im ländlichen Raum«, das ich zusammen mit Nina Oelkers und Martin Schweer der Universität Vechta durchgeführt habe. Das Konzept der Sicherheitsmentalitäten (siehe Klimke 2008; Klimke u.a. 2019) scheint geeignet, um eine Perspektive der Akteure auf ihre rurale Lebenswelt zu untersuchen. Die Furcht vor kriminellen Adressierungen korrespondiert mit weiteren Unsicherheiten und ist damit nur Teil umfassender sicherheitsbezogener Einstellungen und Verhaltensweisen. Das hierfür entwickelte alternative Konzept der Sicherheitsmentalitäten umfasst daher Dispositionen der Vorstellungen und Wahrnehmungen von Risiken sowie Praktiken, mit ihnen umzugehen. Die Bearbeitung von Kriminalitätsrisiken erfolgt als Ergebnis einer Übersetzung und Anwendung von Unsicherheitsdispositionen auf das Gesamtfeld der Kriminalität, womit nicht allein die einzelnen Dimensionen der Kriminalitätsfurcht gemeint sind, sondern auch etwa kriminalpolitische Einstellungen, Alltagstheorien zur Erklärung und Prävention von Kriminalität und so weiter. Das Konzept der Sicherheitsmentalitäten grenzt sich von der Kriminalitätsfurchtforschung im Wesentlichen ab, indem Unsicherheitsdispositionen, die sich im Denken, Wahrnehmen und Handeln der Individuen abbilden, in ihrer Gesamtheit und überdies in ihrer persönlichen und sozialen Kontextuierung erfasst werden. Statt der Einstellungsebene der Unsicherheit (affektiv und kognitiv) stehen die Schutzmaßnahmen als tatsächlich gelebte Praxis der Akteure im Vordergrund. Schließlich erfordert diese Perspektive einen aufwendigeren methodischen Zugang, der eines qualitativen Designs, auch gegebenenfalls in Kombination mit einer quantitativen Befragung, bedarf. In Anlehnung an Bourdieus (1982) Habituskonzept las-

sen sich Sicherheitsmentalitäten als strukturierendes Prinzip verstehen, auf dessen Grundlage Akteure sozial interagieren, gesellschaftliche Wirklichkeit herstellen und das seinerseits sozial hervorgebracht wird. Mit dieser breiten Kontextuierung der Sicherheitsmentalitäten als Produkt und Produzent gesellschaftlicher Wirklichkeit wird zum einen die individualistisch-rationalistische Konzeption der Kriminalitätsfurcht aufgegeben. Zum anderen trägt dieses Konzept dem Umstand Rechnung, dass Kriminalitätsfurcht – wie Kriminalität selbst – kein einfach vorfindlicher und zählbarer Gegenstand, sondern Ergebnis sozialer Definitionsprozesse ist. Entscheidend ist mithin von vornherein gesellschaftliche Unsicherheitsdiskurse, etwa zum Geschlecht, zu Migration und so weiter als Teil dieses Konzepts miteinzubeziehen, auf deren Grundlage sich erst die Angst vor Kriminalität herausbildet.

Indem Sicherheitsmentalitäten als Produkte und Produzenten sozialer Wirklichkeit verstanden werden, können hiermit sowohl die sozialen Konstruktionen des ländlichen Raums, sein diskursiver Überbau als auch seine materielle Beschaffenheit aus Sicht seiner Bewohner*innen untersucht werden.

Die empirische Grundlage für dieses Projekt bildeten insgesamt acht Gruppendiskussionen in zwei benachbarten niedersächsischen Landkreisen – hier bezeichnet als A und B – von ein bis zwei Stunden Dauer mit jeweils fünf bis sieben Bürger*innen bzw. Expert*innen (aus Polizei, Verwaltung, Justiz und Politik) zum Thema der (Un-)Sicherheit vor Ort. A und B zählen rund 30.000 Einwohner*innen. A weist höhere Einkommen auf und einen geringen Arbeitslosenanteil von 3,7 % (Januar 2013) gegenüber B mit niedrigerer Kaufkraft und 5,4 % Arbeitslosenquote (auch hinsichtlich SGB II-Quote, Bildungs- und Ausbildungssituation, Anteil der Langzeitarbeitslosen etc. ist der Landkreis B gegenüber A leicht benachteiligt). Die Gruppendiskussionen setzten sich aus Teilnehmer*innen sowohl aus dem kleinstädtischen Kern als auch aus den sehr ländlich geprägten umliegenden Ortschaften zusammen. Damit konnte eine rurale Kultur von einer (klein-)städtischen durch die Teilnehmer*innen der Gruppendiskussionen selbst abgegrenzt werden. Für die Gruppendiskussionen wurden keine Realgruppen gewählt, sondern Personen in einem ähnlichen Lebensabschnitt (Jugendliche, Studierende, Eltern, Senior*innen), um spezifische lebensverlaufsbundene Perspektiven auf den Raum zu untersuchen.

Eindrücklich wird daher in den von uns initiierten Gruppendiskussionen zu Sicherheit und Kriminalität das gute Sicherheitserleben in den Landkreisen betont. Hierbei greifen die Diskutanten auf Konstruktionen von Länd-

lichkeit zurück, die in besonderer Weise die nachbarschaftlichen Kontakte in den Vordergrund rücken. Das Sicherheitserleben beruht auf den »country values« (Little 2008, 92). Sie umfassen das Vertrauen zueinander und ein enges Miteinander unter den Bewohner*innen, das als traditionelle und moralische Gemeinschaft empfunden wird. Wird jedoch vertiefend nach unsicherheitsstiftenden Situationen gefragt, die erlebt wurden oder von denen die Bewohner*innen gehört hatten, werden auch die Schattenseiten des ländlichen Idylls erkennbar.

Kriminalität auf dem Land ist deutlich stärker als im urbanen Raum eine lebensweltliche Angelegenheit der Bewohner*innen, in die man häufig zumindest mittelbar über Bekanntschaft involviert ist. Daraus resultiert zugleich ein markanter Unterschied in den Schutzpraktiken zwischen städtischem und ländlichem Raum. Der von Großstadtbewohner*innen entwickelte *urban sense* als Kompetenz, mit Diversität und den je verschiedenen Regeln des sozialen Miteinanders an den verschiedenen Orten umgehen zu können, sei es durch wachsame oder durch gezielt vermeidende Strategien (Klimke 2008), bildet sich bei den Landbewohner*innen nicht heraus. Der urbane Raum weist die Anonymität und Pluralität der Begegnungsräume auf, die auch die reelle Chance bietet, dass man nicht erneut aufeinandertreffen muss und sich so Konflikte nicht so leicht vertiefen. Auf dem Land hingegen sind die Möglichkeiten des Ausweichens deutlich geringer. Die sozialen Überschneidungen betreffen die Volksfeste, die wenigen Bars und Einkaufsmöglichkeiten bis hin zu den Elternabenden, wo sich die Widersacher*innen wieder begegnen können. Reicht es in der Stadt, ein als riskant wahrgenommenes Ereignis im öffentlichen Raum situativ geschickt zu meistern, richten sich die ruralen Schutzpraktiken in Teilen auf die Zukunft des gedeihlichen Zusammenlebens. Ein *rural sense* zielt im besten Fall nicht einfach nur auf die eigene Sicherheit in bestimmten Situationen ab, sondern auf ein dauerhaft einvernehmliches Miteinander. Er liegt in der besonderen Kompetenz der Landbewohner*innen, schwelende oder erwartbare Konflikte mit (meist bekannten) Unruhestiftern in direkten Begegnungen deeskalierend zu bearbeiten.

1. »Von drauß vom Walde komm ich her« – Schutzstrategien auf dem Land

Im Unterschied zur Stadt werden über alle von uns durchgeführten Gruppendiskussionen hinweg die materiellen Bedingungen des ländlichen Raums

problematisiert. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Wäldern und anderen ausgedehnten Grün- und Ackerflächen zu, die einsam und kaum oder gar nicht beleuchtet sind. Deutlich zeigt sich in der folgenden Diskussionspassage eine differenzierte »Geographie der Furcht« (Madge 1997). Im Unterschied zum städtischen Raum handelt es sich aber nicht um einzelne Orte (Straßen, Plätze, Parks), die gezielt und meist auch ohne großen Aufwand gemieden werden können, sondern um große Areale der Unsicherheit vor allem in den Abendstunden, die nur schwer umgangen werden können.

Bf: Ich weiß also allein nachts durch den Stadtpark gehen, würde ich nicht machen.

Cf: Nee, das würde ich auch nicht machen.

Am: Also, ich fühl' mich da selbst...

Cf: Ich würde auch nachts nicht am G-See fahren.

Am: Nee.

Cf: Das würde ich auch nicht machen.

Bf: G-See?

Cf: Ja, kennst du den? Also...

Bf: Ja, äh.

Cf: ... da sind ganz viel Bäume, und es ist schon ein bisschen dunkler da und teilweise schlecht beleuchtet.

Am: Ja, okay.

Cf: Und, ähm, in der Nähe ist auch 'ne Gaststätte. Und ich weiß nicht, ich wollt' da nicht so gern dann alleine 'rumfahren, durchfahren.

Bf: Mhm.

Cf: Weil man da halt schlecht was sieht. Und dann ist da ja noch so ein kleines Waldstück.

(Interview Gruppe Studierende aus B, Z 291-309)²

Der Wald werde durch verschiedene Gruppen unterschiedlich wahrgenommen. Für die Älteren repräsentiere er eine ursprüngliche Naturlandschaft; für Frauen und speziell Mütter mit Kindern bedeute er häufig ein Ort der Furcht und der Kriminalität; junge Leute verbänden mit ihm eine Flucht aus der Kontrolle von Erwachsenen und Autoritäten (Milbourne u.a. 2006, 236). Die Raumdeutungen variieren vor allem bei Frauen systematisch mit der Tages-

2 Die einzelnen Teilnehmer*innen wurden in der Transkription nach der Reihenfolge ihre Platzierung mit Großbuchstaben gekennzeichnet, ihr Geschlecht mit den Kleinbuchstaben »f« und »m«.

und Nachtzeit. Kommt den Grünflächen am Tage ein besonderer Erholungswert zu, wandeln sich die im Hellen genossenen Kennzeichen der Ruhe bei Dunkelheit in bedrohliche Einsamkeit. Koskela (1998) führt den Begriff der »sozialen Nacht« ein. In ihrer Studie in Helsinki zeigte sich, dass Frauen Sommer- und Winternächte gleichermaßen als gefährlich wahrnehmen. Im Winter sorgte man sich, dass sich Angreifer in der Dunkelheit verstecken; im Sommer, weil die wärmeren Temperaturen bedeuten, dass auch mehr Männer in Parks und Wäldern unterwegs sind. Die Mehrdeutigkeit des Waldes als Ort der Ruhe einerseits und als Angst erregend andererseits spiegelt sich auch in einigen Passagen unserer Gruppendiskussionen wider.

Neben der Vermeidung der bedrohlichen Grünzonen geben einige jüngere Diskussionsgruppenteilnehmer auch an, aus Sicherheitsgründen diese Strecken besonders schnell zu passieren. Diese Praktik wurde im städtischen Raum einer Hamburger Studie (Klimke 2008) allenfalls genannt, um ad hoc auf eine bedrohliche Begegnung zu reagieren, nie aber als geplante Schutzstrategie. Auf dem Land hingegen ist das Tempo eine wichtige Schutzstrategie, wenn man sich ansonsten ungeschützt im abgeschiedenen öffentlichen Raum bewegt. Die jungen Landbewohner*innen machen sich meist per Fahrrad auf den Weg. Die weiblichen Teilnehmerinnen hoffen, so kein leichtes Ziel für einen Übergriff zu sein. Die Angst vor körperlichen (vermutlich sexuellen) Übergriffen steht im Mittelpunkt der Schutzpraktik.

Ef: Fahr' auch immer mit dem Fahrrad. Also, Auto wär' natürlich noch besser. Aber ich versuch' das so dann zu vermeiden, abends, äh, äh, zu Fuß zu laufen. Ich nehm' immer mein Fahrrad und fahr' schnell Fahrrad. So, dass ich...

Cf: Ja.

Ef: Vielleicht bilde ich mir das ein. Aber dann denk' ich mir, wenn die Person mich dann haben will oder irgendwas mir antun möchte, dann würde sie es nicht schaffen, weil ich ja mit 'nem Fahrrad bin.

Cf: Ja.

Ef: Da ist noch die Wahrscheinlichkeit höher, äh, dass man entkommt. (Interview Gruppe Studierende aus A, Z 720-729)

Junge Männer dagegen wiesen unabhängig von jeweiligen Umgebungsbedingungen zwar einen »konstant hohen Level der Vorsicht« auf, aber vertrauten eben auch auf ihre Fähigkeit, notfalls schnell fliehen zu können (Brownlow 2005, 589). Frauen trauen eher nicht ihren Möglichkeiten, aus eigener Kraft eine gefährliche Situation unbeschadet zu bestehen, indem sie fliehen oder sich verteidigen. Sie verlassen sich im Wesentlichen auf ihre Fähigkeit, die

mögliche Gefährlichkeit eines Ortes richtig zu bestimmen, um ihn dann idealerweise zu meiden (ebd.). Zu dieser Vorsicht gehört es für Frauen auch oft, selbst scheinbar harmlose Situationen kreativ in Richtung einer Gefährdung weiterzudenken.

Df: Ich bin früher von L [Kleinstadt] mit Fahrrad nachts um zwei nach Hause gefahren. Und da ist mir mal ein Auto, ach, ein Fahrradfahrer ohne Licht entgegengekommen. Ey, mein Herz, das ist mir so in die Hose gesackt, weil ich hatte Licht an, fahr und bin so richtig 25, 30 gefahren, hatte so, so 'nen tolles Rad. Ich bin fast vor Schreck umgefallen. Und das hat mir echt so'n bisschen zu denken gegeben, weil wenn da wirklich jemand steht, der braucht da nur 'nen, mh, 'nen Stock hinhalten und man...

Bm: Ja, erschreckst dich halt.

Af: Und du liegst da, hm.

Df: Ja, und man hat dann überhaupt keine Chance. Hab' ja auch immer gedacht, bin groß und kräftig, mich halten alle für nen Mann, aber...

(Interview Gruppe Familien aus A, Z 237-251)

Die Gefahr selbst bleibt dabei, wie in allen Diskussionspassagen, sehr vage. Man erahnt jedoch, dass schemenhaft an sexuelle Übergriffe gedacht wird, ohne dass die Teilnehmerinnen diesen Gedanken vermutlich selbst allzu konkret fassen wollen. Sehr konkret aber wird mit zweierlei gerechnet: dass es irgendwann passiert und dass man sich nicht wehren kann.

Die im Vorfeld ergriffenen Schutzvorkehrungen, wie einen Selbstverteidigungskurs zu absolvieren, Pfefferspray mitzuführen oder einen Schlüssel vorsorglich zur Abwehr in der Hand zu halten, all diesen durchaus wahrgenommenen Möglichkeiten schreiben die Frauen zumeist keine Wirkung zu. Offenbar aber wird weniger den Maßnahmen selbst misstraut als der Möglichkeit, die Wehrhaftigkeit und die Zuversicht aufzubringen, sich aktiv schützen zu können. Mit unübersichtlichen Taschen, in denen das Pfefferspray oder andere Gegenstände zur Verteidigung nicht gefunden werden, und der Vermutung, mit Abwehrmaßnahmen erst recht einen Angriff zu provozieren, werden recht fadenscheinige Begründungen dafür geliefert, dass man sich doch nur eines gewiss sein kann, nämlich die Opferrolle einnehmen zu müssen. Diese Gewissheit vermittelt den Verdacht, dass Frauen die eigene Wehrhaftigkeit möglicherweise auch als unweiblich empfinden.

Ff: Eine Zeit lang hab' ich immer Pfefferspray mitgehabt, aber das hab' ich auch nicht mehr.

Ff: Da bin ich die, das hab' ich die ganze Zeit überlegt, wenn ich nachts mal alleine durch'n Wald, [...] das würd' ich nicht tun.

Df: Aber das muss man ja, das muss ich dann auch noch aus der Tasche fischen.

Ef: Ja.

Df: Und bei diesen Taschen heutzutage.

Ff: Also, wenn man nachts unterwegs ist, kann man das eigentlich in die Hand nehmen, denke ich.

Cm: Strahlt man nicht damit aus, dass ich jetzt angegriffen werden will?

[...]

Cm: Unbewusst gibt man das irgendwie. Ich kenn' das bei Hunden, also, eh, mich mögen die Hunde nicht, weil ich vor denen Angst hab'.

(Interview Gruppe Familie aus A, Z 1642-1161)

Zwar sind gefährdete Personen gut beraten, sich gegen Kriminalität im Vorfeld zu wappnen und sich in Viktimisierungssituationen aktiv zu wehren. Empirische Studien bestätigen übereinstimmend mit den theoretischen Überlegungen der kriminologischen Gelegenheitsansätze überwiegend, dass eine massive Gegenwehr des Opfers, verbal oder handgreiflich, es weniger zu einem »suitable victim« macht und überdies das Risiko für den Angreifer erhöht, entdeckt zu werden (Guerette 2010). Auffallend ist aber in Übereinstimmung mit dem oben genannten Forschungsbefund (Brownlow 2005, 589), dass Frauen durchweg das Zutrauen in ihre Fähigkeiten fehlt, sich gegen einen Angriff wehren zu können.

Gerade die jüngeren Frauen schildern als vorrangige Schutzmaßnahme vor allem in den späten Abendstunden das Zusammenfinden in Gruppen. Gemäß des Routine-Activity-Ansatzes ist gerade diese Bevölkerungsgruppe gefährdet, weil sie »Lebensstile aufweist, zu denen es gehört, das Zuhause häufig zu verlassen und sich Fremden auszusetzen oder Personen im kriminalitätsanfälligen Alter«, wie eine Studie zu studentischem Selbstschutverhalten ergab (Tewksbury/Mustaine 2003, 315; 320).

Bf: Also, bei uns ist es offenbar so: wir sind eher so im Rudel unterwegs. Da kommt...

Cf: Hm.

Bf: ... auch nicht so Angst auf, weil wenn du dann mit drei vier Mädels unterwegs bist, dann kannst du dich noch ganz anders wehren als wenn du, ähm, alleine irgendwie bist, finde ich.

Cf: Hm, ja das stimmt.

(Interview Gruppe Studierende aus B, Z 284-290)

Vor allem die weiblichen und jüngeren Diskussionsteilnehmer*innen berichten ganz überwiegend von der Schutzstrategie, sich in Gruppen zusammenzufinden, wenn sie abends den Heimweg antreten. Diese Maßnahme, den öffentlichen Raum in den Abendstunden nicht mehr allein zu nutzen, wird auch in der Stadt durchaus häufiger von jüngeren Frauen genannt. Im Unterschied aber zum urbanen Raum muss diese Praxis auf dem Land nicht schon im Vorfeld organisiert werden, sondern ergibt sich ganz von selbst, indem man sich spontan anderen anschließt, um zumindest einen Teil des Weges nicht allein unterwegs zu sein.

Df: Das ist mir, zum Beispiel [Volksfest] ist auch so'n typische – da versuch' ich eigentlich, nie irgendwie alleine rum zu struntzen. Da hab' ich nämlich auch schon komische Erfahrungen gemacht. Von daher immer irgendwie in 'ner Gruppe zu sein, und wenn' nur 'ne Gruppe ist, die ich vielleicht nicht ganz so gut kenne, geh' ich da mal eben kurz mit. Hauptsache, irgendwie in so'ner Gruppe, weil als Einziger all- alleine, ist man halt immer angreifbar, sei es verbal oder auch körperlich, ne.

(Interview Gruppe Familie aus A, Z 1630-1638)

Die männlichen Teilnehmer scheinen diese Maßnahme zumindest in Teilen auch zu praktizieren, wie aus den Schilderungen hervorgeht. Als Schutzmaßnahme will man das aber offenbar nicht verstanden wissen. Die Begleitung im öffentlichen Raum erscheint als Schutzpraxis, die allein den Frauen vorbehalten ist, weil sie ganz zweifellos als vulnerabel gelten, vor allem hinsichtlich sexueller Adressierungen. Diese spezifische Verletzbarkeit der (jungen) Frauen ist ein so selbstverständlicher Teil sicherheitsmentaler Einstellungen, dass er im Hintergrund mitschwingt, ohne einer expliziten Erwähnung zu bedürfen. Lediglich eine studentische Gruppendiskussion kommt auf den Geschlechterunterschied im Selbstschutzverhalten explizit zu sprechen.

Am: [...] also, aus männlicher Sicht würd' ich jetzt sagen, nicht, dass man da unbedingt drauf wartet, dass irgendeiner dann unbedingt mitkommt, ne. Aber für Frauen ist das schon, also, ich lass' meine Mitbewohnerinnen, wenn die da sind oder so, die lass' ich auch nicht alleine nach Hause gehen.
(Interview Gruppe Studierende aus A, Z 761-764)

Die Konstruktion weiblicher Vulnerabilität und Schutzbedürftigkeit ist durchaus nicht auf den ruralen Raum beschränkt. Die ruralen materiellen Raumbedingungen beängstigen aber insbesondere junge Frauen, die oft weite Distanzen in dunkler Abgeschlossenheit zu bewältigen haben, um am sozialen Leben teilzunehmen. Daraus entwickeln sich ganz andere Schutzstrategien als in der Stadt. Reicht es im urbanen Raum, bestimmte Ecken, Straßen, Kneipen und so weiter gezielt und ohne allzu großen Aufwand zu vermeiden oder sich in das Taxi zu setzen, um sich sicher zu fühlen, verlangt der ländliche Raum seinen Bewohnerinnen deutlich mehr an Schutzaufwand ab. Das Tempo, mit dem die unvermeidbaren Grünzonen meist per Fahrrad bewältigt werden, wird da zur eigenen Präventionsmaßnahme. In der Stadt nutzen Frauen auch eine Begleitung aus Sicherheitsgründen. Sie wird aber von vornherein verabredet. Auf dem Land hingegen ist das aufgrund der weiten Distanzen der Wohnorte nicht so leicht möglich. Andererseits erleichtert es die soziale Nähe der Landbewohner*innen, sich spontan anderen anzuschließen. Die eigene Wehrhaftigkeit, der Frauen in der Stadt durchaus in Teilen vertrauen, wird von Landbewohnerinnen durchweg nicht wahrgenommen. Dies mag auch mit der Einsamkeit zu erklären sein, die Frauen auf dem Land eher entmutigt als Frauen in der Stadt, die immerhin damit rechnen können, im Falle einer Auseinandersetzung nicht unbedingt allein dazustehen.

2. Die sexuell gefährdete Landbewohnerin

Die Ebene gesellschaftlicher Diskurse über das Frau- und Mannsein bilden die Hintergrundfolie für gefährdete und gefährliche Körper sowie für die Risikodeutungen. Die vulnerable Frau wird als Gegenstück und Ableitung zur verletzungsmächtigen Männlichkeit hergestellt. Wesentlich wirkt das Prinzip der Verletzungsoffenheit und -mächtigkeit über die körperliche Dimension.

»Frauen werden so sozialisiert, dass sie sich vulnerabel fühlen. Dieses Vulnerabilitätsgefühl wird jedoch durch kontinuierliche Belästigungen von Männern verstärkt« (Jennett 1998, 35).

Der weibliche Körper ist nicht nur »unablässig der Objektivierung durch den Blick und die Reden der anderen ausgesetzt« (Bourdieu 2005, 112), wodurch eine eindeutige Subjekt-Objekt-Beziehung geschaffen wird. Neben den Blicken und Reden über Frauen sind es auch sexuell konnotierte Hands-on-Delikte, die nicht nur Entwürdigung und gar Verletzungen bedeuten, sondern Frauen »in ihre Schranken« zu weisen vermögen, was durchaus wörtlich verstanden werden kann. Denn Frauen reagieren auf solche Interaktionen sehr häufig mit der Meidung nicht nur bestimmter Gegenden und Situationen, sondern schränken ihren Bewegungsraum oft auch so stark ein, dass ihre soziokulturelle Teilhabe signifikant beschnitten wird. Die starken Einschränkungen werden von Frauen kaum beklagt, sondern als selbstverständlicher Teil der Alltagsroutinen berichtet (Klimke 2008, 155), um die herum sich Weiblichkeit in Einklang mit den Geschlechterverhältnissen konstruiert.

»Die kulturellen Konstruktionen weiblicher Opferwerdung sind eine bedeutende Quelle informeller und formeller sozialer Kontrolle über Frauen. Sie schließen die angemessenen Rollen für Frauen und den besten Weg zur Disziplinierung des Verhaltens von Mädchen und Frauen ein. Populäre Diskurse über die Opferwerdung von Frauen stimmen eng überein mit betont femininen Idealen von Frauen als vulnerabel, geschlechtlich und dem Schutz der Männer bedürftend.« (Cavender u.a. 1999, 645)

Vor allem in den drei jüngeren Diskussionsgruppen der Studierenden und Jugendlichen werden Vergewaltigungsgeschichten berichtet, die sich am Rand von Volksfesten zugetragen haben sollen. Der fremde Mann, der wehrlose Frauen ins Gebüsch zieht, ist eine altbekannte Gefahrenszene, die sich längst als zumindest seltenes Setting sexueller Gewalt erwiesen hat. In unseren Diskussionsrunden spielt sie dennoch eine herausragende Rolle. Diese Kriminalitätsgeschichten sind insofern typisch ländlich, als dass erst die Einsamkeit auf dem Land, in der gerade junge Menschen weite Distanzen meist mit dem Fahrrad und allein zurücklegen müssen, die günstige Gelegenheit zum Übergriff schafft.

Am: [...] da wurde eine nach dem Schützenfest halt auf dem Nachhauseweg...

Cf: Ja das habe ich auch schon...

Am: Ja.

Bf: Mhm.

Am: Die wurde dann ins Maisfeld reingezogen, obwohl die war auf dem Fahrrad, und dann war da einer und, ähm, ich glaube, die vermuteten auch, dass das irgendwie ein Schausteller war oder so, ähm.

(Interview Gruppe Studierende aus B, Z 1118-1128)

Auffällig ist, dass diese Ereignisse den anderen Teilnehmer*innen oft bekannt zu sein scheinen. Ein Teil dieser sexuellen Vorfälle gehört offenbar zum ländlichen Bestand an Kriminalitätsgeschichten, die zugleich der Warnung und als eine Art der Orientierungshilfe dienen, um Gefährdungen aus dem Weg zu gehen. Möglicherweise handelt es sich sogar um leicht variierende Darstellungen derselben Geschichte, die in verschiedenen Diskussionsgruppen kolportiert wird und mit der Unsicherheiten aufgegriffen werden, in der Abgeschiedenheit des Landlebens Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden.

Cf: Auch am S-Markt [Volksfest] soll einer rumgefahren sein mit'm Fahrrad...

Ef: Ja, da, ja.

Cf: ...und soll die die Studentinnen da vom Fahrrad gezogen haben und, äh, vergewaltigt haben.

Df: Ja, das gab's ja letztes Jahr.

Cf: Ja.

Df: Das, ja, das ist ja wirklich passiert.

Ef: Das hab' ich auch gehört.

(Interview Gruppe Studierende aus A, Z 164-172)

Die Studentin aus A berichtet vom selben Volksfest wie die Teilnehmerin aus B in der vorangegangenen Passage. Im örtlichen »Crime Talk« wie auch in unseren Gruppendiskussionen wird dieses Fest häufig als insbesondere für Frauen gefährlicher Ort beschrieben, wobei die konkrete Bedrohung kaum je ausgesprochen wird. Offenbar spielt hierbei eine brutale Vergewaltigung am Rande dieses jährlich veranstalteten Volksfestes im Jahre 2010 eine Rolle, die zu einem recht großen medialen Echo geführt hat und auch in einer Folge von »Aktenzeichen XY« behandelt wurde. Das 20-jährige Opfer wurde nachts auf dem Heimweg vom Fest vom Fahrrad gerissen und in einem Maisfeld vergewaltigt.

Werden solche Ereignisse bekannt, ganz gleich, ob sie sich tatsächlich so zugetragen haben, schreiben sie sich in den »Place Talk« ein, wobei der Wahrheitsgehalt und die Quelle der Geschichten sowie die Frage, wie lange das Geschehen zurückliegt, kaum eine Bedeutung für deren Weiterverbreitung und

Rezeption als Warnsignal zu haben scheinen. So stellt auch Brownlow (2005, 590) auf der Grundlage von Fokusgruppendifkussionen fest, dass die untersuchte Unsicherheit eines örtlichen Parks durch Frauen meist damit begründet werde, dass man mal etwas gehört habe und ihn daher lieber meide. Meist ging es um Berichte von Vergewaltigungen, die sich dort zugetragen haben sollen. Nie wurde in den Diskussionen der Versuch unternommen, das Ereignis ins Verhältnis zur allgemeinen Sicherheit in diesem Park zu bringen. Sexuelle Gewalt wird absolut gesetzt, unabhängig von Häufigkeit, situativem Kontext und Zeitpunkt, und markiert diesen Ort als gefährlich.

Erstaunlich ist die in der Gruppe unwidersprochen gebliebene Bemerkung der Studentin, die einen klassischen Vergewaltigungsmythos vorbringt, nach dem ein unvorsichtiges Opfer selbst an seiner Vergewaltigung schuld sei. Statt daran Anstoß zu nehmen, ergänzen die folgenden Redebeiträge der jungen Frauen nur weitere notwendige Schutzmaßnahmen gegen Übergriffe im öffentlichen Raum.

Ef: Ja natürlich würd' ich jetzt nicht an solchen Situationen wie [Volksfest] wirklich besoffen alleine durch die Wallachei laufen.

Cf: Ja.

Ef: Das ist da, muss man auch sagen, das ist auch teilweise 'n bisschen deren eigene Schuld, wenn man da wirklich, äh, ganz alleine 'rumläuft bei so vielen Leuten. Ma- man muss da schon irgendwo meiden, aber ich würde nicht sagen, dass es ganz schlimm ist hier.

(Interview Gruppe Studierende aus A, Z 232-239)

Mit der ausdrücklichen Akzeptanz objektiv beschneidender, subjektiv aber nicht beklagter Investitionen in die eigene Sicherheit wird zugleich das Frauenbild akzeptiert, wonach »Unsicherheit und Verwundbarkeit sie nicht nur attraktiver, sondern in letzter Instanz überhaupt erst weiblich machen« (Sanjal 2016, 89). Die bereitwillig übernommene Verpflichtung zum Selbstschutz bezeugt offenbar immer noch die ehrbare Frau.

Cf: Das ist einfach so, also, ich sehe das auch nicht als Einschränkung, als Belastung oder irgendwie als etwas Negatives an. Das ist einfach so, man passt auf. [...] Also, das ist halt 'nen Muss. Dass, mhh, gerade als Mädchen, als Frau, muss man eben aufpassen [...]. Aber ich sehe das auch nicht als Einschränkung.

(Interview Gruppe Studierende aus A, Z 745-754)

Diese Naturalisierung sexueller Gewalt als »Risiko der *conditio humana*« (Sanjal 2016, 11) kann ebenso die Vergewaltigungsmythen befördern wie auch die gegen sie gerichteten aktuellen kritischen Sexismus-Diskurse. Liegt der maßgebliche Unterschied in den Konsequenzen dieser Diskurse – einmal in der ausdrücklichen individuellen Verantwortung von Frauen, sich entsprechend ihrer sexuellen Angreifbarkeit zu verhalten; im anderen Fall in der angemahnten Verantwortung des Staates, vor allem strafrechtlich zu reagieren –, operieren sie doch beide auf der Grundlage essenzialisierter Figuren der sexuell gefährdeten Frau und des übergriffigen Mannes.

Diese Geschlechterordnung grundiert auch einen großen Teil der Schutzstrategien. Während Frauen über alle Statuspassagen hinweg Risikoanalysen und Vermeidungsstrategien beschreiben, erweist sich Männlichkeit gerade darin, Sicherheitsmaßnahmen nicht zu thematisieren. So werden weder etwaige defensive Strategien benannt noch offensive genauer als Präventivmaßnahme beschrieben, mit denen die Kontrolle erlangt wird.

Von Männern wird im Gegensatz erwartet, die Kontrolle aktiv auszuüben, zum einen gegenüber sich selbst und ihrer Furcht, zum anderen die Kontrolle über Situationen zu erlangen, indem Autorität und Macht demonstriert werden (Brownlow 2005, 584). Hinzu tritt die besondere Betonung von Männlichkeit im ländlichen Raum.

»Ebenso wie rurale Gemeinschaften in der nationalen Kultur als die authentischen Formen von Gemeinschaft konstruiert werden, symbolisieren Männer vom Land ebenso das, was »authentische« Männlichkeit in der nationalen Kultur und unter Männern bedeutet.« (Carrington/Scott 2008, 650)

Die auf dem Land bestehende betonte Maskulinisierung des Männlichen drängt zugleich die Landfrauen (und ebenso Männer, die diesen kulturellen Männlichkeitsidealen nicht ganz entsprechen) stärker in die Rolle des Weiblichen, das als Negation des männlichen Prinzips verstanden wird. »Die Frauen auf dem Land sind definiert durch ihre fehlende Beziehung zum Land und durch Zweifel an der Widerstandskraft ihres Körpers und ihrer körperlichen Fähigkeiten zur Arbeit auf dem Land, etwa im Bergbau oder in der Landwirtschaft.« (Ebd.)

3. Der Mann, auf den noch eingetreten wird

Die geringere soziale Dichte des ruralen Raums führt dazu, dass die Bewohner*innen erwartbaren Konflikten kaum aus dem Weg gehen können und eine besondere Fähigkeit zur Entschärfung und im besten Fall zur Befriedung entwickeln, wo es in der Stadt ausreicht, einer akut brenzligen Situation zu entkommen. Ebenso wie die offenen Haustüren auf dem Land oder die lange Zeit nicht bemerkten Leichen in einem anonymen städtischen Hochhaus dient die Erzählung vom Nachtreten auf einen bereits am Boden liegenden Kontrahenten in der Stadt und auf dem Land gleichermaßen als »Verdichtungssymbol« (Edelman 2005, 138), an das sich eine Reihe dominanter Sorgen heftet. Es geht hierbei nicht allein um die Annahme erhöhter Gewaltbereitschaft, sondern darum, eine generelle Enthemmung und Rücksichtslosigkeit in der gesamten Gesellschaft, kurzum: einen Niedergang der Moral zu beklagen.

Ef: [...] Schon mal so Kneipenschlägereien, nä, an-an-an Festen. Wir haben [Stadtfest] im Herbst, dann kommen schon mal Schlägereien, ne, aber...

Am: Die hat es immer gegeben, früher auch schon.

Ef: ...ja, doch schon mal vor zwei, drei Jahren. Dieser eine Wirt, ne, der dann so so heftig verprügelt wurde, ...

Am: Ja, was mich wundert.

Gm: Ja, ja.

Ef: ...dass er sein Leben lang einen Schaden hatte.

Am: Genau, und dann finde ich eigentlich auch schrecklich, wie man das machen kann. Und ändern kann, weiß ich auch nicht, dass Jugendliche häufig, die treten auf einen, wenn der da schon am Boden liegt, dann treten sie gegen den Kopf und solche Dinge. Das ist doch grausam.

(Interview Gruppe Senioren aus B, Z 1153-1166)

Brutale Nachtretgeschichten werden häufig von Raufereien zwischen Männern abgegrenzt, die es immer schon gegeben habe und die nicht der Kriminalität im gefühlten Sinne zugeordnet werden. Sie scheinen das rurale Lebensgefühl keineswegs zu irritieren, sondern eher zu bestätigen, gelten sie doch als robuste, aber im Rahmen des Anstands begrenzte und schließlich friedlich beigelegte Auseinandersetzungen, die so doch wieder soziale Nähe ausdrücken. Diese Kontrastierung ist nicht unähnlich zur städtischen Sicht, in der die Differenz zwischen einem »ehrlichen Kampf« zwischen Männern,

in dem häufig Konkurrenten um eine Frau buhlen, auch deutlich abgesetzt wird zur beklagten hemmungslosen Gewalt heutzutage.

Drücken sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum diese verbreiteten Thematisierungen eine Verklärung früherer Zeiten aus, in denen es auch mal grob, aber doch letztlich sittlich zugeht, gewinnt diese Moralerzählung auf dem Land noch eine tiefere Bedeutung. Der rurale Mann repräsentiert die raue, traditionsgebundene, ursprüngliche und naturverbundene Eigentlichkeit des Ländlichen, in dem auch die patriarchale Ordnung unangefochten ist, wie ebenso umgekehrt das Ländliche durch diese Männlichkeit verkörpert wird.

Die enthemmte Gewalt der »Protestmaskulinität« (Connell 1995) oder »Hyper-Maskulinität« (Carrington/Scott 2008) dagegen zeigt eine ins Wanken geratene Ordnung an, in der auf die Destabilisierung hegemonialer Männlichkeit (Connell 1995) reagiert wird. Damit aber gilt zugleich auch der *Raum eigentlicher Maskulinität*, das ursprüngliche Leben auf dem Land, als gefährdet. Die antipatriarchalen gesellschaftlichen Diskurse treffen so die vermeintliche innere Natur von Männlichkeit wie gleichfalls die mit ihr verknüpfte Ländlichkeit.

Eben diese zweifache Bedeutung erahnen die Landbewohner*innen offenbar. Erbost man sich in der Stadt über hemmungslose Gewalt, die als (weitere) Kriminalitätsbedrohung verstanden wird, tritt im ländlichen Raum hinzu, dass die wahrgenommene Enthemmung gleichermaßen für die Erosion der traditionellen Maskulinität wie auch für die Dekonstruktionen des Ruralen steht. Exzessive Gewalt wird so nicht nur als Zeichen für den Einzug von ernster Kriminalität in das friedliche Landleben verstanden, sondern zugleich als Warnung vor der Auflösung des Ländlichen überhaupt, das wesentlich durch die Dominanz traditioneller Männlichkeit mit schroffen, aber der Fairness verpflichteten Werten charakterisiert ist.

Diese moralischen Niedergangsnarrative werden im städtischen und ländlichen Raum in ähnlicher Weise formuliert, doch auf dem Land treten sie mit besonderer Stärke hervor. Hier wird nicht nur ein Verlust einer allgemeinen moralischen Ordnung beklagt, sondern zugleich der des ländlichen Lebensraums befürchtet, der sich für dessen Bewohner*innen vor allem anderen durch diese traditionellen Wertorientierungen auszeichnet. So wird die Zeitdimension häufig noch um eine Ortsdimension ergänzt. Man empört sich nicht nur, wie im urbanen Raum, darüber, was *heutzutage* alles passiert, sondern zusätzlich auch darüber, dass es sogar *hier* passiert. In vielfach schwärmerischen Darstellungen wird die soziale Harmonie auf

dem Land betont. Dies geschieht aber oft in Verbindung mit einer rückwärtsgewandten Perspektive, wonach das Landleben nicht mehr das ist, was es einmal war. Mit diesen Niedergangsnarrativen des Ländlichen gewinnen damit Kriminalitätsdiskurse an Bedeutung. Kriminalität aus Sicht der Landbewohner*innen ist ein fremder, in die Ländlichkeitskonstruktionen nicht recht integrierbarer Phänomenbereich. Kriminalität ist nicht nur bedrohlich bis ärgerlich, sondern sie gehört einfach nicht hier her, ereignet sich »out of place« (Cloke 2006).

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Bourdieu, P. (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. (2005): Die männliche Herrschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brownlow, A. (2005): A Geography of Men's Fear. In: *Geoforum* 36(5), 581-592.
- Carrington, K./Scott, J. (2008): Masculinity, Rurality and Violence. In: *British Journal of Criminology* 48(5), 641-666.
- Cavender, G./Bond-Maupin, L./Jurik, N.C. (1999): The Construction of Gender in Reality Crime TV. In: *Gender & Society* 13(5), 643-663.
- Cloke, P. (2003): Knowing Ruralities? In: Cloke, P. (Hg.): *Country Visions*. Harlow u.a.: Pearson, 1-13.
- Cloke, P. (2006): Rurality and Racialized others: Out of Place in the Countryside? In: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hg.): *The Handbook of Rural Studies*. Thousand Oaks: Sage, 379-386.
- Connell, R.W. (1995) *Masculinities*. Berkeley: Routledge.
- Edelman, M. (2005): Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, 3. erw. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Guerette, R. (2010): Explaining Victim Self-Protective Behavior Effects on Crime Incident Outcomes. In: *Crime & Delinquency* 56(2), 198-226.
- Jennett, C. (1998): Qualitative Review. In: Tulloch, J./Lupton, D./Blood, W./Tulloch, M./Jennett, C./Enders, M. (Hg.): *Fear of Crime*, NCAVAC. Canberra: Attorney-General's Department Commonwealth of Australia, 29-62.
- Klimke, D. (2008): Wach- & Schließgesellschaft, Sicherheitsmentalitäten in der Spätmoderne. Wiesbaden: VS.

- Klimke, D./Oelkers, N./Schweer, M. (Hg.) (2019): Sicherheitsmentalitäten im ländlichen Raum. Wiesbaden: VS.
- Koskela, H. (1998): Gendered Exclusions: Women's Fear of Violence and Changing Relations to Space. In: *Geografiska Annaler B* 81(2), 111-124.
- Little, J. (2008): Nature, Fear and Rurality. In: Pain, R./Smith, S.J. (Hg.): *Fear: Critical Geopolitics and Everyday Life*. Aldershot: Routledge, 87-97.
- Löw, M. (2001): *Raumsoziologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Madge, C. (1997): Public Parks and the Geography of Fear. In: *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie* 88(3), 237-250.
- Milbourne, P./Kitchen, L./Stanley, K. (2006): Social Forestry: Exploring the Social Contexts of Forests and Forestry in Rural Areas. In: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hg.): *The Handbook of Rural Studies*. London u.a.: Sage, 230-240.
- Sanyal, M.M. (2016): *Vergewaltigung*. Hamburg: Edition Nautilus.
- Tewksbury, R./Mustaine, E.E. (2003): College Students' Lifestyle and Selfprotective Behaviors. Further Considerations of the Guardianship Concept in Routine Activity Theory. In: *Criminal Justice and Behavior* 30(3), 302-327.
- Weisheit, R./Wells, L.B. (1996): Rural Crime and Justice. Implications for Theory and Research. In: *Crime and Delinquency* 42(3), 379-397.
- West, C./Zimmerman, D.H. (1987): Doing Gender. In: *Gender & Society* 1(1), 125-151.

Die nächste landwirtschaftliche Revolution?

Digitalisierung und Strukturwandel in der deutschen Landwirtschaft

Louisa Prause

Die Digitalisierung ist eine der Kernstrategien, mit denen die Bundesregierung die deutsche Landwirtschaft zukunftsfest machen möchte. Die Digitalisierung der Landwirtschaft soll die negativen Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft auf Umwelt und Klima verringern und dabei gleichzeitig die Produktivität landwirtschaftlicher Betriebe erhöhen sowie die Arbeit auf den Betrieben erleichtern und attraktiver machen (BMEL 2021). Agrarkonzerne wie Bayer versprechen die »Entwicklung klimabewusster Lösungen wie Digital Farming [...] werden dafür sorgen, die Auswirkungen der Landwirtschaft auf das Klima der Zukunft zu verringern« (Bayer 2021) und die ehemalige Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner spricht von »digitalen Anwendungen [...] als Lösungsbringer« für ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft (EURACTIV 2021). Unterstützer*innen der Digitalisierung reden daher gerne von der vierten landwirtschaftlichen Revolution (Barrett/Rose 2020).

Die Digitalisierung wird die Landwirtschaft in Deutschland also nachhaltig verändern und damit auch die Entwicklung ländlicher Räume beeinflussen. Die Landwirtschaft ist in einigen Regionen auch weiterhin ein wichtiger Arbeitgeber. Darüber hinaus gestaltet die Landwirtschaft durch ihren großen räumlichen und ökologischen Fußabdruck das Landschaftsbild in ländlichen Räumen entscheidend mit. Landwirtschaftliche Betriebe, die vielfältige Produkte produzieren, können durch Direktvermarktung und Hofläden zudem einen wichtigen Beitrag zur Versorgung und Lebensqualität in ländlichen Räumen leisten. Und nicht zuletzt hat die industrialisierte Landwirtschaft viele negative ökologische Auswirkungen, die sich zuallererst in ländlichen Räumen bemerkbar machen: Pestizide, Monokulturen und große homogene

Schläge tragen zum Artensterben bei und der Einsatz von Düngemitteln belastet das Grundwasser.

Vor diesem Hintergrund fragt der Beitrag danach, wie die Digitalisierung den Strukturwandel und damit einhergehend insbesondere Arbeitsverhältnisse in der deutschen Landwirtschaft beeinflusst. Ich beschränke mich hierbei außer an den explizit gekennzeichneten Stellen auf den Acker- und Gartenbau, da die Tierzucht und Milchproduktion über ein eigenes Repertoire an digitalen Technologien verfügt (siehe z. B. Groher u. a. 2020). Die Forschungsfrage beantworte ich im Rückgriff auf die Arbeitsprozess­theorie sowie den Ansatz des Ernährungsregimes.

Die Datengrundlage des Artikels bilden 14 teilstrukturierte Interviews, die ich von Juni 2020 bis März 2021 telefonisch als Teil einer explorativen Feldforschung zu den sozialen Auswirkungen der Digitalisierung der Landwirtschaft in Deutschland geführt habe. Die Interviews wurden mit der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2004) ausgewertet. Interviewteilnehmende waren Landwirt*innen und gegenwärtig und ehemalige Beschäftigte in der Landwirtschaft sowie Familienarbeitskräfte, die in Teilzeit auf den Höfen ihrer Familien arbeiten. Die Betriebe befinden sich in Brandenburg, Niedersachsen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bayern. Die interviewten Gartenbaubetriebe beschäftigen jeweils zwischen 15 und 30 Saisonarbeitskräfte. Die Landwirte im Ackerbau bewirtschafteten ihr Land dagegen allein oder mit Unterstützung von Familienangehörigen. Ziel war es, Landwirt*innen und Arbeitnehmer*innen zu interviewen, die möglichst unterschiedliche digitale Technologien im Acker- und Gartenbau einsetzen, um ein umfassendes Verständnis verschiedener digitaler Werkzeuge auf den Arbeitsalltag sowie die Betriebsführung zu erhalten. Zudem habe ich Vertreter*innen von Organisationen, die sich für die Belange saisonal beschäftigter Wanderarbeiter*innen einsetzen, Angestellte und Inhaber*innen von Firmen, die digitale Technologien für den Einsatz in der Landwirtschaft herstellen, sowie landwirtschaftliche Berater*innen interviewt. Zusätzlich zu den Interviews habe ich eine dreitägige teilnehmende Beobachtung auf einem landwirtschaftlichen Familienbetrieb durchgeführt, dessen Betreiber kürzlich digitale Landmaschinen angeschafft hat. Ergänzend wurden zudem Dokumente von Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen Organisationen, NGOs, deutschen Verwaltungseinheiten sowie Medienberichte aus dem Zeitraum 2018 bis 2021 zum Thema ausgewertet.

Im Folgenden gebe ich zunächst einen Überblick darüber, was unter der Digitalisierung der Landwirtschaft verstanden wird, und erläutere den Stand

der Digitalisierung der deutschen Landwirtschaft. Daran anschließend beschreibe ich meinen theoretischen Rahmen, der den Ernährungsregimeansatz und die Arbeitsprozessstheorie zusammenbringt. Im empirischen Teil beschäftige ich mich dann mit dem Einfluss der Digitalisierung auf Besitzverhältnisse, Beschäftigung und Arbeitsprozesse in der deutschen Landwirtschaft. Abschließend diskutiere ich die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Strukturwandel der Landwirtschaft in Deutschland sowie die Potentiale und Herausforderungen der digitalen Landwirtschaft für die Entwicklung ländlicher Räume.

1. Die Digitalisierung der Landwirtschaft

Die Digitalisierung der Landwirtschaft umfasst eine große Bandbreite digitaler Technologien, die zunehmend auf landwirtschaftlichen Betrieben, aber auch in die Lieferketten des Agrar- und Ernährungssystems Einzug erhalten (Prause u.a. 2021). Ein wichtiger Teilbereich der Digitalisierung ist die Präzisionslandwirtschaft. Bei Letzterer werden Entscheidungen über den Einsatz etwa von Pestiziden oder Düngemitteln auf der Grundlage einer kleinteiligen Betrachtung der jeweiligen Bedingungen innerhalb eines Feldes getroffen (Clapp/Ruder 2020). Durch die Erstellung digitaler Karten passen entsprechend ausgestattete Landmaschinen beispielsweise die Düngemittelmenge beim Ausbringen automatisch an die jeweiligen Bedingungen innerhalb eines Ackers an. Zu den an den weitesten verbreiteten Technologien gehören globale Positionierungssysteme (GPS) für Landmaschinen und Technologien für die variable Anwendung von Agrarinputs wie Saatgut und Düngemittel (variable rate technologies, VRT). In den letzten Jahren sind Technologien wie Fernerkundung durch Drohnen und die Weiterentwicklung von VRTs durch digitale Kartographie von Feldern hinzugekommen. Auch Roboter werden zunehmend für die Präzisionslandwirtschaft eingesetzt und übernehmen Tätigkeiten wie Säen, Jäten oder Ernten.

Der Einsatz von Landmaschinen für die Präzisionslandwirtschaft ist eng verknüpft mit digitalen Werkzeugen, die Landwirt*innen datenbasierte Entscheidungshilfen und Kontrollmöglichkeiten bieten. Diese Technologien arbeiten mit Daten von Sensoren und teils auch mit künstlicher Intelligenz. Standortspezifische Daten, die auf einem Betrieb erhoben werden, können mit Big-Data Analysen gekoppelt werden, um Entscheidungen für das Farmmanagement und die Bewirtschaftung zu unterstützen. Beispiels-

weise bieten *farm management platforms* datenbasierte Empfehlungen dazu, welches Saatgut gesät werden soll und wie viel Dünger und Pestizide in verschiedenen Bereichen eines Feldes ausgebracht werden sollen (Wolfert u.a. 2017; Carolan 2020). Das Management landwirtschaftlicher Betriebe, die solche digitalen Technologien anwenden, basiert also zunehmend auf Daten und kann aus der Ferne gesteuert beziehungsweise überwacht werden (Wolfert u.a. 2017). Die Digitalisierung der Landwirtschaft zeichnet sich zudem durch eine zunehmende Vernetzung der einzelnen technologischen Teilkomponenten aus. Plattformen zur Datenanalyse, Modellierung und Visualisierung sind mit Traktoren und Drohnen, die mit Sensoren und Satelliten-Internetverbindungen ausgestattet sind und alle Arbeitsvorgänge automatisch dokumentieren, oft mit Hilfe von ›Cloud Computing‹ verknüpft (Clapp/Ruder 2020).

Für die deutsche Landwirtschaft gibt es keine umfassenden statistischen Daten zum Einsatz digitaler Technologien. Eine Umfrage aus dem Jahr 2020 von Bitkom und dem Deutschen Bauernverband mit 500 landwirtschaftlichen Betrieben legt nahe, dass etwa 80 % der Betriebe eine Form von digitaler Technologie nutzen (Rohleder u.a. 2020). Am weitesten verbreitet sind simple digitale Technologien zur Betriebsführung. 64 % der Befragten nutzten Messenger und 59 % digitale Ackerschlagkarteien beziehungsweise Sauen- oder Kuhplaner. Knapp die Hälfte der befragten Landwirt*innen gab zudem an, Fütterungsautomaten beziehungsweise intelligente Fütterungssysteme, GPS-gestützte Landmaschinen oder Smartphone-Anwendungen zu nutzen. Deutlich weniger im Einsatz sind bislang komplexere digitale Technologien wie Drohnen oder Robotik. Die Anwendung digitaler Technologien ist hierbei bei großen Betrieben über 100 Hektar deutlich weiter verbreitet als bei kleineren Betrieben.

Was diese Umfrage nicht erfasst hat, sind Software-Programme zur Betriebsführung und Arbeitnehmer*innenverwaltung, die insbesondere im Gartenbau für Betriebe, die Sonderkulturen wie Spargel oder Erdbeeren anbauen, relevant sind. Der Anbau von Sonderkulturen ist arbeitsintensiv und diese Betriebe beschäftigen in der Regel eine größere Anzahl von festen und/oder saisonalen Arbeitskräften. Ein Unternehmen, das Software zur Verwaltung von Verträgen, Erfassung von Arbeitszeiten, Arbeitsdokumentation, Lohnabrechnungen und Sozialversicherungsansprüchen von Saisonarbeiter*innen anbietet, gibt an, dass derzeit mehr als 40 % aller Saisonarbeiter*innen in Deutschland mit seiner Softwarelösung verwaltet werden (Agroproject 2021). Viele andere Arbeitgeber*innen nutzen ver-

mutlich ähnliche digitale Werkzeuge. Einige Unternehmen bieten zudem eine Kombination aus Software-Tools und Erntemaschinen an (Interview Digital-Farming-Unternehmen, 25.8.2020). Dies ermöglicht die genaue Messung der Arbeitszeit und Geschwindigkeit eine*r*s Arbeiter*in*s auf dem Feld. Die dadurch gewonnenen Daten werden automatisch an die Arbeitnehmer*innenverwaltungs-Software gesendet, um die Gesamtarbeitszeit jedes*r Arbeiter*in zu berechnen.

Um die Auswirkungen des Einsatzes solcher digitaler Technologien auf die deutsche Landwirtschaft und damit auch auf ländliche Räume genauer zu untersuchen, greife ich auf die Ansätze des Agrarernährungsregimes und der Arbeitsprozessstheorie zurück.

2. Ernährungsregime und Arbeitsprozessstheorie

Der Ansatz des Ernährungsregimes beschreibt die historischen Veränderungen der Landwirtschaft und ihre Einbettung in die jeweiligen politischen und ökonomischen Verhältnisse unter Rückgriff auf die neomarxistische Regulationstheorie (Friedmann/McMichael 1989). Die zwei historischen Regime, die hierbei identifiziert werden, sind ein kolonial geprägtes Ernährungsregime, das von den 1870er-Jahren bis zum Ersten Weltkrieg entstand, und ein produktivistisches Ernährungsregime, das sich seit dem Zweiten Weltkrieg durchsetzte (ebd.). Ein drittes Ernährungsregime, das sogenannte corporate food regime hat sich in den 1980er und 1990er-Jahren herausgebildet (McMichael 2009).

Im zweiten produktivistischen Ernährungsregime setzte sich in den westlichen Industrienationen eine landwirtschaftliche Produktion durch, die durch Industrialisierung, Mechanisierung und den zunehmenden Einsatz chemischer Düngemittel und Pestiziden, und damit einer Intensivierung der Bewirtschaftung des Bodens sowie einer stärkeren Konzentration des Landbesitzes gekennzeichnet ist (Akram-Lodhi 2019). Durch die Mechanisierung nahm die Anzahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten in den Industrienationen rapide ab. Technologische Entwicklungen spielten eine wichtige Rolle bei der Ausgestaltung des zweiten Ernährungsregimes, allerdings immer flankiert von politischen Regulierungen, Normen, Diskursen und Handelsabkommen. Erst sich wandelnde politische Regulierungen, insbesondere die Subventionspolitik westlicher Industrienationen, verhalfen dem produktivistischen Regime zum Durchbruch (McMichael 2009).

Das produktivistische Produktionsmodell setzt sich im dritten Ernährungsregime, das in den 1980er-Jahren entstand, bis heute fort (Akram-Lodhi 2019). Durch technologische Entwicklungen bei der Kühlung von Lebensmitteln, dem Ausbau von Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Liberalisierung von Agrarmärkten wurde der Lebensmittelhandel zu einem globalen Geschäft, bei dem Supermärkte eine starke Stellung innerhalb globalisierter landwirtschaftlicher Lieferketten einnahmen (Burch/Lawrence 2009). Agrarerzeugnisse werden nicht mehr primär in kleinen inhabergeführten Läden oder auf Märkten an die Konsument*innen, sondern in großen Stückzahlen an die lebensmittelverarbeitende Industrie und Supermarktketten verkauft (Friedmann 2005). Dies führte zu einem starken Preisdruck auf Produzent*innen und einer Zunahme von prekären saisonalen Beschäftigungsverhältnissen in der Landwirtschaft. Migrantische Arbeiter*innen mit häufig unsicherem Aufenthaltsstatus spielen hierbei eine immer wichtigere Rolle und übernehmen insbesondere manuelle Tätigkeiten während der Ernte (Jakobsen 2021).

Der Ansatz des Ernährungsregimes sagt jedoch relativ wenig darüber aus, wie die Arbeit auf landwirtschaftlichen Betrieben konkret ausgestaltet ist. Landwirtschaftliche Produktionsweisen basieren allerdings immer auf bestimmten Arbeitsverhältnissen (ebd.). Der food regime-Ansatz erkennt dies zwar an, allerdings bietet er kein Werkzeug für die Analyse von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsprozessen: Arbeiter*innen in der Landwirtschaft werden oft ausgeblendet (Pye 2021). Gerade technologische Entwicklungen wie die Digitalisierung beeinflussen jedoch maßgeblich, wie in der Landwirtschaft gearbeitet wird. Für die in der Landwirtschaft tätigen Menschen ist zentral, ob technologische Entwicklungen dazu beitragen, ob Arbeitsplätze in der Landwirtschaft geschaffen werden oder verloren gehen sowie unter welchen Bedingungen welche Art von Arbeit von wem verrichtet wird.

Ich nutze daher ergänzend die Arbeitsprozessstheorie, um zu analysieren, wie sich Arbeit auf ländlichen Betrieben durch die Digitalisierung verändert. Die Arbeitsprozessstheorie ist weniger eine in sich geschlossene Theorie als ein theoretischer Zugang, der gemeinsame Grundannahmen teilt und die Analyse des Arbeitsprozesses ins Zentrum stellt (Edwards 1990). Im Anschluss an Marx argumentiert die Arbeitsprozessstheorie, dass Kapitalbesitzer*innen im Produktionsprozess die Arbeitskraft der Arbeiter*innen einkaufen, allerdings nicht deren konkrete Arbeit. Sie müssen also sicherstellen, dass die eingekaufte Arbeitskraft auch in konkrete Arbeit verwandelt wird (Littler/Salman 1982). Dies tun Kapitalbesitzer*innen durch die Kontrolle über Arbeiter*in-

nen. Hierbei versuchen sie den Arbeitsprozess zu intensivieren, damit sie mit der eingekauften Arbeitskraft möglichst großen Mehrwert erzielen und sich so auf dem von Konkurrenzdruck gezeichneten Markt behaupten können. Die Arbeitsprozessstheorie wurde zwar im Hinblick auf die Analyse von Arbeit im Industriesektor entwickelt, mittlerweile hat der Ansatz jedoch auch Eingang in die Analyse landwirtschaftlicher Arbeitsverhältnisse gefunden (Brunner 2017; Greco 2019; Prause 2021).

Ein wichtiger Fokus der Arbeitsprozessstheorie ist die technische Ausgestaltung des Arbeitsprozesses. Diese spielt bei der Kontrolle von Arbeiter*innen und der Intensivierung von Arbeitsprozessen eine wichtige Rolle (Braverman 1974). Neuere Arbeiten haben in den Industrie- und Dienstleistungssektoren gezeigt, dass digitale Technologien ganz neue Formen der Arbeitskontrolle und der kleinteiligen Messung der Arbeitsleistung einzelner Arbeiter*innen ermöglichen. Bekannte Beispiele sind die Armbänder, die Mitarbeiter*innen in den Warenlagern von Amazon tragen, um die von ihnen zurückgelegten Wege innerhalb des Warenlagers, ihre Effizienz beim Zusammenstellen der Kisten und damit ihre Arbeitsleistung detailliert zu überwachen und ihre Leistung zu optimieren (Salame 2018). Dies wird als »digitaler Taylorismus« bezeichnet. Auch in der Landwirtschaft hat die Einführung neuer Technologien das Potential, Arbeitsverhältnisse und Arbeitsprozesse zu verändern und damit die Ausgestaltung des Ernährungsregimes zu beeinflussen. Hierbei können bestehende Produktions- und Arbeitsverhältnisse stabilisiert oder Veränderungen im Ernährungsregime angestoßen werden.

3. Die nächste landwirtschaftliche Revolution?

Politiker*innen und Digital Farming Unternehmen sprechen im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Landwirtschaft gerne von der nächsten landwirtschaftlichen Revolution. Das suggeriert eine radikale Neuordnung der landwirtschaftlichen Produktionsweisen. Inwiefern dies auf Deutschland zutrifft, analysiere ich im folgenden Abschnitt mit Hilfe der theoretischen Brille aus dem Ernährungsregime und der Arbeitsprozessstheorie. Konkret frage ich, wie die Digitalisierung im Kontext aktueller agrarpolitischer Regulierungen den Strukturwandel und Arbeitsverhältnisse in der deutschen Landwirtschaft beeinflussen.

3.1 Digitalisierung, Landkonzentration und landwirtschaftliche Produktion

Die deutsche Landwirtschaft ist seit Beginn des zweiten Ernährungsregimes durch einen deutlichen Rückgang der Anzahl der Betriebe geprägt. 1949 gab es in Deutschland noch über 1,6 Millionen landwirtschaftliche Betriebe, 1991 noch knapp 550.000 und 2020 waren es nur noch 263.500 (Deutscher Bauernverband 2021; Statistisches Bundesamt 2021). Gleichzeitig stieg die durchschnittliche Größe der landwirtschaftlichen Betriebe deutlich an: 2020 lag sie bei 63 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche je Betrieb. Das sind 13 % mehr als vor zehn Jahren, als ein Betrieb durchschnittlich 56 Hektar bewirtschaftete (Statistisches Bundesamt 2021). 1960 bewirtschaftete ein landwirtschaftlicher Betrieb in Deutschland sogar nur 8,7 Hektar. Heute entfallen auf die 5 % der größten Höfe mehr als 40 % der landwirtschaftlichen Flächen (Bundeszentrale für politische Bildung 2021).

Die Digitalisierung der Landwirtschaft könnte diesen Trend weiter verstärken. Weit verbreitete digitale Technologien für die Landwirtschaft sind heute fast alle in Besitz großer Agrarkonzerne. Die von diesen Unternehmen digitalisierten modernen Landmaschinen können nur auf großen und homogenen Schlägen optimal eingesetzt werden (Carolan 2020). Im Interview verwies ein Landwirt mit einem relativ kleinen Familienbetrieb darauf, dass sich für ihn ebenso wie für seine Nachbarn mit kleinen Betrieben die Anschaffung der großen digitalen Landmaschinen nicht lohne, weil man mit diesen auf »kleinen und krummen« Äckern nicht gut manövrieren könne (Interview Landwirt, 23.9.2020). Zudem funktionieren wichtige *farm management* Plattformen wie beispielsweise *climate field view* von Bayer nur für bestimmte Pflanzensorten und die konventionelle, mit chemischem Input wirtschaftende Landwirtschaft optimal (Carolan 2020). Betriebe, die mit alten Sorten oder alternativen Anbauweisen auf kleinen Höfen arbeiten, können von vielen weit verbreiteten digitalen Produkten und Maschinen also deutlich weniger profitieren (Rotz u.a. 2019). Digitalisierte Landmaschinen sind zudem sehr kapitalintensiv. Auch hier besteht das Risiko, dass, ähnlich wie im Prozess der Industrialisierung der Landwirtschaft, kleinere Betriebe die Kosten nicht tragen können und nicht mehr konkurrenzfähig sind (BMEL 2021).

Es gibt jedoch auch die Hoffnung, dass gerade die Digitalisierung zum Erhalt kleinerer Höfe beitragen könnte. In einer Umfrage im Jahr 2018 gaben etwa 25 % der befragten Landwirt*innen an, dass bislang kein*e Hofnachfolger*in gefunden wurde, obwohl eine Hofübergabe in den nächsten zehn Jah-

ren geplant ist. Bei kleineren Betrieben liegt dieser Anteil mit 38 % höher als bei größeren Betrieben (Deutscher Bauernverband 2020). Digitalisierung, so die Hoffnung, könne die Landwirtschaft wieder attraktiver und auch profitabler machen, indem das Berufsfeld durch die nötigen digitalen Qualifikationen aufgewertet wird und Höfe durch den Einsatz digitaler Technologien profitabler wirtschaften können (Interview Landwirtschaftskammer, 12.11.2020). Landwirt*innen, die ihren Hof allein oder gemeinsam mit Familienmitglieder*innen bewirtschaften, empfinden digitale Technologien zudem als einen wichtigen Beitrag zur Arbeitserleichterung (Rohleder u.a. 2020).

Bislang liegen keine Daten dazu vor, inwiefern die Digitalisierung den Strukturwandel in der Landwirtschaft beschleunigt oder abbremst. Grundsätzlich hat sich das Höfesterben in den letzten Jahren leicht verlangsamt, allerdings hat sich auch die problematische Nachfolger*innensuche nicht verbessert (Deutscher Bauernverband 2021). Die Ausrichtung der dominierenden kommerziellen digitalen Technologien liegt jedoch auf dem Einsatz auf großen, homogenen Schlägen und ist sehr kapitalintensiv. Dies wird den Trend zu immer größeren landwirtschaftlichen Betrieben vermutlich weiter vorantreiben und das produktivistische Modell der deutschen Landwirtschaft weiter stabilisieren. Die Digitalisierung wird zudem von politischen Maßnahmen flankiert, die keinesfalls eine Abkehr von der produktivistischen Produktionsweise des dritten Ernährungsregimes signalisieren. Die Digitalisierung soll es stattdessen ermöglichen, »mehr mit weniger« (chemischen Inputs) zu produzieren (EIP-AGRI 2021), was auf eine Kontinuität der Bewirtschaftungsformen des zweiten und dritten Ernährungsregimes verweist (Prause u.a. 2021; Clapp/Ruder 2020).

3.2 Digitalisierung und Beschäftigung in der Landwirtschaft

Studien zur Digitalisierung der Landwirtschaft gehen davon aus, dass insbesondere manuelle Arbeitsschritte, die derzeit in Deutschland meist von saisonalen Wanderarbeiter*innen durchgeführt werden, wie beispielsweise das Unkrautjäten oder Ernten, zukünftig verstärkt von Robotern und automatisierten Maschinen übernommen werden und entsprechende Arbeitsplätze wegfallen (Rotz u.a. 2019; BMEL 2021). Insgesamt arbeiteten 2020 etwa 940.000 Menschen in der Landwirtschaft, davon sind etwa 286.000 Menschen als Saisonarbeitskräfte beschäftigt (Deutscher Bauernverband 2021). In Deutschland setzen bislang nur 12 % der landwirtschaftlichen Betriebe Roboter ein, allerdings deuten Umfragen darauf hin, dass sich dieser Anteil in den

nächsten Jahren weiter erhöhen wird (Rohleder u.a. 2020). Auch alle für diesen Beitrag interviewten Landwirt*innen, die im Obst- und Gemüseanbau tätig sind, gaben an, dass sie sich zukünftig Ernteroboter anschaffen wollen, um ihren Bedarf an saisonalen Arbeitskräften zu verringern. Mittelfristig kann also auch für die deutsche Landwirtschaft davon ausgegangen werden, dass niedrigqualifizierte Jobs, die häufig von Wanderarbeiter*innen getätigt werden, in ländlichen Räumen zurückgehen werden.

Allerdings könnten durch die Möglichkeit der Digitalisierung auch höherqualifizierte Arbeitsplätze in der Landwirtschaft aus ländlichen Regionen in die Städte abwandern. Digitale Technologien ermöglichen es, immer mehr Arbeiten in der Landwirtschaft aus der Ferne zu steuern und auszuführen (Wolfert u.a. 2017). Die Bedingungen auf den Feldern wie die Bodenqualität oder Trockenheit muss nicht mehr durch ortsgebundene Tätigkeiten wie einem Gang übers Feld geprüft werden, sondern kann am Computer analysiert werden, wenn entsprechende Daten durch Sensoren oder Drohnen vorhanden sind. Datengestützte Analysen werden zunehmend auch von externen Dienstleistern angeboten, die ihre Büros nicht zwingend in ländlichen Räumen haben (Interview Landwirt und Dienstleister, 20.11.2020). Digitale Technologien verstärken damit den von Landwirt*innen schon länger beschriebenen Trend, dass sich ihre Arbeit zunehmend vom Feld ins Büro verlagere (Interview Landwirte, 17.7.2020; 23.9.2020). Ob diese Büros zukünftig auch weiterhin im ländlichen Raum liegen werden, wird sich in den nächsten Jahren zeigen.

3.3 Neue Formen der Kontrolle über Arbeit in der Landwirtschaft

Digitale Technologien verändern zudem die Arbeitsprozesse auf landwirtschaftlichen Betrieben. Die Digitalisierung ermöglicht es, dass neue Formen von Kontrolle von Arbeitnehmer*innen auch in der Landwirtschaft Einzug erhalten (Prause 2021). Digital vernetzte Landmaschinen beispielsweise zeichnen die exakten Wege, die Maschinenfahrer*innen zurücklegen, sowie die Ernteleistung detailliert auf und können vom Betriebsmanager jederzeit im Büro eingesehen werden. Ein ehemaliger Angestellter eines großen landwirtschaftlichen Betriebs beschreibt dies wie folgt:

»[...] der Chef hat im Büro gesessen, hat auf seinem Rechner gesehen, wo seine Schlepper sind, wer die Fahrer sind, wie schnell die fahren, wie die Maschinen eingestellt sind usw. und konnte dann natürlich dementsprechend

auch so ein Benchmarking durchführen von den Mitarbeitern wie effizient die gearbeitet haben, wie schnell die in die Ecken rein rangiert sind« (Interview ehemaliger Angestellter eines landwirtschaftlichen Betriebs, 9.11.2020).

Diese digital ermöglichte Überwachung war für den Angestellten auch ein dauerhafter Druck, seine eigene Leistung weiter zu optimieren:

»[...] als Mitarbeiter [...] ist man da nicht so entspannt, weil man immer den Optimierungsdruck im Nacken hat.« (Ebd.)

Auch für andere Tätigkeiten in der Landwirtschaft werden mittlerweile digitale Technologien eingesetzt, die als digitaler Taylorismus bezeichnet werden können. Im Sonderkulturanbau gibt es etwa eine Kombination aus Erntemaschine und Arbeitnehmer*innenverwaltungssoftware, die Arbeitszeit einer Arbeitnehmer*in minutiös erfassen kann. Bewegt sich die Erntemaschine für längere Zeit nicht, beispielsweise, weil der*die Arbeiter*in eine Zigarettenpause macht, kann diese Zeit automatisch vom Lohn abgezogen werden. Ein Landwirt, der diese Technologie einsetzt, beschreibt dies als »[...] Big brother is watching you [...]« (Interview Landwirt, 23.9.2020).

Die Digitalisierung der Landwirtschaft geht also mit einer weiteren Intensivierung des Arbeitsprozesses einher und setzt den seit dem zweiten Ernährungsregime etablierten Trend zu einer Reduzierung der in der Landwirtschaft tätigen Personen fort. Das dritte Ernährungsregime, das darauf ausgerichtet ist, große Massen an Agrarprodukten möglichst billig zu produzieren, wird also durch die Digitalisierung gestützt. Dies ist besonders problematisch für saisonale Arbeiter*innen, die in Deutschland fast die Hälfte der Arbeitnehmer*innen in der Landwirtschaft ausmachen. Ihre Arbeit ist körperlich oftmals sehr fordernd und der Klimawandel mit höheren Temperaturen und länger anhaltenden Hitzeperioden verschärft ihre Arbeitsbedingungen weiter. Eine zunehmende Intensivierung des Arbeitsprozesses kann also auch mit gesundheitlichen Risiken für diese Menschen einhergehen. Wanderarbeiter*innen verfügen dabei über wenig Möglichkeiten, ihre Rechte im Hinblick auf Arbeitsbedingungen oder Datenschutz durchzusetzen. Sie sind gewerkschaftlich besonders schlecht repräsentiert. Zudem sind sie meistens keine Muttersprachler*innen und stehen damit vor sprachlichen Schwierigkeiten, die es ihnen weiter erschweren, ihre Rechte einzufordern.

4. Fazit und Diskussion: Digitalisierung der Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Was bedeutet die Digitalisierung für den Strukturwandel der deutschen Landwirtschaft und die Entwicklung ländlicher Räume?

Erstens ist davon auszugehen, dass sich der Trend der Abnahme von in der Landwirtschaft beschäftigten Personen, den wir seit der Etablierung des zweiten *food regimes* in industrialisierten Landwirtschaften beobachten, fortsetzt. Aktuell sind die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Anzahl der Arbeitsplätze in der deutschen Landwirtschaft zwar noch begrenzt, allerdings wird mit einer Zunahme von Robotik und Automatisierung die Nachfrage nach niedrigqualifizierten Arbeitskräften zurückgehen. Für ländliche Gemeinden hieße das, dass sie zukünftig mit weniger Wanderarbeiter*innen zu rechnen hätten, aber auch, dass dauerhafte Jobs in der Landwirtschaft, in denen überwiegend manuelle Tätigkeiten durchgeführt werden, abgebaut werden könnten. Für höherqualifizierte Arbeitnehmer*innen ebenso wie Landwirt*innen stellt sich die Frage, ob diese ihre Arbeit zukünftig weiterhin in ländlichen Gemeinden, auf den Betrieben selbst, oder, ermöglicht durch digitale Technologien, aus der Distanz erledigen.

Zweitens verändert sich die Qualität der Arbeit in der Landwirtschaft. Die Digitalisierung trägt schon heute dazu bei, dass Arbeitsprozesse auf landwirtschaftlichen Betrieben unter Rückgriff auf Formen des digitalen Taylorismus intensiviert und Arbeiter*innen stärker kontrolliert werden. Gleichzeitig können digitale Technologien gerade für Landwirt*innen selbst und das Management großer Betriebe eine Erleichterung darstellen. Ob die Digitalisierung das Berufsbild Landwirt*in aufwertet und so einzelnen Betrieben die Nachfolger*innensuche erleichtert, ebenso wie die Frage, ob Fachkräfte durch die neuen digitalen Kontrollmethoden abgeschreckt werden oder eine Ausbildung in der Landwirtschaft durch die erweiterten nötigen digitalen Qualifikationen attraktiver wird, ist derzeit noch offen. Klar ist allerdings, dass die Digitalisierung den produktivistischen Trend des dritten *food regimes* stützt, indem landwirtschaftliche Betriebe immer mehr mit immer weniger Arbeitskräften produzieren.

Drittens ist davon auszugehen, dass die Digitalisierung den Trend des Höfesterbens und der Landkonzentration in Deutschland nicht brechen wird. Hohe Investitionskosten für digitale Landmaschinen sowie die Tatsache, dass sich viele digitale Maschinen nur auf großen homogenen Schlägen, auf denen weit verbreitete Sorten konventionell angebaut werden, optimal einset-

zen lassen, können dazu beitragen, dass kleinere Betriebe nicht mehr konkurrenzfähig bleiben. Die Digitalisierung der Landwirtschaft, so wie sie derzeit ausgestaltet ist, ist also wenig revolutionär, sondern verstetigt die produktivistischen Tendenzen, die für das zweite und dritte *food regime* kennzeichnend sind. Die industrialisierte Bewirtschaftungsform wird etwas ›grüner‹ gemacht, ohne eine radikale Abkehr vom aktuellen Produktionssystem zu signalisieren.

Was bedeuten diese Dynamiken für die Entwicklung ländlicher Räume? Neben einem möglichen Verlust von Arbeitsplätzen in ländlichen Gemeinden ist fraglich, ob kleinere, familiengeführte Höfe sich in der Digitalisierung behaupten können. Mit ihrer kleinteiligen Landwirtschaft tragen kleine Höfe häufig zu einem diverseren Landschaftsbild bei, was wiederum der Lebensqualität in ländlichen Gemeinden zu Gute kommen. Attraktive Landschaftsbilder sind wiederum zentral, um Tourismus als Einnahmequelle in ländlichen Räumen zu etablieren. Erst in den letzten Jahren haben sich Landwirt*innen und ländlichen Gemeinden durch ›Urlaub auf dem Bauernhof- und ›Urlaub auf dem Land‹-Angebote zunehmend neue Einnahmequellen eröffnet (Deutscher Bauernverband 2021).

Auch unter ökologischen Gesichtspunkten bietet die digitale Landwirtschaft keine wirkliche Abkehr vom Status quo. Inkrementale Verbesserungen bei dem Ausbringen von Düngemitteln und Pestiziden sind nicht genug, um das Artensterben zu stoppen und die Nitratbelastung im Grundwasser entscheidend zu reduzieren. Ländliche Räume werden also auch weiterhin von den negativen ökologischen Auswirkungen der industrialisierten Landwirtschaft betroffen sein.

Allerdings ist die Digitalisierung nur ein Einflussfaktor unter vielen auf die Ausgestaltung der deutschen Landwirtschaft. Wie diese sich zukünftig entwickelt, hängt maßgeblich von der politischen Regulierung des Sektors und den Anreizen ab, die für bestimmte Bewirtschaftungsformen und technologische (digitale) Neuerungen durch Subventionen und Förderprogramme gesetzt werden. Diese müssten klimafreundliche Anbauweisen unterstützen, alternative Organisationsformen wie Solidarische Landwirtschaften ebenso wie den Ausbau qualifizierter Arbeitsplätze in der Landwirtschaft fördern, statt wie aktuell das Modell der produktivistischen Landwirtschaft zu stabilisieren. Digitale Technologien könnten hierbei durchaus eine Rolle spielen, wenn diese als Open Source verfügbar sind und speziell für kleinteilige, vielfältige und nachhaltige Ansätze in der Landwirtschaft entwickelt werden. Eine solche Landwirtschaft könnte dann auch zu einer Verbesserung der Le-

bensqualität und einer nachhaltigen Entwicklung in ländlichen Räumen beitragen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Agroproject (2021): SoF.HiE. Software zur Verwaltung von Helfern im Einsatz. 2020. <https://www.agroproject.de/soffie> (letzter Zugriff am 29.3.2021).
- Akram-Lodhi, A. H. (2019): Food Regime. In: Brunner, J./Dobelmann, A./Kirst, S. Prause, L. (Hg.) Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte. Bielefeld: transcript, 79-87.
- Barrett, H./Rose, C.D. (2020): Perceptions of the Fourth Agricultural Revolution: What's In, What's Out, and What Consequences are Anticipated? In: Sociologia Ruralis. (Online first).
- Bayer (2021): Die Rolle der Landwirtschaft beim Klimaschutz. <https://www.cropscience.bayer.com/de/menschen-und-unsere-erde/klimawandel> (letzter Zugriff am 2.11.2021).
- BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2021): Digitalisierung in der Landwirtschaft. Chancen nutzen – Risiken minimieren. Berlin: BMEL. <https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/105-strukturdaten-oeko-landbau.html> (letzter Zugriff am 20.8.2021).
- Braverman, H. (1974): Labor and Monopoly Capital. New York: Monthly Review Press.
- Brunner, J. (2017): Die Verhandlungsmacht von Arbeiter*innen und Gewerkschaften in landwirtschaftlichen Transformationsprozessen: Eine Analyse des Zuckerrohrsektors im Bundesstaat São Paulo. In: GLOCON Working Paper Series. Berlin: »Global change-local conflicts« Research Group.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2021): Wachsen oder Weichen – Deutsche Landwirtschaft im Strukturwandel. <https://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/landwirtschaft/325872/strukturwandel> (letzter Zugriff am 26.8.2021).
- Burch, D./Lawrence, G. (2009): Towards a Third Food Regime: Behind the Transformation. In: Agriculture and Human Values 26(4), 267-279.
- Carolan, M. (2020): Acting Like an Algorithm: Digital Farming Platforms and the Trajectories They (Need not) Lock-in. In: Agriculture and Human Values 37, 1041-1053.

- Clapp, J./Ruder, S.L. (2020): Precision Technologies for Agriculture: Digital Farming, Gene-Edited Crops, and the Politics of Sustainability. In: *Global Environmental Politics* 20(3), 49-69.
- Deutscher Bauernverband (2021): Situationsbericht 2020/2021. <https://www.bauernverband.de/situationsbericht/1-landwirtschaft-und-gesamtwirtschaft-1/12-jahrhundertvergleich> (letzter Zugriff am 26.8.2021).
- Deutscher Bauernverband (2020): Situationsbericht 2019/2020. <https://www.bauernverband.de/situationsbericht-19/3-agrarstruktur/35-arbeitskraefte-e-auszubildende-und-hofnachfolger> (letzter Zugriff am 26.8.2021).
- Edwards, P. K. (1990): Understanding Conflict in the Labour Process: The Logic and Autonomy of Struggle. In: Knights, D./Wilmott, H. (Hg.): *Labour Process Theory*. Houndsmill, Basingstoke, Hampshire, London: Macmillan, 125-152.
- EIP-AGRI – Europäische Innovationspartnerschaft für landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit (2021): Die digitale (R)evolution in der Landwirtschaft gestalten. https://ec.europa.eu/eip/agriculture/sites/default/files/eip-agri_brochure_digital_revolution_2018_de_web.pdf. (letzter Zugriff am 26.8.2021).
- EURACTIV (2021): Klöckner: Digitale Anwendungen sind »Lösungsbringer« für die Landwirtschaft. <https://www.euractiv.de/section/gap-reform/news/kloekner-digitale-andwendungen-sind-loesungsbringer-fuer-die-landwirtschaft/> (letzter Zugriff am 2.11.2021).
- Friedmann, H./McMichael, P. (1989): Agriculture and the state system: The rise and decline of national agricultures, 1870 to the present. In: *Sociologia Ruralis* 29(2), 93-117.
- Friedmann, H. (2005): From Colonialism to Green Capitalism: Social Movements and Emergence of Food Regimes. In: Buttel, F./McMichael, P (Hg.): *New Directions in the Sociology of Global Development*, Bingley: Emerald Group Publishing Limited, 227-264.
- Greco, E. (2019): Global value relations and local labour control regimes in rice farming in Uganda and Tanzania. In: *Organization* 27(2), 213-231.
- Groher, T./Heitkämper, K./Umstätter, C. (2020). Digital Technology Adoption in Livestock Production with a Special Focus on Ruminant Farming. In: *Animal* 14(11), 2404-2413.
- Jakobsen, J. (2021): New Food Regime Geographies: Scale, State, Labor. In: *World Development* 145. (Online first).
- Littler, C. R./Salman, G. (1982): Bravermania and Beyond: Recent Theories of the Labor Process. In: *Sociology* 16(2), 251-269.

- Mayring, P. (2004): Qualitative Content Analysis. In: Flick, U./von Kardorff, E./Stenke, I. (Hg.): *A Companion to Qualitative Research*. London, New Dehli: Sage, 266-269.
- McMichael, P. (2009): A Food Regime Genealogy. In: *The Journal of Peasant Studies* 36(1), 139-169.
- Prause, L. (2021): Digital Agriculture and Labor: A Few Challenges for Social Sustainability. In: *Sustainability* 13(11), 5980.
- Prause, L./Hackfort, S./Lindgren, M. (2021): Digitalization and the Third Food Regime. In: *Agriculture and Human Values* 38, 641-655.
- Pye, O. (2021): Agrarian Marxism and the Proletariat: a Palm Oil Manifesto. In: *The Journal of Peasant Studies* 48(4), 807-826.
- Rohleder, B./Krüksen, B./Reinhardt, B. (2020): *Digitalisierung in der Landwirtschaft 2020*. Berlin: Bitkom, Deutscher Bauernverband, Rentenbank.
- Rotz, S./Gravely, E./Mosby, I./Duncan, E./Finnis, E./Horgan, M./LeBlanc, J. (2019): Automated Pastures and the Digital Divide: How Agricultural Technologies are Shaping Labour and Rural Communities. In: *Journal of Rural Studies* 68, 112-122.
- Salame, R. (2018): The New Taylorism. https://www.jacobinmag.com/2018/02/amazon-wristband-surveillance-scientific-management?__cf_chl_jschl_tk__=pmd_JyYIwXpHFkPLU.JgDNJ_TYJMClyabsbu1IG_unLWYRg-1629468632-0-gqNtZGzNAmWjcnBszQhl (letzter Zugriff am 2.11.2021).
- Statistisches Bundesamt (2021): Strukturwandel in der Landwirtschaft hält an. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/01/PD21_028_412.html (letzter Zugriff am 26.8.2021).
- Wolfert, S./Ge, L./Verdouw, L./Bogaardt, M. J. (2017): Big Data in Smart Farming – A review. In: *Agricultural Systems* 153, 69-80.

Bauernbashing?

Aktuelle Diskurse zum landwirtschaftlichen Strukturwandel in Deutschland

Kim Marei Kusserow

Wachsen oder Weichen?, selbstfahrende Schlepper, Bauernbashing, Bienensterben und Nachfolge: ja oder nein? – dieses sind nur einige Schlagworte, die aktuell in Verbindung mit der Landwirtschaft in Deutschland thematisiert werden. Seit langer Zeit vollzieht sich in der Landwirtschaft ein Strukturwandel, der mit verschiedenen Entwicklungen wie zum Beispiel der Steigerung der Produktivität oder veränderter Arbeitsorganisation und -struktur einhergeht. Wie nehmen Landwirt*innen und andere Akteur*innen in der Landwirtschaft diese Veränderungen der landwirtschaftlichen Arbeit sowie die gesellschaftlichen Diskurse darüber wahr und wie bewerten sie diese? Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in der Landwirtschaft wird in dem vorliegenden Artikel die Frage nach den Auswirkungen des Strukturwandels auf das Image der Landwirtschaft in Deutschland aus der Perspektive landwirtschaftlicher Akteur*innen – Betriebsleiter*innen und Vertreter*innen von landwirtschaftlichen Verbänden – diskutiert.

Um in das Thema einzuführen, werden zunächst die zentralen Elemente des Strukturwandels in der bundesdeutschen Landwirtschaft erläutert. Weiterhin wird unter Berücksichtigung bereits bestehender Forschungserkenntnisse speziell das Image der Landwirt*innen in der deutschen Gesellschaft beleuchtet. Daran anschließend werden die Ergebnisse von qualitativen Interviews mit landwirtschaftlichen Akteur*innen vorgestellt und diskutiert. Der Artikel schließt mit einem Überblick über die zentralen Erkenntnisse und daraus folgende Handlungsbedarfe.

1. Der Strukturwandel in der bundesdeutschen Landwirtschaft

Bereits seit einigen Jahrzehnten befindet sich die Landwirtschaft in Deutschland in einem komplexen Strukturwandel. Hierzu zählen technische Entwicklungen, die Arbeitsschritte vereinfachen und effizienter machen, was enorme Produktivitätssteigerungen zur Folge hat und einen geringeren Einsatz von Arbeitskräften ermöglicht (vgl. DBV 2019; Klärle 2018). Technische und digitale Arbeitsmittel sind in der Landwirtschaft bereits weit verbreitet (vgl. Rohleder/Krüsken 2016), die Lebensmittelproduktion wird zunehmend industrialisiert (vgl. Maschke u.a. 2020, 11f.) und immer weniger Arbeitskräfte können heute immer mehr Produkte erzeugen (vgl. DBV 2019). Konnten im Jahr 1900 mit den von einer/einem Landwirt*in produzierten Nahrungsmitteln vier Menschen versorgt werden, waren es im Jahr 2017 nunmehr 140 Personen (DBV 2019, 17). Der erhebliche Rückgang der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte spiegelt diese Entwicklung wider – Anfang des 20. Jahrhunderts waren rund 38 % der Erwerbstätigen in Deutschland in der Landwirtschaft beschäftigt, im Jahr 2018 war es nur noch etwa 1 % (DBV 2019, 17).

Gleichzeitig sinkt auch die Anzahl der Betriebe, während die Größe der bestehenden Betriebe zunimmt (BMEL 2020, 7). Unterschiedliche Gründe, zum Beispiel ungeklärte Hofnachfolgesituationen oder eine fehlende ökonomische Perspektive, haben zur Folge, dass Landwirt*innen ihre Betriebe aufgeben beziehungsweise aufgeben müssen (vgl. ebd.). Bestehende Betriebe übernehmen die Flächen und erleben dadurch einen Wachstumsprozess (vgl. ebd.), der das sogenannte *Wachsen oder Weichen* begünstigt. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Deutschland wird somit von immer weniger, aber immer größeren Betrieben bewirtschaftet (BMEL 2020,7; Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2021, 22). Daneben beschleunigen auch veränderte Finanzierungsmodelle etwa durch Finanzkapital die Industrialisierung der Landwirtschaft (vgl. Maschke u.a. 2020, 19f.). Die fortschreitende Finanzialisierung sowie die Globalisierung des Marktes nehmen immer stärkeren Einfluss auf die Landwirtschaft (vgl. ebd.). Landwirt*innen geraten durch sinkende Weltmarktpreise und gestiegenen Konkurrenzkampf zunehmend unter Druck, ihre Waren möglichst günstig zu produzieren (vgl. ebd.).

Zusätzlich zu den bisher aufgeführten Aspekten haben sich auch die Arbeitsinhalte, -anforderungen und -strukturen der landwirtschaftlichen Arbeit im Zuge des Strukturwandels verändert (vgl. von Davier/Theuvsen 2010; Rohleder/Krüsken 2016). So sind beispielsweise Personalmanagement und Perso-

nalführung erst mit dem vermehrten Einsatz familienfremder Arbeitskräfte und somit dem »Trend zum erweiterten Familienbetrieb« (Davier/Theuvsen 2010, 12) Themen, mit denen sich Landwirt*innen zunehmend beschäftigen müssen (ebd.). Hinzu kommt, dass ähnlich wie in anderen Branchen auch in der Landwirtschaft ein Fachkräftemangel zu beobachten ist, der Landwirt*innen vermehrt im Bereich des Personalmanagements fordert, um die Zukunftsfähigkeit des Betriebs zu erhalten. Der Umgang mit neuer Technik (vgl. Klärle 2018) und zunehmende bürokratische Anforderungen sind nur einige weitere Punkte, die die alltägliche Arbeit von Landwirt*innen verändern.

Ein weiteres Element des Strukturwandels ist die Hofnachfolge. Unterschiedliche Gründe, wie beispielsweise attraktivere Arbeitsbedingungen einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit, eine negative ökonomische Situation des Betriebs oder berufliche Mobilität bedingen, dass sich potentielle Hofnachfolger*innen gegen eine Übernahme und Weiterführung des Betriebs entscheiden (vgl. von Davier/Theuvsen 2010; Babel 2018). Aktuell geben nur 36 % der landwirtschaftlichen Einzelunternehmen in Deutschland an, dass die Nachfolge des Betriebs bereits geregelt ist (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2021, 19). Babel (2018, 22) argumentiert jedoch, dass ein Teil der als Nachfolger*in angegebenen Personen in einem Alter sind, in dem noch keine endgültige Berufswahl getroffen wurde. Die Aussicht darauf, dass ein Hof langfristig nicht von einer/einem Nachfolger*in bewirtschaftet wird, kann zur Folge haben, dass Landwirt*innen auf kostenintensive Investitionen in den Betrieb verzichten, ihre Betriebe aufgeben oder ihre Betriebe weit über die Regelaltersgrenze für den Rentenbezug weiterbewirtschaften (vgl. Mehl 2013), was erst seit der Abschaffung der Hofabgabeklausel im Jahr 2018 möglich ist (vgl. BMEL 2018). Zuvor war der Bezug einer Rentenzahlung im Rahmen des Gesetzes der Alterssicherung der Landwirte an die offizielle Abgabe der Betriebsleitung gebunden, um einer Überalterung und innerfamiliären Konflikten vorzubeugen (vgl. Goeser u.a. 2011; Mehl 2013).

Gleichzeitig zeigen sich auch die Folgen des demographischen Wandels – so sind in der Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Branchen mit rund 40 % überdurchschnittlich viele Personen älter als 55 Jahre und werden in den nächsten zehn Jahren das gesetzliche Rentenalter erreichen (vgl. Helms u.a. 2018; Holst/von Cramon-Taubadel 2018). In anderen europäischen Ländern ist die Altersstruktur zum Teil noch ungünstiger als in Deutschland (vgl. Helms u.a. 2018). Insgesamt sind in der EU mehr als die Hälfte (ca. 58 %) der Betriebsleiter*innen älter als 55 Jahre (Europäische Union 2019, 25). Diese Entwicklungen haben jedoch nicht nur Folgen für das Leben und die Arbeit der

Landwirt*innen und ihre Familien, sondern nehmen auch Einfluss auf das gesellschaftliche und kulturelle Leben in ländlichen Räumen.

Soziale Veränderungen in ländlichen Räumen sind ebenso wie der Strukturwandel in der Landwirtschaft schon seit vielen Jahren zu beobachten. Anfang des 19. Jahrhunderts waren etwa 80 % der in Dörfern lebenden Menschen ausschließlich in der Landwirtschaft beschäftigt oder gleichzeitig neben einem anderen Beruf als Kleinbäuer*in tätig und konnten sich somit selbst versorgen (vgl. Eigner-Thiel 2018). Das Sozialleben fand innerhalb der Dorfgemeinschaft statt und auch wirtschaftliche Tätigkeiten erfolgten nahezu ausschließlich im örtlichen Umfeld (z.B. Gerätschaften vom ortsansässigen Schmied) (vgl. Eigner-Thiel 2018, Richter 2019). Im Zuge der Industrialisierung wurde die Arbeit in der Landwirtschaft zunehmend weniger handarbeitsintensiv und somit waren weniger Arbeitskräfte notwendig (vgl. ebd.). Die Menschen wichen auf andere Tätigkeitsbereiche – auch vermehrt außerhalb des Dorfes – aus, sodass sich die traditionelle Einheit von Dorf und landwirtschaftlicher Arbeit und Produktion zu einem großen Teil auflöste (vgl. Eigner-Thiel 2018; Richter 2019; Steinführer 2020). Inzwischen arbeiten nur noch rund 3 % der Dorfbewohner*innen in Deutschland in der Landwirtschaft; viele der Übrigen sind Pendler*innen, die im Dorf leben, aber an einem anderen Ort arbeiten (vgl. Eigner-Thiel 2018; Forstner/Laschweski 2019; Richter 2019). Diese Deagrarisierung der Dörfer, die zunehmenden Pendler*innenhaushalte und ausdifferenzierte Lebensstile verändern ländliche Räume nachhaltig. Beispielsweise ist das Dorfleben nicht mehr an landwirtschaftliche Arbeit gekoppelt (vgl. Richter 2019; Steinführer 2020) und reine Agrardörfer verschwinden (vgl. Kröhnert 2020). Neben dem Wandel der Arbeits- und Lebensgewohnheiten bedingt auch der demographische Wandel, der durch die Abwanderung vieler junger Menschen in die städtischen Regionen in ländlichen Räumen besonders deutlich zu beobachten ist, eine erhebliche Veränderung der dörflichen Infrastruktur (z.B. weniger Einzelhandel, rückläufiges Freizeitangebot) und des Soziallebens der Menschen (z.B. weniger gemeinsame Dorffeste, veränderte Machtverhältnisse und unterschiedliche Interessen) (vgl. Maschke u.a. 2020; Richter 2019; Steinführer 2020). Im Folgenden werden ausgewählte Forschungsergebnisse zum Image der deutschen Landwirtschaft vorgestellt.

2. Aktuelle Befunde zum Image der bundesdeutschen Landwirtschaft

Im Auftrag des i.m.a. – information.medien.agrar e.V., Berlin, führte das Meinungsforschungsinstitut Kantar Emnid im Jahr 2017 die repräsentative Längsschnittumfrage *Image der deutschen Landwirtschaft* weiter (vgl. Kantar Emnid 2017). Demnach ist das Interesse der Bevölkerung an landwirtschaftlichen Themen in den letzten Jahren gestiegen (ebd., 13). Besondere Aufmerksamkeit bekommen dabei Themen wie Lebensmittelqualität und Tierwohl, während dem Alltag von Landwirt*innen wenig Interesse entgegengebracht wird (ebd., 15f.). Insgesamt schreiben die Befragten der Landwirtschaft eine hohe Bedeutung zu und zählen den Beruf Landwirt zu den aktuell und zukünftig wichtigsten Berufen (ebd. 18). Es herrscht ein vornehmlich positives Bild von Landwirt*innen sowie – hier etwas verhaltener – von der modernen Landwirtschaft in Deutschland vor (ebd., 18). Gleichzeitig haben die Befragten hohe Ansprüche an die Landwirt*innen (ebd., 19f.), die sie jedoch nicht erfüllt sehen (ebd., 25). Die Ergebnisse zeigen, dass die Befragten zwar das Berufsfeld in der Landwirtschaft als sehr wichtig einstufen, mit deren Arbeit jedoch nicht gänzlich zufrieden sind.

Dass Personen mit Kontakt zur Landwirtschaft eher ein positives Bild von dieser vertreten, beschreibt Helme (2011) im Rahmen ihrer Untersuchung:

»Landwirtschaft wird als etwas wahrgenommen, zu dem man einen Bezug hat, und Landwirtschaft wird als ein Thema wahrgenommen, das zumindest vordergründig nahe ist. »Empfundene Nähe« mündet in ein konsistentes, freundliches Image.« (Ebd., 147)

Der Großteil der Befragten nimmt die Landwirtschaft jedoch als selbstverständlich an und Helme fasst dieses mit den Worten »nah und doch entfernt« (ebd., 147) zusammen. Sie resümiert, dass die Menschen insgesamt zwar ein grundsätzliches Interesse an der Landwirtschaft hegen, sich jedoch wenig damit beschäftigen und Landwirt*innen und ihr Leben nahezu gar nicht wahrgenommen werden (ebd., 150f.), was auch die Ergebnisse zum Interesse am Alltag von Landwirt*innen (vgl. Kantar Emnid 2017, 15f.) zeigen.

Die zunehmende räumliche Distanz zwischen den Personen, die in der Landwirtschaft tätig sind, und der übrigen Bevölkerung erschwert die Kommunikation und den Austausch zwischen diesen Gruppen (vgl. Forstner/Laschewski 2019; Wildraut/Mergenthaler 2019). Landwirtschaftliche Betriebe oder Wirtschaftsgebäude lassen sich kaum noch direkt in einem Ort finden,

sondern werden zunehmend an den Dorfrand verlagert, Hygienemaßnahmen verhindern den einfachen Direktvertrieb von Lebensmitteln sowie den Einblick in Ställe und durch den vermehrten Einsatz familienfremder Arbeitskräfte sowie externer Dienstleistungen werden persönliche Kontakte und zufällige Begegnungen mit den verbleibenden Landwirt*innen aus dem Dorf seltener (vgl. Forstner/Laschewski 2019).

Diese Distanz birgt ein hohes Konfliktpotenzial, da Verbraucher*innen zwangsläufig – beispielsweise durch die tägliche Ernährung – immer wieder mit landwirtschaftlichen Themen in Berührung kommen, die Arbeit in der Landwirtschaft jedoch heute sehr komplex ist und fundiertes Fachwissen voraussetzt. Im Rahmen des Projekts *SocialLab* (vgl. Christoph-Schulz 2019; Wildraut/Mergenthaler 2019) wurden u.a. Landwirt*innen nach ihrer Wahrnehmung des Spannungsverhältnisses zwischen Landwirtschaft und Öffentlichkeit – insbesondere hinsichtlich der Tierhaltung – befragt (vgl. Wildraut/Mergenthaler 2019). Landwirt*innen fühlen sich demnach zu Unrecht angegriffen, von Unwissenden belehrt und von den Medien überzogen negativ dargestellt. Sie vertreten die Meinung, dass viele Kritikpunkte überspitzt werden (ebd., 37). Ihrer Ansicht nach sollten die Verbraucher*innen den Landwirt*innen mit mehr Respekt begegnen und sich selbst ein Bild machen, anstatt sich von den Medien beeinflussen zu lassen (ebd., 38). Sie machen dabei vor allem die räumliche Distanz für die Schwierigkeiten verantwortlich (ebd.). Auch Forstner/Laschewski (2019, 14) argumentieren, dass Landwirt*innen oftmals »zwischen den Stühlen stehen«, denn eine ökonomisch sinnvolle Bewirtschaftung des Betriebs ist häufig nicht mit den Erwartungen der Gesellschaft an die landwirtschaftliche Arbeit vereinbar. In Form von Direktverkauf und ökologischem sowie sozialem Handeln versuchen Landwirt*innen, einige dieser Aspekte aufzugreifen und den Kritikpunkten entgegen zu wirken (ebd.). Wildraut/Mergenthaler (2019) fordern einen ernsthaften Dialog zwischen landwirtschaftlichen Akteur*innen und Verbraucher*innen – dabei müssen sowohl die Handlungsbereiche und Interessen als auch die Bedarfe und Anforderungen beider Seiten berücksichtigt werden (ebd., 39). Sie geben allerdings zu bedenken, dass für einen konstruktiven Austausch die Wahl einer geeigneten Kommunikationsform (z.B. eins-zu-eins Begegnungen) essentiell ist (ebd.).

Um der Frage, wie Akteur*innen, die in der Landwirtschaft aktiv sind, diese Entwicklungen und das Ansehen der Landwirtschaft bewerten, weiter nach zu gehen, werden im Folgenden zunächst die Methodik sowie anschließend die zentralen Erkenntnisse der im Rahmen der eigenen Promotion zum

Thema *(Erwerbs-)Biographien und Altern in der Landwirtschaft* geführten Interviews erläutert.

3. Methodik der empirischen Untersuchung zum Image der Landwirtschaft in Deutschland

Grundlage der hier vorgestellten Ergebnisse sind qualitative Interviews, in deren Fokus vor allem die Frage nach der Entwicklung der (Erwerbs-)Biographie sowie der Lebensgestaltung im Alter von selbstständigen Landwirt*innen steht. Befragt wurden in diesem Zusammenhang Personen, die hauptberuflich in unterschiedlichen landwirtschaftlichen Organisationen und Verbänden tätig sind, und selbstständige Landwirt*innen aus Niedersachsen. Da die landwirtschaftliche Struktur in Deutschland sehr heterogen ist, wurde mit Niedersachsen ein Bundesland, in dem die Landwirtschaft den zweitstärksten Wirtschaftsbereich bildet und das bei vielen Produkten (z.B. Kartoffeln, Zuckerrüben) den größten Anteil in Deutschland erzeugt (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 2018), als Erhebungsort gewählt.

Die Befragung von sieben Personen, die hauptberuflich in landwirtschaftlichen Organisationen und Verbänden tätig sind, erfolgte im Jahr 2019 persönlich oder telefonisch mithilfe eines Leitfadens. Im folgenden Jahr wurden zusätzlich elf persönliche Leitfadeninterviews, davon ein Gespräch mit einem Betriebsleiterehepaar, mit selbstständigen Landwirt*innen aus Niedersachsen geführt. Die befragten Landwirt*innen waren im Alter von 50 Jahren und älter, da die Hofnachfolge und späte Phase der Erwerbsbiographie im Fokus stand. Die Stichprobe, die mithilfe der bereits befragten Personen in der Rolle der Multiplikator*innen und über landwirtschaftliche Organisationen generiert wurde, ist hinsichtlich der Betriebsmerkmale (Betriebsausrichtung, -größe, Haupt-/Nebenerwerbsbewirtschaftung etc.) sehr heterogen und regional über Niedersachsen verteilt.

Alle Interviews wurden aufgezeichnet, vollständig transkribiert und anschließend mithilfe der inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2018) ausgewertet und analysiert. Das Material wurde anhand deduktiv-induktiv gebildeter Kategorien codiert, woraufhin eine Themenmatrix sowie thematische Fallzusammenfassungen erstellt wurden, die als Grundlage für die anschließende Analyse und Interpretation dienen, die im Folgenden vorgestellt werden.

4. Ergebnisse: aktuelle Situation der deutschen Landwirtschaft aus Sicht der Befragten

Obwohl in den Interviews nicht explizit nach dem Image der Landwirt*innen beziehungsweise nach dem Stellenwert der Landwirtschaft in Deutschland gefragt wurde, da die Fragen vornehmlich die Entwicklung der Erwerbsbiographien fokussierten, sprechen alle Befragten dieses Thema an, was die Aktualität und Relevanz der Thematik unterstreicht. Die Interviewpartner*innen betonen, dass dieser Aspekt erheblichen Einfluss auf die Menschen, die in der Landwirtschaft tätig sind, ihre Familienmitglieder und ihre Einstellung zu ihrer Arbeit hat.

Die befragten Personen beschreiben ein deutlich verändertes Image der Landwirtschaft und ebenso eine veränderte Wertschätzung der landwirtschaftlichen Arbeit, was vor allem im Zuge des Generationenwechsels in der Bevölkerung zu beobachten sei. Früher habe die Landwirtschaft einen ganz anderen, eindeutig höheren Stellenwert in der Gesellschaft gehabt. Die Landwirte*innen fühlen sich aktuell oftmals von der Bundes- und Landespolitik ungerecht behandelt, von den Medien und Teilen der Bevölkerung zu Unrecht für Situationen wie das Bienensterben verantwortlich gemacht oder als Umweltsünder*innen beschuldigt. Sie müssten ihr Handeln zunehmend erklären und rechtfertigen – zum Beispiel gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen oder auch im Zwiegespräch mit Menschen aus dem Dorf – und würden erleben, dass ihr Sachverstand nicht mehr gefragt sei beziehungsweise ihre fachlichen Argumente in Frage gestellt würden. All dieses führe dazu, dass viele Landwirt*innen von den Umständen frustriert seien.

Die Anforderungen und gesellschaftlichen Erwartungen (Tierwohl, Umweltschutz etc.) an die Landwirt*innen seien gestiegen, sodass sich diese zunehmend unter kritischer Beobachtung und in einer Rechtfertigungsposition wiederfinden würden. Viele Landwirt*innen seien es überdrüssig, über eine negative Berichterstattung in den Medien in ein falsches Licht gerückt zu werden – eine Person nennt hier beispielhaft das Schlagwort »Umweltsünder«, wobei nachteilige Bilder auch gleich auf den gesamten Berufsstand projiziert würden. Das sogenannte *Bauernbashing* – ein Begriff, den eine Person nutzt und der das gezielte Schlechtmachen der Landwirtschaft, der landwirtschaftlichen Produktionsweisen und der Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, beschreibt – sei für viele Landwirt*innen eine extreme emotionale Belastung und präge die in der Landwirtschaft tätigen Menschen. Dieses habe

zur Folge, dass diese keinen Spaß mehr an ihrer Arbeit hätten, Betriebe aufgegeben würden beziehungsweise sich ein*e potentielle*r Nachfolger*in eher gegen die Übernahme und Weiterbewirtschaftung des Betriebs entscheide.

Eine Person erkennt ein kontroverses Verhalten: Die Verbraucher*innen wünschten sich einerseits eine kleinbetriebliche Landwirtschaft und regionale Produkte, müssten diese andererseits dann aber auch durch den Kauf der so produzierten Lebensmittel unterstützen, was oftmals nicht passiere.

»[...] und da sind wir zurzeit in meinen Augen auf einem sehr, sehr schlechten Weg«, resümiert eine Person.

Die Ursache für Konflikte sehen die Befragten vor allem in der zunehmenden Distanz zwischen der Landwirtschaft und der übrigen Bevölkerung. Früher habe jede*r – durch die räumliche Nähe oder Kontakte in der Verwandtschaft oder Bekanntschaft – eine Beziehung zur Landwirtschaft gehabt. Der Großteil der Menschen lebe heute in Städten und habe somit keinerlei Berührungspunkte mit landwirtschaftlichen Arbeitsinhalten, was eine Entfremdung zwischen der Landwirtschaft und der übrigen Bevölkerung begünstige. Vor allem mit großen Betrieben, die der Industrie immer näherkommen, könnten sich die Verbraucher*innen nicht mehr identifizieren. Die Konkurrenz auf dem (internationalen) Markt mache es jedoch notwendig, die Produktionsmenge zu erhöhen, um den Preis niedrig zu halten, da andernfalls mehr Lebensmittel zu geringeren Preisen importiert würden und Exportware aus Deutschland für andere Länder nicht mehr attraktiv sei. Massenproduktion und -tierhaltung seien Punkte, die die Verbraucher*innen bemängeln, die Landwirt*innen müssten aber auch wirtschaftlich denken. So argumentiert ein*e Landwirt*in: »Man muss sehen, dass man [äh] seine Familie ernähren kann.«

Hinzu komme, dass die Vorgänge in der Landwirtschaft inzwischen so komplex seien, dass sie für einen Laien schwer nachzuvollziehen beziehungsweise schwierig zu erklären seien. Eine Person beschreibt:

»[...] war das relativ einfach, einer Gesellschaft das mitzuteilen, was in der Landwirtschaft gemacht wird, weil das war ja nicht schwierig. Aber heute, wie gesagt, [...] sehr viel Technologie, sehr sehr viele Auflagen. Sehr viel Wissen rund um Gesetze, um Pflanzenschutz, um Düngung, um... um Auflagen. Ich hätte beinahe gesagt, einem völlig Außenstehenden kann ich das nicht in zehn Minuten erklären. Das wird nichts.«

Die Befragten beklagen, dass dementsprechend viele Stimmen aus der Bevölkerung lediglich mit Halbwissen argumentieren würden. Verständnisvolle

Reaktionen auf ihre Arbeit (bspw. Staubwolken beim Dreschvorgang), so die interviewten Personen, würden sie kaum noch erleben.

Ein weiterer Punkt, den die Befragten in diesem Zusammenhang anführen, ist die Veränderung der dörflichen Strukturen durch immer weniger landwirtschaftliche Betriebe. In einigen Ortschaften gebe es keine Landwirt*innen mehr. Die landwirtschaftlichen Flächen würden vielmehr von außen von großen Betrieben bewirtschaftet. Dementsprechend würden die Dorfgemeinschaft und die Infrastruktur leiden. So nennt ein*e Landwirt*in beispielhaft das traditionelle Osterfeuer, für dessen Aufbau ein Traktor benötigt werde. Ohne Landwirt*innen im Ort gebe es jedoch niemanden, der sich darum kümmere. Ein weiteres Beispiel sei die Pflege von Landwirtschaftswegen, für die sich der ortsansässige Betrieb verantwortlich fühle, nicht jedoch ein Großbetrieb von außerhalb. Auch die bäuerliche Kultur – zum Beispiel Weitergabe von Traditionen, innerfamiliäres Zusammenleben und -arbeiten – gehe im Zuge des Rückgangs der Anzahl der kleinbäuerlichen Betriebe und des Wachstums der bestehenden Betriebe verloren.

Die Aussagen zeigen, dass die befragten Personen die aktuelle Situation der deutschen Landwirtschaft vornehmlich negativ einschätzen. Hinsichtlich möglicher Lösungsstrategien nennen sie verschiedene Punkte. So argumentiert ein*e Landwirt*in, dass es ein Fehler gewesen sei, dass viele Betriebe vor einigen Jahren für Außenstehende unzugänglich gemacht worden seien. Ein*e weitere*r Landwirt*in erläutert, dass es viele Menschen zum Umdenken bewegen könne, wenn sie selbst einmal in die Betriebe hineinschauen und sehen würden, wie in der Landwirtschaft tatsächlich gearbeitet werde. Es bedürfe einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Politik und dem Berufsstand, führen die Befragten an und betonen die Wichtigkeit von Kommunikation und Aufklärungsarbeit. Eine Veränderung der aktuellen Wahrnehmung der Landwirtschaft durch die Bevölkerung sei unabdingbar für eine Annäherung. Die Verbraucher*innen müssten in ihrem Verhalten zeigen, dass sie die regionale, kleinbäuerliche Landwirtschaft, die sie sich wünschen, auch unterstützen. Außerdem bekräftigen sie die Bedeutung von Öffentlichkeitsarbeit und kreativer Vermarktung.

Insgesamt sehen die befragten Personen in der aktuellen Situation eine enorme Problemlage, die sich in den letzten Jahren signifikant weiterentwickelt und bis zu einer Stigmatisierung bäuerlicher Familien geführt hat (bspw. in Form von Mobbing von Kindern, deren Eltern in der Landwirtschaft arbeiten) und deren Verbesserung ein langer und umfangreicher Prozess ist. Vor allem die (räumliche) Distanz sowie die zunehmende Entfremdung der Be-

völkerung gegenüber landwirtschaftlichen Themen und Arbeitsweisen führen zu einem enormen Spannungsverhältnis, das das gesellschaftliche Leben insgesamt und insbesondere ländliche Räume, zum Beispiel durch Deagrarisierung der Dörfer und Industrialisierung der Landwirtschaft, stark beeinflusst und verändert.

5. Zusammenfassung und Diskussion

Der Diskurs um landwirtschaftliche Themen in der Bundesrepublik ist aktuell von enormen Differenzen gezeichnet. Zwar zeigen Studienergebnisse, dass viele Menschen einerseits der landwirtschaftlichen Arbeit und Lebensmittelproduktion einen hohen Stellenwert einräumen und der Beruf Landwirt*in zu den wichtigsten und für die Zukunft relevanten Berufen zählt, doch gleichzeitig wird diese Einschätzung andererseits von zahlreichen Kritikpunkten und hohen Anforderungen überschattet. Viele Verbraucher*innen sind demnach der Ansicht, dass ein Großteil der Landwirt*innen die Erwartungen, die sie an den Berufsstand haben, nicht erfüllen. Der kurze Blick auf die Forschungslandschaft und die eigenen Befragungen der landwirtschaftlichen Akteur*innen in Niedersachsen bestätigen, dass sich demgegenüber viele Landwirt*innen für Aspekte wie beispielsweise das Bienensterben oder die Umweltverschmutzung zu Unrecht beschuldigt fühlen. Sie sehen sich in einer stetigen Rechtfertigungsposition gegenüber unterschiedlichen Akteur*innen – der Politik, den Medien, der Bevölkerung oder auch im direkten Kontakt mit Personen aus der Nachbarschaft.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft verändert die Dorfstrukturen und geht mit einem Bedeutungsverlust der kleinbäuerlichen Landwirtschaft einher (vgl. Richter 2019; Maschke u.a. 2020, 19f.). Die Interessen der Pendler*innen sowie der lang »verwurzelten« Dorfbewohner*innen weisen oftmals hohe Differenzen (bspw. hinsichtlich der Entwicklung ländlicher Räume) auf (Maschke u.a. 2020, 39f.) und Landwirt*innen werden zu einer Minderheit in ihrer »natürlichen Umgebung« (Richter 2019, 132). Zahlreiche negativ behaftete Diskurse um die ländlichen Räume verstärken die negativen Assoziationen im Zusammenhang mit der Landwirtschaft (Maschke u.a. 2020, 16). So werden Landwirt*innen, wie Elias/Scotson (2002, 9) es für die »Etablierten-Außenseiter-Beziehung« beschreiben, von den früher einflussreichsten Personen in der Dorfgemeinschaft zu den Außenseiter*innen der Bevölkerung, die aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit stigmatisiert werden.

Dieses sogenannte *Bauernbashing* hat einen großen Einfluss auf die Menschen in der Landwirtschaft und ihr Handeln. Folglich verlieren viele Landwirt*innen die Freude an ihrem Beruf, potentielle Hofnachfolger*innen entscheiden sich vermehrt gegen eine Weiterführung des Betriebs und Betriebe werden aufgegeben. Die gesunkene Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe, aber auch die Stellung landwirtschaftlicher Akteur*innen in der Gesellschaft verändern das soziale und kulturelle Leben in ländlichen Räumen. Dorfgemeinschaften, die vornehmlich durch die ansässigen Landwirt*innen beziehungsweise die über Generationen ortsverbundenen Familien getragen wurden, und ländliche Traditionen (z.B. gemeinsame Dorffeste) verschwinden im Rahmen des Strukturwandels. Die Aussagen der Befragten betonen die Bedeutung der Thematik und den Handlungsbedarf, denn obwohl sie nicht explizit darauf angesprochen wurden, sprechen ausnahmslos alle die aktuelle gesellschaftliche Situation und die damit einhergehenden negativen Folgen an.

Allen Aspekten, die zu dem beschriebenen Spannungsverhältnis beitragen, scheinen die zunehmende Distanz und die damit einhergehende Entfremdung der Bevölkerung von landwirtschaftlicher Arbeitsweise und den Menschen in der Landwirtschaft voran zu stehen. Die Veränderungen der landwirtschaftlichen Arbeit sind nicht ausschließlich auf Aspekte wie die fortschreitende Digitalisierung und Technisierung, sondern zu einem großen Anteil auf die Industrialisierung und die Globalisierung von Agrarmärkten zurückzuführen. Viele Landwirt*innen sind dadurch gezwungen, in die Massenproduktion einzusteigen, um ausreichend Einkommen zu generieren. Der Trend zur Industrialisierung begünstigt jedoch die Entfremdung, denn immer mehr Menschen sind unzufrieden mit dieser Art der Lebensmittelproduktion (Maschke u.a. 2020, 14). Günstige und importierte Lebensmittel werden jedoch zahlreich in Supermärkten angeboten und von den Verbraucher*innen nachgefragt. Dementsprechend liegt hier das größte Interventionspotential, um den problematisierten Entwicklungen entgegenzuwirken. Die Vorschläge der befragten Personen hinsichtlich einer stärkeren Öffentlichkeitsarbeit und der stärkeren Zusammenarbeit zwischen Landwirt*innen, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen decken sich dabei mit dem Vorschlag der Förderung einer Dialogbereitschaft von Landwirtschaft und Gesellschaft, der im Kontext des Projekts *SocialLab* (vgl. Wildraut/Mergenthaler 2019) erarbeitet wurde. Daneben sind agrarpolitische Maßnahmen (Förderprogramme, Anpassung von Richtlinien etc.) – vor allem vor dem Hintergrund des zunehmenden internationalen Konkurrenzdrucks – von hoher Relevanz für die künftige Entwicklung der deutschen Landwirt-

schaft. Die vermehrte Partizipation an diesen Prozessen ist ein Appell an alle beteiligten Akteur*innen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Babel, D. (2018): Hofnachfolge in konventionell wirtschaftenden Betrieben und im Ökolandbau. In: *Ländlicher Raum* 69(2), 22-24.
- BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2020): Landwirtschaft verstehen – Fakten und Hintergründe. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Landwirtschaft-verstehen.pdf;jsessionid=19D0C5BEB4F67ABD8BB1324FC3451829.live832?__blob=publicationFile&v=17 (letzter Zugriff am 3.8.2021).
- BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2018): Statement des Staatssekretärs des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft/Aeikens, H.O. zur Abschaffung der Hofabgabeklausel. Pressemitteilung Nr. 195 vom 30.11.2018. <https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2018/195-hofabgabe.html> (letzter Zugriff am 6.4.2022).
- Christoph-Schulz, I. (2019): SocialLab – Nutztierhaltung im Spiegel der Gesellschaft. In: *Ländlicher Raum* 70(4), 30-31.
- DBV – Deutscher Bauernverband (2019): Situationsbericht 2019/20. Trends und Fakten der Landwirtschaft. Berlin: Deutscher Bauernverband.
- Eigner-Thiel, S. (2018): Das Dorf im Wandel. In: *LandInForm – Magazin für Ländliche Räume* 1, 12-13.
- Elias, N./Scotson, J. L. (2002): *Etablierte und Außenseiter.* (= Gesammelte Schriften, Bd. 4) Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Europäische Union (2019): *Agriculture, Forestry and Fishery Statistics.* Luxembourg: Publications Office of the European Union. <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/10317767/KS-FK-19-001-EN-N.pdf/742d3fd2-961e-68c1-47d0-11cf30b11489?t=1576657490000> (letzter Zugriff am 5.8.2021).
- Forstner, B./Laschewski, L. (2019): Landwirte – außen vor oder mitten drin? In: *LandInForm – Magazin für Ländliche Räume* 3, 12-14.
- Goesser, H./Wahle, J./Kahl, R. (2011): Infobrief. Zur Hofnachfolge im Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. <https://www.bundestag.de/resource/blob/19206>

- 8/82def1085bdfc47e576eefaa3d3e53ed/hofabgabe-data.pdf (letzter Zugriff am 3.8.2021).
- Helmle, S. (2011): Images der Landwirtschaft. Weikersheim: Margraf Publishers.
- Helms, C./Pölling, B./Lorleberg, W./Schweizer, T./Dexters-Grund, F. (2018): Innovative Konzepte des landwirtschaftlichen Neueinstiegs in ausgewählten EU-Ländern. In: Ländlicher Raum 69(2), 19-21.
- Holst, C./von Cramon-Taubadel, S. (2018): Es gibt genug Nachwuchs. In: Ländlicher Raum 69(2), 34-37.
- Kantar Emnid (2017): Das Image der deutschen Landwirtschaft. Ergebnisbericht März 2017. Bielefeld: Kantar Emnid.
- Klärle, M. (2018): Landmanagement 4.0 – Mehrwert durch künstliche Intelligenz. In: Landtechnik. Agricultural Engineering 73(2), 37-38.
- Kröhnert, S. (2020): Ländliche Räume und demografische Entwicklung. In: Kröhnert, S./Ningel, R./Thomé, P. (Hg.): Ortsentwicklung in ländlichen Räumen. Ein Handbuch für planende und soziale Berufe. Bern: Haupt Verlag, 35-49.
- Kuckartz, U. (2018): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Maschke, L./Miessner, M./Naumann, M. (2020): Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Mehl, P. (2013): Agrarstrukturelle Wirkungen der Hofabgabeklausel. Zielerreichung und mögliche Folgen einer Abschaffung dieser Leistungsvoraussetzung in der Alterssicherung der Landwirte. (= Thünen Rep 4) Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2018): Die niedersächsische Landwirtschaft in Zahlen 2017 – einschließlich Ergänzungen und Aktualisierungen Stand Juni 2018. https://www.ml.niedersachsen.de/startseite/aktuelles_veranstaltungen/veroeffentlichungen/die-niedersaechsische-landwirtschaft-in-zahlen-121348.html (letzter Zugriff am 21.9.2021).
- Richter, R. (2019): Sozialer Wandel in ländlicher Gesellschaft. In: Nell, W./Weiland, M. (Hg.): Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch. Berlin: J.B. Metzler, 129-136.
- Rohleder, B./Krüsken, B. (2016): Digitalisierung in der Landwirtschaft. <https://www.bitkom.org/sites/default/files/file/import/Bitkom-Pressekonfere>

- nz-Digitalisierung-in-der-Landwirtschaft-02-11-2016-Praesentation.pdf (letzter Zugriff am 6.4.2022).
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2021): Pressekonferenz »Landwirtschaft im Wandel – erste Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2020«. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2021/LZ2020/statement-lz2020.pdf;jsessionid=C9E980A4B6810B367F87B885F5852762.internet742?__blob=publicationFile (letzter Zugriff am 3.8.2021).
- Steinführer, A. (2020): Dörfer und Kleinstädte im Wandel. In: Informationen zur politischen Bildung – Ländliche Räume 343, 8-15.
- von Davier, Z./Theuvsen, L. (2010): Landwirtschaftliches Personalmanagement. Mitarbeiter gewinnen, führen und motivieren. Frankfurt a.M.: DLG-Verlags-GmbH.
- Wildraut, C./Mergenthaler M. (2019): Einstellungen der Landwirtschaft zur gesellschaftlichen Diskussion über landwirtschaftliche Tierhaltung. In: Ländlicher Raum 70(4), 37-39.

Rurale Emanzipation muss lokal und eigenständig sein

Genossenschaften und eHealth-Dienste als Umsetzungsbeispiele

Andreas Koch

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Städten, die globalen gesellschaftlichen und ökologischen Krisen spiegeln sich *wie in einem Brennglas* in den städtischen Verhältnissen wider, die Zukunft wird urban sein (Wagner 2021). Aussagen wie diese erheben das Urbane zum paradigmatischen Maßstab der Ursachenforschung für Probleme und Konflikte sowie auch für die Suche nach Lösungen. Etwas zugespitzt lässt sich konstatieren: Ansprüche und Erwartungen ländlicher Krisenbewältigung und Lebensweisen werden dadurch marginalisiert, rurale Kriterien wirtschaftlicher Effizienz und sozial-ökologischer Transformation haben sich am urbanen Vorbild zu orientieren.

Anstatt jedoch auf diese überholte dichotome Gegenüberstellung von *urban* und *rural* zurückzufallen, argumentiert der Beitrag aus einer Kritik am *Urban-Centric-View* für eine relationale und dezentralistische Position, die eine Diversität unterschiedlicher Bedürfnisse in ihrer Eigenständigkeit anerkennt. Mit der Relationalität sozialer und räumlicher Beziehungen wird auf das Problem nach innen homogenisierender und nach außen exkludierender Eingrenzungsstrategien reagiert. Dezentralisierung räumt lokalen Handlungs- und Entscheidungsprozessen einen Vorrang ein, um soziale Verantwortung für das eigene Tun in konkrete Kontexte einzubetten.

Das proklamierte *muss* im Titel wird nachfolgend mit Rosanvillons (2013) Überlegungen zur Bedeutung sozialer Beziehungsgleichheit in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen begründet. Die normative Konnotation ländlicher Emanzipationsbestrebungen soll deutlich machen, dass in der Behauptung lokaler Eigenständigkeit ein machtvolleres Instrument besteht, sich als Ort oder Region nicht gegen andere Orte beziehungsweise Regionen ausspielen

zu lassen. Der Wettbewerb um Standortvorteile beruht wesentlich auf der Möglichkeit des normierten Vergleichens zwischen Orten und Regionen. Beziehungsgleichheit kontert hier der Chancengleichheit und damit der Aufrechterhaltung individueller Profitinteressen.

Zwei Beispiele aus Nordschweden, die genossenschaftliche beziehungsweise öffentlich-private Organisationsformen als Lösungsansätze für die soziale Daseinsvorsorge gewählt haben, illustrieren dabei empirisch die Möglichkeiten und Herausforderungen, eigene Wege in der Entwicklung gemeinwohlorientierter Strukturen zu gehen.

1. Die Kritik am Urban-Centric View

Aus zahlreichen Gesprächen¹ mit Bürger*innen aus Orten, die aus einer zentralistisch-makrogeographischen Perspektive als *peripher* und *dünn besiedelt* bezeichnet werden können, kristallisierte sich als ein zentraler Kritikpunkt der Fremdwahrnehmung auf ihre Lebensverhältnisse ein von ihnen artikulierter Urban-Centric View heraus (s. auch Carson 2016, 429). Urbane Paradigmen wie Toleranz und Segregation, Nachhaltigkeit und Konsumorientierung oder politische Autonomie und funktionale Auslagerung würden auch für ländliche Räume als allgemein zu imitierendes Vorbild gelten, so der Tenor einiger Diskussionsbeiträge. Urbane Assoziationen wie Offenheit, Kreativität, Innovationsfähigkeit und Fortschrittlichkeit (Barber 2014; Siebel 2015) werden somit als allgemeine Erfolgsfaktoren gesellschaftlichen Wohlstands unterstellt – und seien daher auch für ländliche Entwicklung umstandslos anzuwenden.

Aufgrund dessen werden ländliche Peripherien mitunter als sozioökonomisch rückständig und soziodemographisch residual wahrgenommen (Aumair/Theißl 2020; Koch 2016; Miggelbrink 2020). Der Urban-Centric View hinterlässt, auch das zeigten die Gespräche, durch derartige soziale wie räumliche Zuschreibungen bei den dort lebenden Menschen den Eindruck

1 Diese Gespräche fanden im Rahmen des internationalen Projekts *Free Range International Knowledge Partnership* in dünn besiedelten ländlichen Regionen Australiens, Kanadas und Schwedens mit studentischer Beteiligung statt. Free Range »is an international collaboration of institutes and researchers who have made community-level rural research a priority« (Free Range 2019) und wurde bislang über Mittel unter anderem der Charles Darwin University (Australien), der Carleton University (Kanada) und der Umeå University (Schweden) finanziert.

mangelnder Wertschätzung für ihre Lebensweisen. Dabei wurde von den Gesprächspartner*innen hervorgehoben, dass ihre eigenen Lebensweisen durchaus auch einer selbstkritischen Analyse bedürfen.

Mit der Kritik an der verengten Blicknahme und darauf aufbauenden Forderungen einer Art nachholender, wenngleich adaptierter Entwicklung, ist auf die – in der kritischen Stadtforschung durchaus breit reflektierte – Fragmentierung urbanen Lebens als ein Gegenargument für allzu simplifizierende Analogieschlüsse hinzuweisen. Zunehmende residentielle Segregation mit stark angestiegenen Wohn(ungs)kosten, nach Qualifikation polarisierte Arbeitsmärkte, auf anachronistischen Prinzipien basierende politische Repräsentation oder hohe Haushaltsfluktuation im Quartier sind Indikatoren gestiegener manifester oder latenter sozialer Ungleichheiten (Dangschat 1999; Vollmer 2018). Im Kontext der dynamischen Änderung nachbarschaftlicher Haushaltszusammensetzungen äußert sich dies unter anderem in einer Pluralisierung von Aushandlungs- und Konfliktbewältigungsprozessen. Neben die *selbstorganisierte Urbanität*, die durch direkte Einbindung der Bewohner*innen in derartige Prozesse charakterisiert ist, tritt mit der *geplanten Urbanität* ein weiterer Typ hinzu, der durch öffentlich finanzierte Quartiersmanager*innen eine lokale Vermittlungsinstanz bereitstellt. Ein dritter Typ zeigt sich mitunter in gentrifizierten Vierteln in Form einer *instrumentalisierten Urbanität*, deren Bewohner*innen die lokalen Kulturangebote konsumieren, ohne sich näher mit ihnen zu identifizieren (Smigiel/Koch 2018).

Kritik an der mitunter verklärenden Sicht auf das urbane Ideal lässt sich auch mit Blick auf die Rolle, die der städtischen Bevölkerung in der politischen Auseinandersetzung mit Krisen und strukturellen Herausforderungen wie den Folgen des Klimawandels, der Pandemiebekämpfung oder der Kommodifizierung von Wohnraum zugewiesen wird, üben. Ökoemanzipatorischen Milieus wie auch der »neuen akademischen und urbanen Mittelklasse« (Reckwitz 2017, 273ff.) wird dabei aufgrund der ihnen zuerkannten Eigenschaften einer empathischen Sensibilität gegenüber sozialen, kulturellen und ökologischen Benachteiligungen und ihrer bildungsbedingt hohen Ausstattung mit Sozialkapital besondere Aufmerksamkeit zuteil. Hinter dieser vermeintlich zutreffenden Einschätzung und einer darauf aufbauenden Erwartungshaltung nimmt eine andere Beobachtung zunehmend schärfere Konturen an, die Blühdorn (2020) als »nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit« bezeichnet. Diese nicht nur an urbane Gesellschaften adressierte Kritik verweist darauf, dass bisherige sozial-ökologische Problemlösungsstrategien an etablierten Strukturen und Handlungsmustern –

wie der kapitalistischen Marktökonomie, der Zerstörung der ökologischen und sozialen Substanz und dem Nationalismus (ebd., 87) – festhalten. Insofern gelingt es nur marginal, die proklamierten Emanzipationspotenziale tatsächlich zu realisieren. Die Verschränkungen zwischen gesellschaftlicher und politischer Nicht-Nachhaltigkeit werden durch die dominante Rolle der genannten Milieus und Klassen mit »unserer Freiheit, unseren Werten und unserem Lebensstil« (ebd., 22; Hervorhebung im Original) legitimiert.

»Zumindest sind ihre eigenen Lebensstile und der demokratisch verfasste und rechtsstaatlich geschützte Konsumkapitalismus, dessen Vorzüge sie genießen, fest gegründet auf das moralische Recht zur freien Verfügung über globale Güter, auf das Recht, die ganze Welt als Absatzmarkt, Erlebnispark und Entsorgungsdeponie zu nutzen, oder das Recht, etwa in der Pflege, der Medizin oder in der Bauindustrie jederzeit auf billige Arbeitskräfte zurückzugreifen.« (Ebd., 50)

Die Kritik am Urban-Centric View verweist zum einen spezifisch auf die Zentrum-Peripherie-Diskurse zwischen städtischen und ländlichen Räumen. Zum anderen stellt sie allgemein einen Bezug zum Problem politischer und wirtschaftlicher Zentralisierungen her, die sich in stabilisierenden Strukturierungen und standardisierenden Funktionalisierungen manifestieren. Erstere werden im Sinne eines wirtschaftspolitischen Zentralismus über Förderprinzipien der EU und der Nationalstaaten (Reuber 2020) sowie einer hierarchieabwärts gerichteten Raumordnung realisiert. Standardisierende Funktionalisierungen äußern sich in Zuweisungen von Funktionen an ländliche Räume, die die Aufrechterhaltung städtischer Lebensfähigkeit garantieren sollen, wie etwa Ernährungs-, Energie- und Erholungssicherung oder Klimafolgenkompensation.

Gegen Prozesse der Zentralisierung zu argumentieren heißt nicht, sie grundsätzlich abzulehnen, denn zahlreiche Aspekte der sozialen Daseinsvorsorge lassen sich durch überörtlich abgestimmte Normen, Regeln und Gesetze legitimieren, wie zum Beispiel eine soziale Grundsicherung, ein Mindesteinkommen oder die Besteuerung von Unternehmen und Einkommen. Vielmehr gilt es, plurale Lebens- und Arbeitsformen in ihrer Diversität anzuerkennen, sowohl innerhalb wie auch zwischen urbanen und ländlichen Orten. Im Zusammenhang der gemeinsamen EU-Agrarpolitik hat dies jüngst der Ausschuss der Regionen (Wojewodzka 2021) hervorgehoben:

»The regional dimension will be fundamental if the objectives of the new CAP [Common Agricultural Policy, A.K.] and respective National Strategic Plans are to be achieved. Now more than ever, the global targets being set by the leadership at European and national level require the local-level knowledge and expertise that can identify and execute the best strategies to adapt the objectives to the various local contexts« (o.S.).

Jeglicher Zentralisierung liegt die Vorstellung einer gewissen sozialen Homogenität ländlicher Bevölkerungen zugrunde, um so über eine komplexitätsreduzierte Vergleichbarkeit die intendierten politischen und wirtschaftlichen Ziele besser umsetzen zu können. Diese erfährt mit der Territorialisierung eine adäquate räumliche Kontextualisierung politischen Handelns. Soziale, wirtschaftliche und kulturelle Differenzen ländlicher Räume werden durch unterschiedlich konstruierte Raumtypisierungen (BMVI 2020; Eurostat 2019; Nordregio 2010) bis zu einem gewissen Grad als objektive Gegebenheiten angenommen, ihre kleinräumige Heterogenität über Konzepte der *regionalen Disparitäten* und der *Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse* darüber relativiert. Implizit wird damit ein Anspruch auf Vergleichbarkeit erhoben, deren Zweck nicht zuletzt in der Ausschöpfung komparativer – und damit kompetitiver – Standortvorteile liegt. Diese Standortvorteile, die immer auch Standortnachteile anderswo implizieren, erstrecken sich unter anderem auf Ressourcenextraktion, Wohnen, Infrastruktur oder die Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen. Der Anspruch auf lokale Eigenständigkeit endogener gesellschaftlicher Potenziale wird auf diese Weise abgewertet.

2. Relationalität als Baustein ruraler Emanzipation

Aus der Kritik am Urban-Centric View im Besonderen und am politischen Zentralismus im Allgemeinen leiten sich für alternative Strategien ruraler Emanzipation eine Stärkung lokaler Autonomie und eine Anerkennung pluraler und diverser Lebensweisen ab, wie sie beispielsweise in anarchistischen Vorstellungen seit Langem vertreten werden:

»Anstelle der mehr oder weniger zentralistischen »alten Gesellschaft« wollte Bakunin kommunale Gemeinschaften, die sich durch Verträge locker föderieren, die das wirtschaftliche und gesellschaftlich-politische Leben prägen« (Degen/Knoblauch 2019, 17).

Ergänzend lassen sich mit einem sozialökologischen Ansatz die sozialen und räumlichen Beziehungsstrukturen dezentraler gesellschaftlicher Organisation analytisch hervorheben. Bestehende Ansätze relationaler Soziologien und Geographien bieten hierfür eine geeignete theoretisch-konzeptionelle Grundlage (Löw 2001; Latour 2018).

Mit seinem Plädoyer für einen Vorrang der Beziehungsgleichheit gegenüber unterschiedlichen Formen der Chancengleichheit bietet Rosanvallon (2013) einen Anknüpfungspunkt sozialer Relationalität. Chancengleichheit, so Rosanvallon, präferiert individuelle Leistungsgerechtigkeit und trägt so zur Aufrechterhaltung sozialer Hierarchien und Ungleichheiten bei. Demgegenüber setzt Beziehungsgleichheit an einer gerechten Verteilung gemeinschaftlicher Güter und einer gleichwertigen Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder an. Dieser Gedanke bietet somit eine Voraussetzung für die hier angesprochene Lockerung des Abhängigkeitsverhältnisses ruraler Lebens- und Arbeitsweisen von urbanen. Essentielle Bestandteile der Beziehungsgleichheit sind die sich wechselseitig bedingenden Aspekte der *Singularität*, *Reziprozität* und *Kommunalität*.

In der Singularität ist die generelle Anerkennung der Person angesprochen. Singularität ist explizit relational angelegt, da Anerkennung Wechselseitigkeit erfordert, und ist damit kein Zustand (Rosanvallon 2013, 309ff.). Reziprozität beruht auf dem Tausch koproduzierter Gemeinschaftsgüter und beabsichtigt, den auf Gabe und Gegengabe begründeten Tausch zu ergänzen, da dieser häufig mit der ungleichen Verteilung von Privilegien verbunden ist (ebd., 321ff.). Aus einer Kritik an (räumlichen) Segregationsprozessen speist sich Kommunalität, die eine Kategorisierung und Kommodifizierung der Person ablehnt und für eine kollektive Nutzung öffentlicher Räume unter Teilhabegleichen eintritt (ebd., 334ff.).

Das sich durch alle drei Kriterien ziehende Muster des Relationalen impliziert eine normative Sensibilität für egalitäre Netzwerkbeziehungen unterschiedlicher Art (z.B. der Güterproduktion), die sich auf alle sozialräumlichen Maßstäbe erstrecken. Beziehungsgleichheit strebt jedoch nicht aus sich heraus die Entstehung gleichartiger oder gleichgewichteter Netzwerkstrukturen an, ebensowenig ist die Bildung enger vernetzter Teilgruppen ausgeschlossen. Die Prinzipien der Beziehungsgleichheit setzen vielmehr regulativ und emanzipativ, nicht präventiv und administrativ an. Lokaldemokratisch gewendet, verbindet sich mit Beziehungsgleichheit die soziale Erwartung, dass »die nicht planierbaren Ungleichheiten gesellschaftlicher Chancen und Besitzstände, wenn sie als solche nur staatlich zu bändigen sind, in der

beschränkten lokalen Fragestellung zumindest erträglicher gemacht werden können« (Hoffmann-Axthelm 2016, 61).

Mit der Betonung der relationalen Eigenschaften lokaler Sozialbeziehungen verlieren Grenzen sukzessive ihre nach innen einschließende und nach außen ausgrenzende Bedeutung. In den Vordergrund rücken stattdessen Aspekte maßstabsübergreifender sozialräumlicher Konnektivität, Selektivität und Reziprozität. Die Anwendung relationaler Raumkonzepte in den Rural Studies ermöglicht »to examine the capacity of rural localities to engage with and shape globalization processes« (Woods 2007, 492). Mit der hier vorgenommenen vorrangigen Fokussierung auf lokale ländliche Beziehungsstrukturen bleiben translokale Bezüge somit nicht unberücksichtigt, vielmehr werden sie über die sich aus den jeweiligen konkreten lokalen Kontexten ergebende Zusammenhänge inkludiert.

Neben Multiskalarität ist Materialität ein expliziter Bestandteil des relationalen Raumansatzes. Jede soziale Tätigkeit ist mit einem konkreten Ort der gegenständlichen Welt verknüpft, der ermöglichende und einschränkende Beziehungen vernetzt. Mit Vergegenständlichung (Mader 2018, 68f.) ist weder eine objektivierende Verdinglichung von Raum zur Erklärung sozialer Phänomene (Belina 2017, 30) noch ein sozial homogenisierender Ortsbezug nach territorialem Vorbild gemeint. Im Gegenteil:

»Relational thinking rejects ›forms of spatial totality‹ (Jones, 2009: 491) according to which geographical boundaries can be drawn to encompass social and economic interactions. Rather, the debate on the relational space draws attention to the importance of external relations, based on new spatialities of social processes, in the constitution of space.« (Dubois/Carson 2016, 797)

Im Unterschied zu Hoffmann-Axthelm (2016, 61), der die Konstitution lokaler Einheiten für eine lokaldemokratische Transformation an die »Territorialisierung von Verfügungsmacht« bindet, wird hier, unter anderem in Anlehnung an Berking (2006), mit einer Deterritorialisierung der lokalen Handlungsebene argumentiert, ohne damit den politisch-territorialen Raum für völlig vernachlässigbar zu halten. Die im Konzept des methodologischen Nationalismus prominent artikulierte Kritik an *forms of spatial totality* ist auch für den lokalen Raum gültig:

»Der methodologische Nationalismus hinterlässt auch dort seine Spuren, wo der Bezug auf die nationalstaatliche Form keinesfalls offenkundig erscheint. *Neighborhoods* und *ethnic communities*, Gemeinden und Dörfer,

kollektive Lebensformen und Identitätsformationen werden territorialisiert und so analysiert, als handele es sich um Staaten im Kleinformat.« (Ebd., 67; Hervorhebung im Original)

Die emanzipatorischen Kräfte für Fragen der ländlichen Entwicklung zu stärken, wird folglich so verstanden, dass materiell-relationale Sozialräumlichkeit und Lokalität in einen engen Zusammenhang gestellt werden. Dezentralisierung von Handlungs- und Entscheidungsspielräumen weist den involvierten Akteur*innen ein adäquates Maß an Autonomie für die lokalen Folgen ihres Tuns zu. Zugleich ermöglicht Dezentralisierung im Prinzip, sich jenen standardisierenden Vergleichen zu entziehen, auf die marktwirtschaftlich getriebene Interessen der Kapitalakkumulation angewiesen sind. Daraus folgt jedoch nicht eine völlige Unabhängigkeit aus überörtlichen Zusammenhängen (Latour 2018).

3. Genossenschaftliche Organisationsformen und eHealth-Dienste zur Aufrechterhaltung sozialer Daseinsvorsorge in Nordschweden

Die folgenden zwei Beispiele repräsentieren nun empirische Anknüpfungspunkte, Ideen einer nachhaltigen sozialen Daseinsvorsorge eigenständig zu implementieren, wie sie sich aus den aus Sicht der Bewohner*innen erkennbaren lokalen Potenzialen ergaben. Urbane Anleihen wie jene nach selbstorganisierten und geplanten Mitwirkungen Interessierter waren nicht ausgeschlossen, wurden jedoch für die spezifischen Belange vor Ort adaptiert. Während im ersten Beispiel sozialräumliche Beziehungsgleichheit über genossenschaftliche Organisationsformen etabliert wurden, erfolgte dies im zweiten Beispiel über öffentlich-private Partnerschaften.

3.1 Genossenschaftliche Organisationsformen in Vuollerim

Das erste Beispiel bezieht sich auf Vuollerim, einen Ort mit heute 800 Einwohner*innen in der Gemeinde Jokkmokk, Provinz Norrbotten (Abbildung 1). Die lokalen Herausforderungen Vuollerims lagen und liegen in der Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels der letzten 40 Jahre, der auch Auswirkungen auf die lokale Versorgungsinfrastruktur hatte.

Mit dem Ausbau der Wasserenergie in Schweden nach dem Zweiten Weltkrieg erfuhr auch Vuollerim einen wirtschaftlichen Aufschwung mit zunehmenden Beschäftigungsmöglichkeiten in Industrie und Verwaltung sowie einem Bevölkerungswachstum auf 5.000 Einwohner*innen in den 1950er-Jahren. Nachdem die Wasserkraftwerke errichtet wurden und der Betrieb nur wenig Personal benötigt, sank die Bevölkerungszahl und mit ihr das Angebot an Infrastrukturen wieder kontinuierlich.

Abb. 1: Gemeinde Jokkmokk mit Ort Vuollerim



Kartengrundlage: Wikipedia 2021a, Grafik: Eigene Darstellung.

Um den wirtschaftlichen und demographischen Niedergang abzuwenden, wurden seit den 1980er-Jahren Genossenschaften gegründet, die für eine lokale Sicherung an Arbeitsplätzen und eine Streuung der unternehmerischen Risiken sorgen.

»Entrepreneurship is well-embedded in the local culture and is evidenced by the number of local companies [...]. Today, there are about 60 in Vuol-

lerim. Several of them are so-called limited liability companies, which re-invest their profit in the local community« (Smart Rural Areas 2021, o.S.).

Eine dieser Kooperativen ist die Grundschule, die 2002 mit privaten und öffentlichen Mitteln wiedereröffnet wurde, nachdem die öffentliche Grundschule 2000 geschlossen worden war. Mit der genossenschaftlichen Rechtsform ist es dem gemeinnützigen Träger möglich, selbst Lehrer*innen einzustellen und für den baulichen Zustand der Schule zu sorgen, auch wenn die Provinzregierung den Schulbetrieb weiterhin fördert. Neben einem genossenschaftlich geführten Hotel und weiteren öko-touristischen Einrichtungen ist auch das zentrale Geschäft im Ort eine Kooperative, das neben landwirtschaftlichen Geräten und Schmuck aus der Region einen Gemeinschaftsraum mit einem Dutzend Webstühlen betreibt. Hier treffen sich regelmäßig die älteren Frauen des Orts und tauschen sich aus.

Vuollerim war zudem Gastgeberin der Crowdsourcing Summit Weeks 2015 und 2018, einer internationalen Institution, die Menschen zusammenbringt, um über Möglichkeiten einer Sharing Economy unter anderem in den Bereichen Landwirtschaft, Tourismus und nachhaltige Energien zu diskutieren (Lapland Vuollerim 2021a). Organisiert wurden die Summits wie auch andere Aktivitäten von »Lapland Vuollerim« (2021b), die ebenfalls als Community-Based Tourism Company geführt wird.

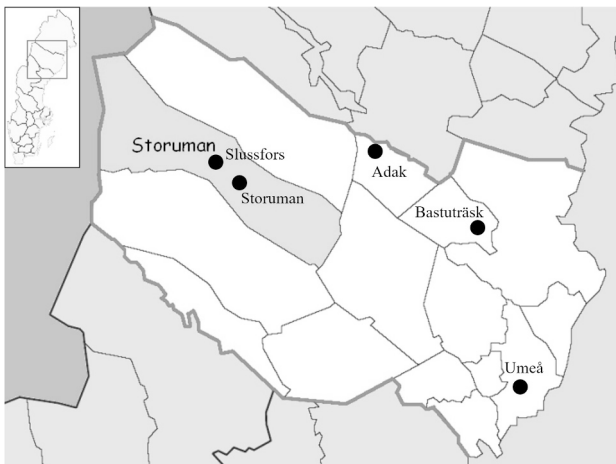
Im Rahmen von zwei wissenschaftlichen Exkursionen hat der Autor Vuollerim 2014 und 2019 besucht und mit Vertreter*innen der Kooperativen – darunter der Schul-, Hotel- und Tourismusleitung – gesprochen. Zu den Erkenntnissen aus den Gesprächen gehörte, dass die geringe Bevölkerungszahl des Ortes und ihre Lage zu den urbanen Zentren als Chance gesehen wird, da sie die Gründung von Kooperativen erleichterten. Die lokalen sozialen Netzwerke seien tragfähig und einfach zu organisieren, Vertrauen und Solidarität könnten zum Wohl der meisten Bewohner*innen nachhaltig wachsen. Die mit der Geschäftsführerin von Lapland Vuollerim diskutierte Beziehungsgleichheit unter den Bürger*innen ist über das Genossenschaftsprinzip prinzipiell erreichbar, die Schule trage sich über die breite kommunale Verankerung seit nunmehr fast 20 Jahren, und die überörtlichen Fördermittel würden im Sinne der koproduktiven Reziprozität lokal umverteilt. Nicht alle Projekte liefen konfliktfrei (was Beziehungsgleichheit auch nicht impliziert) und zeigten einen raschen Erfolg, jedoch sorgten die dezentralen Entscheidungsstrukturen für einen hohen Grad an Flexibilität.

Die lokale Eigenständigkeit und *periphere* Lage des Ortes habe es ihnen überhaupt erst ermöglicht, Ideen wie die Austragung der Crowdsourcing Summit Weeks zu entwickeln und umzusetzen. Die Fremdwahrnehmung der peripheren Lage wurde aus ihrer Sicht als eine auf physische Distanzen reduzierte Perspektive beurteilt. Urbane Bewertungskriterien für Nähe und Interaktionsdichte wurden als wenig wettbewerbsrelevant für ihre wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten eingestuft.

3.2 eHealth-Dienste in Storuman

Das zweite Beispiel repräsentiert ein kleines räumliches und größeres soziales Netzwerk, das sich dem Auf- und Ausbau von eHealth-Technologien zur Aufrechterhaltung der Gesundheitsinfrastruktur widmet. Zu den Gründen dieser Initiative gehören neben der Schwierigkeit, qualifiziertes Personal sowohl im regionalen Krankenhaus als auch in den kleinen Ortschaften zu rekrutieren, der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung in der nord-schwedischen Provinz Västerbotten (wie in Nordschweden allgemein), zu der die Gemeinde Storuman mit ihren knapp 6.000 Einwohner*innen und der Ort Storuman mit etwa 2.200 Einwohner*innen gehört (Abbildung 2).

Abb. 2: Gemeinde Storuman mit im Text angesprochenen Orten



Kartengrundlage: Wikipedia 2021b, Grafik: Eigene Darstellung.

Im Zeitraum 2007 bis 2016 nahm die Bevölkerung der Provinz, mit Ausnahme des Regionalzentrums Umeå, regional unterschiedlich zwischen 3 und 13 % (Geburtensaldo) beziehungsweise 1 und 10 % (Wanderungssaldo) ab. Für die Gemeinde Storuman wird bis 2030 ein weiterer Bevölkerungsrückgang von 15,5 % (auf der Grundlage von 2009) prognostiziert (Koch 2017). Gleichzeitig liegt der Anteil der über 79-Jährigen mit etwa 9 % im landesweiten Vergleich besonders hoch (Jokinen/Cuadrado 2021).

Die technologische Ergänzung der materiellen Gesundheitsinfrastruktur vor Ort beruht zum einen auf einer leistungsfähigen Breitbandverbindung des regionalen Krankenhauses von Storuman mit dem Universitätsklinikum in Umeå, um Daten auszutauschen und Krankentransporte zwischen den beiden Orten, die drei Stunden Fahrzeit bedeuten, abzuwägen. Zum anderen dient das Krankenhaus Storuman als regionaler Hub für ein Netzwerk von *Virtual Health Rooms* (VHR), die eine dezentrale medizinische Grundversorgung gewährleisten sollen. Der erste VHR wurde 2014 in Slussfors, einer Ortschaft mit 120 Einwohner*innen und 60 km nordwestlich von Storuman gelegen, errichtet. Die VHR bieten eine grundlegende medizinische Apparatur, unter anderem um Bluttests selbstständig durchzuführen, und eine telemedizinische Ausstattung, die es ermöglicht, mit den Ärzt*innen in Storuman Ferndiagnosen vor Ort durchzuführen. Wo möglich, arbeitet ausgebildetes Personal – häufig pensionierte Mediziner*innen, die in der Region wohnen – in den VHR (Berggren 2016).

Weitere VHRs befinden sich in Adak (Gemeinde Malå) und Bastuträsk (Gemeinde Norsjö) in der Aufbauphase (Karte 2). Adak verfügt mit seinen 160 Einwohner*innen über ein kleines Lebensmittelgeschäft mit integrierten Postdienstleistungen, einer Tankstelle und einem Betrieb, der Bootsanhänger herstellt. Es gibt keinen Kindergarten und keine Schule. Die meisten Erwerbstätigen des Ortes arbeiten in den Erzminen von Kristineberg (30 km) oder Kiruna (420 km entfernt; üblich ist eine 10-Tage-Schicht), so dass die älteren Menschen vor allem auf nicht-familiäre Unterstützung angewiesen sind. Betreut wird der VHR in Adak von ehrenamtlich tätigen pensionierten Krankenschwestern. Während einer Exkursion 2019 wurde der VHR in Adak besucht. Ausgestattet ist er mit einem Videokonferenzsystem, Blutmessgeräten und einer kleinen Ambulanz. Insbesondere wird er für persönliche Beratungsgespräche der älteren Bevölkerung geschätzt.

Das eHealth-Engagement der Klinikleitung (im Zusammenspiel mit der Provinzregierung) hat nicht nur einen Beitrag zur Sicherung der medizinischen Daseinsvorsorge an den genannten Orten geleistet, sondern auch den

Krankenhausstandort Storuman selbst aufgewertet. Das Angebot gut bezahlter Arbeitsplätze für hochqualifiziertes Personal bei gleichzeitig günstigen Lebenshaltungskosten wird zunehmend nachgefragt (Koch 2017, 89). Mit dieser Reputation ist das Krankenhaus in den letzten zehn Jahren internationale Kooperationen mit nordeuropäischen Ländern und Kanada eingegangen. 2011 erweiterte das Krankenhaus seine Funktion zu einem *Centre for Rural Medicine* (CRM), das als *University-Community-Engagement*-Projekt firmiert.

»CRM is an initiative [...] to support a research and development unit aiming to bring together government, university, and industry stakeholders to find solutions for persisting rural health issues such as the recruitment, retention, and training of health professionals, the use of distance-bridging technologies and the design of primary care services for small and isolated settlements« (Berggren 2016, o.S.).

Der Erfolg der VHR beruht auf der dezidiert dezentralen Ausrichtung seiner Standorte. Die voranschreitende Alterung der Bevölkerung gerade in diesen sehr kleinen Ortschaften erfordert ein gewisses Maß an medizinischer Infrastruktur, die einfach zu handhaben und in der Lage ist, flexibel auf die spezifischen Bedürfnisse vor Ort eingehen zu können. Damit leisten sie einen Beitrag, die weitere Abwanderung der älteren Menschen zu verhindern. Das qualifizierte Personal, das teilweise seit Langem in den VHR-Orten (oder in deren Nähe) lebt, schafft Vertrauen in die technologische Ausstattung und sorgt für die Anerkennung ihrer Tätigkeiten. Um die technologischen Potenziale finanziell und lokal realisieren zu können, ist jedoch eine überlokale Public-Private-Partnership mit der Provinzregierung und mehreren Netzbetreibern sowie Diensteanbietern notwendig. Gegenwärtig kämpft das VHR-Projekt allerdings um seinen Erhalt und Ausbau, da es nicht ausschließlich von kommunalen Institutionen und deren Finanzierungsmöglichkeiten getragen werden kann.

4. Fazit

Die in Vuollerim gegründeten Kooperativen im Bildungs-, Versorgungs- und touristischen Bereich sind das Ergebnis lokaler Aushandlungsprozesse, die sich teils gegen überörtliche Interessen (Schulschließung) emanzipierten, teils aus der Identifikation mit den örtlichen Gegebenheiten speisten. Für die internationalen Aktivitäten des Ortes half die Einbindung in ein entspre-

chendes Netzwerk (Crowdsourcing Week), das ihrem eigenen Anspruch nach eines unter Beziehungsgleichen ist.

Die Etablierung der VHR im nicht an kommunalen Grenzen ausgerichteten Einzugsbereich des Krankenhauses von Storuman erfolgte als experimenteller und koproduktiver Prozess (im Sinne der Reziprozität Rosanvillons), in den Teile der Bevölkerung aktiv – als Patient*innen und als medizinisches Personal – eingebunden waren. 2015 wurde der VHR in Slussfors auch unter dem Gesichtspunkt der lokal-partizipativen Einbettung evaluiert (Berggren 2016). Die Ausstattung der VHR folgte nicht einem standardisierten Muster, sondern wesentlich nach den vor Ort eruierten Möglichkeiten und Wünschen.

Beide Beispiele zeigen, wie sich soziale und wirtschaftliche Bedürfnisse (auch) unter demographischen und ökonomischen Krisenbedingungen befriedigen lassen, die eine an den lokalen Erfordernissen ausgerichtete niederschwellige Versorgungsstruktur zu etablieren in der Lage sind. Soziale Beziehungsgleichheit als Gerechtigkeitsprinzip bietet dabei eine funktionale Schnittstelle, die in regionalpolitischen Debatten für Ansprüche ländlicher Gemeinschaften anschlussfähig ist. Auf diese Weise kann dem Urban-Centric-View ein emanzipatorisches Gegengewicht ruraler Perspektivität entgegengestellt werden.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Aumair, B./Theißl, B. (2020): *Klassenreise. Wie die soziale Herkunft unser Leben prägt*. Wien: ÖGB-Verlag.
- Barber, B. (2014): *If Mayors Ruled the World*. Yale: Yale University Press.
- Belina, B. (2017): *Raum*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Berggren, P. (2016): *The Storuman Hospital and its Engagement in Virtual Health Care Infrastructures*. Unveröffentlichte Power-Point-Präsentation.
- Berking, H. (2006): *Global Images: Ordnung und soziale Ungleichheit in der Welt, in der wir leben*. In: Berking, H. (Hg.): *Die Macht des Lokalen in einer Welt ohne Grenzen*. Frankfurt a.M., New York: Campus, 66-86.
- Blühdorn, I. (2020): *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit*. Bielefeld: transcript.
- BMVI – Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2020): *Regionalstatistische Raumtypologie RegioStaR*. <https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/G/regionalstatistische-raumtypologie.html> (letzter Zugriff am 17.7.2021).

- Carson, D. B. (2016): Conclusion. In: Taylor, A./Carson, D. B./Ensign, P. C./Huskey, L./Rasmussen, R. O./Saxinger, G. (Hg.): *Settlements at the Edge. Cheltenham/UK, Northampton/US*: Edward Elgar Publishing, 427-433.
- Dangschat, J. (1999): *Modernisierte Stadt – Gespaltene Gesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich.
- Degen, H.J./Knoblauch, J. (2019): *Anarchismus*. 5. Auflage. Stuttgart: Schmetterling.
- Dubois, A./Carson, D. (2016): Placing Northern Development: The Case of North Sweden. In: *Local Economy* 31(7), 795-811.
- Eurostat (2019): *Methodological Manual on Territorial Typologies*. 2018 Edition. <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3859598/9507230/KS-GQ-18-008-EN-N.pdf/a275fd66-b56b-4ace-8666-f39754ede66b?t=1573550953000> (letzter Zugriff am 17.7.2021).
- Free Range (2019): *Welcome to Free Range*. <https://carleton.ca/freerange/2019/welcome-to-free-range/> (letzter Zugriff am 17.7.2021).
- Hoffmann-Axthelm, D. (2016): *Lokaldemokratie und Europäisches Haus*. Bielefeld: transcript.
- Jokinen, J./Cuadrado, A. (2021): Population Aged 80 Years and Over, as a Share of Total Population, in 2019. <https://nordregio.org/maps/population-aged-80-years-and-over-as-a-share-of-total-population-in-2019/> (letzter Zugriff am 5.10.2021).
- Koch, A. (2016): *Ländliche Räume: eigenständig, überformt, residual?* In: Lang, S. (Hg.): *Ab in die Provinz!* Wien: Mandelbaum, 16-24.
- Koch, A. (2017): Die Bedeutung von eHealth-Diensten für die Aufrechterhaltung persönlicher Lebenszufriedenheit und regionalökonomischer Leistungsfähigkeit in dünnbesiedelten Regionen. Das Beispiel des Krankenhauses von Storuman. In: Koch, A./Rauh, J. (Hg.): *Informationsgesellschaft zwischen Vernetzung und Exklusion*. Münster: LIT, 77-95.
- Lapland Vuollerim (2021a): *Crowdsourcing Week for the First Time in Sweden!* <https://laplandvuollerim.se/en/press-news/crowd-sourcing-week/> (letzter Zugriff am 20.7.2021).
- Lapland Vuollerim (2021b): *Briefly about the Company*. <https://laplandvuollerim.se/en/contact-us/about-the-company-2/> (letzter Zugriff am 20.7.2021).
- Latour, B. (2018): *Das terrestrische Manifest*. Berlin: Suhrkamp.
- Löw, M. (2001): *Raumsoziologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mader, D. (2018): *Critical Realism*. In: Henkel, A. (Hg.): *10 Minuten Materialität*. Bielefeld: transcript, 67-81.

- Miggelbrink, J. (2020): Ländliche Räume – strukturschwach, peripher, abgehängt? In: Krajewski C./Wiegandt C.-C. (Hg.): Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 64-79.
- Nordregio 2010: Official Definitions of Nordic Rural Areas. <https://archive.nordregio.se/en/Metameny/About-Nordregio/Journal-of-Nordregio/Journal-of-Nordregio-2010/Journal-of-Nordregio-no-2-2010/Official-defini/index.html> (letzter Zugriff am 17.7.2021).
- Reckwitz, A. (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Berlin: Suhrkamp.
- Reuber, P. (2020): Politischer Alltag in ländlichen Räumen. In: Krajewski C./Wiegandt C.-C. (Hg.): Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 48-63.
- Rosanvallon, P. (2013): Die Gesellschaft der Gleichen. Hamburg: Hamburger Institut für Sozialforschung.
- Siebel, W. (2015): Die Kultur der Stadt. Berlin: Suhrkamp.
- Smart Rural Areas (2021): Vuollerim. https://www.smartrural21.eu/villages/vuollerim_se/ (letzter Zugriff am 20.7.2021).
- Smigiel, C./Koch, A. (2018): Formen der Urbanität in der kapitalistischen Moderne und ihre Effekte. In: Polylog 39, 19-33.
- Vollmer, L. (2018): Strategien gegen Gentrifizierung. Stuttgart: Schmetterling.
- Wagner, G. (2021): Stadt, Land, Klima. Warum wir nur mit einem urbanen Leben die Erde retten. Wien: Brandstätter.
- Wikipedia (2021a): Jokkmokk (Gemeinde). [https://de.wikipedia.org/wiki/Jokkmokk_\(Gemeinde\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Jokkmokk_(Gemeinde)) (letzter Zugriff am 7.10.2021).
- Wikipedia (2021b): Storuman (Gemeinde). [https://de.wikipedia.org/wiki/Storuman_\(Gemeinde\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Storuman_(Gemeinde)) (letzter Zugriff am 7.10.2021).
- Woods, M. (2007): Engaging the Global Countryside: Globalization, Hybridity and the Reconstitution of Rural Place. In: Progress in Human Geography 31(4), 485-507.
- Wojewodzka, W. (2021): Heavy Centralization Risks Shifting New Common Agricultural Policy Away from Citizens and Business Needs. <https://cor.europa.eu/en/news/Pages/Governance-CAP.aspx> (letzter Zugriff am 4.7.2021).

IV. Migration, Identitäten und Populismus in ländlichen Räumen

Neue Heimat ländlicher Raum?

Zum Umgang mit Einwanderung und »Fremdheit« in ländlichen Gemeinden in Deutschland

Birgit Glorius

1. Diversität als Aspekt ländlicher Entwicklung

Während die demographische Struktur ländlicher Räume in Deutschland viele Jahrzehnte vorwiegend im Kontext von Abwanderung, Alterung und Schrumpfung diskutiert wurde, hat spätestens mit der verstärkten Ankunft und Aufnahme von Geflüchteten seit 2014/15 die Debatte über den Umgang mit Diversität in ländlichen Räumen an Fahrt aufgenommen. Ein genauer Blick auf die demographischen Entwicklungen in ländlichen Regionen offenbart eine beträchtliche Vielfalt bereits vor 2014/15, sowohl hinsichtlich Effekten der Binnenwanderung als auch in Bezug auf internationale Migration und die Ansiedlung von Spätaussiedler*innen und Geflüchteten. Nicht alle diese Gruppen leben freiwillig in ländlichen Regionen, und sie sind auch nicht alle gleichermaßen willkommen. Der Umgang mit dieser durch Migration hervorgerufenen Vielfalt ist das zentrale Thema dieses Beitrags, in dem untersucht wird, wie sich das Ankommen in ländlichen Gemeinden und die Wahrnehmung von Zuwander*innen als »Beheimatete« aus der Perspektive der Wohnbevölkerung darstellt. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Frage, entlang welcher Kriterien Zugewanderte als zugehörig oder fremd wahrgenommen werden. Für die Analyse lässt sich der Beitrag durch die geographische Implementation der Critical Whiteness Studies (Bonnet 1997; Jackson 1998) inspirieren, die insbesondere in Bezug auf ländliche Regionen in den USA, Australien und dem Vereinigten Königreich bereits zahlreich angewandt wurde (z.B. Neal 2002; Hubbard 2005; Bonds/Inwood 2015). Der Beitrag zeigt, wie die Critical Whiteness-Perspektive den Blick auf ländliche

Diversität verändert, und zeigt damit auch den Mehrwert des Ansatzes für eine kritische Landforschung auf.

2. Zuwanderung in ländliche Regionen und der Umgang mit Diversität

Dieser Beitrag fokussiert auf die Haltung der ländlichen Wohnbevölkerung hinsichtlich migrationsbedingter Diversität. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht die Frage, entlang welcher Kriterien Zugewanderte als zugehörig oder fremd wahrgenommen werden und inwieweit die soziale Spezifik der ländlichen Gesellschaftsformation Einfluss auf entsprechende Haltungen und Einstellungen nimmt. Dieser Abschnitt zeigt zunächst die Entstehung von Diversität durch internationale Zuwanderung in ländliche Regionen und gibt einen Überblick über relevante Forschungsbefunde. Anschließend geht er auf theoretische Konzepte ein, die die Kategorisierung von Zugewanderten als »Fremde« erklären.

2.1 Ländliche Regionen als Zuwanderungsräume

In der Bundesrepublik Deutschland wurden ländliche Regionen im öffentlichen Diskurs bislang kaum mit dem Thema Zuwanderung in Verbindung gebracht. In den wissenschaftlichen und medialen Betrachtungen überwiegt eine dichotome Stadt-Land-Differenzierung, in der ländliche Regionen als Schrumpfungsräume dargestellt werden, die vor allem durch (negative) Binnenwanderungssaldi gekennzeichnet sind. Jedoch offenbart ein räumlich differenzierender Blick eine hohe Varianz ländlicher Regionen, und zwar nicht nur hinsichtlich ihrer Bevölkerungsentwicklung, sondern auch im Bereich der Diversität durch internationale Migration. Dabei ist die Einschätzung, welche Regionen zu der Kategorie »Ländlicher Raum« gezählt werden, nicht einheitlich: Während nach der Raumtypisierung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) ländlich geprägte Gebiete etwa 60 % des Bundesgebiets mit etwa 18 % der Bevölkerung einnehmen (Stand 2007), weist der »Ländlichkeits«-Index des Thünen Instituts 306 der insgesamt 402 Landkreise Deutschlands als mehr oder weniger ländlich aus. Sie umfassen 91 % der Landesfläche mit 57 % der Gesamtbevölkerung (Küpper 2016). Der Thünen-Landatlas zeigt die starke Ausdifferenzierung der ländlichen Räume hinsichtlich sozialer, ökonomischer und demographischer Merkmale. Besonders auf-

schlussreich für diesen Beitrag ist der Anteil internationaler Migrant*innen in ländlichen Regionen, der durch den Indikator »ausländische Bevölkerung« abgebildet wird: Demnach lag der Ausländeranteil im Jahr 2010 in ländlichen Regionen bei 5,7 %, gegenüber 12,2 % in nicht-ländlichen Regionen, wobei der Anteil in Bezug auf die sozioökonomische Lage stark variiert: Während ländliche Regionen mit guter sozioökonomischer Lage im Jahr 2010 einen Mittelwert von 7,0 (sehr ländlich) und 8,4 % (eher ländlich) aufwiesen, lag der Mittelwert in den weniger gut situierten ländlichen sehr oder eher ländlichen Regionen jeweils bei 4,3 %. In den Folgejahren, die auch die Flüchtlingsankunft 2014/15 abbilden, stieg der Ausländeranteil insgesamt an, in den ländlichen Regionen auf 8,4 % im Mittelwert (2017), mit einer Schwankungsbreite zwischen 6,5 % (eher ländlich, weniger gute sozioökonomische Lage) und 11,7 % (eher ländlich, gute sozioökonomische Lage). Regional betrachtet finden sich besonders hohe Ausländeranteile in grenznahen ländlichen Regionen im Süden und Westen Deutschlands sowie angrenzend an urbane Ballungsräume in Baden-Württemberg, Hessen und Bayern, während in ländlichen Räumen Ostdeutschlands die Ausländeranteile überwiegend bei weniger als 3 % lagen (Thünen-Institut für ländliche Räume 2021).

Diese Zahlen zeigen bei aller Unschärfe der verfügbaren Indikatoren eine erhebliche Varianz in der Bevölkerungsdynamik und der Diversität ländlicher Räume Deutschlands. Auch die Art der Diversität in ländlichen Räumen gestaltet sich sehr unterschiedlich, abhängig von verschiedensten Wanderungsformen: Internationale Zuwanderung als Form der residentiellen Wanderung ist vor allem an den Grenzen zur Schweiz, Luxemburg, Belgien und der Niederlande zu beobachten, während arbeitsmarktbezogene internationale Zuwanderung stark von der ökonomischen Lage und den dominanten Branchen in ländlichen Regionen abhängig ist. Historisch betrachtet ist Diversität in ländlichen Räumen auch eine Folge der Anwerbeabkommen ab den 1950er-Jahren; viele der damals migrierten Arbeitskräfte haben sich dauerhaft an den ländlichen Arbeitsorten niedergelassen oder sind aus den großen Agglomerationsräumen weiter aufs Land gezogen (Kirchhoff/Bolte 2015).

Neben diesen vorwiegend ökonomisch induzierten Migrationsbewegungen haben ländliche Räume aber vor allem durch zuweisungsgebundene Migration einen Anstieg der Diversität erfahren, sei es durch die Aufnahme von Asylsuchenden und Kriegsflüchtlingen aus Ex-Jugoslawien in den 1990er-Jahren, die zahlreiche Ankunft von Spätaussiedler*innen aus Osteuropa im gleichen Zeitraum sowie die vor allem in den Jahren 2014-2016 starke Zuwanderung von Asylsuchenden. Insbesondere dieses letzte große Zuwanderungs-

ereignis hat bundesweit Debatten über vermeintliche Vorzüge ländlicher Regionen als Unterbringungsort für Asylsuchende ausgelöst, wobei der Aspekt der Wohnraumverfügbarkeit im Zentrum stand (Braun/Simons 2015).

Seitens der Forschung wurden bislang vor allem Integrationsprozesse in den Blick genommen und untersucht, welche Besonderheiten ländliche Regionen in Bezug auf die Integration internationaler Migrant*innen aufweisen. Als vermutete Gunstfaktoren werden meist die Überschaubarkeit des Sozialraums genannt, die Intensität persönlicher Beziehungen und sozialer Netzwerke, das hohe zivilgesellschaftliche Potenzial und die Fähigkeit, bei Abwesenheit einer ausdifferenzierten staatlichen Institutionenlandschaft auftretende Problemstellungen eigenständig zu meistern (vgl. Micksch/Schwier 2000; Schader-Stiftung 2007; 2011). Andererseits kann die Überschaubarkeit des Sozialraums auch zu einer ausgeprägten sozialen Kontrolle und der Sanktionierung nicht-konformer Verhaltensweisen führen. Hinzu kommt die durch selektive Abwanderung häufig durch Alterung geprägte Bevölkerungsstruktur, die häufig weniger offen gegenüber Diversität oder gegenüber Neuem im Allgemeinen ist (ebd.). Beide Komponentenbündel, sowohl die positiven wie auch die negativen Aspekte, wurden in den jüngeren Forschungen zur Aufnahme von Geflüchteten in ländlichen Räumen bestätigt und zeigen, wie notwendig eine regional differenzierende Perspektive und die Berücksichtigung des lokalen und regionalen Kontexts ist (vgl. Mehl u.a. 2022).

2.2 Die Konstruktion von Zugehörigkeit und Fremdheit in ländlichen Gesellschaften

Selbst- und Fremdzuschreibungen von Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit können auf der Basis von Identitätstheorien konzeptualisiert werden. Der Identitätsbegriff umfasst die personale Identität – also das Selbstbild einer Person – und die soziale Identität, das heißt die Identifikation mit einer sozialen Gruppe (Erikson 1968). Die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe entsteht aus gemeinsamer Erfahrung, die in jeweils spezifischen raumzeitlichen Kontexten verankert sind, und die sich über weitere einende Aspekte wie Alter, Geschlecht, Lebenslage, Migrationsgeschichte, Ethnizität et cetera konstituiert. Dabei definieren sich soziale Gruppen jeweils in Abgrenzung zu anderen sozialen Einheiten. In Migrationsgesellschaften sind diese Zugehörigkeitsordnungen besonders machtvoll, unter anderem, weil sie »Dominanzzusammenhänge darstellen für die charakteristisch ist, dass

bestimmte natio-ethno-kulturelle Zugehörigkeiten politisch und kulturell gegenüber anderen privilegiert sind« (Mecheril 2014, 165). Dabei folgen diese einer exkludierenden Logik, die »den Einzelnen auferlegen, sich in dieser ausschließenden Ordnung darzustellen und zu verstehen« (ebd.).

Zum tieferen Verständnis von Zuschreibungsprozessen auf der Grundlage rassistischer und raumgebundener Kriterien kann das Konzept der ›Critical Whiteness‹ hilfreich sein, die den sozialen Konstruktionscharakter der verwendeten Kategorien in den Mittelpunkt stellt. »Racialization« wird hier als ein Prozess verstanden, durch den rassistisch klassifizierte Gruppen identifiziert, stereotypisiert und sozial kategorisiert werden, was häufig auch mit einer spezifischen räumlichen ›Platzierung‹ verbunden ist (vgl. Kobayashi/Peake 2000, 393).

In der Einführung ihres wegweisenden Bandes zu »Rural Racism« weisen Chakraborti/Garland (2011, 1) auf ihre Felderfahrung hin, nach der die Erforschung von Rassismus im ländlichen Großbritannien vielfach als Tabu empfunden würde. Der Grund hierfür liegt ihrer Ansicht nach in der häufig dichotomisierenden Abgrenzung des »Ländlichen« vom »Städtischen«, wobei »ländlichen« Gesellschaften besondere Qualitäten hinsichtlich zwischenmenschlicher Beziehungen, gegenseitiger Solidarität und Verantwortung sowie gesellschaftlichen Engagements zugeschrieben werden (ebd.), während städtische Gesellschaften durch Unpersönlichkeit, Künstlichkeit und Veränderlichkeit charakterisiert werden (ebd., 2). Ländliche Gemeinden versprechen also das ruhigere, ehrlichere Leben und werden als »rural idyll« romantisiert (ebd., 3; vgl. auch Cloke/Milbourne 1992). Insbesondere in Großbritannien sei diese Form von »Ländlichkeit« auch eine Kernkomponente der nationalen Identität, in der zumindest implizit auch das Idealbild der ethnisch homogenen, »weißen« britischen Gesellschaft bewahrt wird.

Wirkmächtig wird dieses Konstrukt durch die ›Unsichtbarkeit‹ und vermeintliche Ubiquität des Weißseins als soziale Kategorie (Roediger 1992; Bonnett 1997; Nayak 2007). Da der Begriff ›race‹ fast ausschließlich auf nicht-weiße Menschen angewandt wird, zeigt sich ›Weißsein‹ als impliziter Gegenentwurf, als normative Kategorie, vor deren Hintergrund anders rassifizierte Gruppen geordnet und hierarchisiert werden (vgl. Bonds/Inwood 2015, 3). Nach Dwyer/Jones III (2000, 210) beruht die soziale Konstruktion des Weißseins auf einem essentialisierenden und nicht-relationalen Identitätsverständnis. Als Resultat stehen als ›weiß‹ wahrgenommene Menschen paradoxerweise außerhalb der Kategorisierungsmatrix von (sozialer) Diversität, während sie zugleich der Maßstab für deren Messung sind. Die

nicht-relationale Konstruktion weißer Identitäten ist laut Dwyer/Jones III (2000) mit einer multi-skalaren und ebenfalls nicht relationalen räumlichen Ordnung verbunden, die bedeutende diskursive Ressourcen für den Zusammenhalt und die Aufrechterhaltung weißer Identitäten bietet. Sie versteht den Raum als eine Ansammlung von eindeutigen sozialräumlichen Einheiten und darin eingebetteten Objekten (ebd., 212). Die Wirkmächtigkeit dieser Ordnungsvorstellung beruht auf der Fähigkeit, den sozialen Raum aus einer Position der Autorität heraus zu überblicken und zu navigieren.

Die Konzepte der Critical Whiteness Studies sind insbesondere inspirierend hinsichtlich der Konstruktion von ›Weißsein‹ als indefiniter Normalitätskategorie, die sich erst in der Abgrenzung vom ›Anderen‹ mit Sinn füllt. Daraus lässt sich ableiten, dass Zugehörigkeit im Sinne einer rassistisch definierten sozialen Identität vorwiegend durch die Erfüllung impliziter Normen in Abgrenzung von einem »konstitutiven Außen« speist (Dwyer/Jones III 2000, 211). Das Urteil, ob Neuankommende durch die Betonung ihres ›Nicht-Andersseins‹ in die kollektive soziale Identität integriert werden, hängt jedoch nicht allein von ihrer Normerfüllung ab, sondern unterliegt der Deutungshoheit der bereits anwesenden Gruppen. Zugleich sind die impliziten Normalitätsannahmen und kollektiven sozialen Identitätskonstruktionen an raum-zeitliche Settings gebunden, so dass soziale Identitäten in den Raum eingeschrieben werden. Zugehörigkeit wird damit stets durch räumliche Ordnungs- und Zuschreibungsprozesse aus der dominanten Perspektive der implizit normgebenden Gruppe bestimmt.

Im Folgenden werden die aus der Forschungsliteratur zu ländlichen Integrationsprozessen abgeleiteten (vgl. 2.1) (impliziten) Annahmen zu ländlichen Gesellschaftsformationen aus einer Critical Whiteness-Perspektive heraus untersucht, um zu zeigen, welchen Erkenntnisgewinn diese Perspektive hinsichtlich der sozialen Konstruktion ländlicher Räume und Gesellschaften bietet. Dabei setzt die empirische Untersuchung an einem Zeitpunkt ein, an dem die angenommene Homogenität ländlicher Gesellschaften in Deutschland durch die Aufnahme von Geflüchteten herausgefordert wird.

3. Forschung zu Integrations- und Bleibebedingungen in ländlichen Regionen

Die hier vorgestellten Ergebnisse entstanden im Rahmen eines Verbundforschungsprojekts (2018-2021), das die Integrations- und Bleibebedingungen

von Geflüchteten in ländlichen Regionen Deutschlands untersuchte.¹ Die Studie wurde in insgesamt 32 ländliche Kommunen unterschiedlicher Größe (zwischen rund 1.000 und rund 20.000 Einwohner*innen) und sozioökonomischer Lage in vier Bundesländern (Bayern, Hessen, Niedersachsen, Sachsen) durchgeführt.

Für diesen Beitrag wurde ein Teildatensatz des Projekts genutzt, der lokale Diskurse zur Aufnahme von Geflüchteten (Medienkorpus, n=1.291), die Positionierung der lokalen Wohnbevölkerung (quantitative Bevölkerungsbefragung, n=904) sowie Ansichten zivilgesellschaftlicher Akteur*innen (Leitfadeninterviews, n=81) abbildet (vgl. Glorius u.a. 2022). Gegenstand der Leitfadeninterviews waren der Verlauf der lokalen Integration von Geflüchteten und die Reaktionen der lokalen Bevölkerung, Schlüsselereignisse, Schlüsselpersonen, lokale Integrationspotenziale sowie Probleme und Herausforderungen im Integrationsprozess. Die Interviewtranskripte wurden zunächst codiert und einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen. Ausgewählte Themen des codierten Materials wurden anschließend einer an der dokumentarischen Methode orientierten Feinanalyse unterzogen (vgl. Bohnsack u.a. 2007). Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, welche Perspektiven auf Zuwanderung, Geflüchtete und Integration seitens der lokalen Akteur*innen und der Wohnbevölkerung entwickelt werden und welche grundsätzliche Orientierung dabei zum Tragen kommt. Ziel dieser Feinanalyse war eine Rekonstruktion dieser kollektiven Orientierungen und der daraus abgeleiteten lokalen Handlungspraktiken.

In Bezug auf die hier vorgenommene Analyse von Eigen- und Fremdbildern in einem als sozial konstruiert zu verstehenden ›Ländlichkeits‹-Konzept ist zu kritisieren, dass es dezidiertes Ziel der Forschung war, Besonderheiten ländlicher Aufnahmegesellschaften herauszuarbeiten. Dieses Ziel wurde auch in der Akquise der Interviewpartner*innen und zu Beginn der Interviews benannt und begründet, so dass eine forschungsseitige Essentialisierung des ›Ländlichen‹ im Gegensatz zum ›Städtischen‹ angenommen werden

1 In dem Verbundprojekt arbeiteten neben der TU Chemnitz das Thünen-Institut für Ländliche Räume, die Universität Hildesheim sowie die Universität Erlangen-Nürnberg zusammen. Das Projekt wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gefördert. Die Projektträgerschaft erfolgte über die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung. Mehr Informationen zum Projekt finden sich unter <https://www.gefluechtete-in-laendlichen-raeumen.de/>.

muss. Dennoch – oder gerade deswegen – ist es interessant zu sehen, wie die Gesprächspartner*innen auf diesen Impuls reagieren und ihrerseits die ländliche Spezifik als Gegenhorizont zu städtischen Gesellschaftsformationen konstruieren.

4. Neue Heimat ländlicher Raum?

Während in anderen Publikationen zu dem benannten Datenkorpus bereits eine allgemeine Deskription der Ergebnisse (Glorius u.a. 2022) vorgenommen sowie dezidiert auf die Bedeutung von kollektivem sozialem Kapital, Nachbarschaftsbeziehungen und Sozialisationsmustern (Glorius u.a. 2020) eingegangen wurde, steht in diesem Beitrag die Konstruktion von Zugehörigkeit und Fremdheit auf der Basis des Critical Whiteness-Konzepts im Mittelpunkt. Die folgenden Ausführungen behandeln zunächst die Repräsentation des migrantischen Anderen unter der Homogenitätsannahme des »Ländlichen«, das »Anderssein« als rassistisches Konzept und schließlich die raumzeitliche Platzierung des »Anderen« als hegemoniales Zuweisungsmuster.

4.1 Sichtbarkeit von Migrant*innen im ländlichen Raum als Integrationsvorteil

Gefragt nach der Spezifik ländlicher Gemeinden als Ankunftsort für Geflüchtete wird von den meisten Gesprächspartner*innen deren Sichtbarkeit hervorgehoben. Dabei wird zumeist dezidiert der ländliche Sozialraum als Gegensatz zur Großstadt konstruiert, der man größere Anonymität zuschreibt und in dem Anderssein angesichts der ubiquitären Diversität nicht auffällt:

...ich glaub', dass die Landbevölkerung die Menschen eher wahrnimmt wie die Stadtbevölkerung. Ob es zur Integration beiträgt weiß ich nicht, aber ich bin da vollkommen überzeugt, dass die Landbevölkerung Menschen anders wahrnimmt. Weil wenn ich in München am Marienplatz sitz', da wird man nicht wahrgenommen. (Interview B_IV_POL_344)²

In diesem Zitat wird neben der Wahrnehmung von Geflüchteten als Neuankommenden auch das rassistische Konstrukt des »Andersartigen« hervorgehoben und im weiteren Verlauf durch die am Standort München-

2 Die Zitate wurden sprachlich geglättet und Ortsbezeichnungen anonymisiert.

Marienplatz wahrgenommene sprachliche Diversität expliziert. Während dieser Gesprächspartner die daraus resultierende Sichtbarkeit von ›Fremden‹ in ländlichen Gemeinden ambivalent betrachtet, betont die Mehrheit der befragten Stakeholder die angenommenen Vorteile in Bezug auf den Integrationsprozess. Einerseits seien durch die Vereinzelung der ›Fremden‹ Begegnungsmöglichkeiten mit der lokalen (und als homogen nicht-migran-tisch konstruierten) Aufnahmegesellschaft wahrscheinlicher. Zugleich würde durch ihre Vereinzelung ethnische Gruppenbildung verhindert, was ebenfalls einer raschen Integration förderlich sei:

Also, ich sehe da die *Chance*, (...) also, jeder kennt jeden sozusagen und man hat sich so im Blick. Hier geht halt niemand *verloren*. Wenn man jetzt wirklich halt auf die Großstadt das mal so bezieht, das ist ja viel *anonymer*. Hier geht das nicht. Und ich finde, das ist vielleicht auch für die Flüchtlingskinder, Eltern auch so, dass sie wissen: Okay, also wir können uns hier nicht verstecken und wir haben vielleicht auch nicht so viele Freunde, die unsere Sprache sprechen, das ist wahrscheinlich auch das Ding, sondern wir *müssen* irgendwie, wenn wir in Kontakt mit anderen Menschen kommen wollen und uns hier was aufbauen wollen, müssen wir auch, ja, die Sprache lernen, weil, sonst sind wir vielleicht alleine. (Interview B_III_BIL_339)

In diesem Zitat ist aus der Critical Whiteness-Perspektive die implizite Homogenitätsannahme in Bezug auf die lokale Aufnahmegesellschaft interessant, die hier nur indirekt – durch die fehlenden »Freunde, die unsere Sprache sprechen« – angedeutet wird. Auch im übrigen Material überwiegt die Vorstellung von ländlicher Homogenität, obgleich an anderer Stelle durchaus die vorangegangenen Migrationsepisoden in die ländlichen Gemeinden erläutert werden, durch die die ländliche Gesellschaft diverser geworden ist (vgl. Bürer u. a. 2021, 9).

Die Vereinzelung der Migrant*innen in ländlichen Gemeinden wird mit einer höheren Wirksamkeit von Integrationsaktivitäten in Verbindung gebracht. Dabei wird implizit auf vorgestellte soziale Charakteristika ländlicher Gesellschaften wie etwa die gegenseitige persönliche Zuwendung hingewiesen, von der auch die Geflüchteten profitieren. Auch dies wird in Abgrenzung zu vermeintlich städtischer Anonymität artikuliert und durch Beispiele von Flüchtlingsfamilien, die nach dem Wegzug in Großstädte das soziale Kapital ländlicher Gemeinden nachträglich wertschätzten, validiert:

Und in der Zwischenzeit sind einige schon wieder zurückgekommen. Und wir merken halt, dass die in der Zwischenzeit *längst* gespürt haben, dass Integration hier am Land mit persönlichen Kontakten auch zu Einheimischen wesentlich besser läuft oder einfacher ist als in Großstädten. (Interview B_IV_ZIV_349)

Die ländliche Gesellschaft wird in Abgrenzung zu städtischen Gesellschaften als ein sozialer Mikrokosmos konstruiert, in dem Fremde von Einheimischen aufgefangen und »an die Hand genommen« werden. Im Vergleich dazu wird Integration im städtischen Bereich als »unkontrolliert« dargestellt, so dass Geflüchtete »mehr oder weniger führerlos« und »auf sich allein gestellt« sind. Das Motiv der Fürsorge wird an dieser Stelle direkt mit Ordnung und Kontrolle verknüpft:

Also, es könnte anders sein, weil dann wäre das ja unkontrolliert gelaufen, vielleicht so wie, ich sage mal, im städtischen Bereich, wo Flüchtlinge mehr oder weniger führerlos durch die Gegend laufen, ohne dass denen einer hilft, auf sich allein gestellt. Das ist ja eher der städtische Bereich und hier bei uns wurden sie praktisch an die Hand genommen erst von ganz vielen Einheimischen, dann von ihren eigenen Leuten im Grunde dann (.) und viel mehr im Alltag unterstützt bei allen, bis hin zur Jobsuche, bis dahin, dass Freundschaften entstehen. Und das ist, glaube ich, im städtischen Bereich nicht, selbst in [Ortsname] haben die Schwierigkeiten dabei. (Interview D_VII_POL_366)

Neben der aufschlussreichen Positionierung von Ordnung und Kontrolle als vorteilhafte soziale Kategorie ist das obige Zitat auch bemerkenswert hinsichtlich der Partikularität seiner Betrachtung: So werden in Bezug auf urbane Integrationsräume die dort ebenfalls existenten Patenschaftsprogramme, die eine Eins-zu-Eins Betreuung von Geflüchteten vorsahen, nicht zur Kenntnis genommen. Zugleich wird die Existenz einer professionellen Integrationsinfrastruktur ausgeblendet, die in städtischen Räumen anders als in ländlichen Gemeinden stärker ausgeprägt ist und dort einheitliche Qualitätsstandards von Integrationsarbeit garantiert, die im Kontext von ehrenamtlicher Arbeit oftmals fehlen (vgl. Karakayali 2016; Filsinger 2017).

4.2 Problematisierung des »Fremden« aus der Perspektive des »Eigenen«

Während auf der Ebene der hauptamtlichen Integrationsakteur*innen die Sichtbarkeit von Geflüchteten vorteilhaft in Bezug auf Kontakt und Begegnung als Basis der praktischen Integrationsarbeit betrachtet wird, wird deren »Fremdheit« dennoch von allen Gesprächspartner*innen deutlich problematisiert, und zwar fast ausschließlich aus der Perspektive der lokalen Bevölkerung. Dabei wird Fremdheit auf der Basis kultureller und sprachlicher Kriterien ausgemacht. Daraus werden soziale Normabweichungen abgeleitet, die mit der einheimischen »Normalitätsvorstellung« unvereinbar sind. Dies zeigt sich an dem folgenden Zitat, in dem das Zusammenleben von Geflüchteten und Einheimischen in einer Hausgemeinschaft problematisiert wird:

Ich weiß nur so vom Hörensagen, dass es *schon* viele Konflikte oder Probleme gibt, weil jetzt zunehmend die Flüchtlinge aus den Sammelunterkünften in Wohnungen eingezogen sind. Und da gibt es so Konflikte bezüglich der Ordnung, der Sauberkeit. Also, wenn zwei Parteien in einem Haus wohnen, oben wohnen Flüchtlinge, unten wohnen bisher Ansässige, Einheimische. Dann gibt es da schon mal Konflikte über die Ordnung auf der Treppe. Da stehen eben dann die schmutzigen Kinderstiefel im Flur und so, wo dann die älteren Leute drüber stolpern und Ähnliches. Das wird schon mal erzählt, dass *die* eben keine Ordnung halten können und dass sie eben laut sind und beim Ramadan, wo sie eben erst essen dürfen, wenn es dunkel wird, dann geht es erst richtig los, wenn sich die Einheimischen eigentlich mehr zur Ruhe begeben. Dann fangen die an zu kochen und zu essen und zu feiern und laut zu sein. Da gibt es schon Reibungspunkte, was ich so höre. (Interview C_VI_ZIV_326)

Der hier dargestellte Kernkonflikt stellt sich eigentlich als sozialer Konflikt auf der Mikroebene der Hausgemeinschaft dar, gefördert durch den Unterschied im Familienstatus der beiden Wohnparteien. Durch die Markierung als »Fremde« wird jedoch eine kulturalisierende Interpretation vorgenommen und zugleich auf die kollektive Ebene transportiert. So wird die individuelle Auseinandersetzung um Ordnung im Treppenhaus, Ruhezeiten und Kinderlärm ein Kulturkonflikt zwischen »Uns« und den »Anderen« und damit Teil einer rassistischen Zuschreibung vom Standpunkt einer impliziten Normalitätsannahme, die sich durch Ordnung, Sauberkeit und zeitlich festgeschriebene Handlungsmuster definiert. Durch die »Leerstelle« der »weißen«

Normgebung wird der rassistische Kern derartiger Konflikte nicht erkannt und kann damit auch nicht bearbeitet werden.

Der rassistische Kern der Kategorisierungsmuster ist auch anhand einer quantitativen Bevölkerungsbefragung zu erkennen, in der die Eignung des ländlichen Wohnstandortes als Heimat für Menschen unterschiedlicher Familienformation, Altersgruppen, Tagesabläufe, Religion, Herkunft und Hautfarbe eingeschätzt wird. Während die überwiegende Mehrheit der Befragten den eigenen Wohnort als (eher) guten Wohnstandort für Familien mit Kindern (95 %), ältere Menschen (85 %), jüngere Menschen (77 %), Menschen mit ›anderem Tagesrhythmus‹ (82 %) sowie Menschen mit anderer Religion (72 %) einschätzten, waren die positiven Bewertungen in Bezug auf Ausländer*innen (67 %), Menschen mit einer anderen Hautfarbe (69 %) sowie insbesondere Geflüchtete (58 %) deutlich verhaltener (Schneider u.a. 2021, 32). Dies zeigt, dass die ländliche Wohnbevölkerung »Fremdsein« als rassistische Kategorie versteht und in Bezug auf ihren ländlichen Wohnstandort als unangemessene Normabweichung empfindet.

4.3 Platzierung von Migrant*innen im dörflichen Sozialraum

In der Abgrenzung von städtischen, diversitätsgeprägten Räumen ist auch unter Migrationsbedingungen das vorgestellte Bild einer homogen weißen ländlichen Gemeinschaft das Ideal, in dem die Ordnungsmuster durch die dominante Bevölkerungsgruppe vorgegeben werden. Dies lässt sich durch sozialräumliche Platzierung erreichen – Migrant*innen sollen vor allem zu bestimmten Zeiten bestimmte Dinge tun, zum Beispiel arbeiten oder sich mit Einheimischen treffen. Beispielhaft kann hier ein Element des untersuchten Medienkorpus herangezogen werden, in dem die Lokalzeitung über eine Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete berichtet, und unter anderem detailliert auf die Abläufe im Alltag der Unterkunft eingeht: »Fürs Sauberhalten ihrer Zimmer sind die Bewohner selbst verantwortlich.« – »Zudem hat eine Hand voll Hausmeister in wechselnden Schichten ein Auge darauf, dass alles seinen Gang geht.« – »Die Bewohner können ihre Schmutzwäsche zu festgelegten Zeiten abgeben.« – »Auch der Schriftverkehr ist organisiert. Täglich wird die eingegangene Post auf Listen bekanntgegeben.« (Lokalzeitung, anonymisiert, 31.12.2015)

Die Leser*innen gewinnen ein Bild von planvoller Aktivität, bei der »das Lernen im Alltag der [Ortsname]er Flüchtlinge eine große Rolle« spielt, da die meisten täglich einen »berufsvorbereitenden Unterricht« besuchten, so dass

»das Wohnheim an vielen Stunden des Tages wie ausgekehrt wirkt«. In der verbleibenden Zeit seien die Bewohner*innen »zumeist auf ihren Zimmern.« Die Einkaufsmöglichkeiten vor Ort würden kaum genutzt, da die meisten Besorgungen in der benachbarten Kreisstadt oder in der nahen Großstadt erledigt würden, »wo arabischstämmige Versorger ansässig sind.« So seien die Geflüchteten in »den Läden im Dorf (...) selten zu finden, und auch der örtliche Allgemeinmediziner berichtet von wenig »Mehraufkommen«, da die »jungen Männer aus dem Wohnprojekt« offensichtlich über eine »robuste Gesundheit« verfügen. Es entsteht dadurch ein Bild, in dem die Einordnung in vorgegebene Strukturen zum beiderseitigen Vorteil gereicht. Den Geflüchteten werden viele Angebote gemacht und klare Strukturen und Regeln vorgegeben, so dass sie Bildungsmöglichkeiten und Abwechslung erleben. Die Dorfbewohner*innen begegnen den Geflüchteten überwiegend während planvoller Aktivitäten (»Liederabend«, »Sportfest«). Ansonsten sind die Geflüchteten an den ihnen zugewiesenen Orten und treten im öffentlichen Raum nicht in Erscheinung: »In den Läden im Dorf sind die Ausländer selten zu finden. Wer in der Bäckerei oder im Obst- und Gemüseladen nach ihnen fragt, erntet Kopfschütteln.« (Lokalzeitung, anonymisiert, 31.12.2015)

Erklärungsbedürftig ist hingegen die Autonomie des migrantischen Subjekts, wenn es sich gegen die Platzierungserwartung der Einheimischen verhält. So erinnert sich ein Gesprächspartner an das Bild von Geflüchteten, die in Gruppen durch die Kleinstadt laufen, um einen öffentlichen WLAN-Hotspot anzusteuern:

...die sind meistens auch in Pulks dann in die Stadt gelaufen zum Einkaufen, so in ganzen Pulks. Da waren dann immer so zehn bis 15 Menschen zusammen *gelaufen*. Die haben ja keine Autos gehabt. Sind immer gelaufen. (...) das war das typische Bild eigentlich zu der Zeit hier. Das war also ein sehr buntes Bild, und hat auch manchmal zu Irritationen geführt, weil die saßen manchmal vor einer Haustür irgendwo, weil da war ein öffentliches WLAN oder so was, und da saßen die da. Und keiner wusste, warum die da sitzen alle. Einige haben auch sich Sorgen gemacht, was machen die hier, auch ältere Menschen, die kennen das ja nicht, dass man über soziale Medien Kontakt halten kann nach Hause. Also, das kannten die ja nicht. (Interview D_VII_ZIV_370)

5. Eine Critical Whiteness-Perspektive auf ländliche Diversität

Dieser Beitrag hatte zum Ziel, die impliziten Annahmen zu ländlichen Gesellschaftsformationen aus einer Critical Whiteness-Perspektive zu untersuchen und damit als ergänzenden Ansatz für eine kritische Landforschung aufzuschließen. Bislang wurde die Critical Whiteness-Perspektive überwiegend in ländlichen Regionen der USA, Australiens oder des Vereinigten Königreichs angewandt, die durch »settler colonialism« geprägt sind oder in denen postkoloniale Rassismus-Diskurse stark präsent sind. Für ländliche Räume in Deutschland werden entsprechende Konzepte bislang kaum genutzt, wie überhaupt ländliche Räume vielfach auch durch die Migrationsforschung durch Verweis auf die geringen Migrantenzahlen als ›homogen weiß‹ essentialisiert werden.

Eine Re-Lektüre des im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Integration von Geflüchteten in ländlichen Regionen erhobenen Datenmaterials aus der Critical Whiteness-Perspektive hat verdeutlicht, wie sich die Konstruktion des Eigenen in Abgrenzung beziehungsweise Unterwerfung des Anderen vollzieht. Dabei geschieht das ›othering‹ vorwiegend entlang ›kultureller‹ Kategorisierungen, während rassistische Zuschreibungen aufgrund der mangelnden Reflexion des eigenen ›Weißseins‹ nicht expliziert werden. Sie laufen jedoch unterschwellig stets mit und bilden durch die daraus abgeleiteten Zuschreibungen in Bezug auf kollektive Verhaltensweisen der ›Anderen‹ einen wirkmächtigen Handlungsrahmen für den Umgang mit den ›Anderen‹. Implizite Normalitätsvorstellungen werden dabei auch sozialräumlich konstruiert und zwar auf unterschiedlichen skalaren Ebenen: einerseits durch die dichotomisierende Gegenüberstellung ›städtischer‹ und ›ländlicher‹ Verhaltensweisen, andererseits durch die implizite Platzierung des migrantischen Subjekts im raum-zeitlichen Schema des ländlichen Sozialraums, was bestimmte Handlungsräume öffnet, andere jedoch verschließt.

Die Analyse hatte nicht zum Ziel, die faktischen Unterschiede von Sozialstrukturen oder besondere Charakteristika in den kollektiven Verhaltensweisen und daraus resultierenden zivilgesellschaftlichen Potenzialen ländlicher Gemeinden anzuzweifeln. Vielmehr sollte durch die analytische Blickrichtung auf die blinden Flecke der Eigenwahrnehmung und auf essentialisierende Wahrnehmungsmuster die Logik der Selbst- und Fremdwahrnehmung in Bezug auf Zuwanderung und Diversität hinterfragt werden. Eine kritische Reflexion der Konstitution des ›Eigenen‹ könnte die Transformationsfähigkeit ländlicher Gesellschaften angesichts vielfältiger und tiefgrei-

fender Wandlungsprozesse fördern, so dass die zunehmend diversere ländliche Gesellschaft gemeinsam eine »neue Heimat« gestalten kann. Die Critical Whiteness-Perspektive kann dabei einen wichtigen Beitrag zur kritischen Landforschung leisten.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Bohnsack, R./Nentwig-Gesemann, I./Nohl, A.-M. (Hg.) (2007): Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis. Grundlagen qualitativer Sozialforschung, Wiesbaden: VS.
- Bonds, A./Inwood, J. (2015): Beyond White Privilege: Geographies of White Supremacy and Settler Colonialism. In: *Progress in Human Geography* 40(6), 715-733.
- Bonnet, A. (1997): Geography, »Race« and Whiteness: Invisible Traditions and Current Challenges. In: *Area* 29(3), 193-199.
- Braun, R./Simons, H. (2015): Familien aufs Land! Warum wir die Flüchtlinge im Leerstand unterbringen sollten und wie das funktionieren könnte. (= empirica paper Nr. 230) Berlin: empirica.
- Bürer, M./Glorius, B./Schneider, H./Gasch, S. (2021): Handlungsorientierungen, Integrationspraktiken und Einstellungen zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in ländlichen Räumen. (= Thünen Working Paper, Bd. 167) Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Chakraborti, N./Garland, J. (2011): Justifying the Study of Racism in the Rural. In: Chakraborti, N./Garland, J. (Hg.): *Rural Racism*. Milton Park/New York: Routledge, 1-13.
- Cloke, P./Milbourne, P. (1992): Deprivation and Lifestyle in Rural Wales. In: *Journal of Rural Studies* 8(4), 359-371.
- Dwyer, O./Jones III, J.P. (2000): White Socio-spatial Epistemology. In: *Social & Cultural Geography* 1(2), 209-222.
- Erikson, E.H. (1968): *Identity, Youth and Crisis*. New York: Norton.
- Filsinger, D. (2017): *Soziale Arbeit mit Flüchtlingen. Strukturen, Konzepte und Perspektiven*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Glorius, B./Bürer, M./Gasch, S./Schneider, H. (2022): Die andere Seite von Integration: Zur Rolle der Aufnahmegesellschaft. In: Mehl, P./Fick, J./Glorius, B./Kordel, S./Schammann, H. (Hg.): *Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands*. Wiesbaden: Springer (i.E.).

- Glorius, B./Kordel, S./Weidinger, T./Bürer, M./Schneider, H./Spenger, D. (2020): Is Social Contact With the Resident Population a Prerequisite of Well-Being and Place Attachment? The Case of Refugees in Rural Regions of Germany. In: *Frontiers in Sociology* 5, 1-13.
- Hubbard, P. (2005): Accommodating Otherness. Anti-asylum Centre Protest and the Maintenance of White Privilege. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 30, 52-65.
- Jackson, P. (1998): Constructions of ›Whiteness‹ in the Geographical Imagination. In: *Area* 30(2), 99-106.
- Karakayali, S. (2016): Willkommengesellschaft stärken: Handlungsempfehlungen zur Unterstützung ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit. (= Böll. brief #2 Teilhabegesellschaft) Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Kirchhoff, G./Bolte, C. (2015): Migration und Integration im ländlichen Raum. Besonderheiten und zukünftige Herausforderungen. In: Garstenauer, R./Unterwurzacher, A. (Hg.): *Aufbrechen, Arbeiten, Ankommen. Mobilität und Migration im ländlichen Raum seit 1945.* (= Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes, Bd. 11) Innsbruck: Studien Verlag, 185-198.
- Kobayashi, A./Peake, L., (2000): Racism Out of Place: Thoughts on Whiteness and an Anti-racist Geography in the New Millennium. In: *Annals of the Association of American Geographers* 90(2), 392-403.
- Küpper, P. (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. (= Thünen Working Paper 68) Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Mecheril, P. (2014): Kritik als Leitlinie (migrations)pädagogischer Forschung, In: Ziegler, A./Zwick, E. (Hg.): *Theoretische Perspektiven der modernen Pädagogik.* Münster: LIT, 159-173.
- Mehl, P./Fick, J./Glorius, B./Kordel, S./Schammann, H. (Hg.) (2022): *Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands.* Wiesbaden: Springer (i.E.)
- Micksch, J./Schwier, A. (Hg.) (2000): *Fremde auf dem Lande.* (= Interkulturelle Beiträge 19) Frankfurt a.M.: O. Lembeck Verlag.
- Nayak, A. (2007): Critical Whiteness Studies. In: *Sociology Compass* 1(2), 737-755.
- Neal, S., (2002): Rural landscapes, representations and racism: examining multicultural citizenship and policy-making in the English countryside. In: *Ethnic and Racial Studies* 25(3), 442-461.
- Roediger, D. (1992): *The Wages of Whiteness: Race and the Making of the American Working Class.* London: Verso.
- Schader-Stiftung (Hg.) (2007): *Zuwanderer auf dem Land – Forschung: Integration von Ausländern.* Darmstadt: Schader-Stiftung.

- Schader-Stiftung (Hg.) (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts. Darmstadt: Schader-Stiftung.
- Schneider, H./Bürer, M./Glorius, B. (2021): Gesellschaftliche Einstellungen in ländlichen Räumen gegenüber Neuzugewanderten: Befragungsergebnisse und regionale Spezifika-Verbundprojekt »Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands«. (= Thünen Working Paper 174) Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Thünen Institut für Ländliche Räume (2021): Thünen Landatlas. <https://karte.n.landatlas.de/app/landatlas/> (letzter Zugriff am 29.12.2021).

Flucht- und zuweisungsbedingte Migration als Entwicklungsstrategie für ländliche Räume?

Anna Scheib

Ländliche Räume werden im Globalen Norden durch diskursive Zuschreibungen häufig als »Ort[e] einer homogenen weißen Gemeinschaft« (Maschke u. a. 2021, 64), als »weiße Räume« (ebd.) konstruiert. Diese Konstruktionen stimmen jedoch nicht mit der Realität überein. Zwar sind in Deutschland urbane Orte die primären Räume der Migration (Carstensen-Egwuom 2018), doch auch in rurale Orte erfolgten seit jeher Migrationsbewegungen. So flüchteten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges viele Menschen aus mittel- und osteuropäischen Gebieten in ländliche Regionen Deutschlands und auch von Aussiedler*innen gab es zu dieser Zeit Zuzüge (Wagner 2015, 89). Zuwanderungen erfolgten außerdem im Kontext der sogenannten »Gastarbeiterpolitik« sowie zuweisungsbedingt von Spätaussiedler*innen. Hinzu kommen ebenso zuweisungsbedingte Zuwanderungen von geflüchteten Menschen, im Wesentlichen zunächst in den 1990er-Jahren (Schader-Stiftung 2011, 58f.) sowie in jüngerer Vergangenheit in den Jahren 2015 und 2016 (Meschter 2020).

Im Folgenden findet eine Beschäftigung mit den zuletzt genannten flucht- und zuweisungsbedingten Zuwanderungen in ländliche Räume statt. Der Beitrag setzt sich aus der Perspektive Sozialer Arbeit mit der von verschiedenen politischen Akteur*innen vorgebrachten Idee, durch flucht- und zuweisungsbedingte Zuwanderung diagnostizierten Problematiken ländlicher Räume, wie dem Fachkräftemangel sowie Schrumpfungs- und Überalterungsprozessen, zu begegnen, auseinander. Zu Beginn wird dargestellt, in welchem Zusammenhang dieser Raumordnungsansatz in den politischen Diskurs eingebracht und wie dieser diskursiv legitimiert wurde (Abschnitt 1). Nach einer inhaltlichen Auseinandersetzung (Abschnitt 2) folgen Einschätzungen zum Raumordnungsansatz aus der Perspektive Sozialer Arbeit (Abschnitt 3). Den Ausführungen vorgegriffen sei, dass die angedachte Raumordnung aus dieser Perspektive als inakzeptabel eingeordnet wird.

Der Beitrag schließt daher mit Überlegungen zu alternativen Bearbeitungsmöglichkeiten diagnostizierter Problematiken ländlicher Räume (Abschnitt 4).

1. Flucht- und zuweisungsbedingte Migration in ländliche Räume im politischen Fokus

Trotz über Jahre hinweg stattfindender Migrationsbewegungen in ländliche Räume wurde dieses Phänomen lange Zeit politisch kaum thematisiert. Aufgrund geringerer migrantischer Bevölkerungsanteile als in städtischen Räumen sowie aufgrund der allgemeinen Annahme, ländliche Räume bürden ein geringeres Konfliktpotenzial, erfolgten wenige bis keine politischen Auseinandersetzungen um diese Migrationsbewegungen (Wagner 2015, 88f.). Dies änderte sich schlagartig, als das europäische Grenzregime, an dessen Aufbau die europäischen Staaten über mehr als 30 Jahre mit dem Ziel arbeiteten, Migrations- und Fluchtwege in die EU selektiv zu kontrollieren und abzuschotten (Hess u.a. 2016, 6), im Spätsommer 2015 eine zwar nicht dauerhafte, aber »historische und strukturelle Niederlage« (ebd.) erfuhr. Nachdem im sogenannten »langen Sommer der Migration« (Kasperek/Speer 2015) mehr Menschen als gewohnt nach Deutschland flüchten konnten und auf Grundlage bundes- und landesweiter Zuweisungsmechanismen verstärkt Zuzüge in ländliche Räume erfolgten (Glorius u.a. 2017, 126; Meschter 2020), schien eine regelrechte Euphorie für die Beschäftigung mit der Thematik entfacht (Guratzsch 2017).

Die Aufmerksamkeit lag in dieser Ausnahmesituation nicht nur auf der Absicherung und Verbesserung der Lebenssituationen von Geflüchteten in ländlichen Räumen, sondern besonders auf den ländlichen Räumen selbst. Verschiedene politische Akteur*innen, wie beispielsweise der damalige Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur Rainer Bomba (CDU), Bürgermeister*innen und Personen mit Zuständigkeiten für Kreisentwicklung, stellten in den Fokus, dass flucht- und zuweisungsbedingte Zuwanderungen für ländliche Räume eine Chance bieten können, um diagnostizierten Problematiken wie dem Fachkräftemangel sowie Schrumpfungs- und Überalterungsprozessen zu begegnen (z.B. BMVI 2016, 20ff.; BMVI 2017, 4ff.). Eine Idee war es dabei, »die humanitäre Aufnahme von Asylsuchenden mit der Regionalentwicklung verbinden zu können« (Meschter 2020).

Diesen Raumordnungsansatz legitimierend wiesen jene politischen Akteur*innen häufig darauf hin, dass Geflüchtete in ländlichen Räumen ausgesprochen günstigen Lebensumständen begegnen würden, im Rahmen derer Integration in besonderer Weise gelingen könne. Sie priesen vor allem soziale Nähe (BMVI 2017, 7, 22) verbunden mit einer hohen Bereitschaft der Bevölkerung für »Nachbarschaftshilfe«¹ (ebd., 21f.). Bomba wies als damaliger Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur den Raumordnungsansatz befürwortend auf eine relativ gut ausgebaute und nicht ausgelastete soziale und technische Infrastruktur ländlicher Räume hin (ebd., 6).

Paradoxerweise äußerten die gleichen politischen Akteur*innen auch, dass trotz der angepriesenen günstigen Lebens- und Integrationsbedingungen zu erwarten sei, dass sich Geflüchtete bei voller Freizügigkeit nach einem ersten Ankommen in Deutschland in Richtung von Ballungsräumen orientieren würden (BMVI 2016, 20ff.; BMVI 2017, 7), und dass es daher zunächst gezielter Maßnahmen bedürfe, die Geflüchtete »zum Bleiben motivieren« (BMVI 2017, 7). Vereinzelt wurde aus deren Reihen gar eine »Residenzpflicht« für Geflüchtete über den Zeitraum des Asylverfahrens hinaus gefordert (BMVI 2016, 23).

Angedeutet hat sich dieser Raumordnungsansatz bereits vor den besagten massiven Fluchtbewegungen nach Deutschland. So war es die Intention eines Forschungsprojekts, das in Kooperation von Schader-Stiftung, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Hessischem Ministerium für Soziales und Integration, Deutschem Landkreistag sowie Deutschem Städte- und Gemeindebund von 2012 bis 2014 durchgeführt wurde, »auf die Bedeutung einer aktiven Integrations- und Zuwanderungspolitik für von Abwanderung und Bevölkerungsrückgang betroffene ländliche Räume hinzuweisen und deren praktische Realisierungschance [...] zu überprüfen« (Schader-Stiftung 2014, 5). Integrationspolitik sollte durch dieses Forschungs-Praxis-Projekt als integraler Bestandteil einer Entwicklungsstrategie der beteiligten Klein- und Mittelstädte sowie Landkreise verankert werden (ebd.).

1 Im Folgenden wird anstelle der Bezeichnung »Nachbarschaftshilfe« die Bezeichnung unbezahlte Geflüchtetenarbeit verwendet werden. Die Begrifflichkeit »Nachbarschaftshilfe« wird den Leistungen, die unbezahlt Arbeitende erbringen, nicht gerecht. So handelt es sich bei den Leistungen zwar um unbezahlte und häufig ohne fachliche Fundierung geleistete Arbeit, aber dennoch um eine Tätigkeit, bei der Menschen ihre eigene Arbeitskraft gebrauchen.

Dass der Raumordnungsansatz von fortdauernder Aktualität ist, zeigt das Forschungsprojekt »Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen«, welches das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge von Januar 2017 bis Dezember 2019 durchgeführt hat (Rösch u. a. 2020, 11). In dem dazugehörigen Forschungsbericht erläutern die Verfasser*innen, dass es Ziel des Projekts unter anderem gewesen sei, »Faktoren zu identifizieren, die für [...] einen längeren bzw. dauerhaften Verbleib von Geflüchteten in ländlichen Räumen entscheidend sind« (ebd., 12), sogenannte »Haltefaktoren« (ebd.). Mit Blick auf die Kommunen wird in diesem Bericht die Empfehlung ausgesprochen, »Zuwanderung [...] als Chance zur Aufrechterhaltung von Infrastruktur und Gemeinschaftsleben in ländlichen Gemeinden aufzufassen« (ebd., 77).

2. Autoritäre Raumordnung auf dem Rücken geflüchteter Menschen

Da der in Zeiten einer akuten humanitären Notlage in den politischen Diskurs eingebrachte Raumordnungsansatz, durch flucht- und zuweisungsbedingte Zuwanderung diagnostizierten Problematiken ländlicher Räume wie dem Fachkräftemangel sowie Schrumpfungs- und Überalterungsprozessen zu begegnen, nicht nur kurzweilig Beachtung fand, ist die Notwendigkeit einer Befassung mit diesem nicht von der Hand zu weisen. Im nachstehenden Abschnitt folgt daher eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem besagten Raumordnungsansatz.

Die im Diskurs vorgenommene gleichzeitige Darstellung von flucht- und zuweisungsbedingter Zuwanderung als Chance ländlicher Räume sowie von vermeintlich günstigen Lebens- und Integrationsbedingungen für Geflüchtete in ländlichen Räumen lässt annehmen, dass der Ansatz, möglichen Problematiken ländlicher Räume mit flucht- und zuweisungsbedingter Migration zu begegnen, auf einem altruistischen Verhalten gegenüber Geflüchteten gründet. Vergegenwärtigt man sich jedoch, dass, wie bereits dargestellt, im politischen Diskurs darauf hingewiesen wurde, dass es gezielter Maßnahmen bedürfe, die einen längeren Verbleib Geflüchteter in ländlichen Räumen initiieren beziehungsweise gar erzwingen sollen, wird deutlich, dass der Ansatz nicht auf altruistischen Beweggründen beruhen kann. Wäre dies der Fall, dürften vor allem Zwangsmaßnahmen nicht zur Debatte stehen. So ist doch davon auszugehen, dass jeder Mensch am besten weiß, in welcher Lebensumgebung ein subjektiv gelingendes Dasein stattfinden kann. Das Fordern von

Zwangmaßnahmen zeigt, dass der persönliche Wille Geflüchteter nicht von Relevanz ist beziehungsweise gar unterdrückt wird. Das angedachte Raumordnungskonzept ist somit nur als vordergründig wohlwollend, im Grunde jedoch als autoritär und den subjektiven Willen Geflüchteter unterdrückend zu charakterisieren.

Mit Blick darauf, dass flucht- und zuweisungsbedingte Zuwanderung im Diskurs als Chance gegen den diagnostizierten Fachkräftemangel sowie gegen Schrumpfs- und Überalterungsprozesse, sprich gegen einen Verlust von Arbeitskräften, dargestellt wurde, erweist sich der autoritäre Raumordnungsansatz vor allem als Praxis des Arbeitskräfteimports in ländliche Räume. Er repräsentiert insofern einen Faktor der Reproduktion von Produktionsverhältnissen und entspricht dem im gesamten westlichen Wirtschaftsraum seit der Reagan-/Thatcher-Ära vorherrschenden Ziel, die Rahmenbedingungen unternehmerischen Handelns zu verbessern (Lessenich 2009, 159). Die angedachte Raumordnung bedient somit partikularistisch die Interessen von in ländlichen Räumen angesiedelten oder ansiedlungswilligen Unternehmen.

Betrachtet man das im politischen Diskurs als Vorzug der angedachten Raumordnung vorgebrachte Argument, geflüchtete Menschen fänden in ländlichen Räumen nicht ausgelastete Infrastrukturen vor (BMVI 2017, 6), so zeigt sich das autoritäre raumordnungspolitische Vorhaben gleichermaßen als kosteneinsparende Strategie. Durch die bessere Auslastung bereits vorhandener Infrastrukturen, wie zum Beispiel verfügbarer Kindergartenplätze, können Kosten für zusätzliche Strukturen, etwa neuer Kindergartengruppen, in infrastrukturell ausgelasteten Räumen vermieden werden. Gleichermaßen können Kommunen ein Festhalten an bestehenden und in der Vergangenheit nicht mehr ausgelasteten Strukturen gegenüber Aufsichtsbehörden, wie etwa dem Rechnungshof, rechtfertigen.

Angesichts dessen, dass die angedachte autoritäre Raumordnung als Praxis des Arbeitskräfteimports in ländliche Räume sowie als kosteneinsparende Strategie eingeordnet werden kann, lässt sich konstatieren, dass die Geflüchteten im Rahmen der besagten Raumordnung lediglich als dafür benutzbare Menschen fungieren. Ihre Rolle wandelt sich von in Deutschland schutzsuchenden Subjekten zu der Gesellschaft, dem Staat, der Wirtschaft und auch ländlichen Räumen gegenüber verantwortlichen Subjekten, vielmehr gar Objekten. Sie verschwinden mit ihren individuellen Bedürfnissen, Wünschen und Perspektiven hinter kapitalistischen Zielen und Einsparbestrebungen.

3. Ländliches Leben unter Zwang – Einschätzungen aus der Praxis Sozialer Arbeit

Auf Grundlage der bisherigen Auseinandersetzung folgen nun Einschätzungen zum angedachten Raumordnungsansatz aus der Perspektive Sozialer Arbeit. Ganz grundsätzlich sei einleitend festgestellt, dass der Ansatz bereits wegen dessen autoritären Charakters und der damit verbundenen Einschränkung des freien Willens Geflüchteter nicht zu billigen ist. So sollte doch jeder in Deutschland lebende Mensch (nach einem ersten Ankommen) die Möglichkeit haben, selbstbestimmt einen Wohnsitz zu wählen, und zwar völlig ungeachtet theoretisch möglicher positiver Auswirkungen einer Wohnsitzverpflichtung auf die Lebenssituationen der davon Betroffenen sowie völlig ungeachtet möglicher Interessen der Verpflichtenden.

Im Folgenden sollen dennoch aus der Perspektive der Praxis Sozialer Arbeit Einschätzungen dazu abgegeben werden, ob Geflüchtete, die im Zuge autoritärer Raumordnung verpflichtet würden, in ländlichen Räumen zu leben, tatsächlich – wie diskursiv dargestellt – besonders günstige Lebens- und Integrationsbedingungen vorfinden könnten. Jene Einschätzungen sind insofern notwendig, als dass auf deren Grundlage eine sachliche Bewertung der vorgebrachten Legitimationsargumente oder allgemeiner ausgedrückt, der scheinbaren Berechtigung autoritärer Raumordnung stattfinden kann. Es kann so geprüft werden, ob die vorgebliche Berechtigung nicht nur als per se unzulässig, sondern gegebenenfalls zusätzlich als hinfällig einzuordnen ist.

Grundlage für die Einschätzungen zur Situation Geflüchteter in ländlichen Räumen sind Wahrnehmungen und Erfahrungen aus selbst erlebter Praxis Sozialer Arbeit. Wenngleich diese Wahrnehmungen und Einschätzungen nicht repräsentativen Charakters sind, so sind sie dennoch tendenzieller Natur. Konkret handelt es sich um Eindrücke aus der »Allgemeinen Sozialberatung für Migrant*innen«, aus der »Verfahrensberatung für Asylsuchende« sowie aus der »Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer« in ländlichen Räumen im südlichen Rheinland-Pfalz. Die in diesem Abschnitt folgenden konkreten Beispiele zur Situation geflüchteter Menschen in ländlichen Räumen beruhen insofern auf eigenen Aufzeichnungen über Schilderungen Geflüchteter sowie über stetige Beobachtungen in Unterstützungsprozessen.

Als besonders günstige Lebens- und Integrationsbedingung für Geflüchtete in ländlichen Räumen wurde im beschriebenen Diskurs immer wieder soziale Nähe unter der Bevölkerung ländlicher Räume genannt (z.B. BMVI 2017, 7, 22). Wie im Austausch mit Geflüchteten, die im Ländlichen leben,

regelmäßig deutlich wird, ist ihnen diese soziale Nähe jedoch keineswegs garantiert. Sie berichten nicht selten, dass keine Kontakte zur Nachbarschaft bestehen und ihnen sogar Namen direkter Nachbar*innen nicht bekannt sind. Besonders augenfällig wurde die bloße Eventualität sozialer Nähe mit Beginn der Coronakrise, als sich erkrankte Geflüchtete aufgrund fehlender Unterstützung von Nachbar*innen mit der Bitte an Beratungsstellen wandten, Lebensmittel nach Hause gebracht zu bekommen. Soziale Nähe unter Bewohner*innen ländlicher Räume kann demnach kaum als besonders günstige Lebens- und Integrationsbedingung für Geflüchtete in ländlichen Räumen angepriesen werden. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass ein Fehlen sozialer Nähe für Geflüchtete in ländlichen Räumen weitaus problematischer ist als ein Fehlen sozialer Nähe in städtischen Räumen. Die Situation verschärfend kommt im Ländlichen hinzu, dass dort kaum große Migrant*innen-Communities bestehen. Während für geflüchtete Menschen in städtischen Räumen bei fehlender sozialer Nähe in der Nachbarschaft die Möglichkeit besteht, sich in den jeweiligen Communities in der Muttersprache über Sorgen und Ängste auszutauschen und sich bei Schwierigkeiten im Prozess des Ankommens gegenseitig zu unterstützen, ist es in ländlichen Räumen durchaus nicht unüblich, dass einzelne Geflüchtete ohne weitere Personen aus dem Herkunftsland in kleinen Gemeinden leben. Sie verspüren daher nicht selten ein Gefühl der völligen Isolation, existenzielle Einsamkeit, Fremdheit und Verlassenheit.

Als weiterer Vorteil für Geflüchtete in ländlichen Räumen wurde eine hohe Bereitschaft der Bewohner*innen für unbezahlte Geflüchtetenarbeit angeführt (z. B. BMVI 2017, 21f.). In der Praxis Sozialer Arbeit ist zu registrieren, dass diese hohe Bereitschaft nicht zwangsläufig vorhanden ist. Zum einen ist wahrzunehmen, dass die Bereitschaft keine Beständigkeit aufweist, sondern stark von gesellschaftlichen Geschehnissen und Stimmungslagen abhängig ist. Im Zuge der Coronakrise wurden etwa zahlreiche Unterstützungsprozesse aufgrund nachvollziehbarer Schutzbedürfnisse unbezahlt Arbeitender unvermittelt eingestellt. Zum anderen ist zu erkennen, dass nicht gegenüber allen Geflüchteten gleichermaßen die Bereitschaft für unbezahlte Geflüchtetenarbeit besteht. Stattdessen wird unbezahlte Geflüchtetenarbeit oftmals stark selektiv und völlig willkürlich geleistet. Die Bereitschaft ist gegenüber jenen Geflüchteten, die Integrationserwartungen der unbezahlt Arbeitenden erfüllen, eher vorhanden als gegenüber jenen, die bestehenden Erwartungen nicht gerecht werden. So beschrieb eine alleinerziehende Mutter in einer Beratungssituation, dass ihr ein gesamter örtlich institutionalisierter Helfer-

kreis jegliche Unterstützung verweigere. Auf Nachfrage begründete der Helferkreis dies damit, dass die Frau »arbeitsscheu« sei, sich nicht zur Genüge um ihre Kinder sorge, die deutsche Sprache trotz langer Aufenthaltszeit nicht beherrsche und bisherige Unterstützungsversuche erfolglos geblieben seien. Nicht unerwähnt bleiben darf, dass eine hohe Bereitschaft für unbezahlte Geflüchtetenarbeit auch, sofern vorhanden, nicht unbedingt eine besonders günstige Lebens- und Integrationsbedingung darstellt. So kommt es doch häufig vor, dass im Rahmen von Unterstützungen aufgrund defizitären Wissens unbezahlt Arbeitender über das Asyl- und Aufenthaltsrecht inkorrekte und unvollständige Auskünfte und Ratschläge an Geflüchtete erteilt werden. In der Praxis Sozialer Arbeit ist wahrzunehmen, dass dies in erster Linie bei Hilfen im Kontext von Familiennachzugsprozessen der Fall ist. Beispielsweise haben unbezahlt Arbeitende selten Kenntnis über die Notwendigkeit der Stellung einer sogenannten »Fristwährenden Anzeige« (Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz 2021, § 29 Abs. 2 S. 2) im Rahmen einer Dreimonatsfrist zur Durchführung eines erleichterten Familiennachzuges. Geflüchtete, die sich in ihrem jeweiligen Unterstützungsprozess gut beraten fühlen und sich infolgedessen nicht weiter zum Prozess informieren, verpassen diese Chance. Die Unwägbarkeit unbezahlter Geflüchtetenarbeit sowie deren häufig mangelhafte Qualität verhindern nicht nur, dass eine hohe Bereitschaft für diese eine günstige Lebens- und Integrationsbedingung darstellt, sondern sind für in ländlichen Räumen lebende Geflüchtete besonders tragisch. Während Geflüchtete in städtischen Räumen zumeist die Möglichkeit haben, Angebote professioneller Sozialer Arbeit niedrigschwellig in Anspruch zu nehmen, besteht diese Möglichkeit für Geflüchtete in ländlichen Räumen häufig nicht. Angebote Sozialer Arbeit sind dort bedauerlicherweise nicht in der Dichte und Vielfalt vorhanden wie im Städtischen (Beetz 2015, 12). Geflüchtete, die Unterstützung benötigen und professionelle Unterstützungsangebote nicht niedrigschwellig erreichen können, begeben sich unter Leidensdruck daher nicht selten in unbeständige Unterstützungsprozesse, die sich nicht unbedingt positiv auf deren Lebenssituationen auswirken.

Im politischen Diskurs wurde als weitere besonders günstige Lebens- und Integrationsbedingung in ländlichen Räumen eine nicht ausgelastete und relativ gut ausgebaute soziale und technische Infrastruktur genannt (BMVI 2017, 6). In Gesprächen mit Geflüchteten wird jedoch deutlich, dass sie infrastrukturelle Gegebenheiten ländlicher Räume häufig als für sie unzureichend beziehungsweise vielmehr als alltägliche Herausforderungen

oder gar als Integrationshemmnisse empfinden. Beispielsweise beschreiben Alleinerziehende regelmäßig, es sei ihnen aufgrund ihrer Wohnsituation in einem kleinen Dorf ohne Integrationskursangebot und unzureichenden öffentlichen Nahverkehrs nicht möglich, an Integrationskursen teilzunehmen. Sie schildern, es sei eine organisatorische Unmöglichkeit, ihr(e) Kind(er) in einen Kindergarten zu bringen, im Anschluss mit öffentlichen Verkehrsmitteln unter großem Zeitaufwand die Distanz in die nächste größere Ortschaft mit Integrationskursangebot zu überwinden, pünktlich an dem Kurs teilzunehmen und die Kinder rechtzeitig wieder in dem Kindergarten abzuholen. Auch stellen Geflüchtete dar, es sei aufgrund des in ländlichen Räumen meist nicht vorhandenen öffentlichen Nahverkehrs zu Nachtzeiten nicht möglich, Arbeitsangebote im Schichtdienst in nächstgelegenen Städten anzunehmen. Als weitere Schwierigkeit, mehr noch als Unmöglichkeit, zeigt sich für Geflüchtete, die traumatische Erfahrungen gemacht haben, das Finden muttersprachlicher Therapieangebote im Ländlichen. Geflüchtete berichten, meist lange Fahrtstrecken in größere Zentren in Kauf nehmen zu müssen, um Behandlungen in Anspruch nehmen zu können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die im beschriebenen politischen Diskurs angepriesenen vermeintlich günstigen Lebens- und Integrationsbedingungen ländlicher Räume nicht zwangsläufig positiv auf die Lebenssituationen von Geflüchteten auswirken. Der Verweis auf die scheinbaren Vorzüge kann daher keineswegs zur Legitimation der angedachten autoritären Raumordnung dienen. Im Gegenteil: Bereits nach kurzer Auseinandersetzung mit diesen wird deutlich, dass Geflüchtete in ländlichen Räumen spezifischen Schwierigkeiten gegenüberstehen, die sie im Alltag herausfordern. Die vorgebliche Berechtigung für den autoritären Raumordnungsansatz ist demnach nicht nur per se unzulässig, sondern vollends hinfällig.

Die in diesem Abschnitt einleitend getroffene Feststellung zur Unannehmbarkeit des autoritären Raumordnungskonzepts wird nach Beschäftigung mit den diskursiven Legitimationsversuchen daher nochmals bestärkt. Es verbieten sich jegliche Maßnahmen, die Geflüchtete richtungsweisend beeinflussen oder gar zum Verbleib in ländlichen Räumen zwingen. Für geflüchtete Menschen muss nach einem ersten Ankommen und Orientieren in Deutschland die Möglichkeit bestehen, raumspezifische Herausforderungen und Vorzüge in individuellen Abwägungsprozessen gegenüberzustellen und unter Beachtung persönlicher Erfahrungen und Interessen selbstbestimmt und unbeeinflusst zu entscheiden, in städtischen oder ländlichen Räumen zu leben. Bei der Entscheidung kann beispielsweise von Relevanz sein, ob

Geflüchtete in ihren Herkunftsländern in städtischen oder ländlichen Regionen gelebt haben (Meschter 2020). Im Sinne der Entscheidungsfreiheit sollte es Geflüchteten durch das Bereitstellen von Ressourcen – wie zum Beispiel durch die Verbesserung der Angebotsstruktur professioneller Sozialer Arbeit in ländlichen Räumen – ermöglicht werden, einen Wohnort zu wählen, an dem die im Prozess des Ankommens auftretenden Anforderungen gut gemeistert werden können.

4. Überlegungen zur alternativen Bearbeitung diagnostizierter Problematiken ländlicher Räume

Die Feststellung, dass sich eine autoritäre Raumordnung zur Bearbeitung diagnostizierter Problematiken ländlicher Räume wie dem Fachkräftemangel sowie Schrumpfungs- und Überalterungsprozessen verbietet, verlangt Überlegungen zu alternativen Bearbeitungsmöglichkeiten.² Zuvörderst sind diese Überlegungen von den jeweiligen Fachpolitiken anzustellen. Doch auch Praxis und Wissenschaft Sozialer Arbeit sind gehalten mitzuwirken. Den Beitrag abschließend folgen daher nun Überlegungen aus dem zuletzt genannten Blickwinkel. Eingenommen wird dabei eine Sozialraumperspektive. Ländliche Räume stehen nicht primär als physisch-materielle »Orte« im Fokus der Überlegungen, sondern vielmehr als gesellschaftliche Räume (Kessl/Reutlinger 2010, 25). Der zugrunde liegende Raumbegriff ist dabei ein relationaler, der konstruktivistische und materialistische raumtheoretische Einsichten miteinander in Verbindung bringt. Im konstruktivistischen Sinne werden ländliche Räume nicht als fixierte Einheiten, die sozialen Prozessen vorgängig sind, angesehen, sondern vielmehr selbst als Ergebnisse sozialer Prozesse. Im materialistischen Sinne wird angenommen, dass die von Akteur*innen konstruierten ländlichen Räume zugleich wiederum unabhängig von den jeweiligen Konstruktionsprozessen auf die Akteur*innen einwirken, da sie sich materialisieren (ebd., 27f.).

2 Zu erwähnen ist an dieser Stelle, dass ländliche Räume keineswegs per se durch Wanderungsverluste gekennzeichnet sind. So existieren auch ländliche Räume, die Wanderungsgewinne aufweisen (Milbert 2017, 77). Der herrschende Diskurs über ein Leerlaufen ländlicher Räume und die tatsächlichen Wanderungsbewegungen verlaufen lediglich in loser Kooperation zueinander (Beetz 2015, 8).

Aus einer Sozialraumperspektive heraus gilt es im Rahmen von Überlegungen zu alternativen Bearbeitungsmöglichkeiten diagnostizierter Problematiken ländlicher Räume zunächst, die gegenwärtigen Lebenssituationen der Bewohner*innen ländlicher Räume in den Blick zu nehmen. Bei dieser Betrachtung wird deutlich, dass durch die lange Phase der Austerität des Wettbewerbsstaates eine zunehmende Prekarisierung der ländlichen Bevölkerung stattgefunden hat (Kallert/Dudek 2019, 66ff.). Erklären lässt sich dies folgendermaßen: Sparpolitiken führen prinzipiell dazu, dass sämtliche Kosten für kommunale Pflichtausgaben möglichst niedrig gehalten werden müssen. Im Zuge des staatlichen Strukturabbaus (Privatisierung ehemals staatlicher Aufgaben, Abbau von Regulierungen des Marktes) führen Sparpolitiken zusätzlich dazu, dass Kommunen, die aufgrund ihrer bereits vorhandenen Strukturschwäche nicht eigenständig über Steuereinnahmen verfügen, lediglich unumgängliche Investitionen tätigen können. Für Investitionen im freiwilligen Bereich stehen wenige bis keine Gelder zur Verfügung. Im Gesamten verschlechtert sich so die soziale Daseinsvorsorge enorm. Beispielsweise verstärkt sich der Mangel an wohnortnahen Arbeitsplätzen, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie flächendeckendem öffentlichen Nahverkehr. Anders als in Ballungszentren existiert die Alternative, Daseinsvorsorgeeinrichtungen durch Marktlösungen privater Anbieter zu sichern, in ländlichen Räumen häufig nicht (ebd.). Die so herbeigeführte zunehmende Prekarisierung der Lebenssituationen von Menschen, die in ländlichen Räumen leben, führt tendenziell zu einer stetigen Steigerung deren Unzufriedenheit, die Abwanderungswünsche wiederum tendenziell verstärkt.

Auf Grundlage dieser sozialräumlichen Beobachtung kann im Rahmen von Überlegungen zu alternativen Bearbeitungsmöglichkeiten diagnostizierter Problematiken ländlicher Räume die Schlussfolgerung gezogen werden, dass Problematiken wie der Fachkräftemangel sowie Schrumpfungs- und Überalterungsprozesse letztendlich lediglich durch eine »grundlegende Kehrtwende in Bezug auf die soziale Daseinsvorsorge« (ebd., 71) bearbeitet werden können. Ein mögliches Gegenkonzept sozialer Daseinsvorsorge könnte das Konzept der Sozialen Infrastruktur sein. Dieses geht von der Notwendigkeit einer Grundausrüstung an Bildung, Gesundheit, Mobilität und Wohnen aus, welche der gesamten Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird und dem Wettbewerbsprimat entzogen ist (ebd.).

An der konkreten Konzeption einer solchen alternativen sozialen Daseinsvorsorge ist die Teilhabe geflüchteter Menschen durch eine Einbeziehung ihrer Bedürfnisse und Interessen unerlässlich. So sollte doch jeder Mensch

unabhängig von der jeweiligen Aufenthaltsrechtlichen Situation das Recht haben, an Entscheidungen zu partizipieren, die das eigene konkrete Lebensumfeld betreffen (Maschke u.a. 2021, 121f.). Zur Beteiligung Geflüchteter bedarf es zwar aufgrund der in ländlichen Räumen tendenziell in geringerer Anzahl vorkommenden Migrant*innenselbstorganisationen (Aumüller/Gesemann 2016, 29) speziell ausgearbeiteter Konzepte. Die Beteiligung sollte sich jedoch aufgrund kleiner lokaler Einheiten und damit verbundener direkter Kontakte zwischen allen Beteiligten als unkompliziert erweisen. Bestenfalls entwickeln sich im Zuge der Beteiligung gar Migrant*innenselbstorganisationen. Die Unerlässlichkeit der Teilhabe geflüchteter Menschen an der Konzeption einer alternativen sozialen Daseinsvorsorge wird durch perspektivische Überlegungen bekräftigt. Mit Blick auf die weltweite Klimakrise, Hungersnöte, andauernde Kriege und weitere humanitäre Krisen ist zu vermuten, dass fluchtbedingte Migration in die Europäische Union »nicht so bald zum Stillstand kommen [wird] – weder durch einen Wegfall der Ursachen noch durch wachsenden Einfallsreichtum bei den Bemühungen, ihr Einhalt zu gebieten« (Bauman 2016, 10). Es ist vielmehr davon auszugehen, dass der Wille von Menschen, nach Europa zu migrieren, weiter ansteigen wird, dass also der Migrationsdruck zunehmen wird (ebd., 12) und Menschen eigensinnig nach Europa migrieren werden (zur »eigensinnigen Migration« vgl. Benz/Schwenken 2005).

Im Hinblick auf diese perspektivischen Überlegungen ist abschließend darauf hinzuweisen, dass die Fortführung politischer Auseinandersetzung mit flucht- und zuweisungsbedingter Migration in ländliche Räume unbedingt notwendig ist. Politische Motivation muss dabei jedoch in humanitärem Sinne primär eine Auseinandersetzung mit und die Arbeit an der Verbesserung der Lebenssituationen geflüchteter Menschen sein.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Aumüller, J./Gesemann, F. (2016): Flüchtlinge aufs Land? Migration und Integration im ländlichen Raum. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66(46-47), 29-34.
- Bauman, Z. (2016): *Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache*. Berlin: Suhrkamp.

- Beetz, S. (2015): Peripherisierte ländliche Räume – »schrumpfende« soziale Hilfesysteme? In: sozialmagazin. Die Zeitschrift für Soziale Arbeit 40(3/4), 6-13.
- Benz, M./Schwenken, H. (2005): Jenseits von Autonomie und Kontrolle: Migration als eigensinnige Praxis. In: PROKLA 140, 363-377.
- BMVI – Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hg.) (2016): Diskussionsforum Raumentwicklung. Der Zustrom von Flüchtlingen und die Einflüsse auf die Raumentwicklung. Ein MORO-Forschungsfeld. (= MORO Informationen, Nr. 14/2 2016) Bonn: Selbstverlag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.
- BMVI – Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hg.) (2017): Diskussionsforum Raumentwicklung. Zuwanderung und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Ein MORO-Forschungsfeld. (= MORO Informationen, Nr. 14/3 2017) Bonn: Selbstverlag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.
- Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz (2021): Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG). Aufenthaltsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2467) geändert worden ist. https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/BJNR195010004.html (letzter Zugriff am 25.11.2021).
- Carstensen-Egwuom, I. (2018): Stadt und Migration – eine Einführung. Zu den Formen der Zuwanderung in die Städte. <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216877/zuwanderung-in-die-staedte> (letzter Zugriff am 21.6.2021).
- Glorius, B./Kordel, S./Mehl, P./Schammann, H./Weidinger, T. (2017): Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands als Forschungsgegenstand: konzeptionelle Überlegungen im Nachgang des Workshops. In: Mehl, P. (Hg.): Aufnahme und Integration von Geflüchteten in ländliche Räume: Spezifika und (Forschungs-)herausforderungen. Beiträge und Ergebnisse eines Workshops am 6. und 7. März 2017 in Braunschweig. (= Thünen Report 53) Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 125-139.
- Suratzsch, D. (2017): Flüchtlinge aufs Land? Zu schön, um wahr zu sein. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article167825578/Fluecht>

- linge-aufs-Land-Zu-schoen-um-wahr-zu-sein.html (letzter Zugriff am 23.7.2021).
- Hess, S./Kasperek, B./Kron, S./Rodatz, M./Schwertl, M./Sontowski, S. (2016): Der lange Sommer der Migration. Krise, Rekonstitution und ungewisse Zukunft des europäischen Grenzregimes. In: Hess, S./Kasperek, B./Kron, S./Rodatz, M./Schwertl, M./Sontowski, S. (Hg.): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III. Berlin, Hamburg: Assoziation A, 6-24.
- Kallert, A./Dudek, S. (2019): Staatlicher Strukturabbau in ländlichen Räumen – ein Nährboden für Rechtspopulismus? In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit (Hg.): Wissen schafft Demokratie. (= Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, 5/2019) Berlin: Amadeu Antonio Stiftung, 64-73.
- Kasperek, B./Speer, M. (2015): Of Hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration. <https://bordermonitoring.eu/ungarn/2015/09/of-hope/> (letzter Zugriff am 21.6.2021).
- Kessl, F./Reutlinger, C. (2010): (Sozial)Raum – ein Bestimmungsversuch. In: Kessl, F./Reutlinger, C. (Hg.): Sozialraum. (= Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit, Bd. 4) Wiesbaden: VS | GWV Fachverlage, 21-38.
- Lessenich, S. (2009): Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft. In: Dörre, K./Lessenich, S./Rosa, H. (Hg.): Soziologie. Kapitalismus. Kritik. Eine Debatte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 126-177.
- Maschke, L./Mießner, M./Naumann, M. (2021): Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. Bielefeld: transcript.
- Meschter, D. (2020): »Auf dem Dorf hast du einen Namen, in der Stadt eine Nummer« – Geflüchtete in ländlichen Räumen. <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/308032/gefluechtete-in-laendlichen-raeumen> (letzter Zugriff am 23.7.2021).
- Milbert, A. (2017): Regionale Disparitäten ländlicher Räume und Integrationspotenziale. In: Informationen zur Raumentwicklung 2/2017, 74-87.
- Rösch, T./Schneider, H./Weber, J./Worbs, S. (2020): Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen. Forschungsbericht 36 des Forschungszentrums des Bundesamtes. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Schader-Stiftung (Hg.) (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts. Darmstadt: Schader-Stiftung.

Schader-Stiftung (Hg.) (2014): Abschlussbericht. Forschungs-Praxis-Projekt: Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel. Darmstadt: Schader-Stiftung.

Wagner, L. (2015): Migration und Integration in ländlichen Regionen. Zwischenergebnisse aus einem Forschungsprojekt. In: sozialmagazin. Die Zeitschrift für Soziale Arbeit 40(3/4), 88-96.

»Wir, die Peripherisierten«

Kollektive Identitäten unter Bedingungen der Peripherisierung

Nina Jasmin Zerche

Was macht es mit Menschen in einer Region, wenn sie Peripherisierung erfahren und auch die Zukunft von Schrumpfung, Abwanderung und Bedeutungsverlust bedroht ist? Wie wirken sich diese kollektiven Erfahrungen und Ängste auf Gefühle einer regionalen Verbundenheit, einer kollektiven Identität aus? Am Beispiel des Vereins »Pro Lausitzer Braunkohle e.V.« soll diesen Fragen nachgegangen und so das Verständnis zweier Prozesse erweitert werden, die vor allem ländliche Räume betreffen: die Energiewende und Peripherisierung.

Ländliche Räume sind wichtige Ressourcenlieferanten und Räume der Energieversorgung, wodurch sie aber auch wirtschaftlich von international agierenden Stromkonzernen und politisch von Entscheidungen auf nationaler Ebene abhängig sind (Maschke u.a. 2020, 22f.). Der Kohleausstieg ist von globaler Notwendigkeit, wurde von der Bundesregierung beschlossen und wird vor allem lokal sichtbar sein – was zu einer teils sehr emotionalen Debatte um die Zukunft der betroffenen ländlichen Räume führt. Es lohnt sich daher der Blick in die Kohlereviere und die Gründe einiger Einwohner*innen, diese Transformation zu bekämpfen.

Gleichzeitig führen sich selbst verstärkende Prozesse der Peripherisierung in vielen ländlichen Räumen zu Problemlagen: Gerade (aber nicht nur) in Ostdeutschland sind viele Landstriche mit Herausforderungen wie Abwanderung, wirtschaftlichen Problemen, fehlender Finanzierung von Infrastrukturen – um nur einige zu nennen – konfrontiert. Es wird im gesellschaftlichen Diskurs zunehmend über das Gefühl des »Abgehängtseins« geschrieben und diskutiert, diese Probleme drohen sich in den Kohlerevieren zu verschärfen.

In der Lausitz hat sich 2011 eine Gruppe von Menschen mit dem gemeinsamen Ziel gefunden, den Kohleausstieg zu verhindern. Der Verein »Pro Lausitzer Braunkohle e.V.« will »für Durchblick in dieser wichtigen gesellschaftlichen Debatte sorgen – und der Heimat, den Menschen und ihrem Bodenschatz eine Stimme geben« (Pro Lausitzer Braunkohle e.V. 2020). Die durch den Verein artikulierten Zukunftsängste betreffen nicht den Kohleausstieg selbst, sondern dessen Folgen, die im Zusammenhang mit Prozessen der Peripherisierung einzuordnen sind. Der ausgetragene Konflikt dreht sich letztlich um die Frage, ob Klimaschutz oder der Erhalt bestehender Strukturen in der Region priorisiert werden soll. Diese Diskussion hängt in großem Maße mit gesellschaftlichen Normen und Werten zusammen, die im Diskurs zum Klimaschutz ausgehandelt werden.

Grundlage für das Verständnis des Fallbeispiels sind Arbeiten zu kollektiver Identität, Regionalismus und Peripherisierung, die in Abschnitt 1 dargestellt werden. Anschließend werden Erkenntnisse aus meiner empirischen Arbeit erläutert, in welcher der vom »Pro Lausitzer Braunkohle e.V.« geführte Diskurs zu Kohle und Energiewende untersucht wurde (Abschnitt 2). Zuletzt wird in Abschnitt 3 betrachtet, welche Rolle Peripherisierungsprozesse in der Konstruktion einer kollektiven Identität einnehmen können.

1. Zur Konzeptualisierung von Identität und Peripherisierung

Kollektive Identität ist nie abschließend bestimmbar und nie vollständig, sie muss im Diskurs immer neu imaginiert, repräsentiert und ausgehandelt werden (Delitz 2018, 5ff.). Sie erfüllt nach Delitz (ebd., 24f.) drei Funktionen: Eine kollektive Identität existiert erstens in der *Zeit*, hat also eine gemeinsame Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Ihre Mitglieder stellen zweitens eine Einheit dar, verhalten sich untereinander solidarisch und grenzen sich gegenüber einem *fundierenden Anderen* oder Äußerer ab. Zuletzt gibt es drittens einen *gründenden Wert*, einen Grund, das fundierende Andere anzunehmen, durch den die Kontingenz und Selbstgesetztheit des Grundes selbst verleugnet wird. Denn kollektive Identitäten sind kontrafaktisch, eine tatsächliche und fixierte Einheit von Menschen mit eindeutiger Zugehörigkeit ist ausgeschlossen (ebd., 26f.). Menschen in einem Kollektiv werden weiterhin Individuen und unterschiedlich sein, während die Grenzen der Gemeinschaft fluide und nicht trennscharf sind. Die Nichtexistenz von Kollektiven ist aber genauso unmöglich: Sie sind für Menschen notwendig (ebd.).

Kollektive Identitäten sind zwar imaginiert, aber gesellschaftlich wirksam und subjekterzeugend, denn die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die Konstruktion eines verbindenden Elements der Mitglieder und der Ausschluss anderer hat reale Konsequenzen (ebd., 27ff.). Es werden kollektive Affekte wie Stolz oder Hass erzeugt, die in unterschiedlicher Variabilität integrierend und gleichzeitig ausgrenzend wirken (ebd., 34ff.).

Für diese Untersuchung zentral ist die Vorstellung eines gemeinsamen Raums. Kollektive Identitäten haben eine imaginäre Geographie, in denen die Gemeinschaft und eine bestimmte Landschaft verortet sind: eine *Heimat* (ebd., 32). Gebhard u.a. beschreiben den Begriff als ein »diffuses Zugehörigkeits- und Vertrautheitsgefühl zu einem begrenzten Territorium« (2007, 10) und verorten ihn in einem Dreiklang von Identität, Raum und Zeit. Heimat bedeutet so die Verbundenheit zu einem Raum und damit auch die Herstellung von Gemeinschaft und Identität aufgrund der gemeinsamen Herkunft.

Was mit dem eher diffusen und abstrakten Heimatbegriff oft gemeint ist, führt Werlen in seinen Arbeiten zu *regionalen Identitäten* weiter aus. Diese sind demnach eine holistische Konstruktion von Identität und Region, in der Gesellschaft, Kultur und Raum – also Volk und Territorium – zu klar abgrenzbaren Objekten werden (Werlen 2007, 379ff.; 2010, 113ff.). Die identitätsstiftende Komponente ist der Raum, Zugehörigkeit zum Kollektiv wird durch räumliche Nähe suggeriert und soziale Unterschiede verschwinden scheinbar. Neben der integrierenden Wirkung ist die Heimat aber auch exkludierend gegenüber der dichotomen Fremde und hat in ihrer negativen Konnotation eine problematische emotional-ideologische Aufladung erhalten (Werlen 2010, 203).

Regionalismus – das heißt politische Diskurse zugunsten einer Region – ist häufiger zu beobachten, wenn sich bestehende Verhältnisse auflösen und eine Neuorientierung notwendig wird, wie zum Beispiel durch den Kohleausstieg in der Lausitz. Regionale Identitäten können hierbei Zugehörigkeit, Stabilität und Sicherheit vermitteln und Unsicherheiten kompensieren (ebd., 189ff.). Sie haben in der Regel den Anspruch, sich für alle Menschen in der Region in gleichem Maße zu engagieren, während sich die Konsequenzen sozialen Wandels jedoch faktisch nicht homogen verteilen. Regionalismus wird in dieser Arbeit als eine Form der Identitätspolitik verstanden, die eine Verbesserung der Lebensverhältnisse für alle Bewohner*innen einer Region verspricht (Werlen 2007, 337; 2010, 205).

Regionalisierte Prozesse der Identitätsbildung ziehen ihre Gemeinsamkeiten auch aus kollektiven Erlebnissen und den Vorstellungen zur Zukunft der Region, die durch das gemeinsame Erleben von *Peripherisierung* geprägt sein können. Gemeint ist damit ein Prozessbündel, das eine »graduelle Schwächung und/oder Abkopplung sozial-räumlicher Entwicklungen gegenüber den dominanten Zentralisierungsvorgängen« (Keim 2006, 3) beschreibt.

Peripherisierung steht in engem Zusammenhang mit komplementären Prozessen der Zentralisierung, also der Ballung von Menschen, wirtschaftlicher Produktivität und Infrastrukturen im Zentrum, während diese anderen Regionen entzogen werden: Es sind dabei nicht nur sozialstrukturelle Dimensionen inbegriffen, sondern auch funktionale, ökonomische und kulturelle (ebd.). Der Begriff beschreibt den Prozess der Herstellung von Peripherien, die als soziales Konstrukt begriffen werden sowie dynamisch und temporär sind. Sie sind in einem übergeordneten räumlichen System verortet und auf verschiedenen Skalenebenen identifizierbar, sodass es globale, lokale, urbane und viele weitere Peripherien geben kann (Kühn/Bernt 2013, 303; Kühn/Weck 2012, 15). Zentral für das Verständnis sind vier miteinander verknüpfte Prozesse (Kühn/Weck 2012, 16f.): Abwanderung, Abkopplung, Abhängigkeit und diskursive Zuschreibungen.

Abwanderung weist zunächst auf Defizite im regionalen Arbeits- und Ausbildungsmarkt hin. Die abgewanderten Teile der Bevölkerung ziehen häufig in städtische Zentren, wodurch komplementäre Prozesse der Zentralisierung und die Innovationsfähigkeit der Stadt verstärkt werden (ebd.; Kühn/Lang 2015, 7). Im Bestreben, aufgrund schrumpfender kommunaler Einnahmen die Kosten der öffentlichen Daseinsvorsorge zu verringern, werden in peripherisierten Regionen Infrastrukturen abgebaut oder Einrichtungen verlegt, was wiederum eine Verstärkung der Prozesse verursachen kann (Naumann/Reichert-Schick 2013, 146).

Weiterhin ist die *Abkopplung* von Markt und Staat bedeutsam, Zugänge zu diesen Regulierungssystemen werden für Akteur*innen der Peripherien erschwert. Dies umfasst ökonomische, politische, kulturelle oder infrastrukturelle Abkopplung, aber typischerweise auch eine wachsende Distanz zu Innovationsdynamiken der urbanen Wissensökonomie. Neben dem aktiven Schließen von Einrichtungen der Daseinsvorsorge können Regionen auch passiv gegenüber zentralen Regionen zurückfallen, beispielsweise durch Infrastrukturausbau in Städten (Kühn/Weck 2012, 17; Kühn/Lang 2015, 7). Die Abkopplung von sozialen und technischen Infrastrukturen hat eine Verschlechterung der Lebensqualität zur Folge; soziale Polarisierung,

schrumpfende Wirtschaftskraft und eine Schwächung der gesamten Region werden immer problematischer (Naumann/Reichert-Schick 2013, 158f.).

Mit der Abkopplung entsteht eine politische und ökonomische *Abhängigkeit* zu Zentren, Peripherien werden von Machtressourcen ausgeschlossen und es mangelt an Möglichkeiten, sich gegen strukturelle Benachteiligung zu wehren. Entscheidungen über die Region werden zunehmend in Zentren getroffen, in denen institutionelle, politische und wirtschaftliche Entscheidungszentralen liegen (Kühn/Weck 2012, 18f.; Kühn/Lang 2015, 7).

Begreift man Peripherien als sozial konstruierte Räume, liegt die Bedeutung *diskursiver Zuschreibungen* auf der Hand, durch die negative Images und Stigmata erzeugt werden. Raumzuschreibungen wie »sterbend«, »schwach« oder »Verlierer« erzeugen eine Hierarchie zwischen statisch wahrgenommenen Raumkategorien, die sich auf die Eigenwahrnehmung der lokalen Bevölkerung auswirkt und Abwanderungsprozesse verstärkt (ebd., 8).

Peripherisierung ist eine Form ungleicher räumlicher Entwicklung und kann in betroffenen Räumen zu Gefühlen der Benachteiligung führen (Maschke u.a. 2020, 44). In der Untersuchung des Fallbeispiels zur Lausitzer Braunkohleregion stand die These im Zentrum, dass die gemeinsame Erfahrung von Peripherisierung zur Konstruktion einer kollektiven Identität beitragen kann, die im Sinne einer regionalistischen Bewegung politisch wirksam ist und sich gegen Peripherisierungsprozesse wehrt. Das Fallbeispiel eignet sich auch deshalb besonders, da die Peripherisierung nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch als Bedrohung in der Zukunft liegt.

2. Konstruktion Lausitzer Identität und kollektive Erfahrungen

Der vom Verein »Pro Lausitzer Braunkohle e.V.« geführte Diskurs zeigt exemplarisch, wie die Konstruktion kollektiver Identität mit Erfahrungen und Ängsten rund um Prozesse der Peripherisierung verknüpft sein kann. Der Verein wurde 2011 in Reaktion auf die bevorstehende Energiewende gegründet und versteht sich als »[wichtiges] Sprachrohr für die Lausitzer Heimat und die Interessen ihrer Bevölkerung« (Pro Lausitzer Braunkohle e.V. 2020), wobei das übergeordnete Ziel ein Strukturwandel unter Fortsetzung der Braunkohleförderung ist. Wie groß sein Einfluss tatsächlich ist, kann objektiv schwer beschrieben werden. Der Verein konnte im Jahr 2013 nach eigenen Angaben 68.000 Unterschriften im Beteiligungsverfahren zum Tagebau Welzow-Süd für dessen Erhalt sammeln, hatte mit dieser Aktion also

eine große Reichweite und bewertet diesen Erfolg als Legitimation seiner Arbeit. Er ist als Akteur in der Regional- und Landespolitik bekannt, wird von unterschiedlichen Medien als Ansprechpartner in der Region behandelt und ist in der Cottbuser Öffentlichkeit präsent. Es gibt in Deutschland vergleichbare Mobilisierungen, beispielsweise im rheinischen Braunkohlerevier oder am Hambacher Forst.

Die Lausitz als Region war politisch nie ein zusammenhängender Raum, aber kulturhistorisch verbunden (Müller/Steinberg 2020). Laut einer Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung (2019, 32ff.) sind 2 % der Lausitzer Beschäftigten 2019 direkt und indirekt von der Kohleindustrie abhängig, sie erwirtschafteten 4,6 % des Einkommensteueraufkommens. In der zu DDR-Zeiten durch die Kohleförderung geprägten Region ist die Braunkohle also bis heute wirtschaftlich bedeutsam, sie sollte den Autor*innen zufolge allerdings nicht überschätzt werden (ebd., 32). Insgesamt wird die Lausitz als wirtschaftlich schwach eingeschätzt, sie hat zwischen 1996 und 2015 knapp ein Fünftel ihrer Bevölkerung verloren und Verkehrs- sowie digitale Infrastrukturen sind unterdurchschnittlich ausgebaut (ebd., 15ff.).

In der folgenden Analyse wird basierend auf Delitz' Ausführungen (vgl. Abschnitt 1) beschrieben, wie der Verein »Pro Lausitzer Braunkohle e.V.« eine Lausitzer Identität konstruiert, welche Inhalte dieser zugeschrieben werden und welche Gruppen in Alterität zu diesem Kollektiv imaginiert werden. Anschließend wird die kollektive Erfahrung von Peripherisierungsprozessen herausgearbeitet, die in die Identitätskonstruktion einfließen.

Grundlage der empirischen Arbeit sind Inhalte der Webseite des Vereins »Pro Lausitzer Braunkohle e.V.« von April 2013 bis Juni 2020, die mit der Kritischen Diskursanalyse (Jäger 2015) und der Dokumentarischen Methode (Bohnsack 2011) analysiert und interpretiert wurden. Kollektive Identitäten werden diskursiv produziert, weshalb die Analyse sprachlicher und visueller Kommunikation für ihr Verständnis notwendig ist. Beide Methoden haben das Ziel, implizites Wissen von Texten beziehungsweise Bildern zu identifizieren und in ihrem Kontext zu interpretieren. Dieses Wissen produziert im Sinne von Jürgen Links Normalismustheorie gesellschaftliche Normalität (Jäger 2015, 53). Es wird vom untersuchten Verein also als Realität angenommen, während die hier eingenommene analytische Perspektive dieses Wissen kritisch hinterfragt.

2.1 Kollektive Identität im Lausitzer Kohlerevier

Der Verein »Pro Lausitzer Braunkohle e.V.« beschreibt in seinem Internetauftritt eine historische Kontinuität der Lausitz, in der die Region vor allem durch den Bergbau geprägt sei. In diesem Narrativ hängt das gesamte kulturelle und gesellschaftliche Leben von der Wertschöpfung aus der Kohleförderung ab:

»Die Lausitz ist seit 100 Jahren Bergbaurevier und hängt an der Braunkohle. Einzig diese sichert hier Wohlstand und Lebensqualität. Das Leben in der Lausitz wird von der Kohle bestimmt: Zehntausende gut bezahlte Arbeitsplätze, zudem die soziale und kulturelle Infrastruktur.« (Pro Lausitzer Braunkohle e.V. 2020)

Der Verein sieht die Lausitz als Projektionsfläche für einen gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozess um den Kohleausstieg: Die Lausitz sei dabei am stärksten von den wirtschaftlichen Konsequenzen betroffen und werde ungerecht behandelt, während die Region von nationaler Bedeutung für die Energieversorgung sei. In diesem Narrativ wird der Region mit dem Kohleausstieg die einzige Zukunftsperspektive genommen, die Energiewende bedeute »das Ende einer über hundertjährigen Bergbaugeschichte [...], die in der Lausitz noch immer Identität stiftet und in der Lebenskultur tief verankert ist« (ebd.).

Der in Texten des »Pro Lausitzer Braunkohle e.V.« und auf Demonstrationsbannern gebrauchte Aufruf »Wir lassen die Lausitz nicht ausradieren!« (ebd.) zeigt mehrere Grundannahmen seiner Mitglieder: Erstens interpretieren sie den Kohleausstieg als zwangsläufiges Verschwinden der Region. Zweitens erscheint das »Ausradieren« als mutwillige Tat der Entscheidungsträger*innen. Drittens sei es diese »Wir«-Gruppe, der Verein, die diese ungerechte Behandlung nicht hinnehme und sich aktiv gegen den Verlust ihrer Heimat wehre. Dies bedeutet im Umkehrschluss: Wer möchte, dass die Lausitz weiterhin existiert, sollte sich dem Verein anschließen.

Die Lausitzer*innen werden in der Sicht des Vereins als Kollektiv mit singulären Zielen und Interessen imaginiert:

»Wie kann es sein, dass sich die Krankenschwester an der Seite des Familienvaters oder des Pensionärs für vermeintlich »schmutzige« Braunkohle engagiert? Pro Lausitzer Braunkohle e.V. ist eine heimatverbundene Bürgerbewegung, die sich für die deutlich mehrheitlichen Interessen der Menschen in

der Lausitz stark macht. [...] Und diese hat ohne ihren Bergbau und die Wertschöpfung aus der Lausitzer Braunkohle nach bestem Wissen und Gewissen keine erstrebenswerte Perspektive.« (Ebd.)

Die Befürwortung der Braunkohleförderung wird als Position einer Mehrheit der Lausitzer*innen kommuniziert, das Ziel eines Teils der Bevölkerung wird so als Allgemeininteresse gewertet. Der Verein beansprucht in seinem Wirkungsrahmen eine Deutungshoheit darüber, was die Lausitz, ihre Bewohner*innen und deren Interesse ausmache. Positive Eigenschaften werden zu kollektiven Attributen der Menschen in der Region gemacht, die Lausitzer*innen seien demnach tatkräftig, vernünftig, verständnisvoll, rational, mutig oder dialogbereit. Man verstehe sich als Familie mit emotionaler Bindung an die Region, als natürliche und solidarische Gemeinschaft. Damit fixiert der Verein eine spezifische Gruppe als vermeintlich neutrale Mitte der Gesellschaft, produziert damit also im Sinne Links gesellschaftliche Normalität (Jäger 2015, 53). Umgekehrt bedeutet diese Homogenisierung und Normalisierung, dass jene von der Gemeinschaft ausgeschlossen werden, die gegen Kohleverstromung sind und/oder sich für Klimaschutz engagieren.

Die Lausitz wird als territoriale Einheit verstanden, die natürlicherweise existiert, klar begrenzbar ist und damit auch die Menschen innerhalb dieses Territoriums als Mitglieder des Kollektivs definiert. Lausitz und Heimat werden dabei sprachlich synonym verwendet. Bewohner*innen und Raum werden als holistische Konstruktion kommuniziert, symbolische und soziokulturelle Aspekte werden zu räumlichen Attributen gemacht, die Transformationsprozesse überdauern. Die Lausitz sei demnach eine »Region [...], die sich seit 400 Jahren mit dem Mut und der Tatkraft einer oft eigenwilligen Bevölkerung immer wieder neu erfunden hat« (Pro Lausitzer Braunkohle e.V., 2020). Die imaginierte Identität hat dabei einen expliziten Regionalbezug und ist so eine regionale Identität.

Das fundierende Außen zum als homogen normalisierten Kollektiv der Lausitzer*innen ist deutlich diffuser, es besteht aus mehreren Akteur*innen. Den »Anderen« werden konträre Eigenschaften zugeschrieben, sie werden als nicht vertrauenswürdig, unvernünftig, ideologisch, unkooperativ und teilweise sogar gewaltbereit beschrieben. In der Regel sind sie außerhalb der Lausitz, häufig in Berlin, lokalisiert.

Die kollektive Identität der Lausitzer*innen kann dabei nur imaginiert werden, wenn andere Gruppen in Alterität dazu existieren: Ohne die Anderen müsste der Kohleausstieg nicht bekämpft werden, ohne die Anderen wäre die

Heimat nicht vom Verlust bedroht. Dies wird beispielsweise in der Kritik an der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung deutlich:

»Die Besetzung der vermeintlichen Strukturkommission ist eine Farce [...] Die [...] Zusammensetzung und einseitige Gewichtung klimapolitischer und kohlefeindlicher Aktivisten ohne demokratisches Pendant macht die Struktur- zur Schließungskommission.« (Ebd.)

Als wichtigste Gegner*innen können Klimaaktivist*innen ausgemacht werden, die laut Verein den Kohleausstieg forciert hätten und mit ihren Aktionen illegitim in die Lausitz eindringen würden. In diesem Narrativ können Klimaaktivist*innen keine Lausitzer*innen sein, sie werden grundsätzlich als Fremde wahrgenommen. Sie werden als unseriös und radikal beschrieben, ihr Beitrag zu Debatten über den Klimawandel wird unter dem Stichwort »Klimapopulismus« (ebd.) delegitimiert.

Kohlebefürworter*innen und Kohlegegner*innen werden mit den binären Attributen Vernunft und Ideologie assoziiert. Beide Gruppen versuchen auf Politik, Medien und Wissenschaft Einfluss zu nehmen, da diese letztendlich die öffentliche Meinung prägen. Kohlegegner*innen würden laut Verein basierend auf ideologischen Vorstellungen und irrational handeln, ihre politische Arbeit wird als illegitim gewertet. So kommentiert der Verein die Räumung des Hambacher Forst 2018 wie folgt:

»Der Hambacher Forst [...] wird derzeit zum Symbol für die Zukunft Deutschlands: Leben wir künftig in einem Industrieland oder in einem Diktat der Ökologie? Vordergründig geht es um die Räumung eines Waldgebietes [...]. Tatsächlich geht es hier aber um eine völlig neue Qualität der Propaganda vermeintlicher Klimaretter und ein Vorgehen selbst der Eliten in der Politik und in öffentlich-rechtlichen Medien gegen den Rechtsstaat und gegen demokratische Grundprinzipien. Es geht beim Hambacher Forst darum, ob sich grüne Ideologie und fehlgesteuerte Energiewende erstmals über Demokratie und geltendes Recht hinwegsetzen [...].« (Ebd.)

Auch Landes- und Bundespolitik können als fundierendes Außen interpretiert werden, wobei unterschiedliche Beziehungen zu den jeweiligen Akteur*innen geführt werden. Die Landesregierungen von Sachsen und Brandenburg werden in der Regel als Partner des Vereins gesehen. Bundespolitiker*innen hingegen werden als elitär, ideologisch oder irrational dargestellt. Der Bundespolitik mangle es an Rationalität, wodurch die Energiewende zum Scheitern verurteilt sei und Opfer der Lausitz ignoriert

würden. Innerhalb der Politik wird die Partei BÜNDNIS 90/Die Grünen besonders harsch angegriffen und ihre Arbeit delegitimiert. So wird nicht selten dazu aufgerufen, dass »dieser Klimapopulismus nun endlich beendet werden« (ebd.) müsse.

Eine interessante Rolle haben auch Medien und Wissenschaft, die in der Darstellung des Vereins nicht ihrem Auftrag nach Objektivität und Neutralität nachkommen:

»In den Medien wird immer wieder negativ über Braunkohle berichtet. Es entsteht das Bild einer dreckigen Region im Osten, die man von der fossilen Last befreien müsse. Aber: Die Medien werden in den Großstädten gemacht. [...] Fundierte Berichterstattung ohne ideologische Prüfung findet kaum noch statt.« (Ebd.)

Mediale Berichterstattung bilde aus Sicht des Vereins einen »grünen Mainstream« der urbanen Zentren ab, in dem Klimaschutz hegemonial sei und Kohleförderung abgelehnt werde, wodurch die Lausitz stigmatisiert werde. Auch wissenschaftliche Arbeiten werden je nach ihrer Positionierung zur Kohleförderung als objektive Wahrheit oder als unseriös und unwissenschaftlich bewertet, Erkenntnisse zum Klimawandel und zum Kohleausstieg werden in der Regel als ideologisch diffamiert. Gutachten, die einen Kohleausstieg für umsetzbar erklären, seien »oberflächlich und ideologiegetrieben, [...] [eine] durchsichtige Kampagne zur Beförderung eines schnellen Kohleausstiegs« (ebd.).

Der »Pro Lausitzer Braunkohle e.V.« sieht seine Aufgabe darin, der Region »eine Stimme zu geben« (ebd.), also die als singulär vorgestellten Interessen der Lausitzer*innen gegenüber Entscheidungsträger*innen zu repräsentieren. Teilweise tragen die Annahmen des Vereins – wenn auch vermutlich unbeabsichtigt – populistische Züge (vgl. Müller 2016): Die als elitär betrachteten Entscheidungsträger*innen würden nicht im Sinne der Gemeinschaft handeln, sondern im Eigeninteresse. Die Lausitzer*innen hätten keine Stimme in der Debatte um den Kohleausstieg, seien eine schweigende Mehrheit, weshalb der Verein den vorgeblich eindeutig kommunizierten Willen der Bevölkerung vertreten müsse.

Die Konstruktion einer regionalen Identität kann als Strategie interpretiert werden, um sich gegenüber einer als dominant wahrgenommenen urbanen Mehrheitsgesellschaft auf Bundesebene und deren Vorstellungen zur Energiewende durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund kann das Engagement des Vereins als eine Form der Identitätspolitik, eine regionalistische Mobili-

sierung im Sinne Werlens, bewertet werden, die die Lausitzer*innen als Gemeinschaft anspricht, ungerechte Behandlung durch Akteur*innen in urbanen Zentren sichtbar macht und nationalstaatliche Entscheidungen mit dem Ziel, die Lebensverhältnisse in der Region zu verbessern, beeinflussen will.

Es herrscht dabei die Vorstellung, dass alle Menschen in der Lausitz gleich vom Kohleausstieg betroffen wären. Allerdings verteilt sich der soziale Wandel weder räumlich noch sozial homogen, denn nur bestimmte Landkreise und etwa 2 % der Bevölkerung werden direkte und indirekte Konsequenzen spüren. Die Herstellung einer kollektiven Betroffenheit wird in dieser Arbeit als Mobilisierungsstrategie für den Verein »Pro Lausitzer Braunkohle e.V.« gedeutet, die ein Gefühl von Zugehörigkeit und Handlungsfähigkeit schafft.

2.2 Peripherisierung und Zukunftsängste

Peripherisierungsprozesse werden durch den Verein »Pro Lausitzer Braunkohle e.V.« auf zwei Ebenen thematisiert: Einerseits wird explizit vor zukünftiger Bedrohung gewarnt, andererseits wird implizit an bestehende und vergangene Peripherisierungserfahrungen erinnert.

Die zukünftige Bedrohung ist dabei nicht der Kohleausstieg an sich, vielmehr werden seine potenziellen Konsequenzen problematisiert:

»Ein schneller Ausstieg aus der Braunkohle ohne planbare Alternative macht die Lausitz zur sterbenden Region. Würde der Region in dieser Weise die Perspektive genommen, würden bereits heute Jugend und Familien ihrer Heimat den Rücken kehren. Enden würde ein solcher Schritt in der De-Industrialisierung und Entvölkerung der Region.« (Pro Lausitzer Braunkohle e.V. 2020)

Der Verein erwartet in der Folge des Kohleausstiegs vor allem Abwanderung und wirtschaftliche Abkopplung der Region, in deren Folge wiederum soziale und kulturelle Infrastrukturen schließen würden. Diese Prozesse erscheinen als selbstverstärkende Abwärtsspirale regionaler Entwicklung, deren prognostiziertes Ende eine Lausitz ohne Bevölkerung wäre.

Gleichzeitig wird an die Nachwendezeit der 1990er-Jahre erinnert, deren schmerzhafteste Erinnerungen sich um erfahrene Peripherisierungsprozesse drehen. Abwanderung und Arbeitsplatzverlust werden in Beiträgen des Vereins explizit thematisiert, genau wie Probleme durch infrastrukturelle und wirtschaftliche Abkopplung, fehlenden Zugang zu Märkten und urbanen Wissensökonomien. Der Verein warnt außerdem vor zukünftiger infrastrukturel-

ler Abkopplung, die vor allem soziale, kulturelle und sportliche Einrichtungen betreffen würde. Diese Prozesse aktiver Schließung erscheinen demnach im Moment aber noch vermeidbar.

Weitere Peripherisierungserfahrungen werden implizit kommuniziert oder ergeben sich aus dem Kontext. So kann aus den Beiträgen auf der Webseite eine politische Abhängigkeit zu Berlin als politischem Zentrum festgestellt werden: Die meisten politischen Entscheidungen, über die der Verein berichtet und die den Kohleausstieg betreffen, werden dort getroffen. Häufig werden die entscheidenden Akteur*innen sprachlich schlicht mit ›Berlin‹ oder ›die Politik‹ benannt, die in den 1990er-Jahren »viele Versprechen nicht eingelöst und die Menschen allein gelassen« (ebd.) haben. Die Hauptstadt wird dabei vom Verein nicht nur als natürliches und vertrauensunwürdiges Machtzentrum beschrieben, sondern oft auch als homogene Einheit in Alterität zur Lausitz imaginiert.

In den Schilderungen des »Pro Lausitzer Braunkohle e.V.« zeigt sich das Bild einer Region, die sich gegen sie betreffende Entscheidungen nicht wehren kann und dadurch nachteilige Auswirkungen hat. Die Konstruktion kollektiver Identität kann hier dem Widerstand gegen politische Abhängigkeit dienen, der Verein zeigt sich als repräsentativer Sprecher für die Lausitz und möchte sie damit artikulationsfähig machen.

In manchen untersuchten Beiträgen wird deutlich, dass der Verein die Lausitz durch Medien stigmatisiert sieht. So wird explizit darauf hingewiesen, dass mediale Berichterstattung in Großstädten produziert wird und Teil eines grünen Mainstreams sei. Die als stigmatisierend empfundenen Zuschreibungen beziehen sich nicht auf Peripherisierungsprozesse, sondern auf die als »schmutzig« (ebd.) bezeichnete Kohleindustrie. Medien werden als Täter*innen von Stigmatisierung normalisiert, die ein falsches Bild über die Lausitz und Kohle produzieren.

3. Peripherisierungserfahrungen als Teil kollektiver Identitäten

Innerhalb der Vereinsarbeit wird eine regionale kollektive Identität konstruiert, deren Mitglieder sich als Opfer von Prozessen der Peripherisierung verstehen. Diese Prozesse sind nicht allein konstitutiv für die gemeinsame Identität, die Lausitz inklusive der imaginierten Gemeinschaft der Lausitzer*innen existieren auch unabhängig von Peripherisierungserfahrungen. Jedoch ist die Vorstellung von Differenz und Alterität zum fundierenden

Außen durch Peripherisierungsprozesse geprägt, die ›Anderen‹ sind die Täter*innen in diesen Prozessen. Die ›Wir‹-Gruppe, das imaginierte Kollektiv, sind die Peripherisierten. Auch die Vorstellung der kollektiven Identität in der Zeit hat Bezüge zu Peripherisierung, das gemeinsame Erleben der Nachwendezeit sowie von Abhängigkeit und Stigmatisierung werden im kollektiven Gedächtnis verankert.

Aus der Interpretation des Datenmaterials heraus ergibt sich die These, dass der gründende Wert der kollektiven Identität die gemeinsame Heimat ist. So sind auch die Vereinsmitglieder nicht durch ihren Bezug zum Bergbau vereint, sondern durch ihre »Liebe zur Lausitz« (ebd.). Der Begriff Heimat ist auf der Webseite oft an visuell zentralen Stellen platziert und Teil von eingängigen Leitsätzen oder Slogans: Dies könnte der Aktivierung weiterer Lausitzer*innen dienen und sie zum Engagement im Verein motivieren. Über Heimat zu reflektieren und das unhinterfragte Näheverhältnis zum Heimatraum zu thematisieren ist oft erst möglich, wenn sie im Verlust begriffen ist (Gebhard u.a. 2007, 11). Diese Verlustängste sind in den untersuchten Beiträgen erkennbar, der Kohleausstieg wird als Bedrohung für die Lausitz und damit für die Heimat der Bewohner*innen dargestellt.

Der Untersuchungsgegenstand repräsentiert einen Einzelfall und einen spezifischen Diskurs. Gleichsam sind bestimmte Analyseergebnisse auf andere peripherisierte Regionen und Kohlereviere übertragbar:

- Erfahrungen der Peripherisierung können ein Zugehörigkeitsgefühl und eine kollektive Identifikation mit der Region prägen. Gemeinsame negative Erfahrungen und regionale Solidarität können Betroffenen ein Gefühl von Gemeinschaft geben.
- Die zukünftige Bedrohung durch Peripherisierung, hier durch den Kohleausstieg, kann eine Region zusammenbringen und zur Konstruktion einer regionalen Identität beitragen. Die Arbeit an einem gemeinsamen Projekt kann Betroffene vereinen, eine regionale Dynamik und Identifikation entfalten. In diesem Fall ist das die Verhinderung des Kohleausstiegs, als gemeinsames Projekt wäre aber auch eine nachhaltige Neugestaltung der Region mit der Energiewende denkbar.
- Regionalistische Identitätspolitik könnten dazu verwendet werden, sich gegen Peripherisierung zu wehren und gegenüber Zentren eigene Positionen vertreten zu können. Im hier dargelegten Fallbeispiel werden Peripherisierungserfahrungen durch den »Pro Lausitzer Braunkohle e.V.« verbalisiert und der Versuch unternommen, politische Abhängigkeit und

erwartete zukünftige Peripherisierung zu verhindern. Es wird ein Selbstbild der Lausitzer*innen produziert, das positiv ist und gemeinsame Stärke heraufbeschwört. Aus der Innenperspektive des Vereins leistet dieser einen Beitrag zur De-Peripherisierung, ob dies auch aus einer Außenperspektive bestätigt werden kann, ist jedoch schwer bestimmbar.

Ländlichen Räumen kommt in der Energiewende eine besondere Rolle zu, ihre Ressourcen waren für die Stromversorgung bisher notwendig und auch in Zukunft werden Strom und Wärme aus Wind- und Sonnenenergie in großen Teilen in diesen Regionen produziert werden. Dass es oft die gleichen Räume sind, die bereits von Peripherisierung betroffen sind, macht die Zukunftssorgen für einige Bewohner*innen womöglich umso größer. Für das Verständnis dieser Regionen sollten auch Diskurse innerhalb der betroffenen Räume betrachtet werden, denn sie geben erkenntnisreichen Aufschluss über die Ängste ihrer Bewohner*innen. Sie wollen die Zukunft ihrer Region mitbestimmen können, produzieren eigene Bilder oder Visionen und tragen damit zum Diskurs bei. Das Beispiel des »Pro Lausitzer Braunkohle e.V.« zeigt, welche konflikthaften und kritisch zu bewertenden Positionen entstehen können, wenn das Gefühl entsteht, man werde ungerecht behandelt und die eigene Heimat könnte in der Bedeutungslosigkeit verschwinden.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Bohnsack, R. (2011): Qualitative Bild- und Videointerpretation. Die dokumentarische Methode. Stuttgart, Opladen: UTB.
- Delitz, H. (2018): Kollektive Identitäten. Bielefeld: transcript.
- Gebhard, G./Geisler, O./Schröter, S. (2007): Heimatdenken. Konturen und Konjunkturen eines umstrittenen Konzepts. Bielefeld: transcript.
- Jäger, S. (2015): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster: Unrast.
- Keim, K.-D. (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37, 3-7.
- Kühn, M./Bernt, M. (2013): Peripheralization and Power. Theoretical Debates. In: Fischer-Tahir, A./Naumann, M. (Hg.): Peripheralization. The Making of Spatial Dependencies and Social Injustice. Wiesbaden: VS, 302-317.
- Kühn, M./Lang, T. (2015): Metropolisierung und Peripherisierung in Europa. Eine Einführung. In: Europa Regional 23(4), 2-14.

- Kühn, M./Weck, S. (2012): Peripherisierung – Prozesse, Probleme und Strategien in Mittelstädten. In: *disP – The Planning Review* 48(2), 14-26.
- Maschke, L./Miessner, M./Naumann, M. (2020): Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Müller, J.-W. (2016): Was ist Populismus? In: *ZPTh – Zeitschrift für Politische Theorie* 7(2), 187-201.
- Müller, W./Steinberg, S. (2020): Region im Wandel. Eine Geschichte der Lausitz(en). In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 6/7, 15-22.
- Naumann, M./Reichert-Schick, A. (2013): Infrastructure and Peripheralization. Empirical Evidence from North-Eastern Germany. In: Fischer-Tahir, A./Naumann, M. (Hg.): *Peripheralization. The Making of Spatial Dependencies and Social Injustice*. Wiesbaden: Springer, 145-167.
- Pro Lausitzer Braunkohle e.V. (2020): Webseite des Vereins. <https://www.pro-lausitz.de/index.php> (letzter Zugriff am 22.6.2020).
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.) (2019): *Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Werlen, B. (2007): *Globalisierung, Region und Regionalisierung*. Stuttgart: Franz Steiner.
- Werlen, B. (2010): *Gesellschaftliche Räumlichkeit 2. Konstruktion geographischer Wirklichkeiten*. Stuttgart: Franz Steiner.

»Die Dorfgemeinschaft«

(In)Begriff sozialer Nähe und gesellschaftlichen Zusammenhalts?

Sara Schiemann, Melanie Rühmling und Andreas Klärner

Ländliche Räume unterliegen vielfältigen Wandlungsprozessen, die mit Veränderungen von Lebenswelten und Alltagspraktiken der Bewohner*innen einhergehen (bspw. Vogelgesang u.a. 2018; Richter 2019). Eines scheint jedoch unerschütterlich: die statischen Vorstellungen über die sogenannte *Dorfgemeinschaft*.

In öffentlichen Diskussionen und politischen Debatten wird mit der Dorfgemeinschaft ein homogener Sozialraum konstruiert, der durch persönliche Nähe und hohe Vertrautheit gekennzeichnet, gleichsam geschlossen und nur schwer zugänglich ist, was als vermeintliches Spezifikum ländlicher Räume gilt. Mitzuschwingen scheinen hierbei fortwährend normativ aufgeladene Vorstellungen darüber, was eine ›gute‹, ›lebendige‹ oder eine ›aktive‹ Dorfgemeinschaft ist.

So konstatiert das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) unter dem Stichwort »Dorfentwicklung«, dass eine »aktive Dorfgemeinschaft« unverzichtbar für die sogenannte Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume sei:

»Das Leben im Dorf kann eine hohe Lebensqualität bieten. Ländliche Regionen sind Wohn-, Arbeits- und Kulturräume in einem naturnahen Umfeld. Unverzichtbar ist dabei eine aktive Dorfgemeinschaft, die ihren Ort bewusst für das Hier und Jetzt und die Zukunft gestaltet.« (BMEL 2021)

Wie das Beispiel aufzeigt, sind staatliche Förder- und Entwicklungsmaßnahmen für ländliche Räume zur Stärkung des Miteinanders seitens politischer Akteur*innen auch mit der Vorstellung verbunden, die Dorfgemeinschaft könne (und solle) Engpässe in der Daseinsvorsorge aufwiegen, die durch

den Rückzug staatlicher Strukturen entstehen (Kleiner/Klärner 2019, 10f.). Die tatsächliche Praxis der sozialen Beziehungen in konkreten Dörfern sowie mögliche (neue) Konfliktlinien und soziale Ungleichheiten, die sich in ländlichen Räumen manifestieren, bleiben in diesem Argumentationsstrang jedoch ausgeklammert.

Politisch relevant wird der Begriff der Dorfgemeinschaft aber auch, wenn das damit einhergehende postulierte ›Wir-Gefühl‹ Abgrenzungen und Ausschlüsse ›der Anderen‹ (re-)produziert. Deutlich wird dies zum Beispiel, wenn die Zuschreibungen ›Zugezogene‹ und ›Alteingesessene‹ herangezogen werden, um mögliche Konfliktlinien innerhalb der sozialen Beziehungen zu beschreiben (bspw. Schmidt 2011): Wer gehört zur Dorfgemeinschaft? Wer gehört nicht dazu?

Mancherorts lassen sich auch Auffassungen von einer Dorfgemeinschaft identifizieren, die den Gedanken an ein demokratisches Zusammenleben und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt konträr entgegenlaufen, da sie stattdessen die Ideologie einer ›deutschen Volksgemeinschaft‹ verfolgen, die ganz klar auf den Ausschluss ›der Anderen‹ oder ›der Fremden‹ zielt (siehe bspw. Buchstein/Heinrich 2010).

Auch Bewohner*innen ländlicher Räume nutzen in Gesprächen und in Interviews, die wir in verschiedenen Projekten geführt haben (bspw. Berger u.a. 2015; Rühmling/Schiemann 2019, Keim-Klärner u.a. 2021), den Begriff der Dorfgemeinschaft immer wieder von sich aus, um die sozialen Beziehungen an ihren Wohnorten zu beschreiben und sich selbst darin zu positionieren. So beklagen beispielsweise ›Zugezogene‹ ihre Unzufriedenheit mit der sozialen Einbindung im Dorf oder Engagierte ein vergebliches Bemühen um die Beteiligung der Nicht-Engagierten.

Die Dorfgemeinschaft ist ein soziales Konstrukt, das mit vielfältigen Einfärbungen, Hoffnungen und Konnotationen einhergeht (siehe auch Delitz 2019, 327f.), die im landsoziologischen und vor allem im politischen Diskurs jedoch nur selten problematisiert werden. Gängige Kurzformeln wie Dorfgemeinschaft = soziale Nähe, Gemeinschaft = Demokratie oder Gemeinschaft = gesellschaftlicher Zusammenhalt sind nicht ohne Vorannahmen gedacht, die es offenzulegen gilt und daher zu einer dezidierten wissenschaftlichen Auseinandersetzung im Sinne einer gewissenhaften Begriffsbildung auffordert.

Ausgehend von einer soziologischen Annäherung an rurale Sozialbeziehungen anhand von Tönnies und Simmel (Abschnitt 2) geht der Beitrag zunächst empirisch anhand von narrativen Interviews der Frage nach: Wie

sprechen Bewohner*innen ländlicher Räume über die Dorfgemeinschaft am jeweiligen Wohnort? (Abschnitt 3) Anschließend werden die Ergebnisse in Rückbezug auf die politischen Implikationen einer idealtypischen Konzeption von Dorfgemeinschaft diskutiert (Abschnitt 4) und das (Spannungs-)Verhältnis zur alltagsweltlichen Bedeutung und Relevanz der Dorfgemeinschaft für die Bewohner*innen sowie weiterführende Fragestellungen in diesem Kontext aufgezeigt (Abschnitt 5).

1. Die Dorfgemeinschaft – eine soziologische Annäherung

Ohne es konkret zu formulieren, wird der Begriff »Dorfgemeinschaft« vor allem im politischen Diskurs und im alltagssprachlichen Gebrauch oftmals verwendet, um die sozialen Beziehungen aller Bewohner*innen eines konkreten Ortes zueinander zu beschreiben, wobei die Dorfgemeinschaft als ein fürsorgliches, solidarisches und daher implizit immer wünschenswertes Miteinander gedacht wird. Das Fehlen einer Dorfgemeinschaft wird hingegen als Zeichen für konflikthafte Sozialbeziehungen gedeutet.

Bereits vor fast 100 Jahren wurde in Deutschland die Vergangenheit der Dorfgemeinschaft idealisiert und ihre »Zersetzung« im Zuge von Industrialisierung, Verstädterung, Landflucht und – antisemitisch konnotierter – Tauschwirtschaft beklagt sowie als »vielfach zerstört« beschrieben (Scholz 1928). Adorno bezeichnete Mitte des 20. Jahrhunderts mit dem Begriff »Provinzialität« eine Geisteshaltung, die das Eigene in den Gegensatz zum Fremden stellt und aufgrund von spezifischen Vergesellschaftungsformen und sozialen Verhältnissen tendenziell eher in ländlichen Räumen zu finden sei (Belina 2021).

In kritischer Perspektive wurde die Dorfgemeinschaft in den 1970er-Jahren dann, nach einem erneuten Industrialisierungs- und Verstädterungsschub nach dem Zweiten Weltkrieg, als »Not- und Terrorzusammenhang« (Jeggle/Ilien 1978) analysiert, die sich nach außen abschottet und in der das Individuum sich Familie, Verwandtschaft und eben dieser Dorfgemeinschaft unterordnen muss.

Um sich dem Begriff der Dorfgemeinschaft aus sozialwissenschaftlicher Perspektive zu nähern, liefern die klassischen soziologischen Ansätze zu Grundmustern sozialer Ordnungen von Tönnies (1991 [1935]) mit der Gegenüberstellung von Gemeinschaft versus Gesellschaft sowie Simmel (2006

[1903]) mit einer Gegenüberstellung von Bewohner*innen städtischer und ländlicher Wohnorte geeignete Anhaltspunkte (siehe Tabelle 1):

Tabelle 1: Grundmuster sozialer Ordnungen nach Tönnies 1991 [1935] und Simmel 2006 [1903]

Gemeinschaft	Gesellschaft
Dorf, Kleinstadt	Stadt
Soziale, persönliche Nähe	Soziale Distanz, flüchtige soziale Beziehungen
Gefühl, Gemüt	Geist, Verstand
Primäre Beziehungen, Verwandtschaft, Familie (Mutter-Kind, Mann-Frau, Geschwister), Verbindlichkeit	Abstrakte Marktbeziehungen
Produktion für die Kund*innen	Produktion für den Markt, Geldwirtschaft
Zwänge	Freiheit
Altruismus	Egoismus
Gruppenzugehörigkeit	Vereinzelung, Individualisierung
»Familienmensch«	Individualität

Quelle: Eigene Darstellung

Aus dieser dichten Verflechtung und dichotomen Konzeptualisierung der Gegensatzpaare »Gemeinschaft/Gesellschaft« und »Dorf/Stadt« könnte der Eindruck hervorgehen, in ländlichen Räumen beziehungsweise in Dörfern und Kleinstädten sei Gemeinschaft von je her und sozusagen zwangsläufig vorhanden.

2. Wie sprechen Dorfbewohner*innen über »die Dorfgemeinschaft«?

Die Grundlage unserer empirischen Analyse bilden insgesamt 21 qualitative Interviews, die in ländlichen Räumen von Mecklenburg-Vorpommern zwischen Juli 2018 und Juni 2019 im Rahmen der Dissertationsprojekte der Autorinnen geführt wurden.¹ Aus einer formalen Perspektive, die sich auf die

1 Sara Schiemann »Soziale Beziehungen in ländlichen Räumen« (Arbeitstitel), Melanie Rühmling »Bleiben in ländlichen Räumen – Bleibenslebensweisen von Frauen in länd-

bisherigen Wohnorte beziehungsweise Wohnortswechsel der Personen bezieht, handelt es sich bei den Gesprächspartner*innen sowohl um Gebliedene, das heißt jene, die bereits ihr Leben lang vor Ort wohnen, Rückkehrer*innen, jene Personen, die in den Ort des Aufwachsens zurückgekehrt sind und Zugezogene, jene Personen, die nicht aus diesem Ort stammen. Diese formale Kategorisierung deckt sich jedoch nicht zwangsläufig mit der eigenen Verortung der Gesprächspartner*innen (siehe auch Rühmling 2021). Die Interviews waren offen und biographisch-narrativ gestaltet, sodass Thesen aus dem sozialen Feld heraus generiert werden konnten, d.h. im Rahmen des Vorgehens stand die Themensetzung durch die Befragten im Vordergrund. Erzählungen über die Dorfgemeinschaft sind somit aus der Situation entstanden und waren nicht im Vorhinein als spezifischer Fokus angelegt. Für die wissenschaftliche Analyse wurden die geführten Gespräche anonymisiert, wortwörtlich verschriftlicht, mit einem offenen Kodierverfahren ausgewertet (Strauss 1991) und für diese Veröffentlichung pseudonymisiert.

2.1 Bezugspunkte des Begriffs »Dorfgemeinschaft«

Die explizite Verwendung des Begriffs »Dorfgemeinschaft« in den Interviews liefert erste Hinweise darauf, welche Bezugspunkte durch die Gesprächspartner*innen mit Blick auf deren Alltagspraktiken gesetzt werden. Eine Interviewpartnerin berichtet von einer Dorfgemeinschaft innerhalb des Ortes, die sich aus ihrer Sicht durch die räumlichen Gegebenheiten formiert:

»[...] die Siedlung is so ne Dorfgemeinschaft für sich, also so ne Gemeinschaft für sich. Ich mein, wir haben natürlich auch den Vorteil, wir sind hier beide aufgewachsen, jeder kennt uns. Ähm, also ich brauch mit den Zwillingen, wenn ich durch die Straße geh, gut immer, ähm, also ne halbe Stunde locker, weil im Winter sind nim- nicht so viele draußen, aber wenn der Sommer kommt, komm ich hier nicht vorbei, ne, ohne, dass hier irgendwelche Rentner immerzu darein gucken. Die kennen genau die Uhrzeiten, wann ich mit den Kindern geh »Oh, du warst heut gar nicht, äh, spazieren. Ja, war ja auch so windig.«, Ich so »Äh, ich bin nur andersrum gegangen.« ne.« (Interview Frau Hildenbrandt, 30 Jahre, 1.300 EW)

lichen Räumen aus MV« (Rühmling 2021); siehe auch <https://www.thuenen.de/de/lr/projekte/wohnen-in-laendlichen-raeumen/>.

In dieser Passage werden gängige Erzählungen zur Dorfgemeinschaft angeführt: die persönliche Nähe zueinander, man beobachtet, was andere Bewohner*innen machen, man achtet auf die anderen, man kontrolliert und registriert aber auch Abweichungen. Die Befragte thematisiert an dieser Stelle zudem alltägliche routinierte Begegnungen, die für sie mit einer gewissen Ambivalenz verbunden sind.

Eine weitere Interviewte benennt die gemeinsamen Begegnungen auf öffentlichen Veranstaltungen als ein Element der Dorfgemeinschaft:

»[...] es gibt jetzt auch n Osterfeuer, das heißt, es gibt auch so ne Art Dorfgemeinschaft, die aber, ja wie gesagt, die nicht in so 'n bedrängenden Modus kommt, weil das würde ich nicht wollen.« (Interview Frau Steinhagen, 40 Jahre, 150 EW)

Im Gegensatz dazu sind Begegnungen bei öffentlichen Veranstaltungen für eine andere Gesprächspartnerin ein weniger relevantes Kriterium, stattdessen bezieht sie sich auf die Anzahl der Einwohner*innen. Interessanterweise erscheint ihr diese als zu gering, um aus ihrer Sicht eine ›richtige Dorfgemeinschaft‹ bilden zu können:

»Also dadurch, dass es 'n recht kleines Dorf ist, ich würd jetzt vielleicht nicht sagen, es ist ne Dorfgemeinschaft, aber es gibt... So, dass sich jetzt vor allen auch 'n paar Jugendliche jetzt dazu aufgemacht haben..., also wir machen jetzt mal ne Halloweenparty oder wir machen Sommerfest oder... Es ist aber wirklich alles im kleinen Rahmen, weil wie gesagt, wir bewegen uns [hier im Ortsteil, Anm. d. A.] zwischen 70 und 80 Bewohnern, Bewohnerinnen.« (Interview Frau Elsner, 38 Jahre, 1.100 EW)

In den aufgeführten Passagen werden verschiedene Interaktionsformen im Kontext von Dorfgemeinschaft angeführt: regelmäßige öffentliche wie außeralltägliche Veranstaltungen (Osterfeuer, Sommerfest, Halloweenparty) und alltägliche, flüchtige Begegnungen (u.a. bei »Dorfrunden« oder »Zaungesprächen«). In weiteren Gesprächen wurden zudem noch vielfach informelle Zusammenkünfte (u.a. Richtfeste, Geburtstagsfeiern) als Interaktionsanlässe angeführt. Charakteristisch ist das angedeutete Spannungsverhältnis von Nähe und Distanz bei allen Interaktionsformen. Einerseits wirken sich diese konstituierend und festigend auf die sozialen Beziehungen am Wohnort aus, andererseits wird auch von einer gewissen Unausweichlichkeit und einem wahrgenommenen Kommunikationszwang berichtet.

Diese Interviewpartnerin beispielsweise beschreibt die Alltagsbegegnungen als erfreuliche Anlässe, um mit anderen Menschen in Kontakt zu kommen:

»[...] für mich ist es die typische Kleinstadt. Jeder kennt jeden. Man geht ja denn auch, ich bin hier aufgewachsen ne, nur so: Eine Hand hoch ›Tach, tach!‹, so geht man ja nur durch [Wohnort] und überall trifft man jemand, mit dem man erzählen kann.« (Interview Frau Veith, 31 Jahre, 9.500 EW)

Eine weitere Gesprächspartnerin erzählt von einer gefühlten Verpflichtung zum Gespräch im »Dorfkern« und ihrer Strategie, ungewollte Gespräche mit anderen Bewohner*innen zu vermeiden, indem sie gezielt Wege nutzt, die wenig frequentiert werden:

»[...] aber ich kann hier aufm Acker gehen und treff gar keinen. Ist auch gut. Manchmal triffst jemanden und redest noch paar Worte, aber ist auch nicht schlimm, wenn man nicht redet.« (Interview Frau Liebig, 56 Jahre, 3.800 EW)

Die Freiwilligkeit der Interaktionen und die Aufrechterhaltung einer gewissen Distanz spielen in den Interviews immer wieder eine wichtige Rolle. Die Überschreitung dieser Distanz wird oftmals als übergriffig beschrieben. Somit wird hier deutlich, dass soziale Beziehungen und die Interaktionen der Bewohner*innen untereinander nicht per se als positiv gewertet werden, sondern an ein größeres Spektrum von Vorstellungen über das Miteinander gekoppelt sind.

2.2 Aufeinander achten – persönliche Nähe und soziale Kontrolle

Wenngleich die emotionale Nähe in anderen Beziehungsformen, beispielsweise Freundschaften, höher sein kann, wird von den meisten Gesprächspartner*innen über ein positiv besetztes Aufeinander-Achten und gegenseitige Fürsorge im Ort berichtet, wie auch ebenjene Gesprächspartnerin erzählt:

»Na man achtet aufeinander. Also das ist, wenn Frau [Name] lange nicht zu sehen war, dann ist klar, irgendwas ist passiert so, also weil sie ist halt immer da so, also sie läuft immer mit ihrem Hund die Runde und dann ist auch klar, beim nächsten Mal frag ich das, frag, was los war und denn erzählt sie auch.« (Interview Frau Steinhagen, 40 Jahre, 150 EW)

In den Interviews wird mehrfach erwähnt, dass dieses Aufeinander-Achten an die Bekanntheit untereinander und ein Wissen über die Lebensumstände

gebunden ist, die von den Gesprächspartner*innen auch negativ wahrgenommen werden. Die Redewendung »jeder kennt jeden« wird in diesem Zusammenhang nicht angebracht, um in erster Linie eine Zustandsbeschreibung zu formulieren, sondern vielmehr, um ebenjene Ambivalenz zum Ausdruck zu bringen, wie die folgende Interviewpassage verdeutlicht:

»Und jeder kennt jeden, ne? [...] also mich kennen sowieso viele Leute, weil dadurch, dass meine Mutter Lehrerin ist hier. Mich sprechen ganz viele Leute an [...], dann sag ich immer »Mama, ich soll dich wieder grüßen, aber ich weiß nicht von wem«, ne? [...] ja, man muss schon immer nett und freundlich erstmal grüßen, ne? So grade die Älteren, weil die ja auch schnell bockig werden hier so, ne? Aber ja so und wenn man so, dass wir jetzt uns n neues Auto am Montag gekauft haben, das weiß auch der ganze Ort, da muss man einfach mit leben.« (Interview Frau Hildenbrandt, 30 Jahre, 1.300 EW)

Festzuhalten bleibt, dass das Aufeinander-Achten in ruralen Orten auf ein Wissen der Bewohner*innen von- und übereinander verweist. Dieses kann sowohl mit positiven wie mit negativen Konnotationen verbunden sein und lässt sich in spezifischen Vorstellungen von Nähe und Distanz im Miteinander verorten.

2.3 Unterstützungsleistungen und Reziprozität

Gegenseitige Unterstützungsleistungen bilden für die Gesprächspartner*innen oftmals Erleichterungen im Alltag. Die angenommene Reziprozität und damit verbundene wechselseitige Erwartungshaltung werden jedoch sehr unterschiedlich wahrgenommen und praktiziert. Sie variieren von keiner erforderlichen Gegenleistung, gleichwertigen Gegenleistungen oder auch einem wahrgenommenen »Kontingent«, das sich erschöpfen kann, wenn im Zeitverlauf keine Gegenleistungen erfolgen. Ein Interviewpartner erzählt, dass die Bekanntheit der Bewohner*innen untereinander auch mit einem Sich-Helfen verbunden ist. Aus seiner Sicht ist eine direkte Gegenleistung nicht erforderlich:

»Ja, Landleben in dem Sinne seh ich nich nur die Natur, sondern auch was so die Nachbarschaft angeht, wie man miteinander umgeht oder, dass das halt alles so n bisschen locker is und, sach ich ma, nich verbindlich, aber es gibt halt trotzdem irgendwo... [...] Dadurch, dass man sich kennt, hilft man

sich halt auch, ohne irgendwie was vielleicht zu erwarten.« (Interview Herr Milbrandt-Besser, 35 Jahre, 6.500 EW)

Eine andere Gesprächspartnerin sieht die gegenseitige Unterstützung neben den sich konkreten Gefallen-Tun auch in einem spezifischen Vertrauensverhältnis, das in einem Sicherheitsgefühl mündet. Dieses äußert sich ihrer Meinung nach in der Achtung vor dem Eigentum anderer. Im Gegensatz zum urbanen Lebensraum sieht sie hier eine spezifische Qualität, die sie mit ländlichen Räumen verbindet:

»Und völlig klar unterstützt man sich. Was weiß ich, Pakete hin und her, das ist alles überhaupt kein Problem. [...] was ich total genieße, ich muss hier nicht immer alles abschließen. Ich hab hier, ob das immer stimmt, weiß ich nicht, aber ich hab irgendwie nicht das Gefühl, dass mir hier einer das Auto vom Hof fährt. [...] Ja, aber ich finde das, ja für mein Lebensgefühl ist das tatsächlich schön, mein Fahrrad nicht anschließen zu müssen, meine Haustür nicht [...]. Und das ist eben im städtischen Kontext anders, logischerweise. Das ist möglicherweise auch in größeren Dörfern schon anders, aber hier ist es eben wie es ist und ich hab n totales Vertrauen, ja dass das so geht und das es völlig unproblematisch ist.« (Interview Frau Steinhagen, 40 Jahre, 150 EW)

Aufschlussreich an dieser Passage ist insbesondere, dass die Gesprächspartnerin einerseits von einem »Lebensgefühl« spricht, das sie mit der Dorfgemeinschaft verbindet und somit auf einer emotionalen Ebene anknüpft. Andererseits, und das wird im nächsten Zitat deutlich, hat sie eine stark ausgeprägte Wahrnehmung einer von ihr angenommenen gewissen Reziprozitätserwartung der anderen Bewohner*innen, was eher einer rationalen beziehungsweise funktionalen Ebene entspricht. Aus ihrer Perspektive muss eine Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben und die Hilfestellungen dürfen nicht übermäßig beansprucht werden:

»So, natürlich hilft man sich, also das darf man nicht ausnutzen, glaub ich, also gefühlt, das ist alles nicht besprochen, das ist nicht nachlesbar und auch nicht transparent kommuniziert, aber es gibt n klares Gefühl dafür so, das nutzt man nicht aus, aber wenn Not ist, dann kann man darauf zurückgreifen. Es muss nur ausgeglichen, also gefühlt muss es irgendwie ausgeglichen sein und [...] ich glaube nicht, dass irgendjemand zählt, kann ich mir nicht vorstellen, wir zählen jedenfalls auch nicht und trotzdem ist irgendwie klar,

dass es n bestimmtes Kontingent gibt.« (Interview Frau Steinhagen, 40 Jahre, 150 EW)

Ob die erwähnten gegenseitigen Unterstützungsleistungen nun aus einem solidarischen Gedanken heraus oder schierer Notwendigkeit entspringen, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Die jeweils angenommene Reziprozitätserwartung gibt Hinweise darauf, dass auch hier verschiedene Vorstellungen seitens der Bewohner*innen vorhanden sind.

2.4 Distinktion und Stereotype

Neben Beschreibungen von persönlicher Nähe finden sich in Erzählungen auch Distinktionen zwischen den Gesprächspartner*innen und anderen Bewohner*innen des Ortes, bei denen Abgrenzungen von »Ich/Wir vs. Die« hergestellt werden. Diese Differenzerzählungen variieren zwischen positiv konnotierter Wertschätzung und klarer Abwertung.

Das Alter wurde mehrfach als Dimension angeführt, über das sich wahrgenommene Differenzen aus Sicht der Gesprächspartner*innen offenbaren. Eine Gesprächspartnerin berichtet von dem Konfliktpotential, aber auch ihrer Wertschätzung gegenüber diesen »Anderen« und vermutet eine Wechselseitigkeit des Befremdens:

»Naja, es is halt schon nicht immer einfach bestimmte Menschentypen, die man vielleicht nicht so erleben würde, wären wir in 'ner größeren Stadt. Da nimmst du die vielleicht nicht so wahr. [...] Man kommt in 'ner Kleinstadt doch näher zusammen und berührt sich da eher mit Leuten, wo man vielleicht [...] drauf verzichten könnte. Ja, das is hier schon anders. Man kennt die dann auch vielleicht über n paar Ecken und so und, ja, das is so'n bisschen nervig vielleicht auch. [...] Ich weiß das genauso zu schätzen, ne? Diese älteren Leute... Grade so manchmal die Mecklenburger Urgesteine oder so. Das hat ja auch alles was für sich, ne? Da ist ja auch manchmal irgendwie was, was man toll findet, ne? Aber [...] man muss sich manchmal dann auch n bisschen n dickes Fell wachsen lassen. Genauso wie die wahrscheinlich.« (Interview Frau Besser, 32 Jahre, 6.500 EW)

Neben der Distinktion über das Alter und damit vermuteten Eigenheiten finden sich Abgrenzungen über das »Einheimisch-« versus »Zugezogen-Sein« in den Interviews. Eine Gesprächspartnerin berichtet von der von ihr wahrgenommenen Besonderheit des »Einheimischen-Status« als Faktor dafür, wie

strikt die soziale Kontrolle durch die anderen Bewohner*innen ausfällt. Im Gegensatz zu einem anderen Paar konnten sie und ihr Partner während der Bauaktivitäten am Haus sehr frei agieren, ohne soziale Restriktionen fürchten zu müssen:

»oder auch als wir gebaut haben, [...] hat keiner gewagt, was zu sagen, weil wir einfach von hier kommen und das junge Paar, was sich dort das Haus gekauft hat, [...] da ist das schon anders, ne? Also, weil die Leute denn sagen ›Oh die bauen schon wieder. Ist doch Mittagszeit. Ist doch so spät abends, ne?‹ Das hat bei uns keiner gewagt zu sagen, weil wir einfach von hier kommen.«
(Interview Frau Hildenbrandt, 30 Jahre, 1.300 EW)

Ein anderer Gesprächspartner, der selbst seit rund 20 Jahren im Ort wohnt, spricht dem »Einheimisch-« versus »Zugezogen-Sein« eine fortwährende Relevanz für die Ausgestaltung der sozialen Beziehungen zu, in der er sich selbst als abgekoppelt verortet und von einer Art Geschlossenheit sozialer Kreise berichtet. Diese wiederum führt er auf die Differenz der von ihm vermuteten Mentalitäten zurück:

»aber die [Bewohner*innen vom Ort] [...] sitzen ja lieber abends zu Hause oder irgendwo hinten in der Garage und trinken ihr Bier, bevor sie in irgendeinen Laden reingehen. Das ist so die Mentalität, die so'n bisschen dröge ist, ne? Wenn man in irgendeine Gruppe reingekommen ist, die die diese privaten Garagen – ich sag nicht Besäufnisse, diese netten Veranstaltungen irgendwo bei jemand auf'm Grundstück machen, denn ist das toll. Da sind die Leute auch richtig schön. Aber so, ich sag mal, was Öffentliches, das ist so'n bisschen, ja.« (Interview Herr Mirau, 61 Jahre, 9.500 EW)

In diesem Abschnitt zeigt sich insbesondere, dass die von außen herangetragene Vorstellung, dass es sich bei den Bewohner*innen ländlicher Räume um eine irgendwie »homogene Masse« handelt, keinesfalls die lebensweltliche Realität der Bewohner*innenschaft abbildet. Vielmehr wird deutlich, dass Differenzierungsmechanismen eine Rolle für die eigene Selbstverortung der Gesprächspartner*innen spielen. Wie handlungsleitend die angeführten Distinktionen und Selbstverortungen sind, variiert je nach Konnotation und Deutung der gesetzten Differenzierungslinien in Bezug auf die Vorstellungen vom Miteinander.

3. Diskussion der Ergebnisse

Die Analyse des Interviewmaterials hat gezeigt, dass die sozialen Beziehungen der Bewohner*innen zwischen einem Aufeinander-Achten im Spannungsfeld von Fürsorge beziehungsweise gegenseitiger Unterstützungsleistungen (siehe auch Klärner/Knabe 2019) und sozialer Kontrolle changieren. Es existiert gleichzeitig der Wunsch nach Begegnung und der Wunsch nach Distanz (siehe auch Rackow/Sparschuh 2019). In Rückbezug auf die theoretischen Konzepte von Gemeinschaft erscheint es auf den ersten Blick so, als würde sich in den Interviews bestätigen, was Simmel und Tönnies idealtypisch herausgearbeitet haben – insbesondere was die Ambivalenz von Nähe, Vertrautheit, Kontrolle und Zwang betrifft. Und ebendies kann als erster Befund festgehalten werden: Die Bewohner*innen ländlicher Räume reproduzieren gängige (oder gar stereotype) Vorstellungen über »das Dorf« und greifen bei ihren Erzählungen zur Dorfgemeinschaft auf entsprechende Bezugspunkte beziehungsweise Klischees und Ambivalenzen zurück.

Desweiteren beschreiben die Interviewpartner*innen verschiedene Faktoren, die ihrer Ansicht nach das soziale Gefüge beeinflussen und auch konflikt-hafte Interaktionen begünstigen. Darüber hinaus sind Distinktionsmechanismen wirksam. Allen voran werden dabei Dimensionen angeführt, die sich aus soziologischer Perspektive als Sozial- und Milieustruktur werten lassen. Insbesondere der Wunsch nach einer gewissen Distanz zu anderen Bewohner*innen wurde mehrfach mit dem Alter, Generationszugehörigkeit oder (vermuteten) Milieu-Spezifika von »Einheimischen« und »Zugezogenen« kontextualisiert. In der Wahrnehmung der Bewohner*innen werden diese Dimensionen wiederum weniger im Zusammenhang mit den entsprechenden Lebensentwürfen/-situationen »der Anderen« betrachtet, sondern eher essentialistischen »Mentalitäten« zugeschrieben. So lässt sich als zweiter Befund festhalten: Die Bewohner*innenschaft und die Dorfgemeinschaft sind heterogener und stärker von Konfliktlinien durchzogen (siehe auch Schiemann/Steinführer 2021), als es die politische Vorstellung von der »lebendigen Dorfgemeinschaft«, die auf die Zukunft gerichtete gemeinsame Ziele verfolgt, suggeriert. Zu fragen ist generell, inwieweit die Bewohner*innenschaft kongruent zur Dorfgemeinschaft ist und welche sozialen Positionierungen und Distinktionen zu möglichen Ausschlüssen (siehe auch Zinn-Thomas 2019) führen.

Als weitere Einflussfaktoren auf die sozialen Beziehungen in Dörfern und Kleinstädten wurden in den Interviews die bisherige Wohndauer sowie die An- und Abwesenheit am Ort thematisiert, zum Beispiel durch eine Berufs-

tätigkeit außerhalb oder die Nutzung des Hauses als reines »Urlaubsdomizil«. Diese Alltagsbeobachtungen decken sich mit wissenschaftlichen Befunden: Wohn- und Arbeitsorte sind auch in ländlichen Räumen immer seltener identisch (Keim-Klärner 2021). Hinzu kommen Veränderungen der ländlichen Räume und ihre Bevölkerungsentwicklungen aufgrund des demographischen Wandels (Kröhnert 2020). Diese Prozesse gehen mit einem sozialen Wandel von Lebenswelten und Alltagspraktiken einher und wirken sich auf die sozialen Beziehungen vor Ort aus (siehe u. a. Henkel 2014; Becker/Tuitjer 2016). Daran anschließend lässt sich der dritte Befund ableiten: Die bloße Anwesenheit der Bewohner*innen am selben Ort beziehungsweise den offiziellen Wohnort der Personen mit deren sozialen Kreisen gleichzusetzen kann nur eine Idealvorstellung oder vielmehr eine Imagination sein, die der Alltagsrealität nicht entspricht.

Der Gemeinschaftsbegriff ist aus soziologischer Perspektive somit in mehrfacher Hinsicht für den politischen Diskurs mit Schwierigkeiten besetzt: Dörfer und Kleinstädte sind keine in sich abgeschlossenen Gebilde und anders als in den politischen Implikationen, die eine Dorfgemeinschaft als etwas durchweg Positives und Wünschenswertes darstellen, sind Ambivalenzen, konflikthafte Interaktionen und Beziehungen sowie Differenzierungslinien präsenste und alltagsrelevante Elemente des dörflichen Sozialgefüges. Ein theoretisches Konzept, das sowohl den Prozess als auch die Beziehung zwischen Individuen sowie das wechselseitige aufeinander Einwirken der Individuen betont, ist das der *Vergesellschaftung*. So schlägt beispielsweise auch Beetz vor, das Zusammenleben sowohl in Dörfern (2004, 151) als auch in Kleinstädten »weniger als Siedlungstyp, sondern als eine Form lokaler Vergesellschaftung zu sehen« (2017, 52). Aus dieser Perspektive wird Dorfgemeinschaft unter lokalspezifischen Gegebenheiten in einem fortlaufenden Prozess durch die jeweiligen Bewohner*innen permanent hergestellt.

4. Fazit

Festzuhalten bleibt: Für das Selbstverständnis und die Praktiken der Bewohner*innen ländlicher Räume besitzen die sozialen Beziehungen am Wohnort eine alltagsweltliche Bedeutung. Es zeigt sich eine empirisch auffindbare Relevanz des Konzeptes der Dorfgemeinschaft. Die jeweiligen Lebenssituationen sowie Lebensentwürfe unterscheiden sich jedoch bei genauem Blick

viel mehr, als es in manchen öffentlichen Diskussionen und politischen Debatten zunächst erscheint. Die Dorfgemeinschaft stellt zwar insgesamt einen Bezugspunkt für die Bewohner*innen dar, zugleich haben die Erzählungen verdeutlicht, dass der Wunsch nach sozialer Einbindung, nach persönlicher Nähe und hoher Vertrautheit mit den Personen am Wohnort nicht per se und in gleichem Umfang bei allen ein einendes Moment ist. Somit kann an dieser Stelle kritisch hinterfragt werden, inwiefern »Dorfgemeinschaft« ein geeigneter Begriff im politischen Diskurs ist beziehungsweise ein politisch zu fördernder Zustand sein kann – insbesondere, wenn damit das Ziel verbunden ist, »Potentiale« in den Dörfern und Kleinstädten zu »aktivieren« und »auszuschöpfen«.

Eine idealisierte wie vereinfachte Vorstellung ländlicher Räume, seiner Bewohner*innen und deren Miteinander verstellt den Blick auf die Lebensrealitäten und die Pluralität der Biographien, Lebenssituationen und -entwürfe der Bewohner*innen vor Ort. Sinnvolle und passgenaue Förderprogramme für ländliche Räume lassen sich auf dieser Grundlage vermutlich nur schwer entwickeln, beziehungsweise entwickeln sie ihre Wirkung nur an jenen Orten, die tatsächlich sozial homogen zusammengesetzt sind. Orte, die durch sozialstrukturelle Heterogenität sowie durch Fluktuation, Mobilität oder Multilokalität der Bewohner*innen gekennzeichnet sind, bedürfen Maßnahmen, die diese Spezifika berücksichtigen. Politische Vorhaben, die die soziale und gesellschaftliche Teilhabe voranbringen möchten, sollten weiterhin die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten im Blick haben, wie es beispielsweise auch das »Soziale-Orte-Konzept« (u.a. Neu/Nikolic 2020, 181) nahelegt. Schließlich sind die Gelegenheiten zur Begegnung eine Grundlage, um das Wissen übereinander sowie Interaktionen und Beziehungen, die gemeinsame Erfahrungen schüren, überhaupt erst zu ermöglichen beziehungsweise aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig münden soziale Beziehungen nicht per se in einer Unterstützungs- oder Solidargemeinschaft, sondern ihnen liegt auch immer das Potential von Konflikthaftigkeit oder Belastung inne. Zudem ist darüber nachzudenken, welche Personen über welche Ressourcen verfügen, um andere überhaupt unterstützen zu können, welche Machtverhältnisse sich zwischen Unterstützenden und Unterstützten daraus eventuell ergeben und wie diese im Miteinander wirksam werden. Daher ist auf der politischen Ebene stets kritisch zu reflektieren, welche sozialen Ungleichheiten und Ausgrenzungen durch Förderprogramme (re-)produziert werden oder unsichtbar bleiben.

Ein weiterer Aspekt liegt in der Frage, was mit der zugeschriebenen sozialen Nähe in ländlichen Räumen jeweils konkret gemeint ist und welche alltagsweltliche Bedeutung dem beigemessen wird. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive könnte unter sozialer Nähe auch die ähnliche soziale Positionierung der Bewohner*innen eines Ortes im Sinne der vertikalen beziehungsweise horizontalen Sozialstruktur gefasst werden. Das ist insofern relevant, als das in der öffentlich-politischen Diskussion mit sozialer Nähe in erster Linie Konzepte wie Zusammenhalt und Solidarität gemeint sind, die Distinktionen beziehungsweise Othering-Mechanismen aufgrund divergierender sozialer Positionierungen und mögliche Ausschlüsse eher zu überwinden versuchen. Insbesondere dort, wo Vorurteile, Stereotype und Distinktionsmechanismen gegenüber sozialstrukturell ungleich positionierten Menschen wirken, benötigt es auch Angebote sozialer Arbeit beziehungsweise der politischen Bildung, um für verschiedene Lebensentwürfe und -situationen zu sensibilisieren, Verständnis füreinander zu schaffen und einen ausgleichenden Umgang mit strukturellen Machtverhältnissen zu finden.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Becker, H./Tuitjer, G. (2016): Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66, 17-22.
- Beetz, S. (2004): *Dörfer in Bewegung. Ein Jahrhundert sozialer Wandel und räumliche Mobilität in einer ostdeutschen ländlichen Region*. Hamburg: Reinhold Krämer Verlag.
- Beetz, S. (2017): Die kleine Stadt in der großen Moderne – small, slow oder smart? In: Busse, S./Beer, K. (Hg.): *Modernes Leben – Leben in der Moderne*. Wiesbaden: VS, 49-63.
- Belina, B. (2021): »Provinzialität« bei Adorno. In: *Geographische Zeitschrift* 109(2/3), 105-125.
- Berger, P. A./Klärner, A./Knabe, A./Carnein, M./Fischer, H./Prochatzki, K./Land, R./Willisch, A. (2015): *Aspekte der Armut in Mecklenburg-Vorpommern. Forschungsbericht im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Vorpommern*. Schwerin: AWO.
- Buchstein, H./Heinrich, G. (Hg.) (2010): *Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum*. Schwalbach: Wochenschau.

- BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2021): Dorfentwicklung. https://www.bmel.de/DE/themen/laendliche-regionen/dorfentwicklung/dorfentwicklung_node.html (letzter Zugriff 1.10.2021).
- Delitz, H. (2019): Gemeinschaft und Gesellschaft. In: Nell, W./Weiland, M. (Hg.): Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch. Berlin: J. B. Metzler, 326-337.
- Henkel, G. (2014): Das Dorf. Landleben in Deutschland – gestern und heute. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Jeggle, U./Ilien, A. (1978): Die Dorfgemeinschaft als Not- und Terrorzusammenhang: Ein Beitrag zur Sozialgeschichte des Dorfes und zur Sozialpsychologie seiner Bewohner. In: Wehling, H.-G. (Hg.): Dorfpolitik. Opladen: Leske + Budrich, 38-53.
- Keim-Klärner, S./Bernard, J./Bischof, S./van Dülmen, Ch./Klärner, A./Steinführer, A. (2021): Analyzing Social Disadvantage in Rural Peripheries in Czechia and Eastern Germany: Conceptual Model and Study Design. Thünen Working Paper 170. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Keim-Klärner, S. (2021): Wandel der Arbeits- und Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen. Online-Dossier zu Ländlichen Räumen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/laendliche-raeume/340719/wandel-der-arbeits-und-lebensverhaeltnisse> (letzter Zugriff am 19.11.2021).
- Klärner, A./Knabe, A. (2019): Social Networks and Coping with Poverty in Rural Areas. In: *Sociologia Ruralis* 59(3), 447-473.
- Kleiner, T.-M./Klärner, A. (2019): Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen. Politische Hoffnungen, empirische Befunde und Forschungsbedarf. Thünen Working Paper 129. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Kröhnert, S. (2020): Ländliche Räume und demographische Entwicklung. In: Kröhnert, S./Ningel R./Thomé, P. (Hg.): Ortsentwicklung in ländlichen Räumen. Ein Handbuch für planende und soziale Berufe. Bern: Haupt Verlag, 35-49.
- Neu, C./Nikolic, L. (2020): Mythos Gemeinschaft? Vom sozialen Zusammenhalt in ländlichen Räumen. In: Krajewski, C./Wiegandt, C.-C. (Hg.): Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 170-183.
- Rackow, K./Sparschuh, V. (2019): Dörfliche Nachbarschaft – eine soziale Resource? Der Nordosten Deutschlands als Beispiel. In: Steinführer, A./

- Laschewski, L./Mölders, T./Siebert, R. (Hg.): Das Dorf. Soziale Prozesse und räumliche Arrangements. Münster: LIT, 133-151.
- Richter, R. (2019): Sozialer Wandel ländlicher Gesellschaften In: Nell, W./Weiland, M. (Hg.): Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch. Berlin: J.B. Metzler, 129-136.
- Rühmling, M. (2021): Bleiben in ländlichen Räumen. Bleibenslebensweisen am Beispiel von Frauen in ländlichen Räumen in Mecklenburg-Vorpommern. Dissertationsschrift. Rostock: Universität Rostock.
- Rühmling, M./Schiemann, S. (2019): Da! Gebliebene! Alltagsarrangements in ländlichen Räumen. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): Ländlicher Raum. (= Schriftenreihe: Wissen schafft Demokratie., Bd. 5) Berlin: Amadeu Antonio Stiftung, 16-27.
- Schiemann, S./Steinführer, A. (2021): In guter Gesellschaft? Sozialstruktur und soziale Beziehungen in Kleinstädten. In: Steinführer, A./Porsche, L./Sondermann, M. (Hg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover: Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, 209-234.
- Schmidt, T. (2011): Einheimische und Zugereiste. Partizipation und soziale Modernisierung im ländlichen Raum. Wiesbaden: VS.
- Scholz, H. (1928): Bauern-Predigten: Die Dorfgemeinschaft. Heft 2. Braunau i. B: Scholle-Verlag.
- Simmel, G. (2006 [1903]): Die Großstädte und das Geistesleben. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Strauss, A. L. (1991): Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung. München: Fink.
- Tönnies, F. (1991 [1935]): Gemeinschaft und Gesellschaft: Grundbegriffe der reinen Soziologie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Vogelgesang, W./Kopp, J./Jacob, R./Hahn, A. (2018): Stadt – Land – Fluss. Sozialer Wandel im regionalen Kontext. Wiesbaden: VS.
- Zinn-Thomas, S. (2019): Fremdheit im Dorf. In: Nell, W./Weiland, M. (Hg.): Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch. Berlin: J.B. Metzler, 167-174.

Wer gedenkt der Partisaninnen und Partisanen?

Erinnerungsorte in ländlichen Räumen in Kärnten

Jakob Holzer

In der südlichsten Ecke Österreichs, nahe der slowenischen Grenze und eingebettet im Karawanken-Gebirgszug liegt die zweisprachige Gemeinde Bad Eisenkappel/Železna Kapla. Nach der österreichischen Urban-Rural-Typologie wird die Gemeinde als peripherer ländlicher Raum eingeordnet (Statistik Austria 2016). Bad Eisenkappel/Železna Kapla ist das, was man landläufig als »abgehängt« bezeichnet. Bad Eisenkappel/Železna Kapla liegt auch im zweisprachigen Gebiet Kärntens, wo neben Deutsch auch Slowenisch gesprochen wird (siehe Abbildung 1).

In diesem Kärntner Gebiet mit deutschsprachiger Mehrheit und slowenischsprachiger Minderheit erinnern 56 Denkmale an den Partisan*innenkampf im Zweiten Weltkrieg. Das größte und bekannteste Partisan*innen-denkmal ist jenes mit seinen zwei Standorten am Peršmanhof in der Gemeinde Bad Eisenkappel/Železna Kapla und in Völkermarkt/Velikovec.

Ursprünglich aufgestellt wurde das Denkmal im Jahr 1947 in der Bezirkshauptstadt Völkermarkt/Velikovec. Dort erinnerte es an 83 gefallene Partisan*innen aus dem Zweiten Weltkrieg. 1953 wurde es – von seinen deutsch-nationalen Gegner*innen als Provokation verstanden – gesprengt. Ein Teil des Denkmals (der Sockel) steht heute noch in Völkermarkt/Velikovec, während die Figurengruppe seit 1983 am zweiten Standort am Peršmanhof zu finden ist (siehe Abbildung 1). Das Denkmal besitzt durch seine wechselvolle Geschichte verschiedene, ihm eingesetzte Deutungen als Siegesdenkmal über den Faschismus, als Grabstätte, als Erinnerung an ein Verbrechen am Peršmanhof und als Provokation. Es hat eine Bedeutung als gewolltes wie als ungewolltes Denkmal und dient vor allem für die Kärntner Slowen*innen als starker Identifikationspunkt.

Das zweisprachige Gebiet Kärntens war ein umkämpftes Territorium und die Zugehörigkeit Kärntens zu Österreich mehrmals – nach dem Ersten und

Abb. 1: Lage der beiden Denkmalstandorte und zweisprachiges Gebiet in Kärnten



Kartengrundlage: Openstreetmap, Grafik: Eigene Darstellung.

Zweiten Weltkrieg – in Frage gestellt. Von deutschnationaler Seite wird Kärnten als unversehrtes deutsches Heimatland gewünscht, als Idyll gewissermaßen. Diese heimatliche Idylle wird dazu benutzt, die kärntner-slowenische Volksgruppe auszugrenzen, abzuwerten und als rückständig abzustempeln (Retzl 2005, 131ff.; May 2021). Dazu kommt, dass diese antislowenische Haltung Kärnten als rückständig, reaktionär und konservativ dastehen lässt. Dies ergibt Bezugspunkte zu Diskursen rund um ländliche Räume, die von Idylle und Ausgrenzung geprägt sind (Maschke u.a. 2020, 16). Im Sinne der Vorstellung eines »heimattreuen« und »kerndeutschen« Kärntens (Retzl 2005, 106ff.) werden Parallelen zur Wahrnehmung von ländlichen Räumen als »weiße Orte« deutlich (Maschke u.a. 2020, 27). Das Partisan*innen-Denkmal steht diesen Identitätskonstruktionen entgegen.

Der Beitrag untersucht, inwiefern dieses Denkmal, welches eng mit der kärntner-slowenischen Volksgruppe verknüpft ist, nicht mehr nur regional, sondern auch national für ganz Österreich von Wichtigkeit ist. Die Analyse des Denkmals mittels der Denkmalwerttheorie von Alois Riegl bietet sich dabei an, um einerseits die Bedeutungen des Denkmals und die damit verbundenen Identitätskonstruktionen freizulegen; andererseits bildet die

Denkmalwerttheorie den Ausgangspunkt für einen möglichen Denkmalschutz. Es können dadurch nicht nur Bezüge zwischen den Bedeutungen des Denkmals und gesellschaftlichen Prozessen gezogen werden, sondern auch Grundlagen für die Unterschutzstellung. Das für die kärntner-slowenische Minderheit wichtige Denkmal kann damit juristisch geschützt werden und offizielle Anerkennung bekommen. Dabei ist es zentral, welche Wirkungen und Bedeutungen dieses Denkmal eigentlich über die offenliegenden, in Inschriften zu sehenden hinaus besitzt. Wo bestehen Unterschiede zwischen den beiden Standorten am Peršmanhof und in Völkermarkt? Und vor allem: Wer nimmt überhaupt Anteil an dem Denkmal? Wer gedenkt also der Partisaninnen und Partisanen?

Anfänglich möchte ich kurz den aus der Denkmalpflege kommenden Ansatz der Denkmalwerttheorie erklären. Den Kontext des Denkmals und die weit vor dessen Errichtung beginnenden Konflikte stelle ich im Abschnitt 2 *Spannungsfeld Kärnten* vor. Anschließend folgt eine Vorstellung beider Denkmalstandorte am Peršmanhof und in Völkermarkt/Velikovec und deren historische Genese. Im Abschnitt 5 *Identifizierte Akteur*innen und Verbreiterung der Erbegemeinschaft* werden die relevanten Personen und Institutionen vorgestellt und deren Stellung zum Denkmal erläutert. Mithilfe der Denkmalwerttheorie analysiere ich die Positionen der identifizierten Akteur*innen und Erben des Denkmals und mache so die Wirkungen des Denkmals auf diese sichtbar. Dabei werden sowohl Unterschiede und Gemeinsamkeiten der beiden Standorte greifbar, aber auch die verschiedenen Identitätskonstruktionen, die mit dem Denkmal zusammenhängen. Abschließend mache ich deutlich, dass progressive Erinnerungskultur zu einer Verbreiterung der Anteilnahme am Denkmal geführt hat, die auch für eine Unterschutzstellung des Denkmals spricht.

Für das Verständnis von ländlicher Entwicklung ist die Denkmalwerttheorie nicht nur zur Freilegung von verschiedenen Identitätskonstruktionen geeignet, es lassen sich durch die Identifizierung unterschiedlicher Akteur*innen und deren Positionen auch konflikthafte Tendenzen in den betroffenen Regionen analysieren.

1. Denkmalwerttheorie und Erbegemeinschaften

Die Denkmalwerttheorie von Alois Riegl (1988 [1903]) bietet eine gute Möglichkeit zur Einordnung der unterschiedlichen Werte und Wirkungsebenen des Denkmals. In seinem Aufsatz »Der moderne Denkmalkultus, sein Wesen und

seine Entstehung« aus dem Jahr 1903 entwickelt Riegl die Denkmalwerttheorie, in der sich sechs gegeneinanderlaufende und sich ergänzende Wirkungen zu einem dialektisch strukturierten Erklärungsansatz verweben. Riegl unterteilt dabei in Erinnerungswerte und Gegenwartswerte. Zu den Erinnerungswerten gehören der *Alterswert*, der *historische Wert* und der *gewollte Erinnerungswert*. Die Gegenwartswerte sind der *Gebrauchswert*, der *Neuheitswert* und der *relative Kunstwert* (Dolff-Bonekämper: 2010, 28). Daneben unterscheidet Riegl auch in *gewollte* und *gewordene Denkmale*. Gewollte Denkmale sind errichtet worden, »um einzelne menschliche Taten oder Geschehnisse [...] im Bewußtsein der nachlebenden Generationen stets gegenwärtig und lebendig zu erhalten« (Riegl 1988 [1903], 43). Im Gegensatz dazu stehen gewordene Denkmale. Hierbei kommt »nicht den Werken selbst kraft ihrer ursprünglichen Bestimmung [...] Sinn und Bedeutung zu, sondern wir modernen Subjekte sind es, die ihnen dieselbe unterlegen« (ebd., 47). Bei der Untersuchung der Denkmale geht es also nicht nur um die Werte, die einem Denkmal eingeschrieben werden, sondern auch um die Frage, welche Personen ihnen dieselben zuschreiben.

Denkmale werden schon seit Längerem als Teil nationaler Identitätskonstruktionen und übernationaler Hegemonialansprüche verwendet (Dolff-Bonekämper 2004, 238). Sie können somit als Zeichen eines nationalen Raum- oder Machtanspruchs fungieren – auch über nationalstaatliche Grenzen hinaus. Die Teilhabe und Deutungshoheit an ihnen ist also stark an ethnische und nationale Kriterien geknüpft. Gerade bei Denkmalen, die sich nicht klar in einem nationalstaatlichen Kontext verorten lassen, geraten nationale Erben- und Identitätszuschreibungen schnell an ihre Grenzen. Dies geschieht vor allem deshalb, weil eine solche Konstruktion all jene ausschließt, die sich nicht in einem nationalen Kontext verorten lassen oder die »erst in jüngerer Zeit aus anderen Weltgegenden hinzugezogen sind« (ebd., 237).

Das 2005 vorgestellte Faro-Abkommen des Europarats versucht, diesen exklusiven Erbenbegriff zu erweitern und misst »den Kulturerbegemeinschaften (*heritage communities*) besondere Bedeutung bei« (Ratzenböck/Wulz 2016, 9). Eine *heritage community* ist eine Gemeinschaft von »Menschen, die bestimmte Aspekte des Kulturerbes wertschätzen, das sie im Rahmen öffentlicher Maßnahmen zu wahren und an nachfolgende Generationen zu übertragen wünschen« (Europarat 2015, Artikel 2). Eine Erbegemeinschaft ist daher nicht mehr durch ihre ethnische oder staatliche Zugehörigkeit definiert, sondern alle Menschen, die sich dem Erbe zugehörig fühlen, können teilhaben. So schreibt Dolff-Bonekämper:

»Die Aneignung von Kulturerbe erzeugt eben nicht Besitz, sondern Zugehörigkeit – zur Erbegemeinschaft und auch zum Erbe selber.« (2008, 239)

Die Bildung einer solchen *heritage community* ist in Raum und Zeit un abgeschlossen und keine dauerhafte Identitätsgemeinschaft. Sie zeichnet sich durch verschiedene Deutungen des Denkmals aus und ist heterogen (ebd., 239).

Dieser erweiterte Erbenbegriff geht allerdings von einem aktiven Bekenntnis zum Denkmal aus, welches im Falle des Partisan*innendenkmals nicht bei allen Akteur*innen in der Region angenommen werden kann. Für die Untersuchung des Partisan*innendenkmals habe ich den Erbenbegriff erweitert und nicht nur *wollende*, also sich aktiv zum Denkmal bekennende, Erben in die Untersuchung mit einbezogen, sondern auch *nicht-wollende* Akteur*innen. Damit können die Deutungen nicht nur der wohlwollenden Erben eingefangen, sondern auch die Projektionen derjenigen Menschen, die das Denkmal ablehnen, abgebildet werden. Da bei den nicht-wollenden Akteur*innen das Bekenntnis zum Erbe im Sinne der Faro-Konvention fehlt, ist hier der Begriff Erbe nicht zutreffend.

Zur Identifikation von Akteur*innen (also den modernen Subjekten nach Alois Riegl gewissermaßen) und ihren Positionen und den Wirkungen des Denkmals dienten leitfadengestützte Expert*innen-Interviews. Dabei wurden die Expert*innen auch nach ihren persönlichen Einschätzungen und Standpunkten zum Denkmal befragt. Die Interviews dienten darüber hinaus zur »Rekonstruktion subjektiver Sichtweisen in einem spezifischen Ausschnitt« (Flick 2007, 219). Die Expert*innen wurden dabei »nicht als Einzelfall, sondern als Repräsentanten einer Gruppe [...] in die Untersuchung einbezogen« (ebd., 214). Dies ermöglichte allgemeine Rückschlüsse aus den Interviews nicht nur auf das Denkmal, sondern auch auf die dem Denkmal zugehörigen Gruppen.

Der Untersuchungsansatz der Denkmalwerttheorie im Besonderen in Verbindung mit den Erbegemeinschaften steht der Vorstellung von »weißen« Orten im ländlichen Raum entgegen. Sie ermöglicht einen Blick auf die Machtverhältnisse in ländlichen Räumen (Maschke u.a. 2020, 39). Akteur*innen und Netzwerke sowie – gemeinsam mit den Denkmalwerten – konflikthafte Entwicklungen von ländlichen Räumen rücken ins Blickfeld.

2. Spannungsfeld Kärnten

Das Partisan*innendenkmal mit seinen zwei Standorten in Völkermarkt/Velikovec im Tal und am Peršmanhof am Berg hat seinen Ursprung im Partisan*innenkampf gegen die nationalsozialistische Unterdrückung. Besonders unter den Kärntner Slowen*innen fand die Partisan*innenbewegung der Osvobodilna Fronta (OF – Befreiungsfront) große Unterstützung (Retzl 2005, 101). Als Teil der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee unter Marschall Tito – und damit auch der Alliierten – befreiten die Partisan*innen 1945 Teile Kärntens von der Nazi-Herrschaft (Pirker 2011, 21ff.).

Der Sieg der Partisan*innen löste unter der deutschkärntner Bevölkerung die Angst aus, Jugoslawien könnte (erneut) Gebietsansprüche an das zweisprachige Gebiet stellen. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg gab es Gebietsansprüche Jugoslawiens und damit verbundene kämpferische Auseinandersetzungen sowie eine Abstimmung, die die Zugehörigkeit des zweisprachigen Gebiets bei Österreich festlegte (May 2021).

Zehn Jahre später gelang mit Abschluss des Staatsvertrags 1955 – im Gegensatz zu Deutschland – der Schritt in die Eigenstaatlichkeit und der Abzug der Alliierten. Der Staatsvertrag fußt auf der 1943 proklamierten »Moskauer Deklaration«, in der die Alliierten bereits die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreichs forcierten, allerdings unter der Bedingung, dass »es selbst zur Befreiung beigetragen haben« (Raab zit.n. Nationalrat der Republik Österreich 1953, 51) müsse. Gerade der Partisan*innenkampf der Kärntner Slowen*innen lieferte diesen »eigenen« Beitrag zur Befreiung, sodass im Staatsvertrag 1955 umfangreiche Minderheitenrechte u.a. für die slowenischsprachige Volksgruppe festgeschrieben sind (Österreichischer Staatsvertrag BGBl. Nr. 152/1955).

Die Leistungen der slowenischsprachigen Bevölkerung zur Befreiung Österreichs wurde jedoch in der Nachkriegszeit ab 1945, besonders nach Abschluss des Staatsvertrags weitestgehend ignoriert, banalisiert und die Erfolge des Widerstands heruntergespielt (Retzl 2005, 116; 2006, 106, 116).

Seit ihrer Aufstellung wurden Partisan*innendenkmäler von deutschnationalen Anhänger*innen geschändet, zudem kam es in den Jahren 1953, 1973 und 1976 zu mehreren Sprengungen (Fein 1975, 138; Sturm/Zorec 1987, 83ff.; Retzl 2006, 184ff.). Im Staatsvertrag verankerte Rechte wie zweisprachige Ortstafeln wurden nur unzureichend verwirklicht. Im Jahr 2011 gelang eine Lösung des »Ortstafelstreits«. Seit der Aufstellung von 164 zweisprachigen Ortstafeln gilt der Konflikt offiziell als beigelegt (May 2021), wiewohl weiter-

hin von konservativer und rechtsextremer Seite die Minderheitenfrage für politische Profilierung benutzt wird (Müller 2017, 6).

3. Entwicklung des Denkmals Völkermarkt/Velikovec

Das Denkmal in Völkermarkt/Velikovec ist heute zweigeteilt. Ein Teil steht auf dem Friedhof der Pfarrkirche St. Ruprecht/Šentrupert im gleichnamigen Ortsteil der Bezirkshauptstadt Völkermarkt/Velikovec. Dieser Teil des Denkmals besteht heute aus dem ursprünglichen Sockel und einem Gräberfeld für 83 gefallene Partisan*innen auf der Saualpe. Am 17. November 1946 fand eine große Begräbnisfeierlichkeit statt, bei der die 83 Gefallenen beerdigt wurden (Retzl 2006, 115). Beinahe ein Jahr später, am 26. Oktober 1947, erfolgte in Völkermarkt/Velikovec die feierliche Enthüllung des größten Kärntner Partisan*innendenkmals (Kärntner Landesarchiv 1953). Schon die Aufstellung des Denkmals sorgte für Konflikte: zuerst mit der Kirche, die die vom Partisan*innenverband vorgeschlagene Inschrift ablehnte; später mit den Alliierten, weil der damalige Vorsitzende des Partisanen*innenverbandes, Karel Prušnik-Gašper, bei der Enthüllung auch Urteile der amerikanischen und britischen Militärjustiz kritisierte. Er wurde er nach seiner Rede festgenommen und zu 12 Monaten Haft verurteilt (Retzl 2006, 152ff.).

Die 1947 in Völkermarkt/Velikovec enthüllte Figurenplastik zeigt drei vorwärts stürmende Kämpfer*innen: zwei Männer und eine Frau. Die Plastik gestaltete der österreichisch-kroatische Künstler Marijan Matijević (Kärntner Landesarchiv 1953).

In der Nacht vom 9. auf den 10. September 1953 sprengten – bis heute – Unbekannte die Figurenplastik auf dem Friedhof (Kärntner Landesarchiv 1953). Das Denkmal war bereits im Vorfeld Opfer von Vandalismus und wurde von Seiten der deutschkärntner Bevölkerung abgelehnt (Retzl 2006, 152ff.). Zudem wurde es als Bedrohung von (erneuten) jugoslawischen Gebietsansprüchen empfunden, was in einem Kommentar der konservativen »Volkszeitung« zur Sprengung deutlich wird:

»Das Denkmal wirkte in seiner Ausführung vielfach als Provokation. Die Plastik aber war eine steingewordene Versinnbildlichung der immer wiederkehrenden Bedrohung Südkärntens. [...] Sie war eine politische Demonstration in Bronze und sie hätte besser nie auf den geweihten Boden eines Friedhofs gehört.« (o. A. 1953)

Abb. 2: Das Denkmal in Völkermarkt/Velikovec mit Sockel und Opferschale steht auf dem Friedhof der Pfarrkirche St. Ruprecht/Šentrupert.



Quelle: Eigene Aufnahme.

Trotz des Abschlusses des Staatsvertrags im Jahr 1955, der einen Schutz für Gräber der Alliiertensoldaten beinhaltete, dauerte es – nach Interventionen des jugoslawischen Gesandten (Kärntner Landesarchiv 1953) – noch bis zum 9. November 1961, bis die Republik Österreich eine Umgestaltung des Denkmals beschloss (Retzl 2006, 173). Die zerstörte Bronzeplastik kam nicht mehr zur Aufstellung, stattdessen wurde gegen den Willen des Partisan*innenverbandes und des jugoslawischen Gesandten eine »nicht-provozierende« Grabchale – im Gegensatz zur »provozierenden« figürlichen Bronzeplastik – auf dem weitestgehend unbeschädigt gebliebenen Sockel aufgebracht (Fein 1975, 138). In den 1990er-Jahren folgten einige Ergänzungen an der Sockel-Inschrift (Pirker 2011, 35), bevor 2015 das Denkmal grundlegend saniert und den Kämpfer*innen je eine Granitplatte auf dem Gräberfeld gewidmet wurde (siehe Abbildung 2). Die Umgestaltung, die auch eine Informationsstele umfasst, soll »die hier bestatteten antifaschistischen Widerstandskämpfer und den geschichtlichen Hintergrund des Denkmals stärker ins Bewusstsein rücken« (Berchtold Land.plan 2015).

4. Entwicklung des Denkmals Peršmanhof

Der zweite Teil des Denkmals – die bronzene Figurenplastik – steht heute am Peršmanhof in der Gemeinde Bad Eisenkappel/Železna Kapla. Am Ort eines NS-Massakers errichtete der Partisan*innenverband im Jahr 1983 ein neues Denkmal, zusammengeflocht aus den Resten der 1953 gesprengten Figurengruppe des Völkermarkter Denkmals.

In der Abgeschlossenheit der Südkärntner Berge ermordeten am 25. April 1945 – in den letzten Kriegstagen – Angehörige des SS- und des Polizeiregiments 13 auf dem Peršmanhof elf Personen, nur drei Kinder überlebten schwer verletzt. Die beim Hof in der Nähe anwesenden Partisan*innen konnten die Tragödie nicht verhindern – eine schmerzliche Niederlage (Sima 2011, 117). Lisa Rettl konstatiert, dass der Peršmanhof tief im Gedächtnis der kärntner-slowenischen Bevölkerungsgruppe verankert ist:

»Heute steht der Peršmanhof als *Pars pro Toto* für zahlreiche NS-Verbrechen an der überwiegend slowenischsprachigen Zivilbevölkerung der Region, die als Feind des NS-Regimes hätte vernichtet werden sollen.« (Rettl 2014a, 195)

*Abb. 3: Das Partisan*innendenkmal am Peršmanhof mit der wiederaufgestellten Figurengruppe. Im Gebäude rechts befindet sich das Museum.*



Quelle: Eigene Aufnahme.

Im Jahr 1982 errichtete der Partisan*innenverband ein Museum am Hof, das an die tragischen Ereignisse erinnert. Dieses wird seit 2001 vom eigenständigen Verein/Društvo Peršman betrieben (Wulz/Kolb 2011, 322). Mit der Einrichtung des Museums kam die Idee, das Denkmal am Vorplatz des Hofes aufzustellen (siehe Abbildung 3). Eine Wiederaufstellung in Völkermarkt/Velikovec war aufgrund der zu erwartenden Widerstände nicht möglich (Holzer 2021, 11). Die Einrichtung der Gedenkstätte und des Denkmals am Peršmanhof war jedoch von einigen Herausforderungen geprägt. Für die am Peršmanhof wohnende Überlebende des Massakers, Ana Sadovnik, bedeutete die ständige Erinnerung an das durchlebte Massaker eine große Belastung (Retzl 2006, 226ff.; 2014b, 195). Des Weiteren gab es Diskussionen über die Form des Denkmals. Hier setzte sich eine originalgetreue Wiederherstellung gegen die Idee einer Aufstellung im fragmentierten, gesprengten Zustand durch (Retzl 2006, 229; Interview Haderlap 2017). Die Figurengruppe konnte tatsächlich wieder in einen dem Ursprungszustand relativ ähnlichen Zustand geschweißt werden. Der rechte Partisan trägt nun, anstatt seine Hand den Mitkämpfenden auszustrecken, eine Handgranate. Die Schweißspuren und Flicken zum Überdecken der Löcher sind als Zeugnis der Sprengung und Aufarbeitung – wie Narben – sichtbar geblieben (Holzer 2021, 11) (siehe Abbildung 4).

Abb. 4: Deutlich sind die Spuren der Sprengung und der Restaurierung auf der Figurengruppe zu sehen.



Quelle: Eigene Aufnahme.

Am 14. August 1983 fand die zweite Enthüllung der Figurengruppe statt. Nun wurde aber nicht mehr ein Grabdenkmal enthüllt, sondern ein – laut seiner Inschrift – Symbol des Kärntner und internationalen Kampfes gegen den Faschismus (o. A. 1983, 1).

Das Denkmal wurde seit seiner Aufstellung im Jahre 1983 nur mehr geringfügig verändert. Im Jahr 2014 sicherte eine Sanierung den Sockel und die Pflasterung des Vorplatzes sorgt seitdem für besser Zugänglichkeit (Berchtold Land.plan 2015). Das Museum und der Gedenkraum im Haus haben sich hingegen gewandelt. Das 2001 vom Verein/Društvo Peršman übernommene Museum präsentiert sich seit dem Jahr 2011/12 mit einer neuen, wissenschaftlich überarbeiteten Ausstellung (Retzl 2014b, 206) und auch der Hof ist nun mit Schlaf- und Tagungsräumen ausgestattet (Interview Wutte 2017).

5. Identifizierte Akteur*innen und Verbreiterung der Erbgemeinschaft

Die Erbgemeinschaft und Akteur*innenlandschaft rund um das Partisan*innendenkmal hat sich seit seiner Aufstellung grundlegend verändert. Wichtiger und konstant anwesender Erbe des Denkmals ist der Eigentümer, Erhalter und Erbauer der beiden Denkmalstandorte, der Partisan*innenverband. Die Pfarre St. Ruprecht/Šentrupert ist zwar räumlich anwesend, nimmt mittlerweile eine passive, neutrale Rolle zum Denkmal ein (Holzer 2020). Von Seiten staatlicher Stellen und Institutionen nahm das Bekenntnis zum Denkmal im Laufe der Zeit zu. Während Jugoslawien und Slowenien sich dem Erbe von Beginn an zugehörig gefühlt hatten, sind österreichische Institutionen wie das Land Kärnten, aber auch die Republik Österreich erst in den letzten Jahrzehnten mit ihrer Anwesenheit bei den Denkmälern aufgefallen. Ebenso spielen die Bürgermeister der Gemeinden Völkermarkt/Velikovec (Standort St. Ruprecht/Šentrupert) und Eisenkappel-Vellach/Železna Kapla-Bela (Standort Peršmanhof) eine wichtige Rolle bei der lokalen Verankerung des Denkmals. Während der damalige Bürgermeister von Völkermarkt/Velikovec der Einweihungsfeier 2015 des Völkermarkter Denkmals fernblieb (Interview Wutte 2017), hält der Eisenkappler Bürgermeister jedes Jahr eine Rede beim Denkmal (Interview Smrtnik 2017).

Wichtigster Akteur für die Verbreiterung der Erbgemeinschaft ist der Verein/Društvo Peršman. Das Museum prägt die Wahrnehmung der Gedenkstätte Peršmanhof und trägt mit Vermittlungsarbeit, vor allem an Schulen,

zur Bekanntheit bei. Die Besucher*innenstruktur hat sich dabei zunehmend in Richtung eines deutschsprachigen, urbanen Publikums erweitert (Interview Haderlap 2017, Wulz/Kolb 2011, 328ff.), sodass heute eine Vielzahl an Gruppen das Denkmal am Peršmanhof besuchen.

Trotzdem gibt es nach wie vor Menschen, die dem Denkmal ablehnend gegenüberstehen. Diese sind vor allem in deutschnationalen, FPÖ-nahen Kreisen zu finden (Retzl 2006, 158; Interview Wutte 2017; Sturm/Zorec 1987, 83, 139ff.). In Verkennung des Partisan*innen-Sieges wird das Denkmal als Provokation verstanden und als Projektionsfläche gegen die Slowen*innen genutzt. Die Abneigung gegenüber dem Denkmal ist in den letzten Jahren zwar weniger geworden, aber Anfeindungen und Schmähungen gibt es dennoch bis heute.

Im Allgemeinen lässt die Verbreiterung der Besucher*innenstruktur, also der wollenden Akteur*innen, beider Denkmäler auf eine Vergrößerung der Erbgemeinschaft schließen. Insbesondere die Tatsache, dass sich mehr Menschen für das Denkmal auf dem Peršmanhof und dessen Geschichte interessieren und den Weg zu diesem abgeschiedenen Ort finden, weist darauf hin, dass sich der Kreis derjenigen, die sich aktiv im Sinne einer *heritage community* zum Denkmal bekennen, in den letzten Jahren wesentlich vergrößert hat. Das Denkmal hat sich somit gewandelt: von einem Erinnerungszeichen mit lokaler Verankerung zu einem Denkmal mit österreichweiter und internationaler Anerkennung.

6. Denkmalwerte und Bedeutungen des Denkmals für die Akteur*innen

Aufbauend auf den zeitlichen Ereignissen und den unterschiedlichen Akteur*innen folgt nun eine Analyse der Wirkungen und Bedeutungen des Denkmals. Bei beiden Aufstellungsorten ist von einem *gewollten* Denkmal auszugehen; gewollt vom Partisan*innenverband und seinen Sympathisant*innen. Die Inschriften am Peršmanhof und in Völkermarkt/Velikovec bekräftigen dieses Mandat. Gleichsam ist aber auch festzustellen, dass die Denkmäler *nicht-gewollte* Denkmale sind, am deutlichsten zu sehen in der Sprengung des Denkmals 1953. Die von der Republik Österreich halbherzig durchgeführte Wiederherstellung kehrt den Vorgang des Wollens und Nicht-Wollens um. Nun ist es der Partisan*innenverband, der die Wiederherstellung zwar möchte, aber das neue Denkmal nicht als einen adäquaten

Ersatz betrachtet. Der Antagonismus zwischen Wollen und Nicht-Wollen setzt sich auch auf dem Peršmanhof fort. Die überaus gewollte Wiederaufstellung des Denkmals stößt nicht auf ungeteilte Zustimmung. Vor allem die unmittelbar Betroffenen stimmen dem Denkmal für die Partisan*innen, die der Familie nicht zur Hilfe gekommen sind, nicht vorbehaltlos zu (Interview Haderlap 2017). Obwohl die Zustimmung zum Denkmal heute groß ist, zeigt die Nicht-Würdigung des Denkmals in Völkermarkt/Velikovec, dass über das Wollen und Nicht-Wollen (noch) kein Konsens herrscht.

Gleichsam wie das Denkmal ein gewolltes ist, hat es sich zu einem *Gewordenen* gewandelt. Seine dem Denkmal ursprünglich mitgegebenen Sinnsetzungen sind nicht überholt, doch durch die Sprengung, die Festnahme und die »nicht-provozierende« Wiederherstellung ist es auch zu einem Symbol des Umgangs der österreichischen Mehrheit mit der slowenischen Minderheit *geworden*. Auch am Peršmanhof lässt sich ein Bedeutungswandel feststellen: Wie im Tal ist es Symbol für den Umgang mit der Volksgruppe, was sich an den bis heute sichtbaren Spuren der Sprengung zeigt. Doch die Bedeutung geht darüber hinaus. Gerade die Bedeutung als Lernort – in Verbindung mit dem Museum – macht deutlich, dass wir es sowohl mit einem gewollten als auch einem gewordenen Denkmal zu tun haben.

Die Bedeutungen der beiden Denkmalstandorte unterscheiden sich zudem in vielerlei Hinsicht. Drei Einflussfaktoren bedingen die unterschiedlichen Bedeutungs- und Wirkungsebenen, wie im Folgenden gezeigt wird: Erstens der Standpunkt der Betrachter*innen, zweitens die zeitliche Dimension und drittens der Einfluss äußerer Faktoren wie Standort und Politik.

6.1 Bedeutungen des Denkmals in Völkermarkt/Velikovec

Das Denkmal in Völkermarkt/Velikovec ist ein Grabdenkmal. Hieraus begründet sich für die slowenischsprachige Volksgruppe, deren Partisanenkämpfer*innen hier begraben sind, die Bedeutung des Denkmals. Im Sinne des *gewollten Erinnerungswertes* steht das Gedenken an die Gefallenen im Vordergrund. Äußere Einflüsse wie die Verhaftung Prušnik-Gašpers, die Sprengung und die Aufstellung der Opferschale haben die Betrachtung verändert:

»In Völkermarkt ist das in erster Linie ein Totengedenken und in zweiter Linie ein Gedenken [...] wie mit uns als Volksgruppe umgegangen worden ist.« (Interview Wutte 2017)

Zeugnis des Umgangs im Sinne des *historischen Wertes* ist die 1962 aufgestellte Opferschale, die der ursprünglichen Sinnsetzung als Siegesdenkmal diametral entgegensteht. Auch für die lokale katholische Pfarre steht das Totengedenken im Vordergrund (Holzer 2020). Da das Denkmal im Kirchenjahr keine Rolle spielt, äußert sich der *Gebrauchswert* lediglich als Bezugspunkt für Gedenkfeiern. Für die Gegner*innen war das Denkmal eine Provokation, das angeblich einen jugoslawischen Gebietsanspruch auf Teile Kärntens darstellte (siehe Kommentar in der »Volkszeitung« o.A. 1953).

Mit der Errichtung der Opferschale und dem Austausch der Siegerpose wurde das Denkmal nicht nur seiner ursprünglichen Bedeutung, Funktion und Gestalt beraubt, sondern auch die Versinnbildlichung des Sieges der Partisan*innen entfernt. Darin liegt der *relative Kunstwert* des Denkmals. Die »nicht-provozierende« Opferschale ist dabei eine »für die Nachkriegsgeschichte Österreichs typische ›Entschärfung‹ brisanter Denkmäler« (Bundesdenkmalamt 2019, 4). Dass das Denkmal nach wie vor für Streit sorgt, zeigt das Fernbleiben des Bürgermeisters von Völkermarkt/Velikovec zur Neueinweihung der Gedenkstätte 2015. Die Anwesenheit des Landeshauptmannes von Kärnten (Parteifreund des Bürgermeisters von Völkermarkt/Velikovec) macht jedoch deutlich, dass die Zeiten der Polarisierung und des Disputs vorbei sind und das Denkmal allgemein anerkannt wird. Der Pfarrer von St. Ruprecht/Šentrupert (Standort Völkermarkt/Velikovec) wünscht sich jedenfalls, »dass das Denkmal – auch wenn viele Menschen das links liegen lassen [...] – wahrgenommen bleibt« (Interview Valeško 2017). Es bleibt für die slowenische Volksgruppe wichtig, »dass man im deutschsprachigen Raum ein Element hat, das man sich noch aneignen kann« (Interview Haderlap 2017).

6.2 Bedeutungen des Denkmals am Peršmanhof

Um den Peršmanhof hingegen ist noch keine Ruhe eingekehrt. Die schon beschriebene Erweiterung der Besucher*innenstruktur im Sinne einer *heritage community* steht in engem Zusammenhang mit den Veränderungen der Gedenkstätte und den veränderten Wahrnehmungen des Gedenkensembles. Die Tragweite der Wiederaufstellung ist vor allem an den persönlichen und emotionalen Bindungen zu messen; die Wirkungsebene wird hier vor allem von der Betrachtungsperspektive beeinflusst. Die Aufstellung der Opferschale lieferte keinen adäquaten Ersatz für die als schmerzende Leerstelle empfundene Sprengung:

»Es war ein Anliegen, dass es [das Denkmal, Anm. JH] wieder steht. [...] Es ist ja ein Teil der Identität der Widerstandskämpfer weggesprengt worden.«
(Interview Wutte 2017)

Während das Denkmal am Peršmanhof für die Widerstandskämpfer*innen ein Teil ihrer Identität ist und die (beinahe) unversehrte Aufstellung eine Würdigung ihrer persönlichen Geschichte darstellt, kann der Wunsch nach einer fragmentarischen Aufstellung der Figurengruppe (siehe Denkmal Peršmanhof) vielmehr als Symbol für die Geschichte des Denkmals gelesen werden. Die Schweißnähte am unversehrten Denkmal verbinden heute beide Projektionen und sind im Sinne des *historischen Wertes* als Narben der Geschichte sichtbar und zeigen den *Alterswert* der Figuren.

Gleich wie in Völkermarkt/Velikovec ist das Denkmal ein Zeugnis für den Umgang mit der slowenischen Volksgruppe nach dem Zweiten Weltkrieg, zusätzlich auch eine Erinnerung an die Gefallenen und ein Symbol des Kärntner und internationalen Kampfes gegen den Faschismus. Neben den Bedeutungen aus Sicht der Betrachter*innen haben auch äußere Einflüsse wie das umgebende Museum die Wahrnehmungen beeinflusst. So lässt sich mit der Umgestaltung und Neukonzeption des Museums im Jahr 2012 auch eine Verbreiterung der Anteilnahme wahrnehmen. Vor allem die vorangegangenen pädagogischen und historischen Forschungen, aber auch die zunehmende Präsenz der Bundespolitik bei den Gedenkveranstaltungen haben den Ort Peršmanhof auch außerhalb der lokalen, kärntner-slowenischen Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Die Verbindung des Tatortes Peršmanhof mit dem Museum und den dazugehörigen Bildungsangeboten zeigt noch eine pädagogische, der Zukunft zugewandte Sinnsetzung auf. Im Gegensatz zum Denkmal in Völkermarkt/Velikovec findet beim Peršmanhof eine Auseinandersetzung mit der Sinnhaftigkeit, mit der Bedeutung und der Aussage des Denkmals immer wieder statt, worin sich sein *Gebrauchswert* begründet. Aus dem Tatort und Gedenkort ist somit auch ein Lernort *geworden*.

Der Peršmanhof dient darüber hinaus als ein wichtiger Ort für Gedenkveranstaltungen. Er ist also nicht nur abstrakter Erinnerungsort, sondern dient ganz konkret als Bezugspunkt für diese Feiern. Die bronzenen Partisan*innen flankieren bei den Feiern die Redner*innen.

7. Ein Denkmalschutz für das Denkmal

Im Oktober 2019 ist das Partisan*innendenkmal am Peršmanhof und in Völkermarkt/Velikovec unter Denkmalschutz gestellt worden (Bundesdenkmalamt 2019, 1). Damit wurde der ideellen Bedeutung des Denkmals – nachdem es auf vielen anderen Ebenen schon anerkannt war – auch auf juristischer Ebene Rechnung getragen.

Der Transformationsprozess von einem Erinnerungsort für die kärntner-slowenische Community hin zu einem Ort für die gesamtösterreichische Öffentlichkeit hat entscheidend zur gesellschaftlichen Verankerung des Denkmals und dessen Geschichte sowie zur Verbreiterung der Erbgemeinschaft – im Sinne einer *heritage community* – beigetragen.

Aufschlussreich ist hier, wo sich diese Verbreiterung und das vielfältige Bekenntnis zum Denkmal manifestiert hat. Während der Denkmalstandort in Völkermarkt/Velikovec – trotz seiner zentralen Lage – an Bedeutung verloren hat und heute weitestgehend unbekannt ist, konnte sich gerade der periphere Standort am Peršmanhof zu einem bedeutenden Gedenk-, Erinnerungs- und Lernort entwickeln. Drei Einflussfaktoren sind dabei für die unterschiedlichen Bedeutungs- und Wirkungsebenen von Relevanz: erstens der Standpunkt der Betrachter*innen, zweitens die zeitliche Dimension und drittens äußere Faktoren. Während in Völkermarkt/Velikovec über die Zeit, aber auch wegen äußerer Faktoren (nicht-wollender Bürgermeister) das Interesse abgenommen hat, haben gerade Einwirkungen von außen sich positiv auf die Entwicklung am Peršmanhof ausgewirkt und wichtige Impulse geliefert: Unterstützung durch den Bürgermeister, wissenschaftliche, von außen kommende Auseinandersetzung mit der Gedenkstätte und ihrer Geschichte, Anerkennung durch die Anwesenheit der Bundespolitik und die gute Zugänglichkeit für externe Personen über das Museum und die pädagogischen Angebote.

Die Verbreiterung der Anteilnahme zeigt, wie wichtig solche Projektionsflächen für das Erinnern und Gedenken sind, weil sie letztlich auch die Diskurse um diese ländlichen Räume beeinflussen. Zudem zeigt das Denkmal, dass in abgelegenen, konservativ-reaktionären Regionen progressive Erinnerungs- und Gedenkkultur erfolgreich sein kann und zunehmend Unterstützer*innen findet. Trotzdem darf die Bedeutung des Denkmals in Völkermarkt/Velikovec als Zeugnis der Geschichte und als Aneignungsort nicht vergessen werden.

Die Denkmalwerttheorie von Alois Riegl mit seinen sechs gegenlaufenden Werten ist nicht nur geeignet, die mit dem Denkmal verknüpften Projektio-

nen und Wirkungsebenen freizulegen, sondern darüber hinaus die Subjekte, die diese Positionen und Sinnzuschreibungen verantworten, zu identifizieren. Obwohl dieser Ansatz aus der Denkmalpflege und der Kunstgeschichte herrührt, hat er – gerade bei solch einem streitbaren und kontroversen Erinnerungszeichen wie dem Partisan*innendenkmal – ein großes Potenzial, Konfliktlinien in Regionen offenzulegen, Perspektiven gemeinsamer Werte aufzuzeigen und in Verbindung mit dem Konzept der *heritage communities* auch neue Gemeinschaften sichtbar zu machen, die über die Kategorien von Einwohner*innen oder Staatsbürger*innen hinausgehen.

Das Partisan*innendenkmal hat es geschafft, über das Lokale hinauszuwachsen und – unabhängig oder gerade wegen seiner Lage – eine nationale Bedeutung zu erlangen, die seinen Denkmalschutz begründet. Es ist somit ein Beispiel dafür, wie sich verschiedene Identitäten einer Region konfliktthaft gegenüberstehen können, aber es zeigt darüber hinaus, wie es möglich ist, lokale Denkmäler mit regionalen Bedeutungen zu stärken. Das Partisan*innendenkmal steht den Bildern von konservativen, rückständigen ländlichen Räumen entgegen und ist ein emanzipatorischer Bezugspunkt für Bewohner*innen und Zugezogene.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Berchtold Land.plan (2015): Pläne und Entwürfe zu St. Ruprecht/Šentrupert und Peršmanhof. Per Mail übermittelte Dokumentenmappe, 8.11.2017.
- Bundesdenkmalamt (2019): Amtssachverständigengutachten Partisanendenkmal Völkermarkt und Bad Eisenkappel. Wien: BDA. Per Mail übermittelter Bescheid, 30.10.2020.
- Dolff-Bonekämper, G. (2004): Wahr oder Falsch: Denkmalpflege als Medium nationaler Identitätskonstruktionen. In: Oexle O./Petneki, A./Zygnier, L. (Hg.): Bilder gedeuteter Geschichte: Das Mittelalter in der Kunst und Architektur der Moderne. Göttingen: Wallstein, 232-285.
- Dolff-Bonekämper, G. (2008): National – Regional – Global – Alte und neue Modelle gesellschaftlicher Erbenkonstruktionen. In: Acta Historiae Artium, Zeitschrift der ungarischen Akademie der Wissenschaften 49(1), Budapest: Akadémiai Kiadó, 235-241.
- Dolff-Bonekämper, G. (2010): Gegenwartswerte. Für eine Erneuerung von Alois Riegels Denkmalwerttheorie. In: Meier H./Scheuermann I. (Hg.):

- DENKmalWERTE. Beiträge zur Theorie und Aktualität der Denkmalpflege. München: Deutscher Kunstverlag, 27-40.
- Europarat (2015): Rahmenübereinkommen des Europarates über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft StF: BGBl. III Nr. 23/2015. <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40169371/NOR40169371.html> (letzter Zugriff 24.10.2021).
- Fein, E. (1975): Die Steine reden – Gedenkstätten des österreichischen Freiheitskampfes, Mahnmale für die Opfer des Faschismus. Wien: Europaverlag.
- Flick, U. (2007): Qualitative Sozialforschung. Hamburg. Rowohlt.
- Holzer, J. (2020): Wer gedenkt der Partisaninnen und Partisanen. https://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/fakultaeten/ggeo_faecher/arch_ba_u_denkmal/KDWT/Ort_und_Prozess/03_Holzer.pdf (letzter Zugriff am 27.7.2021).
- Holzer, J. (2021): Denkmalschutz für ein PartisanInnenendenkmal. In: Alfred Klahr Gesellschaft (Hg.): Mitteilungen (1/21). Wien: Eigenverlag, 10-13.
- Interview Haderlap, Z. (2017): Interview mit Zdravko Haderlap, Vorstandsmitglied Verein/Društvo Peršman und Kulturvermittler, 28.11.2017.
- Interview Smrtnik, F.-J. (2017): Interview mit Franz-Josef Smrtnik, Bürgermeister Eisenkappel-Vellach/Železna Kapla-Bela, 30.11.2017.
- Interview Valeško, J. (2017): Interview mit Josef Valeško, Pfarrer von St. Ruprecht/Šentrupert, 28.11.2017.
- Interview Wutte, M. (2017): Interview mit Milan Wutte, Präsident Verband der Kärntner Partisanen (Partisan*innenverband)/Zveza koroških partizanov, 30.11.2017.
- Kärntner Landesarchiv (1953): Straftakten Sprengung des Partisanendenkmals St. Ruprecht, SCH. 474, VR 181/1953, E.-Nr. 3187/53 vom 10.9.1953 und 18.12.1953 Klagenfurt: Kärntner Landesarchiv.
- Maschke, M./Mießner, M./Naumann, M. (2020): Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- May, S. (2021): Das Misstrauen bleibt. https://www.deutschlandfunkkultur.de/kaernten-und-seine-slowenische-minderheit-das-misstrauen.976.de.html?dram:article_id=481007 (letzter Zugriff am 7.10.2021).
- Müller, W. (2017): Urangst der Wiederkehr der Traumata. In: Der Standard, 24.2.2017.
- Nationalrat der Republik Österreich (1953): Stenographisches Protokoll der 19. Sitzung. Erklärung der Bundesregierung anlässlich der 10. Wieder-

- kehr des Jahrestages der Moskauer Deklaration über Österreich. VII. Gesetzgebungsperiode, 30.10.1953. https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VII/NRSITZ/NRSITZ_00019/imfname_158364.pdf (letzter Zugriff am 25.10.2021).
- Ohne Autor (1953): Dynamit. In: Volkszeitung, 12.9.1953.
- Ohne Autor (1983): Temeljito pretehtajmo našo politiko, Svečano odkritje partizanskega spomenika pri Peršmanu. In: Slovenski Vestnik, 19.8.1983.
- Österreichischer Staatsvertrag (1955): Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich StF: BGBl. Nr. 152/1955, idF BGBl. III Nr. 179/2002. <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR30002357/NOR30002357.html> (letzter Zugriff 24.10.2021).
- Pirker, P. (2011): Partisanen und Agenten. Geschichtsmymen um die SOE-Mission Clowder. In: Zeitgeschichte 38(1), 21-55.
- Ratzenböck, V./Wulz, E. (2016): Rahmenübereinkommen des Europarats über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft. Wien: Bundeskanzleramt.
- Rettl, L. (2005): 60 Jahre Minderheitenpolitik in Kärnten/Koroška. Ein Streifzug. In: Rettl, L./Koroschitz W. (Hg.): »heiß umfehdet, wild umstritten ...«. Geschichtsmymen in Rot-Weiß-Rot. Villach, Klagenfurt/Celovec: Drava, 95-140.
- Rettl, L. (2006): PartisanInnen Denkmäler – Antifaschistische Erinnerungskultur in Kärnten. Innsbruck: Studienverlag.
- Rettl, L. (2014a): Die Ermordung der Familie Sadovnik am 25. April 1945. Einleitende Vorbemerkungen. In: Rettl, L./Blohberger G./Verband der Kärntner Partisanen (Hg.): Peršman. Göttingen: Wallstein, 29-48.
- Rettl, L. (2014b): Vom Tatort zum musealen Erinnerungsort. Zur Geschichte der Gedenkstätte. In: Rettl, L./Blohberger G./Verband der Kärntner Partisanen (Hg.): Peršman. Göttingen: Wallstein, 191-228.
- Riegl, A. (1988 [1903]): Der moderne Denkmalkultus, sein Wesen und seine Entstehung. In: Wohlleben, M./Mörsch G. (Hg.): Konservieren, nicht restaurieren – Streitschriften zur Denkmalpflege um 1900. Braunschweig: F. Vieweg & Sohn, 43-87.
- Sima, V. (2011): Das Peršman-Massaker in der Erinnerungskultur und seine justizielle Untersuchung. In: Entner, B./Sima, V./Malle, A. (Hg.): Widerstand gegen Faschismus und Nationalsozialismus im Alpen-Adria-Raum. Klagenfurt/Celovec: Drava, 117-127.

- Statistik Austria (2016): Urban-Rural-Typologie. https://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=108334 (letzter Zugriff am 5.5.2021).
- Sturm, B. M./Zorec, Č. (1987): Padlim za svobodo – Den Gefallenen für die Freiheit. Klagenfurt/Celovec, Trieste/Trst: Drava/Editoriale Stampa Triestina.
- Wulz, J./Kolb J. (2011): Der Gedenkort Peršmanhof. In: Arbeitskreis gegen den Kärntner Konsens (Hg.): Friede Freude Deutscher Eintopf. Rechte Mythen, NS-Verharmlosung, antifaschistischer Protest. Wien: Mandelbaum, 315-334.

Autoritärer Populismus und »Heimat«

Über *imaginaries* in der Raumordnungspolitik am Beispiel Bayerns

Anna Regener, Andreas Kallert und Simon Dudek

1. Heimat – eine Einführung

Seit einigen Jahren hat der Heimatbegriff in Deutschland Konjunktur und im Zuge dessen, so unsere These, auch abseits der Fragen von Migration und nationaler Identität eine populistische Wirkmächtigkeit in der vordergründig sachbezogenen Raumordnungspolitik erlangt. Darin wirkt Heimat als *spatial imaginary*, was wir unter Rückgriff auf das Konzept des autoritären Populismus nach Stuart Hall am Beispiel Bayerns illustrieren wollen. Mit dem Analysegegenstand der Raumordnungspolitik zielen wir dabei auf politisches Handeln in der Raumplanung (die institutionalisierte Landesplanung) und Raumentwicklung (Instrumente der Landesentwicklung und Regionalpolitik) ab.

Ideen und Bilder von Heimat sind in den Medien, in der Werbung und im Smalltalk (wieder) allgegenwärtig, so dass es schwerfällt, keine persönlichen Assoziationen mit diesem Begriff zu haben. Im modernen Verständnis ist Heimat als Begriff im Gegensatz zu seiner Bedeutung als Wohn- und Rechtsbegriff mehrdimensional und umfasst räumliche, zeitliche, soziale und kulturelle Aspekte. Zugleich lässt sich auch ein reflexiver Gebrauch des Terminus in Reaktion auf Modernisierung, Transformation und Verlust beobachten (Costadura/Ries 2016, 10f.). Die räumliche Flexibilität, unklare Umgrenzung und Allgegenwärtigkeit von Heimat ermöglicht zudem einen Verweis auf das Nationale, Lokale und Regionale und erweist sich so als universell einsetzbare Metapher (vgl. Palmowski 2009, 5). Der Absatz im CDU/CSU-Europawahlprogramm von 2019 »Heimat: Unser Europa ist stolz auf seine Städte, Dörfer und Regionen« (CDU/CSU 2019, 7) verdeutlicht dies anschau-

lich. Wie auch hier wird Heimat häufig als politisches Schlagwort verwendet, um Gefühle der Zugehörigkeit und Verbundenheit hervorzurufen und das Bild einer harmonischen Gemeinschaft zu erzeugen. Eine vage mit einem bestimmten Landkreis, einer Gemeinde oder einer Region übereinstimmende Heimat kann zudem zur »Territorialisierung der Erinnerung« (Smith 2009, 151) und territorialen Bindung beitragen (Herb 2004, 159). Die offensive Nutzung des Heimatbegriffs in politischen Wahlprogrammen, vor allem von Seiten der CDU/CSU (Reusswig 2019), sowie eine Aufwertung von Tourismusregionen (Anders/Hartmann 2020) oder Natur- und Landschaftsschutzbestrebungen (Müller 2017, 50f.) durch die Herausstellung des Heimatbezugs zeigen die vielfältigen Wirkweisen der Heimat-Metapher. In jüngster Zeit arbeitet unter anderem Peter Weichhart daran, Heimat für eine breitere politische Verwendung und wissenschaftliche Diskussion zu rehabilitieren. Indem er die individuelle Konstruktion von Heimat betont und sie als ein ganzheitliches Denkmodell und sogar als eine grundlegende Tatsache der menschlichen Existenz wie Atmen, Essen, Denken oder Fühlen interpretiert (Weichhart 2019, 53, 63), versucht er, den Begriff zu demokratisieren und zu pluralisieren, um ihn in einem globalisierten Kontext nutzbar zu machen. Für ein Überdenken des Konzepts Heimat plädieren Yildiz/Meixner (2021). Sie halten das Teilen und »Mehrheimischsein« in verschiedenen Kulturen, Sprachen, Loyalitäten etc. für möglich, damit Heimat zu einem inklusiven Ort wird.

Andere Ansätze, die Heimat mit Zielen des Naturschutzes verbinden, ignorieren allerdings den historischen Kontext, in dem sich der Begriff als ominöse Verbindung von Staat, Raum und Landschaft entwickelt hat (vgl. Eisel 2007, 384f.) sowie die Prägung, die er durch patriotisch aufgeladene Raum- und Wirtschaftspolitiken erhalten hat. In Deutschland hat Heimat und ihre emotionale Verflechtung mit Herkunft, Volk, Nationalität, Identität und Kultur nicht nur eine sozialpsychologische, sondern ebenso eine rechtliche Dimension. Laut Grundgesetz darf niemand wegen seiner Heimat und Herkunft benachteiligt werden (Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz 1994, Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG). In fünf der 16 deutschen Bundesländer ist zudem die Erziehung zur »Heimatliebe« als Erziehungsauftrag in den jeweiligen Verfassungen verankert (Kronenberg 2018, 42ff.).

Der Begriff Heimat ist höchst umkämpft und ein ständiger Gegenstand des politischen Diskurses. Dabei diene und dient der Bezug auf Heimat rechtskonservativen und rechtsextremen Strömungen als Referenzpunkt für völkische Politik: So bekämpfte etwa der neonazistische »Thüringer Hei-

matschutz« in den 1990er- und 2000er-Jahren Fremde und Andersdenkende (Aust/Laabs 2014). Aber auch die rechtspopulistischen Erfolge und Massenmobilisierungen der jüngeren Vergangenheit – der Aufstieg und Einzug der AfD in den Bundestag und viele Landesparlamente, die PEGIDA-Bewegung sowie zahlreiche rechte Anschläge und pogromartige Auseinandersetzungen – werden von einem affirmativen Heimat-Begriff flankiert (Burschel 2019).

In den letzten Jahren haben zudem bürgerliche Parteien zur Wiedergewinnung von Zustimmung den Heimatbegriff aufgegriffen, um, wie Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer im Jahr 2021 anlässlich des Starts des militärischen Freiwilligendienstes »Heimatschutz« betonte, den Begriff nicht »einfach den Rechten in diesem Land zu überlassen« (Büüsker 2021). Austragungsort dieser Begriffsaneignung ist auch die Raumordnungspolitik, wie die Namenserverweiterung von Ministerien um den Zusatz Heimat (z. B. in Bayern, Nordrhein-Westfalen oder beim Bund) verdeutlicht. Anhand des Fallbeispiels Bayern argumentieren wir, dass die flexible Semantik der Heimat ein Instrument ist, um wachsende Ungleichheiten zu verschleiern, die von neoliberalen Restrukturierungsprozessen begünstigt werden (Abschnitt 3). Wir führen dazu zunächst in Abschnitt 2 Stuart Halls Konzept des autoritären Populismus ein und fragen nach seiner Bedeutung zur Erklärung aktueller gesellschaftlicher Veränderungen. Unter Anwendung des strategisch-relationalen Analyseinstruments der *spatial imaginaries* nach Jessop (2016, 135ff.) konzentrieren wir uns im Folgenden auf die diskursiven Elemente der erwähnten autoritär-populistischen Wende in der Raumordnungspolitik.

2. Heimat als räumliches *imaginary* des autoritären Populismus

Zusammen mit der vermehrten Bezugnahme auf Heimat und verwandte Semantiken (z. B. Leitkultur) breitet sich der (Rechts-)Populismus in zahlreichen Ländern aus. Nach der Definition von Mudde (2004) ist Populismus eine Ideologie, in der die Gesellschaft in das »reine Volk« und eine »korrupte Elite« getrennt wird. Populist*innen appellieren an tradierte Wertvorstellungen in der Bevölkerung und behaupten, dass sie allein das ganze Volk vertreten, während die Eliten lediglich Partikularinteressen verfolgen. Populist*innen setzen »territoriale Metaphern und imaginaries ein, um die Identität des Volkes zu konstruieren« (Lizotte 2019, 139; eig. Übers.). Diese Identitätskonstruktion

nen, das möchten wir am Beispiel des *imaginaries* Heimat zeigen, sind auch in der Raumordnungspolitik wirksam.

Zur Annäherung an den Begriff der Heimat greifen wir auf das Konzept des autoritären Populismus zurück. Stuart Hall (1985) entwickelte dieses im Zuge seiner Analyse des Thatcherismus in Großbritannien, um die politisch-ideologische Dimension als eine Form der hegemonialen Politik des Thatcherismus zu beschreiben. Konkret bezeichnet der autoritäre Populismus eine »Bewegung hin zu einer dominanten und ›autoritären‹ Form der demokratischen Klassenpolitik« (Hall 1985, 118; eig. Übers.). Insofern ist der autoritäre Populismus ein Ansatz, den widersprüchlichen Prozess der Entstehung breiter Zustimmung für autoritäres Krisenmanagement zu erklären. Hall beruft sich dabei auf Gramscis Ausführungen zur Krise der Autorität sowie dessen Unterscheidung von Hegemonie und Zwang:

»Wenn die herrschende Klasse den Konsens verloren hat, das heißt nicht mehr ›führend‹, sondern einzig ›herrschend‹ ist, Inhaberin der reinen Zwangsgewalt, bedeutet das gerade, dass die großen Massen sich von den traditionellen Ideologien entfernt haben, nicht mehr daran glauben, woran sie zuvor glaubten usw.« (Gramsci 1991ff., 354)

Daran anschließend verstehen wir autoritären Populismus als einen Versuch der politischen Rechten, das soziale Kräfteverhältnis zu verändern, indem um öffentliche Zustimmung für die eigene Agenda geworben wird. Demirović (2018) greift dieses Konzept Halls für eine zeitgeschichtliche Diagnose der Jahre im Anschluss an die globale Finanz- und Wirtschaftskrise auf. Der autoritäre Populismus ist demnach – in Abgrenzung zu den von Peck/Tickell (2002) beschriebenen »roll-back« und »roll-out-Phasen« des Neoliberalismus – eine abgrenzbare dritte Stufe, die sich über einen stärker disziplinierend und autoritativ handelnden Staat definiert, der zugleich den Schulterchluss mit rechten Kräften in der Gesellschaft sucht (Demirović 2018, 30).

Ein Hauptmerkmal dieser populistischen Mobilisierung ist die Inszenierung von Moralpaniken von »scheinbar unpolitischen Themen«, um der autoritären Politik »den Glanz populistischer Zustimmung« zu verleihen (Hall 1985, 116; eig. Übers.). Nach Demirović (2018, 31f.) werden Teile der Bevölkerung durch diese

»ermutigt, jene vom Denken, vom Begreifen zunehmend abgespaltene Gefühle in Ressentiments, rassistische Praktiken, Kälte und Entsolidarisierung

zu übersetzen – und dafür belohnt mit Aufmerksamkeit und Bekümmernis von oben«.

Eine Grundlage dieser Moralpaniken bildet die gesellschaftliche Unsicherheit in Reaktion auf die Krisen des 21. Jahrhunderts, die sich zum Beispiel in Ängsten vor Überfremdung oder ökonomischem Niedergang ausdrücken können. Heitmeyer (2018, 89f.) unterscheidet vier Krisen, die jeweils ausgehend von einem öffentlich wirksamen Signalereignis die politischen und ökonomischen Routinen außer Kraft setzen: Erstens eine religiös-politische Krise im Anschluss an den 11. September 2001, zweitens eine sozialpolitische Krise, die mit der sogenannten Hartz-Gesetzgebung einherging, drittens eine ökonomisch-politische Krise im Anschluss an die globale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie viertens eine kulturell-politische Krise im Kontext des langen Sommers der Migration 2015. In Reaktion auf diese Krisen verfolgt die Rechte eine Politik der populistischen Demokratie mit einer offen völkischen Konnotation von Heimat, die durch Elemente des Autoritarismus und der passiven Zustimmung unterlegt ist (Weidacher 2020). Zu diesem Zweck nutzt die Rechte eine Strategie der Moralpanik. In dieser tritt sie als Definierrin von krisenhaften Ereignissen auf (Hall u.a. 1978), indem sie diese einem ordnenden Sinnzusammenhang zuführt, nämlich den Bedeutungsverlust des nationalstaatlichen Rahmens und damit verbunden der nationalen Identität. Dieser vermeintlichen Entwicklung wird das nostalgische Narrativ »einer durch soziale Stabilität und moralische Disziplin geprägten glorreichen Vergangenheit« (Huke 2019, 71) entgegengesetzt.

Konkret für den deutschen Kontext lässt sich beobachten, dass die Rechte den drohenden Verlust der Heimat mit Migration und einem Rückgang des Patriotismus verknüpft – und beide Entwicklungen als Auswirkungen der Globalisierung interpretiert. So erklärt der ehemalige Parteivorsitzende der rechtspopulistischen bis -extremistischen Alternative für Deutschland (AfD), Alexander Gauland, in einem Zeitungsessay den Populismus zur notwendigen politischen Konsequenz, um diejenigen, für die Heimat noch einen Wert hat, gegen eine neue globalistische Klasse und urbane Elite zu verteidigen – ebenso wie gegen Zuwanderung (Gauland 2018). Recht ähnlich offeriert Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) Heimat als populistische Antwort auf Verunsicherung und Enttäuschung ausgelöst zum einen durch das »Projekt der Globalisierung«, das »zum überragenden politischen Problem der kleinen Leute geworden« ist, und zum anderen durch »vorübergehende unkontrol-

lierte Massenzuwanderung nach Deutschland« als sichtbarstes Phänomen, das Unruhe und Unsicherheit ausgelöst habe (Seehofer 2018).

Für einen geographischen Zugang zum Populismus argumentiert Lizotte (2019, 140), dass es notwendig ist, sich mit geopolitischen *imaginaries* und emotionalisierten territorialen Narrativen zu beschäftigen. *Imaginaries* liefern Sinn für die immense Komplexität der Welt. Sie werden als semiotische Systeme definiert, die die gelebte Erfahrung individueller Subjekte mit einer ungemein komplexen Welt rahmen (Sum/Jessop 2013, 165). Dabei umfassen *imaginaries* eine spezifische Konfiguration von Genres, Diskursen und Stilen und konstituieren damit das semiotische Moment eines Netzwerks sozialer Praktiken in einem bestimmten sozialen Feld, einer institutionellen Ordnung oder einer breiteren sozialen Formation (Jessop 2010, 344). Mit anderen Worten: Mittels *imaginaries* versuchen Akteur*innen, ihre Vorstellung davon, wie die Gesellschaft geformt und strukturiert ist, in Einklang mit dem eigenen Handeln zu bringen. Politisches Handeln orientiert sich also an der (hegemonialen) Struktur der jeweiligen Vorstellungswelten.

Um die diskursive Dimension hegemonialer Konfigurationen zu analysieren, plädieren wir für die Nutzung des *Cultural Political Economy*-Ansatzes (CPE) (Sum/Jessop 2013, 189). Dieser post-disziplinäre Ansatz stützt sich auf die Marx'sche Kritik der Politischen Ökonomie. Dennoch übernimmt er den *cultural turn* und entwickelt eine Ideologiekritik, die neben materiellen Faktoren die Rolle der Semiose – also »die intersubjektive Produktion von Bedeutung« (Dannestam 2008, 359; eig. Übers.) – bei der Entwicklung hegemonialer Strukturen anerkennt. Im Rahmen der Semiose betont die CPE, dass Beobachter*innen durch eine überkomplexe Welt gezwungen sind, bestimmten Aspekten mehr Aufmerksamkeit zu schenken als anderen (Sum/Jessop 2013, 72). Unter Verwendung des Begriffs der *imaginaries* konzentriert sich die CPE folglich auf die Rolle semiotischer Faktoren bei der Entwicklung und Konsolidierung hegemonialer Strukturen. Die Literatur zur CPE fokussiert sich hauptsächlich auf ökonomische *imaginaries*, um die Entwicklung hegemonialer sozioökonomischer Strukturen zu analysieren (vgl. Kallert u.a. 2021; Hauf 2015). Zusätzlich zu ökonomischen *imaginaries* ermöglicht CPE jedoch auch die Analyse der diskursiven Funktion von räumlichen Vorstellungswelten. Räumliche *imaginaries* sind »diskursive Phänomene (semiotische Ensembles und zugehörige semiotische Praktiken), die bestimmte Orte, Scales, Territorien, Netzwerke oder Räume im Allgemeinen von der inhärent unstrukturierten Komplexität einer verräumlichten Welt unterscheiden« (Jessop 2016, 138; eig. Übers.). Das heißt: In einer kontingenten Welt

werden manche geographischen Einheiten (diskursiv) hervorgehoben und auf eine bestimmte Weise repräsentiert. Die Reduktion von Komplexität führt zu einer beherrschbaren Abstraktion der spezifischen geographischen Einheit.

Im Folgenden verstehen wir Heimat als ein räumliches *imaginary*, das autoritäre politische Projekte fördert. Es qualifiziert sich als solches auf mindestens drei verschiedene Arten. Erstens legt es eine emotionale Bindung an die physische Umwelt nahe – zum Beispiel positive Assoziationen zu Orten und kleinräumigen geographischen Einheiten (Massey 1991). Zweitens befördert das räumliche *imaginary* Heimat Identität auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Dies unterstützt die Schaffung von sozialem Konsens, da Fragen der Heimat die Identität einer Gruppe selbst betreffen. Und drittens forciert es soziale Abgrenzungen – zum Beispiel durch Territorialisierungen –, die zu Inklusion und Exklusion führen. Dem Populismuskonzept von Hall folgend kann das *imaginary* Heimat als ein Instrument zur Erlangung einer hegemonialen Position sowohl in der Zivilgesellschaft als auch im Staat verstanden werden, das abweichende soziale und politische Positionen marginalisiert, diszipliniert und kontrolliert. In diesem Sinne zielt Heimat darauf ab, einen »neuen Common Sense« (Hall 1985, 119) innerhalb der Gesellschaft zu befördern. Entsprechend liegt es für Akteur*innen nahe, in der Auseinandersetzung um die Deutungshoheit in einem Politikfeld das *imaginary* Heimat zur Durchsetzung eigener Positionen zu bemühen.

Am Beispiel der Raumordnungspolitik im Freistaat Bayern zeichnen wir im folgenden Abschnitt die Wirkung des *imaginaries* Heimat nach. Hierfür illustrieren wir die Rolle des Begriffs in der Raumordnungspolitik und analysieren, nach welcher Logik dieser in den politischen Diskurs integriert wurde.

3. Von der »Krise« zurück zur »Heimat«: Bayerische Raumordnungspolitik seit 2013

Die Rückkehr des regressiven Heimat-Begriffs in den letzten Jahren lässt sich insbesondere an zwei der vorab angeführten politischen Krisenerscheinungen (Heitmeyer 2018) festmachen. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und die daran anschließende Eurokrise nährten dichotome Stereotype vom globalen Finanzkapital auf der einen Seite und dem lokalen Mittelstandsunternehmen beziehungsweise der schwäbischen Hausfrau auf der anderen Seite. Mit den Migrationsbewegungen nach Europa, vor allem in Folge des sy-

rischen Bürgerkriegs, wurde zudem die Zerstörung der Heimat verstärkt als Moralpanik gegen Geflüchtete eingesetzt.

Vorrangig rechtspopulistische Parteien und andere Rechte nutzten das Thema Heimat, um gegen Flüchtlinge zu hetzen, weil sie ihre »echte« Heimat verlassen hätten (Amadeu Antonio Stiftung/Pro Asyl 2014). Auf Bundesebene setzte sich im Zuge dieser Konflikte um Heimat etwa Innenminister Seehofer durch, der seit 2018 auch als Heimatminister fungiert. Seehofer war bereits zuvor als bayerischer Ministerpräsident für das erste Heimatministerium in Bayern verantwortlich gewesen. Dies geschah in Form einer Neuaufteilung der Ministerien nach der Landtagswahl 2013, indem das Finanzministerium – nun erweitert um das Politikfeld Landesentwicklung – auch als Heimatministerium firmierte. Als Semantik der Moralpaniken gelangte das *imaginary* Heimat so über die Umbenennung von Ressorts in der Exekutive von Bund und Ländern auch zu politischer Popularität. Selbst wenn durchaus der Vorwurf der Symbolpolitik geäußert wird (z.B. als »Abteilung ohne Aufgabe?« (Dake 2021)), ist es für viele Akteur*innen schwierig, sich nicht positiv auf Heimat zu beziehen – eine Ablehnung dieses »neuen Common Sense« (Hall 1985, 119) ist nicht möglich.

Mit der Umressortierung vom Wirtschafts- hin zum Finanzministerium lässt sich auch eine inhaltliche Neuausrichtung in der bayerischen Raumordnungspolitik feststellen. Konfrontiert mit den Disparitäten zwischen den urbanen Wachstumszentren rund um München, Nürnberg oder Augsburg und den wirtschaftsschwachen Regionen vor allem im ländlichen Norden und Osten des Freistaats (Dudek/Kallert 2017) erklärte Ministerpräsident Markus Söder »neben einem sensiblen Wachstum in der Stadt [...] eine weitere Beschleunigung auf dem Land« (Bayerischer Landtag 2017, 10297) zum Ziel für die weitere Entwicklung des Landes. Damit einher ging eine breitere Verschiebung innerhalb der Raumordnungspolitik des Landes, die Söder auf den Nenner »Aktivieren statt Alimentieren« (Bayerischer Landtag 2014, 2133) brachte.

Diese programmatische Neuausrichtung beinhaltet eine neue Form der politischen Kommunikation: die sogenannte Heimat-Strategie des Staatsministeriums. Sie umfasst neben tradierten Instrumenten (bspw. das Zentrale-Orte-System) auch raumwirksame Entscheidungen in der Ressortpolitik wie Behördenverlagerungen oder Maßnahmen zur Strukturentwicklung und einen jährlich erscheinenden Heimatbericht. Dieses politische Papier zielt darauf ab, »eine Erfolgsgeschichte der Entwicklung ländlicher Räume zu erzählen und anhand von einigen Indikatoren zu belegen« (Miosga 2015).

Begleitet wird dieser Politikwechsel von unzähligen Verweisen auf Heimat: »Heimat.digital«, »Heimat.kommunal« oder »Heimat.arbeiten vor Ort« sind Programme, die dem Politikfeld der Landesentwicklung zuzuordnen sind. Darüber hinaus gibt es verschiedene Wettbewerbe zur Stärkung der regionalen Identität, die sich an die Zivilgesellschaft richten. Diese Wettbewerbe rund um das Thema Heimat wenden sich zuvorderst an Akteur*innen in den ländlichen Räumen Bayerns und müssen als symbolische Politik verstanden werden. Zum Beispiel fordert das Ministerium Jugendliche zu einem Fotowettbewerb auf, in dem die eingereichten Bilder »Heimat und Heimatverbundenheit« ausdrücken sollen.¹ Die prämierten Fotos zeigen idyllische Natur, Menschen in Tracht oder Kruzifixe – eine Hommage an die (christliche) Tradition in Bayern. Mit dem Heimatpreis zeichnet die Staatsregierung alljährlich Personen und Initiativen aus, die anhand der Kriterien »herausragende Verdienste um die bayerische Heimat« und »Erhaltung, Pflege und Förderung des bayerischen Brauchtums« ausgewählt werden. Außerdem wird die Auszeichnung »100 beste Heimatwirtschaften« vergeben, mit dem ihre Rolle im ländlichen Raum als »zentraler Bestandteil unseres Heimatgefühls« herausgestellt wird. Sogar ganze Dörfer werden als »Heimatsdorf« ausgezeichnet, nachdem sie einen Wettbewerb um die stärkste Heimatverbundenheit und Lebensqualität gewonnen haben.

Neben der Ubiquität des Heimat-Begriffs in der Heimatstrategie haben wir in unserer Analyse drei Funktionen des *imaginaries* Heimat festgestellt. *Erstens* zielt die Heimat-Strategie des Staatsministeriums wie auch deren Fortschreibung »Offensive.Heimat.Bayern« (aktuelle Fortschreibung: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat 2021b) darauf ab, die Autonomie der Kommunen weiter zu erhöhen, um sie stärker in die Eigenverantwortung zu nehmen. Die Folge dieser Responsibilisierung ist ein verstärkter Wettbewerb der Kommunen um Einwohner*innen, Steuern und öffentliche Einrichtungen (Dudek 2021). Entsprechend intendieren die Initiativen der Heimatstrategie nicht eine, wenn auch als Alimentierung diskreditierte, strukturelle Förderung strukturschwacher und ländlicher Landesteile. Vielmehr setzen die Wettbewerbe der Heimatstrategie auf eine Aktivierung qua Wettbewerbsprinzip. Mit der Auszeichnung als »Heimatsdorf« wird auf diese Weise etwa 2019 auch eine Gemeinde im besonders strukturschwachen

1 Alle folgenden Zitate, sofern nicht anders gekennzeichnet, entstammen Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat 2021a.

Landkreis Kronach (Dudek/Kallert 2017, 14ff.) von der Landesregierung prämiert, da sie als »aktive Heimatgestalter« von »überragender Lebensqualität und besonderer Heimatverbundenheit« gekennzeichnet ist. Durch solche Preise für periphere ländliche Kommunen wird die unzureichende bayerische Regional- und Strukturpolitik zumindest teilweise verschleiert, der es nicht gelingt, die starken räumlichen Disparitäten im Freistaat zu verringern. Heimat funktioniert also als räumliches *imaginary*, das strategisch in der politischen Kommunikation über Disparitäten Anwendung findet.

Durch die Responsibilisierung der Kommunen anhand der »Offensive.Heimat.Bayern« fiel den Bürgermeister*innen eine Schlüsselrolle in der Raumentwicklung zu, da es in ihrem Interesse liegt, ihre jeweilige Kommune – und damit ihre Heimat – wirtschaftlich erfolgreich zu gestalten. Mit dieser Delegation von Aufgaben der Landesentwicklung entledigte sich die Staatsregierung eigener Zuständigkeiten in der Raumentwicklung und förderte einen Lokalismus, bei dem es nicht mehr um die grundgesetzlich gesicherte Selbstverwaltung der Gemeinden geht, sondern einen Zustand hervorruft, in der die Gemeinde »zu einem Druckpunkt für einige der schädlichsten Folgen der späten Neoliberalisierung« geworden ist (Peck 2014, 22; eig. Übers.).

Zweitens führt das *imaginary* Heimat eine affektive Ebene in die Thematik der Landesebene ein, um quantifizierbaren sozioökonomischen Disparitäten eine »gefühlte« Lebensqualität als gleichwertiges Argument entgegenzustellen. Da der Staat eine gleichwertige Entwicklung zwischen den Regionen nicht mehr koordinativ sichert, ist die Anwendung des Heimat-*imaginaries* zur Verschleierung bestehender (und wachsender) Disparitäten zu beobachten.

Diesem Argument folgend haben ländliche Räume Vorteile, die in städtischen Zentren nicht vorhanden sind. Dies gilt insbesondere für die typischen Merkmale der bayerischen Landschaft (also vor allem saftige Wiesen und malerische Berge) und traditionelle kulturelle Merkmale (Wirtshäuser, Volksfeste und Trachten), die gemeinhin mit Heimat im ländlichen Bayern assoziiert werden. Die bayerische Regierung fördert dies durch die zahlreichen öffentlichen Wettbewerbe zum Thema Heimat. So zeichnen die prämierten Heimatbilder ein vereinfachtes Bild von einer behüteten Kulturlandschaft und einem harmonischen Zusammenleben in der bayerischen Heimat. Dadurch wird eine Debatte über den Abbau ungleicher Lebensverhältnisse erschwert. Die ideologische Potenz des Heimat-*imaginaries* lässt sich am besten anhand des Beitrags eines Heimatbilder-Teilnehmers nachvollziehen, der sein Foto wie folgt beschreibt:

»Das Foto zeigt für mich, dass es beim Heimatgefühl vor allem auf Geselligkeit und schöne, vertraute Orte ankommt. Egal ob du reich oder arm, jung oder alt bist, in Bayern findet jeder sein Plätzchen.« (Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat 2021a)

Hieran wird die Wirksamkeit des populistischen Heimat-*imaginaries* erkennbar. Die Beschreibung verdeutlicht ein Armutsverständnis, in dem die Zugehörigkeit zur Heimat soziale Missstände ausgleicht: Das Nebeneinander von Armut und Reichtum, wie es den Status quo auszeichnet, wird eben nicht problematisiert, sondern geht im Konsens der Heimat auf.

Drittens erfüllt das *imaginary* eine nivellierende Funktion, indem der Heimatbegriff auf den ganzen Freistaat erweitert wird. Dadurch wird der ökonomische Erfolg Bayerns betont und eine Analyse der regionalen Disparitäten vermieden. Auf diese Weise erfüllt das Heimat-*imaginary* eine scheinbar ausgleichende Funktion. Es verschleiert Disparitäten innerhalb des Freistaates, indem es dessen wirtschaftlichen Erfolg und seine herausragende Stellung in der Bundesrepublik Deutschland in den Mittelpunkt stellt (Dudek/Kallert 2017). Entsprechend wird die ungleiche Entwicklung der Landesteile de-thematisiert, an ihre Stelle tritt der Freistaat als übergeordnetes Erfolgsprojekt: »Der Heimatbericht zeigt klar auf, dass Bayern überall stark ist.« (Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat 2015) Selbst Bewohner*innen der ärmsten Gemeinde können sich als Leuchtturm der Wirtschaftskraft in Europa fühlen, weil diese in Bayern liegen. Politische Anliegen, die auf eine gleichberechtigte Entwicklung aller Landesteile abzielen, werden dadurch weniger ernst genommen.

Deutlich wird in der Analyse des Heimat-*imaginaries* in der bayerischen Raumordnungspolitik, dass es räumlich flexibel einsetzbar ist, um Aufgaben zu delegieren, disparate sozioökonomische Entwicklungen zu kaschieren oder gesellschaftliche Konflikte zu befrieden. Aus geographischer Perspektive drängt sich das Bild des »Jumping Scale« nach Neil Smith (1992) auf, also einer Strategie von Akteur*innen, die eigene Macht auszuweiten, indem sie gezielt unterschiedliche Maßstabebenen nutzen. Das »Springen« zwischen verschiedenen Maßstabebenen mithilfe des *imaginaries* Heimat ist somit Teil der politischen Kommunikation und sichert die Zustimmung in der Bevölkerung, indem es gesellschaftliche Konflikte (im Falle Bayerns: die bestehenden Disparitäten zwischen den Landesteilen) entpolitisiert.

4. Diskussion und Fazit

Der Beitrag diskutierte die Konjunktur des Begriffs Heimat im historischen Kontext multipler Krisenmomente und stellte die Frage nach dessen Wirkmächtigkeit und Funktion in der bayerischen Raumordnungspolitik. Hierzu entwickelte der Beitrag ein Verständnis von Heimat als *spatial imaginary*: eine räumliche Semantik, mit der die Inhalte eines autoritären Populismus gestützt werden. Im politischen Diskurs konnten wir die Funktionen des *spatial imaginaries* Heimat für die wettbewerbszentrierte Regional- und Strukturpolitik Bayerns bezüglich räumlicher Disparitäten identifizieren.

Die Integration des *imaginaries* Heimat in das Politikfeld der Raumordnung erfolgte in Reaktion auf Prozesse einer Reskalierung, die den lokalen Entscheidungsträger*innen in den Kommunen neue Aufgaben überträgt, ohne sie hierfür finanziell auszustatten. Darin drückt sich die autoritäre Durchsetzung von Zielen der Austeritätspolitik durch die Delegation von Aufgaben auf untere Ebenen aus. Hinter dieser politischen Entscheidung lassen sich Motive einer neoliberalen Restrukturierung erkennen, die potenziell starken Widerspruch in der Bevölkerung hervorrufen können. Dies lässt den Schluss zu, dass der Begriff der Heimat mit dem Ziel verwendet wird, diese Umstrukturierung zu entpolitisieren, zu gesellschaftlichem Konsens zu verhelfen und somit eine offene Kontroverse zu vermeiden. Wie wir gezeigt haben, geschieht dies in drei verschiedenen Formen:

Erstens leistet Heimat der Kommunalisierung Vorschub und unterstützt somit die Delegation von Aufgaben an die Städte und Gemeinden. Durch die Betonung des Lokalen als Heimat für die Bevölkerung wird so auch die Sorge um soziale Sicherheit und Wohlstand als Aufgabe der kommunalen Ebene gerahmt. Zweitens führt der Begriff eine affektive Ebene ein. Heimat romantisiert die Schönheit der ländlichen Landschaft als Ausgleich für sozioökonomische und strukturelle Nachteile. Heimat wird hier – in Anlehnung an den Begriff der Moralpaniken von Hall – zur idealisierten Beschreibung der unberührten Provinz als Gegenentwurf zu einer aus den Fugen geratenen, großen Welt verwendet. Die Nachteile der ländlichen Räume werden gerechtfertigt, indem dieser Idealisierung zufolge das Urbane noch viel gravierendere Probleme aufweist – das Narrativ des Heimeligen auf dem Land, egal ob arm oder reich, tritt hier deutlich hervor. Drittens erfüllt der Begriff eine nivellierende Funktion, indem er sich auf ein größeres Ganzes – in diesem Fall auf die Landesebene –, bezieht, um bestehende Disparitäten auf regionaler und kommunaler Ebene zu kaschieren. Insgesamt zeigt sich darin die räum-

liche Flexibilität des Heimatbegriffs, dem es gelingt, verschiedene Maßstabsebenen gleichzeitig abzubilden und entsprechend dem jeweiligen politischen Anliegen zu gestalten. Heimat als *spatial imaginary* der Moralpaniken appelliert damit an einen bajuwarischen Patriotismus, der über ungleiche Lebensverhältnisse innerhalb des Heimatraums hinwegzusehen hat.

In Zeiten umkämpfter Grenzen und (nationaler) Identität ist Heimat ein zentraler Begriff, um vergangenes, gegenwärtiges und zukünftiges Territorium zu beanspruchen. Tief verwurzelt als vertrauter Raum des »Volkes«, aufgeladen mit individuellen Emotionen und Erinnerungen, ist Heimat für die Verwendung in populistischen Behauptungen prädestiniert, in denen es moralisch falsch ist, die Heimat zu verlassen, und moralisch richtig, seine Heimat zu lieben und wirtschaftlich zu unterstützen. Es bleibt abzuwarten, ob und welchen Einfluss das *imaginary* Heimat auf den Staatsumbau nach der Corona-Krise als neuer Krisenerscheinung haben wird. Der autoritäre Populismus befindet sich weiterhin im Aufwind, während linke Bewegungen weitgehend marginalisiert sind. Antidemokratische, rechtsoffene Kräfte sind unter dem Deckmantel der im Jahr 2020 startenden Corona-Proteste bis weit hinein ins bürgerliche Milieu erfolgreich. Ein verbreiteter Slogan auf Plakaten und Aufklebern der Anti-Corona-Demonstrant*innen weist hierbei auf die Verknüpfung von *Querdenken-Bewegung* und Heimat hin: »Heimatschutz statt Mundschutz« (vgl. Gensing 2021). Die Corona-Pandemie hat jedenfalls das Möglichkeitsfenster für alle Arten regressiver Politik noch weiter aufgestoßen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Amadeu Antonio Stiftung/Pro Asyl (2014): Die Brandstifter. Rechte Hetze gegen Flüchtlinge. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Anders, K./Hartmann, T. (2020): Heimat wird produktiv. Die Schnittmenge von Kultur und Tourismus im Projekt »Kulturerbe Oderbruch« als Arbeitsfeld des Oderbruch-Museums Altranft. In: Institut für Kulturpolitik der kulturpolitischen Gesellschaft e.V. (Hg.): Jahrbuch für Kulturpolitik 2019/20. (Bd. 17) Bielefeld: transcript, 281-286.
- Aust, S./Laabs, D. (2014): Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU. München: Pantheon.

- Bayerischer Landtag (2014): Regierungserklärung des Staatsministers der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat »Heimat Bayern 2020«. München: Bayerischer Landtag.
- Bayerischer Landtag (2017): Antrag der Staatsregierung Zustimmung zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern. München: Bayerischer Landtag.
- Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (2021a): heimat.bayern. www.heimat.bayern.de (letzter Zugriff am 23.6.2021).
- Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (2021b): Heimatstrategie Offensive.Heimat.Bayern 2025. Lebenswerte Heimat in Stadt und Land. https://www.stmfh.bayern.de/heimat/Offensive.Heimat.Bayern_2025.pdf (letzter Zugriff am 21.9.2021).
- Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (2015): Söder stellt ersten Heimatbericht vor. <https://www.bayern.de/soeder-stellt-ersten-heimatbericht-vor-der-laendliche-raum-holt-auf/> (letzter Zugriff am 20.9.2021).
- Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz (1994): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art. 3 Abs. 3 Satz 1. www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html (letzter Zugriff am 4.11.2021).
- Burschel, F. (Hg.) (2019): Autoritäre Formierung. Der Durchmarsch von Rechts geht weiter. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Büüsker, A.-K. (2021): Der neue Freiwilligendienst im Heimatschutz. www.deutschlandfunk.de/bundeswehr-der-neue-freiwilligendienst-im-heimatschutz.1783.de.html?dram:article_id=495282 (letzter Zugriff am 15.6.2021).
- CDU/CSU (2019): Unser Europa macht stark. Für Sicherheit, Frieden und Wohlstand. Gemeinsames Europawahlprogramm von CDU und CSU. www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/europawahlprogramm.pdf (letzter Zugriff am 15.9.2021).
- Costadura, E./Ries, K. (2016): Heimat – ein Problemaufriss. In: Costadura, E./Ries, K. (Hg.): Heimat gestern und heute. Bielefeld: transcript, 7-24.
- Dake, B. (2021): Abteilung ohne Aufgabe? Drei Jahre Bundesheimatministerium. <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/drei-jahre-bundesheimatministerium-abteilung-ohne-aufgabe,SRRr3e2> (letzter Zugriff am 29.7.2021).
- Dannestam, T. (2008): Rethinking Local Politics: Towards a Cultural Political Economy of Entrepreneurial Cities. In: Space and Polity 12(3), 353-372.

- Demirović, A. (2018): Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. In: PROKLA 190, 27-42.
- Dudek, S. (2021): Von der Landesplanung zum kommunalen Wettbewerb. Eine Cultural Political Economy-Analyse bayerischer Raumordnungspolitik zwischen 2008 und 2018. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dudek, S./Kallert, A. (2017): Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Eisel, U. (2007): Ein polemischer Essay über politisches Engagement in der Wissenschaft sowie einige Gedanken über die Funktionsweise von Ideen. In: Piechocki, R./Wiersbinski, N. (Hg.): Heimat und Naturschutz. Die Vilmer Thesen und ihre Kritiker. Bonn: Bundesamt für Naturschutz, 353-403.
- Gauland, A. (2018): Warum muss es Populismus sein? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.10.2018.
- Gensing, P. (2021): Corona-Leugner wähen sich im Weltkrieg. <https://www.tagesschau.de/investigativ/impfgegner-corona-101.html> (letzter Zugriff am 22.9.2021).
- Gramsci, A. (1991ff.): Gefängnishefte. Heft 2: Gefängnishefte. Hamburg: Argument.
- Hall, S. (1985): Authoritarian Populism: A Reply to Jessop et al. In: New Left Review 151, 115-124.
- Hall, S./Cricher, C./Jefferson, T./Clarke, J./Roberts, B. (1978): Policing the Crisis. Mugging, the State, and Law and Order. London: Macmillan.
- Hauf, F. (2015): The Paradoxes of Decent Work in Context: A Cultural Political Economy Perspective. In: Global Labour Journal 6(2), 138-155.
- Heitmeyer, W. (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung. Berlin: Suhrkamp.
- Herb, G.H. (2004): Double Vision: Territorial Strategies in the Construction of National Identities in Germany, 1949-1979. In: Annals of the Association of American Geographers 94(1), 140-164.
- Huke, N. (2019): »Die neue Angst vorm schwarzen Mann«. Moralpaniken als Reaktion auf Geflüchtete im Regierungsbezirk Tübingen. In: sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 7(1/2), 69-92.
- Jessop, B. (2010): Cultural Political Economy and Critical Policy Studies. In: Critical Policy Studies 3(3/4), 336-356.
- Jessop, B. (2016): Neoliberalismen, kritische politische Ökonomie und neoliberale Staaten. In: Biebricher, T. (Hg.): Der Staat des Neoliberalismus. Baden-Baden: Nomos, 121-152.

- Kallert, A./Belina, B./Miessner, M./Naumann, M. (2021): The Cultural Political Economy of Rural Governance. Regional Development in Hesse (Germany). In: *Journal of Rural Studies* 87, 327-337.
- Kronenberg, V. (2018): *Heimat bilden. Herausforderungen, Erfahrungen, Perspektiven*. Bonn: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Lizotte, C. (2019): Where are the People? Refocusing Political Geography on Populism. In: *Political Geography* 71, 139-141.
- Massey, D. (1991): A Global Sense of Place. In: *Marxism Today* 6/1991, 24-29.
- Miosga, M. (2015): *Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern – nicht nur Aufgabe der Kommunen!* München: Friedrich Ebert-Stiftung.
- Mudde, C. (2004): The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition* 39(4), 541-563.
- Müller, A. (2017): *Planungsethik. Eine Einführung für Raumplaner, Landschaftsplaner, Stadtplaner und Architekten*. Stuttgart: utb.
- Palmowski, J. (2009): *Inventing a Socialist Nation: Heimat and the Politics of Everyday Life in the GDR, 1945 – 1990*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Peck, J./Tickell, A. (2002): Neoliberalizing Space. In: *Antipode* 34(3), 380-404.
- Peck, J. (2014): Pushing Austerity: State Failure, Municipal Bankruptcy and the Crises of Fiscal Federalism in the USA. In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 7(1), 17-44.
- Reusswig, F. (2019): Heimat und politische Parteien. In: Hülz, M./Kühne, O./Weber, F. (Hg.): *Heimat. Ein vielfältiges Konstrukt*. Wiesbaden: Springer, 371-389.
- Seehofer, H. (2018): Warum Heimatverlust die Menschen so umtreibt. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.4.2018.
- Smith, A.D. (2009): *Myths and Memories of the Nation*. Oxford: Oxford University Press.
- Smith, N. (1992): Contours of a Spatialized Politics: Homeless Vehicles and the Production of Geographical Space. In: *Social Text* 33, 54-81.
- Sum, N.L./Jessop, B. (2013): *Towards a Cultural Political Economy. Putting Culture in its Place in Political Economy*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Weichhart, P. (2019): Heimat, raumbezogene Identität und Descartes' Irrtum. In: Hülz, M./Kühne, O./Weber, F. (Hg.): *Heimat. Ein vielfältiges Konstrukt*. Wiesbaden: Springer, 53-66.
- Weidacher, G. (2020): Wo Populisten zu Hause sind. In: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik* 50(2), 231-258.

Yildiz, E./Meixner, W. (2021): Nach der Heimat. Neue Ideen für eine mehrheimische Gesellschaft. Stuttgart: Reclam.

Zu den Autor*innen

Bernd Belina ist Professor für Humangeographie am Institut für Human-geographie der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Es beschäftigt sich mit Themen aus den Bereichen der Stadtforschung und der Politischen Geo-graphie.

Michaela Böhme ist als Analystin für chinesische Agrarpolitik bei der Pekin-ger Forschungs- und Beratungsfirma China Policy tätig. Ihre Arbeit befasst sich mit Chinas Politik der Ernährungssicherung im Kontext globaler Agri-Food-Systeme. Sie promovierte an der Universität Leipzig mit einer Arbeit zu Chinas transnationalen Landakquisitionen.

Laura Boemke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Sozio-logie der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie soziale Ungleichheit und in-formelle Ökonomie.

Simon Dudek ist Postdoktorand an der Professur für Wirtschaftsgeographie der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Seine Arbeitsschwerpunk-te sind Raumordnung und Landesplanung sowie Finanzialisierungsfors-chung.

Birgit Glorius ist Professorin für Humangeographie mit dem Schwerpunkt Europäische Migrationsforschung an der Technischen Universität Chemnitz. Ihre Forschungen fokussieren auf Migration und damit einhergehende ge-sellschaftliche Transformationsprozesse.

Jörg Goldberg ist Redaktionsmitglied von »Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung«. Er hat zuletzt als entwicklungspolitischer Gutachter und Politikberater mit Schwerpunkt Afrika gearbeitet.

Tine Haubner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Politische Soziologie des Instituts für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Sie forscht und lehrt im Schnittfeld von Arbeit, Profession, Wohlfahrtsstaat und sozialer Ungleichheit. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Care-, Geschlechter-, Armuts- und Exklusionsforschung sowie informelle, prekäre und unbezahlte Arbeit.

Jacob Heuser ist Doktorand in der Arbeitsgruppe Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsforschung am Institut für Geographie der Universität Innsbruck. Seine Forschungsschwerpunkte sind sozialökologische Transformationsprozesse in ländlichen Räumen und die Bedeutung konkreter Orte im Kontext von Globalisierung und Digitalisierung.

Jakob Holzer ist Masterstudent der Raumplanung an der Technischen Universität Wien, davor studierte er an der Technischen Universität Berlin Stadt- und Regionalplanung. Er forscht zu Partisan*innenendenkmälern und Erinnerungskultur, post-sozialistischer Transformation sowie Wohnungspolitik. Zurzeit arbeitet er an seiner Abschlussarbeit zum deutsch-sowjetischen »Wohnungsbauprogramm GUS«.

Marius Hübler ist Doktorand am Geographischen Institut der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Sein derzeitiger Forschungsschwerpunkt sind sozial-ökologische Transformationsprozesse in ländlichen Räumen mit Fokus auf suffizienz- und postwachstumsorientierte Kommunal- und Regionalentwicklung.

Andreas Kallert ist Postdoktorand an der Professur für Wirtschaftsgeographie der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Seine Arbeitsschwerpunkte sind aktuelle Krisen des Finanzsystems, Austerität und die Entwicklung ländlicher Räume.

Andreas Klärner ist wissenschaftlicher Oberrat am Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen und Privatdozent an der Universität

Rostock. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Soziologie ländlicher Räume mit einem Schwerpunkt auf Sozialstruktur, Armut und gesellschaftliche Teilhabe.

Daniela Klimke ist Professorin für Kriminologie an der Polizeiakademie Niedersachsen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind kriminal- und sexualsoziologische Fragestellungen sowie Forschung zu Sicherheitsmentalitäten.

Andreas Koch ist Professor für Sozialgeographie an der Paris-Lodron-Universität Salzburg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Geographien der Armut und Ungleichheit im urbanen und ländlich-peripheren Raum, lokale Gemeinschaften sowie die Modellierung sozialräumlicher Prozesse.

Armin Kratzer ist Geograph und Mitarbeiter in der Forschungs- und Beratungsfirma alpS GmbH. Die Schwerpunkte seiner beruflichen Tätigkeit liegen in der Schutzgebietsforschung, der Untersuchung zivilgesellschaftlicher Initiativen im Kontext von Sustainability Transitions sowie in der nachhaltigen Regionalentwicklung.

Kim Marei Kusserow ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät Sozialwissenschaften der Technische Universität Dortmund. Ihr Arbeitsschwerpunkt ist die Verbindung zwischen Arbeit und Alter(n) vor dem Hintergrund des Strukturwandels und der demographischen Entwicklungen.

Mike Laufenberg ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seine Arbeitsschwerpunkte sind sozialer Wandel und soziale Reproduktion im Gegenwartskapitalismus, Geschlechterforschung, Queer Studies, intersektionale Ungleichheitsforschung sowie soziale Bewegungsforschung.

Frank Meyer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Universität Dresden. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Migrationsforschung, ländliche Entwicklung und Globalisierungsforschung.

Michael Mießner ist Juniorprofessor für Wirtschaftsgeographie an der Universität Trier. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Kritische Geographie ländlicher und regionaler Entwicklung, Gentrifizierungs- und Wohnungsmarktforschung sowie Raumplanung.

Judith Miggelbrink lehrt Humangeographie an der Technischen Universität Dresden. Aktuell leitet sie das DFG-Projekt »(Un-)Sicherheit an der Schengen-Binnengrenze. Sicherheitsbezogene Praktiken staatlicher und privater Akteure an der deutsch-polnischen Grenze«. Sie ist Mitglied des Sonderforschungsbereichs 1199 »Verräumlichungsprozesse unter Globalisierungsbedingungen« und forscht unter anderem zu regionalen Peripherisierungsprozessen, Sicherheit und Grenzen sowie zu globalisierten medizinischen Praktiken.

Matthias Naumann ist Professor für Geographie und Regionalforschung an der Universität Klagenfurt. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen urbane und ländliche Entwicklung, Transformationen von Infrastruktur und Politische Geographie.

Werner Nell, Literatur- und Sozialwissenschaftler, ist Professor (emerit.) für Komparatistik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und seit 2008 Adjunct Associate Professor an der Queen's University in Kingston, Ontario (Kanada). Seine Arbeitsgebiete sind vergleichende Studien zu sozialem Wandel, Migration und Literatur in ländlichen Räumen, Ideen- und Kulturgeschichte.

Claudia Neu ist Professorin für Soziologie ländlicher Räume an den Universitäten Kassel und Göttingen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Daseinsvorsorge, demographischer Wandel und Zivilgesellschaft in ländlichen Räumen.

Louisa Prause ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe »BioMaterialities« an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind sozial-ökologische Transformationen, Digitalisierung der Landwirtschaft, Konflikte um Land und Ressourcen sowie Arbeitskämpfe und soziale Bewegungen im Agrarsektor.

Marc Redepenning ist Professor für Kulturgeographie mit Schwerpunkten in der Sozial- und Bevölkerungsgeographie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Seine Forschungsschwerpunkte konzentrieren sich auf die Beziehungen zwischen Stadt und Land, die gesellschaftliche Relevanz von Raumsemantiken, das Verhältnis von Identität, Ort und Kulturalisierung sowie auf Fragen raumbezogener Gerechtigkeit und ortsbezogener gesellschaftlicher Partizipation.

Anna Regener promoviert in der Historischen Geographie der Otto-Friedrich-Universität Bamberg an der Schnittstelle von Buchgeographie und Anarchismusgeographien. Weitere Forschungen befassen sich mit lokalen Erinnerungspolitikern, vermittelt durch Heimatbücher und Straßennamen.

Melanie Rühmling ist Gründungsmitglied und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Rostocker Institut für Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis e.V. Sie hat zum Thema Bleiben in ländlichen Räumen promoviert, ihre Arbeitsschwerpunkte sind Land- und Regionalforschung.

Hendrik Sander ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar. Dort forscht und arbeitet er zum Feld »spatial and environmental justice«.

Anna Scheib hat an der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigs-hafen den Bachelorstudiengang Soziale Arbeit mit dem Studienschwerpunkt »Soziale Arbeit mit Migrant*innen« sowie den forschungsorientierten Masterstudiengang Soziale Arbeit studiert. Seit 2018 arbeitet sie in einer Beratungsstelle für Migrant*innen in Rheinland-Pfalz.

Sara Schiemann ist Soziologin und Gründungs- sowie Vorstandsmitglied des Rostocker Instituts für Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis e.V. Sie promoviert zu sozialen Beziehungen, Wohnbiographien und Alltagsarrangements von Bewohner*innen ländlicher Räume/Kleinstädten und arbeitet zu Themen sozialer Ungleichheit.

Sarah Ruth Sippel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Teilprojektleiterin im Sonderforschungsbereich an der Universität Leipzig. Ihr Forschungsinteresse gilt der Komplexität des globalen Ernährungssystems und dabei insbesondere der Ernährungssicherheit, der Finanzialisierung und Digitalisierung der Landwirtschaft und den sich entwickelnden Alternativen zum Status Quo.

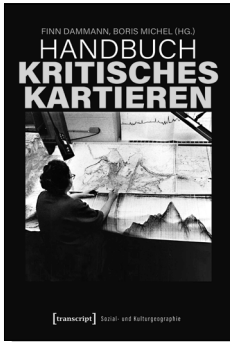
Gesine Tuitjer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen. Ihre Forschungsinteressen sind Akteure und Prozesse der ländlichen und regionalen Entwicklung, Entrepreneurship und Gender in ländlichen Räumen sowie Praxistheorien.

Nils Unthan ist Doktorand in der Arbeitsgruppe Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsforschung am Institut für Geographie der Universität Innsbruck. Im Rahmen seiner Dissertation forscht er zur Rolle von kreativen und experimentellen Akteur*innen bei der Entstehung sozialer Innovationen als Treiber sozialökologischer Transformationsprozesse in ländlichen Räumen.

Julia van Lessen ist promovierte Sozialgeographin und freie Wissenschaftlerin der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Geographien des Alltags und des Ländlichen sowie Gesellschaftstheorien.

Nina Jasmin Zerche hat Geographie in Berlin, Cádiz und Leipzig studiert, ihr Interessenschwerpunkt liegt auf stadt-, sozial- und kulturgeographischen Themen sowie ländlichen Räumen. Für ihre Abschlussarbeit über Peripherisierung und kollektive Identität erhielt sie 2020 den Preis der Geographischen Gesellschaft zu Leipzig.

Geographie



Finn Dammann, Boris Michel (Hg.)
Handbuch Kritisches Kartieren

Februar 2022, 336 S., kart.,
4 SW-Abbildungen, 77 Farbabbildungen
32,00 € (DE), 978-3-8376-5958-0
E-Book:
PDF: 31,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5958-4



Stefan Heinig
Integrierte Stadtentwicklungsplanung
Konzepte – Methoden – Beispiele

2021, 206 S., kart., 66 SW-Abbildungen
49,00 € (DE), 978-3-8376-5839-2
E-Book:
PDF: 48,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5839-6

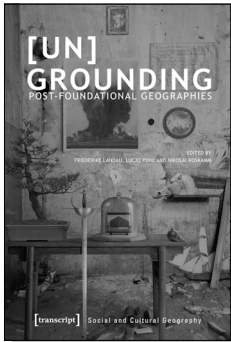


Johanna Betz, Svenja Keitzel, Jürgen Schardt,
Sebastian Schipper, Sara Schmitt Pacifico, Felix Wiegand (Hg.)
Frankfurt am Main – eine Stadt für alle?
Konfliktfelder, Orte und soziale Kämpfe

2021, 450 S., kart., durchgängig vierfarbig
25,00 € (DE), 978-3-8376-5477-6
E-Book:
PDF: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5477-0

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Geographie



Friederike Landau, Lucas Pohl, Nikolai Roskamm (eds.)

[Un]Grounding Post-Foundational Geographies

2021, 348 p., pb., col. ill.

50,00 € (DE), 978-3-8376-5073-0

E-Book:

PDF: 49,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5073-4



Georg Glasze, Annika Mattissek (Hg.)

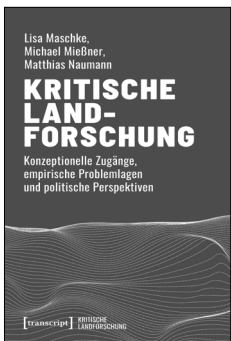
Handbuch Diskurs und Raum Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung

2021, 484 S., kart., 18 SW-Abbildungen, 7 Farbabbildungen

29,50 € (DE), 978-3-8376-3218-7

E-Book:

PDF: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3218-1



Lisa Maschke, Michael Mießner, Matthias Naumann

Kritische Landforschung Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven

2020, 150 S., kart., 3 SW-Abbildungen

19,50 € (DE), 978-3-8376-5487-5

E-Book:

PDF: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5487-9

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**